Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Europa der Regionen?

Nr. 2 • 1994 52. Jahrgang Einzelpreis 40 Schilling

»EURO WATCH – EWA-Report«

Ein europäisches Informations- und Medienprojekt.

Mit **»EURO WATCH«** präsentiert sich ein **europäisches Informationsprojekt.** Angesichts der andauernden Integrationsdebatten, den neuen europäischen Spannungsfeldern und der Vielschichtigkeit des Themas „Europa", geht »EURO WATCH« von der Notwendigkeit sachlicher, fundierter Information aus.
Mittels des **wöchentlichen Presse- und Informationsbulletins EWA-Report** soll eine interessierte europäische Öffentlichkeit angsprochen werden, die sich nicht auf eine Schlagwort-Politik beschränken will.
Die derzeitigen politischen Entwicklungen in Europa – und im speziellen die europäische Integration – zeichnen sich einerseits durch eine bestimmte Unübersichtlichkeit der zu behandelnden Inhalte und anderseits durch kurzlebige Informationen aus.
Verschiedenste Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen arbeiten, national wie international, eben an diesen Themenkomplexen. Für den Bereich der **kritischen Analyse** europäischer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen will »EURO WATCH« öbersichtlichkeit ins kontraproduktive Gewirr bringen.

EWA-Inhalte

Aufbereitung, Analyse und Vermittlung „unterdrückter Nachrichten", sowie die Weitergabe von **Insiderinformationen** aus den verschiedenen EG-Institutionen stehen im Mittelpunkt der Arbeit.
Europapolitisch und innenpolitisch relevante Entwicklungen sollen sachgerecht, präzise und rasch vermittelt werden.
Die **Genese wichtiger Entscheidungen** soll nachvollziehbar wiedergegeben werden.
Auch die verschiedenen – auf nationaler und europäischer Ebene tätigen – oppositionellen Bewegungen und Organisationen, deren Inhalte, Handlungsmotive und Methoden sind regelmäßig Gegenstand der Berichterstattung.
Neben der eingehenden Begleitung der österreichischen EU-Debatte bietet EWA **spezielle Länderberichte** – mit einer Schwerpunktsetzung auf die nordeuropäischen Beitrittswerber.
EURO-WATCH speist sich vor allem durch die Informationen freier MitarbeiterInnen. Ein Netz österreichischer und internationaler MitarbeiterInnen sorgt – neben der regelmäßigen Aufbereitung einschlägiger Quellen durch das Wiener Büro – für die ausgewogene Zusammenstellung der Informationen.
Die offiziellen Mitteilungen und Protokolle der europäischen Institutionen werden von den leitenden Redakteuren des Wiener Büros aufbereitet. National wie international ist das Netz der **EWA-MitarbeiterInnen** nach fachspezifischen und regionalen Kriterien zusammengestellt. Kontaktpersonen in diversen Gremien ermöglichen den Blick hinter die Kulissen europäischer Politik.
Die über Europa verteilten KorrespondentInnen kommen aus journalistischen, wissenschaftlichen sowie oppositionellen Arbeitsbereichen bzw. Zusammenhängen.

Volksabstimmungen

Der **EU-Abstimmungscountdown** läuft. Zumindest steht Österreich unmittelbar vor der heißen Phase der Beitrittsauseinandersetzungen. Ungeachtet der zahllosen Lippenbekenntnisse für eine ausgewogene, inhaltlich fundierte Information bleibt in Sachen Integrationspolitik das Schlagwort vorherrschend. Es werden von verschiedenen Seiten Ängste mobilisiert und beschworen. Komplexe Sachverhalte werden grob fahrlässig vereinfacht.
»EURO WATCH« will dem Marktgeschrei der Abstimmungskampagnen Inhaltliches entgegenhalten.
Der **EWA-Report** soll als **"europäisches Medium"** einen objektivierenden Einfluß im Rahmen der Integrationsdebatten liefern. Jenseits eines EU-oppositionellen „Zentralorgans" kann ein internationaler Zugang die leider zwangsläufig nationalbornierte „Vorteil-Nachteil-Focusierung" aufheben.
»EURO WATCH« ist ein – ungewollt – subenventionsfreies Projekt und daher existentiell auf Abonnements angewiesen. Zu folgenden Konditionen können Sie die Wochenzeitung EWA-Report und die Vierteljahres-Zeitschrift EUROPA-KARDIO-GRAMM beziehen:

EWA-Report
Jahresabonnement für 40 Ausgaben:
Einzelpersonen ohne Verwertungsrechte: 1.400,– ÖS (exkl.)
StudentInnen, Arbeitslose: 800,– ÖS (exkl.)
Institutionenabonnement mit Verwertungsrechten: 4.800,– ÖS (exkl.)
Medienabo-Grundtarif, Abdruckrechte nach Vereinbarung: 4.800,– ÖS (exkl.)
Monatsabonnement:
Einzelpersonen: 150,– ÖS (exkl.)
Institutionen und Medien: 500,– ÖS (exkl.)

Kontakt: »EURO WATCH«
EWA-Report, Schottengasse 3a/I/4/59
A-1010 Wien, Tel.: 0043-1-53 51 106, FAX: 53 27 416

EURO WATCH
EWA-REPORT

WOCHENZEITUNG · 12/April 1994, EKG, Jg. 4/20

Besonderes Interesse an gemeinsamer Justiz

MANFRED GMEINER/EWA-WIEN

Im Bereich Justiz und Inneres hat Österreich nicht nur volle Zustimmung zu den in der EU bestehenden Regelungen gegeben, sondern darüber hinaus besonderes Interesse an Unterstützung in Flüchtlingsfragen gezeigt. Für den UNHCR ist Österreich allerdings kein sicheres Drittland mehr.

Die österreichische Regierung ist schon seit langem bemüht, in der europäischen Flüchtlingspolitik ein Musterschüler zu sein. In einigen Punkten ist man sogar über jene von den Verträgen von Schengen und Trevi erfundenen Schikanen und Abwehrmechanismen für Nicht-EU-BürgerInnen hinausgegangen.

Österreich sieht sich in einer besonders exponierten geographischen Situation, was jedoch nicht näher begründet wird. (Ist wohl auch kaum möglich.) Man wolle daher insbesondere - so im Bericht über den Beitrittsvertrag, wie er dem Parlament vorgelegt wurde - von den Möglichkeiten, wie sie im Dubliner Übereinkommen oder im Entwurf zum Übereinkommen über das Überschreiten der Außengrenzen der Union vorgesehen, gebrauch machen und bei auftretenden Schwierigkeiten bei der Grenzabsperrung die entsprechenden Organe der Union befassen, um eine gemeinsame Lösung zu erwirken.

Österreich betrachtet die Todesstrafe als gerechtfertigte Strafe für Wehrdienstverweigerer und Deserteure

Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat in einem Gutachten kürzlich erst die Asylpolitik des Musterschülers Österreich einer schweren Kritik unterzogen. Nach der in

der Europäischen Union üblichen D
landregel dürfen Flüchtlinge, die auf i
Flucht durch ein als sicheres Drittland
tendes Land gereist sind, dorthin zurück
wiesen werden. Sie hätten, so wird a
mentiert, bereits dort einen Asylant
stellen müssen.
Österreich und Griechenland wu
vom UNHCR nun dieser Status nicht n
zuerkannt. Kritisiert wird in erster Li
daß Österreich selbst die Todesstrafe
gerechtfertigte Strafe für Wehrdienst
weigerer und Deserteure betrachtet
mehrfach Verfolgte in Länder abschieb
denen diesen Folter und Todesstrafe
hen.

INHALT

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Achtung neue Adresse:

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Andrea Dampier, KPÖ,
Trattnerhof 2/14,
1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 200,- S; 35,- DM

Lay-out:
Michael Baiculescu

Druck:
Druckerei
Gerstmayer Ges.m.b.H.,
Schönbrunner Straße 215

Die nächste Nummer

erscheint im Juli

Themen-schwerpunkt:

Ökologie

Inhalt

Nr. 2, Mai 1994, 52. Jahrgang

ITALIEN

Peter JIRAK: Italien – Salto mortale oder Salto vitale 2

THEMA: EUROPA DER REGIONEN?

Gerold ECKER: Europas Europäisierung 11
Otto KREILISHEIM: Sicherheit unter dem amerikanischen Atomschirm? 16
Günter KLODNER: Die Beziehung zwischen Lohnarbeit und Kapital – Zum EG-Weißbuch 18
Brigitte PELWECKI: Arbeitsplätze oder saubere Umwelt? – In den Salzburger Industrieregionen wird erpreßt 22
Josef BAUM: Thesen zu Gemeinden, Regionen und EG 25
Lutz HOLZINGER: Das Kamel im Nadelöhr – Aspekte einer politischen Ökonomie des Transitverkehrs 26
Josef SCHILLER: Durch EU-Beitritt ins wirtschaftspolitische Paradies? 32
Elisabeth HOLZINGER und Michael SERTL: Bildungsbankrott unter dem Lodenmäntelchen der Autonomie? 34
Helmut RIZY: Euroklops – Über die EUropäische Identität nationaler und regionaler Kulturen 39
Hans KALT: Industriestandort Europa in Gefahr? 44
Christian DONNINGER: Zurück aus der Zukunft – Ein Erlebnisbericht 49

DER REALE KAPITALISMUS

Jürgen KUCZYNSKI: Konkunktur für wen? 52

TENDENZ RECHTS

Balázs NÉMETH: Rechtsentwicklung in den Kirchen Osteuropas 54

BÜCHER ZUM THEMA TENDENZ RECHTS

Jürgen Trittin, Gefahr aus der Mitte – Die Republik rutscht nach rechts
Peter Kratz, Die Götter des New Age – Im Schnittpunkt von „Neuem Denken", Faschismus und Romantik
Antifaschistische Literaturliste – Kommentierte Auswahlbibliographie 1993/94 . . 58

BÜCHER

Hans Höller, Thomas Bernhard (Monographie)
Klaus Holzkamp, Lernen – Subjektwissenschaftliche Grundlegung 62
LeserInnenbrief 64
Titelbild: Schlachten von Vieh, 1878

Italien – Salto mortale oder Salto vitale*

Die Wahl zwischen Totalitarismus und Revolution

Peter JIRAK

Tu felix Italia! – könnte man in Analogie zum altbekannten „Tu felix Austria" ausrufen, denn auf der Halbinsel gibt es eine beachtenswerte links-liberale Koalition, die am 27. März zum ersten Mal die politische Macht im Staat erringen könnte, wenn! ja wenn...

Desgleichen formiert sich ein fürchtenswert starkes Bündnis der Rechten unter den Anführern Berlusconi, Bossi und Fini.

FORZA ITALIA! Den Wahlslogan der Berlusconi-Partei, der aus dem Fußballjargon stammt, nur mit *„Vorwärts Italien!"* zu übersetzen, greift zu kurz. Forza heißt bekanntlich Gewalt. Der Besitzer einer berühmten italienischen Fußballmannschaft und eines Medienkonzerns, Silvio Berlusconi, scheut sich – als *Colleoni Postmoderno*[1] – keineswegs, die organisierte Gewalt eines Fußballkampfes, der ja nichts als eine Kriegssimulation ist, einzusetzen, um die Staatsmacht zu erringen. Er hat seine Anhänger in ganz Italien nach den Strukturen eines Fußballclubs strukturiert, vier- bis fünftausend sollen es im ganzen Lande sein, und die Phalanx der Führer und Unterführer nach strategischen Gesichtspunkten telegener Verführbarkeit aufgebaut. Wir werden sogleich sehen, wie die telematisch manipulierte Gesellschaft dem Menetekel entspricht, das schon in den Arbeiterkämpfen in den FIAT-Werken Turins 1967 auf den Mauern von MIRAFIORI erschienen war: *Il fascismo di oggi è il risveglio della morte*[2]. Silvio Berlusconi hatte sich durch die Finanzierung von Bettino Craxi und dessen PSI ungeheure Privilegien erkauft, die zur Konstruktion seiner multimedialen Konzernmacht die noch immer unantastbaren rechtlichen Grundlagen schufen.

Weltweit polarisieren sich die bürgerlichen Gesellschaftsformationen in politische, soziale und kulturelle Oppositionen: Der Gegensatz zwischen arm und reich, zwischen dumpfer Bewußtlosigkeit der Massen und unbeschreiblicher elitärer Arroganz, zwischen Jobholding und permanenter Arbeitslosigkeit, und schließlich der Gegensatz zwischen einer formal affirmativen Nationalidentität und einer zunehmenden Marginalisierung heimatloser Neonomaden und nicht zuletzt die mafiotische „Politik" der *tangentopoli* erzeugen permanenten Wirklichkeits- und Weltverlust. Sowohl die für eine neue Weltordnung sich verantwortlich fühlenden Administratoren als auch die Vielzahl verwalteter Bürger sind in einem erschreckenden Maße unfähig – über die Weltmarktstruktur hinaus – verbindliche, demokratisch-republikanische Grundsätze und Konzepte einer zukünftigen Weltordnung zu entwerfen und zu leben.

Der sensus communis – als der *Nucleus Gemeinschaft* jeder Gesellschaftsordnung immanent – dieser Gemeinsinn, der über Jahrhunderte das verbindende Band der verschiedenen Klassen und Interessen gewesen war, die Voraussetzung der *verfaßten Gesellschaft*, dieses Band ist seit langem gerissen. Nur noch Interessens-Pluarlismus hat, unter jeweils unterschiedlichen politischen Steuermechanismen, dies Ganze, das sich Massendemokratie und demokratische Staatsordnung nannte, zusammengeschweißt. Aber jetzt hält nichts mehr und nirgends. Wohlstand, Vollbeschäftigung, technischer Komfort und unbegrenzte Konsumfreiheit, Friedenssicherung und *anything goes*[3] waren der Kleister, der die Klassendifferenzen übertüncht und zugleich die Antagonisten aneinander geleimt hatte. Dieser Kleister, *interessi* (Gewinnsucht und Gewinnanteil), dieser Leim bindet nicht mehr. Was nun?

Das Wort Interesse hat eine doppelte Signifikanz: Zum einen bedeutet es – das ist sein älterer Sinn – ein konkretes Da-Sein der Person unter freien Personen in einem politischen Verband, zum Beispiel in einer Republik; zum anderen signifiziert Interesse nichts als diese Person in ihrer tragenden Eigenschaft als Privateigentümer. Das Privateigentum, sagt bekanntlich schon Karl Marx, hat die politische Person Mensch privatisiert, dumm gemacht.

Was in Italien geschieht, ist und war immer paradigmatisch für Europa und die westliche Welt. Römisches Recht und jüdisch-christliches Weltbild sowie die Entdeckung der Antike durch die Renaissance sind die Wurzeln des Abendlandes. Es gehört nicht hierher, herauszuarbeiten, wie und wodurch diese Traditionen zum „Gesellschaftsvertrag" des modernen Staates geführt worden sind, noch welche Voraussetzungen der antiken und archaischen Welt in diese Synthese eingegangen sind. An eine Entwicklungslinie im Prozeß der Moderne sei indes erinnert.

In *Herodots Geschichte* hören wir zum ersten Mal dezidiert von den bekannten *drei Staatsformen*; der *Einherrschaft*, der *Herrschaft der Wenigen*, und der *Herrschaft der Vielen*. Dort lehnt der Sprecher für die *athenische Demokratie*, die *Isomania*, die Herrschaft, die ihm angetragen ist, mit der folgenden Begründung ab: *Ich will weder herrschen noch beherrscht werden*. Das Haus dieses Mannes, fügt Herodot hinzu, sei das einzige Haus eines freien Mannes gewesen. Diese idealtypische Freiheit, die sich auf der Unfreiheit der Noch-nicht-Personen, vor allem Frauen und Sklaven (Barbaren), gründet, geistert noch kryptisch im Ideal humboldtscher Wissenschaft herum: Forschung – sine ira et studio.[4] Kann die politische Grundhaltung der Isomania Vorbild in der desorientierten Politik von heute sein?

Politisches Handeln gründet sich auf dem Selbstbewußtsein einer Person sowie auf ihrer materialen Kultur, das ist: die Lage dieser Person in Verbindung zum Beispiel zu einer politischen Klasse, die Bildung dieser Per-

---

* Dieser Artikel wurde aus redaktionellen Gründen bereits vor den Wahlen geschrieben. Ein letzter Absatz kommentiert die Situation nach den Wahlen.

son, ihre Charaktereigenschaften, kurz, ihr gesellschaftliches Sein. Politisches Handeln basiert auf der Haltung (Hexis) von Personen je nach ihrer *Inklination*, nach Zu- und Abneigung auf der Grundlage eines *konzisen* (kurzen, gedrängten) politischen und ästhetischen Urteils. Politisches Handeln soll immer alle Mitmenschen und die Mitwelt insgesamt einbeziehen. Politisches Handeln sollte auf einer universellen Reflexion beruhen. Politisches Handeln ist ein Gradmesser für Freiheit. Heute geistert der Jargon von der Politikverdrossenheit durch die Gazetten und durch das Wahlgeraune der Berufspolitiker. Wie? Sind es doch gerade jene, welche das Volk von politischer Mitsprache und Verantwortung abgekoppelt haben oder durch Verdunkelung politischer Grundsätze permanent Verwirrung stiften und Desinteresse erzeugen. Glasnost für den Osten, aber weiterhin Geheimratspolitik im Westen!

In den westlichen Demokratien geht zwar pro forma die Gewalt vom Volke aus, aber sie geht de facto als Krieg gegen dieses, das eigene Volk, dorthin zurück: Der Atomstaat schert sich einen Dreck um die Gesundheit seiner Bürger. Und sie werden gentechnischen Manipulationen genauso wie radioaktiven Strahlungsexperimenten ausgesetzt, nicht nur in den USA. Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Wer redet von der alltäglichen Vergiftung, Analphabetisierung und Kriminalisierung, von der Auslöschung des Gedächtnisses der Massen durch das Fernsehen? Sport und Fernsehen sind Massenmord (siehe weiter unten: Pasolinis Geschichte vom Soldaten). Nirgends kommen die *Tröstungen* (Komfort) der *technischen Zivilisation* so verheerend zur Geltung. 38 Prozent der amerikanischen Bevölkerung, die meisten Wellfare-Check-Empfänger, sind nicht mehr in der Lage, einen *syntaktischen* Gedanken zu formulieren und niederzuschreiben. Die Machteliten: Parteifunktionäre, Wirtschaftskapitäne, Kriegslobbyisten und internationale Network-Manager haben ein totalitäres Regime errichtet, ein fast unsichtbares Gefängnis, in dem die Weltbevölkerung als aussaugbares Opfer eingekerkert ist. Diese Verhältnisse sind im Italien von heute nur drastischer als anderswo.

Der Grundsatz der griechischen Demokratie – gegen die telematische Dromokratie gesetzt – hat heute mehr Geltung denn je:

Mache keinen zum Vehikel deiner narzißtischen und egomanischen Interessen, wie auch du dich keinem seiner Zwecke verfügbar machen sollst.

Was ist Politik und wie kann sie sich heute artikulieren?

Der Zweck aller Politik ist die Wohlfahrt des Volkes. Die richtige Ordnung der kulturellen, sozialen, ökonomischen, kommunikativen und verkehrsspezifischen Dinge in der Kompetenz politischer Verantwortung formiert sich im Aspekt der Macht und des Glücks: als das reale Ensemble aller Interessen im Aspekt politischer Weltöffentlichkeit. Diese „richtige Ordnung der Dinge" wird einerseits als Verwaltung der Interessensvielfalt verstanden, andrerseits als die Repräsentanz des Volkswillens in allen Aspekten der Gewaltenteilung exekutiert. Was aber sind die politischen Tugenden? Mut, das Streben nach öffentlichem Glück, der Geschmack der Freiheit, das Verlangen nach öffentlicher Auszeichnung – unabhängig von Amt und Würden, ja sogar von Erfolg und Ruhm. Diese Leidenschaften des freien Menschen, wie sie natürlichen Eliten zukämen, sind selten. Heute erscheinen sie als vollkommen pervertiert: durch den Fetisch patriarchaler Herrschaft im Dschungel anonymer bürokratischer Verwaltung, durch Vernutzung der besten Kräfte im Konkurrenzkampf der Parteien und durch die Gebrochenheit aller menschlichen Verhältnisse im Taumel des gegen- und allseitigen Verzehrs. Dem topografischen Leben in der Stadt und auf dem Lande im tödlichen Klima der Dunstglocke entspricht das politische Leben im Panoptikum der Simulation aller Wünsche, Handlungen und Glaubensinhalte. Noch nie war die Not so groß – trotz technischer Reproduzierbarkeit fast aller Bedürfnisse, noch nie war die Notwendigkeit nach revolutionärer Veränderung dringlicher – in objektiver Hinsicht. Wie indes empfinden die Menschen dies in ihrer subjektiven Eigenart?

Am Ende ihrer Untersuchung über die Revolution sagt Hannah Arendt: „Es war die Polis, der eingezäunte Raum der freien Tat und des lebendigen Wortes, die ‚das Leben aufglänzen machte' ..." Sind wir am Ende der Polis und des Politischen angelangt? Hat der *Raum der freien Tat* und das *lebendige Wort* keine Zukunft mehr?

Am Anfang der Parteienbildung steht die Parteiung, wie sie sich im römischen Circus Maximus als Gruppierung der Wettenden, der damaligen Lotteriespieler, etablierte. Und heute scheint, nicht nur in Italien, die Gruppe der *androgynen Sportler* ausschließlich das politische Leben der Bürger zu manipulieren und sie selbst geben sich als *manipulares* nur allzu willfähig hin. Ist der Club der Sportsfreunde und der Club der Polit-Bonzen erst völlig telematisch gleichgeschaltet, dann: Viva la muerte!

Das Profil der politischen Landschaft Italiens – vor den Iden des Märzes

Am 27. März 1994 wird das italienische Parlament neu gewählt. Nach statistischen Kalkulationen würden die politischen Kräfteverhältnisse dieses Parlament in drei Teile teilen: Die Allianz der Progressisten würde dort 35,2 Prozent der Wähler repräsentieren; das rechte Zentrum 34,1 Prozent und schließlich das Zentrum 30,7 Prozent.

Die Allianz der Progressisten besteht aus folgenden Formationen:

- PDS, Partei des demokratischen Sozialismus unter A. Occhetto und D'Alema
- Verdi, die Grünen, geführt von Mattioli und Ripa di Meana
- Rifondatione communista, Neugründung der Kommunistischen Partei Italiens, angeführt von Cossuta und Bertinotti und schließlich die
- RETE unter L. Orlando.

Das Zentrum rekrutiert sich aus den Anhängern von Martinazzoli (Partito populare, Volkspartei, eine der beiden Nachfahren der alten Demokrazia Christiana, der von Skandalen, Korruption und Machtkämpfen zerfetzten christlichen Volkspartei) und aus dem Patto Italia des Sarden Mario Segni.

Das „rechte Zentrum" formiert sich aus den Anhängern Bossis, der Lega Nord, der FORZA ITALIA des Silvio Berlusconi und den Faschisten (MSI), der Alleanza Nazionale unter Fini.

Fragmente alter Formationen, Marco Panellas Partito Radikale, Bettino Craxis Sozialdemokraten, die Ex-PLI, die Ex-PRI und die Ex-PSI tendieren weitgehend nach rechts.

Die sich als liberale Mitte verstehende PPI, die neugegründete Partei der Democrazia Christiana, die Populari unter Martinazzoli, mit dem Patto

Italia des ehrwürdigen Herrn Segni, sind die Nachfolger der legendären und seit 1945 ununterbrochen die Staatsmacht haupttragenden Partei, im Volksmund der *„Weiße Wal"* genannt; diese Mitte ist, nachdem die große Mehrheit dieser christlichen Volkspartei ins rechte Lager gelohen ist, diese Mitte ist nichts als ein geometrischer Ort im dynamischen Geviert der politischen Kämpfe um die Macht im Staate. Hat sie eine politische Perspektive?

Geht es am 27. März wirklich um die demokratische Erringung der Staatsmacht oder ist dieses Parlament, diese *res publica italiana*, seit langem schon nichts als eine Farce, die drittklassige Inszenierung einer Schmierenkomödie?

Manche Kritiker des italienischen Polit-Szenarios vergleichen die Wahlen mit einem *Rebus* oder mit einem Lotteriespiel: JEDES LOS GEWINNT! – zu gewinnen gäbe es ohnehin nichts mehr, fügen Eingeweihte hinter vorgehaltener Hand hinzu. Ist der politische Kampf um die Machtausübung in der demokratisch verfaßten Gesellschaft nichts als ein Simulationsspiel?

Simulation oder Revolution?

Angesichts der permanenten Krise des Politischen fragt Jean Baudrillard: „Ist ein Bombenattentat in Italien die Tat von Linksextremisten oder eine Provokation der extremen Rechten, ist es eine Inszenierung des Zentrums, um alle terroristischen Extremisten in Mißkredit zu bringen oder eine wacklige Macht herunterzumachen; handelt es sich vielleicht um ein Polizei-Szenario und die Erpressung zur öffentlichen Sicherheit?

All dies ist gleichzeitig wahr und die Suche nach dem Beweis, ja nach der *Objektivität* der Fakten, setzt diesem Interpretationstaumel kein Ende.

Das große Ereignis dieser Periode, das große Trauma ist jene Agonie fester Bezüge, Agonie des Realen und Rationalen, mit der das Zeitalter der Simulation anbricht. Während so viele Generationen, und besonders die letzte, im Laufschritt der Geschichte gelebt haben, in der euphorischen oder katastrophischen Perspektive einer Revolution – hat man heute den Eindruck, daß die Geschichte sich zurückgezogen hat, einen Nebel der Indifferenz hinter sich zurücklassend, durchquert zwar von Strömen, aber all ihrer Bezüge entleert." (Jean Baudrillard, Agonie des Realen, Merve, Berlin 1978)

Erinnern wir uns an das Menetekel an der Wand von Mirafiori: *Il fascismo di oggi è il risveglio della morte.* Was hat die lichtblaue Farbe des Club-Chefs Berlusconi, das postmoderne Lichtblau Haiders, das hoffnungsstrahlende Blau der deutschen Republikaner und der russischen Nationalisten unter der Ägide Schirinovskys mit der Nekrophilie der Faschisten von einst gemein? Heißt das etwa, daß an der Stelle der Schwarzhemden von einst und an der Stelle der Braunhemden von gestern heute die Farbe blau steht?

Mit prophetischem Scharfsinn hat Pasolini *die totale Manipulation der Masse* durch den narzißtischen, phallosophischen und telematisch herrschenden Dromokraten vorausgesehen. Sein letztes, bis dato noch nicht fertiggestelltes und publiziertes Werk, ein TV-Dramolett nach Ramuz' Geschichte vom Soldaten, nimmt geradezu die Herrschaft und Herrschaftstechnik eines Silvio Berlusconi vorweg.

Am Mittwoch, den 26. Januar 1994 spricht ein distinguierter Herr im dunklen Anzug zur Nation. Er spricht in die bestellte Kamera eines bestellten Kameramanns. Er sitzt an seinem Schreibtisch, vor Büchern und vor Familienfotos. Sie zeigen Herrn Berlusconi, groß, versteht sich, mit seinen Kindern spielend. Alle Tyrannen lieben ihr Volk, und vor allem Kinder. Würdevoll spricht er von seiner Liebe zu Italien, von seinem Handwerk, dem freien Unternehmertum und schließlich von seiner Leidenschaft für die Freiheit, die jetzt durch die Kommunisten bedroht sei. Die Kassette geht an alle Tagesschauredaktionen, an sämtliche Fernsehsender Italiens und an den TV-Service der internationalen Nachrichtenagentur Reuters. Die Sender Italia 1, Rete 4 und Canale 5 sind im Besitz des Herrn Berlusconi. Natürlich zeigen alle Sender, auch die drei staatlichen der RAI, Ausschnitte seines öffentlich-privaten Auftritts; seine eigenen Sender, vor allem Rete 4, zeigen das Opus in voller Länge am Tage drei Mal.

Der *condottiere* Berlusconi besitzt auch den Großverlag Mondadori, Zeitschriften (Panorama), Werbe-, Film- und Finanzgesellschaften, Immobilien, Kaufhäuser (z. B. Standa), Supermärkte und den AC Milan. Das Leben des *Videokraten* könnte aus dem Libretto von *The Rake's Progress*[5] stammen: Reiseleiter, Fotograf,

Nachtclubsänger, Grundstücksmakler, Bauunternehmer und seit den achtziger Jahren ein mit Hilfe Bettino Craxis rasch aufgestiegener Wirtschaftskapitän. Heute ist der Herr von *Fininvest* Herrscher über 27.000 Angestellte und der *warlord* des *partito aziende*, die Partei, die ihn mit Hilfe Bossis und Finis an die Macht bringen soll. Dies hätte er bitter nötig, um nicht mehr bankrott zu sein. Jeder einzelne Angestellte des Berlusconi-Imperiums, ließ sein Erzfeind Agnelli (FIAT) errechnen, habe eine Schuldenlast von 12 Milliarden Lire zu tragen.

Würde Pier Paolo Pasolini heute noch leben, für ihn wäre diese graue Eminenz das *male assolutamente*, die Banalität des Bösen schlechthin.

Pasolini schreibt 1974 einen Film über das Fernsehen, für das Fernsehen, gegen das Fernsehen. Er versucht, die totale Simulation der Telekratie subversiv zu unterlaufen, indem er die Macht der Massenkommunikation als die Herrschaft des Bösen und Banalen thematisiert. Hier sei diese Geschichte kurz erzählt, denn nur dort, wo Geschichten noch erzählt werden, ist das Wort lebendig und die *Insel der Freiheit*[6] noch sichtbar. Nur dort, wo Bewegung (wirkliche und nicht simulierte) ist, innere Bewegung, Emotion; äußere Bewegung, Gestus, können Geschichten entstehen; nur dort, wo Gesten und Emotionen zusammentreffen, ist Rhetorik möglich, *parlare*, der Geist des Parlamentarismus. Nur dort, wo der Parlamentarismus lebt, lebt auch die Geschichte des Volkes. Hier also Pier Paolo Pasolinis Geschichte vom Soldaten:

Der kleine Soldat Ninetto Diotallevi verabschiedet sich am Bahnhof von seinen Kameraden mit einer kleinen Serenade, die er auf seiner Violine spielt. Im Zug begegnet er einem schönen taubstummen Mädchen vom Lande. Auch ihr spielt er leidenschaftlich auf. Ein vermummter Fremder folgte ihm wie ein Schatten. Die Schöne steigt in irgendeinem bergamaskischen Dorf aus, gefolgt von Ninetto, der in ihrem Haus, das sie mit drei Brüdern teilt, eine heiße Liebesnacht verbringt. Nach diesem Abstecher in die unwiederbringlichen Freuden des Landlebens findet sich der Soldat am nächsten Morgen wieder auf dem Weg zum Bahnhof, um seine Heimreise fortzusetzen. Aber er kommt nicht an. Auf seinem Fußmarsch zur Station passiert er ein Terrain, darinnen eine neoklassische Villa. Sie gehört dem geheimnisvollen Fremden. Eine Tafel ist reich gedeckt. Ninetto hat Hunger. Er produziert sich auf seiner Violine und wird zu Tisch gebeten. Der fremde Herr schlägt Ninetto vor, ihn die Kunst der Violine zu lehren, während er ihm das Lesen beibrächte. Darüberhinaus wolle er Ninetto reich machen. Der kleine Soldat willigt ein. Der Gastgeber führt Ninetto in einem Raum, der mit Fernsehschirmen tapeziert ist. Soeben läuft eine Dokumentation über den Papst Paul VI. Auf verschiedenen Schirmen laufen Interviews des Papstes über den Teufel ab. Der Fernseh-Interviewer ist ein zynischer, intelligenter, supermodisch gekleideter Kretin; der korrekte Kleinbürger schlechthin, der mit seiner überzeugenden Art die Untiefen im Gewissen des Zuschauers auszugleichen versteht, interviewt auch eine gewisse Persönlichkeit, einen Cavaliere, dessen Gesicht im Verborgenen bleibt. Auf die Frage, wer denn der Teufel heute sei, antwortet er: „Der Teufel ist euer Brötchengeber, der Chef des Fernsehens." Er fährt fort, der Teufel sei als das Böse in abstracto immer der nämliche Patron, aber er ändere seine Gestalt nach den jeweils herrschenden historischen Bedingungen; so sei er dereinst die katholische Kirche und das Papsttum gewesen und eben jetzt das Fernsehen, die Massenkommunikation. Die Taten des Teufels bestünden immer in der Auflösung des Glücksverlangens der Menschen und in der Transformation des Glücks in Konsum.

Ninetto, ein moderner Faust, kehrt in einem Mercedes in den Hort seiner Familie zurück. Die typische italienische Großfamilie! Nach einem kolossalen Festmahl, das in der Art eines kollektiven Psychodramas abläuft, nach Verlesung des Testaments von Ninettos Vater, erklären sich alle Verwandten für inexistent: „Verwandtschaft, was für eine Scheiße!" Auf der Asche traditioneller Familienkonventionen tanzt die neue, korrupte und schändliche Bande der *tangentopoli*. Schließlich erscheinen die Carabinieri, um Ninetto zu verhaften, der, durch zauberische Intervention des Fremden, nicht bemerkt hatte, daß schon ein Jahr vergangen, ein Jahr, daß er von seiner Kaserne ferngeblieben war. Ninetto wird ins Militärgefängnis gesteckt. Dank der Intervention des Fremden kommt er frei. Der Herr, diese graue Eminenz, verspricht ihm neues Glück und neuen Reichtum.

Ninetto weiß jetzt, daß der Teufel im Spiel ist, Ninetto ist jetzt ein Fernsehstar. Überall auf den Mauern der Stadt erscheint sein lachendes Gesicht.

Eines Abends wird zu seinen Ehren ein Empfang in einem Hotel am Meer gegeben. Alles strömt hin, auch Ninetto, der indes erlebt, wie das Publikum gebannt auf seine Videosimulation starrt, und ihn, den Ninetto aus Fleisch und Blut, links liegen läßt.

Ninetto ist der Protagonist auf dem Bildschirm. In einer kurzen Werbesequenz, die auf einem Friedhof spielt, wirbt er für eine Lebensversicherung. Nach der Übertragung eilt das Publikum, scharf beobachtet von Japanern, auf die Toiletten. Repräsentanten verschiedner Nationalitäten sprechen von Ninetto, dem Star, als von ihrem neuen Parsival. Das Fernsehen überträgt eine weitere Werbesendung: Delegierte gelangen durch ein Grab in die Abwässer der Stadt. Einer von ihnen mißt die Höhe von Scheiße und Pisse: „Nur fünf Zentimeter. Das ist die Norm!" Aber die Norm muß erhöht werden. Ein beispielloser Run auf die Toiletten der Stadt wird geworben und bringt ein überdurchschnittliches Scheiß-Ergebnis. Ninetto, der TV-Protagonist dieses Werbeerfolgs, wird von den Delegierten als ihr großer Held gefeiert; sein charismatisches Image wird verhundertfacht und als solches ausgestreut. Seine Strichcode-Identität ist mit der simulierten Erwartungshaltung des Publikums gleichgeschaltet worden. Ein Minister krönt Ninetto zum Ritter der Arbeit.

Was der geniale Pasolini zwischen 1974 und 1976 kunstvoll konzipierte, muß in den Achtzigern vom Duo Craxi/Berlusconi zwangsläufig simulatorisch wiederholt werden – als Politfarce. Keiner möge behaupten, die subversive Gegensimulation durch wahre Kunst sei unmöglich!

Nun zum Schluß der Geschichte: Ninetto ist das Opfer seines Reichtums und seines Erfolges, der ihm treu geblieben ist. Aber er kann sein geliebtes Instrument nicht mehr spielen, und an die Stelle seiner lachenden Augen ist grenzenlose Leere getreten. Während einer Feier am Altar des Vaterlandes flieht er im Schnellzug nach Neapel. Unter gleichgültigen und teilnahmslosen Mitreisenden schläft Ninetto ein. Er träumt sich auf der Tasse des Aborts die Violine spielend; seine

Peiniger erscheinen: Professoren, Bürokraten, Techniker, Fotografen. Gefolgt von einer Hundemeute flieht Ninetto. Er gelangt an den Ort: *Das heilige Thater seiner Majestät und Gottes*. Ninetto kommt zum König, der Vater einer wunderschönen, aber cholerakranken Tochter ist. Der theatrale Ort. Prozentium und Piazza, wird von einer Glaswand geschützt. Mit Hilfe einer magischen Speise heilt der kleine Soldat die Schöne. Während der Hochzeit mit ihrem Erretter tritt der Teufel auf, um das Fest zu verderben. Die schützende Glaswand zerbirst und unter dem Ansturm von schweren Schaufelbaggern geht der Palast aus dem 17. Jahrhundert in Trümmer. Ein Heer von Bulldozern schlägt die königliche Familie und das gaffende Volk in die Flucht. Verzweifelt spielt Ninetto auf seiner Violine, allein inmitten des Chaos. Ein riesiges Baggermaul öffnet sich, um auch ihn zu verschlingen. Mit einem Schrei erwacht Ninetto. Die Mitreisenden haben nichts von all dem wahrgenommen. Wie Tote fahren sie dahin. Seinen bedrückten Fragen begegnet leere Gleichgültigkeit.

Gedächtnis-Kunst und Ethik des Erinnerns versus Politik der Tilgung

Das Gedächtnis der Schwerzen sitzt tiefer als die Erinnerung der Freuden. Wie es keine Hoffnung ohne Trauer gibt, so auch keine Zukunft ohne kollektives Gedächtnis. Es gehört nicht in diesen Kontext, das Verhältnis von Gedächtnis und produktiver Einbildungskraft als die Begründung jeglicher Gestaltung von menschlichem Schicksal und Natur durch Kunst und Wissenschaft, Politik und alltäglichem Handeln, hier zu exponieren; soviel sei dazu gesagt: Wir leben, dank unbegrenzter Reproduzierbarkeit, in einem total verspiegelten Panoptikum. Reflexion heißt nur noch gegenseitige Ausgrenzung durch parallelgeschalteten Laserblick. Jeder ist des nächsten blinder Fleck. Die telematische und phallosophische Dromokratie, der elektronische Feldzug gegen das Gedächtnis und gegen das Bewußtsein, hat eine totalitäre Herrschaft über Natur und Mensch errichtet. Die leiblich-sinnliche Realität des Menschen existiert nur noch als *Appendix* der Megamaschine: Die mondialen Netzwerke der Macht, die ihre High-tech-Potenz gerade erst entfalten, das menschliche Raum-Zeit-Bewußtsein auf einen Ground-zero-Status zu reduzieren. Jede wirklich radikale politische Veränderung muß Wege aufzeigen, entweder dieses *Simulakrum* subversiv zu unterlaufen oder zu entmaterialisieren. Wer sich, scheinheilig naiv, des telematischen Machtapparates bedienen will, um nur umzuinstrumentieren, wird als geklonte Existenz dieser Maschine einverleibt.

Politische Programme müssen auch angeben können, wohin zurück dem Weg aus der Sackgasse zu folgen sei. Jede politisch revolutionäre Bewegung muß zugleich zwei Richtungen verfolgen: Zum einen die Rückkehr in die bestmögliche *Konkordanz* von verfaßter Gesellschaft und solidarischer Gemeinschaft; zum anderen müssen die Mittel und Wege klar definiert sein, die Wohlfahrt des Volkes, das Glück aller zu erreichen.

Was ist an den Herrschern durch mediale Schirme so gefährlich?

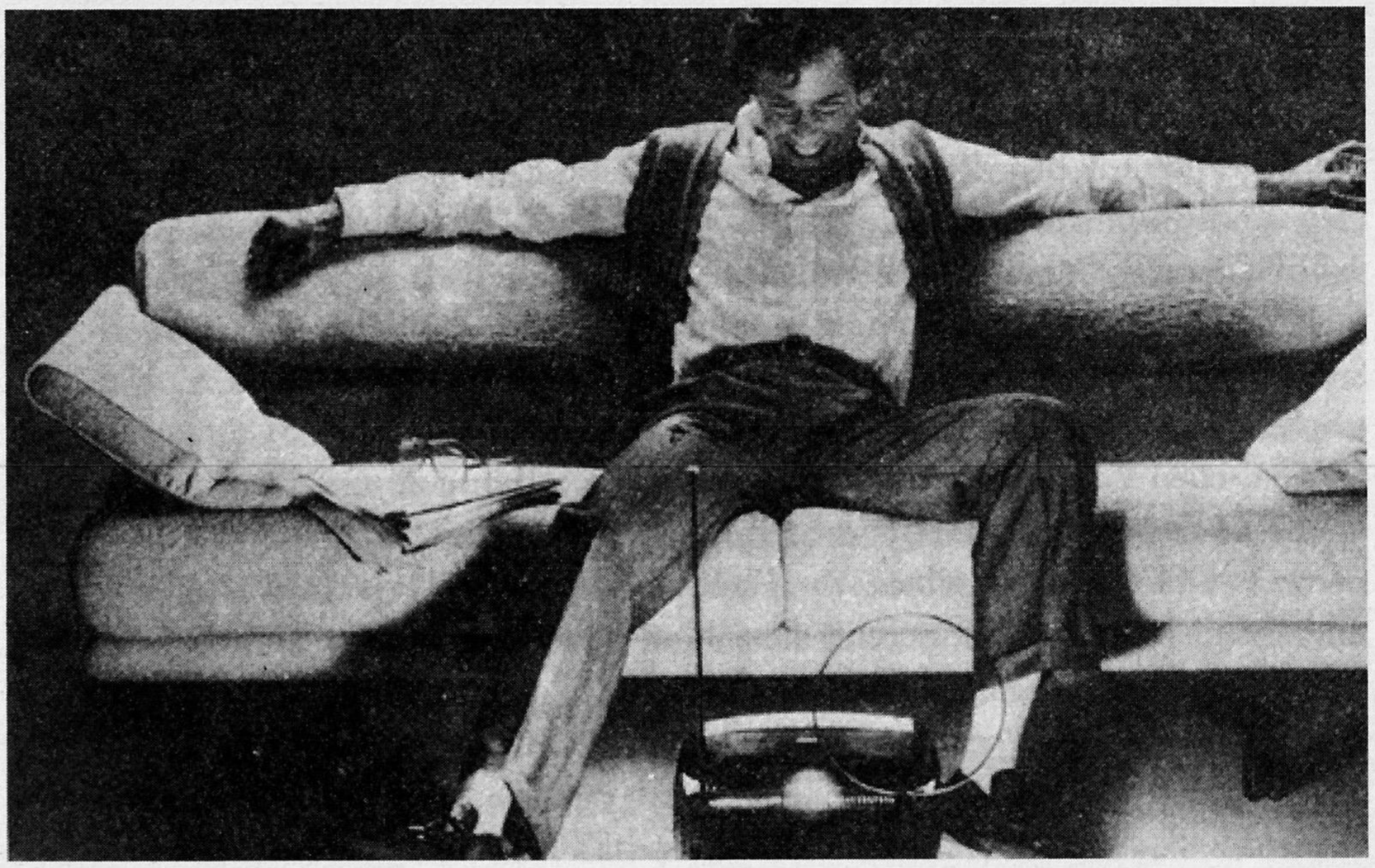
Berlusconi, eindeutig als der faschistische Führer, als der neue Mussolini von heute zu entlarven, besitzt nicht nur die oben genannten drei großen Sender, er verfügt darüberhinaus über ein gut verflochtenes regionales Informationsnetz, das ganz Italien im Griff hat. Der Schatten des *Großen Bruders* ist in jedem Haushalt präsent. Der Papst, der mit Schrecken bemerkt, daß die Tele-Schirme das Kruzifix im Herrgottswinkel verdrängt haben, ruft zum Feldzug gegen die Videokraten auf. Heute sagt der Pntifex nicht anderes, als Pasolini vor 20 Jahren: ZERSCHLAGT DIESES NETZWERK DES TEUFELS!

Im Vergleich mit Ted Turners CNN, dem französischen Konzern TV 5 und Star TV in Honkong sowie BBC ist Berlusconi relativ klein, aber als ein Teil des weltweiten BLAUEN DUNSTES läßt er einen für Italien nur noch schwarz sehen.

Was an dieser neuen Macht ist so faschistisch? Es ist die totalitäre Verfügung über den Raum und über die Zeit, das heißt, über das menschliche Gedächtnis und damit über das Bewußtsein: Wer durch Simulation und grenzenlose Reproduktion von Realität vorgibt, *wirkliche Tatsachen* zu schaffen, beherrscht manipulativ auf teuflische Weise die Menschheit – über jegliche parlamentarische Verfassung hinaus. Wer den Willen des Menschen, seine Leidenschaften und seine Bedürfnisse, seine komplexen Beziehungs- und Kommunikationsformen auf die Strichcode-Identität reduziert, handelt in der Konsequenz des faschistischen Schreibtischtäters, von dem Kafka sagt, er verwandle Menschen aus Fleisch und Blut in Aktenpapier. Die telematische Tilgung der Erinnerungsspur ist zugleich die Austilgung der Menschheitsgeschichte.

Das politische Programm der italienischen Progressisten

Die vereinigte Rechte unter Fini, Bossi und Berlusconi hat kein Programm. Es genügt ihr, die Massen mit Werbeslogans, stereotypen Nationalismen und billigen Konsumversprechungen zu lenken. Das gerade zeigt, daß diese Herrschaften weder ihre Wähler noch ihre eigenen Wahlversprechungen ernst nehmen. Sie wollen unverblümt die Macht und nichts als die Macht. Anstelle eines gemeinsamen Programms haben diese postmodernen Kriegsherrn bei ihrem Treffen Italien schon als Beute untereinander aufgeteilt.



Die linksliberale Union der Progressisten indessen legt ein umfangreiches Programm zur Sanierung des kranken Staates vor. Vor allem ging diese Linke, nach dem Zusammenbruch des *realen Sozialismus*, durch ein Fegefeuer von Kritik und Selbstkritik – und sie ist, gereinigt und neu erstarkt, aus diesem Feuer wieder aufgestiegen wie der märchenhafte Phönix aus der Asche. Diese Linke hat den Mut zurückzukehren, zurück zu den Tugenden der republikanischen Demokratie: Sie fordert das bewußte Wiederherstellen des Gemeinsinns.

„La costruzione di un blocco sociale e politico per realizzare l'alternativa, la sua gestione, il processo stesso di trasformazione in senso socialista e comunista non possono esser costruiti, fuori del consenso democratico, da un partito o anche da un singolo soggetto sociale.

I vari passaggi di questi processi, non certo lineari e privi di contrast di classe anche aspri o laceranti, saranno determinati dalla partecipazione o del consenso sociale e politico della grande maggioranza della populazione, intesa nella sua complessita sociale, nella articolazione delle espressioni ideali e culturali, in un irrinuncibile pluralismo politico." (These 1.8.d. zum 2. Kongress der PRC)

(Der Bau eines sozialen und politischen Komplexes zur Verwirklichung der Alternative, ihre Leitung, der Prozeß der Transformation im Sinne des Sozialismus und Kommunismus kann nicht außerhalb eines demokratischen Konsenses von einer Partei oder einem einzelnen sozialen Subjekt geschehen.

Die verschiedenen Schritte dieses Prozesses, gewiß nicht linear und frei von harten und zerreißenden Klassengegensätzen, werden von der Teilnahme oder dem sozialen und politischen Konsens der großen Mehrheit des Volkes bestimmt, von ihrer Übereinstimmung in ihrer sozialen Komplexität und in der Artikulierung ihres idealen und kulturellen Ausdrucks – unabdingbar existent in einem politischen Pluralismus.)

Die Progressisten verstehen sich als die einzige Alternative zur abgewirtschafteten und abgehalfterten Politik der bürgerlichen Parteien, die den Staat wie einen Selbstbedienungsladen für ihre privaten Interessen benutzen.

In einem Klima der totalen Korruption, der moralischen Relativierungen, der Bestechungen und der Schmiergeldaffären müssen die Exponenten der alternativen Politik mit sauberen Westen und mit reinen Händen dastehen. Um so schlimmer die Verleumdungen Bettino Craxis, der Fiat-Konzern habe große Summen an die Partei der Eiche bezahlt. Aber der ehemalige Parteivorsitzende der PSI und langjährige Staatschef steht mit seinen Anschuldigungen allein da. Jedenfalls befindet sich Italien fünf Wochen vor einer entscheidenden Wahl in einem barbarischen Kriegszustand, wenigstens was die mediale Hetzkampagne der Rechten gegen die Linke betrifft. Moderate und liberale Kritiker klagen: *Wir sind kein Volk mehr, wir sind ein fanatisierter Mob*.

Die Rechte scheut sich nicht, mit allen Mitteln der Gewalt die MACHT IM STAATE gegen die demokratisch verfaßte Gesellschaft zu ergreifen, während die Linke der Revolution zugunsten einer grundlegenden und umfassenden Reform ade gesagt hat. Zweihundert Experten verschiedener Disziplinen haben für die PDS und ihre Verbündeten ein Sechzig-Seiten-Programm entwickelt:

Massenarbeitslosigkeit und ihre schrittweise Beseitigung, in Anlehung an den Delors-Plan, bis zum Ende des Jahrtausends 15 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, stellt das Hauptproblem dar.

Die Politik des Fiat-Konzerns, einer der Schlüssel der italienischen Prosperität, versucht, in Übereinstimmung mit der Belegschaft, mit den Gewerkschaften, mit dem Staat und mit den Linksparteien ein Modell des Krisenmanagements zu entwikkeln. Hat Agnelli seine Betriebe noch vor wenigen Jahren unbarmherzig rationalisiert, schlimmer noch als die Japaner, die menschlichen Arbeitskräfte durch technische Intelligenzen ersetzt, so kann er sich heute die bevorstehende Entlassung von fünfzehntausend Arbeitern nicht mehr leisten. Dem stehen die geschlossene solidarische Front aller Arbeiter, Angestellten und Fachleute entgegen. Aber Agnelli muß auch die Pseudoproduktivität der Fininvest und die drohende rechtsradikale Politik der Konsorten Berlusconi/Bossi/Fini

fürchten. Vieles wird darauf ankommen, wie der „Qualitätssprung" bei Fiat gelingt. Fiat kann längst ökologische Autos produzieren. Fiat könnte ein Modell des Kapitalismus mit menschlichem Gesicht demonstrieren: Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten an der Form der Arbeit, an der Qualität und an der Qualifizierung der Arbeitskraft; Mitbeteiligung am Gewinn. Weniger Arbeitszeit bei weniger Lohn, doch Arbeit für fast alle; Preissenkung wichtiger Konsumgüter bei einer neuen Qualifizierung der Lebensform im Sinne einer Kulturrevolution, die dem Konsumismus den Krieg erklärt; bessere soziale Versorgung, vor allem im Gesundheitswesen; dies alles könnte die *azienda italia* retten, wäre, ja wäre Italien ein Betrieb, eine Firma, die nur ein anderes Management bräuchte. So sehen es die Reformisten, auch die Reformer im Schatten der grünen Eiche. Aber ein Staat ist kein Betrieb, den man nur gut ausgebildeten und moralisch gutgesinnten Betriebswirten überlassen müßte. Die sozialdemokratischen Reformer klammern sich an ein Identitätsmodell vergangener Tage, an das Modell des großen Kompromisses und des Sozialpaktes, der unbedingt einzugehen sei, denn die langwirkende Krisis sei nun an ihrem unumkehrbaren Höhepunkt angelangt. Was früher der industriell zubereitete Wohlstand, die Tröstungen der Zivilisation, an Antagonisten und Protagonisten zusammengeleimt hat, soll jetzt im Grunde die Furcht leisten, die Furcht vor nationaler Verelendung und die Angst vor einer faschistischen Machtergreifung. Der alte Genosse Reichlin spricht dies so aus: „Wir müssen, wenn wir das Wohlergehen des Volkes wollen, dafür Sorge tragen, daß unsere Industrie produziert und gesund ist. Dies ist paradox, aber so ist es." (Während der Proklamation des Wahlprogramms der PDS)

Was für die Schlüsselindustrien gilt, soll auch für den Staatsapparat seine Richtigkeit haben. Was indes passiert mit der Gesellschaft? Wie sie wählt, so könnte entschieden sein, ob eine neue Ordnung aus den Ruinen aufblüht. Diese Wahlen werden beweisen, ob die Italiener mündig sind, die politischen Kategorien Autorität, Macht und Gewalt klar voneinander zu unterscheiden oder alles auf ein eindimensionales Verhältnis von Befehlenden und Gehorchenden zu reduzieren.

Während die rosaroten Pragmatiker und Sozialingenieure zurückblicken auf vergangene Identitäten, haben die schwarzen Anarchiker im blauen Gewand keine Identitätsprobleme.

Nach den Wahlen

Alea iacta est – Der Würfel ist gefallen: Die linke Allianz ist geschlagen, die Rechtsbündler haben eine knappe Mehrheit erreicht. Für die Camera Uninominale vereinigen die Rechten, Forza Italia, Lega Nord, Aleanza Nationale und andere, fast die Hälfte der gesamten Wählerstimmen auf sich. Die Progressisten erhielten 32,3 Prozent. Im Senat werden die blau Konföderierten, Berlusconi, Fini, Bossi und Co. voraussichtlich 174 Sitze besetzen, die Progressisten hingegen nur 127. Silvio Berlusconi trat kurz nach ein Uhr morgens vor die Kamera. TG 5, eigenes Haus, einer der drei großen Kanäle des Schwarz-Magiers, der sich bereits völlig sicher als der neue Leader des Landes gibt. Sein Gegenspieler, Achille Orchetto, indes ist ein gebrochener Mann. Armendola Cossuta, der große alte Kämpfer und Begründer der Rifondazione Communista, sagt den Genossen als einziger, was jetzt zu tun sei: Krieg dem Rechtskartell auf allen Ebenen des legalen, demokratischen Kampfes.

Alea iacta est – wie es die Senatoren in ihren blutbefleckten Tagen gern hinausschreien möchten. Dereinst wurde im antiken Griechenland um die Neuverteilung des bebaubaren Bodens gewürfelt, heute würfelten die Wahlbürger mit dem Stimmzettel. Wissen sie denn, was ihnen zufallen wird? Nach einer glasklaren und bestechenden Analyse der medienabhängigen Massen kommt Noam Chomsky zu dem eindeutigen Schluß. Ronald Reagan, der miese Hollywood-Schauspieler, hatte bereits als Gouverneur Kaliforniens die videokratische Macht erprobt, die er schließlich als Präsident der USA so glänzend zu benutzen verstand. Silvio Berlusconi, in einer drittklassigen Goldoni-Inszenierung in einer oberitalienischen Kleinstadt nur ein tölpelhafter Komödiant, vermag via magischem Kanal die Massen zu usurpieren, indem er sie zur klammheimlichen Identifikation mit seiner Figur bringt. Dieser Mann und sonst keiner ist für Italien der postmoderne Führer. Die Zweite Republik hat begonnen – als schwarze Diktatur, die sich frisch blau gibt. Gewiß, neben dem Herrn Berlusconi stehen Bossi, der ekstatisch-hysterische Populist und Fini, ja Baby-Face Fini, der Alt-/Neu-Nazi in Rom.

Zwischenbemerkung: Der deutsche Siemens-Konzern hat ITALTEL „geheiratet".

Liebe Genossin, lieber Genosse! Nicht, wie es in einem alten traurigen Lied der Südslawen lautet, WAS FÜR EIN SCHWARZER FRÜHLING werden wir singen, nein! ROTE FAHNEN SIEHT MAN BESSER!

Vor einigen Wochen haben wir, liebe Leserin und lieber Leser, hier und jetzt unsere Betrachtungen der politischen Landschaft Italiens begonnen. Wenngleich sich bekanntlich alle weltgeschichtlichen Ereignisse zweimal ereignen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce, ist uns der Ausweg Kassandras in den Wahnsinn der Verstellungsqual erspart und auch verwehrt geblieben. Was tun?

Der geordnete Rückzug ist sowohl in der alten wie in der neuen Strategie die richtige Taktik.

BRUTUS: THE GAMES ARE DONE, AND CAESAR IS RETURNING.

(Shakespeare, Julius Caesar, 2. Szene, 178) ■

Dr. Peter JIRAK ist Philosoph und Schriftsteller in München.

Anmerkungen

1 Im Übergang vom Mittelalter zur Moderne herrschten Kriegsherrn, condottieri, wie zum Beispiel Bartolomeo Colleoni, dessen Reiterstandbild von Verocchio modelliert, auf dem campo vor der Kirche San Giovanni e Paolo in Venedig steht.

2 Der Faschismus von heute ist das Wiedererwachen des Todes.

3 Formel des österreichischen Philosophen Paul Feyerabend für ein wildes Denken jenseits von systematischem Erkenntniszwang.

4 Kants doppelte Negation des Interesses, wie sie sich im ästhetischen und politischen Urteil ausspricht, ist als eine der Grundlagen der menschlichen Freiheit im Schönen präsent: Das zweckfreie Wohlgefallen negiert sowohl den narzißtischen Egoismus wie auch die Kohärenz der Warenästhetik.

5 Oper von Igor Strawinsky, 1951 in Venedig uraufgeführt.

6 Synonym für das Paradies und für den legendären Ort der mythischen Geburt der Freiheit; aber auch konkret: der Inbegriff der Grundfreiheit, der Freiheit von autochthoner und autonomer Bewegung.

Weg und Ziel

Jahresabo 5 Hefte: 200 Schilling, 35 DM

Diese und viele andere Postkarten erhältlich bei: Edition Lawine, Leuschnerdamm 39, 10999 Berlin

Das „Ende der Geschichte", der „Sieg des Kapitalismus" werden verkündet. Die Kluft zwischen arm und reich wächst – national und international. Rechtsradikalität wurde Normalität. Wir wollen zu widerständiger Kritik beitragen, Themen kontroversiell diskutieren und gangbare Wege aus der menschenverachtenden Vorherrschaft des reichen Nordens aufzeigen.

Schwerpunkte 1992
Amerika, Amerika!
Menschenbilder
Werner Kofler
Die Rückkehr des Politischen
Das österreichische Wesen
Fortschritt

Schwerpunkte 1993
Nation(alismus)
Ästhetik
Dritte Welt im Abseits
Tendenz rechts
Menschenrechte
Der reale Kapitalismus

Schwerpunkte 1994
Klasse und Geschlecht
Europa der Regionen?
Ökologie

Jede/r neue AbonnetIn erhält ein Gratis-Buch: Liste mit 65 Büchern des Verlags für Gesellschaftskritik wird zur Auswahl zugeschickt.

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement von »Weg und Ziel«
5 Hefte 200 Schilling (Ausland 35 DM)

_____

_____

_____
Unterschrift

An das
»Weg und Ziel«
Andrea Dampier
Trattnerhof 2/14
A-1010 Wien

Europa der Regionen?

KommunalpolitikerInnen-Symposium zum Thema

Gemeinden und Regionen – Stiefkinder der EU

Sa./So. 28./29. Mai 1994 in Hallein
Gasthaus Löwenbräu Scheicher
5400 Hallein, Schöndorferplatz 3 (gegenüber dem Rathaus)

Podiumsdiskussion

Samstag, 28. Mai 1994, 20.00 Uhr
„Gemeinden und Regionen – Stiefkinder der EU"
Gasthaus Löwenbräu Scheicher

Nähere Informationen beim
Verband kommunistischer und fortschrittlicher Gemeindebediensteter in NÖ, 1010 Wien, Zelinkag. 2/6, Tel. 533 85 15

Europas Europäisierung

Gerold ECKER

Hie vertiefte und erweiterte Integration, verstärkte Zusammenarbeit und Stabilität, und dort Desintegration, Nationalismus und wirtschaftliche Depression. So, oder ähnlich, wird Europas wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung skizziert. Kommentierte Verwunderung wird dabei über die Gleichzeitigkeit dieser Prozesse laut. Gedanklich in der traditionellen Zweiteilung Europas verharrend, wird dem Westen zunehmende Vereinheitlichung und dem Osten des Kontinents Zerfall zugeschrieben.

Die Komplexität der realen Entwicklung provoziert offensichtlich einfache, verkürzende Antworten. Hinter denen ebensogut politische Absicht, Strategie vermutet werden darf.

Auf ehemals jugoslawischem Territorium toben nach wie vor blutige Sezessionskriege, die CSFR spaltete sich mehr oder weniger friedlich, und in Italien – einem der Kernländer der Europäischen Union – erheben siegreiche Nationalisten territorialen Anspruch auf das benachbarte Istrien. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und der Wahlsieg des mit faschistischen, nationalistischen und separatistischen Versatzstücken angetretenen Rechtswahlbündnisses in Italien sind nur der manifeste Ausdruck einer wahrhaft gesamteuropäischen Entwicklung.

Als eine realpolitisch taugliche Alternative wird quer zu ideologischen Lagern, im Westen wie im Osten, Regionalisierung gefordert. Wobei hinter diesen Absichten so unterschiedliche Motive stehen, wie demokratische Emanzipation und ethnisch, chauvinistische Abgrenzung.

Solidarität oder Ausgrenzung

„Die Linke Westeuropas", zitiert Lothar Baier einen Aufsatz von Jean Améry aus dem Jahre 1977 als Besprechung eines Buches zum Thema „Regionalismus", „hat seit Jahrzehnten lauter Ersatzrevolutionen gesucht: die sowjetische, die chinesische, die kubanische, die kambodschanische, die palästinensische – und so manche noch. Es wäre historischer Zeit- und Energieverlust, wollte sie sich jetzt die regionalistische vornehmen. Deren Chancen sind gering bis an die Nullgrenze: die Gefahren sind dennoch erheblich."[1]

Bis zum heutigen Tag setzen fortschrittliche Menschen auf die angenommene demokratisierende und emanzipierende Kraft der Regionalisierung. Mit dem Blick auf die gegenwärtigen europäischen Verhältnisse gibt Lothar Baier dem Skeptiker Améry im nachhinein recht: „Auf der einen Seite hat man die hohle Formel vom ‚Europa der Regionen' erfunden, um nostalgisch gestimmten Zauderern das Aufgehen im Ecu-gewürzten Euro-Eintopf schmackhaft zu machen. Auf der anderen Seite aber wird die regionale Fahne von Kräften hochgehalten, die mit der Idee von Gleichberechtigung und Solidarität, Motiv der regionalistischen Protestbewegungen der siebziger Jahre, auf Kriegsfuß stehen. Der Vormarsch der Lega Lombarda und anderer Ligen in Norditalien annonciert den Triumph des nackten ökonomischen Egoismus; man will den Reichtum, der in einer produktiven Region akkumuliert wurde, mit niemandem mehr teilen. (Das trifft vor allem auch auf Kroatien und Slowenien zu; Anm. des Autors.) Regionale Farben und bestimmte kulturhistorische Würden sind nun willkommen, weil sich mit ihnen die häßliche Blöße der ökonomischen Raffgier verdecken läßt. Der hochgestimmte emanzipatorische Regionalismus der siebziger Jahre hat einem real existierenden Regionalismus Platz gemacht, der nur ein anderer Name für Egoismus und Ausgrenzung ist."[2]

Damit ist unser Bezugsgeflecht angesprochen: die politisch-gesellschaftliche Entwicklung – ihr wirtschaftlicher und sozialer Nährboden – zwischen europäischer Integration, Regionalisierung und Nationalisierung. Dies soll nicht als ein sich ausschließendes Alternativenpaar, sondern als ein sich gegenseitig ergänzendes und tragendes Paar einer zu bestimmenden „Europäisierung" beschrieben werden.

Europa der Regionen – zum Begriff „Regionalismus"

„Die europäische Integration erscheint keineswegs als theoretischer Widerspruch zum Autonomieverlangen kleinerer Gemeinschaften und zum wachsenden Bewußtsein ihrer Identität. Die beiden Tendenzen konvergieren insofern, als sie von verschiedenen Seiten her den Anspruch des Nationalstaates, als alleiniger oder doch allein maßgebender Bezugspunkt politischen Handelns zu erscheinen, in Frage stellen."[3]

Der nunmehr – seit seiner Instrumentalisierung durch EU-Politiker – diskreditierte Begriff des „Europas der Regionen" führt zur oben angerissenen Entwicklung. Als machbare Alternative zur ökonomisch fixierten, zentralistischen Integrationspolitik á la Europäischer Gemeinschaft oder Europäischer Union, stand dieser Begriff für ein kleinräumigeres, solidarisches, ökonomisches und ökologisches Miteinander, das den Bürgerinnen und Bürgern größtmögliche Mitsprache und Entscheidungsfreiheit bei der Gestaltung ihrer umweltlichen Lebensbedingungen sichern sollte.

1988 fand dieser Begriff Eingang in die Gemeinschaftscharta des Europäischen Parlaments. Die Charta des EP versteht unter einer Region „ein Gebiet, das aus geographischer Sicht eine deutliche Einheit bildet, oder aber ein gleichartiger Komplex von Gebieten, die ein in sich geschlossenes Gefüge darstellen und deren Bevölkerung durch bestimmte gemeinsame Elemente gekennzeichnet sind, die die daraus resultierenden Eigenheiten bewahren und weiterentwickeln möchte, um den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben".

Mit einer derartigen Definition können sich transnationale Zweckge-

meinschaften sowie chauvinistische Bewegungen über den Regionenbegriff begründen. Einmal wird der Begriff emanzipatorisch/solidarisch und ein andermal völkisch aufgeladen – je nach strategischer Absicht. „Je politischer – politisch im ursprünglichen Sinn des Wortes – und beweglicher eine kollektive Identität ist, desto konfliktfähiger, friedlicher und solidarischer ist die betreffende Gemeinschaft", analysiert der Schweizer Historiker und „Radikaldemokrat" Josef Lang, „je objektivistischer, ethnizistischer und damit unveränderlicher eine kollektive Identität ist, desto vermauerter und egozentrischer ist die betreffende Gemeinschaft". In diesem „politischen", emanzipatorisch/solidarischen, Sinn von Regionalismus ist die Unterstützung von nationalen, regionalen, ethnischen Emanzipationsbewegungen für Josef Lang kein Widerspruch zu aktiver Friedensarbeit.

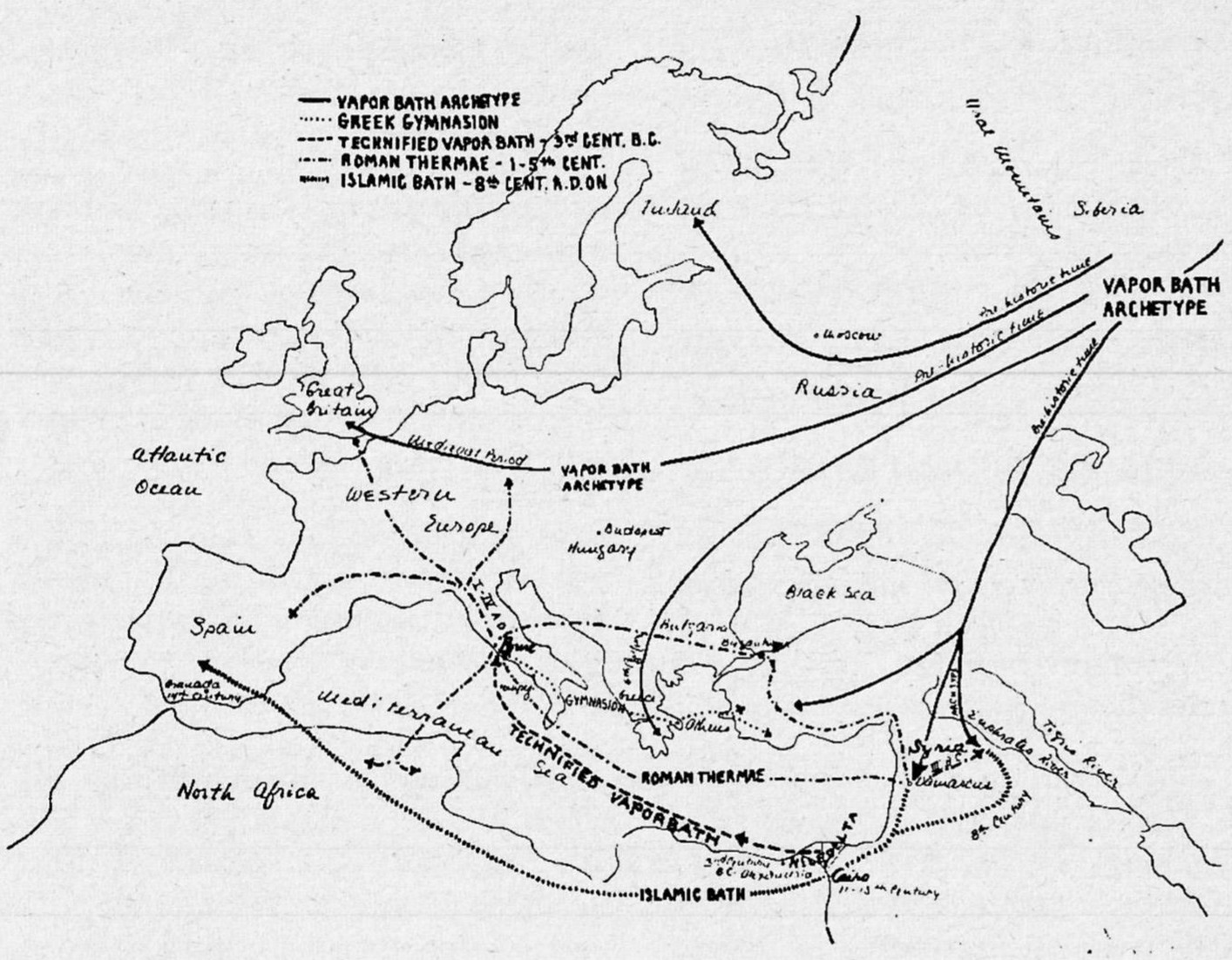
Mit dem Plädoyer für Selbstbestimmung und Anerkennung von Minderheitenrechten geht die Forderung nach Demokratisierung der europäischen Integration einher. Dabei wird eingeräumt, daß Selbstbestimmung das Recht auf Sezession beinhaltet, „aber in vielen Fällen das beste Argument gegen eine solche Loslösung ist". Als realistisches Forum zur Durchsetzung dieser Absichten gilt den Radikaldemokraten eine europäische Verfassungsdebatte, über die auf europäischer Ebene ein Zweikammernsystem eingerichtet werden soll.

Im Rahmen eines Positionspapiers mit Vorschlägen für eine direktdemokratische und föderalistische Verfassung stellt eurotopia – eine transnationale BürgerInnenbewegung – fest: „Wer glaubt, notwendige transnationale Kooperation und die Delegation von Souveränitätsrechten an eine suprastaatliche Struktur mit einem Abbau von demokratischen Mitwirkungsrechten erkaufen zu können, fördert nationalistische Tendenzen."[4] Für die BürgerInnenbewegung soll Europa als ganzes handlungsfähig werden, „ohne die vielfältigen und eigenständigen Handlungsfähigkeiten der Staaten, Regionen, Kommunen zu schmälern".

Realutopien

Die Europäische Union, als über einen „bürgerInnen- und volksgruppennahen Prozeß konstituiert, auf einer demokratischen und föderalen Verfassung gebaut" gedacht, wird als Hoffnungsträger verschiedener Minderheiten betrachtet. Neben starken direktdemokratischen Elementen fordert zum Beispiel eurotopia ein Zweikammernsystem für das Europäische Parlament – die erste Kammer ist die Vertretung der EU-BürgerInnen über Abgeordnete, die zweite Kammer repräsentiert die Mitgliedstaaten der Union.

Danach ist die europäische Integration für die staatenlosen Volksgruppen eine große Chance, „weil sie ihren historischen Gegner und oft auch Spalter, den Nationalstaat, schwächt und alle Nationen, Regionen, Kulturen und Sprachen zu minderheitlichen macht".



Verbreitung der verschiedenen Arten der Regeneration, der Badeformen: Urform – Dampf- oder Heißluftbad, römische Thermen, griechisches Gymnasion, islamisches Bad

Die Verknüpfung von Nation und Demokratie wird historisch als „Zwillingspaar der Moderne" begründet. Der europäische Einigungsprozeß als realutopisches Ziel, „der den nationalstaatlichen Exekutiven und den EG-Kommissaren den Protagonismus entreißt und diesen aufteilt, unter anderem an das ‚Europa der Regionen'".[5]

Jenseits einer derart gewünschten Integration wird in der existierenden Europäischen Union eher eine Stärkung des Nationalstaates gesehen. So hat auf der iberischen Halbinsel der EG-Beitritt den Zentralstaat gegenüber den „comunidades autonomas" gestärkt. Als wesentlicher Grund für den Widerspruch zwischen regionaler Selbstbestimmung und EU-Politik sieht der Historiker Lang, daß „die meisten Regionen und staatenlosen Nationen sich über nichtwirtschaftliche Gemeinsamkeiten und Interessen definieren". Diese Regionen verfügen über unterentwickelte ökonomische Institutionen „und sind deshalb für die EG-Kommissare von untergeordnetem Interesse".

Außerdem wird die Integration von nationalstaatlichen Exekutiven vorangetrieben, die dadurch eine Aufwertung gegenüber den „minderheitlichen Volksgruppen, aber auch gegenüber der Nation im ursprünglichen Sinne des Wortes, dem souveränen Volk, den Citoyennes und Citoyens" erfahren.

Kritiker, die die Verlagerung von Kompetenzen der Europäischen Union in Richtung Regionen fürchten, führen an, daß die kleineren Unionsstaaten ohnehin als Regionen gelten würden, wie Luxemburg, Irland, Dänemark, die Niederlande, Portugal, Griechenland und die Beitrittskandidaten. Die angesprochenen Staaten würden sich als relativ homogene Wirtschafts- und Sozialsysteme auszeichnen. Die Regionalisierung von Kompetenzen würde daher vor allem die großen westeuropäischen Flächenstaaten treffen. Die Großen müß-

ten den deutschen Bundesländern vergleichbare Regionen bilden, um mit „den nationalstaatlich verfaßten Regionen" kompatibel zu sein. Diese Kritik sieht im Konzept des „Europas der Regionen" daher ein Programm zur Devolution der großen Flächenstaaten. „Ein ‚Europa der Regionen' als Substitut der traditionellen Nationalstaaten würde bedeuten, daß alle derartigen ‚Regionen' eine Eigenstaatlichkeit erhalten müßten, die ihnen hinreichend große Kompetenzen, eigenständige Einnahmen und ein auf sie zentriertes System der Interessensformierung, Konfliktvermittlung und Legitimationsabgabe verleihen."[6]

Neue Grenzen

Das vage, nach allen Seiten offene, definierte „Europa der Regionen" könnte als Kampfbegriff für neue westeuropäische Grenzziehungen dienen. Die erst kürzlich erhobenen Gebietsansprüche der siegreichen Rechtsallianz in Italien auf Istrien deuten in diese Richtung.

Derartiger Regionalismus kann sich legitimatorisch auf die Europäische Union beziehen. Andererseits findet die Integrationspolitik der Europäischen Union in der Regionalisierung – als vorgestelltes „Europa der Regionen" – eine Möglichkeit, durch verbale Zugeständnisse ohne gröberen Kompetenzverlust von ökonomischen und sozialen Mißständen abzulenken, die ihren Ausdruck auch in diesem Regionalismus finden können.

Damit ist „die Möglichkeit einer politisch wenig strukturierten Regionalisierung" angesprochen, wie sie Peter Wegscheider nennt[7], „die latenten oder schon manifesten separatistischen Bewegungen Spielraum und politische Attraktivität gewinnen läßt".

„Was als gutgemeinter Versuch zur Überwindung (nationalstaatlicher) Grenzen konzipiert ist", dabei können wir auf die Absichten der Radikaldemokraten verweisen, „mag in der Errichtung neuer, nun ethnisch/sprachlich/kulturell definierter Grenzen münden".[8] Dem wird der geforderte offene, bewegliche Charakter einer kollektiven Identität entgegengehalten, die sich eben nicht völkisch definiert. „Je stärker der Aspekt einer historisch oder ethnisch begründeten Regionalisierung zum Tragen kommt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß auf diesem Weg Gebilde entstehen, die unter dem Dach gesamteuropäischer Institutionen „viel mit Kleinstaaten zu tun haben".[9]

Trotz dieser möglichen kleinstaatlichen Zukunft Europas, scheint im Moment der klassische europäische Nationalstaat in der Zange zwischen europäischer Integration und Regionalisierung eingezwickt. Die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklungen und konzeptlose Reaktionen der politischen Eliten lassen die Offenheit dieser Prozesse zur Gefahr werden.

Re-Nationalisierung als Europäisierung

Auf unterschiedlichen Ebenen artikuliert sich „Nationales" als konzeptlose bis blinde Reaktion auf vermeintliche Bedrohungen. Einzelstaatlich re-nationalisiert sich Westeuropa in Form von Antisemitismus, Fremdenhaß, Rechtsradikalismus und Rassismus. Zunehmende Widersprüche zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union – wie unlängst an der Auseinandersetzung über die Sperrminorität wieder ersichtlich – markieren diese Entwicklung ebenso wie Bemühungen um eine „europäi-sche Identität", die über Ab- und Ausgrenzung erreicht werden soll.

Osteuropas Re-Nationalisierung wird als Reaktion auf die gescheiterte „Supranationalität" der Vergangenheit und als notwendige Voraussetzung für Identitäts- und Legitimitätsbildung gesehen. Eigenstaatlichkeit gilt somit als Voraussetzung für binnenökonomische Entwicklung und weltwirtschaftliche Integration. Ein derart über Sachzwänge begründeter Nationalismus als Staatspatriotismus droht jedoch in ethnischen Chauvinismus umzuschlagen. 1989 steht nur für den Beginn europäischer Umbrüche. Die Entwicklungen in Osteuropa, die Kriege in Ex-Jugoslawien, die separatistischen Strömungen und Interessenswidersprüche in Westeuropa deuten die Anfangsphasen der großen Umwälzungen an.

„In Europa verschiebt sich die Tektonik der Macht", argumentiert August Pradetto, neue Bündniskonstellationen entstehen. Viel stärker als je zuvor in den vergangenen vierzig Jahren treten nationale Interessen und Strategien gerade dort in den Vordergrund, wo die Geschichte und – militärisch gesprochen – „der Raum" wieder offen sind.[10] Eine derartige Differenzierung wirkt auch innerhalb des westlichen Bündnisses.

Chauvinistische Identität

„Aber wenn man prüft, welches eigentlich die allgemeine Funktion des Begriffs ‚Zivilisation' ist, und um welcher Gemeinsamkeit willen man alle diese verschiedenen menschlichen Haltungen und Leistungen gerade als ‚zivilisiert' bezeichnet, findet man zunächst etwas sehr Einfaches: Dieser Begriff bringt das Selbstbewußtsein des Abendlandes zum Ausdruck. Man könnte auch sagen: das Nationalbewußtsein." (Norbert Elias)

Identitätsstiftung durch Abgrenzung folgt einem bewährten Muster. „Es bedurfte bereits bei der Entstehung des ersten europäischen Wirtschaftsraumes im ausgehenden Mittelalter der Definition des Anderen zum Zwecke seiner Ausgrenzung."[11] Die Wendung gegen das Andere ließ jenen Komplex entstehen, der als „europäische Zivilisation" bezeichnet wird. „Der ‚Zivilisationsprozeß' ging einher mit äußerer wie auch innerer Kolonisierung, besonders im Auftreten rassistischer Denkmuster."[12]

Ein Blick auf die in Österreich in weiß-blau gehaltene EU-Beitrittspropaganda macht den manifesten Charakter dieses ideologischen Rüstzeuges offenkundig. Das volle Mitmachen im Rahmen der Verteidigungskomponente der Europäischen Union – der Westeuropäischen Union – wird als Entscheidung für die europäische Wertegemeinschaft vermarktet. Mit der bangen Frage nach „Sicherheit ohne Europa" zeichnen die Werbefachleute im Auftrag der politischen Klasse das Bild des Abseits- und Alleinestehens. Im schlimmsten Fall auf der Ebene der Opfer, eben jener europäischen Abgrenzungspolitik. Das Drohgespenst der „Albanisierung Österreichs" wendet sich ganz bewußt an den angesprochenen Identitäten- und Wertekatalog. Bevor all das verlassen wird, wofür Zivilisation stehen kann, soll doch viel eher mitzivilisiert werden. „Das christliche Abendland hat den Ansturm von Mongolen, Muselmanen und Bolschewiken abgewehrt, im dritten Jahrtausend muß sich der Alte Kontinent den ‚Flüchtlingsströmen' (zumeist aus den ehemaligen Kolonien) und dem ‚Internationalen Verbrechen' entgegenstemmen."[13]

Regierungsverantwortliche und der Bundespräsident stehen auch hierzulande an der Spitze der Identitätsstifter und Abgrenzungsbeschwö-

rer. Anläßlich eines vom ORF veranstalteten Symposiums zeichneten die Spitzenpolitiker die unabwendbaren Gefahren der „neuen europäischen Völkerwanderungen". Präsident Klestil sieht Europa gar „auf einem Vulkan permanenter Migrationsbereitschaft". Völkische Repräsentanten des Wissenschaftsbetriebes – bekannt und geschätzt durch die Gunst der Massenmedien – untermauern die Bedrohungen. Die hegemoniale Schmutzargumentation reicht von der durch Migration ins Haus stehenden „Kolonialisierung Europas" (Philosoph Ernst Topitsch) bis zur „Verdrängung des eigenen biologischen Erbes" („Humanethnologe" Eibl-Eibesfeldt).

Verteidigte Identität

Der derart bedrohten Identität, der westlichen Wertegemeinschaft und der europäischen Zivilisation an sich, wollen darüberhinaus auch noch die „organisierte Kriminalität" und der internationale Terrorismus ans Leder. All dies bei unionsweit hochgezogenen Grenzbalken aufgrund der freiheitlichen Verfaßtheit des europäischen Einigungsprozesses. Obwohl diese propagandistische Freiheit der Privilegierten Westeuopas noch keineswegs Realität ist, da das korrespondierende Kontrollsystem per Computertechnologie noch nicht ausreichend einsatzfähig ist, wird seit Jahren an der polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit und an der Vereinheitlichung des Ausländer- und Asylrechts gearbeitet. Unkontrollierte internationale Institutionen, deren Vielfalt und abgekürzte Bezeichnungen selbst Eingeweihten zu schaffen machen, schießen aus Europas Sicherheitsboden.

Europäische Asyl-, Migrations- und Terrorismusbekämpfungspolitik wird von weitgehend unkontrollierbaren Institutionen entworfen, die im Graubereich zwischen intergouvermentalen und supranationalen Gremien angesiedelt wurden. Die gleichzeitige Behandlung dieser Politiken kann als Indikator für den repressiven Charakter der EU-Flüchtlingspolitik gelesen werden. Mit der „Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren" wird eine klassische nationalstaatliche Kompetenz in den oben angedeuteten Graubereich verschoben.

Für das weite Feld der harmonisierten Flüchtlingsabwehrpolitik gilt Österreich als im besonderen Maße

Kupferstich von Guilielmo Blaeuw

EU-reif. Unlängst erklärte die Bundesregierung, „bei auftretenden Schwierigkeiten bei der Grenzabsperrung die entsprechenden Organe der Union befassen zu wollen, um eine gemeinsame Lösung zu erwirken".[14]

In einem Gutachten des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) wurde Österreichs europäische Vorreiterrolle in bezug auf die harmonisierte Flüchtlingspolitik heftig kritisiert. Die sogenannte „Drittlandregel" gehört bereits zum üblichen Repertoire der Abschottungspolitik. Danach werden Asylsuchende in ein als „sicher" eingestuftes Transitland abgeschoben, da die Flüchtenden ja dort bereits ihren Antrag stellen könnten. Das UN-Hochkommissariat hat nunmehr dieses repressive Element europäischer Flüchtlingspolitik auf Österreich und Griechenland angewandt und diesen beiden Staaten den Status des „sicheren Drittlandes" nicht mehr zuerkannt. In der Begründung des UNHCR wird vor allem kritisiert, daß Österreich selbst die Todesstrafe als gerechtfertigte Strafe für Wehrdienstverweigerer und Deserteure betrachtet und mehrfach Verfolgte in Länder abschiebt, in denen diesen Folter und Todesstrafe drohen.

Unionsweit wird die transnationale Abschottung gegen all jene realisiert, auf deren Kosten das quasi-neutrale Wachstumsmodell „Europäische Union" baut – Abschiebepolitik wird so nach dem Muster der Schengener Abkommen als „transnationale Lösung" des „Flüchtlingsproblems durchgeführt".

Nationalismus und Integration – ein Widerspruch?

„Es sei stets ein Übel, mehrere Städte in einen einzigen Stadtstaat zu vereinigen. Will man diese Vereinigung herstellen, so darf man sich nicht schmeicheln, man könne deren natürliche Nachteile vermeiden."
(J.-J. Rousseau)

Vor allem drei Gründe nennt Pradetto für die Eindämmung des westeuropäischen Nationalismus nach 1945: „Eine für große Bevölkerungskreise auf dem westlichen Teil des Kontinents kontinuierliche Prosperität, einen gemeinsamen äußeren Feind Kommunismus, der nationalstaatliche Ambitionen in den Hintergrund treten ließ und den Westen einte, sowie eine in-

stitutionelle An- und Einbindung der westeuropäischen Länder in quasi-supranationale Strukturen bei eindeutiger Dominanz einer Führungsmacht, der USA."[15] Veränderungen dieser Konstellationen riefen ab 1985 verstärkt nationale Differenzen hervor. Es könnte in diesem Sinne von einer Resouveränisierung Europas gesprochen werden, die wiederum die traditionellen Nationalismen, Konfliktlinien und Auseinandersetzungen hervorbringt.

Unter dem Dach der Europäischen Union etabliert sich eine eigenständige europäische Verteidigungspolitik. Über die Revitalisierung der Westeuropäischen Union – als einziger rein europäischen Verteidigungsorganisation – und ihrer Integration in das Institutionengefüge der Europäischen Union wird die sogenannte Europäisierung der Sicherheitspolitik vollzogen. Die militärische Absicherung der weltpolitischen Einflußsphären, militärische Grenzsicherung und die Gewährleistung des Zusammenhalts der Europäischen Föderation stehen auf dem Zielkatalog der Unionsverteidigungspolitik. Die seit dem Maastrichter Unionsvertrag fixierten Kompetenzen der EU für Äußere und Innere Sicherheit und die beschlossene Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion (inklusive Europäischer Zentralbank und gemeinsamer EU-Währung) stehen für die oben beschriebene Resouveränisierung Westeuropas.

Mit EU-Kompetenz für militärische Sicherheitspolitik ist der letzte Hort und Inbegriff nationaler Souveränität sozusagen europäisch „neunationalisiert".

Militär repräsentiert nationale Identität und Souveränität, gemeinsame (mit Gewalt zu verteidigende) Werte, Normen und Zielvorstellungen, die eine Abgrenzung gegenüber Alternativen zur eigenen Gesellschaft (die sich von innen zeigen) ermöglichen.

Eine „partielle Staatswerdung" der Europäischen Union läßt sich über die gemeinsame Verteidigungspolitik, die gemeinsame Wirtschafts- und vor allem Außenwirtschaftspolitik, die gemeinsame Aufrechterhaltung der „Inneren Sicherheit" durch die Migrations-, Drogen- und Terrorismusbekämpfungspolitik, die gemeinsame Sozialpolitk und den europäischen Imperialismus begründen.

Damit wird die staatliche Strukturierung der EU-Mitglieder auf der höheren „Brüsseler-Ebene" ergänzt. Diese höhere Ebene ist eine Folge dieser Organisation und auch ein Motiv für die Organisierung. Denn heute läßt sich bereits trefflich mit dem Hinweis auf die Entscheidungen in Brüssel, oder schlichter auf die Zentralbürokratie, auf nationaler Ebene so manche problematische Entscheidung legitimieren.

Auch daraus wird kein Hehl gemacht, denn „es geht hier nicht nur um eine einmalige Deregulierung, sondern um eine Übertragung von Interventionskompetenzen, die jederzeit gebraucht werden können, um neue politische Ziele zu erreichen oder Korrekturen vorzunehmen". (John Fitzmaurice: Die EG auf dem Weg ins nächste Jahrhundert. In: Handbuch zur Europäischen Integration, Wien 1991)

Die Kompetenzanhäufung seitens der Brüsseler Behörden kann teilweise mit Sachzwängen erklärt werden. Die Verwirklichung des Binnenmarktkonzeptes, unter dem Kriterium der Gleichartigkeit von Wettbewerbsbedingungen, ließ eine Fülle von Politikbereichen als für Brüssel regulierungsbedürftig erscheinen. Daneben kommt eine Integrationsdynamik zum Tragen, die nicht mit objektiven Indikatoren meßbar ist, sondern am ehesten einer Elitenlogik folgt.

Die scheinbare Widersprüchlichkeit der aktuellen Entwicklungen – zwischen erweiterter europäischer Integration, ost- und westeuropäischer Re-Nationalisierung und regionalisitischen sowie separatistischen Bestrebungen – ist am ehesten durch das Kriterium der Funktionalität des jeweils gewählten Weges zu entschlüsseln. Dabei kann die Gleichzeitigkeit dieser Trends im Sinne einer an Machterhaltung und -erweiterung orientierten Elite durchaus funktional sein. Mit der Resouveränisierung Europas – im Vergleich zu den ersten Nachkriegsjahrzehnten – wird jene Europäisierung Realität, die die traditionellen Konfliktlinien wieder zum Vorschein bringt. „Diese Art Europäisierung widerspricht derjenigen, die als politisches Ziel formuliert wird: Demokratie, Offenheit, Verflechtung, Integration, friedlicher Ausgleich von Interessen."[16]

Im Vorwort zu „Neutralität oder Euromilitarismus" schreibt der norwegische Friedensforscher Johan Galtung: „Manche Leute suchen den Weg aus dem Nationalismus im Regionalismus, wobei eine Region die Europäische Gemeinschaft ist. Daß dies in der Praxis Supernationalimus bedeutet, den Nationalismus des Superstaates, wird allzu leicht vergessen."[17] ■

Gerold ECKER ist Redakteur der Wochenzeitung »Euro Watch – Report (EWA-Report)« und Mitherausgeber des Buches „Neutralität oder Euromilitarismus", Promedia-Verlag 1993.

Anmerkungen

1 Baier, Lothar: Die verleugnete Utopie. Zeitkritische Texte, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1993, S. 223.
2 Ebd., S. 224f.
3 Allemann, Fritz René: Aufstand der Regionen. In: Regierbarkeit, Stuttgart 1979.
4 Eurotopia: Europäische Verfassung. In: »EWA-Report« 11/März 1994.
5 Lang, Josef: Referat zu „Europa der Regionen" 4. 11. 1992, Bresche-Dossier.
6 Lepsius, Rainer M.: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. In: Staatswerdung Europas? Wildenmann, Rudolf (Hrsg.), Nomos, Baden-Baden 1991, S. 32.
7 Wegscheider, Peter: Biedermänner und Brandstifter. In: »Juridikum« 1/94.
8 Ebd.
9 Häberle, P.: Föderalismus, Regionalismus, Kleinstaaten in Europa. In: Die Verwaltung 1/92. (Zitiert nach Wegscheider, »Juridikum« 1/94).
10 Pradetto, August: Europäisierung oder Re-Nationalisierung – Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: »SWS-Rundschau« 1/1993.
11 Sachs, Herby: Europäischer Kulturchauvinismus. In: Verlassen wir dieses Europa! – Texte zur Kritik der EG und zur Internationalismusarbeit, Anti-EG-Gruppe Köln (Hrsg.), Eigenverlag, Köln 1994.
12 Ebd.
13 Gössner, Rolf; Behune, Norman: Europas Sicherheitsbehörden machen mobil. In: Die Bullen greifen nach den Sternen, Bremen/Berlin/Hamburg Mai/1990
14 Gmeiner, Manfred: Besonderes Interesse an gemeinsamer Justiz. In: »Euro Watch – EWA-Report« 12/April 1994.
15 Pradetto, August: Europäisierung oder Re-Nationalisierung – Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: »SWS-Rundschau« 1/1993.
16 Ebd.
17 Galtung, Johan: Euromilitarismus und Neutralität. In: Neutralität oder Euromilitarismus – Das Exempel Österreich, Ecker,Gerold/ Neugebauer, Christian (Hrsg.), Promedia, Wien 1993.

Sicherheit unter dem amerikanischen Atomschirm?

Bemerkungen zu einem Artikel von Dr. Erich Reiter in der »Österreichischen Militärischen Zeitschrift« (Heft 2/1993)

Otto KREILISHEIM

Der der FPÖ angehörende Dr. Erich Reiter ist Sektionschef im Ministerium für Landesverteidigung. Darüber hinaus ist er seit einigen Jahren so etwas wie eine Art Vordenker in militärisch-politischen Fragen geworden, sodaß seine Auffassungen mehr darstellen als einen Ausdruck seiner persönlichen Meinung. Es kann nämlich keinen Zweifel darüber geben, daß seine Vorstellungen schon dank seiner hohen Stellung im Ministerium auch von anderen Mitarbeitern des Ministeriums geteilt werden. Der Artikel von Erich Reiter berührt so viele Bereiche, daß hier nur auf das Problem der militärischen Sicherung Europas vor Angriffen des „Feindes" eingegangen werden soll.

Sicherheitssystem kann nicht funktionieren

Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Krisen- und Gefahrenherde warnt Reiter vor der Vorstellung, daß der „Friedensbrecher", der ein Mitglied der europäischen Gemeinschaft überfällt, durch ein gemeinsames Vorgehen der anderen Mitgliedsländer am Friedensbruch behindert oder für diesen bestraft werden soll. Reiter hält dieses Projekt für „unrealistisch". Es werde, sagt er, „Aussteiger" geben, die das Projekt zu Fall bringen werden. Reiter wörtlich: „Wie wollte in jedem Fall ein Konsens (womöglich einhellig) zustandekommen, ob eine Aggression vorliegt, wer der Aggressor ist, ob der Angegriffene beistandswürdig ist, welche Machtmittel eingesetzt werden bzw. welche angemessen sind, wer wieviele Truppen zur Verfügung stellt, wer welche Kosten trägt. Werden die einen sich an den Maßnahmen beteiligen, obwohl der andere Teil ‚aussteigt', und werden die einen dann die Kosten der anderen übernehmen...?" Das kollektive Sicherheitssystem, meint er, würde auch den Kleinen, zu denen auch Österreich zu zählen ist, keine wirkliche Sicherheitsgaratie bieten. Reiter ventiliert dann eine Ersatzlösung, „die NATO zu einem System kollektiver Sicherheit umzufunktionieren", aber auch diese Idee hält er nicht für zielführend, da die NATO in „innere Konflikte" verwikkelt werden könnte. Allerdings läßt er sich an dieser Stelle eine Hintertür offen. Er möchte Österreichs Anschluß an irgendein Sicherheitssystem nicht völlig ausschließen und meint deshalb, kaum ein Jahr später, daß Österreich sich alle Möglichkeiten offen lassen müsse, auch eine „partnership for peace" (»Standard«, 19./20. 2. 1994).

Europa braucht einen Atomschirm

Aber nun zum Kernpunkt von Reiters Aussage: Aus den Mängeln, die seiner Meinung nach die kollektiven Sicherheitssysteme haben, ergibt sich für ihn, daß es ohne amerikanische Atombomben nicht gehe. Reiter wörtlich: *„Die europäische Sicherheitspolitik wird des amerikanischen Bündnisses bedürfen, um im globalen Kontext auch atomar abschreckend zu sein."* Natürlich müsse Europa sich dieses Schutzes auch würdig erweisen und deshalb bereit sein, *„grundlegende Interessen der Amerikaner zu unterstützen, um umgekehrt dafür in den Schutz der amerikanischen Atommacht zu gelangen"*. Sektionschef Reiter setzt also fest auf amerikanische Atombomben. Darüber, daß es auch andere, nichtmilitärische Methoden zur Sicherung des Friedens geben könnte, liest man bei ihm wenig.

Europäer müssen umdenken

In einem polemischen Rundumschlag bedauert Reiter, daß die Europäer noch immer nicht verstehen, daß es eine nationale Souveränität, im alten Sinne des Wortes, nicht mehr geben kann. Auch sind die „Scheuklappen von der NATO" noch immer nicht gefallen. Dazu kommt die „Neutralitätsmystik" bei uns und eine große Schwäche bei der „Feindbildaufarbeitung". Reiter meint dazu, daß diese ja nicht notwendigerweise ein „objektives Bild" hergeben müsse. Sie müsse nur „Akzeptanz in Politik und Bevölkerung haben" und eine „ausreichende Basis und Begründung für politisches Handeln abgeben". Die „Verteidigungsbereitschaft" könnte auf diese Weise gehoben werden. Es gebe auch, meint Reiter, zu wenig „Krisenbewußtsein" und eine zu starke Fiktion der „Nichtbedrohtheit". Der gleiche Reiter also, der an anderer Stelle von den großen Werten spricht, die es mit Hilfe des amrikanischen Atomschirmes zu retten gilt, scheut sich also nicht, erfundene Feindbilder der Bevölkerung vorzulegen, um diese zum „Handeln" zu bewegen. (Die Lust am Abendlande könnte einem bei so viel Unaufrichtigkeit vergehen.)

Die „Feinde"

Welche Länder sind es also, die Europas Frieden bedrohen? Erich Reiter nennt sie beim Namen. Er denkt an ein wieder „imperialistisch und aggressiv werdendes Rußland" und „vielleicht" auch an eine „sich integrierende arabische Welt", so einfach ist das. Nun befindet sich Ruß-

land, wie jedermann weiß, in einer so tiefen Krise, daß gültige Prognosen über Rußlands zukünftige Politik völlig unmöglich sind. Solche Situationen hat es in der Geschichte schon gegeben. Ob es aber richtig ist, unter diesen Umständen, das aus der Zeit des Kalten Krieges stammende Feindbild Rußland wieder aufleben zu lassen, sei dahingestellt. Das mag der Rechtfertigung weiterer Aufrüstung dienen, das ist aber auch alles.

Was die angebliche Bedrohung Europas durch die „integrierte arabische Welt" anbelangt, so versieht Reiter die eigene Darstellung mit einem vorsichtigen „Vielleicht". Er tut gut daran, da es in Wirklichkeit die arabischen Länder sind, die vor dem Westen zu bangen haben und nicht umgekehrt. Es sind die westlichen Industrieländer, die, wie die Welt weiß, stets ein besonderes Interesse an arabischen Rohstoffen und arabischen Märkten gehabt haben. Dieses Interesse besteht heute noch. Wobei sich die Großmächte nicht nur auf ihre modernisierten Waffen verlassen, sondern auch auf die Massenmedien, denen gegebenenfalls die Aufgabe zufällt, den Aggressionskrieg als legitime Verteidigung der eigenen Bevölkerung schmackhaft zu machen.

Der andere Weg

In den Überlegungen von Sektionschef Reiter findet sich kein Ausweg aus der Sicherheitskrise, in der sich die Welt, „insbesondere Europa", heute befindet. Das fängt schon bei seiner Abwertung unserer Neutralität als „Neutralitätsmythos" an und endet mit einem verwirrenden Ja-Nein-Spiel zwischen einem halb empfohlenen, halb in Frage gestellten Eintritt Österreichs in ein Sicherheitssystem, das ja gleichzeitig auch eine Militärallianz ist – und einer direkten Flucht unter den amerikanischen Atomschirm. Vielleicht sind das alles nur unverbindliche Planspiele und nichts weiter. Derartige Spiele sind aber nicht ungefährlich, da sie unter gegebenen Bedingungen in Wirklichkeit umschlagen können. Daß Reiter von den weltweiten Friedensbemühungen demokratischer Kräfte, die es in jedem Volk gibt, so gut wie gar nichts schreibt, wurde bereits angeführt.

Und doch sind es gerade die demokratischen Kräfte, die, wenn sie nur wahrheitsgetreu informiert sind, imstande wären, allen denjenigen in den Arm zu fallen, die sich die Lösung zwischenstaatlicher Konflikte nur in militärischen Formen vorstellen können.

Sektionschef Reiter müßte zur Kenntnis nehmen, was die Meinungsforscher unseres Landes immer wieder festgestellt haben: daß sich die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher weder durch unglaubwürdige Feindbilder noch durch die Verlockungen der im Aufbau befindlichen Großmacht Europa davon abbringen lassen, an der Neutralität als der besten Garantie der österreichischen Unabhängigkeit festzuhalten. ■

Dr. Otto KREILISHEIM ist
Germanist und ehemaliger Sekretär
von Viktor Matejka.

Die Beziehung zwischen Lohnarbeit und Kapital

Auswirkungen der Forderungen im EG-Weißbuch

Günter KLODNER

Nach dem Selbstverständnis seiner Verfasser liegt der Hauptgrund weshalb überhaupt das Weißbuch – herausgegeben von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft – geschrieben wurde, in dem bisher nicht gelösten Problem der Arbeitslosigkeit. Im Rahmen der Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird eine grundsätzliche Änderung des Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital gefordert, wobei die angestrebten Änderungen elementare Rechte und Errungenschaften der Arbeiternehmer betreffen.

Für die seitens des Weißbuches angestrebten Änderungen werden vor allem folgenden Ursachen angeführt.

1. Die Notwendigkeit zur Bekämpfung der ökonomischen Krise:

Die internationale kapitalistische Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Lage. Eine der Ursachen für die anhaltende Krise ist darin gelegen, daß das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung sich auch im Jahre 1993 auf niedrigem Niveau bewegte und entgegen den Erwartungen, die noch zu Beginn des Jahres herrschten, die negativen Tendenzen sich 1993 zum dritten Mal hintereinander fortsetzten.

Wie aus den vorliegenden Wirtschaftsdaten feststellbar gibt es zunächst bedeutende Unterschiede im Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den USA, der EU und Japan. Daneben aber ist eine allgemeine Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung feststellbar. Wie die erste Spalte zeigt, ist in den USA das Bruttonationalprodukt (BNP) von jährlich 3,8 Prozent in den sechziger Jahren auf 2,9 Prozent in den achtziger Jahren zurückgegangen. Aus einem negativen Wachstum von 0,7 Prozent im Jahre 1991 wurde eine Vergrößerung des BNP von 2,8 Prozent im Jahre 1993, für 1994 wird eine Erhöhung des BNP um 3 Prozent erwartet... Die entsprechenden Werte für die EU zeigt die zweite Spalte, die Werte für Japan die dritte.

Die Entwicklung des BNP in %

	1961-1970	1971-1980	1981-1990	1991	1993	1994
USA	3,8	2,7	2,9	-0,7	2,8	3,0
EU	4,8	3,0	2,3	1,2	-0,5	1,4
JAPAN	10,5	4,6	4,3	4,0	0,0	1,9

Die Arbeitslosigkeit, der Alptraum aller Lohnabhängigen, befindet sich nicht nur auf einem sehr hohen Niveau, sondern es zeichnet sich vielmehr eine Tendenz zur weiteren Erhöhung ab. Offiziell gibt es in der EU insgesamt etwa 19 Millionen Arbeitslose, bis Ende 1994 wird eine Erhöhung auf insgesamt 22 Millionen erwartet.

2. Die Forderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der neuen Technologien:

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat als ihren wichtigsten Inhalt die radikale Umgestaltung der Produktivkräfte auf Basis der Nutzung der neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Mit der weitreichenden Anwendung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und im speziellen der neuen Technologien entstehen wesentliche Veränderungen bei den Produktionsmitteln, in der Produktionsstruktur und in der Verteilung der Arbeit. Es ergibt sich für einen immer größer werdenden Teil der Arbeitskräfte die Notwendigkeit zu permanenter Berufsaus- bzw. -weiterbildung sowie zu Umschulung, bedingt durch die Anwendung der neuen Technologien.

Die neuen Technologien erhöhen die Arbeitsproduktivität und senken das notwendige Maß an Arbeit, das für die Erhaltung der Arbeitskraft nötig ist. Die Verwandlung der Wissenschaft zu einer direkten Produktivkraft bedingt die wesentliche Umgestaltung im Arbeitsprozeß Anstelle der monotonen und strengen Arbeitsteilung nehmen die verschiedenen Formen gemeinschaftlicher Arbeit eine immer bedeutendere Stellung ein. Die Bedeutung des „Gesamtarbeiters" wird immer größer, im gleichen Ausmaß erhöht sich auch die Notwendigkeit zur Beteiligung der Arbeitnehmer an der Lenkung und Kontrolle des Produktionsprozesses.

3. Die Notwendigkeit zur Kapitalakkumulation:

Eine Reihe von Faktoren sind gegeben, die die Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital in eine für die Arbeitnehmer negative Richtung drängen. Es handelt sich vor allem um den Zwang zur Kapitalakkumulation, die das kapitalistische System als einen Ausweg aus der anhaltenden ökonomischen Krise durch die vermehrte Ausbeutung der Arbeiterklasse bei Anwendung neuer Methoden benötigt. Die Kapitalakkumulation hat vor allem folgende Ursachen:

- Die Notwendigkeit der Entwicklung neuer Technologien (Kommunikation, Mikroelektronik, Biotechnologie etc.) sowie der technologischen Modernisierung traditioneller Zweige der Wirtschaft, die sich derzeit in einer Krise befinden, wie etwa die Textilindustrie, die Metallindustrie, die Autoindustrie etc.
- Die ungeheuren Militärausgaben, die den imperialistischen Staaten aus ihrer aggressiven Politik der Festschreibung der „neuen Ordnung der Dinge" erwachsen.
- Die verschärften ökonomischen und sozialen Probleme des Kapitalismus, die sich in der ökonomischen Krise verdeutlichen.

- Die Verschärfung des Wettbewerbes zwischen den drei imperialistischen Zentren USA, Japan und der EU sowie auch zwischen den kapitalistischen Staaten, vor allem infolge der Bestrebung, die Lasten der ökonomischen Krise auf die Schultern der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder zu laden.

All das geschieht mit dem Vorwand der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowie auch der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital.

4. Der tendenzielle Fall des durchschnittlichen Gewinnes:

Die Entwicklung der Wissenschaft und Technik ist ein Phänomen, untrennbar verbunden mit der modernen Wirtschaft. Die kapitalistische Wirtschaft, in ihrem Bestreben die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu nutzen, ist jedoch von einem immer schärferen Konkurrenzkampf gekennzeichnet, bei dem diejenigen, die überleben wollen, zur Entwicklung immer neuerer Produktivkräfte gezwungen sind. Unmittelbare Konsequenz ist, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals, also das Verhältnis zwischen fixem Kapital und variablem Kapital, wächst. Dies ist vor allem das Ergebnis einerseits des Bestrebens nach Verminderung der notwendigen Arbeitszeit und der eingesetzten Arbeitskräfte sowie anderseits der Erhöhung des Wertes der Produktionsmittel in Relation zu der benötigten menschlichen Arbeitskraft gesehen. Die Anwendung der neuen Techniken bringt somit auch den nicht erwünschten Effekt des tendenziellen Falles der Gewinne.

Seitens der kapitalistischen Wirtschaft wird nun auf verschiedene Art dieser Tendenz entgegengesteuert. Vor allem aber mit der noch intensiveren Nutzung des fixen Kapitals. Auch die eingesetzten Arbeitskräfte werden während ihrer Arbeitszeit in zunehmendem Ausmaße ausgebeutet. Immer mehr setzt sich die Tendenz durch, den Umlauf des insgesamt eingesetzten „Sozialkapitals“ zu beschleunigen, mit der Absicht, nicht nur die Arbeitsproduktivität, sondern auch die Intensität der Arbeit zu erhöhen.

Durch die sich aus dem Vertrag von Maastricht ergebende Verpflichtung zur freien Beweglichkeit der Arbeitskräfte werden die gegebenen Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital bedeutenden Veränderungen unterliegen. Und zwar sowohl infolge der bedeutenden technologischen Erkenntnisse, als auch der Änderungen in der Nachfrage bzw. infolge der zunehmenden Wichtigkeit des tertiären Sektors.

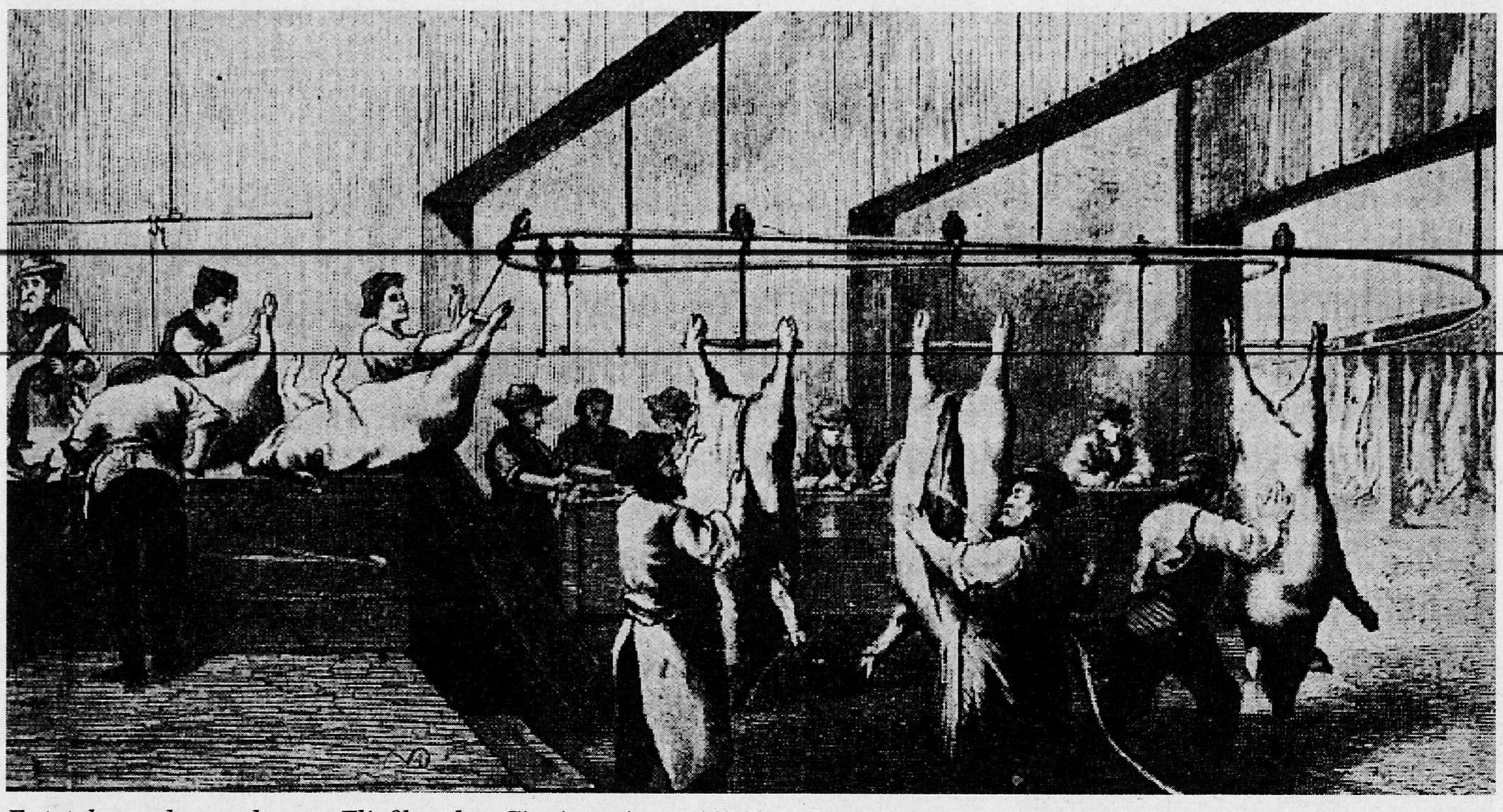
5. Die Beschleunigung der europäischen Einigung:

Die EU ist gezwungen, die Handlungen ihrer Mitglieder vor allem auf folgenden Gebieten zu koordinieren:

- In der inhaltlichen Gestaltung der Arbeitsverträge,
- in der beruflichen Ausbildung der eingesetzten Arbeitskräfte,
- in der Anpassung hinsichtlich der Arbeitszeit,
- in der Gestaltung der verschiedenen Kollektivverträge,
- in der Regelung des Arbeitslohnes und der Neugestaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich Aufnahme, Kündigung bzw. Entlassung von Arbeitskräften.

Im Bestreben, die Beweglichkeit der Arbeitskräfte entsprechend den Erfordernissen des Kapitals zu gestalten, wird etwa folgendes im Weißbuch angeführt: Notwendig sei eine Spezialisierung der Ausbildung von Arbeitskräften und die Institutionalisierung eines Fonds für Berufsausbildung. Es sollten allgemeine und flexible Systeme von Krediten für die Berufsausbildung (sogenannte Berufsausbildungsschecks) geschaffen werden. Die Hindernisse für die Beweglichkeit der Arbeitskräfte müßten beseitigt werden, seien diese branchenmäßig oder geografisch bedingt oder durch die mangelnde Beweglichkeit innerhalb des Unternehmens.

In Übereinstimmung mit dem Vertrag von Maastricht und dem Weißbuch solle die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital durch einen sogenannten Gesellschaftsvertrag abgesichert wer-



Entstehung des modernen Fließbandes, Cincinnati, um 1870

den, und dort, wo dieser nicht „greift", ist eine Offensive des Kapitals zu erwarten, die den von ihm gewünschten Zustand notfalls mit anderen Mitteln erreichen wird. Die Frage, die sich unwillkürlich stellt, ist die, ob die negativen Konsequenzen, die sich aus dem Weißbuch für die Arbeitnehmer der EU-Mitgliedsländer ergeben, ob dieser soziale Rückschritt, der den Arbeitnehmern droht, überhaupt noch verhindert werden kann. Was notwendig wäre, ist eine breite, europaweite Organisation des Widerstandes gegen solche Pläne.

Die arbeitnehmerfeindliche Orientierung in Gestalt des Weißbuches

Zuerst wurde das Weißbuch veröffentlicht, bald danach das Grünbuch. Bücher in allen Farben werden noch von den verschiedenen Ökonomischen Spezialisten der EU im Rahmen der Bestrebung, der ökonomischen Krise Herr zu werden, in nächster Zeit herausgegeben werden. Die Krise ist jedoch nicht nur ein europaweites, sondern vielmehr ein weltweites Problem. So warnte etwa auch Roland Leonchel, der Verantwortliche für die Investitionsstrategie des belgischen Bankhauses Banque Bruxelles Lambert, in einem Interview mit dem Nachrichtenbüro Reuter davor, daß die Gefahr eines Weltwirtschaftskrise á la 1929 niemals ernster war als gerade jetzt. Unmittelbare Auswirkung dieser Krise ist die Arbeitslosigkeit, von der annähernd 20 Millionen Menschen betroffen sind, oder anders ausgedrückt, etwa 55 Millionen Menschen in der EU leben an der Armutsgrenze. Als bewegend könnte man die Bestrebungen der EU, für die Arbeitnehmer eine bessere Zukunft zu gestalten, jedoch nur bei einem gehörigem Maß an Naivität bezeichnen.

Dichtung und Wahrheit

Ohne daß dazu besondere Fähigkeiten nötig wären, ist leicht erkennbar, was die wirklichen Absichten und Sorgen sind, die die Brüsseler Zentrale quälen und die sich hinter der Phrase „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" verbergen. Primär ist dies vor allem der Kampf um die entscheidende wirtschaftliche Position zwischen der EU und den nach Gründung der Nordatlantischen Freihandelszone bedeutend erstarkten USA. Und die Opfer der internationalen Wirtschaftskrise, die Arbeitnehmer, werden im Rahmen des angeblichen und so hehren Zieles des Weißbuches, nämlich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, in Wirklichkeit zur Bekämpfung der amerikanischen Drohung, die wirtschaftliche Weltherrschaft zu erobern, gezielt eingesetzt.

Es gibt jedoch auch noch eine andere Dimension, die in Zusammenhang mit der Verfassung des Weißbuches von Bedeutung ist. Wie schon erwähnt, bringt die Wirtschaftskrise vor allem Arbeitslosigkeit und Elend für einen immer größeren Prozentsatz der Arbeitnehmer in der EU. Die Folge davon ist jedoch auch, daß ein immer größerer Prozentsatz der Betroffenen in eine Haltung des Widerstandes gegen ein System, das solche Verhältnisse produziert, gerät. Und das gerade wollen die Verfasser des Weißbuches verhindern, daß nämlich Arbeitslosigkeit und Armut zu einer gesellschaftlichen Explosion führt, die die Grundfeste des kapitalistischen Systemes gefährden könnte.

Wie etwa auch das Grünbuch feststellt, enthält das Problem der Arbeitslosigkeit eine sozial und politisch gefährliche Dimension, vor allem auch deshalb, da sich eine weitere Verschärfung infolge der Kriterien, die der Vertrag von Maastricht für die wirtschaftliche Annäherung vorsieht, abzeichnet. Die Deutsche Bank fordert unumwunden eine radikale Revision der europäischen Sozialpolitik, da sonst die Gefahr besteht, daß das ganze ökonomische und politische System einstürzen könnte.

Das Problem der Hegemonie

Das Weißbuch beschäftigt sich übrigens auch mit den weiteren Aufgaben, die in Zukunft dem Allgemeinen Zoll und Handelsabkommen (GATT) obliegen sollten. In diesem Zusammenhang wird eine Umwandlung des GATT zu einer internationalen Organisation mit ständigem Wirkungsbereich vorgeschlagen, da dies, wie betont wird, eine wirksame Garantie für die harmonische Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen wäre. Gerade diese geänderten Funktionen des GATT wären das geeignete Mittel, um die Durchsetzungskraft des GATT gegen jede Art hegemonistischer Bestrebungen zu garantieren. Von französischer Seite wurde wiederholt auf die offensichtliche Tendenz der USA, das GATT für die Ausweitung der amerikanischen Einflußzone zu mißbrauchen, hingewiesen. Gegen diese Amerikanisierung der Europäer, die letztendlich zur Aufgabe der eigenen nationalen Identität führt, sind rechte und linke Politiker der „Grande nation" mit Vehemenz aufgetreten und haben die Gefahren klar ausgesprochen, die im Weißbuch eher verschämt dargestellt werden.

Worum es geht hat in einem kürzlich erschienen Artikel die »Financial Times« klar ausgesprochen: Die Aufwertung des GATT zu einer internationalen Organisation mit ständigem Wirkungsbereich bedeutet zugleich auch die Einrichtung einer dritten In-

Vollautomatisches Fließband zum Stapeln von Automobilrahmen, um 1920

stitution, die die praktische Weltregierung neben den beiden anderen Institutionen, der Weltbank und dem Internationalem Währungsfonds, ausübt. Und für die EU wäre dies eine Stärkung gegenüber den beiden Weltkonkurrenten USA und Japan. In diesem Dschungel des internationalen Weltherrschaftskampfes sprechen die Apologeten der „freien Wirtschaft" in einigen Sätzen treffend das aus, wofür das Weißbuch Dutzende Seiten benötigt, ohne freilich die wirklichen Ängste und Befürchtungen verbergen zu können.

Die Vorteile des Wettbewerbs

Eine zentrale Stelle im Weißbuch nehmen auch die sogenannten Vorteile des Wettbewerbes ein. Die Bewahrung der Gesetze des Wettbewerbes wird mit der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in Verbindung gebracht. Offensichtlich ist auch die Absicht des Weißbuches den gesetzlichen Rahmen, was etwa auch das Gesellschaftsrecht betrifft, neu zu gestalten. Es handelt sich hiebei wieder einmal um eine Überschreitung der EU-Gesetzgebung zu Lasten der nationalen Gesetzgebung und mit der bewußten Konsequenz, daß das nationale Gesellschaftsrecht der einzelnen Mitgliedstaaten durch ein restriktiveres EU-Gesellschaftsrecht ersetzt wird.

Unter den Voraussetzungen die für die Bewahrung der Gesetze des Wettbewerbes als wesentlich angesehen werden, wird vor allem auch die Stärkung des Einflusses der mittelständischen Unternehmen angeführt. Dieses Interesse für die mittelständischen Unternehmen ist vor allem daraus zu erklären, daß die mittelständischen Unternehmen direkt in Verbindung mit der Tätigkeit der großen Unternehmen gesehen werden, nach deren Initiative sie überhaupt erst tätig werden. Mit dem Begriff „große Unternehmen" sind jedoch vor allem die großen multinationalen Konzerne gemeint, deren Einfluß gestärkt werden soll und in deren Handlungskonzept sich die mittelständischen Unternehmen einfügen sollen. In Rahmen eines unerbittlichen Wettbewerbes, der in den nächsten Jahren droht, läßt sich übrigens auch die Forderung der Verringerung der Kosten für die Sozialfürsorge einordnen. Für die Autoren des Weißbuches stellt sich diese Forderung als eine Frage der gesellschaftlichen Solidarität dar. Überhaupt wird der Begriff Solidarität sehr strapaziert: So liest man etwa von Solidarität zwischen jenen, die eine Arbeit haben und jenen, die keine haben, Solidarität zwischen Frauen und Männern, zwischen den Geschlechtern etc.

Das Problem der Flexibilität

Der nach den Vorstellungen des Weißbuches solidarische Arbeitnehmer erkennt auch glasklar, was der wesentliche Grund für die strukturelle Arbeitslosigkeit in Europa ist: der Mangel an Flexibilität des Arbeitsmarktes. Wie man sieht, kennt die Heuchelei des Weißbuches fast keine Grenzen. Denn wenn von Solidarität bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Rede ist, wird stillschweigend vorausgesetzt, daß die Arbeitnehmer diese „Solidarität" in Gestalt der Verringerung der Kosten für die Sozialfürsorge finanzieren. Kein Zweifel kann jedoch darin bestehen, was diese so vehement geforderte Flexibilität des Arbeitsmarktes wirklich bedeutet: eine fundamentale Änderung der Arbeitsgesetzgebung, die insbesondere was Entlassungen oder Kündigungen betrifft, wesentlich lockerer werden soll, weshalb dann für die Unternehmer die Kosten für die Arbeitskraft billiger werden.

Hinsichtlich der Forderung nach Einführung einer ständigen Aus- und Berufsbildung, die bei den Vorschlägen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwähnt wird, wird auch die Bildung eines Ausbildungsfonds gefordert, der durch Umschichtung verschiedener öffentlicher Mittel gespeist werden soll. Also schlußendlich werden die Arbeitnehmer nochmals zur Kassa gebeten.

Alles für das Kapital

Es soll nun durchaus nicht verkannt werden, daß jedes Rezept, das eine tatsächliche und radikale Verringerung der Arbeitslosigkeit mit sich bringt, zugleich auch mit Opfern und Einschränkungen für die breite Masse der Beschäftigten verbunden ist. Etwas anderes ist es jedoch, daß im Weißbuch diese „vorübergehenden Opfer und Einschränkungen" im Sinne zukünftiger positiver Ergebnisse gefordert werden. Wie sehen nun aber diese positiven Ergebnisse der Zukunft aus? Nach den Vorstellungen der Autoren des Weißbuches sollten die Unternehmen imstande sein, in Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen ihre Umstrukturierung durchzuführen, die Bildung von monopolistischen Gruppierungen, die die allgemeine Wirtschaftspolitik kontrollieren und bestimmen, gehört zu den klar formulierten Zielen des Weißbuches.

Als langfristiges Ziel für die Zeit nach 1997 ist beabsichtigt, die Haushaltsdefizite auf etwa ein Prozent des BNP herunterzudrücken. Also noch wesentlich unter die oberste Grenze von drei Prozent, die der Vertrag von Maastricht vorsieht. Das Spiel der einseitigen Mäßigung auf Kosten der Arbeitnehmer nimmt also neue Ausmaße an, die Disziplin der öffentlichen Haushalte richtet sich an eine ganz bestimmte Adresse: nämlich an die Arbeitnehmer.

Die Forderung nach Herabsetzung der Zinsen wird direkt in Verbindung gebracht mit der weiteren Entwicklung der Löhne und Gehälter. Als erste Voraussetzung müßten geeignete Bedingungen für wesentliche Senkungen bei den kurzfristigen Zinsen geschaffen werden. Was nun nur dann möglich sei, wenn sowohl bei den öffentlichen Haushalten als auch bei den Löhnen jene Grenzen nicht überschritten werden, die die wirtschaftliche Stabilität gebiete. Die Erleichterung von weiteren Investitionen durch Senkung der Zinsen sei nun vor allem davon abhängig, ob sich die Arbeitnehmer ihrer „Pflicht" besinnen, keine überhöhten Lohnforderungen zu stellen. Abgesegnet soll nun alles durch einen dreiseitigen Vertrag der Sozialpartner, nämlich Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierung werden.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Begriff der Sozialpartnerschaft mit all seinen negativen Auswirkungen den Österreichern leider sehr vertraut ist und das Weißbuch hier offensichtlich aus der österreichischen Realität die Lehre gezogen hat, bleibt einem bei genauem Durchlesen einzelner Stellen des Weißbuches vor dessen Unverfrorenheit fast der Atem weg. Dennoch ist Skepsis angebracht, was die Möglichkeit zur Aufklärung breiter Massen gerade auch in Österreich hinsichtlich des riesigen Rückschrittes, den die Verwirklichung der Ziele des Weißbuches bedeuten würde, anlangt. ■

Dr. Günter KLODNER ist Jurist.

Der Autor dankt Babis Angurakis und Makis Mailis vom ZK der KPG für das zur Verfügung gestellte zahlreiche Informationsmaterial.

Arbeitsplätze oder saubere Umwelt?

In den Salzburger Industrieregionen wird erpreßt

Brigitte PELWECKI

Das, was viele schon längst vermutet hatten, ist in den letzten Wochen ausgesprochen worden. Die Hallein Papier Ges.m.b.H. (PWA) kündigt die Schließung des Zellstoffwerkes in der zweitgrößten Salzburger Gemeinde, Hallein, an.

Ein Jahr nach der Insolvenz des deutschen Konzerns, bei dem die Gläubiger einem 60-prozentigen Schuldenerlaß zustimmten, erklärt PWA-Konzernchef Willi Klein-Gunnewyk: Bei neuen Umweltauflagen zum Bau einer vollbiologischen Kläranlage sperrt die Zellstoffabrik mit rund 250 MitarbeiterInnen zu. Konkret heißt das, wenn das Land Salzburg nicht bereit ist, weiterhin täglich zehn Tonnen Sauerstoff in die Salzach zu bringen um die eingeleiteten Abwässer zu reinigen, dann gilt das Aus für die Zellstoffproduktion spätestens 1999.

Bereits 1994 hätte die Kläranlage in Betrieb gehen müssen. Die veranschlagten 700 Millionen Schilling, die die Kläranlage gekostet hätte, wurde im Rahmen des Insolvenzausgleichverfahrens um drei Jahre verschoben. Jetzt möchte die PWA überhaupt nicht mehr investieren. Grund: Der Konzern schreibt erstmals seit zehn Jahren rote Zahlen. Auf dem Weltmarkt seien „bessere Qualitäten" zu haben, das könnte auf längere Sicht auch die Papierfabrik (650 MitarbeiterInnen) gefährden.

Industrie-Hochburg Hallein

Der Tennengau mit seiner Bezirkshauptstadt Hallein war und ist eine der Industrie-Hochburgen des Salzburger Landes. Allein in Hallein finden 11.000 ArbeiterInnen und Angestellte in 750 Betrieben eine Beschäftigung. Vier Großbetriebe sichern derzeit noch die Existenz von jeweils mehr als 5000 Beschäftigten. Aufgrund der Schwierigkeiten der papier- und metallverarbeitenden Industrie bemühte sich Hallein weitere Betriebe in der Stadt anzusiedeln. 250 weitere Klein- und Mittelbetriebe sind das Ergebnis der Bemühungen in den letzten sechs Jahren.

Im vergangenen Jahr war allerdings ein deutlicher Arbeitsplätze-Abbau bemerkbar geworden. Die gesamte Wirtschaftsregion im Salzburger Tennengau befindet sich in Turbulenzen. Bewußt wird nicht von einer „Krise" gesprochen. Arbeitslosenzahlen, noch nicht erschlossene Gewerbegebiete, eine große Anzahl „sicherer" und flexibler Klein- und Mittelbetriebe in der Region, die Stimmung bei den Arbeitenden, welche umschulungswillig und pendlerfreundlich sind, sprechen dagegen.

Ende des vergangenen Jahres haben sich endlich einmal alle Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft zusammengesetzt. VertreterInnen der Kammer der Wirtschaft, des Arbeitsamtes und der Gemeindevorstehung der Stadt Hallein sind der Einladung des Halleiner Bürgermeisters gefolgt. Die wirtschaftlichen Probleme in der Region Tennengau und im speziellen in Hallein sollten durchleuchtet und diskutiert werden. Es blieb bei einem „Wirtschaftsgespräch" – Lösungen zu finden oder gar umzusetzen scheiterte an der Ohnmacht gegenüber den ausländischen Konzernen.

Krise PWA

Zwei Großbetriebe sind es, welche mit der Existenz der ArbeiterInnen und Angestellten ihr Kapitalismus-Spiel spielen. Im Frühjahr 1993 meldete die damalige Hallein Papier AG, Tochter der deutschen Papierwerke Waldhof Aschaffenburg AG, den Ausgleich an. Zwei Auffanggesellschaften führen nun den Betrieb weiter. Aus der AG wurde eine Ges.m.b.H. 150 ArbeiterInnen erhielten keine neue Anstellung – aber dafür hohe Abfertigungsgelder als Trostpflaster oder als Schweigegeld. Die verbliebene Belegschaft stimmte einer 20-prozentigen Kürzung der Gehälter zu. Keine große Aufregung in der Belegschaft – Betriebsräte und Gewerkschaften hielten als Beruhigungsmittel Sozialpläne in der Hand.

Ende des vergangenen Jahres suchte die PWA in Hallein wieder Arbeitskräfte. Gleichzeitig waren Gerüchte aus der Arbeiterschaft zu hören, daß trotz allem bald eine Schließung des Betriebes geplant ist. Bürgermeister Kurz kommentiert die Suche nach ArbeiterInnen: Trotz der derzeitigen guten Auftragslage sei dies keine Sicherheit für den Weiterbestand des Halleiner Werkes. Der ist vom Willen des deutschen Mutterkonzerns abhängig. Diese wird nach ihren Profitraten entscheiden und nicht nach der sozialen Verantwortung über 1000 Arbeitsplätze.

Chlor und PVC

Am anderen Ende der Stadt steht die Solvay-Halvic, Chemie Multi-Tochter eines belgischen Großkonzerns. Seit Jahren wird die Solvay wegen ihrer Chlor und PVC-Produktion von Umweltorganisationen angegriffen. Der PVC-Zweig Halvic wurde Anfang 1994 geschlossen und damit standen wieder 136 ArbeiterInnen auf der Straße. Einen schleichenden Arbeitsplätze-Abbau hat es in diesem Werk, wie übrigens in fast allen Halleiner Industriebetrieben, in den vergangenen Monaten immer wieder gegeben.

Wie es mit der Solvay weitergehen wird, traut sich derzeit niemand zu sagen. Mit keiner rosigen Zukunft rechnen aber Politiker und auch die verbleibenden 185 ArbeiterInnen. Werksdirektor Helmuth Leitner versichert derzeit, daß die Kochsalz-Elektrolyse zur Chlorgewinnung im Solvay-Werk Hallein verbleibt. Dennoch sind 16 der 136 Entlassenen aus diesem Produktionsbereich betroffen.

Die Stimmung unter den Halvic Arbeitern ist aber auch hier überraschend ruhig. Arbeiterkammer-Präsident Suko hätte ihnen neue Arbeitsplätze auf die Hand versprochen. Und der Bürgermeister hätte doch auch schon einen Betrieb, welcher sich im ehemaligen Halvic-Gelände ansiedeln möchte.

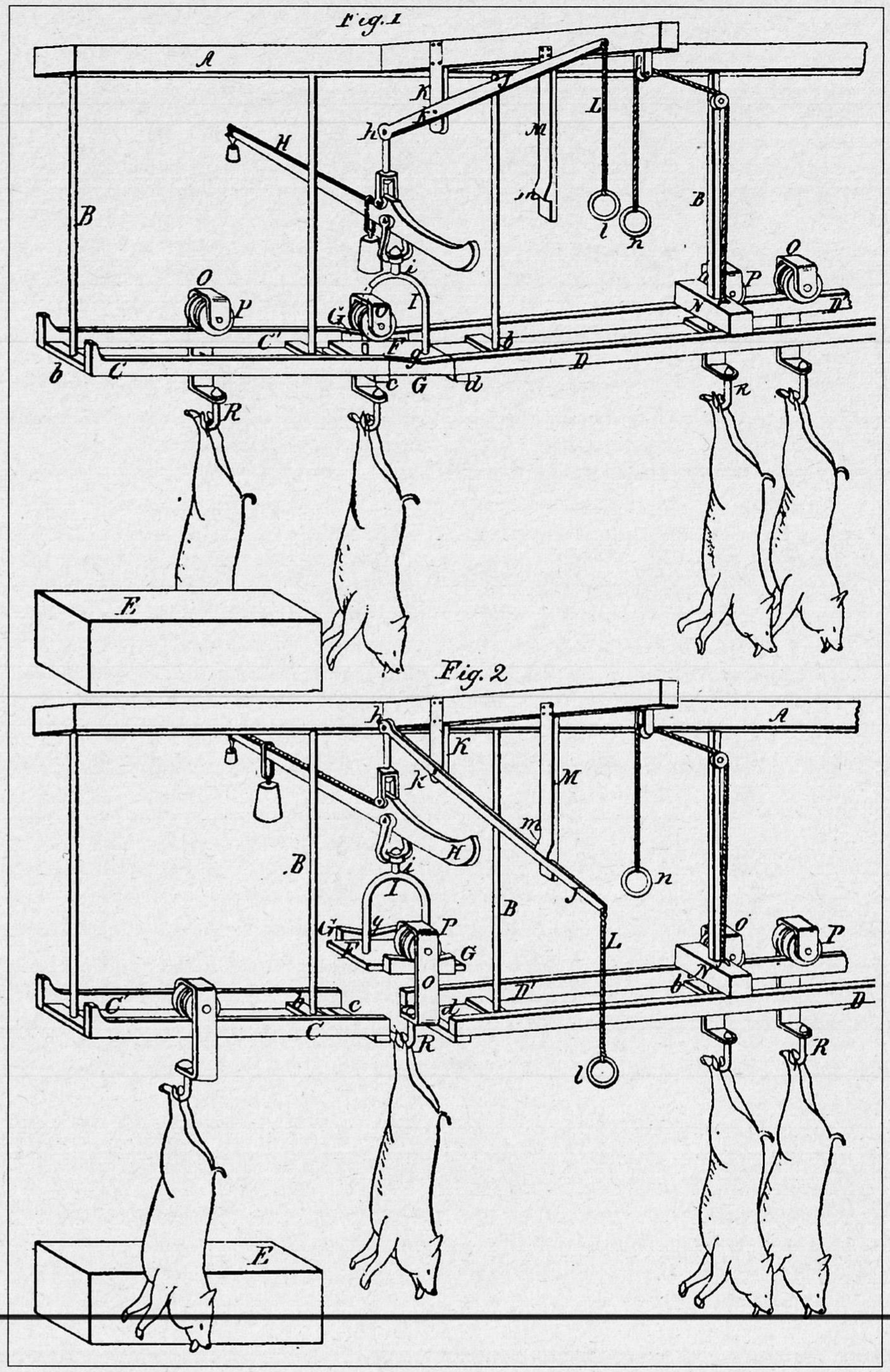
Flugblätter von Seiten des GLB werden als Panikmache und Schwarzmalerei abgelehnt. Dabei stehen die Gerüchte um einen neuen Betrieb, welcher die verlorenen Arbeitsplätze auffangen könnte, auf recht wackligen Beinen. Wer hat schon gern einen Nachbarn, welcher hochexplosives Chlor produziert und transportiert?

Ein böses Jahr

Papier und Chemie sind aber nur die großen Arbeitsplatzvernichtungsbetriebe in Hallein. Das Jahr 1993 war für viele ArbeiterInnen und Angestellte in Hallein ein böses Jahr.

- 25 Arbeiter wurden beim Konkurs der Maschinenfabrik Buchegger entlassen.
- EMCO – Salzburger Vorzeigebetrieb – weil noch zur Gänze in österreichischer Hand – baut seit 1992 regelmäßig Arbeitsplätze ab. Erst in den letzten Wochen macht sich hier ein leichter Aufschwung bemerkbar.
- Das Brötje-Radiatorenwerk wandert nach Salzburg ab und mit ihm 32 Beschäftigte, welche nun pendeln müssen.
- Procter & Gamble, die ehemalige Blendax, schloß Ende des Jahres ihre Pforten. 45 vorwiegend weibliche Arbeiterinnen und Angestellte verlieren ihren Job.
- Milupa erpreßt die Gemeinde mit 210 Arbeitsplätzen. Der Konzern möchte eine Baugenehmigung im erweiterten Wohngebiet. Gleichzeitig liebäugelt der Betrieb bereits mit Ungarn oder Tschechien als neue und billigere Produktionsstätte.
- Ein Salzburger Autohaus meldet den Konkurs an. 26 Halleiner Angestellte erhalten die Kündigung.
- Das Gollinger Zementwerk Bernhofer stellt die Produktion ein, 35 Arbeitsplätze gehen dabei verloren.
- Die Grödiger Süßwarenfabrik Mirabell will in Zukunft ihre Mozartkugeln nur noch mit 2000 statt bisher 3000 MitarbeiterInnen erzeugen.

Natürlich sind das alles Hiobsbotschaften für die Betroffenen. Aber weit und breit ist dies alles kein Anzeichen dafür, daß sich der Kapitalismus in einer Krise befände. Hier wird selektiert, umstrukturiert, (ein)gespart, geplant.



Vorrichtung zum automatischen Wiegen von Schweinen in Schlachthäusern, Cincinnati, 1869

Umstrukturierungen

- Ein Tennengauer Elektronik-Unternehmen übernimmt einen Großteil der Frauen aus dem geschlossenen Procter & Gamble Werk.
- Johnson und Johnson, einer der derzeit sichersten Großbetriebe in Hallein, will das Werk auf die zweifache Größe ausbauen.
- Die Robert Bosch AG, seit 1986 in Hallein, hat ihren Standort mit einem Investitionsvolumen von bisher 728 Millionen Schilling zum Zentrum für die Entwicklung, Fertigung und Vertrieb von Einspritzausrüstungen für Großdieselmotoren des gesamten Konzerns ausgebaut. 550 MitarbeiterInnen haben hier einen sicheren Arbeitsplatz.
- In Hallein sind 750 Betriebe angesiedelt. 5000 Menschen pendeln täglich in die Stadt. Im März 1994 waren in der zweitgrößten Stadt Salzburg 1186 Personen arbeitslos gemeldet. Der gesamte Tennengau

hat trotz allem nur eine Arbeitslosenrate von 6 Prozent.

- Mit großen Bauvorhaben versucht die Gemeinde, die Wirtschaft ein bißchen anzukurbeln. Wenn es möglich ist, werden Aufträge an Halleiner Firmen vergeben. (Die ÖVP im Gemeinderat schreit jedesmal, wenn der Billigstbieter ein Betrieb außerhalb der Region ist. Und die wollen in die EU!)
- Für die gekündigten ArbeiterInnen und Angestellten der Firmen Buchegger, PWA und Halvic wurde eine Arbeitsstiftung eingerichtet. Mit den Geldern von Land, Gemeinde und Betrieben können die Arbeitslosen umgeschult werden. Der Tennengau lebt auch vom Fremdenverkehr. Hier werden dringend qualifizierte Arbeitskräfte benötigt. Nur, welcher Papier- oder Chemiearbeiter möchte als Küchenhilfe oder Kellner arbeiten? Trotzdem gelang es bisher, einen Großteil der Betroffenen nach der Umschulung in anderen Betrieben unterzubringen.

„Attraktivere" Produktionsstandorte

- Der PWA-Konzern errichtete im deutschen Stockstadt dieselbe Papierproduktion wie in Hallein. Derzeit kann dieses Werk noch nicht allein die hochwertigen Papiere für den Konzern erzeugen und verkaufen. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis wann das Werk in Hallein nicht mehr gebraucht wird.
- Wenn Solvay oder Milupa billigere Produktionsstätten im Osten gefunden hat, wird diese Betriebe nichts aufhalten, aus dem Tennengau abzusiedeln.

Mitreden in der EU?

Was bleibt, sind die Klein- und Mittelbetriebe. Stolz verweist der Halleiner Bürgermeister auf 250 Unternehmen, welche sich in den letzten sechs Jahren im Raum Hallein angesiedelt haben. Hallein setzt auf heimische, kleinere Produzenten – Großbetriebe seien zu sensibel und exportabhängig. Regelmäßig läßt der Bürgermeister verlauten, daß Hallein schon längst eine Art EU-Raum ist. Daß Hallein abhängig ist von den ausländischen Konzernen, und daß es deshalb so wichtig sei, der EU beizutreten um wenigsten mitreden zu können.

Mitreden kann Hallein auch heute. Mitreden verändert allerdings nichts, wie auch das jüngste Wirtschaftsgespräch gezeigt hat. Lösungsvorschläge von seiten der Wirtschaftsvertretung sind das Ausbauen der bestehenden Betriebe, das Umwandeln in Qualität der Produkte, aus der Holzindustrie Möbelindustrie machen, aus der Holzfachschule eine Holzfach-Hochschule zu kreieren. Darüber können PolitikerInnen und Wirtschaftsfachleute reden. Durchführen werden es trotzdem nur die Unternehmer, wenn sie darin eine Profitquelle entdecken.

Machtspiele

Die Unternehmer und deren Manager sind sich ihrer Machtposition sehr bewußt. Erpressung um billigeres Salz für die Chlorproduktion, günstigere Stromtarife oder Bahn-Transfertarife von den großen Industriegebieten sind an der Tagesordnung. Selbst AK-Vizepräsident Siegfried Pichler spricht bei der PWA Forderung um Streichung der Umweltauflagen von Erpressung. Ein Wort, das die AK selten in den Mund nimmt.

ArbeiterInnen werden behandelt, als wären sie nur noch aus Gnade beschäftigt. Im Wirtshaus wird geschimpft. Ausländerfeindlichkeit oder „Frauen zurück an den Herd"-Parolen werden lauter. In irgendeiner Form Gegenwehr zu entwickeln scheint ausgeschlossen. Die im Betrieb verbleibenden Arbeiter drängen sich dicht um ihre Betriebsräte, hoffen auf Besserung oder sind davon überzeugt, daß irgendjemand das alles schon richten wird.

Eine andere Art von Krisenstimmung macht sich in den Einzelhandelsgeschäften breit. Hallein – als Einkaufsstadt ohne Einkaufszentrum beworben – verliert zunehmend an finanziell potenten Kunden. Die Umsatzrückgänge werden aber nicht damit erklärt, daß viele Familien, die in irgendeiner Form abhängig von den heimischen Großbetrieben sind, und daher vorsichtig mit dem Geld umgehen. Nein, Schuld sind die türkischen Geschäfte, welche in Hallein immer zahlreicher werden, oder die Verkehrsberuhigung im Stadtkern. Und die ausländischen Clublokale, welche den Halleiner Gastwirten das Geschäft wegnehmen.

Es mangelt an Solidarität

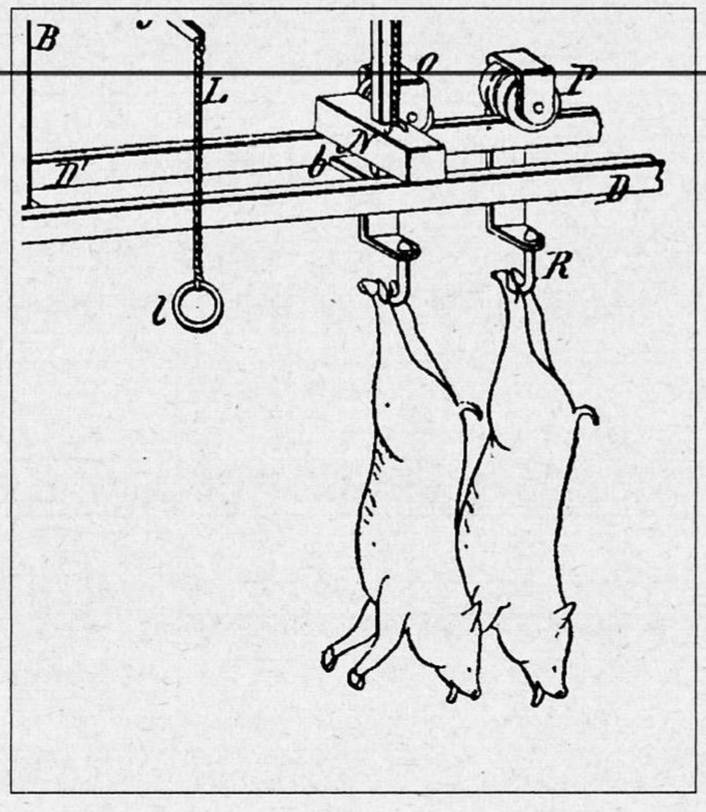
„Die Papierarbeiter sind Schuld an der Krise der PWA. Schließlich haben die jahrzehntelang extrem hohe Löhne kassiert..." – Stimmen aus der arbeitenden Bevölkerung.

Solidarität ist für viele Menschen ein Begriff geworden, der sich mit Spenden an die Armen umschreiben läßt.

Kaum ein Kind lernt heute in der Schule, was Solidarität ist. Kritische und mündige BürgerInnen sind in unserem System nicht gefragt. Flublätter und Zeitungen von den Linken werden abgelehnt. Die Lösungen, welche wir anbieten, können erscheinen der heutigen Arbeiterschaft utopisch. Kaum jemand möchte sich mit den Ursachen der Krise und den wirtschaftlichen Zusammenhänge in unserem Gesellschaftssystem auseinandersetzen. Selbst über die Frage eines Betritts zur EU und dessen Folgen für Österreich, macht sich selten ein/e ArbeiterIn Gedanken.

Das Hemd ist scheinbar näher als der Rock. Wer nicht begreifen kann, daß die eigenen Probleme eng mit denen eines Staates zusammenhängen, wird sich auch wenig um die Politik kümmern.

Die verantwortlichen PolitikerInnen werden sich weiter an die Notwendigkeiten des Kapitalismus anpassen. Das Kapital ist sich dessen sehr bewußt. So ist den Konzernherren auch klar, daß ein bißchen Zukkerbrot zur Peitsche gehört. Ganz so schlecht wird es den Arbeitenden nie gehen. So lange noch ein wenig Hoffnung besteht, wird es keinen Aufstand geben. Und die Ruhe im Betrieb ist noch immer Garantie für gute Profitraten. ■



Brigitte PELWECKI ist Gemeinderätin der KPÖ in Hallein.

Thesen zu Gemeinden, Regionen und EG

Josef BAUM

1. Der zentrale Effekt des EG-Beitritts auf Gemeinden und Regionen ist, daß die Möglichkeit der wirtschaftlichen Sicherung durch Bund, Länder und Gemeinden über Instrumente der Währungs-, Förderungs- und Steuerpolitik wesentlich verringert wird. Diese Tendenz ist schon in den letzten Jahren verstärkt zu beobachten gewesen, der EWR war eine neue Stufe, allerdings wurde dabei prinzipielle Steuerungsmöglichkeit noch behalten.

2. Notwendige, ökologisch vorbildhafte Lösungen werden durch einen EG-Beitritt dem (von Großkonzernen verzerrten) „Wettbewerb" weitgehend schutzlos ausgesetzt. (Dieser „Wettbewerb" ist in Wirklichkeit meist ein gnadenloses Machtspiel, siehe Autoindustrie.)

3. Die einzelnen Veränderungen werden Verlierer, aber auch Gewinner sehen. Dies hängt von der Größe der Gemeinde, von der Wirtschaftsstruktur, der Lage (zum Beispiel Attraktivität für Ausländer) und anderem ab.

4. Die möglicherweise bevorstehenden seit 1945 wesentlichsten Änderungen für die Gemeinden und Regionen in Österreich, die unterm Strich Nachteile bringen, können zum Teil auch insofern für positive Änderungen genützt werden, als Sachen in Bewegung kommen, die jahrzehntelang praktisch nicht zu verändern waren.

5. Das „Europa der Regionen" welches ein Alibi und Schlagwort ist, sollte auch mit konkretem positiven Inhalt besetzt und benutzt werden.

6. Im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich könnte eine breitere Bewegung initiiert werden. Alte Demokratisierungsvorschläge zum Beispiel bezüglich Bezirkshauptmannschaften, die etwa im Umweltbereich eine größere Bedeutung haben, könnten jetzt durchgesetzt werden.

7. Die bevorstehende Verfassungsänderung, die den Ländern mehr Rechte bringen soll, bringt keine wirkliche Dezentralisierung, sondern dient vor allem der Selbstherrlichkeit der „Landesfürsten".

Regionalpolitik

1. Die Regionalförderung durch die EG für österreichische Regionen wird voraussichtlich in der Größenordnung von 2 bis 3 Milliarden Schilling jährlich liegen. Gleichzeitig würde Österreich jährlich Nettozahler (schon unter Einrechnung der Regionalförderung) in der Größenordnung von 15 Milliarden sein. Von Geschenken der EG an die Regionen kann somit nur bei einseitiger Betrachtung die Rede sein.

2. Alle Prognosen deuten darauf hin, daß das Binnenmarktkonzept der EG zu einer Auseinanderentwicklung von starken und schwachen bzw. zentralen und peripheren Regionen führt. Die Regionalpolitik der EG ist daher hauptsächlich auf die politische Ruhigstellung von in Zukunft noch stärker benachteiligten Regionen ausgerichtet (der Begriff „Kohäsionsfond" deutet darauf hin). Bei den Bewohnern von Problemregionen werden somit oft falsche Hoffnungen erweckt und positive Anstrengungen mißbraucht.

3. Für eine nachhaltige positive Entwicklung benachteiligter Regionen fehlen in Österreich und in der EU entsprechende demokratiepolitische Einrichtungen, die die Mitbestimmung der Bevölkerung sichern und die Willensbildung gegenüber den Zentralen verkörpern. (Der EU-Regionalrat hat praktisch keine Kompetenzen.) Die Regionalgeldtöpfe (der EG) sind Objekte des Begehrens mancher Politiker und hoher Beamter, die sich dadurch mehr Macht in der Verfügung ihrer Geldmittel sichern wollen.

4. Positiv ist zu erwarten, daß durch den stärkeren Kontakt mit anderen europäischen Regionen das Augenmerk auch auf günstigere Regelungen gelenkt wird (zum Beispiel günstigere Finanzausgleichsregelungen in nordischen Staaten). Dies kann als gewichtiges Argument für demokratische Lösungen in Österreich benutzt werden.

5. Einige Regionen (insbesondere wahrscheinlich das Burgenland) könnten bei einigem Geschick tatsächlich wesentliche Finanzmittel anzapfen. Umgekehrt besteht die Gefahr, daß gigantische Fehlinvestitionen getroffen werden.

Kommunalpolitik

1. Aushöhlung der Kompetenzen (reale, nicht unbedingt formale Verluste, siehe Allgemeines). Es könnte sogar sein, daß die formalen Kompetenzen ausgeweitet werden, machtmäßig dies bei einem Verlust an Steuerungsmöglichkeiten in der Wirtschaft aber nichts bringt.

2. Bei den Einnahmen sind wesentliche Ausfälle durch Anpassung des Steuersystems an die EG durch Nivellierung nach unten anzusehen. Dafür sind auch schon „Vorleistungen" erfolgt: Abschaffung der Gewerbesteuer (ohne daß Interessensvertretungen von Gemeinden und Städten auch nur gehört worden sind). Für größere Gemeinden würden auf der Ausgabenseite Ausschreibungsverpflichtungen auf internationaler Ebene verstärkt Bedeutung erlangen.

3. Schwächere Gemeinden werden von negativen Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung wie zum Beispiel von den durch die EU bewirkten Mietkostenerhöhungen und von höheren Arzt- und Krankenhausleistungen wahrscheinlich über sozialpolitische Ausgaben besonders betroffen sein.

4. Beim Ausländer-Grundverkehr und beim Transit hat die Bundesregierung weitgehend österreichische Interessen geopfert. Betroffene Gemeinden haben geringeren Spielraum für Gegenmaßnahmen.

5. Im Umweltschutz (Müll, Abwasser, Abgase, Lärm, Wasser) sind die Gemeinden insgesamt mit einer Aufweichung der Regelungen und mit noch mehr Unsicherheiten im Vollzug konfrontiert. ■

Mag. Josef BAUM ist grüner Gemeinderat in Purkersdorf und arbeitet im Institut für Raumplanung.

Das Kamel im Nadelöhr

Aspekte einer politischen Ökonomie des Transitverkehrs

Lutz HOLZINGER

„Die Grundlage aller entwickelten und durch Warentausch vermittelten Teilung der Arbeit ist die Scheidung von Stadt und Land." Karl Marx (Das Kapital, 1. Band, MEW 23, S. 373)

Die Teilung der Arbeit in einem nie gekannten und nie geahnten Ausmaß ist die tiefere Ursache auch für das Menschen und Natur vernichtende Anschwellen des – vor allem auf der Straße abgewickelten – Transports von Menschen und Gütern. Daß mit dem Transit unter allen Verkehrsformen diejenige am meisten geächtet wird, bei der die betroffenen Länder gewissermaßen als Durchhaus benützt werden, kann nicht weiter überraschen. Dennoch dürfte es mit der Reduzierung lediglich dieses einen Verkehrstypus allein nicht getan sein. Wie bei den meisten sozialen, ökologischen und ökonomischen Problemen ist auch beim Verkehr eine rationale Lösung – wie sie etwa die Verlagerung des Regionen und Länder übergreifenden Gütertransports auf die Schiene zum Teil darstellt – überfällig. Doch auch in diesem Fall stehen diesem naheliegenden Ausweg Profitinteressen entgegen. Es kann also nicht schaden, sich etwas genauer anzuschauen, welche Mechanismen, welche Logik hinter der Verkehrsproblematik im allgemeinen und dem Transit im besonderen steckt.

Es wäre verfehlt, davon auszugehen, daß alle Antworten auf die brennende Fragen der Gegenwart in Marxens „Kapital" zu finden sind. Es ist aber der speziellen Methode von Marx zuzuschreiben, die er vor allem in diesem Werk mustergültig demonstriert, daß man seiner Art der Entfaltung eines Problems folgend leichter einen Begriff von einer Sache bekommt, als wenn man sich einsam und auf sich allein gestellt an einer Fragestellung zu schaffen macht.

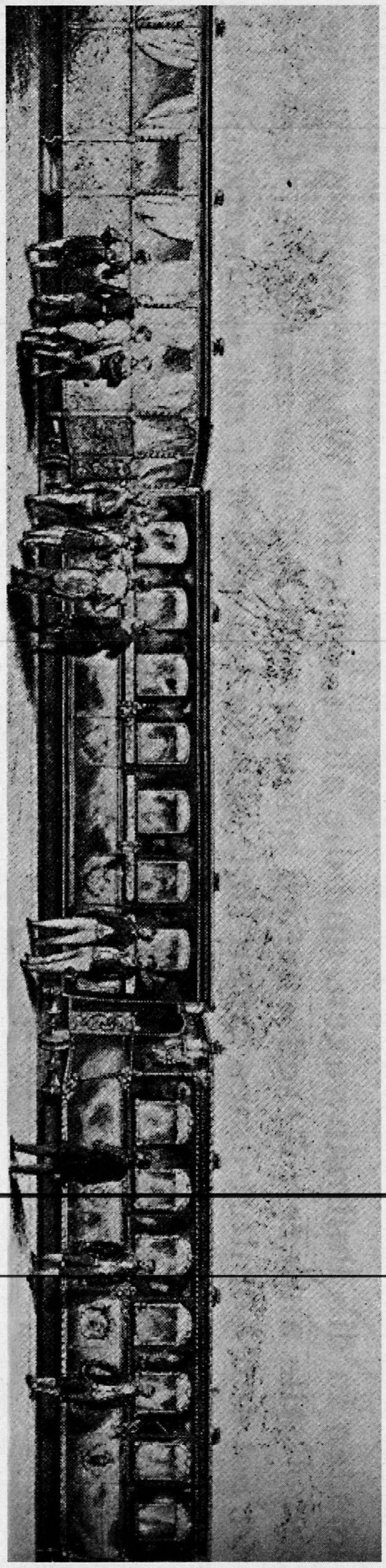
Marx setzt nach dem als Motto dieses Artikels zitierten Satz folgendermaßen fort: „Man kann sagen, daß die ganze ökonomische Geschichte der Gesellschaft sich in der Bewegung dieses Gegensatzes resümiert, auf den wir jedoch hier nicht weiter eingehn." Schade, wo wir offenbar drauf und dran sind, im Zuge des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union Zeugen einer Ausmerzung der agrarischen Bevölkerung zu werden. Offensichtlich eine Perspektive, die diese Bewegung dadurch zu einem Ende bringt, daß der sie konstituierende Gegensatz zwischen Stadt und Land durch die Plattwalzung des letzteren einfach gewaltsam aufgehoben wird.

An dieser Stelle schreibt Marx weiter: „Wie für die Teilung der Arbeit innerhalb der Manufaktur eine gewisse Anzahl gleichzeitig angewandter Arbeiter die materielle Voraussetzung bildet, so für die Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft die Größe der Gesellschaft und ihre Dichtigkeit, die hier an die Stelle der Agglomeration innerhalb derselben Werkstatt tritt. Indes ist diese Dichtigkeit etwas Relatives. Ein relativ spärlich bevölkertes Land mit entwickelten Kommunikationsmitteln besitzt eine dichtere Bevölkerung als ein mehr bevölkertes Land mit unentwickelten Kommunikationsmitteln, und in dieser Art sind z. B. die nördlichen Staaten der amerikanischen Union dichter bevölkert als Indien." (MEW 23, S. 373)

Verselbständigung von Tätigkeiten

Marx entwickelte den Prozeß zunehmender Arbeitsteilung historisch. Und zwar hatte er dabei zunächst weniger die Industrie, als vielmehr die Manufaktur vor Augen. Umso bemerkenswerter ist sein klarer Blick auf das – bis heute hinsichtlich der Arbeitsteilung – Wesentliche: „Da Warenproduktion und Warenzirkulation die allgemeine Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, erheischt manufakturmäßige Teilung der Arbeit eine schon bis zu einem gewissen Entwicklungsgrad gereifte Teilung der Arbeit im Inneren der Gesellschaft. Umgekehrt entwickelt und vervielfältigt die manufakturmäßige Teilung der Arbeit rückwirkend jene gesellschaftliche Teilung der Arbeit. Mit der Differenzierung der Arbeitsinstrumente differenzieren sich mehr und mehr die Gewerbe, welche diese Instrumente produzieren. Ergreift der manufakturmäßige Betrieb ein Gewerb, das bisher als Haupt- oder Nebengewerb mit anderen zusammenhing und von demselben Produzenten ausgeführt wurde, so findet sofort Scheidung und gegenseitige Verselbständigung statt. Ergreift er eine besondere Produktionsstufe einer Ware, so verwandeln sich die verschiedenen Produktionsstufen in verschiedene unabhängige Gewerbe. Es ward bereits angedeutet, daß, wo das Machwerk ein bloß mechanisch zusammengesetzes Ganzes von Teilprodukten, die Teilarbeiten sich selbst wieder zu eigenen Handwerken verselbständigen können. Um die Teilung der Arbeit vollkommener innerhalb einer Manufaktur auszuführen, wird derselbe Produktionszweig, je nach der Verschiedenheit seiner Rohstoffe oder der verschiedenen Formen, die derselbe Rohstoff erhalten kann, in verschiedene, zum Teil ganz neue Manufakturen gespaltet. ... Die territoriale Teilung der Arbeit, welche besondere Produktionszweige an besondere Distrikte eines Landes bannt, erhält neuen Anstoß durch den manufakturmäßigen Betrieb, der alle Besonderheiten ausbeutet. Reiches Material zur Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft liefert der Manufakturperiode die Erweiterung des Weltmarkts und das Kolonialsystem, die zum Umkreis ihrer allgemeinen Existenzbedingungen gehören." (MEW 23, S. 374 f.)

Marx betätigt sich in dieser Darstellung gewissermaßen als Archäologe auf dem Gebiet der politischen Ökonomie: Er gräbt für uns längst in „grauer Vorzeit" verschwimmende vorindustrielle Produktionsverhältnisse aus, die freilich für die Durchsetzung der Werkzeugmaschine unerläßlich waren. Über die weitere Entwicklung in diesem Bereich schrieb er: „Die Revolution in der Produk-



„Train Impérial", der Napoleon III. von der Compagnie de Chemin de Fer de l'Est 1857 geschenkt wurde

tionsweise der Industrie und Agrikultur ernötigte namentlich aber auch eine Revolution in den allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, das heißt den Kommunikations- und Transportmitteln. Wie die Kommunikations- und Transportmittel einer Gesellschaft, deren Pivot, um mich eines Ausdrucks Fouriers zu bedienen, die kleine Agrikultur mit ihrer häuslichen Nebenindustrie und das städtische Handwerk waren, den Produktionsbedürfnissen der Manufakturperiode mit ihrer erweiterten Teilung der gesellschaftlichen Arbeit, ihrer Konzentration von Arbeitsmitteln und Arbeitern und ihren Kolonialmärkten durchaus nicht mehr genügen konnten, daher auch in der Tat umgewälzt wurden, so verwandelten sich die von der Manufakturperiode überlieferten Transport- und Kommunikationsmittel bald in unerträgliche Hemmschuhe für die große Industrie mit ihrer fieberhaften Geschwindigkeit der Produktion, ihrer massenhaften Stufenleiter, ihrem beständigen Werfen von Kapital- und Arbeitermassen aus einer Produktionssphäre in die andere und ihren neugeschaffenen weltmarktlichen Zusammenhängen. Abgesehen von ganz umgewälztem Segelschiffbau, wurde das Kommunikations- und Transportwesen daher allmählich durch ein System von Flußdampfschiffen, Eisenbahnen, ozeanischen Dampfschiffen und Telegraphen der Produktionsweise der großen Industrie angepaßt. Die furchtbaren Eisenmassen aber, die jetzt zu schmieden, zu schweißen, zu schneiden, zu bohren und zu formen waren, erforderten ihrerseits zyklopische Maschinen, deren Schöpfung der manufakturmäßige Maschinenbau versagte."

Gewaltige Ausdehnung

Weiter heißt es bei Marx: „Die große Industrie mußte sich also ihres charakteristischen Produktionsmittels, der Maschine selbst, bemächtigen und Maschinen durch Maschinen produzieren. So erst schuf sie ihre adäquate technische Unterlage und stellte sich auf ihre eigenen Füße. Mit dem wachsenden Maschinenbetrieb in den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts bemächtigte sich die Maschinerie in der Tat allmählich der Fabrikation der Werkzeugmaschinen. Jedoch erst währen der letzverflossenen Dezennien riefen ungeheurer Eisenbahnbau und ozeanische Dampfschiffahrt die zur Konstruktion von ersten Motoren angewandten zyklopischen Maschinen ins Leben." (MEW 23, S. 404 f.)

Öffnet man sich Marx gewissermaßen als Erzähler, so wird man mitgerissen von seinem Engagement bei der Entdeckung des dialektischen Zusammenhangs zwischen systematischen Arbeitszusammenhängen, Anwendung technischer Neuerungen und gesellschaftlichem Wandel. Den Schöpfer des „Kapitals", das die bisher nachhaltigste Kritik des Kapitalismus darstellt, begeisterte offensichtlich die Lebendigkeit, welche die stürmische Entwicklung der Industrie zum Zeitpunkt seiner Untersuchungen noch ausgestrahlt hat. Heute wissen wir, daß die „adäquate technische Unterlage" der „großen Industrie" ebenfalls einem beinahe permanenten, jedenfalls aber dramatischen Veränderungsprozeß unterworfen war und ist. Er birgt mittlerweile allerdings die Fähigkeit und damit die Gefahr in sich, die Grundlagen der gesellschaftlichen Existenz der Menschheit überhaupt zu vernichten. Es kann daher zu nichts führen, wenn heutzutage – etwa unter der Losung des „freien" Markts – die ungezügelte Entfaltung der Produktivkräfte propagiert wird. Abgesehen davon setzt die private Kapitalverwertung trotz aller Versuche, diese Tatsache zu vernebeln, längst die Unterstützung des viel gescholtenen, aber ohnehin bürgerlichen Staates voraus. Das ist an den Praktiken der Forschungsförderung ebenso wie der Transportsubvention zu überprüfen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Bei allem Weitblick dürfte Marx es sich nicht einmal träumen haben lassen, bis auf welche Spitze die Arbeitsteilung eines Tages getrieben würde und welchen Umfang und welche Gestalt die Transport- und Kommunikationssysteme einmal annehmen würden. Versucht man die Entwicklung der Produktion auf der Stufenleiter der „großen Industrie" an Hand von charakteristischen Veränderungen der Herstellungsweise zu periodisieren, lassen sich folgende drei Etappen erkennen:

1. Eine Periode, in der die Durchdringung der materiellen Produktion durch Maschinen und Maschinensysteme im Mittelpunkt stand. Sie war zwar für Marx' Lebzeiten typisch, ist aber – wie die fortgesetzte weitere Durchdringung von Produktionsprozessen mit immer komplexeren Anlagen und Automaten beweist – noch

immer nicht abgeschlossen.

2. Es folgte ein Abschnitt, in dem in- und außerhalb der Betriebe die Durchsetzung der Zeitökonomie und damit die Optimierung der (inner- und außerbetrieblichen) Transportsysteme im Mittelpunkt stand. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet einerseits im betrieblichen Maßstab von Taylorismus/Fordismus, die in der Massenproduktion von Komsumgütern nach dem Zweiten Weltkrieg „zu sich" kommen, und andererseits im überbetrieblichen Rahmen vom Ausbau der Verkehrssysteme – also speziell von Eisenbahnbau und Motorisierung.

3. Schließlich wurde die gegenwärtig aktuelle Phase erreicht, in der die volle Entfaltung von Datenverarbeitung und Kommunikationstechnologien den Ton angibt und die zur Formalisierung auch der geistigen Arbeit – beginnend bei einfacher Bürotätigkeit – beiträgt. Zwar hat in dieser Entwicklung die jeweils jüngste Etappe das meiste Gewicht.

Die Gegenwart ist allerdings sowohl von einer Überlagerung, als auch einer Verbindung aller drei Momente gekennzeichnet. Das wird unter anderem dadurch unterstrichen, daß etwa das „Just-in-Time"-System in der materiellen Produktion zwar der Logik des Transports gehorcht, aber ohne Einsatz der Datenverarbeitung in der Arbeitsvorbereitung undurchführbar wäre.

Verkehrsverdoppelung durch den Binnenmarkt

Ergebnis dieser – bloß knapp skizzierten – Entwicklung ist unter anderem die heute zwar fast selbstverständliche, aber dennoch äußerst extreme Arbeitsteiligkeit der materiellen Produktion in den westlichen Industriestaaten. Sie wird dadurch verschärft, daß die Folgekosten sowohl des innerstädtischen als auch des zwischenstaatlichen – vorwiegend auf der Straße abgewickelten – Verkehrs von den Unternehmen nicht getragen werden müssen und daher auch nicht in die Preiskalkulationen einfließen. Insofern haben wir es – anders als mittlerweile bei der Energie – mit einer fast totalen Abkoppelung des Verkehrs- vom Wirtschaftswachstum zu tun; und zwar übertrifft jenes dieses bei weitem. Als besonders „befruchtend" erweist sich in dieser Hinsicht die Europäische Gemeinschaft: „Laut ‚Environmental Task Force Report' der EU bewirkt allein die Einführung des Binnenmarkts ‚eine Zunahme des grenzüberschreitenden Straßenverkehrs um 30 bis 50 Prozent'. Nicht nur im aktuellen EU-Weißbuch zur Verkehrspolitik wird bei Fortsetzung des bisherigen Trends von einer generellen Verdoppelung des Personen- und Güterverkehrs auf der Straße ausgegangen. Auch das renommierte Basler Prognos-Institut sagt bei unveränderten Rahmenbedingungen für die Zentralregionen Europas (zu denen Österreich seit der Ostöffnung zählt) eine ‚Verdoppelung bis Verdreifachung des Transportaufkommens' voraus – und das schon bis zum Jahr 2000." (»profil« Nr. 7/14. Februar 1994, S. 14)

Bezeichnend für kapitalistische Produktionsverhältnisse ist, daß jede Sachlogik, wenn es darauf ankommt, von – übergeordneten – Profitinteressen außer Gefecht gesetzt wird. Das heißt konkret, daß etwa die Ökonomie der Zeit immer dann über Bord geworfen wird, wenn Verstöße gegen sie höhere Gewinne versprechen. Erst aus diesem Widerspruche sind die folgenden absurden Tatsachen zu erklären, die speziell bei einer genaueren Betrachtung des Alpentransits auffallen und in einer „Greenpeace"-Broschüre angeführt sind:

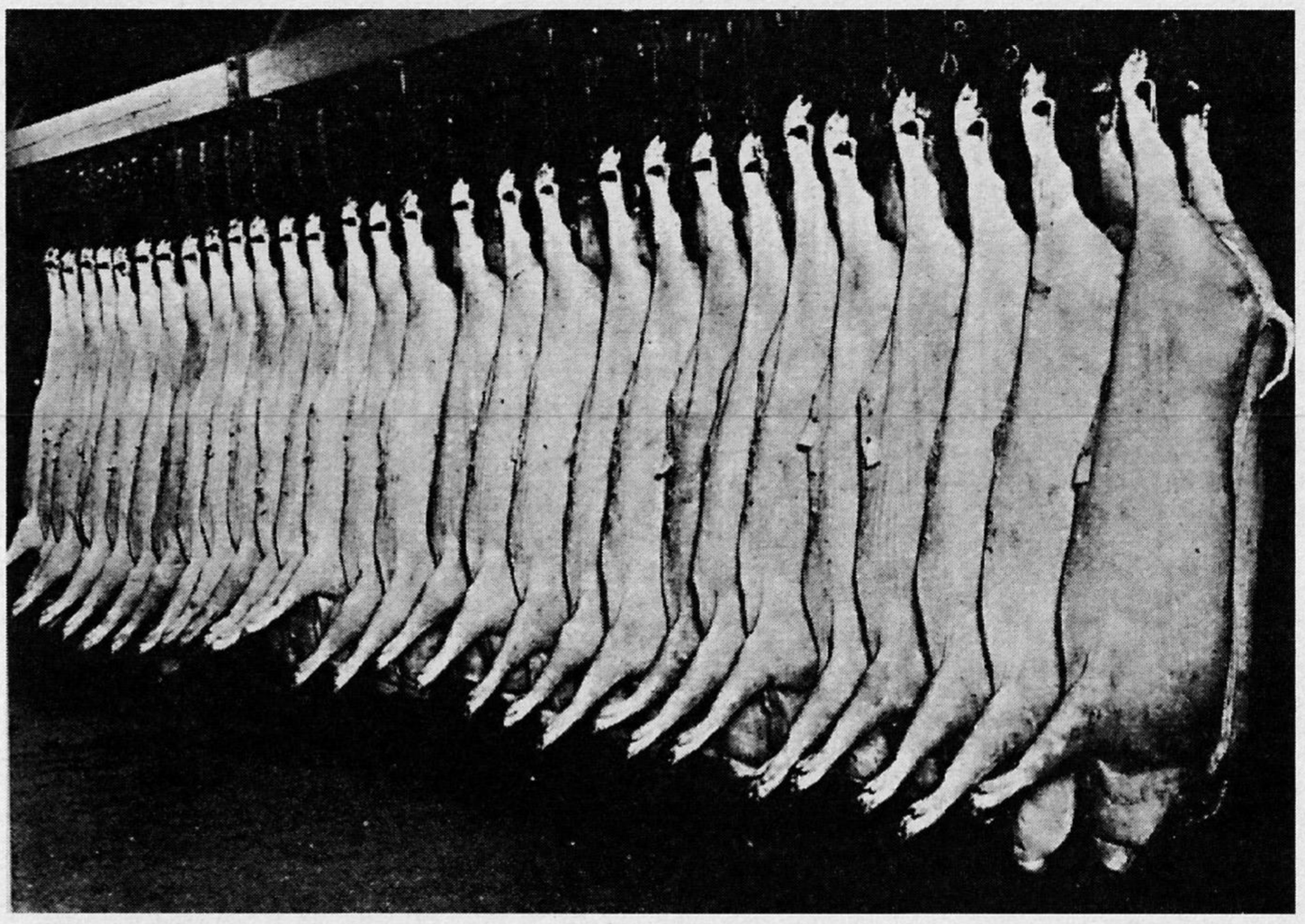
„Einer der Gründe für das Wachstum der Transitverkehrslawine ist der hohe Grad der Arbeitsteiligkeit in der EG. Die Produkte werden dort produziert, wo es für die Firma am billigsten ist – wo es wenig Umweltauflagen, billige Arbeitskräfte und hohe Subventionen gibt. Die Folge ist die Aufsplitterung der Produktion auf verschiedene Standorte und die Bildung großer Produktionseinheiten. So werden die Wege, die die stinkenden Laster zwischen den einzelnen Standorten zurücklegen, immer länger und immer mehr. Ein neues Produktions- und Lagersystem, das ‚Just in Time' bezeichnet wird, treibt diese Entwicklung auf die Spitze. Die Fertigung eines Produkts wird auf verschiedene Produktionsstätten verteilt. Um die Kosten für Zwischenlager zu sparen, werden die Halbfertigwaren sofort nach Fertigstellung auf LKW verladen und müssen pünktlich nach ‚Fahrplan' im Weiterverarbeitungsbetrieb ankommen. Es ist für die Zulieferbetriebe billiger, halbleere LKW auf die Fahrt zu schicken oder sie Umwege fahren zu lassen, als Zwischenlager anzulegen oder es zu Verzögerungen kommen zu lassen (für die hohe Strafgelder geleistet werden müssen). Immer mehr Laster werden so auf die Straße getrieben." („Mit Vollgas in die Katastrophe", Greenpeace-Hintergründe, Broschüre ohne Ort und Jahr, Seite 10 f.)

Der Blick des Greenpeace-Autors ist wegen des Zorns über die Tricks der Unternehmer etwas getrübt. Deshalb fällt die Schilderung der „Just-in-Time"-Produktion etwas dürftig bzw. einseitig aus. Einen genaueren Blick auf dieses System erlaubt das BMW-Motorenwerk in Steyr. Dieser Betrieb arbeitet bereits geraume Zeit nach diesem System. Seine Logik besteht darin, daß in dem Werk die Metallteile der Motoren (vom Motorblock bis zum Zylinderkopf) auf riesigen Aggregaten gefertigt und die Motoren unter Zukauf von allen weiteren Komponenten wie Elektro- und Elektronikelementen zusammengebaut werden. Die vorher bestimmte Tagesproduktion wird prompt in Waggons verladen und an die BMW-Werke in Süddeutschland geliefert. So wie das Endprodukt postwendend der weiteren Nutzung zugeführt wird, so pünktlich müssen auch die einzelnen Zulieferer den jeweiligen Tagesbedarf an Zündaggreagten, Kabelsystemen usw. liefern. Statt – sagen wir – den Monatsbedarf eines Bestandteils in einer Lieferung per Bahn zu verfrachten, muß der tägliche Verbrauch mit Hilfe eines Lieferwagens bereitgestellt werden. Es liegt auf der Hand, daß der tonangebende Produzent – also BMW – sich dabei einiges spart: Die Kosten für die Errichtung und das Betreiben der Lagerungsmöglichkeiten ebenso wie den Aufwand für die Einlagerung einer Vielzahl von Vormaterialien.

Waren bis vor gar nicht langer Zeit metallverarbeitende Betriebe oder zumindest ihre Mitarbeiter auf ihre große Fertigungstiefe stolz, so hat es sich unterdessen als äußerst unzeitgemäß herausgestellt, auf großbetrieblicher Ebene in Eigenregie mehr als unbedingt notwendig herzustellen. Als zweckmäßiger hat es sich vielmehr erweisen, die Herstellung aller nicht im unmittelbaren Kernbereich eines Produkts angesiedelten Teile an Produzenten zu vergeben, die die dafür erforderlichen Anlagen auch für andere Zwecke und Auftraggeber nutzen. Das führt zu Lösungen, die für alle Beteiligten bessere ökonomische Resultate ergeben.

Auch diesen „Zug der Zeit" illustriert das BMW-Motorenwerk per-

fekt: In ihm werden lediglich die unmittelbaren Motorenteile gefertigt; alle anderen Bestandteile wie Leitungen, Elektrik usw. kommen von außen, sind also zugekauft. Das bietet den Vorteil, daß die Anlagen für die Herstellung jedes Elements – durch die Zuarbeit auch für andere Auftraggeber – voll ausgenützt werden können und nicht bloß für den betriebseigenen Bedarf eingesetzt werden und damit unterausgelastet bleiben. Derartige Vorteile, die die Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Fertigern



Karkasse in einem Chicagoer Schlachthaus, um 1920

bietet, müssen in der Praxis dem Aufwand gegenübergestellt werden, den die jeweils zeitgerechte Lieferung der an verschiedenen Orten produzierten Güter erfordert.

Kapriolen des Transitverkehrs

Durchaus denkbare rationale Lösungen ohne zwangsläufig höheres Transportaufkommen stehen absurden Varianten mit einer enormen Steigerung des zwischenbetrieblichen und grenzüberschreitendenden Verkehrs gegenüber. Worum es dabei geht, ist in der Broschüre „EG-Transitterror" von Greenpeace zum Teil dokumentiert worden. Hier drei Kostproben:

1. „‚Prosciutto crudo, feinster Rohschinken aus Italien', steht auf dem Plastikbeutel. ‚Qualität seit 100 Jahren.' Da weiß man, was man hat! Oder doch nicht? Die Geschichte von der echt italienischen Schinkenspezialität fängt zum Beispiel in Belgien an: Dieses kleine Land exportierte allein 1989 381.700 Schweine zur Schlachtung nach Italien. Zweihundert Tiere aufs Mal, eingepfercht in zweistöckige Lastwagen, werden in unzähligen Fahrten in die Po-Ebene verfrachtet.

Am Beispiel der Firma Traveirne NV in Oostkamp sind dies bis zu 16 Lastwagen die Woche. Die Viehtransporter fahren dann meist leer zurück in den Norden. Viele können auf der Gotthardautobahn beobachtet werden.

In der Po-Ebene angelangt, mutieren die Schweine aus Belgien über Nacht zu den berühmten Parmaschweinen. Damit sie schnell Schlachtgewicht erreichen, müssen sie kräftig gemästet werden – unter anderem mit Milch. Davon gibt es für die Hunderttausenden von Schweinen in der Po-Ebene längst nicht mehr genug. Also muß auch die Milch herangeschafft werden.

(...) Die Brühe wird täglich mit bis zu vier Lastwagen (vom Agrosserta-Trockenmilchwerk in Hartberg) 200 Kilometer westwärts zur Molkerei Lienz gefahren. Sie gibt Wasser zum eingedickten Brei. Schließlich wird die ‚Milch' mit 20 bis 25 schweren Lastwagen pro Tag nach Casalbuttano in die Po-Ebene gefahren, wo sie einmal mehr getrocknet wird.

Jetzt endlich dürfen die Schweine ran. Nach deren Schlachtung wird ihr Fleisch zu ‚echt' italienischem Rohschinken getrocknet und nach Norden exportiert: 1990 waren es mehrere tausend Tonnen, die in Lastwagen nach Norden exportiert wurden. Der Schinken gelangt auch nach Belgien, wo sich der Rohschinken-Kreis wieder schließt. Aber auch hierzulande (gemeint ist in diesem Fall die Schweiz – L. H.) ist die Spezialität aus dem Süden beliebt: 470 Tonnen pro Jahr werden importiert, um mit Bergen von inländischem Rohschinken zu konkurrieren. Man nennt das ‚vielfältiges Angebot'." (Greenpeace, „EG-Transitterror", Zürich o. J. S. 12 f.)

2. „‚Das Kadett Cabrio macht Sie offen für die Schönheiten um Sie herum. Steigen Sie ein, lassen Sie den Wind Haut und Haare streicheln und genießen Sie die Möglichkeit, kein Dach über dem Kopf zu haben.' Das schreibt der Hersteller in seinem Katalog, obwohl der Wind, der dem Opel-Kadett-Fahrer um die Nase weht, auch nicht mehr der frischeste ist. Opel will sich den Handel mit ‚Oben-ohne-Autos' nicht entgehen lassen. Daß die Bandproduktion in Rüsselsheim bei Frankfurt nicht auf solche Sonderwünsche umzustellen ist, stellt für den deutschen Automulti (der zum US-amerikanischen General-Motors-Konzern gehört – L. H.) keinen Hinderungsgrund dar. Das Kadett Cabrio wird als ganz gewöhnliches Auto mit Blechdach gebaut. Für den Transport extra dick eingewachst, treten die Limousinen dann eine längere Reise in den Süden an. Zu acht werden sie auf dem Lastwagen über den Gotthard ins Billiglohnland Italien gefahren, über Mailand nach Grugliasco, einem Vorort von Turin. Dort wird das Blech weggeschweißt, das Stoffdach montiert – und aus der Limousine wird ein Cabrio.

Dann geht es auf der Straße per LKW wieder heimwärts – zurück ins Zentrallager nach Stuttgart. Bis sie vom freiluft-hungrigen Automobilisten in Empfang genommen werden, haben die rund 7000 Opel Cabriolets, die jedes Jahr gefertigt werden, zwei Alpentransversen hinter sich; das macht 2000 Kilometer mit entsprechendem Dieselverbrauch." (loc. cit., S. 6 f.)

3. „Das Unternehmen, das dem Trend der EG-Wirtschaft ‚Wachstum, Kostensenkung, höhere Produktivität und Rentabilität, internationale Arbeitsteilung' nicht folgt, wird auf die Dauer von der Bildfläche verschwinden. Diese Prophezeihung bescherte den Geschäftsleitern der solid schweizerischen Unterwäschefabrik Calida

so viel Zukunftsangst, daß sie loszogen, um sich im armen EG-Süden nach günstigen Nähfabriken umzusehen. In Amares, im Norden Portugals, wurden sie fündig und kauften sich günstig das marode Unternehmen Rigotextil. Die Lohnkosten im neuen Besitz sind traumhaft tief: Eine Näherin verdient etwa sechs Franken (rund 50 Schilling) pro Stunde. Im Geschäftsbericht 1989 hält die Geschäftsführung aufatmend fest: ‚Dieser Schritt stärkt unsere Marktstellung in Europa.'

Nun braucht die Näherin in Portugal aber auch Ware, um zu arbeiten. Einmal die Woche bringt der LKW fertig zugeschnittene Stoffteile aus der Schweiz 2000 Kilometer zu den billigen Arbeitskräften. Nur fürs Fertigen der Nähte. Qualitätskontrolle, Verpackung und vor allem Vermarktung werden dann wieder in der Schweiz gemacht, das heißt die Ware kommt wieder 2000 Kilometer zurück nach Sursee zum Hauptsitz. Schließlich ist Calida ein ‚Schweizer Qualitätsprodukt'.

Und die Bilanz der EG-konformen Arbeitsteilung: 1500 Liter verbrauchter Diesel = 68 kg Stickoxid, 1 kg krebserregender Ruß, 10 kg ozonbildende Kohlenwasserstoffe, alles fein verteilt entlang dem Transportweg. In der Calida-Kalkulation schlagen sich diese Faktoren nicht nieder. ... Müßte Calida auch die Umweltschäden, verursacht durch die unzähligen Lastwagenfahrten nach Portugal, bezahlen, würde die Firma ihre Nähte sofort wieder in der Schweiz schließen lassen. Pikantes Detail: Die EG unterstützt diese unsinnige Arbeitsteilung massiv. Die Calida-Manager rechnen damit, von der EG bis zur Hälfte ihrer Investitionen in Amares geschenkt zu erhalten." (loc. cit., S. 8 f.)

Diesen Beispielen ist zu entnehmen, daß die Entwicklung des Kapitalismus und seiner Produktivkräfte schon längst nicht nur an die Grenzen der Vernunft gestoßen ist, sondern sie zum Teil längst überschritten hat und ihre Existenzgrundlage untergräbt. Diese Tatsache materialisiert sich in den globalen Gefahren, die diese Produktionsweise für das Überleben der Menschheit darstellt. In diesem Rahmen hat das von der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die auch eine Art negativer Dialektik zwischen Arbeits- und Urlaubsregionen einschließt, verursachte Verkehrsaufkommen sich als schwere Belastung erwiesen. Die Grenzen des Erträglichen längst überschritten hat sie jedoch aufgrund der spezifischen Gegebenheiten in den Alpenregionen Frankreichs, der Schweiz und Österreichs. Der Druck der Bevölkerung in den besonders belasteten Regionen Westösterreichs und der Schweiz zur Lösung dieser Problematik hat die politischen Eliten veranlaßt, mehr oder weniger wirkungsvolle Schritte zur Eindämmung der Verkehrslawine zu setzen.

Die Tendenz zum Kampf gegen die übermäßige Transit- und Verkehrsbelastung leitet sich nicht bloß von den oben angeführten Kapriolen der Arbeitsteilung im EU-Maßstab ab. Es genügt der ganz normale „Wahnsinn" kapitalistischer Entwicklung, in deren Rahmen es schon längst keinen Vorteil ohne mindest ebenso großen Nachteil zu geben scheint. Darauf verweisen zwei „banale" Mechanismen der Produktion von Verkehrsaufkommen:

1. Der Ausbau von Transport- und Lagerkapazitäten einerseits und die Fortschritte bei Lagerhaltung und Kühlung oder Konservierung andererseits führen dazu, daß zumindest in allen Zentren des Europäischen Wirtschaftsraums immer mehr lokale und regionale Spezialitäten wie Käse, Schinken, Weine usw. usf. verfügbar sind. Daß diese Überfülle nicht nur eine Abstumpfung der Sinne, sondern durch das gesteigerte Verkehrsaufkommen auch eine Vernichtung der Umwelt nach sich zieht, kommt kaum jemand in den Sinn, der in einer Feinkostabteilung vorm überquellenden Angebot steht.

2. Ein weiterer Motor für die Steigerung der Verkehrsfrequenzen ist die negative Dialektik zwischen Zentralräumen und Randregionen. Die immer stärkere Konzentration der Arbeit im sekundären und tertiären Sektor auf ökonomische Kernzonen führt dazu, daß erstens immer mehr Menschen zum Arbeitsplatz pendeln, zweitens Rohstoffe, Halbfertigwaren und Vorprodukte aus Randregionen bzw. Niedriglohngebieten in die Zentralräume geschafft und drittens Fertigprodukte in die Randzonen transportiert werden.

Transitvertrag nutzlos?

Es braucht hier nicht eigens ausgeführt zu werden, welche Faktoren dazu beitragen, daß die negativen Begleiterscheinungen speziell des Straßenverkehrs in den Alpenregionen besonders wirksam werden. Allerdings ist es bezeichnend, daß die Maßnahmen zur Eindämmung der Verkehrsbelastung sich in schlechter fremdenfeindlicher Tradition in erster Linie gegen den sogenannten Transit richten, also den Durchzugsverkehr aus Drittländern in Drittländer. Anders als in der wegen der direkten Demokratie unter weit größerem Zugzwang stehende Schweiz haben die mit der Europäischen Gemeinschaft ausgehandelten und im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen in wesentlichen Punkten aufgegebenen Bestimmungen des Transitvertrags vor allem die Funktion der Augenauswischerei. Dies geht aus einem Bericht der, in dieser Frage ziemlich „unverdächtigen", Tageszeitung »Die Presse« hervor. (Der Zeitpunkt der Veröffentlichung läßt allerdings die Vermutung zu, das Blatt habe das Abkommen den ÖsterreicherInnen im Auftrag der Bundeswirtschaftskammer im Vorfeld der EU-Beitrittsverhandlungen madig machen wollen.) Wörtlich schrieb das Blatt unter dem Titel „Transitvertrag nutzlos?":

„Ein Lokalaugenschein der »Presse« am Brenner hat überraschende Ergebnisse gebracht: Die Transitvertrags-Verhandlungen in Brüssel sind ein Streit um des Kaisers Bart. Im Gegensatz zum offiziellen Jubel über ein Absinken der Transitbelastung steigt die LKW-Frequenz drastisch an. Nach Angaben des Zollamtsleiters wurden bei der Einreise nach Österreich im Dezeeber 1993 um 15 Prozent mehr beladene LKW registriert, im heurigen Jänner betrug die Zuwachsrate gar 20 Prozent.

Wie sich diese Steigerung auf die Umweltbelastung ausgewirkt hat, kann niemand sagen. Die Kontrolle der Abgaswerte erfolgt wegen des drastischen Personalmangels nur auf dem Papier. Außerdem ist die Ökopunkteberechnung, die auf den Durchfahrtszahlen des Jahres 1991 basiert, von völlig falschen, weil viel zu hohen Werten ausgegangen. Derzeit wird nicht einmal das gesamte Ökopunkte-Kontingent ausgenützt." (»Die Presse«, 12./13. Februar 1994, S. 1)

Vor diesem Hintergrund ist es jedoch ein Wunder, daß es der österreichischen Delegation in der Endphase der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union nicht gelungen ist, die Aufrechterhaltung des Transitvertrags in allen Punkten durchzusetzen. Anders als in der in dieser Frage weit

radikaleren Schweiz, wo schon jetzt ein totales Nachtfahrverbot und ein Gewichtlimit von 28 Tonnen für LKW herrscht und der Transit per 2004 zur Gänze auf die Schiene verbannt wird, verfügt Österreich transitvertragsmäßig über einen Emmentaler. Das Vertragswerk garantiert keineswegs, wie es der Laie erwartet, eine sofortige Reduktion des Verkehrsaufkommens, sondern lediglich – und das nur nach der Papierform – dessen „Ökologisierung" durch geringere Lärm- und Schadstoffbelastung.

»Die Presse« erklärt sich den Tatbestand, daß „von einer Verringerung des LKW-Verkehrs aufgrund des Transitvertrags keine Rede sein kann", folgendermaßen: „Und Reiter glaubt auch den Grund für diese Entwicklung zu kennen: ‚Die Werte, von denen man bei der Berechnung der Ökopunkte ausgegangen ist, sind einfach falsch. Grundlage sind eine Million LKW-Fahrten aus dem Jahre 1991. Weil man nicht wußte, wieviele dieser LKW schon schadstoffarm unterwegs waren, hat man einfach den schlechtestmöglichen Fall angenommen und einen Abgaswert von 15,9 Gramm pro Kilowattstunde für einen LKW angenommen. Ergibt in Summe aufgerundet 16 Millionen Öko-Punkte. Dieser Wert war jedoch schon 1991 weit von der Realität entfernt.'

Reiter: ‚Schon damals gab es eine Menge von LKW mit Schadstoffwerten um 10.' Deshalb seien alle Jubelmeldungen, die über die Senkung der Schadstoffbelastung verbreitet worden sind, Makulatur. Gehen sie doch von einer völlig falschen Grundlage aus.

Und Reiters Stellvertreter Franz Winkler sekundiert: ‚Wenn beispielsweise der italienische Großspediteur Arcese für 500 seiner LKW Ökopunkte auf der Basis von 1991 bekommt, kann er heute damit fast doppelt soviel Fernlaster auf die Reise durch Österreich schicken.' Ganz abgesehen davon, daß sich die Kontrolle der Ökopunkte auf Dokumente beschränkt." (»Die Presse«, 12./13. Februar 1994, Seite 3)

Zur Kontrollfrage führt das Blatt weiter aus: „Und so müssen sich die Grenzbeamten an den Schaltern darauf verlassen, daß die Angaben auf den Dokumenten stimmen. Es wären aber auch die notwendigen Instrumente für eine Kontrolle gar nicht vorhanden. Nicht einmal der Bundesprüfzug mißt die Abgase der LKW. Dessen Techniker konzentrieren sich auf die Jagd nach ‚Rostlauben', wenn sie gelegentlich vorbeikommen."

Insofern ist folgende Beobachtung der »Presse« kein Wunder: „Trotz des bürokratischen Mehraufwandes erfreut sich der Brenner bei den LKW-Fahrern stets steigender Beliebtheit. So mancher nimmt mehrere hundert Kilometer Umweg in Kauf, um sich den Brenner zu ‚gönnen'. Abfertigungsleiter Manfred Eder weiß aus Gesprächen mit den Fahrern: ‚Obwohl Frankreich ein EG-Land ist, kommt die Durchfahrt dort viel teurer als bei uns. Und an den französischen Grenzen müssen die Fahrer stundenlang warten. Bei uns kommt so etwas kaum vor.' EG-LKW umfahren also trotz gültigem Transitvertrag ein EG-Land und ‚beglücken' Österreich."

Kamel und Nadelöhr

Das biblische Bild von Kamel und Nadelöhr paßt ausgezeichnet zur Beschreibung des Dilemmas, in dem Österreich transitmäßig steckt. Bekanntlich darf man unter Nadelöhr in dem biblischen Gleichnis keineswegs die Fadenöse einer Nadel verstehen; vielmehr ist damit eine Art „Hintertürl" gemeint, durch das verspätete Reisende nach Schließung der Stadttore in antike kleinasiatische Städte eingelassen wurden. Ein Nadelöhr dieser Prägung war also für Menschen und nicht für Lasttiere gedacht, weshalb Kamele diesen Noteingang nur liegend und unter gewaltigem Gezerre passieren konnten. Was nun den Straßengütertransport betrifft, so befindet Österreich sich langsam aber sicher in einer Lage, wo das sprichwörtliche Kamel im Nadelöhr steckengeblieben ist. Das Vieh läßt sich weder vorwärts noch rückwärts bewegen. Zur enormen Steigerung des Verkehrsaufkommens durch die Bildung des Binnenmarkts kommen zwei weitere Faktoren, die eine zusätzliche Zuspitzung der Lage aus österreichischer Sicht bewirken:

Erstens werden die Möglichkeiten Österreichs sich gegen den EG- bzw. EU-dominierten Transit zu wehren durch die Bemühungen der Bundesregierung zum Beitritt in die Europäische Union weiter geschmälert.

Zweitens bilden die ehemaligen sozialistischen Staaten mittlerweile eine Niedriglohnregion unmittelbar vor der Haustür der westeuropäischen Wachstumszentren und Entwicklungsachsen. Eine dieser Zonen erstreckt sich von Stuttgart und München bis nach Mailand. Wie es der Zufall will, wird die Arbeitsteilung und der dadurch verursachte zusätzliche Transitverkehr zwischen diesen beiden Bereichen verkehrsmäßig über Österreich abgewickelt und entprechende zusätzliche Belastungen mit sich bringen.

Bedrohlich sind derartige Perspektiven deshalb, weil die Europäische Union noch weit davon entfernt ist, die in der Schweiz und Österreich längst selbstverständliche Sensibilität für die spezifische Verkehrsproblematik der Alpenregionen aufzubringen. In Brüssel dominiert nach wie vor die Vorstellung, sämtliche Verkehrsprobleme mittels Straße lösen zu können. Daher denkt auch niemand in der EU-Spitze ernsthaft an massive Investitionen in Alternativen – beispielsweise um die Bahn konkurrenzfähig zu machen. Statt dessen basteln Konzerne wie Mercedes oder MAN an Verkehrsleitsystemen, um dringend benötigte Güter rasch durch verstopfte Euro-Transversalen schleusen zu können.

»profil« resümierte in diesem Zusammenhang und bezogen auf derartige Leitsysteme nüchtern: „Das ist die einzige Art von Maßnahmen zur Steigerung der Transporteffizienz, die im Zeitalter nahender Totalverstopfung noch partielle Entlastung bringt. Die Konzerne würden nicht Milliarden und Abermilliarden dafür aufwenden, solche Systeme für die Straße zu erfinden, wenn dieser Zustand nicht bevorstünde. In der Bahntechnik sind derartige Systeme zum Teil längst vorhanden, bloß ist die Bahn im Wettbewerb viel zu teuer, und die Staaten investieren nur einen Bruchteil des Notwendigen, um sie konkurrenzfähiger zu machen. ‚Es ist ein Aberwitz', sagte der deutsche Verkehrsminister auf der vorwöchigen Pressekonferenz, ‚daß die EU noch nicht einmal einen gemeinsamen Schienennetzplan zusammengebracht hat.'" (»profil«, Nummer 7/14. Ferbruar 1994, Seite 14)

Von diesem verkehrspolitischen Umfeld werden in Fall eines EU-Beitritts die Möglichkeiten Österreichs abhängen, längst fällige Maßnahmen zur Eindämmung des gesamten Straßenverkehrs auf seinem Hoheitsgebiet zu ergreifen. Eine Perspektive, die einem ein gequältes „Na, servus G'schäft!" abnötigt. ■

Lutz HOLZINGER ist Journalist.

Durch EU-Beitritt ins wirtschaftspolitische Paradies?

Politische Gestaltung statt Unterordnung!

Josef SCHILLER

In der Diskussion um einen möglichen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union dominieren zur Zeit, kurz vor der Volksabstimmung, Themen wie Transit, Landwirtschaft und Neutralität. Indem der eigentliche Brennpunkt des EU-Beitritts, nämlich die unmittelbaren ökonomischen Vor- und Nachteile, von vielen EU-Kritikern wenig bis gar nicht diskutiert werden, scheint man in diesem Punkt den Euphorikern das Feld zu überlassen.

Die vielzitierten ökonomischen Vorteile liegen jedoch alles andere als auf der Hand.

Dreißig- bis fünfzigtausend neue Arbeitsplätze würden in Folge eines Beitritts Österreichs zur EU neu entstehen, schier paradiesische Zustände werden den ÖsterreicherInnen prognostiziert. Ökonomischer Stillstand und geistige Verengung heißt die Alternative. Abgesehen davon, daß ernstzunehmende ÖkonomInnen Prognosen in dieser Dimension als äußerst zweifelhaft und unseriös bezeichnen, herrscht nicht einmal unter den ExpertInnen des WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut) Einigkeit über die allerorts zu hörende Grundthese vom Beschäftigungseffekt des Beitritts. Um eine solche, gegen den Mainstream der politisch herrschenden Meinung liegende Ansicht zu finden, muß man jedoch schon tief in den gleichgeschalteten Blätterwald hineinschauen.[1] Obwohl die Gegenargumente auf der Hand liegen und plausibel argumentiert werden, trommelt die großkoalitionäre Propagandamaschinerie diese höchst zweifelhaften ökonomischen Annahmen weiter in die Öffentlichkeit. Daß der "Hurrah-Optimismus" in Sachen EU bei der AK und dem ÖGB fast noch einfältiger propagiert wird als beim anderen Teil der Sozialpartner, tut besonders weh. Aber erinnern wir uns: Schon in den achtziger Jahren wurden uns die wunderbaren Effekte der Herausbildung des Binnenmarktes auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Checcinibericht als ideologische Untermauerung der EG-Integration verkauft. Aber wo sind sie geblieben, diese Effekte? Im Jahr zwei nach dem Binnenmarkt ist Europa mit der größten Wirtschafts- und Beschäftigungskrise seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert.

Die Kosten des Beitritts

Zweifellos werden im Falle eines Nichtbeitritts zur EU wesentliche Bereiche der österreichischen Wirtschaft, besonders die schon jetzt stark auf den westeuropäischen Wirtschaftsraum ausgerichteten, in Schwierigkeiten geraten. Die einseitig auf die EG ausgerichtete Außenhandelspolitik Österreichs kann man leider nicht über Nacht korrigieren. Eine Politik, die ernst genommen werden will, muß für die in diesen Branchen Beschäftigten realistische Auswege aufzeigen. Eine wesentliche Argumentationslinie muß meiner Ansicht nach über den durch einen Nichtbeitritt größeren Handlungsspielraum einer nationalen Wirtschaftspolitik führen. Insbesondere die Auswirkungen des EU-Beitritts auf das Budget zeigen, wie sehr der Spielraum eingeschränkt werden wird. Bekanntlich wird Österreich in der EU Nettozahler sein, es zahlt also mehr in die EU-Kassen ein, als es wieder herausbekommt. Formal hat die EU zwar nicht vor, die Steuersysteme zu harmonisieren, dennoch wird es aus Wettbewerbsgründen zu einer weitgehenden Angleichung kommen. Bei der Umsatzsteuer wird Österreich den Steuersatz um wahrscheinlich zwei Prozent absenken. Das allein kostete dem Staat an die zwanzig Milliarden Schilling. Aus der Sicht der Konsumenten ist zwar eine niedrigere Mehrwertsteuer zu begrüßen, es ist aber kaum zu erwarten, daß die Absenkung auf die Preise weitergegegeben wird. Einige Steuerbegünstigungen werden in der EU nicht mehr möglich sein. So wird die Sozialversicherung durch den Verlust des Vorsteuerabzugs allein etwa acht Milliarden Schilling verlieren. Ausgeglichen muß dieser Entfall durch das Budget werden. Den Bauern wurden Ausgleichszahlungen versprochen, auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie meldet Bedarf an öffentlicher Unterstützung an. Die Gesamthöhe Mehrbelastung des Budgets, die sich durch den EU-Beitritt ergeben ist schwer zu schätzen. Auf jeden Fall erreicht sie eine Größenordnung, die für eine Konzeption einer alternativen wirtschaftlichen Orientierung zweifellos interessant ist. In diesem Zusammenhang muß auch bedacht werden, daß die Konvergenzkriterien der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion den Spielraum einer nationalen Fiskal- und Geldpolitik rigide einschränken. Weitere Budgetsanierung bleibt für die Erfüllung der Kriterien eine unabdingbare Voraussetzung. Und das ganze Szenario spielt sich in einer Situation ab, wo der Staatshaushalt durch die hohe Arbeitslosigkeit und die Überalterung der Bevölkerung ohnehin unter großem Druck steht. Da es schon jetzt als sicher gilt, daß es im Bereich der Unternehmenssteuern eher zu weiteren Entlastungen kommen wird (Lacina spricht von einer Steuerpolitik als Standortpolitik), ist abzusehen, wer die finanziellen Folgen des Beitritts zur EU zahlen wird, nämlich die große Masse der unselbständig Beschäftigten. So präsentiert sich diese Integration als riesengroße Umverteilungsaktion in Richtung Kapital, auf Kosten der Sozialpolitik. Daß ein Einkommensentfall für die unteren

Österreichische Maschine zur Verarbeitung von Wolle

Schichten sich äußerst negativ auf die Konjunktur auswirkt, wird sich die Wirtschaftskrise weiter verschärfen.

EU-Befürworter werden die positiven Effekte der Integration entgegenhalten. Wirtschaftswachstum und höhere Beschäftigung würde wieder mehr Steuereinnahmen bringen und die Kosten des Beitritts bei weitem aufwiegen. Wo wir aber wieder bei der Seriosität der Prognosen wären. Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen große Skepsis angebracht erscheinen. Vor allem können die Prognosen in keiner Weise die politische Instabilität der Strukturen berücksichtigen, die sehr massiv und fundamental auf die ökonomischen Grundlagen einwirken.

Den nationalen Spielraum für politische Gestaltung erhalten

Wirtschaft ist heutzutage international organisiert, gegen eine Kooperation und internationale Zusammenarbeit kann aus fortschrittlicher Position nichts eingewendet werden. Es ist aber ein Unterschied, ob man sich einem politischen Herrschaftsapparat, in dem allein die großen transnationalen Konzerne bestimmen, wo es langgeht, total ausliefert, oder ob man die noch vorhandenen Spielräume für alternative Ansätze nützt. Die durch einen Nichtbeitritt ersparten Milliardenbeträge könnten für eine Förderung zukunftsträchtiger Wirtschaftssektoren verwendet werden. Die Gelder für Forschung und Entwicklung könnten in Richtung Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Produktion investiert werden. Für eine wirklich aktive Arbeitsmarktpolitik stünden mehr Mittel zur Verfügung.

Ein größerer währungspolitischer Spielraum würde auch den Weg für eine Abwertung frei lassen. Einkommens- und Sozialpolitik gerieten dadurch weniger unter Druck. Österreich könnte dem mörderischen Standortwettbewerb durch "Sozialdumping"[2] eher entgehen. Die Landwirtschaft könnte, anstatt das EU-Agrarsystem aufgezwungen zu bekommen, in Richtung schonenden und ökologischen Landbau umgewandelt werden. Es soll jetzt nicht die Illusion erweckt werden, Österreich könne sozusagen als "Insel der Seligen" in einem von Krise und Arbeitslosigkeit betroffenen Europa existieren. Die entscheidende Frage ist jedoch: ordnet man sich bedingungslos den politökonomischen Zwängen der Europäischen Union aus, oder versucht man in Ansätzen so etwas wie eine politische Gestaltungskraft zurückzugewinnen. Für die verantwortlichen Politiker ist es freilich leichter, die Verantwortung für Sozialabbau und Arbeitslosigkeit übergeordneten Sachzwängen und Institutionen zuzuschieben, als selbst Phantasie und Gestaltungskraft zu entwicklen.

Zweifellos bleibt das Problem bestehen, wie politische und wirtschaftliche Regulation auf transnationaler Ebene funktionieren kann. Die Internationalisierung der Wirtschaft lassen solche Regulierungszusammenhänge notwendig erscheinen. Da jedoch die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für eine Regulierung, insbesondere in Richtung Ökologisierung und Sozialisierung, auf überstaatlicher Ebene praktisch nicht vorhanden sind, bleibt der nationale Rahmen die wichtigste Ebene für solche Ansätze. Ich bin davon überzeugt, daß positive, kreative Impulse eines Nicht-EU-Staates mehr zur Veränderung des herrschenden Integrationszusammenhanges beitragen werden, als eine inferiore Mitbestimmungsrolle in den Institutionen einer EU, die sich ohnehin in einer schweren Legitimationskrise befindet. Der Aufbau neuer, alternativer Integrationsszenarien bleibt die entscheidende Aufgabe. Um das von der Bundesregierung gezeichnete Bild zu bemühen: Anstatt in einem Zug mitzufahren, der von vom freien Markt besoffenen Führern schnurgerade einem Abgrund zugesteuert wird, gilt es die Notbremse zu ziehen, auszusteigen und nach alternativen Streckenführungen, die Zukunft haben, zu suchen. ■

Josef SCHILLER ist freier Journalist.

Anmerkungen

1 Norbert Roszenich: Tendenz: Arbeitsplatzvernichtend, »Standard« 10. 3. 1994

2 Vgl. Gerda Falkner: „Sozialdumping" im EG-Binnenmarkt – Betrachtungen aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: »Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft« 22/1993

Bildungsbankrott unter dem Lodenmäntelchen der Autonomie?

Elisabeth HOLZINGER
und Michael SERTL

Frei war die Marktwirtschft nie. Auf inner- wie zwischenbetrieblicher Ebene wie auf der Ebene der politischen Rahmenbedingungen schränkten Planungs- und Regulierungsmechanismen aller Art die Freiheit des ökonomischen Handelns ein. „Märkte brauchen die politische Regulation, ohne die sie nur destruktiv und katastrophisch wirken würden. Märkte sind Modi der Vergesellschaftung nur in Verbindung mit einem komplexen System von sozialen Institutionen." [1]

Im Eigeninteresse, um das Funktionieren langfristig und ressourcenerhaltend zu sichern, wurden Bereiche wie Gesundheit oder Bildung aus der Ware-Geld-Beziehung herausgenommen, Ausgleichsmechanismen für Schwächere geschaffen und Schutzzonen eingezogen. Der „ideelle Gesamtkapitalist" Staat mußte auch Sozialstaat sein, die Marktwirtschaft auch eine soziale. Welche Schutzzonen es gibt, wer hineinkommt oder herausfällt, nach welchen Regeln Ansprüche erworben werden, wer wieviel kriegt, steht aber immer zur Disposition. Zwischen Thatcherismus und schwedischem Modell ist eben ein großer Unterschied. Man kann, will und muß sich einmal mehr und einmal weniger für sozialen Ausgleich leisten.

Aus sozialer Sicht ist der Ruf nach Freiheit in einer Gesellschaft, die im Prinzip auf dem Recht des Stärkeren aufgebaut ist, immer mit Vorsicht zu genießen. Rufen die „Starken", weil sie nicht mehr zahlen wollen, oder die „Schwachen", weil sie genug Gängelung haben? Ist der Zeitpunkt gekommen, wo nichts mehr geht? Die Etiketten „Selbst", „Autonomie" oder „regionseigene Kräfte" müssen zuerst einmal den Verdacht erregen, daß was ganz anderes drin ist als draufsteht. Die „guten" Selbst-Varianten Selbsterkenntnis, Selbstbewußtsein, Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Selbständigkeit haben immer auch eine „schlechte" Seite – Selbstfinanzierung.

Beispiel Regionalpolitik
Der Abschied von den großen Worten

Angesichts anhaltender Probleme, die durch die traditionelle Regionalpolitik und ihrer Instrumente Betriebsansiedelung und anlagebezogene Infrastrukturversorgung (technische Einrichtungen wie Verkehrsanlagen, Energie- und Wasserversorgung) nicht beseitigt werden konnten, erfolgte seit Anfang der achtziger Jahre eine Umorientierung in Richtung Aktivierung regionaler Ressourcen und „offensive Bestandssicherung". Für entwicklungsschwache Agrargebiete und strukturschwache ländliche industrialisierte Gebiete kam die Strategie der eigenständigen Regionalentwicklung zum Einsatz, die Strategie der endogenen Erneuerung ergänzte auch die Politik in strukturschwachen Industriegebieten und die innovationsorientierte Regionalpolitik gilt als Entwicklungsvoraussetzung für alle Problemgebietstypen.

Hand in Hand damit geht eine Umorientierung des Mitteleinsatzes von der Sachkapital- zur „Humankapital"-Förderung und der Einsatz neuer Instrumente. Betreuung und Beratung, Informationsdiffusion und Qualifikation der Arbeitskräfte wie Unternehmer stehen im Vordergrund.

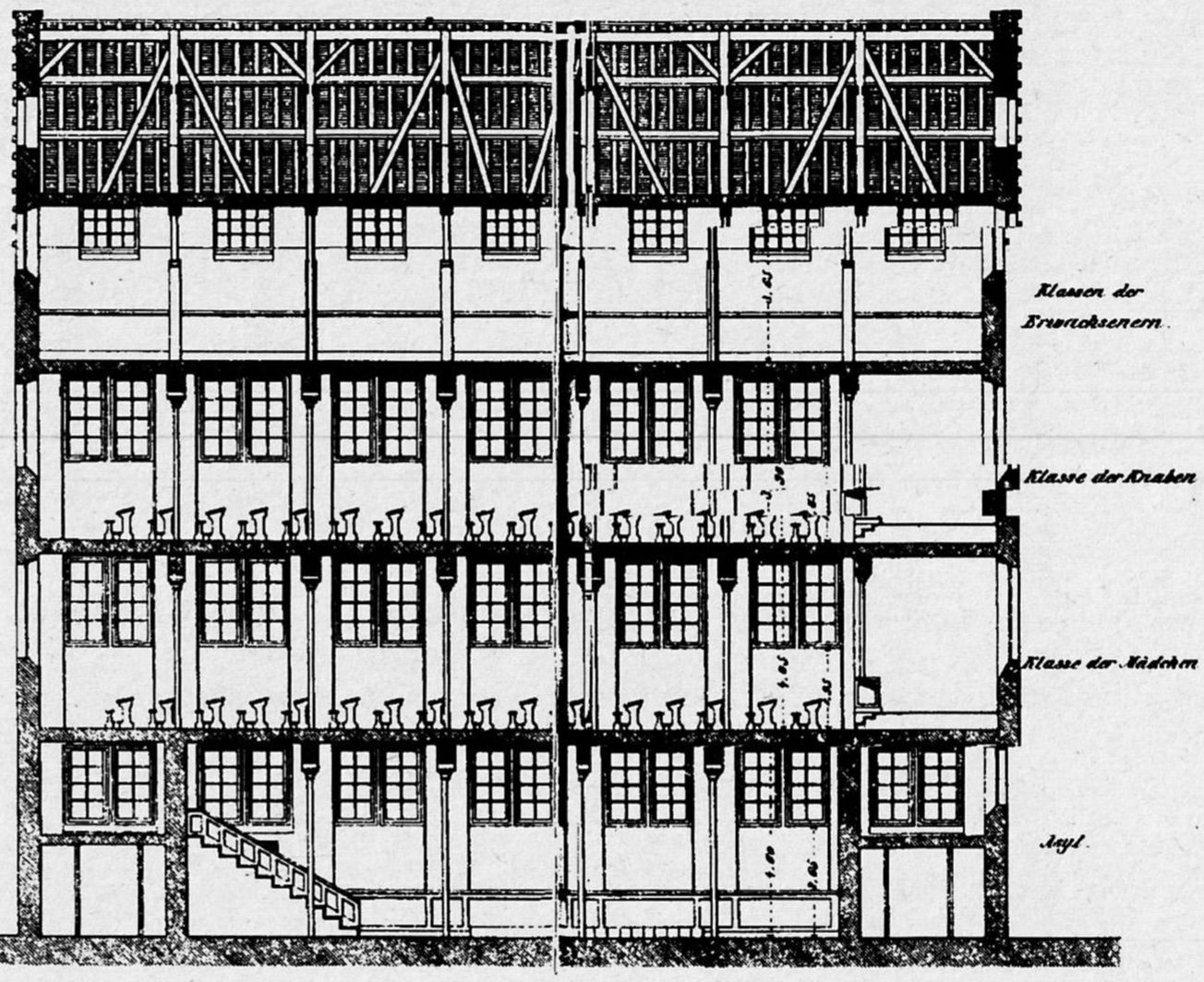
Diese Schwerpunktverlagerung signalisiert einen eindeutigen Schwenk von exogenen zu endogenen Strategien: Mobilisierung von regionseigenen Kräften. Lobenswerter Realismus oder Kapitulation? Eine Strategie, die auf die eigenen Kräfte verweist, braucht auch die „regionale Identität", wodurch sich die Frage erhebt, ob nicht auch das „Mia-sein-mia"-Gefühl die Unfähigkeit zu sozialem Ausgleich folkloristisch überdecken soll. Darüber hinaus bergen „regionalistische Betonungen" die Gefahr der Überschätzung, ja Verabsolutierung regionaler Grenzen als Zäsuren in der modernen Industriegesellschaft.[2] Andererseits schließt die Abkehr von außengesteuerten Entwicklungsimpulsen die Erkenntnis ein, daß die bisher eingesetzten Instrumente relativ unwirksam und so hehre Ziele, wie die Beseitigung regionaler Ungleichheit, nur in Ansätzen erreichbar sind. Der Problemdruck, der ausschlaggebend für die Kreation neuer Ziele und Strategien war, wird sich verschärfen. Die regionale Wirtschaft in den neunziger Jahren wird geprägt sein von der schrittweisen Realisierung des Binnenmarktes, der Umwälzung – mit offenem Ausgang – in den osteuropäischen Ländern, der Liberalisierung der Agrarmärkte und einer enormen Ressourcenverknappung. Es ist damit zu rechnen, daß sich traditionelle regionalwirtschaftliche Problemmuster (Ost-West-Gefälle, Zentrum-Peripherie-Gefälle) eher verschärfen werden. Regionalwirtschaftliche Zielsetzungen beschränken sich nunmehr angesichts der komplexen Probleme und der Verminderung der Steuerungsmöglichkeiten auf die „tendenzielle Verbesserung des Ist-Zustands" durch „offensive Bestandssicherung". Ziel ist nunmehr die Sicherung von „Mindeststandards".

Beispiel Bildungspolitik
Schulautonomie als Anstatt-Reform?

Auch in der Bildungspolitik ist die Kluft zwischen hehren Zielen und rauher Wirklichkeit offensichtlich. Eingewickelt in das „Wahre, Gute und Schöne" ging nichts wirklich weiter. Im „Bericht zur Lage der Jugend" wurde das Bildungssystem zuletzt wieder hart beurteilt: unreformierbar. Die Tatsache, daß das Bildungsniveau aufgrund der erhöhten Bildungsbeteiligung breiter Schichten der Bevölkerung stark gestiegen ist, kann nicht darüber hinwegtrö-

sten, daß viele wichtige Fragen seit Jahren offen sind. Ist das der Grund, warum das Thema Autonomie mit seinen Varianten Privatisierung, Schulmarketing, Dezentralisierung, Entbürokratisierung die schulpolitische Diskussion so stark bestimmt?

Minister Scholten bzw. seine Berater haben es sehr gut verstanden, dieses Thema sozusagen zum Angelpunkt allfälliger, dringend nötiger Veränderungen im österreichischen Schulwesen, egal, ob man dabei an



Asyl, Schule der jungen Mädchen, Knaben und der Erwachsenen. Aus: T. Vacquer, A. W. Hertel, Entwürfe von Schulhäusern für Stadt und Land, Weimar 1863. Eine Schularchitektur, die vollständig auf den Frontalunterricht abgestellt ist. Auffällig ist besonders noch die Anlage der Fenster, die erst 1,90 Meter über dem Fußboden in die Wand eingelassen sind. Besser noch als Milchglasscheiben verhindert diese Einrichtung, daß der Blick eines Schülers einmal nach draußen abgelenkt wird.

die immer größer werdende Misere in den „ausgezehrten" Stadt-Hauptschulen denkt oder an die bürokratische Gängelung, die jene LehrerInnengeneration, die die Schulreform der siebziger Jahre (mit)getragen hat und heute den Kern der LehrerInnenschaft ausmacht, sich einfach nicht mehr gefallen lassen will.

Ein kurzer Blick zeigt deutlich, daß mit dem Thema Autonomie eine bis dato neue markt- und betriebswirtschaftliche Orientierung in die Bildungsdiskussion Einzug gehalten hat.

Konkreten Ausdruck fand diese neue Orientierung zuerst in Papieren der ÖVP, beispielsweise in einem programmatischen Papier „Autonome Schule" im Rahmen der Aktion 2000 vom Juni 1988. Darin wurde einer strikten Kunden- und Wettbewerbsorientierung „Profilbildung", weiters wurden Subjektförderung (z. B. durch Bildungsgutscheine) und Leistungsorientierung gefordert. Dabei beherrschten damals noch ganz andere Probleme die bildungspolitische Auseinandersetzung: Sparmaßnahmen, LehrerInnenarbeitslosigkeit, „Hauptschulkrise"; damals lief gerade ein Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahlen, und um den Ausbau der Nachmittagsbetreuung wurde gekämpft. Größtenteils erfolglos, wie wir heute wissen. Daß die ÖVP mit ihrem neuen Zauberwort Erfolg hatte, beweist das Regierungsabkommen vom Dezember 1990, wo die Autonomie-Forderung einen prominenten Platz im Kapitel Unterricht einnimmt.

Natürlich greift die Autonomie-Diskussion reale Probleme auf:

1. Die Schule ist „verparteipolitisiert": Bildungspolitische Grundsatzentscheidungen sind, gemäß Verfassung durch die Zweidrittel-Hürde im Parlament, praktisch an den Proporz der beiden Großparteien gebunden. Dieser Proporz wird auch auf Länderebene in Form der Kollegien der Landesschulräte, die im Verhältnis der Landtagswahlen besetzt werden, fortgesetzt.

2. Nicht nur den LehrerInnen ist die bürokratische Gängelung, die hohe Regelungsdichte ein pädagogisches Ärgernis. SchülerInnen, Eltern und besonders LeiterInnen haben in letzter Zeit auf geradezu abstruse Formen der Überbürokratisierung hingewiesen. Als typisches Beispiel sei das allgemeine Verbot des Ruderbootfahrens bei Wandertagen usw. genannt, das von der Behörde ausgesprochen wurde, nachdem „irgendwann, irgendwo" ein Unfall passiert war. Die dahinter stehende Administrationsstrategie, für alles und jedes eine allgemeingültige Regelung zu schaffen, ist offensichtlich an Grenzen gestoßen. Diverse Formulare und kleinliche Meldungen (Wandertage, Exkursionen usw.) wurden und werden neu überdacht. Daß es dabei nicht nur um Rücknahme allzu rigider Verwaltungsjuristik geht, sondern auch um Macht, Einfluß, Privilegien, beweist das folgende Beispiel, übrigens eine Anregung der überparteilichen Arbeitsgruppe „Autonome Schule": Ab dem Schuljahr 1990/91 haben auch die DirektorInnen der Wiener Pflichtschulen einen Schlüssel ihrer Schule; ein Privileg, das bisher nur den Schulwarten zugestanden ist.

Außerdem spielen aber Überlegungen, die eindeutig dem neokonservativen bzw. neoliberalen Braintrust entstammen, eine große Rolle. Die Apologeten der schulischen Autonomie, die oft den radikal-liberalen Wirtschaftstheoretiker und Nobelpreisträger F. A. Hayek zitieren, malen ein Bild von Schule als Betrieb, der nicht effizient genug arbeitet. Hier soll mit „Schulmanagement" im Rahmen kleiner dezentraler Einheiten für mehr Effizienz und ein höheres Maß an Flexibilität gesorgt werden. Eckpfeiler dieser „Schulma-nagementstrategie" ist der Leiter/die Leiterin der einzelnen Schule.

Diese Bestrebungen sind gleichzeitig Teil einer Politik, die den gesamten Staat, und damit auch das Bildungswesen, als ineffizient und zu teuer einstufen. Neben ineffizienten Verwaltungsmethoden gerät die Funktion des Staatsbeamten als solche bzw. die Pragmatisierung ins Schußfeld der Kritik. Zentrales Anliegen der vorgeschlagenen Modelle zur „Verwaltungsreform" ist die Einsparung, Leitspruch ist: „Mehr Effizienz mit weniger Geld."

Pädagogische Marktwirtschaft

Wettbewerbsorientierung auf die Schule übertragen heißt in der Sprache des Schulmanagements „Profilbildung" oder noch radikaler ausgedrückt „pädagogische Marktwirtschaft". Das heißt, die einzelne Schule tritt mit den anderen vergleichbaren Schulstandorten in Konkurrenz um die Schülerjahrgänge. Durch Erarbeitung und Vermarktung eines spezifischen, von den anderen unterscheidbaren „Schulprofils" soll die einzelne Schule sich ein entsprechendes Segment des Schülerjahrgangs erkämpfen.

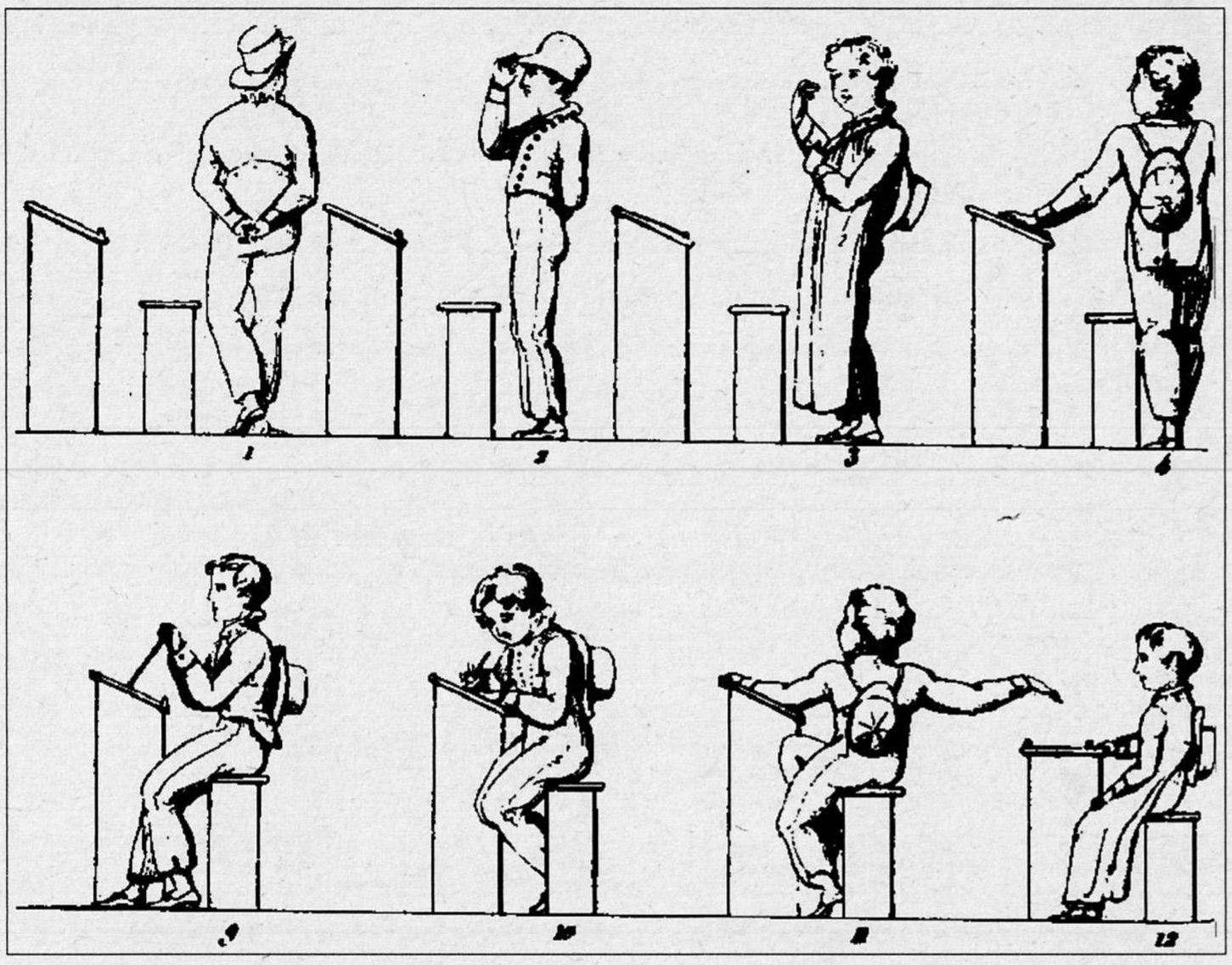
Voraussetzung für die pädagogische Marktwirtschaft ist die konsequente Subjektförderung in Form von Schulschecks oder Bildungsgutscheinen, die jede/n einzelne/n SchülerIn bzw. die Eltern in die Lage versetzen, die darin enthaltenen Steuergelder einer Schule ihrer Wahl zur Verfügung zu stellen. Es soll zu einer Gleichstellung von privaten und öffentlichen Schulen kommen.

Bildung ist nicht mehr „Bürgerrecht", sie wird zum „Konsumgut". Die Schule wird zum Dienstleistungsbetrieb. Darin gibt es eine/n geschäftsführende/n DirektorIn mit pädagogischen MitarbeiterInnen, über die eine Art Aufsichtsrat, bestehend aus Eltern und möglicherweise auch Repräsentanten von (lokaler) Wirtschaft, Kultur und Politik, die Kontrolle ausübt. Natürlich gelten auch für DirektorInnen neue Bestellungsmodi. Idealmodell ist die „Bestellung durch den Aufsichtsrat" mit verlängerbarem Zeitvertrag. Der Staat zieht sich aus der konkreten pädagogischen Administration vollkommen zurück und beschränkt sich auf die Vorgabe von gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit von Abschlüssen und Übergängen. Diese Funktion wird durch externe Prüfungen (Evaluationen) sichergestellt.

Das zentrale Mittel zur Verwirklichung des „Schulprofils" ist die Motivation und konkrete Tätigkeit der LehrerInnen. Um ein bestimmtes pädagogisches Profil durchsetzen zu können, müssen den geschäftsführenden DirektorInnen auch die klassischen Methoden des Managements eingeräumt werden, also das „hire und fire", das Entlassen von ungeeigneten Arbeitskräften und die Anwerbung von besonders geeigneten LehrerInnen durch überdurchschnittliche Entlohnung. Ein Splitting des Gehalts in Basislohn und besondere Leistungsprämien gehört ebenfalls dazu.

Nichts wird so heiß gegessen wie gekocht. Die unterschiedlichen Interessen und Widersprüche, die die ÖVP als Partei zu zerreißen drohen, lassen diesem Autonomie-Konzept, zumindest für die nächsten Jahre, keine Chance auf Verwirklichung. Zum Beispiel kollidiert die zentrale Forderung, daß sich die LeiterInnen bzw. „die Schule" ihre LehrerInnen selbst aussuchen können muß, heftigst mit der derzeitigen Praxis der Anstellung durch den Bund bzw. durch die Länder. Pragmatisierung bzw. „schulfeste Stellen" dokumentieren das genaue Gegenteil der hier geforderten Mobilität und Leistungsorientierung. Als Kompromiß wird teilweise die Beibehaltung der Pragmatisierung auf einem möglichst niedrig anzusiedelnden Grundlohnniveau diskutiert, während die Bereitschaft zu Mobilität (=Schulwechsel) und Engagement durch entsprechend hoch zu dotierende Zeitverträge abgegolten werden soll.

Konkret sieht die 14. SchOG-Novelle vor, daß 20 Prozent des Angebots in einzelnen Fächern autonomer gestaltet werden können. In Summe dürfen die autonom gestalteten Fächer allerdings an Hauptschulen 16 Stunden und an AHS-Unterstufen 8 Stunden nicht übersteigen. Diese Spielräume können für Schwerpunktbildungen (z. B. Informatik), neue Fächer und ähnliches genützt werden. Natürlich nur unter gewissen Bedingungen: Die Bildungsaufgabe der betreffenden Schulart bzw. der Fächer muß erfüllt werden; die Gesamtzahl der Stunden für die SchülerInnen muß gleich bleiben. Entscheiden über diese autonomen Sonderformen tut das Schulforum bzw. der Schulgemeinschaftsausschuß.



Stellungen Nr. 1 bis 15, die die Schüler in einer nach Bell und Lancaster organisierten Schule des „wechselseitigen Unterrichts" auf Kommandos oder Zeichen hin einnehmen mußten.

Mit diesen Möglichkeiten ist Minister Scholten zweifellos für einige allzu behäbige Lehrkörper unbequem geworden. Sie müssen sich jetzt rechtfertigen, daß sie eigentlich keine Absicht haben, irgendetwas zu ändern. Manchen KritikerInnen, die sich bisher auf (real existierende) bürokratische Hindernisse und Schwerfälligkeiten berufen haben, nimmt er ein bißchen den Wind aus den Segeln. Wirkliche schulpolitische Verbesserungen sind von dieser SchOG-Novelle nicht zu erwarten. Im Kern stellt sie bloß einen Appell an die LehrerInnen dar, sich doch ein bißchen selber am Schopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Und damit haben wir ein anderes Lieblingsspielzeug der „school-quality"-Forscher an die Schulen bekommen, nämlich die „accountability", die Rechenschaftspflicht oder Verantwortlichkeit der einzelnen LehrerIn-

nen und der einzelnen Schulen der Öffentlichkeit gegenüber. War es in unserem staatlichen Schulsystem bisher eigentlich so, daß – streng zentralistisch – die Behörde für alles zuständig und verantwortlich war und allfällige Kritik von Vorgesetzten an die Untergebenen (LehrerInnen), notfalls mittels Weisungsrecht, weitergegeben wurde, so eröffnet diese Autonomie-Novelle die Diskussion über neue Verantwortlichkeitsregelungen, die dem neuen Paradigma vom „Dienstleistungsbetrieb" Schule abgeschaut sind. Daß die LehrerInnen sich damit eher schwer tun, verwundert nicht.

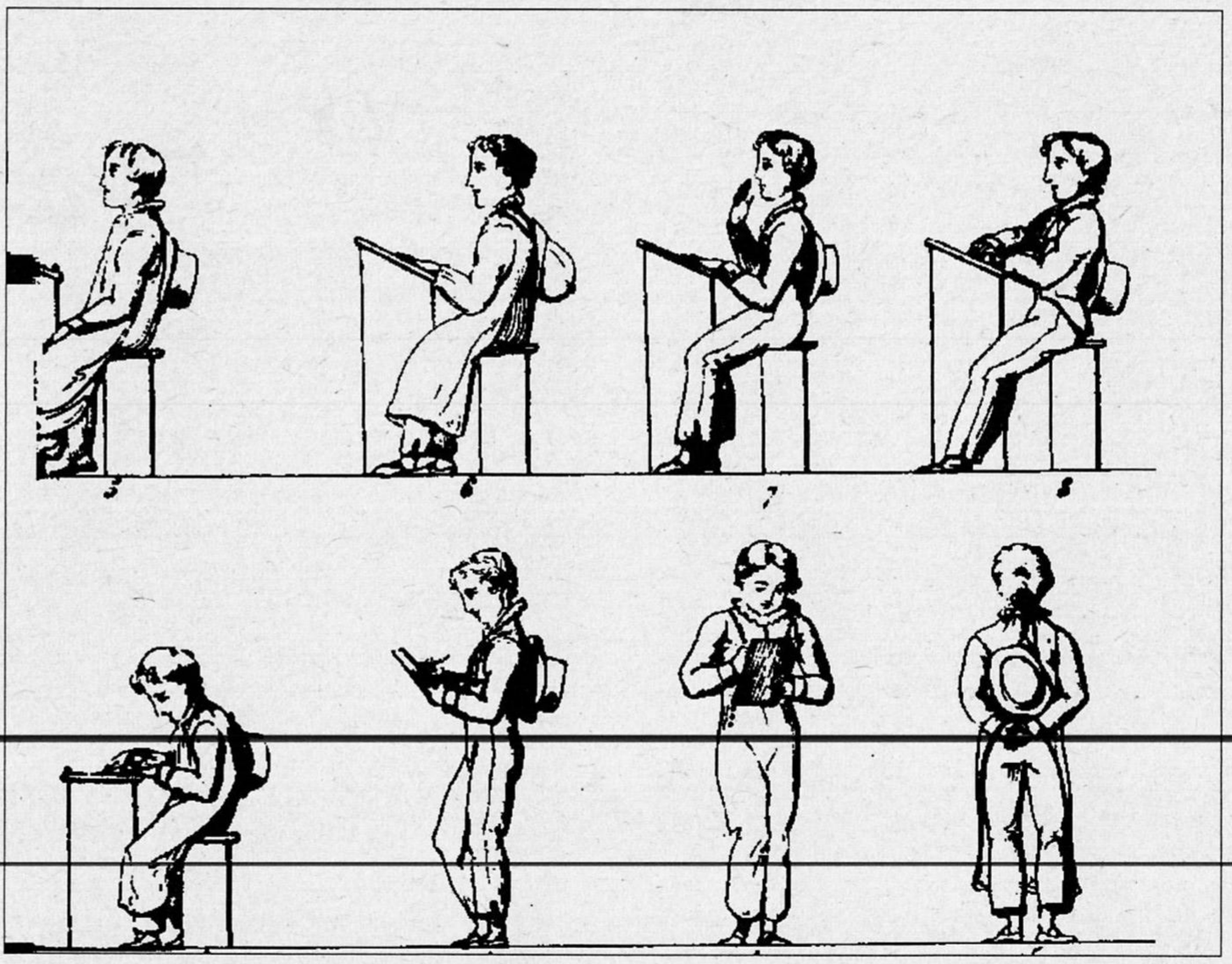
Was hat Bildungspolitik mit Regionalpolitik zu tun?

Eine ganze Menge. Zuerst einmal die Tatsache, daß Bildungsinfrastruktur ein wesentliches Element der Regionalentwicklung ist. Anzahl und räumliche Verteilung, Qualität und räumliche wie soziale Zugänglichkeit entscheiden darüber, ob die benötigten Qualifikationen in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Investitionen in Humankapital haben eine Reihe von ökonomischen wie sozialen Effekten, deren Bedeutung von neueren regionalpolitischen Entwicklungsstrategien in Rechnung gestellt wird: Sie fördern die Bildungsbeteiligung und tragen zur Mobilisierung der regionalen Potentiale an Wissen und Können bei, sie erhöhen die Attraktivität und Identifikation mit der Region, sie beeinflussen das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung wie die Attraktions- und Fluchtbewegungen des Investitionskapitals, um nur einige Effekte zu nennen.

Vieles spricht daher für eine Abstimmung bildungs- und regionalpolitischer Ziele und Strategien und mehr Entscheidungsautonomie für die Regionen, die ja ihre Bedürfnisse am besten kennen. Doch sind zwei Probleme zu lösen. Zu finden ist ein Weg zwischen Anpassung ohne Konservierung und ein Weg zwischen regionaler Entscheidungsautonomie ohne Verstärkung von regionalen Disparitäten.

Anpassungsfähigkeit statt Anpassung

Wirkt Bildung an sich schon mobilitätsfördernd, wird dies dann noch verstärkt, wenn die Ausbildungseinrichtungen Qualifikationen hervorbringen, die für die regionale Wirtschaft nicht brauchbar/nutzbar sind und die Region die Absolventen nicht



in das Beschäftigungssystem integrieren kann. Insbesondere in entwicklungs- und strukturschwachen Regionen müssen sich Absolventen, die in der Region keine ausbildungsgemäßen Arbeitsplätze finden, auf Arbeitsmärkte außerhalb der Region orientieren. Sie werden sozusagen „hinaus"gebildet. Um „Überqualifikation" und Abwanderung zu verhindern, wird daher die Forderung erhoben, das Ausbildungsangebot müsse sich an der Nachfrage nach Qualifikationen orientieren – zum Beispiel die Fremdenverkehrsschule in die Fremdenverkehrsregion. Dem sind zwei Argumente entgegenzuhalten: Erstens kann die Aufgabe der Strukturentwicklung und des Strukturausgleichs nicht der Bildungspolitik überantwortet werden, sie kann nur als Ensemble ökonomischer und sozio-kultureller Maßnahmen erfolgreich sein. Zweitens kann es auch keine einseitige Unterordnung bildungspolitischer unter regionalökonomische Interessen geben. Tatsache ist auch, daß jede Abstimmung ein erhebliches und nicht vorhandenes Maß an Planungsdaten und Planungsrationalität erfordert und durch die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen und -geschwindigkeiten von Ausbildung und Berufen in der Realität immer wieder Mangel (Facharbeitermangel) und Überfluß (Akademikerschwemme) gleichzeitig produziert werden. Schwerer noch als die Nicht-Handhabbarkeit wiegen aber die regionalpolitischen Konsequenzen einer Koppelungsstrategie. Sie kann – vor allem auf der Ebene der Sekundarstufe II angewandt – eine strukturkonservierende und -reproduzierende Wirkung haben. Das Ungleichgewicht von Ausbildung und Beschäftigung stellt sich zwar auf regionaler Ebene in aller Schärfe, ist aber nicht durch einseitige Anpassung zu lösen, sondern durch Flexibilisierung des Ausbildungssystems, das heißt Aufhebung der Polarisierung von Allgemeinbildung und Berufsausbildung, Entspezialisierung und Ausstattung der AbsolventInnen mit flexibel einsetzbaren Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten.

Gute Region – gute Schule

Das erste Beispiel stammt aus dem Ausland, aus den USA. Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst berichtet über einen Lokalaugenschein in einer High-School in Pittsburg im Rahmen eines Schüleraustauschs. Der Bericht über die extrem autonom verwaltete Schule ist gleichzeitig ein „keineswegs unbeabsichtigter Beitrag" zur österreichischen Autonomiediskussion.[3]

„KOHS ist weder eine Down-Town-Schule, noch ein Eliteinstitut. Es ist eine durchschnittliche Schule in einem durchschnittlichen Bezirk. Der wesentliche Teil des Schulbudgets

wird durch einen Grundsteueranteil im Bezirk erbracht. Das hat verschiedenste Folgeerscheinungen. So liefern ‚gute Bezirke' mit hohen Grundstückpreisen natürlich mehr Steuern ab und erhalten entsprechend ‚gute Schulen'. Auch in diesen Schulen ist jedoch der Schulbesuch selbst kostenlos. Nur wer sich eine Schule aus einem anderen Bezirk wählt, wird mit etwa 2000 Dollar zur Kasse gebeten. Die Konsequenzen dieses Systems führen zu einer ‚klassenspezifischen' Komprimierung in einzelnen Bezirken. Die Eltern übersiedeln in ‚gute Gegenden', um den Kindern gute öffentliche Schulen anbieten zu können. Überregional gesehen, sind Südstaatenschulen mit Nordstaatenschulen qualitativ kaum mehr vergleichbar. Die Behörde versucht durch Distriktgrenzenverschiebungen diese Konzentrationsbewegungen zu unterlaufen. So liegt KOHS in einem neuen Distrikt, der im Norden Arbeiter-, im Süden Angestellteneinzugsgebiete hat."

Seine Einschätzung:

„Eine generelle staatliche Verantwortlichkeit gibt es offensichtlich nicht. Finanziell gefördert werden nur wünschenswerte Projekte und Programme. Das Absurde daran ist, daß der Staat gewisse Strukturen und Schwerpunkte sehr wohl verlangt, die Finanzierung jedoch nur den local districts überlassen bleibt. In Österreich heißt es zwar, ‚wer zahlt, schafft an', jedoch ebenso, ‚wer nichts zahlt, hat auch nichts zu melden'. Diesbezüglich scheinen wir von mehr föderalistischem Selbstbewußtsein geprägt zu sein. Eine Regierung, die die budgetäre Verantwortung für das Schulsystem abschiebt, könnte bei uns sehr bald auch keine Ansprüche mehr daran stellen. Am verhängnisvollsten erscheint jedoch die mangelnde Bereitschaft, in sozialen Ausgleich und Chancengerechtigkeit zu investieren. Die Reichen werden reicher, die Armen bleiben arm – im Wohlstand, im Geiste und in ihren Chancen."

Das zweite Beispiel für die Möglichkeiten und Grenzen von Autonomie – vorerst durch die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür – ist das Fachhochschulgesetz. Es stellt einen bedeutenden Schritt in Richtung Deregulierung, Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen und nach Meinung ihrer Unterstützer (z. B. Sektionschef Sigurd Höllinger) Entbürokratisierung dar. Anbieter von Fachhochschulen bzw. Studiengängen können alle Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sowie Joint-ventures zwischen beiden sein. Die Akkreditierung erfolgt durch ein unabhängiges Expertengremium, der Bund geht mit diesem Gesetz keine rechtlich festgelegte Verpflichtung zur Finanzierung ein.

Angesichts der Notwendigkeit, regionale Bildungsplanung und –versorgung in einem angemessenen Ver-

Diese Schreibfeder sollte es den Kindern ermöglichen, eine vorschriftsmäßige, lotrechte Sitzhaltung (mittels Kinnstütze) beim Schreiben beizubehalten, auch wenn weiterhin die rechtsschiefe Kurrentschrift gelernt werden mußte.

hältnis zum Beschäftigungssystem und regionalpolitischen Strategien zu betreiben, entspricht ein solcher Modus den neuen regionalpolitischen Strategien und der Notwendigkeit, den Qualifikationsbedarf in der Region durch Zusammenwirken aller bedarfsbestimmenden Akteure/Faktoren zu ermitteln. Damit sich aus der Region heraus etwas entwickeln kann, bedarf es der Selbsteinschätzung und -entscheidung über die eigenen Ressourcen und Potentiale und deren Einsatz. Soweit so gut.

Doch wer kann das bezahlen? In welchen Region(en) findet sich eine genügend große, mächtige und finanzkräftige Lobby, die in ein solches Akkreditierungsverfahren einsteigen kann? Dazu kommt, daß sich Fachhochschulplanung, die in enger Beziehung zu den regionalen Erfordernissen entwickelt wird, sich nicht auf die Anpassung an aktuelle Strukturerfordernisse beschränken kann, sondern sich als Teil des Berufsausbildungs- und Wissenschaftssystems verstehen und Qualifikationen auf Vorrat für zukünftige Entwicklungen bereitstellen muß. Eine solche weitblickende Selbstlosigkeit ist von privaten Betreibern, die betriebswirtschaftlich denken, kaum zu erwarten. Ohne Ordnungspolitik wird es nicht gehen, sollen nicht vorhandene Ungleichheiten im freien Spiel der Marktkräfte durch „Autonomie" noch verstärkt werden.

Soziale, demokratische Autonomiekonzepte – gibt's die?

Autonomie, ernst genommen, verlangt geradezu nach einheitlichen Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen. Standortkonzepte, die die Versorgung entwicklungsschwacher Regionen mit Bildungsinfrastruktur sicherstellen, positive Diskriminierung sozial und regional benachteiligter Standorte. Es darf doch wohl nicht sein, daß die „autonome" Hauptschule im städtischen Raum sich mit niedrigem Budget und hohem AusländerInnenanteil herumschlagen darf, während die „autonome" AHS dank eines potenten Elternvereins und anderer Sponsoren darangeht, einen eigenen Tennisplatz zu errichten. Ein Vorschlag wird schon länger diskutiert: SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache sollten „mehr" zählen als Schüler mit deutscher Muttersprache. Dadurch bekämen Standorte mit hohem AusländerInnenanteil automatisch mehr Dienstposten zugeteilt.

Die autonomen Taten der Bildungspolitik wird man sich noch genau anschauen müssen, um beurteilen zu können, ob sie nicht ein Feigenblatt anstatt längst fälliger Strukturreformen sind. ■

Dr. Elisabeth HOLZINGER ist Politologin und Mitarbeiterin des Instituts für Raumplanung.

Dr. Michael SERTL ist Soziologe und Professor an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien.

Anmerkungen

1 Elmar Altvater, zit. nach: Gorz, André: Und jetzt wohin?, Nördlingen 1991
2 H.-P. Meier-Dallach, Räumliche Identität – Regionalistische Bewegung und Politik, in: »Informationen zur Raumentwicklung«, Heft 5/1980
3 AHS-Organ der Sektion Höhere Schule, 42. Jahrgang 1993, Nr. 9, S. 258 und S. 263

Euroklops

Über die EUropäische Identität nationaler und regionaler Kulturen

Helmut RIZY

29 Kapitel, sprich Themenbereiche, wurden im Hinblick auf einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union in Brüssel mit mehr oder weniger Aufwand und Nachdruck verhandelt, wobei nur wenige Fragen – wie Landwirtschaft, Transit und Zweitwohnsitze – der Öffentlichkeit als „sensibel" präsentiert wurden. Ein Themenbereich wurde bei den Verhandlungen überhaupt ausgeklammert: Kunst und Kultur. Dabei hatte noch Ende November vergangenen Jahres die Generalversammlung der IG Autoren die Bundesregierung dringend aufgefordert, dieses Kapitel in die EU-Verhandlungen in Brüssel einzubeziehen.

Kunstminister Rudolf Scholten sah allerdings keinen „Handlungsbedarf". Auch nicht, als, gewissermaßen im letzten Abdruck, der Österreichische Kulturrat in einer Resolution an die Bundesregierung verlangte, diese möge wenigstens beim Abschluß der Verhandlungen eine offizielle Protokollerklärung zum Thema *Kunstförderung* abgeben. – Dem Artikel 92 des Maastrichter Vertrags zufolge sind nämlich alle staatlichen Subventionen, die den zum obersten EU-Gebot erhobenen *Wettbewerb* verfälschen könnten, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar. Das gilt nicht nur für alle Bereiche der Wirtschaft, sondern auch für die Kunst, die nicht minder als ökonomischer Faktor gesehen wird.

Das heißt, daß jede Subvention, sobald sie eine Größenordnung von 50.000 ECU in drei Jahren, das sind etwa 225.000 Schilling pro Jahr, übersteigt, erst von einer Kommission in Brüssel geprüft werden muß. Sollte diese dann aus dem einen oder anderen Grund zur Erkenntnis kommen, daß damit eine *Wettbewerbsverzerrung* gegeben sei, müßte die Förderung wieder rückgängig gemacht werden. Und man geht davon aus, daß österreichischerseits jährlich rund 10.000 „Fälle" der Brüsseler „Notifizierungspflicht" unterliegen. Damit würden die Bedingungen der Kulturentwicklung in Österreich maßgeblich von einer EU-Kommission bestimmt werden.

Scholten meint, daß die Suppe nicht so heiß gegessen werde, wie sie gekocht ist, und will dagegen einen anderen Passus des Maastrichter Vertrags geltend machen, wonach die Förderung der Kultur und Subventionen zur Erhaltung des kulturellen Erbes gestattet seien, soweit die Handels- und Wettbewerbsbedingungen in der Europäischen Union nicht beeinträchtigt würden. „Unser bestehendes Fördersystem kann – und dies bestätigen vom Verfassungsdienst angefangen sämtliche Gutachten – in vollem Umfang aufrechterhalten werden", erklärt er. „Daß die kulturellen Interessen und nicht die wirtschaftlichen im Vordergrund stehen, ist abgesichert."

Allerdings mußte er im gleichen Atemzug einräumen, daß es „schwierig wird, wenn es sich um Förderungen im Zwischenfeld von Kunst und Wirtschaft handelt. Bei der Verlagsförderung zum Beispiel ist dann die entscheidende Frage, ob man klar argumentieren kann, daß das primäre Argument jenes der kulturellen Identität ist."

Die Kultur ist europareif

Dennoch, man muß sich keine Sorgen machen. Schließlich wird unserer Kultur – bei passender Gelegenheit – ohnehin „Europareife" bescheinigt. Was immer das auch heißen mag. Die EUphorie im Zuge der Verhandlungen hat, wohl aus Mangel an schlagkräftigen Argumenten, eine ganze Reihe von Schlagworten hervorgebracht, in denen man besser gar nicht versucht, einen Sinn zu finden. Wenn allerdings das europäische Kapital um Positionen ringt, dann wird eben auch die Kunst eingebunden. Und dazu wird eine *europäische Kultur* bemüht.

Seit einigen Jahren gibt es die Einrichtung der jährlich wechselnden „Kulturhauptstadt Europas". Dieses Europa endet selbstverständlich an den Grenzen der EU; schließlich werden die für das jeweilige Spektakel benötigten Mittel von Brüssel bereitgestellt. – Nun, im Grunde berührte uns Österreicherinnen und Österreicher das herzlich wenig. Wenn nötig päppeln wir unser Selbstbewußtsein damit auf, Wien zur Welthauptstadt der Musik zu erklären; und das ist allemal mehr. – Und damit wären wir schon bei einem ersten Paradoxon: In unserem Sprachgebrauch kennen wir zwar international bekannte oder auch anerkannte Künstlerinnen und Künstler, das *europaweit bekannte* Pendant aber muß erst kreiert werden.

Es sei denn, man denkt dabei an die jeweiligen Darsteller der „Eurocops". Immerhin dürfen im europäischen Serien-Verbrechen auch Österreicher und selbst Schweizer mitermitteln. Dafür fehlen die EU-Kollegen aus Griechenland und Großbritannien, womit das Europa der Cops wiederum eigene Grenzen hat.

Unser Land machte sich im Bereich der Kunst auch schon vor dem Bittgang nach Brüssel für den Europa-Gedanken stark. So gibt es schon seit vielen Jahren einen Österreichischen Staatspreis für *Europäische Literatur*. Etwas verspätet konnte man heuer erfahren, daß 1992 Salman Rushdie damit ausgezeichnet wurde. – Welches literarische oder kulturpolitische Verdienst damit auf welche Weise gewürdigt werden sollte oder vielleicht noch wird, ist an dieser Stelle nicht von Bedeutung. Anders steht es um die Frage nach dem Europa im Namen des Preises. Nun, Rushdie ist britischer und somit europäischer Staatsbürger; sein kulturell- ler und auch künstlerischer Hinter-

grund liegt aber ganz explizit im Mittleren Osten.

Man könnte gewiß geltend machen, daß sich Rushdie in gewisser Weise auch mit Problemen des außereuropäischen Immigranten in einem Land dieses Kontinents auseinandersetzt. Wenn mit dem Österreichischen Staatspreis dieser Aspekt seines Werks oder auch Wirkens – die kulturelle Ausgrenzung von Migranten in Europa – gewürdigt werden sollte, dann wäre hier gewiß ein wichtiger Bezug hergestellt. Womit sich die Frage erhebt, wie sich eine solche staatliche Würdigung auf der einen Seite mit der Abschottung gegenüber Immigranten als Staatsraison auf der anderen verträgt.

Für das Jahr 1993 erhielt nun den Preis Tschingis Aitmatow, seiner Herkunft und seinem kulturellen Selbstverständnis nach ein Kirgise und somit wohl kaum ein Europäer zu nennen. Zu Zeiten der UdSSR wäre er als Sowjetbürger vielleicht noch im kontinentalen Rahmen zu fassen gewesen, unter heutigen Voraussetzungen stellt sich vielmehr die Frage, ob nicht durch die einengende Preisbezeichnung – es geht ja um *europäische* Literatur – auf unzulässige Weise hier ein kultureller Raum subsumiert wird. Wobei ja alles dafür spricht, daß Tschingis Aitmatow – 1963 mit dem Leninpreis bedacht – auch mit einem österreichischen Staatspreis ausgezeichnet wird.

Die Grenzen Europas

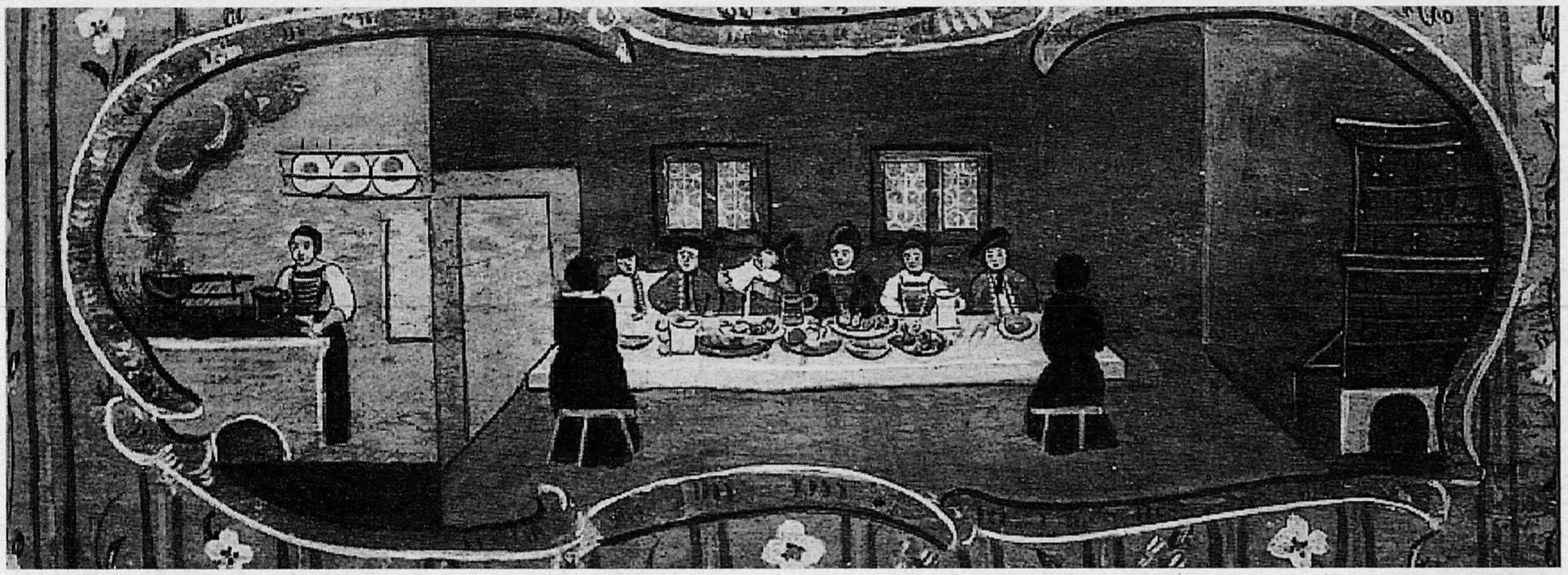
Wenn man allerdings sein Augenmerk in so besonderem Maß, ja geradezu penetrant auf diesen Kontinent richtet, dann müßte man doch einmal der Frage nachgehen, wo denn die Grenzen dieses Europa verlaufen. Für die Brüsseler Bürokraten mag die Antwort einfach sein, und sie werden kaum die Geographie dazu bemühen. Für sie endet Europa an den Grenzen der Zwölfergemeinschaft; vorläufig zumindest.

Daß Mitteleuropa damit außerhalb Europas liegt, mag aus dieser Sicht höchstens jene altgedienten Verfechter und Ideologen des *Mitteleuropa*-Gedankens stören, um die es jedoch seit dem Zusammenbruch des Sozialismus in den dafür reklamierten Ländern ohnehin still geworden ist. Auch Erhard Busek fühlt sich inzwischen Bonn und Brüssel näher als Prag, Preßburg, Budapest und Laibach.

Um aber auf Kunst und Kultur zurückzukommen: Wo wären da Europas Grenzen zu erkennen? Gab es je einen kulturellen Unterschied zwischen einem russischen Schriftsteller in Gorki und einem in Swerdlowsk, nur weil der Ural dazwischenliegt, oder gibt es ihn zwischen einem Komponisten in Nishni Nowgorod und einem in Jekaterinburg? Welche Welten liegen zwischen einem Maler, der im Istanbuler Stadtteil Beshiktash, und einem, der im Stadtteil Üsküdar lebt? Dazwischen liegt aber der Bosporus, der, wie man aus der Schule weiß, die Grenze zwischen Europa und Asien bildet.

Solche Fragen mögen weniger absurd klingen, wenn man schon einmal einen österreichischen Urlauber den türkischen Fremdenführer fragen gehört hat, ob er denn einen Reisepaß brauche, wenn er vom europäischen in den asiatischen Teil seines Landes fahre. – Darin spiegelt sich nämlich jener Europagedanke wieder, der den Kontinent als geschlossenen Raum sehen will, mit Grenzwachen – und womöglich auch mit Wehrtürmen geschützt – gegenüber allem, das sich ihm von *außen* nähert.

Wie europäisch ist Zypern? Geographisch liegt es vor der Küste Kleinasiens, zumindest die Hälfte der Insel wird allerdings von griechischstämmigen Zyprioten bewohnt. Und die alten Griechen waren immerhin die Urheber der ersten Hochkultur auf europäischem Boden. In der anderen Hälfte der gewaltsam geteilten Insel haben dagegen die türkischen Invasoren großteils anatolische Bauern angesiedelt, Kleinasiaten. – Nun, man könnte sich in diesem Fall vielleicht mit der Feststellung behelfen, daß Zypern am Eurovisions-Songcontest teilnimmt und damit dessen Eingeborene wohl zu den Europäern zu rechnen sind. Allerdings nimmt auch Israel am alleuropäischen Schnaderhüpfeln teil und dessen Staatsgebiet ist wohl eindeutig dem Nahen Osten zuzurechnen.



Volkstümliche Malerei auf einem Himmelbett: Ausschnitte aus einem Hochzeitsmahl ...

Sprache als Merkmal

Als kulturelles Identitätsmerkmal wird vielfach die Sprache angeführt. Jacques Toubon, der konservative französische Minister für „Kultur und Frankophonie", hat soeben seine Absicht geäußert, dem Französischen im öffentlichen Leben wieder zu Rang und Ansehen zu verhelfen. Dem „Franglais", der Überfremdung der *grande langue* durch Anglizismen hat er den Kampf angesagt. Wenn das Parlament zustimmt, will er diesen sogar mittels Sanktionen führen. Mit Geldbußen und Subventionsentzug soll im täglichen Sprachgebrauch

frankophonen Gegenstücken zum Sieg über Wörter wie Computer, Hitparade, Mountainbike oder Walkman verholfen werden. – Solche Ansinnen sind vor allem der älteren Generation hierzulande nicht fremd. So sollte einst sogar die vergleichsweise harmlose, allerdings dem Latein entstammende „Nase" einem teutschen *Gesichtserker* weichen.

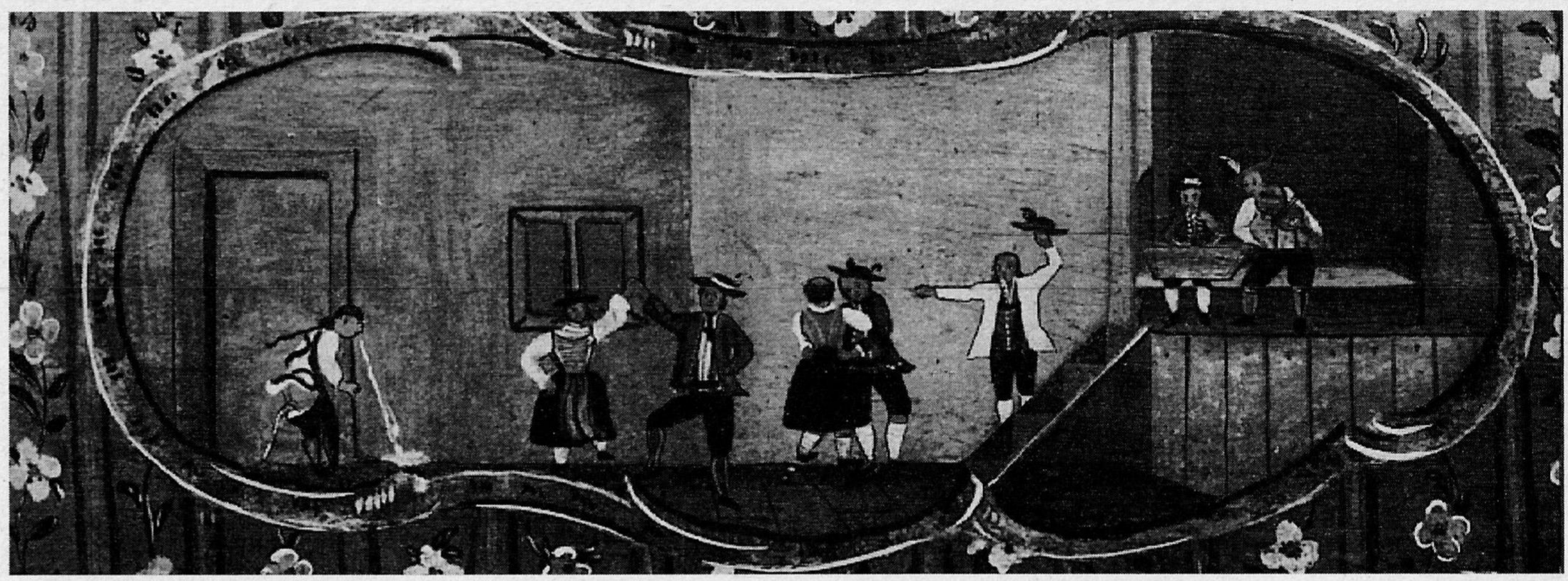
Die Sprachpolizisten, die mit Gewalt neudeutsche Ausdrücke für Begriffe finden wollen, die sich in ihrer fremdsprachigen Form längst eingebürgert haben, sind auch heute noch unterwegs. Auch jene, die in jedem Fremdwort einen Angriff auf ihr Selbstwertgefühl sehen. Die Bedrohung für eine lebendige Sprache liegt aber wohl kaum darin, daß ihr immer wieder neue, wenn auch fremdsprachige Worte hinzugefügt werden, sondern daß ihr gleichzeitig in viel größerem Umfang Worte abhanden kommen, daß sie verarmt und damit ihren Charakter verliert.

Natürlich kann man das „Österreichische Wörterbuch" belächeln. Einst wurde der darin gesammelte Wortschatz – nach Unterrichtsminister Hurdes, auf dessen Initiative es zurückgeht – sogar als „Hurdestanisch" abqualifiziert, sollte es doch die Eigenarten der österreichischen Sprache gegenüber dem Deutsch der unseligen Ostmark hervorheben. In diesem Sinn diente es aber keiner Sprachsäuberung, sondern der Erhaltung eines tradierten Sprachschatzes, einschließlich der längst eingebürgerten Fremdwörter. Hierzulande gibt es eben auch ein Trottoir und ein Lavoir. Und der Österreicher ißt eben Knödel und weder Klöße noch Klopse.

Wie lange noch, das ist allerdings die Frage. In einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem das Lesen von Belletristik zum Luxus weniger geworden ist, wird der tägliche Sprachgebrauch weitgehend durch die Massenmedien bestimmt. Sie sind maßgebend dafür verantwortlich, daß etwa die Terminologie des Sports heute durch eine des Kriegs und die Terminologie der Politik durch die des Sports überlagert ist. Ansätze für den nächsten Schritt – das Eindringen der Kriegsterminologie in die der Politik – sind bereits gegeben.

Nicht nur für das Kaufverhalten, sondern auch für den Sprachgebrauch richtungweisend ist die ständige Berieselung durch Werbung. Wer glaubt heute nicht, daß die Steigerung von sauber nicht sauberer, sondern rein ist. So mutiert möglicherweise ein besonders *sauberes Dirndl* schließlich gar zur *reinen Magd*. – Vor wenigen Jahren noch fanden es Werbestrategen deutscher Produkte durchaus angebracht, Fernseh-Werbespots für Österreich zu synchronisieren, den hiesigen Hörgewohnheiten entsprechend zu präsentieren. Das ist vorbei, aber es fällt kaum auf im Wust piefkinesisch synchronisierter Filme. So kann auch ein Auto mit dem Begriff „lax" beworben werden, obwohl dieser hierzulande *schlaff* bedeutet, zumindest kürzlich noch bedeutete.

Vielleicht wäre es angebracht, nicht nur bedrohte wildlebende Tiere und Pflanzen gesetzlich zu schützen, sondern auch urwüchsige heimische Wörter; gewissermaßen ein Artenschutzgesetz der Sprache zu erlassen. Sprachpfadfinder würden damit verpflichtet, täglich ein bedrohtes Wort wie Feim oder Pfeid (Foam und Pfoad auszusprechen) in den Mund zu nehmen. Sofern damit nicht der Wettbewerb verzerrt wird. – Den Jagatee hat uns ja die EU schon zugestanden. Und da die österreichische Sprachfärbung nördlich des Weißwurschtäquators ohnehin als drollig oder putzig eingestuft wird, könnte man im Rahmen des Gemeinsamen Marktes möglicherweise ein betreffendes Projekt sogar von Brüssel subventionieren lassen. Es wäre auch zu überlegen, ob man nicht Bauern, die durch den Landschaftsschutz nicht ausgelastet sind, zusätzlich als Dialektpfleger einsetzt, damit sie – wenn die EU voll zuschlägt – ein besseres Auslangen finden.



... und einem Hochzeitstanz, 1778

Kommen wir aber noch einmal auf das Französisch und die europäische Identität zurück. Die französische Sprache ist ja nicht nur den Nachfahren von Balzac und Zola eigen. Wie europäisch ist aber jener – keineswegs geringe – Teil der maghrebinischen Literatur, der in dieser Sprache verfaßt wird? Wo verlaufen da die kontinentalen Grenzen? Ist die Affinität eines Claude Simon oder Michel Tournier zu Handke und Grass größer als die zu Tahar Ben Jelloun oder Mehdi Charef, zwei Autoren, deren Werk französisch geschrieben ist und die in Paris leben? Und: Wem fühlen sich die beiden letztgenannten mehr verbunden, ihren französischen Kollegen oder denen jener Länder, in welchen sie geboren wurden, und dort wieder den französisch Schreibenden mehr als den arabisch Schreibenden?

Kolonialistisch besetzt

In welchem Zusammenhang finden wir den Begriff der *europäischen Kultur* bevor er eine Facette des „ge-

einten Europa“ wurde? Von Bedeutung war er nie, um Gemeinsamkeiten innerhalb des Kontinents zu formulieren, sondern es ging immer nur um das Selbstverständnis nach außen. Man hat den Wilden in anderen Erdteilen die europäische Kultur gebracht! Treffender sprach man in diesem Zusammenhang auch von *europäischer Zivilisation*, was keineswegs gleichbedeutend mit Kultur ist. – Im neokolonialen Sprachgebrauch findet man dann auch, daß außereuropäische Nobelpreisträger für Literatur *unter dem Einfluß europäischer Kultur* zu ihrer nicht mehr zu leugnenden Größe gefunden haben. Insofern gibt es dieses europäische Selbstverständnis im Bereich der Kunst und Kultur. Da passen dann selbst Kafka, Tolstoi, Sartre, Garcia Lorca, Strindberg und Pirandello in einen Topf.

Bayrischer Hiesel, Hinterglasbild

In der bildenden Kunst wird dieser europäische Anspruch noch deutlicher. So hat Europa offenbar von jeher Kunst hervorgebracht, in anderen Erdteilen entstand bestenfalls Kunstgewerbe. Der in Stein gehauene Portraitkopf eines alten Griechen, und sei er auch nur eine römische Kopie, wird unter der Obhut der Kunsthistoriker aufbewahrt; der Bronzekopf aus Benin dagegen von den Völkerkundlern. – Ausnahme ist lediglich das Pharaonenreich der Ägypter. Zu jener Zeit hatte allerdings Europa noch nicht viel zu bieten. Ab dem Zeitpunkt jedoch, da Europa die Kultur für sich gepachtet hatte, gestand man dem künstlerischen Schaffen jener Völker, die ja überhaupt erst entdeckt werden mußten, nur mehr den Wert des Kuriosums zu, sofern es nicht überhaupt auf dem Altar der allerchristlichsten Zivilisation in Stücke gehauen oder verbrannt wurde.

Der Begriff von der *europäischen Kultur* funktioniert selbstverständlich auch in der Gegenrichtung. So wie hierorts undifferenziert von lateinamerikanischer oder afrikanischer Kultur gesprochen wird, als ob es einen Leisten gäbe, über den sie zu schlagen wären, existiert dort die europäische Kultur als umfassendes Symbol; längst nicht mehr (nur) als dem des nachzueifernden Vorbilds, sondern als dem jahrhundertelanger Unterdrückung, von der es sich zu emanzipieren gilt.

„Ich bin kein Theoretiker. Ich bin ein schöpferischer Mensch. Und als solcher sehe ich Europa, von der anderen Seite des Atlantik betrachtet, als eine Großmutter, die in ihrer Verkalkung alte Geschichten wiederholt. Geschichten, die wir von Kindheit an gehört haben, die wir schon auswendig kennen. Geschichten, die uns eine Moral lehrten zu einer Zeit, als wir noch an Märchen glaubten“, schreibt der Brasilianer Ignácio de Loyola Brandao in seinem Essay „Europa hat uns nichts mehr zu sagen“. Und: „Wir sind auf der Suche nach unseren eigenen Einflüssen, wir sind dabei, unsere Kultur nach unseren Wurzeln auszurichten. Und diese Wurzeln liegen in Amerika, in Brasilien. Einige Verästelungen reichen nach Afrika, die eine oder andere nach Portugal.“

Das mit den Märchenerzählern mag wohl auf die ehemaligen Kolonialmächte und ihre neokolonialen Adepten zutreffen, denkt man als gelernter Mitteleuropäer. Wir Österreicher hatten doch nie Kolonien! Zumindest nicht außerhalb Europas. Aber schließlich wartet das Verhältnis zu unseren Nachbarländern in der einstigen Vielvölker-Monarchie der Habsburger immer noch auf eine klare Definition. Ein Ansinnen, das vielleicht angesichts der neuen Kolonisation des Ostens nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ in diesen Ländern umso dringlicher wird. – Abgesehen davon hat es die von Brandao angesprochenen Märchenonkel auch als österreichische Missionare in großer Zahl gegeben. Es wäre also glatter Betrug, wollten wir uns aus dem Europa, das im Austausch für seine Zivilisation durch Kolonialwaren groß geworden ist, als Unbeteiligte davonstehlen. Wir sind mit Fug und Recht echte Europäer.

Kann man aber deshalb schon von einer gemeinsamen europäischen Kultur ausgehen? Sind nicht die kulturellen Trennlinien zwischen den Nationen und Regionen viel tiefer als die gemeinsame ökonomische Grenze nach außen? Nach wie vor ist die eige-

ne Fahnenstange der Maßstab aller Dinge. So ist es wohl symptomatisch, wenn Jean Sibelius im ORF als „der Bruckner des Nordens" angekündigt wird, auch wenn das durchaus positiv gemeint ist. Hätte man doch den Finnen gar nicht zugetraut, daß sie auch eine Koryphäe wie den Bruckner haben?

Vielleicht ließe sich auch ein portugiesischer Thomas Bernhard und ein luxemburgischer Hrdlicka finden. Allerdings käme wohl niemand auf die Idee, nach einem französischen Brandauer zu suchen. Und das macht Diskrepanzen deutlich, die allein schon in der nationalen Wahrnehmung des übrigen europäischen Kunstschaffens bestehen. Hätte Michael Cacoyannis nicht Kazantzakis' Roman „Alexis Sorbas" mit Anthony Quinn verfilmt, wüßte man ja kaum, daß es eine griechische Musik gibt. Und daß mit Giorgios Seferis und Odysseas Elytis auch zwei Griechen den Nobelpreis für Literatur erhalten haben, ist schon längst in Vergessenheit geraten. Wenn beim Trivial Pursuit (Ausgabe Ederer/Scholten) die Frage nach schwedischen Schriftsteller/innen erhoben wird, steckt man wohl nach Strindberg und Selma Lagerlöf auf. Nur Krimi-Leser können noch mit Sjöwall/Wahlöö aufwarten.

Daß man – und das gilt keineswegs allein für den deutschsprachigen Raum, sondern beruht durchaus auf Gegenseitigkeit – so wenig mit Anderssprachigem vertraut ist, liegt nicht an der mangelnden Qualität der jeweils anderen oder an den fehlenden Übersetzern, sondern an den nationalen Scheuklappen – und damit verbunden am fehlenden Markt. Denn es trifft nicht nur die Literatur, sondern auch die nichtverbalen Sparten der Kunst.

Tausch-Markt

Das Vertragswerk von Maastricht erhebt nebenbei auch die Forderung nach einem verstärkten Kulturaustausch innerhalb der Europäischen Union, wobei hier wohl mehr von einer Absichtserklärung als einem realen Vorhaben gesprochen werden muß, denn es ist keine Rede davon aus welchem Topf dieser Austausch gespeist werden soll. Es erscheint unwahrscheinlich, daß über die Einrichtung der jährlichen „Kulturhauptstadt" hinaus Brüssel größere Mittel für kulturelle Belange bereitstellen wird. Es liegt also bei den einzelnen Mitgliedstaaten, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Will man den entsprechenden Passus im Maastrichter Vertrag nicht überhaupt nur als Alibi-Deklaration sehen – *Schaut her, wir haben sogar an die Kultur gedacht* –, dann könnte man immerhin davon ausgehen, daß der geforderte Kulturaustausch über die Wirtschaftsgemeinschaft hinaus einer Identitätsfindung dienen könnte. Was aber soll dabei überhaupt ausgetauscht werden?

EU-Kulturhauptstadt 1994 ist Lissabon. Dazu werden zwölf weltberühmte Orchester an den Tejo geflogen. Allein 19 Opern kommen zur Aufführung, abgesehen von allen anderen Sparten der Kunst, die ebenfalls aus dem Budget von 560 Millionen Schilling bedacht werden. Portugals Künstler sind dennoch nicht zufrieden. So meinte der Filmemacher Manuel Cintra: „Mit diesem Programm will Lissabon zeigen, was es nicht ist. Gerade das, was uns von anderen europäischen Kulturhauptstädten unterscheidet, die Misch- und Multikultur, wird 1994 in Lissabon nicht herausgestellt."

Austauschbar ist unter den gegebenen Voraussetzungen eben nur die herrschende Kultur als Kultur der Herrschenden. Denn sie hat einen Marktwert. Deshalb bedarf es hier auch kaum noch eines Anstoßes zur Internationalisierung. Diese wird ohnehin von den übergeordneten Industriezweigen betrieben. – Oder man mißt Exponenten dieser Kunst einen gesonderten Wert im Vereinheitlichungsprozeß zu; dann werden Mittel und Wege gefunden, einen entsprechenden Markt zu bereiten.

Volkstümliche Wandfliesenmalerei, 18. Jahrhundert

Die *andere*, die 2. Kultur, die Kultur des Widerstands, hat in diesem Getriebe selbstverständlich keinen Platz. Sofern sie überhaupt mit einem Scherflein aus dem Klingelbeutel der Subventionen bedacht wird, geschieht dies lediglich unter der Voraussetzung, daß sie sich regional beschränkt. Es werden bestenfalls Refugien geschaffen, Reservate, in denen sie unter Beobachtung gehalten werden kann.

Und es ist nicht anzunehmen, daß sich die Vertreter des jüngst eingerichteten EU-„Ausschusses der Regionen" deshalb dafür zuständig fühlen, obwohl diesem in Bezug auf Kultur Kompetenz übertragen wurde; oder besser Nicht-Kompetenz, denn er hat zwar Anhörungsrecht, darf also seine Meinung äußern, aber nichts entscheiden. Wie es heißt, sollte mit dem Ausschuß dem weitverbreiteten Unmut gegenüber der Brüsseler Selbstherrlichkeit Rechnung getragen werden. Offenbar meint man, daß mit volkstümelnder Regionalkultur dem beizukommen ist. Musikantenstadln in der Eurovisions-Hitparade – in Frankreich natürlich Eurovisionspalmarès.

Einer Kunstsparte wurde allerdings zuletzt überregionale Bedeutung beigemessen: dem Film. Im Rahmen des GATT wollen die USA nämlich durchsetzen, daß die Europäer ihre Filmindustrie nicht mehr subventionierendürfen, denn der Film sei eine Ware wie jede andere; Hollywoods Wettbewerbschancen könnten damit geschmälert werden. Dagegen laufen die Franzosen Sturm, machen sich im Namen aller EUropäer stark.

Und flugs wird das Engagement Frankreichs hierorts zu einem Argument für einen EU-Beitritt Österreichs umgemünzt. In einer starken EU würden wir davon profitieren, wird uns weisgemacht. Als ob mit den in unserem Land für den Film bereitgestellten Mitteln irgendein Wettbewerb verzerrt werden könnte und mit einem Mal von dieser Seite her „Handlungsbedarf" vonnöten sei. ■

Helmut RIZY ist Schriftsteller und Journalist.

Industriestandort Europa in Gefahr?

Hans KALT

Das Schlagwort macht die Runde: In der verschärften Konkurrenz der gegenwärtigen Krise drohe Deutschland seine Qualifikation als Industriestandort zu verlieren. Die Arbeitskosten seien zu hoch. Das Kapital investiere lieber in Billiglohnländern. Die im Jänner 1994 gezählten schon 7,8 Mill. Arbeitslosen (einschließlich Arbeitssuchenden ohne Unterstützung, Kurzarbeitern, Pensionsanwärtern, Umstellungshilfe-Beziehern usw.) seien Ausdruck einer Strukturkrise des zentraleuropäischen Industriestandorts überhaupt.

Das unübersehbare Gespenst langdauernder Arbeitslosigkeit wird so als Folge zu hoher Löhne, zu großer sozialer Errungenschaften der Arbeiterklasse, eines „Über-die-Verhältnisse-Lebens" erklärt. Hauptmoderator dieser neuen Gespenster-Serie ist BRD-Kanzler Kohl. Andere stimmen ein. Darunter auch Österreichs Bundeskanzler Vranitzky. Allen gemeinsam ist – trotz weltanschaulicher Unterschiede –, daß von den standortbestimmenden Faktoren (auf die noch einzugehen sein wird) einzig die Frage der Arbeitskosten herausgegriffen bzw. ihre Bedeutung maßlos gegenüber den anderen Faktoren überbewertet wird. Dabei wird in der öffentlichen Argumentation nicht einmal das Verhältnis zwischen Kosten und Wertschöpfungsfähigkeit der jeweiligen Arbeitskraft beachtet. Dieser Faktor ist dem Kapital gut bekannt. So zeigt die Erfahrung zum Beispiel in der Automobilindustrie, daß die Zulieferung komplexer Bestandteile (z. B. Motoren, Getriebe, Bauelemente mit elektrischer und elektronischer Ausrüstung) an die Montagebetriebe nur aus Ländern mit hochqualifizierter Arbeitskraft verläßlich, zeitgerecht und in der jeweils für die einzelnen Typenvarianten erforderlichen Zahl und Qualität angeliefert werden. Verlagerung solcher anspruchsvoller Zulieferungen in Länder mit niedriger Qualifikation und Arbeitskultur führt zu immer wieder auftretenden Stockungen, Qualitätsverlust und dadurch zu Mehrkosten, die die Kostenersparnis durch niedrigere Löhne oft aufwiegen. Die Veränderung von Standortbedingungen ist tatsächlich ein wesentlicher Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen, Ländern, ja ganzen Kontinenten. Das ist aber ein Prozeß, der von vielen Faktoren abhängt: Naturbedingungen, Rohstoff- und Energievorkommen, Verkehrsmöglichkeiten, Zugang zu und Umfang von erreichbaren Märkten, Veränderungen als Folge der technologischen Entwicklung und vielen anderen. Gesellschaftliche Bedingungen spielten schon frühzeitig ebenfalls ihre Rolle. Im Kapitalismus kommt dazu die Verfügbarkeit von akkumuliertem Kapital und „freier" Arbeitskraft. Mit dessen Entwicklung mehr und mehr auch die „Infrastruktur", das heißt das Geflecht von Kommunikation von Wissen, materiellen Produktions- und Verkehrsbedingungen, dessen Entwicklungsstand die gesellschaftliche Produktivität heute stärker beeinflussen kann, als die Qualifikation und die Arbeitsintensität der einzelnen Arbeitskraft. Seit der Kapitalismus nur mehr durch staatliche Eingriffe funktionsfähig erhalten wird, gewinnt schließlich die staatliche Wirtschaftspolitik immer größere Bedeutung auch für die Eignung von Regionen und Ländern als Industriestandort. Die Entwicklung schon des frühen Kapitalismus in Europa zeigt deutlich die Vielfalt dieser Faktoren: Der Schwerpunkt der industriellen Entwicklung verlagerte sich innerhalb von vier Jahrhunderten kapitalistischen Wirtschaftens von den Städten Norditaliens und Süddeutschlands in die Niederlande, sodann nach England und von dort ausgehend sowohl zurück in die west- und mitteleuropäischen Staaten als auch über die Ozeane, vor allem nach Nordamerika. Bei aller Verschiedenartigkeit der Ursachen für diese jeweiligen Verschiebungen, die die historische Entwicklung dieser Periode bestimmten, wird es den „europäischen" Standort-Pessimisten der Gegenwart schwer fallen, auch nur in einem Fall „zu hohen" Lebensstandard der Arbeiterklasse der „verlierenden" Standorte als Ursache auszumachen. Im Gegenteil: Bei der Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzenden zeitweise stürmischen Entwicklung des Industriestandorts USA war (neben anderen Faktoren) der dortige, im Vergleich zu Europa besonders *hohe* Lebensstandard auch der Arbeiterklasse von bestimmender Bedeutung.

Das gilt auch heute noch. Im Oktober-Monatsbericht des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts vom vorigen Jahr wird ausdrücklich am Beispiel der USA und Mexikos vor einer Überschätzung des Lohnkostenniveaus bei der Beurteilung der Standortbedingungen für die Industrie gewarnt: Die Lohnkosten in Mexiko betrugen 1992 je Stunde 2,35 Dollar, die in den USA 16,17 Dollar. Die Lohnkosten im nördlichen Nachbarn der USA, in Kanada machen dagegen 17,02 Dollar aus. Wären die Lohnkosten wirklich so ausschlaggebend für die Wettbewerbsfähigkeit, dann müßten die USA mit Waren aus dem Billiglohnland Mexiko überschwemmmt sein, während es Kanada, schwer haben müßte, mit seinen höheren Lohnkosten auf den US-Markt zu dringen. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt: Der Wert der Einfuhr pro Kopf aus Kanada ist *zehnmal* so hoch wie der aus Mexiko!

Die Bedeutung der Märkte

Das führt zu einem auch heute noch wirkenden Kernproblem für die Eignung einer Region als Industriestandort, dem Problem des Marktes. Es ist eine Binsenwahrheit, daß sich Industrie nur entwickeln kann, wenn ihre Produkte auch Absatz finden. Das setzt voraus, daß Käufer in genügender Zahl und mit genügender Kaufkraft in erreichbarer Nähe vorhanden sind. Mit dem raschen Zurückgehen vorkapitalistischer Produktionsformen wurde die Kaufkraft der lohnabhängig (im weitesten Sinn) im kapitalistischen Reproduktionsprozeß Tätigen bestimmend für die

Kaufkraft überhaupt. Als im ersten Viertel dieses Jahrhunderts auch für durchschnittliche Angestellten-, ja sogar für besser verdienende amerikanische Arbeiterfamilien das eigene Auto vom Luxus zur Selbstverständlichkeit wurde, war der Industriestandort USA zum stärksten der Welt geworden.

Arbeit am Webstuhl

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch viele Faktoren: Die Länge der Verkehrswege aus anderen Industriestandorten, die Rückschläge solcher Standorte durch zwei Weltkriege, die als Ergebnis dieser Weltkriege erreichte Dominanz des US-Finanzkapitals, administrative Maßnahmen und andere mehr – aber entscheidend blieb die durch das hohe Lohnniveau erreichte Allokation von Kaufkraft auf dem auch heute noch größten Binnenmarkt der Welt.

Industriestandort Europa

Wie steht es nun gegenwärtig mit den standortbestimmenden Faktoren im zentraleuropäischen Wirtschaftsraum? Daß Rohstoffe und Energieressourcen nach vielen Generationen industrieller Tätigkeit nur immer weniger wirtschaftlich an Ort und Stelle nutzbar gemacht werden können, ist nicht zu bestreiten. Das führt notwendig zur Verlagerung der *Erst*verarbeitung solcher Stoffe zu ihren Fundregionen: Rohstahl, Zellulose, Massenprodukte der Chemie und andere werden immer weniger in industriellen Ballungsräumen produziert. Dieser Prozeß geht ständig weiter. Nicht nur in Europa. Aber die viel differenziertere Weiterverarbeitung gleicht den so eintretenden Verlust an Beschäftigung mit einfachen Arbeitsvorgängen vielfach aus. Und zwar durch Arbeitsplätze mit einem viel höheren Anforderungsprofil an Qualifikation, Arbeitskultur und auch Motivation. Dieser Prozeß ist schon seit Jahrzehnten in Gang und hat nirgends zu dramatisch unlösbaren gesellschaftlichen Krisen geführt. Er ist sicher auch im heutigen Europa zu bewältigen.

Ausgesprochen günstig ist die verkehrsgeographische Lage für den zentraleuropäischen Wirtschaftsstandort. Ein Kreis mit dem historischen Burgund als Mitte würde nur einen Radius von 600 bis 700 Kilometern erfordern, um alle jetzt relevanten Industrieballungsräume Europas zu überdecken. Den Rhein-Maas-Raum ebenso wie Nordwestitalien, Nord- und Zentralfrankreich sowie Süd- und Mittelengland. Die in diesem Raum lebenden etwa 200 Millionen Menschen haben im Verlauf von vielen Generationen eine Infrastruktur für industrielle Entwicklung geschaffen, wie sie kaum anderswo gegeben ist. Das betrifft den Stand der Wissenschaft und den Entwicklungsstand der durchschnittlichen Arbeitskultur, den Grad der Kommunikation auf allen Gebieten bis zum Transport materieller Produkte. Nur die Barriere der Alpen liegt im Weg. Das wiegt umso schwerer als die Differenzierung der Wirtschaft zu weiter wachsenden Warenströmen zwischen den produzierenden Einheiten und zu den Konsumenten führt. Daß die ökologisch sensiblen alpinen Lebensräume durch die immer noch anschwellende Nord-Süd- (und die jetzt drohende)

West-Ost-Verkehrslawine extrem gefährdet werden, birgt Konfliktstoff, ist aber ein überwindbares Hindernis. Schließlich hat man zur besseren Anbindung Südenglands an diesen Raum sogar das Jahrtausendwerk des Kanaltunnels – trotz Verzögerungen und Finanzskandalen – errichtet.

Die Bildung der EWG und ihre Entwicklung zu EG und EU hat diese Bedingungen weniger beeinflußt als die objektiv wirkenden Tendenz zu immer stärkerer Differenzierung und Arbeitsteilung der modernen Wirtschaft. Synergieeffekte sind eingetreten. Aber diese wären auch ohne EWG oder durch andere – bilaterale oder multilaterale – Verträge erreicht worden. Dabei konnten die peripher gelegenen Teile der der EU angehörenden Länder ihre Standortbedingungen kaum den der zentral gelegenen Regionen annähern. Nicht der EU angehörende Länder, wie die Schweiz und jene Teile Österreichs, die geographisch zum zentralen europäischen Industrieraum gehören, erlebten dagegen eine eher noch bessere Standortentwicklung als dieser Raum innerhalb der EG. Bevor ich mich der wichtigsten Frage, nämlich der der menschlichen Arbeitskraft zuwende – das Problem von verfügbarem Kapital: Wie die – in Billionen Dollar gehenden – spekulativen Finanztransaktionen der verflossenen zwei Jahre gezeigt haben, ist solches in Überfülle vorhanden. Da die geringen Entwicklungschancen der traditionell armen Länder und die immer noch zunehmende politische und Rechtsunsicherheit der früher sozialistischen Staaten Europas für reale Investitionen wenig sicheren Gewinn versprechen, nimmt diese Überakkumulation von Finanzkapital sogar weiter zu. Unter Kapitalmangel leidet der Industriestandort Europa sicher nicht.

Hauptfaktor: Arbeitskraft

Hinsichtlich einer geeigneten Arbeiterschaft ist dieser Raum auch jetzt noch sicher besser versorgt als irgendeine andere Industriezone der Erde. Die Betriebe können sich auf Belegschaften stützen, die zum Teil seit vielen Generationen in der gleichen oder ähnlicher industrieller Tätigkeit beschäftigt sind. Wissenschaftliche Kader, insbesondere auch im Bereich technologisch innovativer Sparten wachsen weiter in großer Zahl heran. Die Möglichkeit, aus dem Überangebot abwanderungswilliger Kader aus den immer stärker verarmenden Ländern Osteuropas bestgeeignete auszuwählen, ist umso vorteilhafter, da deren Qualität nur wenig hinter der westeuropäischen liegt, die Arbeitsbereitschaft aber schon bei Kosten beginnt, die weit unter dem bisher Üblichen liegen.

Das ist letzten Endes auch der ökonomische Hintergrund dieser neuen Welle von „europäischem" Standortpessimismus. Denn da aus politischen Gründen eine noch stärkere Zuwanderung billiger und zugleich annähernd gleichwertiger Arbeitskraft in das vorher erwähnte Ballungszentrum europäischer Industrie kaum durchsetzbar ist, versucht das Kapital in immer größerem Maß, ganze Produktionen in solche neue Billiglohnländer zu verlagern. Die neue Standortdiskussion soll den Anschein „objektiver Unvermeidlichkeit" dieser Entwicklung erwecken.

Mit ihr wird die gleich nach den Änderungen in Mittel- und Osteuropa begonnene Offensive gegen die soziale Lage der Arbeiterklasse in der europäischen Industriezone zu einer neuen Intensität gesteigert.

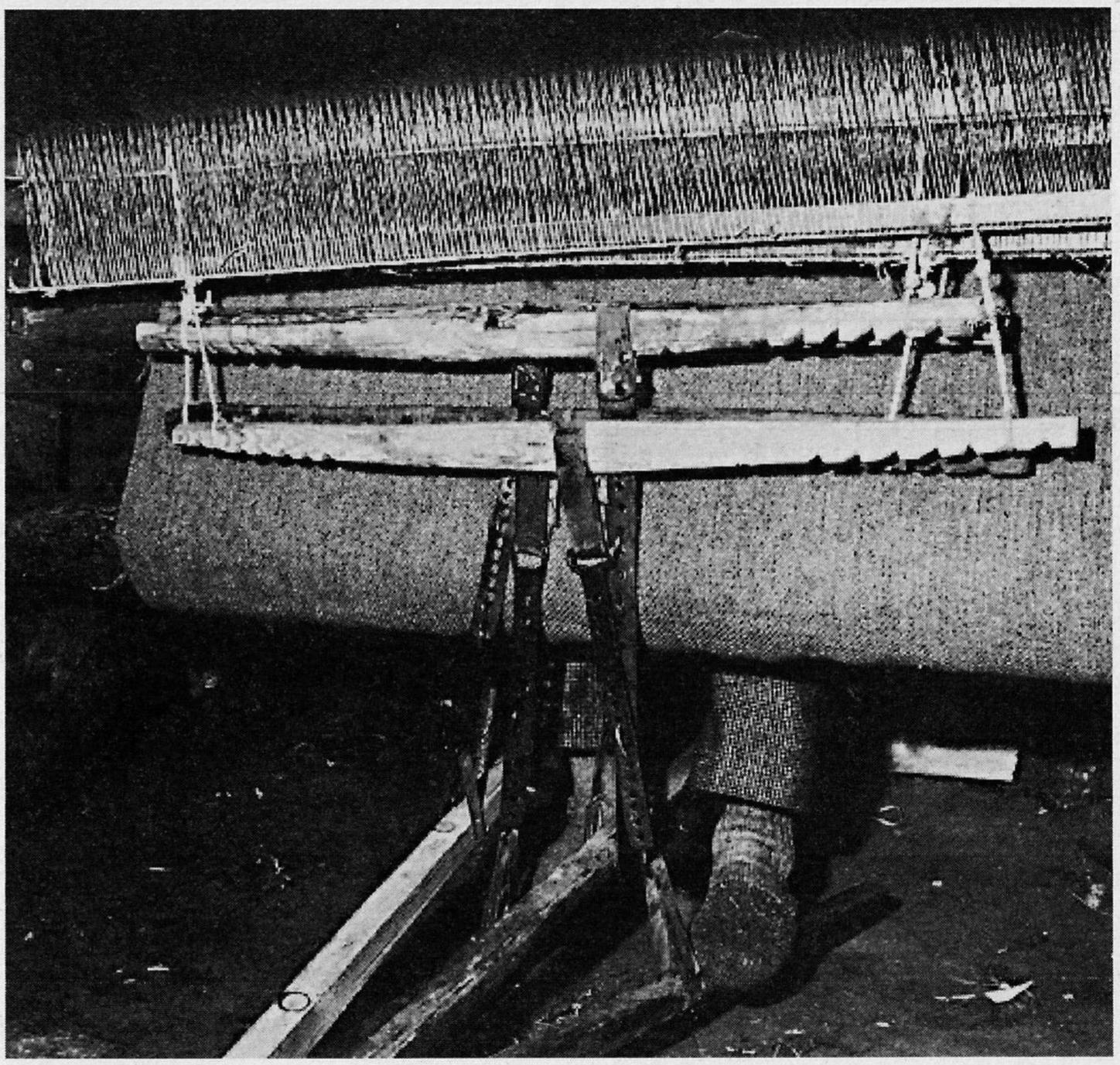
Angriffe auf Reallöhne, Krankenversicherung, Realwert der Pensionen, Arbeitszeit usw. verstärken sich. Selbst bisher lammfromme deutsche Gewerkschafter beginnen von „Horror"-Programmen zu sprechen.

Dabei wäre die Erhaltung und weitere Festigung der Massenkaufkraft wesentlicher Hintergrund zur Erhaltung und Festigung des Industriestandorts Europa. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind unbedingt notwendig, aber sie müßten auf positive Förderung vor allem „intelligenter" Produktionen in diesem Raum gerichtet sein, auf weitere Verbesserung der infrastrukturellen Bedingungen dieses Raums. Das schließt besondere Förderung von Wissenschaft und Forschung, von Qualifizierung der Arbeitskraft auf allen Ebenen mit ein. Daß das von allen Staaten in diesem Raum nur ungenügend geschieht, kann kaum von jemand bestritten werden. Je mehr Erfolg das Kapital mit seiner Art der Strukturpolitik hat, desto größer werden aber die Schwierigkeiten des europäischen Industrieraumes. Die Einkommen der Lohnabhängigen sind immer wichtigerer Teil der auf dem Markt auftretenden Kaufkraft. Werden die ersteren gedrückt, muß auch die letztere sinken. Das bedeutet eine Verlängerung der Absatzkrise und noch stärkeren Druck auf den Industriestandort europäische Zentralregion. Wo es um die eigenen Profitinteressen geht, ist das Kapital bei aller Begeisterung für Prinzipien der Marktwirtschaft nicht dogmatisch. In Österreich, wo die Zahl der Industriearbeitsplätze seit 1980 von 620.000 auf 480.000 zurückgegangen ist und 1994 ein weiterer Rückgang von 15.000 erwartet wird, schlug die Bundeswirtschaftskammer (die zentrale Interessenvertretung des Kapitals) am 29. Dezember 1993 ein neues „Schwerpunktprogramm" vor: Dort verlangt sie allen Ernstes, minderqualifizierte Arbeitskräfte zu tief unter den jetzigen Mindestlöhnen liegenden Sätzen zu beschäftigen, wobei der Staat die Differenz auf die Mindestlohnsätze zuschießen solle ... Es lebe die Deregulierung! Dem Kapital soll die Ausbeutungsrate gesichert bleiben, das Kaufkraftdefizit soll der Staat dazuzahlen. Da bei der zunehmenden Übergewichtung der Massensteuern dies erst wieder nur auf Kosten der Massenkaufkraft möglich wäre, „beißt sich dabei allerdings die Katze in den eigenen Schwanz". Wie groß dieser Fehlbetrag an Kaufkraft im industriellen Schwerpunktbereich Europas bereits ist, läßt sich – grob – aus der Zunahme der Arbeitslosenzahlen abschätzen. Wenn zum Beispiel allein in der BRD in den verflossenen drei Jahren die Zahl der durch Arbeitslosigkeit (einschließlich Kurzarbeit, Überbrückungshilfen usw.) nicht mehr voll Verdienenden um etwa drei Millionen Einkommensbezieher zugenommen hat und der Einkommensverlust im Einzelfall durchschnittlich nur 400 DM monatlich ausmacht, dann sind das etwa fünfzehn Mrd. DM Kaufkraftrückgang im Jahr. Das ist weit mehr als die BRD jährlich an beeindruckendem Außenhandelsüberschuß zum Beispiel mit Österreich erzielt.

Sonderfall Deutschland

Dabei ist die Lage in der Bundesrepublik keineswegs schlechter als die in den anderen Teilen dieses zentraleuropäischen Industriebereichs. Sie ist nur deutlich schlechter gegenüber der Position, die die BRD noch vor vier bis fünf Jahren innerhalb dieses Raumes eingenommen hat, als sie zu Recht als weltweit wirkende Konjunkturlokomotive galt. Wieso das? Nach allen Erwartungen der Katheder-Ökonomen hätte doch die Rück-

kehr von etwa 300 Millionen Menschen im Osten Europas zu kapitalistischen Marktverhältnissen vor allem für die an der Grenze zu diesem Raum ansässigen Kapitale große Entwicklungschancen bringen müssen. Jetzt scheint das Gegenteil einzutreten. In Großbritannien, das weitab von der „Ostöffnung" liegt, ist seit zwei Jahren ein leichter Wirtschaftsaufschwung festzustellen, in der BRD dagegen können selbst optimistischeste Wirtschaftsauguren nur eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit prognostizieren. Sie gehen zwar von einer allmählichen Zunahme der Gesamtwirtschaftsleistung aus, aber der Personalabbau gerade in den größten Industrieeinheiten, den Betrieben vieler transnationaler Konzerne, geht weiter.



Da sich die objektiven Bedingungen nicht verschlechtert haben, ja als Folge eben der „Ostöffnung" sogar verbessert haben müßten, kann die Ursache nur bei subjektiven, von Menschen getroffenen Entscheidungen, nämlich bei Maßnahmen der Wirtschaftspolitik gefunden werden.

Diese die heutige Lage bestimmenden Maßnahmen sind nicht schwer auszumachen: Es ist erstens die Ende der achtziger Jahre eingenommene Grundhaltung des internationalen Finanzkapitals zu den Veränderungen, die sich in den damals sozialistischen Ländern abzuzeichnen begannen. Zweitens und für die Lage Deutschlands bestimmend ist die auf diesem Hintergrund 1991 vorgenommene strategische Neuorientierung des deutschen Finanzkapitals.

Beides ist gescheitert. Die Haltung des internationalen Finanzkapitals war vom Bestreben gekennzeichnet, in den früher sozialistischen Ländern – unabhängig von der möglichen gesellschaftspolitischen Weiterentwicklung – die dort vorhandenen Wirtschaftsstrukturen regionaler, nationaler, ja globaler Arbeitsteilung möglichst weitgehend zu zerschlagen. Gorbatschow, aber auch Jelzin und alle anderen auf kapitalistischen Restaurationskurs befindlichen Nachfolgeregimes in diesem Raum warteten und warten bis heute vergeblich auf eine auch nur annähernd ausreichende Hilfe zur Bewältigung der Übergangsprobleme. Überlegungen hinsichtlich einer Neuauflage einer Art Super-Marshall-Plan erwiesen sich als propagandistische Seifenblasen. Die Zerschlagung der alten Strukturen ohne Schaffung neuer, die Abwertung ihrer Währungen bis weit unter den durch die damalige Binnenkaufkraft möglichen Kurs zerrütteten die wichtigsten, die Reproduktion bestimmenden ökonomischen Proportionen in diesen Ländern. Das führte zu einer vorher unvorstellbaren Senkung des Massen-Lebensstandards und damit zur Senkung auch der Kaufkraft in diesen Ländern und aus diesem Raum auf dem Weltmarkt.

Der Warenexport in diesen Raum ging insgesamt gegenüber den achtziger Jahren zurück. Selbst Kapitalexport für Realinvestitionen war nur an solche Standorte interessant, die in verkehrsgünstiger Lage zum zentraleuropäischen Ballungszentrum liegen (vor allem in Tschechien, Polen, Ungarn, der Slowakei und Slowenien). Das Absinken dieses Raums zum armen Hinterhof des europäischen Kapitalismus hat auch die Standortbedingungen des letzteren verschlechtert.

Die neue deutsche Finanzstrategie

In der Euphorie, die der „Übernahme" der früheren DDR folgte, hat das deutsche Finanzkapital ein neues strategisches Konzept entwickelt. Wirtschaftlich hatte dieses Konzept zwei Schwerpunkte. Erstens sollte die ehemalige DDR – wegen des Fehlens jeder eigenen Regierungsinstanz noch rascher als die anderen früheren RGW-Länder – der Gesetzmäßigkeit ungleicher kapitalistischer Entwicklung bei Dominanz des deutschen Finanzkapitals unterworfen werden. Im Ergebnis erfolgte hier tatsächlich die Vernichtung von Industriestandorten, die teilweise jahrhundertealte Tradition hatten. Mit „deutscher Gründlichkeit" wurde durch die Treuhandanstalt das Absahnen schneller Finanzprofite (z. B. durch die begünstigte Einschaltung von Spekulanten bei der Realisierung der rasch steigenden Grundstückpreise in den Städten) organisiert. Da diese Grundstücke vielfach als wichtigste „Aktiva" in den Bilanzen früherer DDR-Kombinate aufgeschienen waren, mußten die dafür von Spekulanten eingestreiften Gewinne dort natürlich ersetzt werden: Sie nahmen die Form von Schulden der „Treuhand"-Anstalt an. Bei Beendigung von deren Tätigkeiten werden diese Schulden insgesamt nahe an 300 Mrd. DM liegen – wahrhaftig der bisher größte Finanzskandal der BRD-Geschichte. Wie Schwärme von Heuschrecken schlossen sich den Großspekulanten – zum Teil als deren Handlanger – jene Hunderte von beamteten und politi-

schen Helfern an, deren Sucht nach rascher Bereicherung nur zum kleinen Teil in lokalen Skandalen bis zu Regierungskrisen in einzelnen Bundesländern sichtbar wurde. Aber dieser Riesenbetrag, der da insgesamt ins Rollen kam, wirkte nicht belebend – weder im Bereich der früheren DDR noch in den „alten Bundesländern".

Zusammen mit dem Industriestandort DDR wurde innerhalb von zwei Jahren auch der Markt DDR zerschlagen. Das schlug besonders stark auf den Industriestandort BRD durch. Zwischen 1988 und 1990 stieg die Auslastung der westdeutschen Industrie zwar von 88,7 auf 90,0 Prozent, aber schon bis 1992 war diese Auslastung auf nur mehr 80,4 Prozent zurückgegangen.

Die zweite wirtschaftspolitische Maßnahme war die Ende 1991 eingeleitete extreme Hochzinspolitik der deutschen Bundesbank. Das deutsche Finanzkapital wollte – gestützt auf die damals in Deutschland noch herrschende Hochkonjunktur und die neuen Möglichkeiten im Osten – möglichst viel verfügbares Finanzkapital auch aus anderen Währungsräumen für die Durchdringung „des Ostens" mobilisieren. Es machte dadurch aber Geld für reale Investitionen zu teuer, gerade zu einer Zeit, als die kippende Hochkonjunktur unbedingt „billiges" Geld erfordert hätte. Da in den USA zu gleicher Zeit die Wende zur Niedrigzinspolitik erfolgte und sich dort besonders seit der Wahl Clintons und der Rückkehr zu Keynesschen Grundsätzen eine Belebung abzuzeichnen beginnt, blieb die Auswirkung auf den Dollar-Raum eher bescheiden. Diese Finanzstrategie wirkte aber destruktiv auf die Partnerländer der BRD, führte schließlich zum Ausscheiden Großbritanniens und Italiens aus dem EG-Währungssystem. Dennoch blieb die BRD das dominierende Exportland Europas, das allein mehr exportiert als die beiden nächsten europäischen Industriestaaten (Großbritannien und Frankreich) zusammen. Der deutsche Außenhandelsüberschuß machte 1992 32,8 Mrd. DM aus. Auf die politischen Folgen dieses Scheiterns der neuen Oststrategie soll hier nicht eingegangen werden. Fest steht: Die 1991 von Kohl als Ziel erklärten „Vereinigten Staaten von Europa" sind heute weiter entfernt als damals. Unbestreitbar ist jedenfalls: Hauptgrund für die jetzigen Schwierigkeiten sind die angeführten *wirtschaftspolitischen* Maßnahmen des deutschen Finanzkapitals. Die Verantwortung für die Folgen trifft zur Gänze jene, die diese Maßnahmen gesetzt haben. Die jetzt eingeleitete „Standort"-Diskussion soll bei den Hauptleidtragenden an diesen Folgen das falsche Bewußtsein erwecken, daß sie Opfer einer objektiv notwendigen, also unbeeinflußbaren Entwicklung seien.

Perspektiven

Dabei wäre die Akzeptanz dieser Auffassungen nicht nur für die Arbeiterklasse sondern wirklich für die Standortbedingungen im europäischen Industrieraum existenzgefährdend. Sie könnte nur den Hauptfaktor der Kaufkraft weiter einschränken und die Bedingungen zur Überakkumulation von weiter unproduktiv bleibenden Finanzprofiten verbessern.

Daß – selbst unter kapitalistischen Bedingungen – zumindest regional begrenzt auch andere Entwicklungsvarianten noch Erfolg haben können, zeigt sich gegenwärtig nicht nur in den USA sondern als besonders interessante Variante in mehreren Ländern Südostasiens. Dies nicht mehr nur beschränkt auf die sogenannten „kleinen Tiger", deren schon zwei Jahrzehnte dauernder wirtschaftlicher Aufschwung wegen der geringen davon betroffenen Bevölkerungszahl bisher eher als nicht nachvollziehbare Ausnahme peripherer kapitalistischer Entwicklung angesehen werden konnte. Jetzt geht es um Staaten wie Malaysia, die Philippinen, Teile Indonesiens, Vietnams, Thailands und anderer Gebiete im Raum um das südchinesische Meer – zusammen über 300 Millionen Menschen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Entwicklung im weiter sozialistischen China zu: Nach Überwindung der Folgen der Kulturrevolution greift dort mehr und mehr das Konzept des Nachziehens einer autochthonen kapitalistischen Entwicklung unter Kontrolle einer vom eigenen Anspruch her weiter sozialistischen Staatsmacht. Hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung hat Vietnam zu ähnlichen Grundsätzen gegriffen und selbst in Nordkorea gibt es Anzeichen für eine bevorstehende Wende in diese Richtung. In deutlichem Gegensatz zum Wirtschaftsverfall in Ost- und Ostmitteleuropa weist China dadurch seit Jahren Wachstumsraten von etwa 10 Prozent auf. Bei über 1,1 Mrd. Menschen entsteht hier ein Potential dynamischer Wirtschaftsentwicklung, das bei der wirtschaftlichen Öffnung des Landes (seit Anfang 1994 ist auch die Währung grundsätzlich international konvertierbar) bedeutende Auswirkung auch auf die benachbarten kapitalistischen Länder hat.

Das hohe schon in der vorkapitalistischen Entwicklung erreichte Kulturniveau, die günstigen Kommunikationsbedingungen dieser Länder ermöglichen in Teilen von ihnen, daß die durch die Auflösung der vorkapitalistischen Subsistenzstrukturen freiwerdenden Menschen zum Teil als Proletariat einer autochthonen kapitalistischen Entwicklung gebraucht werden. Das schafft – zum Unterschied von anderen unterentwickelten Regionen – rasch an Bedeutung gewinnende Binnenmärkte in diesen Ländern. Daß sowohl China als auch dieser neue südostasiatischen Markt vom deutschen (und auch dem österreichischen) Kapital inzwischen „entdeckt" und von hochrangigen Delegationen besucht wurde, ist bekannt. Man kann schließlich diesen Raum nicht Japan überlassen, das größte Anstrengungen unternimmt, um diese „vor seiner Haustür" erfolgende Entwicklung zur Überwindung seiner eigenen Krise auszunützen, die bisher trotz innerhalb von eineinhalb Jahren aufgewandten (umgerechnet) rund 250 Milliarden Dollar für drei Konjunkturspritzen immer noch anhält. Es wäre natürlich eine Illusion, zu erwarten, daß das deutsche Finanzkapital daraus Schlüsse ziehen würde, was es „vor *seiner* Haustür" falsch gemacht hat. Aber für die Arbeiterbewegung Europas wird von größter Bedeutung sein, gleichzeitig mit der Abwehr des in Gang befindlichen „Horror"-Angriffs auf ihre Errungenschaften ein positives Alternativkonzept zu entwickeln. Grundlage für ein solches Konzept kann nur die Erkenntnis sein, daß die Abwehr der angelaufenen ökonomischen und sozialen Revanche-Offensive des Kapitals gleichzeitig wichtiger Faktor für die Erhaltung des Industriestandorts Europa ist, ferner aber, daß bei der heute erreichten Interdependenz im Wirtschaftsleben eine Lösung des Standortproblems der entwickelten Industrieregion nur bei gleichzeitiger Lösung der wirtschaftlichen Probleme ganz Europas möglich ist. ■

Hans KALT ist Ökonom und Journalist.

Zurück aus der Zukunft

Ein Erlebnisbericht

Christian DONNINGER

„Die Zukunft gehört Europa" lese ich voller Verwunderung auf den Plakatflächen. Ich habe das Vereinte Europa schon erlebt, deshalb gehört es bereits zu meiner Vergangenheit.

Wie so viele nicht »Kronen-Zeitung« lesende Zeitgenossen hatte ich das Bedürfnis, einmal dem österreichischen Sumpf für eine Zeitlang zu entkommen. Also ließ ich mich in meiner (damaligen) Firma (Siemens) auf die Liste der an einem Auslandsaufenthalt Interessierten setzen. Bereits nach wenigen Monaten, im Mai 1989, war es dann soweit. Das European Space Technology Centre (ESTEC) in Noordwijk/Holland suchte einen mathematisch gebildeten Computerfachmann mit Spanischkenntnissen.

ESTEC ist die zentrale Schaltstelle für alle Technologieprojekte der europäischen Raumfahrt. Laut Prospekt des Noordwijker Tourismus-Büros ein „think tank" mit 2000 hochqualifizierten Experten aus 13 europäischen Ländern. Ich selbst wurde von SIEMENS als „Consultant", quasi als Expertenberater, an die ESTEC verliehen.

Die schöne neue Welt

Zu Beginn war ich von der schönen neuen großen Welt begeistert.

Die erste Überraschung: mein Englisch ist gar nicht so schlecht, wie es meine Englischlehrerin immer behauptet hatte. Jedenfalls kann ich mich mit fast allen ESTEC Mitarbeitern vom ersten Tag an problemlos verständigen. Nur Leute, die in ihrer ursprünglichen Heimat auf der falschen Straßenseite fahren, sind manchmal etwas unverständlich. Sie sprechen offensichtlich eine andere Sprache.

Ein zunächst komisch wirkendes Völkchen sind die Österreicher. Zum Beispiel hat Peter, ein ansonsten sympathischer Mensch, die österreichische Fahne auf seinem Schreibtisch stehen. Natürlich darf auch ein Österreicher-Stammtisch, sowie aus Österreich privat importierter Wein, nicht fehlen.

Das Freizeitangebot auf dem großzügigen ESTEC-Areal ist umwerfend. Tennis, Schwimmbad, interne Fußballmeisterschaft in der eigenen Halle, Tanzkurs, Bibliothek mit Schallplatten-/CD-Sammlung, Golfplatz, Kunstklub, Sprachkurse, eigener Segelhafen ...

Nachdem mein Aufenthalt etwa drei Jahre dauern sollte, wollte ich auch Holland näher kennenlernen. Es war daher für mich selbstverständlich, die Landessprache zu lernen. Als ich meinen französischen Bürokollegen fragte, wo man dies am besten tut, meinte er: „Ich spreche kein Wort Holländisch, it's a waste of time" (reine Zeitverschwendung). Ich war baff, schließlich wohnte er bereits seit sieben Jahren mit seiner Familie hier. Falls seine Frau ein Kleid brauche, fahren sie nach Brüssel und sonst gehe er in den Supermarkt einkaufen. Die Kinder besuchen die internationale Schule, schließlich wolle er nicht warten, bis ihn das Rheuma in diesem kalt-verregneten Land hinweggerafft hat. Neugierig geworden, stellte ich fest, daß sich in meiner Abteilung nur ein einziger Ausländer in der Landessprache verständigen konnte (er war mit einer Holländerin verheiratet). „It's a waste of time" klingt mir noch heute in den Ohren.

Ich beschloß, trotzdem meine Zeit mit Holländisch zu verschwenden und erlebte in der Folge durch diese Luxusqualifikation so manche skurrile Situation. Eines Tages wurde ich von einem Kollegen zu Hilfe gerufen. „Chrilly, diese blöde holländische Kuh von Putzfrau versteht kein Wort Englisch. Sag ihr doch bitte, daß sie beim Abstauben nicht ständig meine auf der Fensterbank gestapelten Papierstöße durcheinanderbringen soll." Nach Protesten bei der Reinigungsfirma wurde sie schließlich durch eine englischsprachige Kraft ersetzt.

Kurz darauf wurde ich von der Obfrau des Tennisklubs gefragt, ob ich nicht bei Vergleichskämpfen für die Betriebsmannschaft spielen wolle. An und für sich bin ich auf Tennisturniere nicht sehr heiß. Die Hauptbeschäftigung eines Tennisturnieres besteht aus Warten. Trotzdem oder gerade deswegen sagte ich diesmal erfreut zu. Erhoffte ich mir doch, auf diese Weise mit Land und Leuten (besonders „Leutinnen") in Kontakt zu kommen. In der ersten Runde spielten wir gegen Petten, einem kleinen Dorf im Nordwesten Hollands. Statt gegen die Dorfelite ging es aber gegen die Auswahl des in Petten ansässigen internationalen Reaktor-Forschungsinstitutes – selbstverständlich auf deren eigenem, exterritorialen Tennisplatz. Das vorsorglich mitgenommene Holländisch-Wörterbuch erwies sich als ziemlich überflüssig.

Ursprünglich wollte die holländische Regierung auch die ESTEC in die relativ schwach entwickelte Region um Petten ansiedeln. Dies scheiterte aber am Njet der Raumfahrtbehörde. Nur Gebiete mit ausgezeichneter Infrastruktur kämen in Frage. Noordwijk erfüllte diese Bedingung. Es liegt in der sogenannten Randstadt, die sich von Amsterdam über Utrecht, Den Haag und Rotterdam zieht. Nach dem Pariser Großraum ist die Randstadt das zweitgrößte wirtschaftliche Ballungszentrum Europas.

Die zweite Runde der Tennismeisterschaft lautete ESTEC gegen Internationales Patentamt in Den Haag. Nachdem ich dem gemeinsamen Warten mit Patentamtbeamten aus aller Herren Länder keinen übermäßigen Reiz abgewinnen konnte, fand meine kurze Tenniskarriere ein abruptes Ende.

Es war sehr schön, Sisyphos

Nicht zuletzt durch meinen zweiten, aus England stammenden Bürokollegen, verbesserte sich auch mein Englisch. Ich verlor jedenfalls die Scheu, in einer fremden Sprache zu sprechen. Ich versuchte daher manchmal, mit den Kollegen ins Gespräch zu kommen. Doch je mehr ich sprach,

umso mehr hatte ich das Gefühl, schweigend ins Gespräch vertieft zu sein. Es waren nicht die fehlenden Worte, sondern die fehlenden gemeinsamen Vorstellungen und Bilder.

So wollte ich einmal in einer Besprechung eine Aufgabe mit dem Hinweis „das ist eine Sisyphos-Arbeit" ablehnen. Zu meiner Verwunderung stellte ich fest, daß ich nicht verstanden wurde. Die Verwunderung war umso größer, als die meisten Anwesenden Franzosen waren. Die sollten doch zumindest vom „Mythos des Sisyphos" von A. Camus gehört haben? Vielleicht habe ich es nur falsch ausgesprochen? Ich schrieb es auf, doch die Herkunft und die Tätigkeit von Mr. Sisyphos blieb weiter ein Rätsel. Es wurde beschlossen, daß weitere Nachforschungen „a waste of time" darstellen. Offensichtlich hatten die (französischen) Ingenieurschulen beschlossen, daß griechische Mythologie und Literatur „a waste of time" seien, und so konnte man darüber und damit nicht sprechen.

Eines schönen Samstag abends wurde ich von einer schwedischen Kollegin zu ihrem Geburtstagsfest eingeladen. Vor Verlassen der noblen, aber nicht sehr lustigen Stätte wurde ich von ihr gebeten, mich ins Gästebuch einzutragen. Die Vorhergehenden hatten bereits alle von einer „great party" geschrieben. Nun war guter Rat teuer. Eigentlich hatte ich es ziemlich zum Kotzen gefunden, andererseits fand ich die Frau ganz nett und wollte sie auch nicht vor den Kopf stoßen. Also schrieb ich auf deutsch „Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut." Nachdem sie etwas Deutsch konnte, hat sie die Wörter auch verstanden. Sie war ganz glücklich. „Weißt du Chrilly, wenn die anderen ‚great party' schreiben, weiß man nie, ob es ihnen wirklich gefallen hat. Aber du sagst immer ehrlich deine Meinung."

Das große schwarze „A"

Vor 1989 hatte der Nationalfeiertag für mich nur eine einzige Bedeutung, nämlich nicht arbeiten zu müssen. Doch am 25. Oktober 1989 packte mich plötzlich der Rappel. Von meinen vorhergehenden Streifzügen in Amsterdam kannte ich ein Geschäft mit Autopickerln aus allen Ländern der Welt. Also stieg ich in den Zug und erwarb ein großes schwarzes „A". Am nächsten Tag wurde es feierlich und weithin sichtbar in meinem Büro angebracht. „Na servas, bei dir geht das aber schnell", kommentierte Peter, der Mann mit der rot-weiß-roten Fahne, diesen Vorgang.

Noch war der Widerstand gegen den nationalistischen Virus aber nicht ganz gebrochen. Der Einladung der österreichischen Botschaft zur Feier des Nationalfeiertages folgte ich aber erst im darauffolgenden Jahr. Am 26. Oktober 1990 waren wir (meine Frau war inzwischen nachgekommen) aber bereits unrettbar verseucht. Auf einmal unterhielten wir uns mit Vergnügen mit Landsleuten, die ich in der Heimat als „hush puppies – reintreten und wohlfühlen" bezeichnet hätte. Voller Inbrunst sangen wir die bisher als scheußlich empfundene Bundeshymne.

Offiziell gibt es in der ESTEC keine Nationen, sondern nur die europäische Raumfahrt. Ganz offiziell inoffiziell wird aber zur Wahrung des nationalen Gleichgewichtes und zur Schaffung von jeweils nationalen Raumfahrtlobbies das Prinzip der „national distribution" genau eingehalten. Das heißt, das Verhältnis der ESTEC-Angestellten, das Auftragsvolumen an die jeweiligen nationalen Betriebe, richtet sich nach dem prozentuellen Beitrag des jeweiligen Landes am europäischen Raumfahrtbudget. Der österreichische Anteil ist etwa ein Prozent, also gab es erwartungsgemäß unter den 2000 Angestellten etwa 20 Österreicher. Entsprechend diesem Schlüssel erhalten österreichische Betriebe Aufträge in der Höhe von 300 Millionen Schilling jährlich. Diese revanchieren sich dafür und rennen dem Busek die Tür ein, damit er den österreichischen Beitrag weiter erhöhe. Dasselbe Karussell dreht sich in jedem Land und wenn man von ESTEC-Seite mangels einer geeigneten Industrie nicht weiß, was man um das viele Geld eigentlich kaufen soll, so nimmt man halt von Österreich sehr schöne und teure Thonet-Sessel für das Restaurant oder errichtet das Prüflabor mit spanischem Zement.

Frankreich buttert mit Abstand das meiste Geld in die Raumfahrt. Dementsprechend sind etwa 40 Prozent der ESTEC-Belegschaft Franzosen, der Posten des ESTEC-Generaldirektors ist de facto mit dem Besitz eines französischen Passes verbunden.

Interessanterweise trifft man die nationalen Symbole aber nur bei Angehörigen kleiner Nationen. So feierte die kleine schwedische Kolonie jedes Jahr sehr lautstark und sehr betrunken ihre Nationalheilige Lucia, während selbst der zweihundertste Jahrestag des Sturmes auf die Bastille spurlos vorbeiging. Für jeden Schotten dürfte ein Celtic Glasgow Poster zu den minimalen nationalen Pflichten gehören. Die zweitstärkste Gruppe, die Deutschen, haben selbst von ihrer nationalen Behörde die Anweisung, auf die Empfindlichkeit der anderen Rücksicht zu nehmen. „Deutschland, Deutschland über alles" würde in der Tat einige Irritationen hervorrufen.

Nationalismus ist in der Regel die Reaktion auf den Verlust der eigenen Identität oder die Begründung einer nicht vorhandenen bzw. bedrohten Herrschaft. Auch wenn – ein komisches – Englisch gesprochen wurde, so war das gesamte Klima französisch orientiert, die Dominanz Frankreichs innerhalb der europäischen Raumfahrt wird von niemandem angezweifelt. Innerhalb der abgeschlossenen ESTEC-Welt war somit jeder Franzose daheim. Mit dem feindlichen Holland jenseits des Sicherheitszaunes versuchte man den Kontakt zu minimieren. Holland und die Holländer waren eigentlich nur der Gegenstand endloser Schimpf- und Jammertiraden auf den ESTEC-Parties.

Diese nationale Dominanz fand aber nie offen, aggressiv statt, sondern bestand einfach darin, daß sich Franzosen eben so benahmen, wie sich ein Franzose benimmt. Auf eine subtile, schwer beschreibbare, aber auf die Dauer deutlich fühlbare Weise ist das doch wesentlich anders als die österreichische Art.

Zum Beispiel ist die Konversation in Frankreich eine eigene Kunst für sich. Der überwiegende Rest der ESTEC-Menschheit hatte dafür nur den Ausdruck „Quatschköpfe" übrig. Bei mir steigerte sich diese Abneigung im Laufe der drei Jahre beinahe ins Pathologische. Ich brachte das Mittagessen nicht mehr hinunter, wenn sich eine Gruppe von Franzosen an denselben Tisch setzte und diese in ihrem unverwechselbaren Akzent versuchten, möglichst schnell englische Worte hervorzubringen. Noch heute zucke ich zusammen, wenn ich in Wien in der Linie „U 1" unterwegs bin und einen französischstämmigen UNO-Beamten vernehme (interessanterweise störte mich eine in Französisch abgehaltene Konversation überhaupt nicht).

Auf die Frage meiner Frau, was mir die Franzosen eigentlich getan hätten, wußte ich nie ein vernünftige Antwort. Das Argument, daß sie halt Franzosen seien, überzeugte sie nicht übermäßig.

„Shit" und „Scheiße" sind nicht dasselbe

Zumindest innerhalb des ESTEC-Territoriums spricht man nicht nur, sondern denkt auch in englisch. In gewisser Weise verändert man damit auch sein Bewußtsein und seine Persönlichkeit.

Eines der gesellschaftlich wichtigsten Ereignisse war die interne ESTEC-Tennismeisterschaft. Den (emotionellen) Stand einer Partie konnte man dabei immer an der verwendeten Sprache ablesen. Zu Beginn herrschte das gewohnte ESTEC-Englisch, man verfluchte einen verschlagenen Ball mit „shit" oder die eigene Unfähigkeit mit „bloody bastard". Wurde es aber richtig heißumkämpft und spannend, wechselten plötzlich alle in ihre Muttersprache und es schallte ein vielstimmiges „Scheiße", „Merde" über den Platz. Selbst die Flüche der Engländer wechselten deutlich den Tonfall und wurden immer unverständlicher. Euro-Englisch ist nicht die Sprache des Herzens und der Gefühle, auf der anderen Seite hätte zumindest jeder Tennisspieler ohne ein Wort zu verstehen, sehr gut verstanden, was in einem vorgeht, wenn der entscheidende Ball um fünf Zentimeter außerhalb des Feldes landet.

Die Krümmung der europäischen Gurke

Einem guten Euro-Bürokraten ist auch die Biegung der Gurke nicht egal und so ist – meines Wissens – nur eine um fünf Grad gebogene Gurke eine gute Euro-Gurke. Auch ein Euro-Penis gehört natürlich in AIDS-Zeiten, wie diesen, genormt. Es erhebt sich die Frage, haben die denn nichts Besseres zu tun? Die Antwort ist einfach: Nein.

Obwohl die ESTEC rein formal keine europäische Behörde ist, so besteht doch die wesentliche Aufgabe der 2000 Denk-Tanker darin, Ausschreibungen zu verfassen, die Offerte von Firmen zu bewerten und die Ergebnisse dieser Arbeiten zu überprüfen. Das heißt, im wesentlichen handelt es sich um die bürokratische Ar-

beit einer zentralen Verwaltungsstelle mit bis zu 15 Jahre langen Plänen.

Laut einer ESTEC-internen Studie entstehen durch Überspezifikation seitens der ESTEC mindestens zehn Prozent (das sind drei Milliarden Schilling pro Jahr) Mehrkosten. Wie ihre Brüsseler Kollegen hatten auch die ESTEC-Angestellten die Tendenz, alles bis ins kleinste Detail vorzuschreiben. Eine beliebte ESTEC-Karikatur zeigt einen verzweifelten ESTEC-Techniker vor einem total verbogenen, qualmenden, offensichtlich nicht funktionierenden Apparat. Darunter der Kommentar: „Oh nein, die haben genau das gemacht, was ich Ihnen angeschafft habe."

Tatsächlich saßen viele bis in die Nacht in ihren Büros, reisten zwei bis drei Mal pro Woche kreuz und quer durch Europa. Eine gewöhnliche Dienstreise hieß „mission". Auch hier kann die Frage, ob sie nichts Besseres zu tun gehabt haben, mit einem klaren Nein beantwortet werden. Außerhalb des ESTEC-Zaunes war nur ein unbekanntes, nicht sehr schönes und überbevölkertes Land, dessen Sprache sie nicht sprachen, dessen Menschen einen klobigen und geizigen Eindruck machten (beliebter ESTEC-Witz: Wie entstand der Grand Canyon? Ein holländischer Tourist hat eine Zehn-Cent-Münze verloren und nicht gleich wieder gefunden), dessen feucht-kaltes Klima sie haßten (ESTEC Witz: Heuer haben wir es gut. Der Sommer fällt auf einen Samstag).

Nur innerhalb des Zaunes war ihre Welt.

Obwohl ich gut Holländisch sprach und an Land und Leuten sehr interessiert war, hatte ich ebenfalls beträchtliche Mühe, mit eben diesen in Kontakt zu kommen. Man ist fremd, verbringt den größten Teil seines Tages im in jeder Hinsicht exterritorialen Gelände. Es ist ziemlich anstrengend und verwirrend, innerhalb kürzester Zeit zwischen drei Sprachen, drei Kulturen und Umgangsformen hin und her zu wechseln. Die wenigen holländischen Kollegen sind froh, wenn sie am Abend wieder im eigenen Land daheim sind.

Statt irgendwelche mehr oder weniger wichtigen Dokumente zu verfassen und mehr oder minder wichtige „meetings" zu organisieren oder Europa zu missionieren, erschlug ich die Zeit im goldenen Käfig, im Exildorado, mit der Abfassung eines Computer-Schachprogrammes. Genauso sinnlos, aber zumindest machte es mir Spaß. Interessanterweise war dieses Programm, diese Abkehr von der Welt, der Schlüssel, der mir letztendlich das Tor zur holländischen Gesellschaft etwas öffnete.

Es ist wärmer

Wieder in Österreich lebend, weilte ich im Mai 1993 auf Einladung einer holländischen Versicherung bei einem großen Schachturnier in Den Haag. Auf den Spuren der vergangenen Zukunft besuchte ich auch die ESTEC und traf dort meinen alten französischen Bürokollegen. Er hat sich in der Tat nicht vom Rheuma fressen lassen und ist nach Frascati bei Rom zum italienischen Ableger ESRIN übersiedelt. Eine kurze Mission führte ihn an diesem Tag nach Noordwijk. Auf meine Frage, welchen Eindruck er von Italien habe, ob es besser als Holland sei, meinte er, „es ist wärmer dort". ■

Dr. Christian DONNINGER ist Mathematiker und Experte für Schachprogramme.

Konjunktur für wen?

Jürgen KUCZYNSKI

Zunächst ein Irrtum der Marxisten, eine Selbstkritik betreffend einen Fehler, den auch ich lange Zeit hindurch gemacht habe. Marxisten reden und schreiben von Monopolen im Kapitalismus und vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, gedankenlos Lenin nachplappernd.

Beseitigung einiger Irrtümer

Selbstverständlich war der Kapitalismus zu Lenins Zeiten und auch noch einige Zeit nach seinem Tode durch Monopole charakterisiert, und selbstverständlich sollte man damals vom staatsmonopolistischen Kapitalismus sprechen. Aber heute? Aber seit dem Zweiten Weltkrieg? Das Monopol von Ford in den USA ist seit langem durch die Beherrschung des Marktes seitens dreier Großkonzerne ersetzt. Und genau das gleiche gilt etwa für das Monopol von IG-Farben zur Weimarer Zeit heute in Deutschland. Gegenwärtig herrscht nicht das Monopol, sondern das Oligopol, denn das Kapital hat längst die schon von Lenin dargelegten Nachteile des Monopols auch für den Kapitalismus selbst begriffen und wacht sehr sorgfältig darüber, daß sich keine Monopole herausbilden.

Sodann zu dem albernen Begriff des von bürgerlichen Wissenschaftern erfundenen Bruttosozialprodukts, dessen Steigen oder Sinken die Besserung oder Verschlechterung der Konjunktur anzeigen soll. Bekanntlich steigt und sinkt das Bruttosozialprodukt, wenn etwa die Ausgaben der Sozialversicherung steigen oder sinken. Eine Grippewelle läßt zum Beispiel die Ausgaben der Krankenversicherung, also das Bruttosozialprodukt, steigen und zeigt so eine Verbesserung der Konjunktur an. Ein amerikanischer Wirtschaftswissenschafter hat errechnet, daß die Hälfte der Steigerung des Bruttosozialprodukts der USA im Jahre 1991 auf gestiegene Krankenkosten zurückzuführen ist. Umgekehrt muß ein sich bessernder Gesundheitszustand der Bevölkerung eine Verschlechterung der Konjunktur anzeigen.

Schließlich ein marxistischen wie bürgerlichen Wissenschaftern gemeinsamer Unsinn. Sie alle sprechen heute von den führenden Industriestaaten in der Welt und meinen damit entweder die „großen Sieben", also die USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und Kanada, oder die 24 in der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD) zusammengeschlossenen Staaten.

Zweifellos produzieren die USA mehr Industriegüter als irgendein anderer Staat. Aber sind sie deshalb ein Industriestaat? Keineswegs! Sind dort doch nur 17 Prozent aller Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe tätig, weniger als ein Fünftel aller Beschäftigten! Und im zweitgrößten Industriestaat der Welt, in Japan? Dort sind es 24 Prozent, weniger als ein Viertel. Die sogenannten Industriestaaten sind in Wirklichkeit Dienstleistungsstaaten geworden.

Das wäre an sich kein Unglück, wenn die Dritte Welt über genügend Industriegüter, über genügend Nahrungsmittel, Bekleidung und Wohnungen verfügen würde. Aber davon kann natürlich nicht die Rede sein. Und so verwandelt sich die Erste Welt in eine parasitäre Welt, in der es „natürlich", da es sich um eine kapitalistische Welt handelt, auch noch Arme gibt, die aber ihrem ganzen Charakter nach parasitär geworden ist.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß Marx im vollendeten Kommunismus eine Welt ohne Industriearbeiter vorausgesehen hat, eine Welt vollautomatischer Fabriken, in denen nur noch Wächter und Reparaturarbeiter, jeder für vielleicht zwei Jahre, beschäftigt sind – der Rest des Lebens ist vernünftig und arbeitsam verlebte „Freizeit", sei es als Kunsttischler oder Wissenschafter, als Kunstgärtner oder Schriftsteller, in der aber allen ein ausreichender Lebensstandard garantiert ist.

Seit der ersten zyklischen Krise im Jahre 1825 ist die Arbeitslosigkeit stets in der Krise, oft ganz steil, angestiegen und in den Jahren der nachfolgenden Konjunktur wieder abgesunken.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Jedoch können wir zwei Perioden der Entwicklung unterscheiden. Die erste reicht von 1825 bis zum Ersten Weltkrieg. In dieser Periode fiel die Arbeitslosigkeit in der Phase der Hochkonjunktur oft so weit ab, daß es Arbeitermangel gab. In der zweiten Periode, die vom Ende des Ersten Weltkrieges bis 1993/94 reicht, fiel die Arbeitslosigkeit im allgemeinen in den Zeiten der ansteigenden Konjunktur, aber lange nicht so stark wie zuvor, und Arbeitermangel in Zeiten der Hochkonjunktur wurde zu einer Seltenheit.

Wenn der bedeutende Wirtschaftswissenschafter John Maynard Keynes 1936 seine „Demand Theory" veröffentlichte, seine Theorie, daß man in schlechten Konjunkturzeiten den Verbrauch durch eine niedrige Zinspolitik und durch Verschuldung des Staates infolge steigender Sozialausgaben stärken müsse, dann ist das auf das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit in Zeiten relativ guter Konjunktur und zugleich auf die nach dem ersten Weltkrieg in so vielen Ländern herrschenden Depression besonderer Art, das heißt, auf die recht ungenügende, aber natürlich doch gegenüber der Krise deutlich bemerkbare Besserung der Konjunktur zurückzuführen.

Die Entwicklung der Reallöhne und Realgehälter

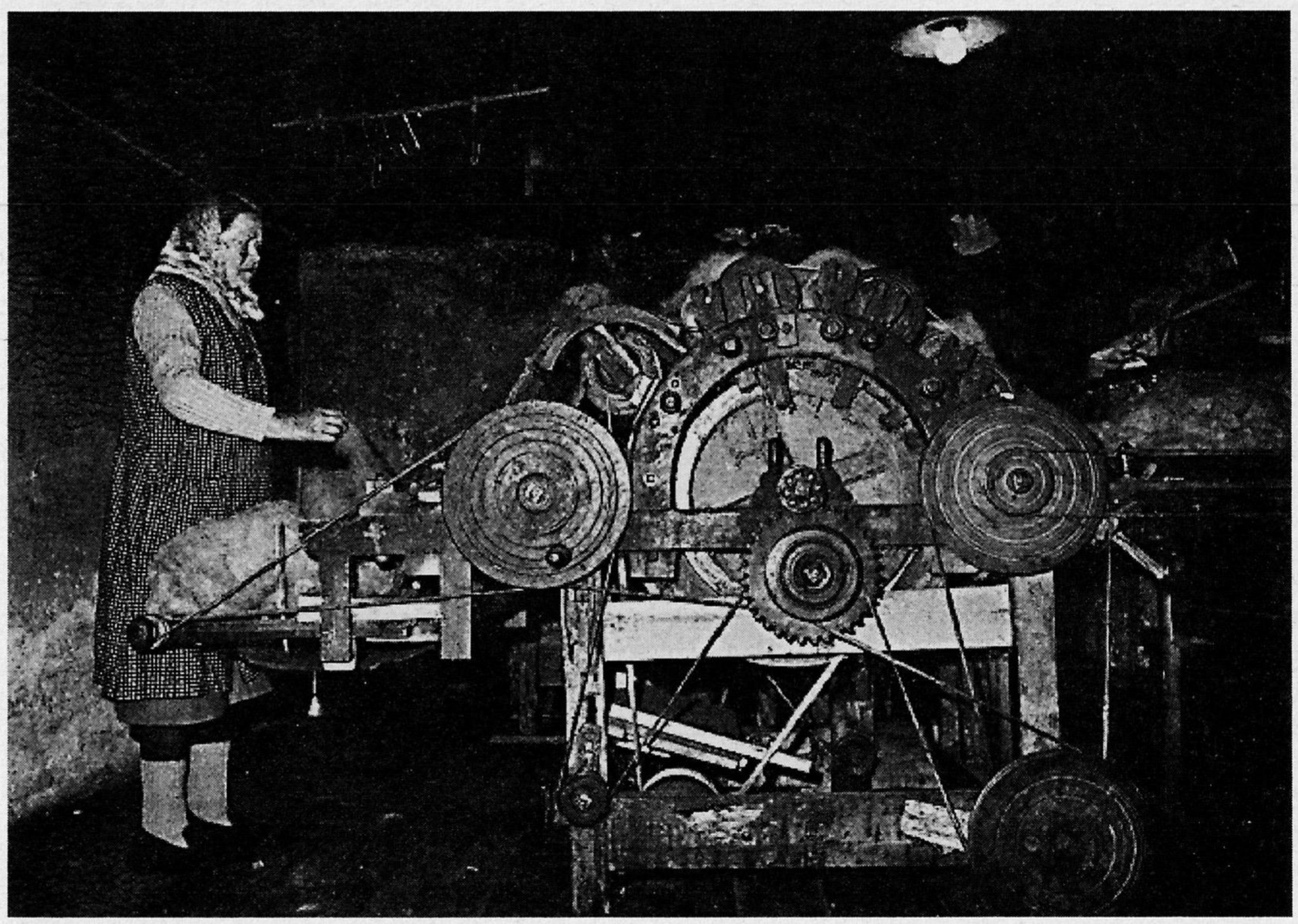
Selbstverständlich sank die Kaufkraft der Bevölkerung, wenn die Arbeitslosigkeit stieg, und selbstverständlich stieg sie, wenn die Arbeitslosigkeit zurückging.

Die Senkung wie auch die Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung wurde aber nicht nur durch die Bewegung der Arbeitslosigkeit, sondern auch durch die Bewegung der Reallöhne und Realgehälter beeinflußt. Zwar stiegen bei sich bessernder Konjunktur Reallöhne und Realgehälter oft nur wenig, stets viel weniger als die Profite des Kapitals, stets auch viel weniger als die nominellen

Löhne und Gehälter, da auch die Einzelhandelspreise stiegen, aber sie gingen doch mehr oder weniger herauf, und waren so eine weitere Stütze der Konjunktur.

Das Sozialsystem

In der Blüte der Feudalzeit war die Existenz der großen Masse der Bevölkerung im großen und ganzen gesichert. Selbst die Bettler waren oft ausgezeichnet organisiert, und wenn die katholische Kirche auch Bettelrorden umfaßte, so bedeutete das keineswegs, daß diese Mönche besonders arm waren und nicht ausreichend zu essen oder zu kleiden oder zu wohnen hatten.



Diese Maschine zum Kämmen der Wolle besteht ganz aus Holz und wurde bis vor wenigen Jahren mit Wasserkraft angetrieben.

Die Zeiten änderten sich mit dem Verfall der feudalen und dem Aufkommen der kapitalistischen Gesellschaft. Es begann ein grausamer Verfall der Lebenssicherheit der Menschen, und ein zunehmender Teil der Bevölkerung mußte oft hungern, sich in Lumpen kleiden und in jämmerlichen Verhältnissen Unterkunft suchen.

Die erste Wandlung der Situation beobachten wir in dem fortgeschrittensten kapitalistischen Lande, in England, als es den Arbeitern gelang, für einen Teil von ihnen 1847 den gesetzlichen Zehnstundentag durchzusetzen. Seitdem, also in den letzten rund 150 Jahren, haben im Kampf die Arbeiter, und in unserem Jahrhundert mehr und mehr auch die Angestellten, eine stete Verbesserung ihrer sozialen Lage durchgesetzt.

Nicht daß die Armut in den führenden kapitalistischen Ländern abgeschafft wurde. Aber die soziale Unterstützung in Zeiten der Not, sei es der Arbeitslosigkeit oder Krankheit oder der zunehmenden Anstrengung der Arbeit durch die Länge der Arbeitszeit, wurde ausgeweitet, und ebenso wurde durch ein Rentensystem die Not des Alters etwas gemildert. Ein Musterbeispiel in den achtziger Jahren unserer Jahrhunderts waren Schweden und Neuseeland; auch die Situation in der Bundesrepublik Deutschland war relativ(!) erträglich.

Eine völlig neue Situation: Eine gespaltene Konjunktur

Gegenwärtig geht eine grundlegende Wandlung der Situation vor sich. Sie sei zunächst an einem Beispiel illustriert. Am 20. Dezember 1993 veröffentlichte die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) folgende Perspektive für die Gestaltung der Verhältnisse in Europa (unter Ausschluß der Länder Osteuropas):

Jahr	Sozialprodukt/ Prozent	Arbeitslosigkeit/ Prozent
1993	- 0,2	10,7
1994	+ 1,5	11,4
1995	+ 2,6	11,5

Natürlich sind die einzelnen Zahlen bedeutungslos. Aber von größter Bedeutung ist die Richtung, in der sie sich bewegen. 1994 und 1995 eine Verbesserung der Konjunktur für das Kapital und eine Verschlechterung der Konjunktur für die große Masse der Bevölkerung durch Steigerung der Arbeitslosigkeit. Dazu kommt eine fortlaufende Senkung der Reallöhne und Realgehälter, wie sie das Kapital nicht nur plant, sondern auch in Ländern, in denen der Tiefpunkt der Krise seit längerem erreicht und der Aufschwung der Wirtschaft eingesetzt hat, wie in Großbritannien, auch durchgeführt wird. Dazu kommt, wie er dort, ebenso wie in Deutschland oder Frankreich, in Schweden und anderswo durchgeführt wird, ein rapider Abbau des Systems der sozialen Sicherung der Lage der Werktätigen.

1994 oder 1995 wird in den führenden Ländern des Kapitals die zyklische Krise ihr Ende finden und eine sich bessernde Konjunktur für das Kapital einsetzen. Für die große Masse der Bevölkerung aber wird sich die Lage mit steigender Arbeitslosigkeit, sinkendem Realeinkommen und zerfallendem Sozialsystem verschlechtern. Wir werden eine gespaltene Konjunktur haben, eine sich verbessernde für das Kapital und eine sich verschlechternde für die große Masse der Bevölkerung.

Marx würde sagen, wir erleben die ersten Schritte auf dem Wege in die Barbarei. Wie weit wir diesen Weg gehen werden, hängt einzig und allein vom Kampf der Werktätigen gegen das Kapital ab. ■

Prof. Dr. Jürgen KUCZYNSKI ist Historiker und Ökonom in der ehemaligen DDR (Berlin).

Rechtsentwicklung in den evangelischen Kirchen Osteuropas

Balázs NÉMETH

Ich konzentriere mich in meinen Ausführungen auf die osteuropäischen evangelischen Kirchen in der Zeit des Postkommunismus. Damit ist keineswegs gesagt, daß in den westeuropäischen Kirchen keine Rechtsentwicklung anzutreffen sei, aber während solche Tendenzen sich im Osten unverblümt und ungeschminkt artikulieren, werden sie im Westen geschickter kaschiert, verharmlost oder heruntergespielt.

Es muß allerdings vorausgeschickt werden, daß die spezielle Lage der evangelischen Kirchen in Osteuropa unterschiedliche Ausformungen der Rechtstendenzen bewirkt, wenngleich diese auch in den anderen Kirchen anzutreffen sind. Diese Unterschiede sind zuerst die Minderheitssituation der evangelischen Kirchen in Osteuropa. Auch in Ungarn, wo ihr Anteil am höchsten liegt, machen sie nur 25 Prozent der Bevölkerung aus, wogegen ihr Anteil sich in den meisten anderen Ländern unter der 10-Prozent-Marke bewegt. Der zweite Unterschied ist dadurch gegeben, daß die evangelischen Kirchen Nationalkirchen sind, die weder ein internationales Zentrum noch ein Oberhaupt außerhalb ihres Landes kennen; aber dafür ist bei ihnen ein starker Regionalismus anzutreffen.

Die Rechtsentwicklung in den evangelischen Kirchen Osteuropas artikuliert sich an verschiedenen Punkten, von denen die folgenden die bedeutendsten sind.

Restauration

1. Der erste Punkt ist eine allgemeine Tendenz zur Restauration.

Freilich wird sie nicht als solche genannt, aber es läuft darauf hinaus, wenn Kirchen ihre erste Aufgabe in der Wiedergewinnung all jener Besitztümer sehen, die sie vor 1945 besessen haben. In dieser Restituierung wird ein Akt der Gerechtigkeit gesehen. In vielen Ländern ist die neue staatliche Gesetzgebung diesen kirchlichen Bestrebungen gegenüber sehr großzügig (besonders da, wo die Evangelischen eine starke Minderheit bilden), um die Wählerschaft im kirchlichen Bereich für sich gewinnen zu können. In vielen Ländern beschleunigen die evangelischen Kirchen das Tempo der Rückgewinnung ihrer früheren Besitztümer aus Angst vor den nächsten Wahlen, die vielleicht die Ablöse einer rechtskonservativen Regierung durch eine liberale, womöglich durch eine sozialistische bewirken könnten. Diese Ungeduld hat auch bei vielen Christen, ja sogar in konservativen Kreisen, erheblichen Unmut ausgelöst. Dieser Unmut entzündete sich meistens an der Schulfrage.

Diese restaurative Tendenz, die das Rad der Geschichte auf die Zeit vor 1945 zurückdrehen und dort ansetzen möchte, wo die Kirchen ihre Positionen aufgeben mußten, spielt sich auf verschiedenen Ebenen ab.

Die erste ist die Forderung nach der Rückgabe der kirchlichen Schulen, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen und zum Teil auch landwirtschaftlicher Nutzflächen. Diese Rückgabe ist nicht nur mit äußeren Problemen verbunden – wie das vorhin erwähnte beschleunigte Tempo –, sondern auch mit ungeklärten kircheninternen Schwierigkeiten, wie die langfristige Finanzierung zum Beispiel der Schulen – und eine der Quantität entsprechende Qualität der Einrichtungen. In vielen Fällen geht der Wunsch der Kirchen über die Rückgabe der früheren Einrichtungen hinaus. Zum Beispiel in Ungarn wurde vor kurzem eine Universität der Reformierten Kirche mit drei Fakultäten eröffnet, obwohl sie eine solche Einrichtung früher nie besessen hatte.

Die zweite Ebene der Restauration äußert sich in der Wiederentdeckung von kirchlichen Persönlichkeiten der Zwischenkriegszeit als neue Leitfiguren. Konservative Kirchenmänner werden nur deshalb kritiklos präsentiert und geehrt, weil sie alte Werte verkörperten und antikommunistisch waren. Dabei wird nicht darauf geschaut, daß sie oft daneben nationalistische und rassistische Ansichten vertreten haben. Diese Personalisierung hat dazu beigetragen, daß die Lage der Zwischenkriegszeit verherrlicht wird, ohne auf die triste soziale Lage einzugehen. In diesen Rahmen paßt auch die starke kirchliche Präsenz bei der halboffiziellen Beerdigung des ungarischen Reichsverwesers Horthy, der der reformierten Kirche angehörte.

Die dritte Ebene der Restauration zielt auf die Rückgewinnung der gesellschaftlichen Positionen der Kirchen, die sie in der spätfeudalistischen Zeit gehabt haben. Wenn auch in den evangelischen Kirchen vom christlichen Abendland weniger gesprochen wird, dennoch inhaltlich sind sie der Ansicht, daß Politik, Kultur und Gesellschaft nach sogenannten christlichen Standpunkten ausgerichtet und die Kirche an den Schalt- und Repräsentationsstellen der Gesellschaft respektvoll und maßgeblich präsent sein muß.

Da merkt man, daß Restauration ein rückwärts gewandtes Gesicht bedeutet, um Machtpositionen heute historisch legitimieren und die Lücke in einem ideologischen Vakuum ausfüllen zu können. Es wird dabei freilich mit dem früher Gewesenen selektiv umgegangen und aus der Geschichte nur das herausgeholt, was den Kirchen heute Vorteile bringt. Allerdings wird auch so die Diskrepanz zwischen Ideal und Realität sichtbar, da frühere Konstellationen nicht nahtlos auf eine veränderte Gesellschaft übertragbar sind.

Nationalismus

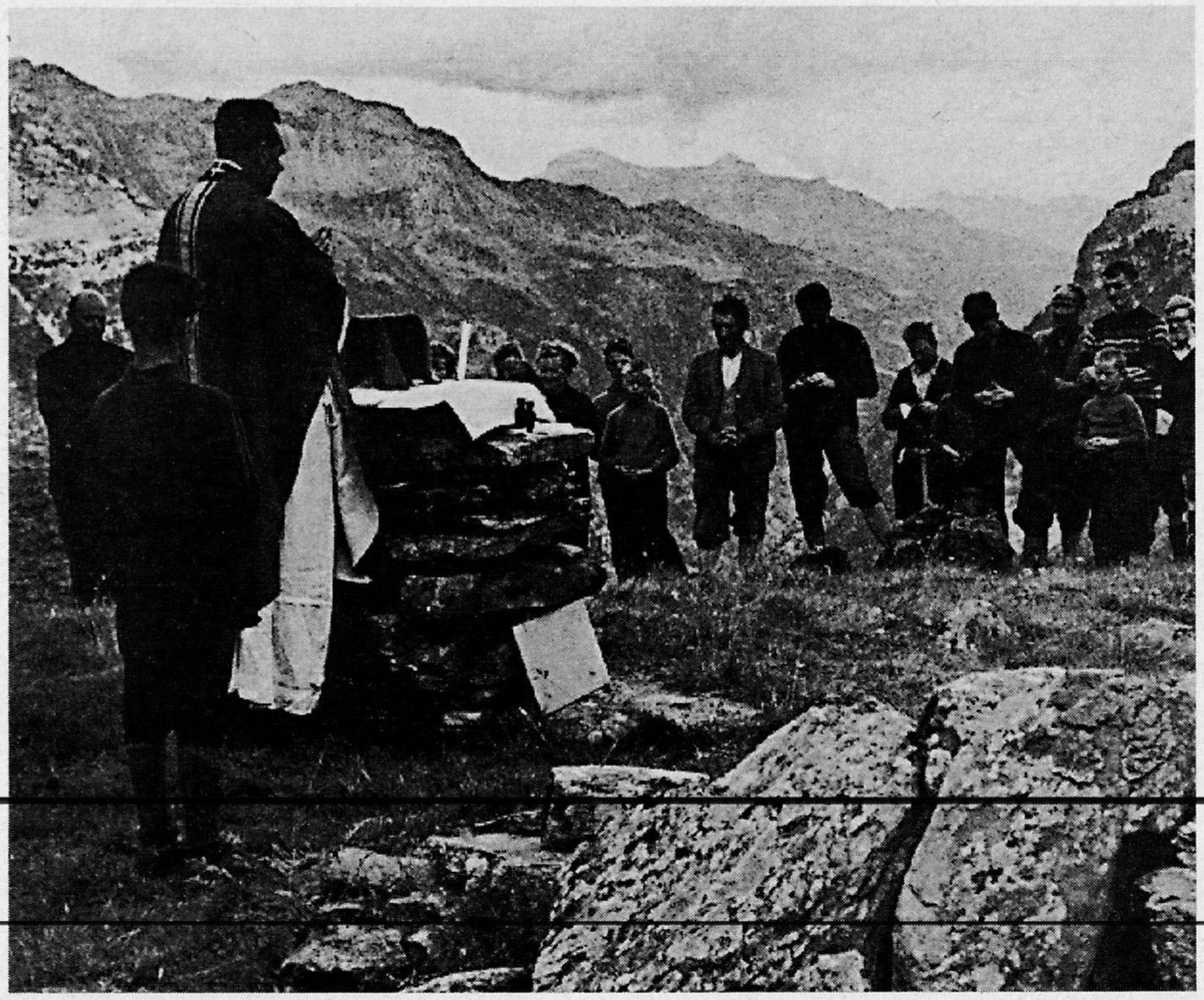
2. Nationalismus ist der zweite Punkt, wo Rechtsentwicklung in den evangelischen Kirchen sich äußert. Nach der Rückgewinnung früherer Positionen bezeichnen alle evangelischen Kirchen in Osteuropa den Dienst am eigenen Volk und die Pflege des nationalen Bewußtseins als ihre zweitwichtigste Aufgabe. Der nationale Gedanke – und überhaupt der Nationalismus – hat im evangelischen Bereich eine spezielle Affinität dadurch, daß seit der Reformation Bibel und Verkündigung mit der nationalen

Sprache und Kultur verbunden waren, im Unterschied zur „lateinischen“ katholischen Kirche.

Freilich, das jetzige nationale Bewußtsein der evangelischen Kirchen geht über die nationale Kultur hinaus, weil in der kirchlichen Verkündigung wird sehr häufig zwischen Volk Gottes und dem eigenen Volk eine Identität geschaffen. Demzufolge wird die Pflege des nationalen Bewußtseins zu einer wichtigen, eigentlichen, kirchlichen Aufgabe. Es ist keine Seltenheit, daß Pfarrer ihre Zuhörer als Blutsbrüder und -schwestern ansprechen, um nur dieses eine Beispiel hervorzuheben, was eine fatale Ähnlichkeit mit der sogenannten Blut- und Bodenideologie der NS-hörigen deutschen Christen aufweist. Viele evangelische Kirchen gehören einer nationalen Minderheit an, und somit fallen oft kirchenleitende Aufgaben mit der Führung einer Minderheit zusammen.

Es ist ebenfalls symptomatisch, daß alle evangelischen Kirchen in Osteuropa für eine Rücknahme der sogenannten Fristenlösung eintreten; die Motive dafür sind allerdings nicht moral-theologischer sondern völkisch-nationalpolitischer Art, damit das eigene Volk nicht zu einem sterbenden Volk werde.

Überhaupt stachelt Angst den Nationalismus an. So betonen viele evangelische Predigten, daß das eigene Volk von Feinden umgeben sei, die es verschlingen möchten, und daß das eigene Volk in der Vergangenheit schon viel erlitten habe. Damit wird auf ein beliebtes Motiv hingewiesen, das „Golgatha“ der eigenen Nation. Genauso erzeugt die Angst vor dem Verlust der völkischen Sauberkeit gewisse Feindbilder. Das Ergebnis davon ist: nur sehr weiche Stellungnahmen der Kirchen zur stärker werdenden Zigeuner-Diskriminierung und zur Problematik des Antisemitismus.



In vielen kirchlichen Äußerungen schwingt unterschwellig die Zielsetzung mit, die Landesgrenzen nach der Fülle des nationalen Bewußtseins zu gestalten, auch wenn damit Grenzen und Friedensverträge verändert und bestehende Staaten aufgestückelt würden. Triebfeder von kirchlichen Einigungsbestrebungen sind oft weniger theologische als nationale Überlegungen nach dem Motto „Was einmal zusammengehörte, muß wieder eines werden.“

Im Schatten der antikommunistischen und angstmachenden Katze können Nationalismus und Rassismus gut gedeihen! Freilich, der kirchlich legitimierte und auch oft abgesegnete Nationalismus hat in Wirklichkeit eine ganz andere Funktion. Er lenkt von den brennenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen ab, er legitimiert das Ausblenden der sozialen Frage – die besonders deshalb obsolet geworden ist, da das Wort allein an den Sozialismus erinnert – und schließlich kittet er das nach der Wende eingetretene Auseinanderdriften der verschiedenen Strömungen in den evangelischen Kirchen. Es ist nicht schwer zu erraten, wie – langfristig gesehen – die nationalistische Botschaft der Kirchen als Ersatz für die Klärung der sozialen Fragen in einer Gesellschaft wirken kann, die unter den Folgen von Neoliberalismus, Arbeitslosigkeit und Verarmung zu leiden hat.

Antidemokratische Strömung

3. Die dritte Ebene der Rechtsentwicklung der evangelischen Kirchen im Osten kann als eine antidemokratische Strömung bezeichnet werden. In den evangelischen Kirchen ist das deshalb besonders schwerwiegend, weil sie in der Vergangenheit der katholischen Kirche gegenüber ihre demokratischen Strukturen hervorgekehrt haben, das heißt, daß die Kirchenorganisation von unten nach oben aufgebaut ist.

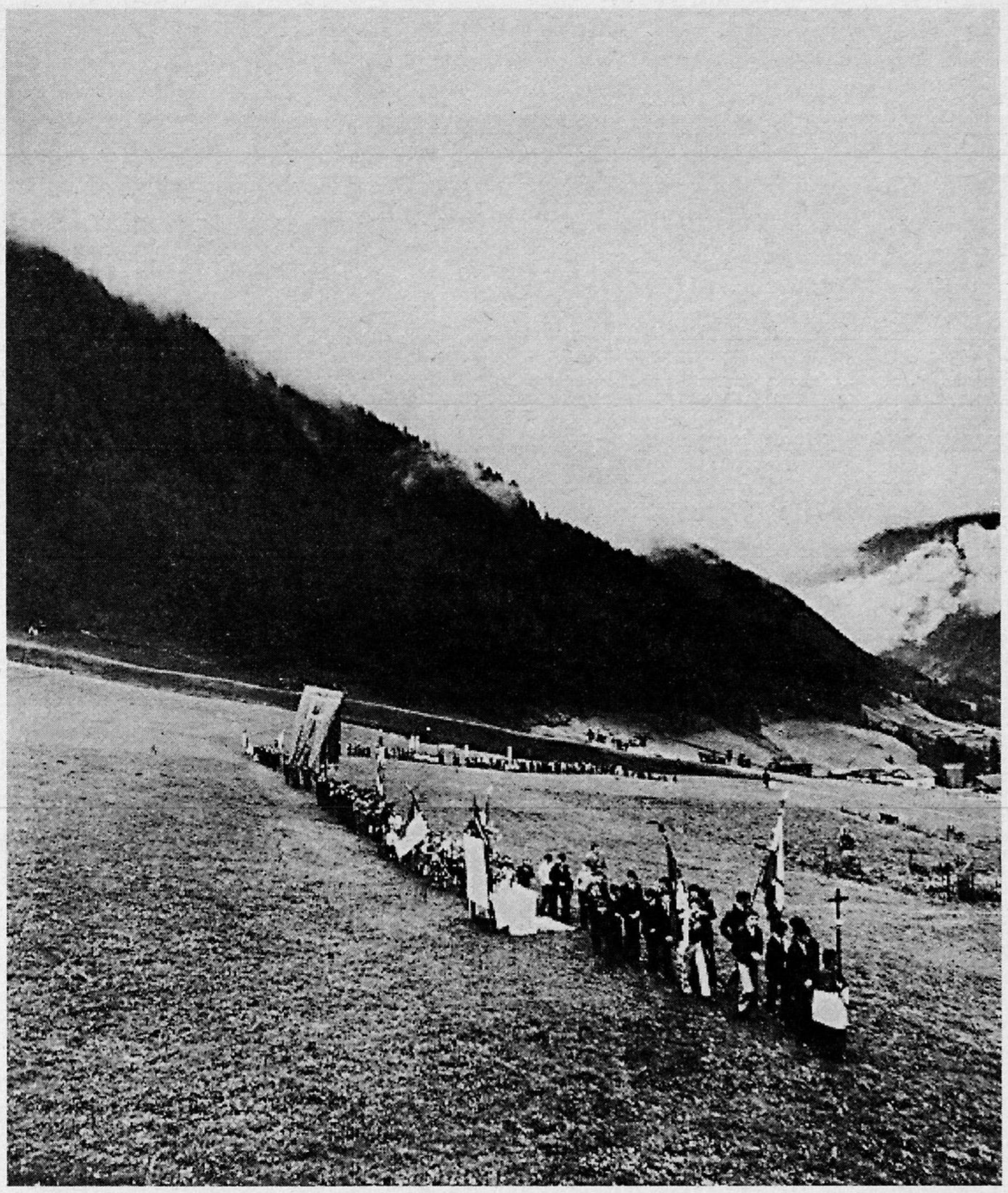
Diese neue antidemokratische Tendenz fängt bei den Strukturen selbst an, indem kirchenleitende Persönlichkeiten sich gegen jegliche Öffnung nach unten, gemäß einem westeuropäischen evangelischen Modell, sperren mit der Begründung, daß dadurch Chaos und Unordnung in die Kirchen einziehen würden.

Bereits der Liberalismus wird stark attackiert als bloße Tarnkappe des Kommunismus. Jegliche emanzipatorische Regungen, wie zum Beispiel Frauenemanzipation, werden ebenfalls mit derselben Argumentation diskreditiert, da sie nur kommunistische Erfindungen seien. Es gibt zum Beispiel bereits Bestrebungen in den baltischen evangelischen Kirchen, die bestehende Zulassung von Frauen zum Pfarramt rückgängig zu machen.

In der Vorstellungswelt der Kirchen besteht die Tendenz, die Rollenfixierung der Geschlechter, die Familienvorstellungen, bzw. die ethischen und sexuellen Normen der zwanziger Jahre zu übernehmen und zu heutigen Richtlinien zu erheben. Schriften in dieser Richtung finden großen Anklang, und bei der Anstellung von kirchlichen Angestellten finden diese Normen Anwendung. Die Hervorkehrung der „alten guten Sitten“, im Gegensatz zur säkularen Welt heute, in Predigten, in Medien und auch in „Gartenlaube“-anmutenden Illustrationen in kirchlichen Druckwerken

weisen in diese Richtung.

Hinter dieser antidemokratischen Tendenz verbirgt sich eine Sehnsucht nach patriarchalen Vorstellungen, als der Landadel tonangebend war, als noch „klare Verhältnisse" geherrscht haben zwischen Himmel und Erde und somit auch zwischen oben und unten, zwischen Mann und Frau und zwischen Alt und Jung, und ganz besonders als die Kirchenbänke noch gesteckt voll waren und die Kirchen geachtet wurden. Dieser patriarchalische Zug, der von präsäkularen Zuständen träumt und bereits im Säkularismus den Vorboten des Kommunismus vermutet, kann mit der Zeit verhängnisvoll werden, ähnlich jenem Mann, der einen Sportwagen mit einem Fiaker-Zulassungsschein auf den Straßen Wiens in der Stoßzeit lenken will.



Fundamentalismus

4. Die vierte Ebene der Rechtsentwicklung in den osteuropäischen evangelischen Kirchen ist der sich breitmachende Fundamentalismus. Er hat im evangelischen Bereich nicht direkt mit irgendeiner personenbezogenen Autoritätshörigkeit zu tun, sondern mit der wortwörtlichen Inspiration der Bibel, der gegenüber man vorbehaltlos gehorsam sein muß. Gehorsam gegenüber kirchenleitenden Personen geschieht indirekt über dieses Bibelverständnis.

Diese Art von Fundamentalismus artikuliert sich als eine Absage an die historisch-kritische Methode der Bibelauslegung, und sie erobert langsam alle kirchlichen Ausbildungsstätten. Daneben wirkt sie intolerant jeglichem Pluralismus gegenüber. Diese Kritikfeindlichkeit wird popularisiert durch die Behauptung, daß kritischer Geist dem Kommunismus den Weg ebnet. Freilich, die Kritikfeindlichkeit springt auch auf gesellschaftliche Fragen über und diskriminiert jegliche Kritik an der jetzigen vorherrschenden Politik der Länder. Diese Kritikfeindlichkeit amputiert weitgehend das Bildungsengagement der Kirche, das jahrhundertelang die evangelischen Kirchen in diesem Raum ausgezeichnet hat.

Der Fundamentalismus macht aus Religion und Kirchlichkeit eine absolut subjektive und individuelle Sache, so daß gesellschaftliche Fragen als „sündhafte Weltlichkeit" ausgeblendet werden. Das fördert einerseits den Irrationalismus und andererseit das Entstehen von sektenartigen Gruppierungen auch innerhalb der Kirchen, die ihrerseits eine Bedrohung den Großkirchen gegenüber darstellen.

Die größeren evangelischen Kirchen können sich dennoch den fundamentalistischen Strömungen nicht entziehen, da besonders fundamentalistische Kirchen aus dem Westen den osteuropäischen Kirchen großzügige Subventionen gewähren als Nachklänge der früheren destabilisierenden und antikommunistischen Maßnahmen in Verbindung mit der CIA. Selbstverständlich kommt mit dem fundamentalistischen Geld auch der fundamentalistische Geist in die Kirchen des Ostens.

Keine Befreiungstheologie in Osteuropa

Freilich, diese Subventionen, aber damit auch die gesamten Rechtsentwicklungen in diesen Kirchen, dienen schließlich und endlich der Stabilisierung und Beruhigung der Bürger dieser Länder, in denen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Man denkt hier sofort an eine Lateinamerikanisierung Osteuropas, wobei den Kirchen die Rolle der Beruhiger zufällt. An einem Punkt gibt es allerdings einen gewaltigen Unterschied zu Lateinamerika: In Osteuropa gibt es keine Befreiungstheologie. Kirchenmänner und -frauen, die in diese Richtung denken, würden sofort als Kryptokommunisten stigmatisiert. Jene protestierende und kritische Haltung, die evangelische Kirchen früher in Osteuropa gekennzeichnet hat, ist verstummt. Oder sie spielt sich nur hinter den „vier Wänden" ab. Eine evangelische Kirche allerdings, die diesen für sie so genuinen Geist begraben hat, ist nahe daran, ihr eigenes Grab auszuheben. ■

Balázs NÉMETH ist evangelischer Pfarrer.

Christof Parnreiter
Migration und Arbeitsteilung

AusländerInnenbeschäftigung
in der Weltwirtschaftskrise

Promedia-Verlag, Wien 1994,
224 Seiten, 240 Schilling

Migration ist das zentrale Thema der neunziger Jahre. Ihre Entstehung, ihre Funktion und ihr konkretes Erscheinungsbild stehen im Mittelpunkt dieses Buches. Migration wird als strukturell notwendiges Phänomen der Weltwirtschaft und nicht als millionenfach getroffene Einzelentscheidung analysiert. Dabei wird vor allem der Zusammenhang von Migrationsmustern und Umbrüchen in der internationalen Arbeitsteilung beleuchtet. Die vorliegende Studie zeigt – konkretisiert am Beispiel Österreich –, daß die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft überall zum Entstehen neuer Wanderungen führte beziehungsweise traditionelle Migrationen verändert hat. Damit sind neoklassische Interpretationen, die ein quasi naturgesetzliches Wanderungsverhalten von „arm" zu „reich" postulieren, widerlegt.

isw **sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V**
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Analysen des isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-reports
(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 25,- DM)
Der Gipfel, diese Weltwirtschaft? (März '92)
Mit Energie ins Treibhaus (Juni 1992)
EG - Vom Supermarkt zur Supermacht? (Oktober '92)
Friedensdividende oder neue Rüstungsrenditen? (Januar '93)
isw-forum: Wirtschafts- und Militärmacht EG (April 1993)

isw-spezial
Kapitalmacht in Deutschland (August 1991), DM 7,- + Porto
Billigstrom für die Großindustrie (Oktober '92), DM 5,- + Porto
Siemens Bilanz- und Konzernanalyse, (Mai '93), DM 5,–+ Porto
Reiche Industriestaaten - Arme "Dritte Welt" (April '93), 5,- + P.

isw-wirtschaftsinfo
Gegen die Asyllügen, DM 2,- + Porto
Solidarpakt, Sozialabbau, Standortdebatte DM 3,- + Porto

isw e.V., Georg-Wopfner-Straße 46, 80939 München
Konto Sparda Bank München Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Austauschinserat

Gefahr aus der Mitte

Jürgen Trittin, Gefahr aus der Mitte - Die Republik rutscht nach rechts, Verlag die Werkstatt, Göttingen 1993, 200 Seiten, 187 Schilling.

Wenn Asylwerberheime brennen oder türkische „Gastarbeiter" ermordet werden, dann waren es immer Skinheads, wirre Einzeltäter, jugendliche Modernisierungsverlierer. Die politische Klasse der BRD bedauert, verurteilt oder zündet schon mal ein Kerzerl an in einer Lichterkette, um dann zur Tagesordnung überzugehen. Die heißt dann: Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, Aushandeln eines Sozialpakts, Verabschieden des Asylwerberleistungsgesetzes, Maßnahmen setzen zur Sicherung Deutschlands als Industriestandort oder Warnen vor den verheerenden Folgen der organisierten Kriminalität.

Trittin zeigt, woher der Rechtsruck kommt, „nicht von verwirrten Glatzköpfen oder reaktionären Greisen am Rechten Rand der Gesellschaft. Vielmehr ist er im Zentrum der politischen Klasse entwickelt und umgesetzt worden." Drei Pfeiler dieser rechten Politik aus der Mitte der Gesellschaft macht Trittin aus: ökonomische und soziale Deregulierung, Rassismus und Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik. Die Ideologie, mit der das alles durchgesetzt wird, bezeichnet er als „Wohlstandschauvinismus". Zentraler Punkt dieser, nicht nur auf die BRD beschränkten, Ideologie: der „nachdrücklich vertretene Anspruch auf Teilhabe am Reichtum", eine aggressive Verteidigung des eigenen Wohlstandes, der als quasi naturgegeben angenommen wird, gegenüber schwächeren Menschen und schwächeren Kulturen. Ein neuer Rassismus ist ebenso Bestandteil dieser Ideologie wie das Hinnehmen von Gewalt als Mittel der Konfliktlösung. Sie ist eine „Radikalisierung des Leistungsprinzips, wonach den Benachteiligten (...) die Schuld für ihre Lebenslage selbst zuzuschreiben ist, und die Wohlhabenden ihren Besitz aggressiv gegen ‚fremde' Ansprüche verteidigen."

Trittin zeichnet in den genannten Bereichen die Entwicklungen der Jahre seit der Wiedervereinigung Deutschlands nach. Die Sozialpolitik im einig Vaterland ist charakterisiert von der Umverteilung von unten nach oben, von einem „Solidarpakt", der die Lasten der Wiedervereinigung auf die Schultern jener lädt, die ohnehin schon unter den Folgen der Krise leiden und schließlich von der Ausgrenzung aller jener „die im politischen System bereits am schwächsten oder überhaupt nicht repräsentiert sind: Frauen, Alte, AusländerInnen und Menschen mit wenig ‚kulturellem Kapital'." Ausgegrenzt wird entlang ethnischer Linien, bestehende Benachteiligungen der nichtdeutschen Bevölkerung (wie das Vorenthalten demokratischer Mitbestimmung), werden neue hinzugefügt.

Der mit der Asyldebatte von der CDU/CSU planmäßig wieder hoffähig gemachte Rassismus schafft auch neue Feindbilder. Die plötzliche Feindlosigkeit nach dem Ende der realsozialistischen Staaten rief den Bedarf nach neuen Feindbildern hervor. Die armen Fremden, Flüchtlinge, Asylwerber boten die ideale Zielscheibe für die, vor einer Umverteilung der globalen Reichtümer zitternden, reichen Deutschen. Trittin resümiert: „Am Anfang stand die Asyldebatte, (...) am Ende die (...) fest etablierte, nun nicht mehr latent, sondern offen rassistische Ideologie."

„Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten", wird Kanzler Kohl am Beginn des Teils über die neuen Weltmachtgelüste der BRD zitiert. Was braucht man mehr, um die Gefahr eines von ihren friedensstaatlichen Fesseln befreiten Deutschland zu erkennen.

Wie in den vorhergehenden Abschnitten zeigt Trittin, wie die SPD auf die Linie der rechten Regierung einschwenkt anstatt ihr entgegenzusteuern. In der Frage von Außen- und Friedenspolitik geht er auch mit seiner eigenen Partei, den Grünen ins Gericht. Nicht nur, daß sie die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die Bundesregierung mitgetragen haben, fordern die deutschen Grünen auch eine militärisch-humanitäre Intervention am Balkan. Ein Beispiel unter vielen, daß klare Antworten von Seiten einer (linken) Opposition fehlen. Die finden sich nur bei den Rechten.

Angesichts einer nach dem Wahljahr 1994 drohenden großen Koalition kann man, so Trittin, nur versuchen, das Schlimmste zu verhindern. Dazu müssen die Grünen versuchen, eine „Sperrminorität gegen die Ellbogengesellschaft" zu organisieren. Dazu gehört erstens das im politischen Diskurs inzwischen zentrale Thema der sozialen Gerechtigkeit zu besetzen, zweitens sich mit klaren Alternativen zu profilieren und drittens in den Länderparlamenten rotgrüne Koalitionen anzustreben. Letzteres sei, meint Trittin, das wirksamste Mittel, verschiedene Entwicklungen auf Bundesebene (über die Länderkammer) zu verhindern.

Viele Dinge, die Trittin zur Untermauerung seiner These von der Gefahr aus der Mitte vorbringt, sind selbst für einen österreichischen Beobachter keine Neuigkeit. Auch dürfte schon mancher/m angesichts des „Asylkompromisses" oder der deutschen Soldaten in Somalia, gedämmert sein, daß die wahre Gefahr nicht von ein paar Neonazis, sondern von Herren wie Kohl, Schäuble oder Kanther ausgeht. Die Antwort auf die Frage, wie die politische Hegemonie der Rechten tatsächlich zustande kommt, und was man/frau, außer die Grünen wählen, auf daß sie „das Schlimmste verhindern", noch tun könnte, damit sich daran etwas ändert, bleibt Trittin schuldig (womit er allerdings nicht allein steht). Interessant sind natürlich die vielen Parallelen zur Situation in Österreich, wenngleich hierzulande die Rechtsentwicklung wesentlich weiter fortgeschritten zu sein scheint als beim großen Bruder im Norden. Daß ein Beharren auf klaren Positionen und ein aktives Herangehen an sozialpolitische Themen die einzigen Möglichkeiten sind, einer politischen Marginalisierung zu entgehen, sollten sich die österreichischen Grünen zu Herzen nehmen. Es könnte nämlich leicht sein, daß sie heuer dieselbe schmerzliche Erfahrung wie ihre deutschen KollegInnen 1990 machen – nämlich aus dem Parlament zu fliegen.

Herbert Langthaler

Richtigstellung

Sorry, beim Abtippen des Leserbriefes von Franz Kain in »Weg und Ziel« 1/1994 wurde etwas vergessen...
Im zweiten Absatz steht: „Durch die Besinnung auf die eigene Nation und nicht nur für weise linke Edelknaben..."

Es muß stattdessen heißen:

„Durch die Besinnung auf die eigene Nation und deren Kraftquellen. Die Argumente müssen zu gebrauchen sein, nicht nur für weise linke Edelknaben..."

Antifaschistische Literaturliste

Antifaschistische Literaturliste: Kommentierte Auswahlbibliographie 1993/94. Aus dem Inhalt:

- Grundlagenliteratur und Einführungen,
- Faschismus 1933–1945: Herrschaftsstrukturen, Alltag und Kultur im NS-System, Konzentrationslager, Auslese und Ausmerze durch Zwangsarbeit und Konzentrationslager, Geschichte der Juden – Judenverfolgung – Judenvernichtung, Juden im Ghetto – Juden im Widerstand, Opposition und Widerstand, Emigration und Exil,
- Kontinuitäten,
- Antisemitismus – Rassismus – Sexismus,
- Neofaschismus – Neue Rechte,
- Flucht und Migration,
- Weitergehende Diskussionen,
- Romane und Erzählungen,
- Kinder- und Jugendliteratur,
- Zeitschriften – Archive – Videos

Herausgegeben vom Buchvertrieb Anares Nord, Unrast-Verlag, Münster 1993, 71 Seiten, 39 Schilling
ISBN 3-928300-17-2
Erhältlich im Buchhandel oder bei ANARES NORD: Postfach 2011, D-3135 Sehnde-Ilten.

Der Autor
Peter Kratz, geboren 1953, Diplom-Psychologe, Leiter des Bonner Instituts für Faschismus-Forschung und Antifaschistische Aktion, langjähriger Publizist in Sachen Neofaschismus, u.a. Mitherausgeber von „In bester Gesellschaft. Konservativismus und Neo-Faschismus", Verlag die Werkstatt, Göttingen 1991.

Peter Kratz, Die Götter des New Age. Im Schnittpunkt von „Neuem Denken", Faschismus und Romantik, Elefanten Press, Berlin 1994, 360 Seiten, 312 Schilling.

Die Hinwendung zum New Age, zum Spirituellen, zur religiösen Bewegung hat nach wie vor Konjunktur. Bereits zwölf Prozent des bundesdeutschen Buchhandelsumsatzes wird mit esoterischen Schriften erzielt. Das „neue Denken" ist aber oft genug ein altbekanntes. Zahlreiche autoritär strukturierte Sekten und rechtsextremistische Zirkel haben dort ihren Einfluß gesucht und gefunden. Diese spirituellen Gruppen und Sekten werden nach Meinung von Peter Kratz meist falsch eingeschätzt: als romantisch, aufs Jenseits bezogen, am Materiellen desinteressiert, als sanft, naturliebend und menschenfreundlich. Er unterzieht daher das „ganzheitliche Weltbild" seit der Romantik einer kritischen Betrachtung und zeigt, wie im New Age heute das Potential für eine autoritäre Gesellschaft erwächst.
Seine These: Das „ganzheitliche", naturreligös orientierte Weltbild vieler New Age-Strömungen weist wesentliche Parallelen zur (neo)faschistischen und völkischen Ideologie auf. Selbst New-Age-Denker wie Rudolf Bahro und Hubertus Mynarek, die sich selbst vom Faschismus abgrenzen, verfolgen dennoch elitäre gesellschaftliche Utopien, in denen gegen emanzipatorische Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität verstoßen wird.
Seine Schlußfolgerung: Das „neue Denken" bietet die tatsächlich oder quasi religiösen Rechtfertigungen für ein antiemanzipatorisches Modernisierungsprogramm, in dem sich die Großkonzerne – vor allem in der Atom-, Gen- und Weltraumtech-nologie – zu „Göttern des Diesseits" aufschwingen. Dies liefert auch eine Erklärung für die Beliebtheit des „neuen Denkens" bei Managern und auf „Superlearning"-Seminaren der Industrie: Wesentliche Elemente des New Age lassen sich hervorragend zur militanten Durchsetzung ökonomischer Interessen des Kapitals benutzen.

Vorwort

Am 11. und 12. März 1994 fand in den Räumlichkeiten der Volkshochschule Favoriten in Wien das Symposium „Österreichische Integrationspolitik nach Maastricht - Perspektiven, Alternativen" statt.
Die Veranstaltung wurde somit vor dem Hintergrund aktuellster Entwicklungen abgehalten: Unmittelbar die Tage zuvor wurden in Brüssel die Ministerverhandlungen über die Bedingungen und Auflagen für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union geführt und am 10. März die - im eigentlichen Wortsinn - fragwürdigen Verhandlungsergebnisse präsentiert.
Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, wird Österreich Mitglied der Europäischen Union. Grundelemente der österreichischen Staatlichkeit werden dabei zum Nichtthema erklärt. Der international und völkerrechtlich anerkannte Status der Neutralität, der sich in der zukunfts- und nicht bloß gegenwartsorientierten Konzeption einer dynamischen, aktiven Neutralitätspolitik versteht, wurde aus den EU-Verhandlungen schlicht wegdekretiert. Geflissentlich übernahmen die österreichischen Medien diese Gangart. Eine grundsätzliche Diskussion der EU-Integration, eine Auseinandersetzung mit den Perspektiven und möglichen Alternativen findet in der „Informations"kampagne der Bundesregierung nicht statt.
Dem entgegenzutreten, Impulse gegen die Defizite in der öffentlichen Debatte um die europäische Integration zu setzen - das war die Zielsetzung des Symposiums vom 11./12. März. Eine bemerkenswerte Zahl von Persönlichkeiten, überwiegend aus der Wissenschaft, haben sich an diesem Symposium unhonoriert als ReferentInnen und ArbeitskreisleiterInnen beteiligt und traten als VeranstalterInnen des Symposiums für eine eigenständige Stellung Österreichs in der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft ein.
Die Volksabstimmung über das verfassungsrechtliche Ermächtigungsgesetz ist - nach heutigem Stand - für den 12. Juni 1994 terminisiert. Selbst das Erfordernis dieser Volksabstimmung als notwendige Folge der Gesamtänderung der Bundesverfassung durch einen EU-Beitritt war nicht von vornherein unstrittig und wurde die inzwischen "offizielle" Rechtsansicht erst über massive Informationsarbeit EU-kritischer Stimmen bewirkt.
Mit der Volksabstimmung wird nur über zwei grundsätzliche Alternativen entschieden: Während ein Nein Handlungsspielräume offen läßt, auch für die Zukunft eine demokratisch legitimierte Gestaltbarkeit der globalen Integration Österreichs schafft, ist ein Beitritt zur Europäischen Union nach geltendem Unionsrecht ein irreversibler Schritt.
Im Namen des VeranstalterInnenkreises sei nochmals allen Beteiligten herzlich für ihre Mühe gedankt.

Wien, am 15. April 1994 Dr. Ingo Riß

Die Dokumentation dieses Symposiums erscheint demnächst mit bisher eingelangten Beiträgen von:

Mag. Josef Baum, DDr. Nikolaus Dimmel, Mag. Dr. Gerda Falkner,
Univ.-Prof. Dr. Johann J. Hagen, Mag. Gerhard Hovorka,
Bundesminister a. D. Dir. Erwin Lanc, RA Dr. Alfred Noll, Univ.Prof. Dr. Kurt Rothschild,
Univ.Prof. Dr. Thomas Schönfeld.

Zu beziehen über: RA Dr. Ingo Riß, 1070 Wien, Neubaug.71

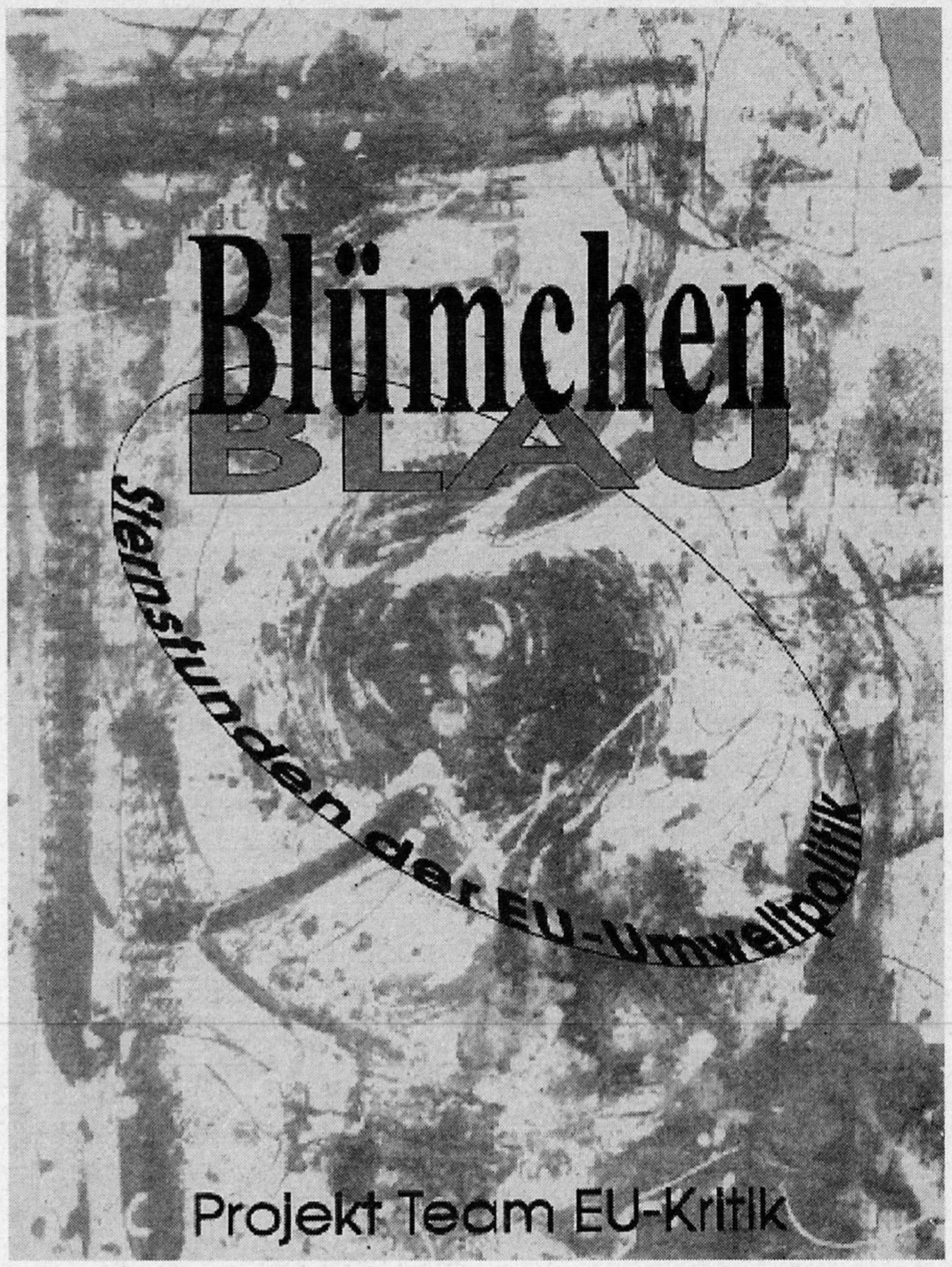
Dokumentation des Symposiums vom 11./12. März 1994 Volkshochschule Favoriten

Österreichische Integrationspolitik nach Maastricht – Perspektiven, Alternativen

Einleitung der Broschüre Blümchen Blau

Die Diskussion um das Thema „EU* und Umwelt" wird derzeit in Österreich sehr verkürzt geführt.
Einerseits wird von Regierungsseite das Thema auf vorhandene oder schon gelöste Anpassungsprobleme Österreichs für einen eventuellen EU-Beitritt reduziert.
Andererseits wird die EU meist nur an ihren Aktionsprogrammen und Umwelt-Richtlinien bewertet, ohne die Umsetzung der Richtlinien sowie die strukturellen Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Umwelt zu beleuchten.
Die vorliegende Broschüre erhebt den Anspruch, diese Informationsdefizite zu beheben. Das erste Mal soll der Bevölkerung eine umfassende und kritische Information zum Thema EU und Umwelt zur Verfügung gestellt werden.
Diese Information reicht von den rechtlichen Grundlagen und der Geschichte der EU – Umweltpolitik bis zu den verkehrserregenden extrem arbeitsteiligen Strukturen des Binnenmarktes. Es finden sich sowohl Beispiele zur Judikatur der Umweltrichtlinien, zu verschiedenen „Mitterndorfer Senken" der EU, als auch die Inhalte und Aussagen verschiedener, teilweise lange geheimgehaltener EU-interner Studien zum Thema.
Blümchenblau bietet keine Aufzählung aller gesetzlichen Richtlinien in der EU.
Sie möchte, über die rein juristische Sicht hinaus, die Themenkreise zur Umweltpolitik in der Erkenntnis erweitern, daß Umweltschutz nicht beim Artenschutz beginnt und bei Pfandflaschen endet, sondern daß vielmehr alles Wirtschaften unsere Um- und Mitwelt beeinflußt.
Da die Auswirkungen dieses Wirtschaftens nicht an den Grenzen Österreichs Halt machen und darüberhinaus die Bundesregierung seit Jahren eine konsequente EU-Annäherungspolitik betreibt, soll der Horizont der Broschüre über die Beitrittsverhandlungen und die Volksabstimmung hinausreichen.
Dennoch erscheint es unabdingbar, zu einigen „Highlights" der staatlichen „Information" Stellung zu nehmen. Als Beispiel sei hier die Diskussion um die Geltungsdauer des Transitvertrages angeführt. Nach Ansicht des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes, sowie der EG-Kommission, erst kürzlich durch den EU-Botschafter in Österreich, Pirzio Biroli verlautbart, ist eine „Haltbarkeit" des Vertrages über einen eventuellen EU-Beitritt Österreichs nicht möglich, da er dazu in das EU-Primärrecht aufgenommen werden müßte.
Nur die Bundesregierung und ihre EU-Staatssekretärin Ederer ist anderer Ansicht. Ihre Argumentationslinie verläuft folgendermaßen: Österreich tritt der EU nur bei, wenn der Transitvertrag aufrecht bleibt. Die EU braucht Österreich, ergo wird sie einer Aufnahme des Vertrages in das EU-Primärrecht (z. B.: Römer Verträge, Verträge von Maastricht) zustimmen.
Zu zeigen, daß die Welt auch im Umweltbereich nicht so einfach funktioniert, ist ebenfalls ein Ziel dieser Broschüre. Ob die EU und der Binnenmarkt die Instrumente für die Lösung dieser globalen Probleme bieten, soll mit dieser Broschüre geklärt werden.

* Durch das Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht wurde aus der Europäischen Gemeinschaft die Europäische Union. Wir verwenden, der besseren Lesbarkeit wegen, durchgängig den Begriff EU. Ausgenommen davon sind lediglich Zitate.



Blümchen Blau

Sternstunden der EU-Umweltpolitik

Herausgegeben vom Projekt-Team-EU-Kritik
Wien, Februar 1994

Erhältlich bei: Kritische Europa Information,
Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien,
Tel: 0222/535 11 06
87 Seiten, 50 Schilling

Verletzende Staatsgewalt

Hans Höller: Thomas Bernhard, Rowohlt-Verlag, Hamburg 1993 (rororo Monographie rm 504), 85 Schilling.

Um auf den Spuren Thomas Bernhards wandeln zu können, ist das Ehepaar extra aus Tirol ins oberösterreichische Ohlsdorf gereist. Bereitwillig führt der Ohlsdorfer Kirchenwirt die beiden Tiroler durch die Fotoausstellung über die Landschaften in Thomas Bernhards Romanen, die im Kellergewölbe des Gasthauses aufgebaut ist. Beim Kirchenwirt allerdings habe Bernhard nur höchst selten verkehrt, muß er zugeben. Zu seinen Lebzeiten haben die Ohlsdorfer den umstrittenen Dichter auch nicht so besonders gern gesehen, doch fünf Jahre nach seinem Tod steht für einige Tage ganz Ohlsdorf im Zeichen Thomas Bernhards. Der Kirchenwirt ist plötzlich ein profunder Bernhard-Kenner und die Gemeinde hat sogar Wegweiser aufgestellt, um den Literaturtouristen die Fahrt zum Bauernhof Bernhards im nahen Obernathal zu erleichtern. Daß mehr als 1500 Menschen während dieser Bernhard-Tage im März nach Ohlsdorf gepilgert sind, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Verhältnis des Dichters zu diesem Ort in der Nähe von Gmunden ein gespaltenes gewesen ist. Wer heute in Ohlsdorf und Umgebung auf den Spuren Berhards wandelt, erlebt vom freundlichen Kirchenwirt bis Obernathal eine Idylle. Liest man jedoch in der kürzlich im Rowohlt-Verlag erschienenen Bernhard-Monographie von Hans Höller nach, so muß man bald feststellen, daß hier etwas in Österreich sehr Typisches passiert ist. Als er noch lebte, haßte man den international anerkannten Künstler, nach seinem Tod stellt man ihn auf einen Sokkel und verehrt ihn andächtig. Sicherlich nicht zuletzt deswegen, weil er plötzlich überregionale Aufmerksamkeit auf das verschlafene Ohlsdorf lenkt und damit auch – und wahrscheinlich gar nicht so wenig – Geld bringt.

Hans Höller, im zehn Kilometer von Ohlsdorf entfernten Vöcklabruck geboren und aufgewachsen, hat sich bereits in seiner Dissertation mit Thomas Bernhard beschäftigt. Der Rowohlt-Verlag selbst trat dann vor rund zwei Jahren an den Dozenten des Germanistischen Instituts der Salzburger Universität heran und beauftragte ihn mit der Erstellung einer Monographie über Bernhard. Unter schwierigsten Bedingungen, was die Einsicht in den Bernhard-Nachlaß anbelangt, gelang es Hans Höller, eine Monographie vorzulegen, die sich von jeder Verklärung fernhält und das Phänomen Thomas Bernhard sehr sachlich zu entschlüsseln versucht.

„Wie aber konnte es kommen, daß der österreichische Staat für Thomas Bernhard zu einem Gegenüber wurde, das seinen ganzen Haß und Abscheu immer aufs neue auf sich ziehen konnte?“, fragt Hans Höller in seinem Einleitungskapitel und weist damit auf das zentrale Thema seiner Monographie hin. Nicht in den Kränkungen des Schriftstellers in seinen letzten Lebensjahren sieht Hans Höller die Ursache für Bernhards Staatsekel und Geschichtshaß, sondern in der Kindheit. „Man muß sich vergegenwärtigen, daß der junge Thomas Bernhard zunächst die staatlichen Bildungs- und Erziehungsinstitutionen in der Zeit des autoritären österreichischen Ständestaats und ... in Heimen und Schulen des NS-Staats durchläuft... Worauf es ihm ankommt, vermittelt die literarische Sprache indirekt über die Bilder: die tiefgehende Verletzung eines Ich durch die staatlichen Institutionen“, schreibt Höller. Der durch seine uneheliche Geburt geprägte Thomas Bernhard habe einen lebensgeschichtlichen Staatskomplex davongetragen. Vor allem auch deshalb, weil schon der Schüler im Jahr 1945 erkennen habe müssen, daß nichts Neues begonnen habe. „1945 war keine Zäsur, höchstens an den autoritären katholischen Ständestaat war angeschlossen worden.“ Wie ein roter Faden zieht sich die als verletztend erlebte Staatsgewalt durch das Leben Thomas Bernhards. Das so besonders heftig bekämpfte und umstrittene Stück „Heldenplatz“ erscheint somit nur als Endpunkt einer langen Entwicklung, eines „jahrzehntelang geführten literarischen Diskurses“.

Dieser psychoanalytische aber zugleich auch hochpolitische Ansatz ist es, der Hans Höllers Monographie abhebt von bisherigen Auseinandersetzungen mit dem Dichter und den Menschen Thomas Bernhard begreifbar macht.

Judith Gruber

„Lernen“ – „eine Spur verfolgen“

Klaus Holzkamp: Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung, Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1993, 592 Seiten, gebunden, 765 Schilling.

Der nächste Schulschluß kommt bestimmt. Ein Buch, gerade recht zur Vorbereitung darauf, könnte man meinen, wenn man sich jährlich wiederholten Warnungen vor Familientragödien schlechter Zeugnisse wegen in Erinnerung ruft. Das ist die Zeit, in der Ratschläge von Schulpsychologen im Radio zu hören sind. Die Noten sollten nicht überbewertet werden. Das Kind müsse wissen, daß es den Eltern als Mensch wichtig ist, unabhängig von seiner „Leistung“. Die „Leistung“ dürfe aber ja nicht zu gering geachtet werden, weil damit dem Kind Desinteresse signalisiert würde. Was kann nun noch schiefgehen?

Daß die Noten (oder nach den Reformvorschlägen sollen's für die Volksschüler/innen verbale Beurteilungen sein) die Bewertung der Leistungen eines Jahres wären, darin scheinen sich ziemlich alle einig zu sein. Feri Thierry, Obmann der VP-nahen Union höherer Schüler, ist für die Beibehaltung der Schulnoten, weil er findet, „daß ein Schüler ein Recht hat zu wissen, wie der Lehrer seine Leistungen beurteilt“. (»Die Presse«, 13. 7. 1993) Gegen eine verbale Beurteilung ist Herr Thierry, „weil man damit der Willkür des Lehrers die Tür **noch** weiter öffnet“. Nicht nur das Eingeständnis der Willkür der Benotung ist in dieser Äußerung enthalten, es fehlt auch die Andeutung einer Begründung, warum die eine Beurteilungsform mehr oder weniger willkürlich wäre als die andere.

Nicht nur der UHS-Obmann könnte bei Holzkamp lernen, daß er jener Mystifikation aufsitzt, die eine Zahl per se mit rationalem Urteil identifizieren. Holzkamp zeigt, daß die behauptete quantifizierte Rückmeldungsfunktion schon aus elementaren meßtheoretischen Gründen scheitern muß, weil „die hier eingeführten Zahlenwerte keineswegs (nach Art einer Ratioskala) auf einen Nullpunkt beziehbare Leistungsquanten repräsentieren: Es ist durch nichts begründbar, daß die 3 des einen Schülers in der einen Klasse und die 3 des anderen Schülers in einer anderen Klasse tatsächlich für die gleiche Leistungshöhe stehen. Darüber hinaus ist (da die Noten ja nicht nach test- bzw. meßtheoretischen Kriterien ‚geeicht' sind) nicht einmal garantiert, daß der Abstand zwischen den Noten ... gleiche Leistungsdifferenzen abbildet (Intervallskala)“ (S. 367-368). Im weiteren führt Holzkamp aus, wie die machtökonomische Funktion der Notengebung erwächst aus der Verteilungsfunktion bei behaupteter Einheitlichkeit der Notengebung unter der schulischen Bedingung der Totalität des Bewertens, die von allen Beteiligten mitgetragen und reproduziert wird. Dies ist wichtig für die Legitimation der Schule als Garant formeller Gerechtigkeit von Lebenschancen. Der innere Widerspruch zwischen vorgeblich für alle gleichen Lernbedingungen und geforderter Unterschiedlichkeit der Leistungsbeurteilung wird durch Rückgriff auf

das Konstrukt der „natürlichen Begabungsunterschiede“ gelöst. Damit kommt aus dem nach Holzkamp „vielleicht zentralen Dilemma der Schule, im Namen der Gleichheit von Bildungschancen gesellschaftliche Ungleichheiten reproduzieren zu müssen“, eines der wirkungsmächtigsten Ideologeme zur Befestigung von Herrschaft unter formell gleichen Bürgern.

Daß, wenn es um Lernen geht, so viel von der Schule geredet wird, hat seinen „guten“ Grund darin, daß Lernen schlechthin identifiziert wird mit fremdkontrolliertem, abprüfbarem Lernen, und zwar gleichermaßen in den traditionellen psychologischen Lerntheorien wie im Alltagsdenken.

In der Vorbemerkung schreibt Holzkamp, daß es nahegelegen wäre, „hier als Hinführung auf das folgende eine zusammenfassende Darstellung des Verfahrens und der Resultate kritisch-psychologischer Kategorienanalyse voranzustellen. Indessen: Meine entsprechenden Versuche waren nicht sehr erfolgreich. Ein entsprechender Entwurf erwies sich bei seiner Erprobung als für Leser, denen die Kritische Psychologie neu war, weitgehend unverständlich und für diejenigen, die sie schon kannten, unbefriedigend“ (S. 19). So hat er es eingangs bei sehr knappen Erläuterungen belassen, „wie der … ‚Subjektstandpunkt‘, von dem aus wir das Lernproblem neu aufarbeiten wollen, genauer zu verstehen ist, inwiefern von da aus eine Reinterpretation der traditionellen Lerntheorien möglich und nötig ist, und in welchem Verhältnis die von uns zu erarbeitende subjektwissenschaftliche Lerntheorie zur vorfindlichen Psychologie des Lernens steht“. (S. 20)

Ohne die unterschiedliche Erklärungskraft der von Holzkamp behandelten traditionellen lerntheoretischen Grundsätze vom klassischen Konditionieren der SR-Psychologie über dessen kognitive Erweiterung, das verdinglichte Gedächtnis-Konzept als Kern der kognitivistischen Fassung des Lernproblems bis zu dessen handlungsorientisch-kybernetischer Fassung zu nivellieren, so trifft doch auf alle genannten zu: Lernen als Problem vom wissenschaftlichen Standpunkt des Lernsubjekts kommt darin nicht vor. Das heißt: „Ich“ komme darin ebensowenig vor wie „die Welt“, die ich (verallgemeinert ein „Intentionalitätszentrum“ wie jeder andere Mensch) für mich in mir zugänglichen An- und Ausschnitten lernend zu erschließen vermag. Die genannten Theorien geben gewisse Auskünfte darüber, *wie* vorgegebene Stoffe in vorgegebenen Anordnungen besser oder schlechter bewältigt werden. Dabei ist das Lernziel vorausgesetzt, so als stünde außer Frage, *ob* und *warum* jemand gerade dieses erreichen wollen sollte. Plausibilität beziehen solche „Theorien“ nicht zuletzt aus der „stilunreinen“ Verknüpfung mit „Lerntechniken“, wie sie unter anderen in meist teuren Management-Seminaren zur Steigerung der Merkfähigkeit, zur Erhöhung der Konzentrationsleistung, oder in Schnell-Lese-Kursen, etc. etc. angeboten werden.

Das nahegelegte Mißverständnis von Lernen als Merktechnik wird etwa in den gedächtnisakrobatischen Aufführungen von Quizsendungen popularisiert – es ist ja auch erstaunlich, wenn einer die Wette gewinnt, daß er 15 von 20 Telefonnummern einer Kleinstadt den Namen richtig zuzuordnen vermag. Solche Art „Leistung“ zur Schau stellen trägt Züge von Selbstdressur, die auf Belohnung durch Applaus des staunenden Publikums angewiesen ist. Es geht um den Effekt – das exakte Gegenteil von Emöglichung sachlichen Mitvollzugs, ein wesentliches Moment kooperativer Lernverhältnisse. Zur Verdeutlichung sei dem Holzkamps Lernbeispiel entgegengestellt. Darin beschreibt er, wie er sich Schönbergs Musik über die Orchestervariationen op. 31 erschlossen hat. (Da Neugier das stärkste Lernmotiv ist, wird hier nichts darüber verraten.) Der Unterschied zur „Gehirnakrobatik“ ist nicht ein höherer kultureller Wert oder sonst eine von außen gesetzte Vorgabe. Der Unterschied besteht darin, daß hier nicht das Ziel ist, je-manden zu „beeindrucken“, daß der Lernerfolg in diesem Fall im Zugang zu einer bis dahin verschlossenen „Sache“ bzw. deren künstlerischer Gestalt besteht, wobei der Lernfortschritt mit erhöhter Genußfähigkeit einhergeht.

Manchmal ist es erhellend, die Bedeutung des Wortstamms nachzuschlagen. Die von „lernen“ ist dieselbe wie die von „leisten“, nämlich: „eine Spur verfolgen“. Dies verweist auf die Bedeutung des Wortstammes von „Sache“, ein mit „suchen“ verwandtes Wort, und beider verweist auf Ursache und Grund, kommt von „(witternd) nachspüren“. Die Erwähnung soll nicht nur als sprachgeschichtliche Bestätigung dafür herhalten, daß es beim Lernen um Weltbezug geht, sondern darüber hinaus einen Hinweis auf den Prozeßcharakter von Handlungen jeder Art geben, die auf einen Zugewinn an Weltaufschluß gerichtet sind; und weiters darauf, daß entgegen der statisch-dinglichen Vorstellungswelt Erkenntnis generell nur im Akt des Erkennens möglich ist, nicht aber als toter Reichtum sich ins Bücherregal stellen läßt.

Gegen das immer wieder anzutreffene Mißverständnis, die Kritische Psychologie enthalte letztlich ja doch eine Art Regelwerk für „richtiges“ (politisches) Handeln und für „richtiges“ Denken, sei nur noch in Stichworten angedeutet, wie Holzkamp die „Grundbegrifflichkeit einer subjektwissenschaftlichen Theorie des lernenden Weltaufschlusses“ entfaltet: In Lerntheorien aus dem entwicklungspsychologischen Kontext ließe sich Lernen aufgrund der notwendigen Verflochtenheit kindlicher Lernfortschritte mit Unterstützungsaktivitäten Erwachsener prinzipiell nicht anders fassen als in Termini des Lehrens. Deshalb nimmt Holzkamp „typische Lernproblematiken“ zum Ausgangspunkt. Diese lassen sich nicht begreifen, wenn Lernen nicht zunächst spezifiziert wird als beabsichtigte, intentionale Lernhandlung. Über die standortspezifische Bestimmung bei eigener Behandlung der „körperlichen Situiertheit“ vollzieht Holzkamp zwei Annäherungen an die subjektwissenschaftliche Grundlegung des Lernens über das Bewegungslernen und das mental-verbale Lernen (Behalten/Erinnern). Der eingehenden Kritik der Schule als „Disziplinaranlage“ folgen Überlegungen über Möglichkeiten und Grenzen *expansiven Lernens* über die Schuldisziplin hinaus.

Klaus Holzkamp kommt zu einem optimistischen Schluß, was die Zukunft des Lernens betrifft: „Dabei hoffe ich auf eine allmähliche Verbreitung der Einsicht, daß wir uns eine disziplinäre Schule systematischer Behinderungen expansiven Lernens heute und in Zukunft immer weniger leisten können: Wenn die ökologischen, ökonomischen, technologischen, biologischen Bedrohungen der Menschheit bewältigt werden sollen, ist in immer höherem Maß die Urteilsfähigkeit der Bevölkerung als Korrektiv für die offizielle Politik gefordert… Wird man nicht über den eigenen Schatten springen und anerkennen müssen, daß es gesellschaftlich unverantwortbar ist, die schulischen Lernprozesse planend und bewertend ‚im Griff‘ behalten zu wollen, wenn auf diese Weise gleichzeitig die Grundlagen für sinnvolles, engagiertes Lernen zerstört werden und nur Vortäuschung, Überdruß und Disengagement übrigbleiben könnten.“ (S. 561-562) So gesehen stünde es im bildungspolitisch rückständigen Österreich nicht schlecht, da jüngst der vom Familienministerium präsentierte Bericht große Aufmerksamkeit und Zustimmung des Unterrichtsministeriums erfahren hat. Diese Untersuchung kommt zum Ergebnis, daß die Schule schwere Schädigungen bei den Jugendlichen anrichtet. Ob das für einen optimistischen Ausblick reicht?

Georg Fischer

Dr. Alfred Klahr Gesellschaft gegründet

Dr. Alfred Klahr war eine herausragende Persönlichkeit der österreichischen Arbeiterbewegung. 1937 legte er mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten den Grundstein für eine marxistische Theorie der österreichischen Nation. Er beteiligte sich an der Organisierung des Kampfes der KPÖ gegen die nationalsozialistische Diktatur.
Er fiel 1944, nach seiner Flucht aus dem KZ Auschwitz, in Warschau im Kampf mit der SS.
Zweck der Gesellschaft ist die Verwahrung, Verwaltung und wissenschaftliche Erschließung der Archiv- und Bibliotheksbestände der Kommunistischen Partei Österreichs mit dem Ziel, sie als ein nationales Kulturgut zu sichern und zu einem möglichst umfassenden Bestand der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und des marxistischen Denkens in Österreich auszubauen.
Die Alfred Klahr Gesellschaft strebt die Zusammenarbeit mit Institutionen und Personen im Inland und Ausland an.
Als Mitglieder will sie Personen innerhalb und außerhalb der KPÖ gewinnen, denen Erhaltung und Ausbau der Sammlungen ein Anliegen sind.
Sie appelliert auch an alle, die Fotos, Schriften, Flugblätter, Plakate, Abzeichen usw. haben, diese Materialien zur Verfügung zu stellen.
Sie bittet alle, an diesem sinnvollen Projekt Interessierte, Mitglieder zu werben und auch um finanzielle Unterstützung.

Dr. Alfred Klahr Gesellschaft
1220 Wien,
Wurmbrandgasse 17
Telefon und Fax: 22 21 84
PSK-Konto: 92023930

Mann und Frau

Leserinbrief zu »Weg und Ziel« 1/1994: Schwerpunkt „Klasse und Geschlecht"

Sehr geehrte Redaktion,
in der Ausgabe 1/1994 von »Weg und Ziel« räumen Sie den Problemen der FRAU breiten Raum ein, wozu ich aus der Version einer Frau, die sich schon seit Jahrzehnten Gedanken über die horrenden Mißstände in dieser Welt macht wie folgt Stellung nehmen möchte.
Und Sie können mir glauben, das beste Studium ist das Leben selbst. Man muß nur mit offenen Augen, Herz und Verstand gebrauchend, hindurchgehen. Selbst durch die Hölle des Krieges gezwungen, muß ich mich noch immer wundern, wie viele Menschen diesen noch für unabwendbar halten; junge Männer, die eine Ausbildung zur Anwendung von Waffengewalt ablehnen und lieber an den Betten kranker Menschen Zivildienst leisten, unabdingbar von Klasse oder Geschlecht, als Feiglinge und Vaterlandsverräter hingestellt – wobei ich mich frage, wo bleibt eigentlich der Mütter Land? Sind (waren) es nicht immer MÜTTER, die die volle Wucht der Männer Torheit auszubaden hatten? Wenn Männer in den Krieg zogen (ziehen) um zu vernichten, mußten die Frauen in der Heimat dafür sorgen, daß Kinder, Alte und Kranke nicht verhungerten. In der Landwirtschaft, Rüstungsindustrie und in den Büros zwangsbeschäftigt, versorgten sie nebenbei noch den Haushalt – und trotzdem, in meinen vielen Gesprächen, die ich mit Frauen und Männern gleichermaßen führte, um ihre Einstellung zum öffentlichen Leben zu ergründen, war und bin ich frustriert darüber wie *wenig* Menschen die Hintergründe ihres von „oben" erzwungenen Elends durchschauen, sich ihren Egos hingebend nur der Ellbogentechnik bedienen – was geht mich das an? Unter der Devise „Schaffe, schaffe, Häusle bauen, und auf Gott vertrauen" schreiten sie pflichtgemäß zur Wahlurne und wählen auf „demokratische Weise" immer wieder ihre Peiniger...
Von meinem ersten Buch, das mir die Augen öffnete, „Die Frau und der Sozialismus" von August Bebel, blieb mir folgender Absatz besonders in Erinnerung: „Die Menschen müssen als denkende und erkennende Wesen ihre Lebensbedingungen, das heißt ihre sozialen Zustände und alles, was damit zusammenhängt, zielbewußt ändern und vervollkommnen, und zwar dergestalt, daß für alle günstige Daseinsbedingungen vorhanden sind. Jeder einzelne soll seine Anlagen und Fähigkeiten zu seinem eigenen wie zum Wohle der Gesamtheit entwickeln können, er darf aber nicht die Macht haben, anderen oder der Gesamtheit zu schaden. Sein eigener Vorteil und derjenige aller soll sich decken. Die Interessenharmonie muß an Stelle der Interessengegensätze treten, die heute die Gesellschaft beherrschen."
Dies geschrieben im Jahre 1870! Ist es nicht traurig, daß wir heute, nach 124 Jahren, diesen Idealzustand nicht erreichten, ja, keinen Schritt näher kamen – trotz allgemeiner „besserer" Schulbildung und trotz enormen Fortschritts in Wissenschaft und Technik? Die Wirtschaft versorgt noch immer ihre „Streitkräfte" anstatt „Schlichtungskräfte", die sich um gewaltfreie Konfliktlösungen bemühen! Speziell Frauen könnten hier eine dominierende Rolle spielen. Im großen und ganzen ist der Artikel „Frauenarbeit als doppeltes Zwangsverhältnis" von Doris Scheer zu bejahen – doch in einem stimme ich nicht überein, die Schuld nur bei Männern zu suchen. Es ist eine soziale Frage, verursacht durch einen Wirtschaftsegoismus jeweiliger Machthaber. So zum Beispiel schreibt Lily Braun, Schriftstellerin und Frauenrechtlerin (1865-1916) in ihren „Memoiren einer Sozialistin", daß ihr Versuch, Gemeinschaftsküchen zu errichten, um die Frauen von ihren Alltagspflichten zu entlasten, unter der Begründung, „daß sie die Männer dann nicht einmal mehr zum Kochen bräuchten", einfach abgelehnt wurde.
Und solange von Staats wegen „Leben-Vernichter" höher dotiert werden als „Leben-Erhalter", bleiben auch Frauen Gefangene im traditionellen Denken von Männern aufgezwungen. Daher sehe ich die Befreiung der Frau nicht in der Gleichstellung darin, was auch Männer schlecht machen, sondern nur wenn wir uns verantwortungsbewußter verhalten, indem wir uns Wissen um die weltweiten Zusammenhänge aneignen! Gerade der Zusammenbruch in Ostdeutschland zeigt uns wie wenig wir von den dortigen Zuständen wußten. Speziell was die Sicherheit in finanzieller Unabhängigkeit der Frau betraf. Aber auch umgekehrt – verlockt von den Werbesendungen des Westens – kamen sie erst jetzt darauf, wie sehr diese einem „Märchen" ähneln.
Am Ende möchte ich noch eine „große" Frau, die ihr halbes Leben in den Dienst des „Kampfes um Frieden und soziale Gerechtigkeit durch Aufklärung" stellte, und mit ihrem Roman „DIE WAFFEN NIEDER" weltweit bekannt wurde, Bertha von Suttner erwähnen. Sie verstarb am 21. Juni 1914, einige Wochen vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Enttäuscht darüber, mit welcher Begeisterung sich die männliche Jugend wieder auf die Schlachtfelder treiben ließ, vertraute sie ihrem Tagebuch an: Noch haben die Friedensbewegungen versagt; es ist auch kein Wunder bei der Schlappheit bürgerlicher Kräfte und dem Versagen der Sozialdemokraten, die mit fliegender Fahne zu den Nationalisten zogen und Internationalisten ausschlossen.
Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für eine lebenswerte Zukunft für Mann und Frau verbleibe ich Eure

Berta Wagner, Salzburg

»Weg-und-Ziel«-Forum
Marxistisches Zentrum

„Die Lage der Frauenbewegung in Europa"

Podiumsdiskussion mit
Dr. Marianne FRIESE
(siehe Artikel in
»Weg und Ziel« 1/1994),
einer Vertreterin der österreichischen
Frauenbewegung,
einer/em VertreterIn des ÖGB.

Dienstag, 31. Mai 1994, 20 Uhr

Universität Wien, Hauptgebäude
1010 Wien, Dr. Karl Lueger Ring 1

Weil eh schon alles egal ist, in die EU?
Weil alle Nachteile auch Vorteile haben?
Weil Dr. Amok sonst ausrastet ...?

Vorher jedoch das Kabarettprogramm:

Die EUPHORIKER.
Eine Entscheidungshilfe.

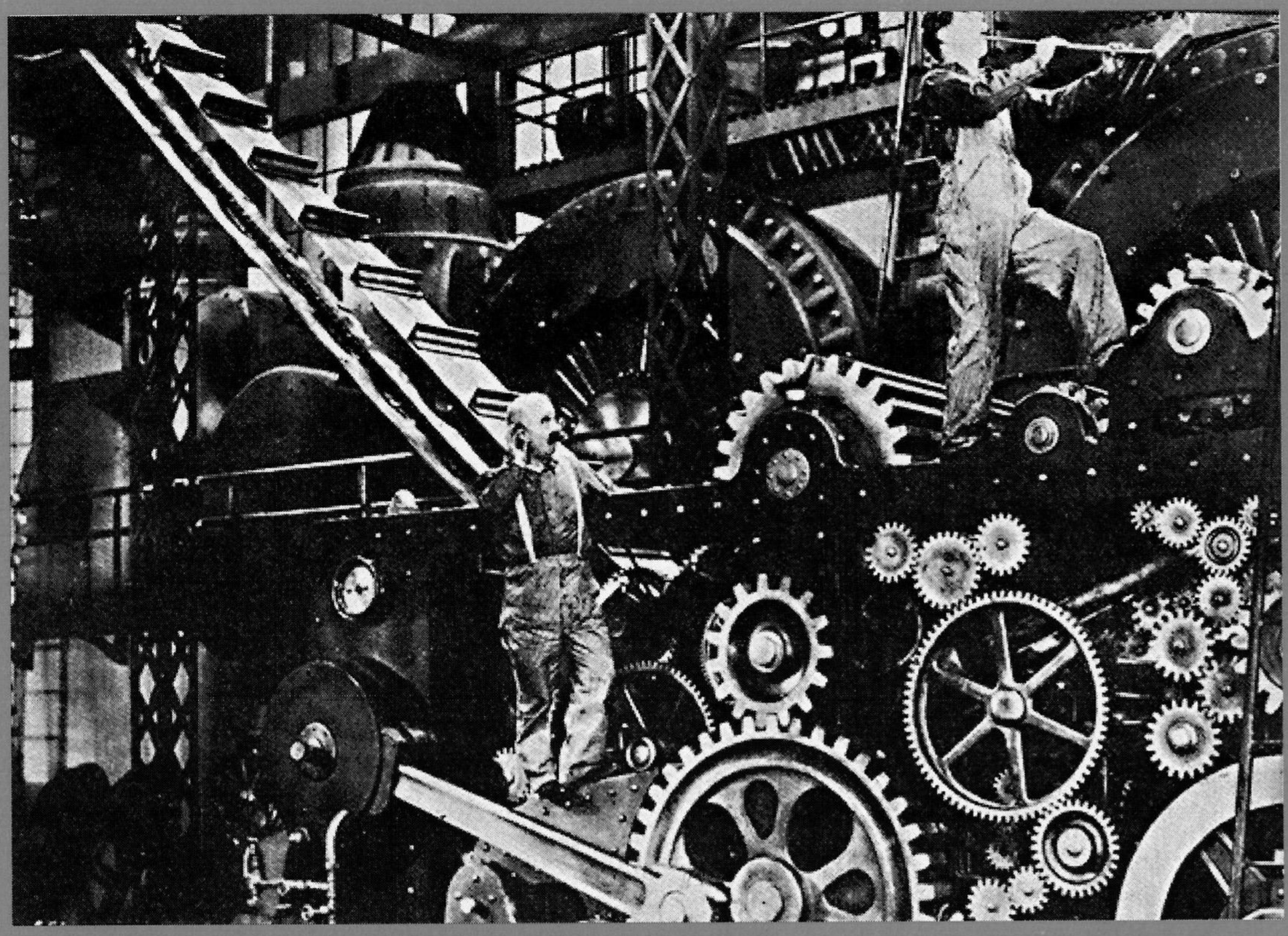
Von und mit Franz Hütterer (Kabarett Fiasko)

3./4. und 10./11. Juni:
Die Euphoriker. Eine Entscheidungshilfe.

Am Abstimmungstag:
Die Euphoriker. Livekabarettkommentar, zeitgleich.

Am Wochenende drauf:
Die Euphoriker. Eine Nachlese

Ort: Bürogemeinschaft.
Wien 1, Schottengasse 3a/1/59, jeweils 20 Uhr



Charlie Chaplin in »Moderne Zeiten«, 1936

»Weg-und-Ziel«-Seminar

Ambivalenz neuer Technologien

Neue Datennetzwerke, Gentechnologie, u.a.

Freitag, 27. Mai 1994, 15 - 22 Uhr

im MARXISTISCHEN ZENTRUM, 1010 Wien, Trattnerhof 2/1/14

ReferentInnen:
Prof. Dr. Peter FLEISSNER
(Inst. f. Gestaltungs- und Wirkungsforschung, TU-Wien)
Dr. Margit POHL
(Inst. f. Gestaltungs- und Wirkungsforschung, TU-Wien)

Weiters werden eingeladen:
Dr. Lisbeth N. TRALLORI
(Sozialwissenschafterin)
Dr. Martin POTSCHKA (Biochemiker)
Dr. Peter MOESCHL
(Arzt, Mitherausgeber von »der streit«)
Dr. Franz OFNER (Ökonom, Univ. für Bildungswissenschaften)
Dr. Rudolf KARAZMAN
(Facharzt für Psychiatrie)
Dr. Irmi VOGLMAYR
(Sozialwissenschafterin)

Teilnehmerbeitrag:
Anmeldeschluß:
Montag, 16. Mai 1994
Anmeldungen schriftlich oder telefonisch bei:
Andrea DAMPIER
Marxistisches Zentrum
1010 Wien, Trattnerhof 2/1/14
Tel. 0222/533 60 23
(Do.: 0222/21 7 42/600)
Fax: 21 742/499 od. 599

Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

_____

_____
Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

_____
Postleitzahl Ort

Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Europa der Regionen?

Nr. 2 • 1994 52. Jahrgang Einzelpreis 40 Schilling

»EURO WATCH – EWA-Report«

Ein europäisches Informations- und Medienprojekt.

Mit **»EURO WATCH«** präsentiert sich ein **europäisches Informationsprojekt.** Angesichts der andauernden Integrationsdebatten, den neuen europäischen Spannungsfeldern und der Vielschichtigkeit des Themas „Europa", geht »EURO WATCH« von der Notwendigkeit sachlicher, fundierter Information aus.
Mittels des **wöchentlichen Presse- und Informationsbulletins EWA-Report** soll eine interessierte europäische Öffentlichkeit angsprochen werden, die sich nicht auf eine Schlagwort-Politik beschränken will.
Die derzeitigen politischen Entwicklungen in Europa – und im speziellen die europäische Integration – zeichnen sich einerseits durch eine bestimmte Unübersichtlichkeit der zu behandelnden Inhalte und anderseits durch kurzlebige Informationen aus. Verschiedenste Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen arbeiten, national wie international, eben an diesen Themenkomplexen. Für den Bereich der **kritischen Analyse** europäischer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen will »EURO WATCH« übersichtlichkeit ins kontraproduktive Gewirr bringen.

EWA-Inhalte

Aufbereitung, Analyse und Vermittlung „unterdrückter Nachrichten", sowie die Weitergabe von **Insiderinformationen** aus den verschiedenen EG-Institutionen stehen im Mittelpunkt der Arbeit.
Europapolitisch und innenpolitisch relevante Entwicklungen sollen sachgerecht, präzise und rasch vermittelt werden.
Die **Genese wichtiger Entscheidungen** soll nachvollziehbar wiedergegeben werden.
Auch die verschiedenen – auf nationaler und europäischer Ebene tätigen – oppositionellen Bewegungen und Organisationen, deren Inhalte, Handlungsmotive und Methoden sind regelmäßig Gegenstand der Berichterstattung.
Neben der eingehenden Begleitung der österreichischen EU-Debatte bietet EWA **spezielle Länderberichte** – mit einer Schwerpunktsetzung auf die nordeuropäischen Beitrittswerber.
EURO-WATCH speist sich vor allem durch die Informationen freier MitarbeiterInnen. Ein Netz österreichischer und internationaler MitarbeiterInnen sorgt – neben der regelmäßigen Aufbereitung einschlägiger Quellen durch das Wiener Büro – für die ausgewogene Zusammenstellung der Informationen.
Die offiziellen Mitteilungen und Protokolle der europäischen Institutionen werden von den leitenden Redakteuren des Wiener Büros aufbereitet. National wie international ist das Netz der **EWA-MitarbeiterInnen** nach fachspezifischen und regionalen Kriterien zusammengestellt. Kontaktpersonen in diversen Gremien ermöglichen den Blick hinter die Kulissen europäischer Politik.
Die über Europa verteilten KorrespondentInnen kommen aus journalistischen, wissenschaftlichen sowie oppositionellen Arbeitsbereichen bzw. Zusammenhängen.

Volksabstimmungen

Der **EU-Abstimmungscountdown** läuft. Zumindest steht Österreich unmittelbar vor der heißen Phase der Beitrittsauseinandersetzungen. Ungeachtet der zahllosen Lippenbekenntnisse für eine ausgewogene, inhaltlich fundierte Information bleibt in Sachen Integrationspolitik das Schlagwort vorherrschend. Es werden von verschiedenen Seiten Ängste mobilisiert und beschworen. Komplexe Sachverhalte werden grob fahrlässig vereinfacht.
»EURO WATCH« will dem Marktgeschrei der Abstimmungskampagnen Inhaltliches entgegenhalten.
Der **EWA-Report** soll als **"europäisches Medium"** einen objektivierenden Einfluß im Rahmen der Integrationsdebatten liefern. Jenseits eines EU-oppositionellen „Zentralorgans" kann ein internationaler Zugang die leider zwangsläufig nationalbornierte „Vorteil-Nachteil-Focusierung" aufheben.
»EURO WATCH« ist ein – ungewollt – subenventionsfreies Projekt und daher existentiell auf Abonnements angewiesen. Zu folgenden Konditionen können Sie die Wochenzeitung EWA-Report und die Vierteljahres-Zeitschrift EUROPA-KARDIO-GRAMM beziehen:

EWA-Report
Jahresabonnement für 40 Ausgaben:
Einzelpersonen ohne Verwertungsrechte: 1.400,– ÖS (exkl.)
StudentInnen, Arbeitslose: 800,– ÖS (exkl.)
Institutionenabonnement mit Verwertungsrechten: 4.800,– ÖS (exkl.)
Medienabo-Grundtarif, Abdruckrechte nach Vereinbarung: 4.800,– ÖS (exkl.)
Monatsabonnement:
Einzelpersonen: 150,– ÖS (exkl.)
Institutionen und Medien: 500,– ÖS (exkl.)

Kontakt: »EURO WATCH«
EWA-Report, Schottengasse 3a/I/4/59
A-1010 Wien, Tel.: 0043-1-53 51 106, FAX: 53 27 416

EURO WATCH
EWA-REPORT

WOCHENZEITUNG · 12/April 1994, EKG, Jg. 4/20

Besonderes Interesse an gemeinsamer Justiz

MANFRED GMEINER/EWA-WIEN

Im Bereich Justiz und Inneres hat Österreich nicht nur volle Zustimmung zu den in der EU bestehenden Regelungen gegeben, sondern darüber hinaus besonderes Interesse an Unterstützung in Flüchtlingsfragen gezeigt. Für den UNHCR ist Österreich allerdings kein sicheres Drittland mehr.

Die österreichische Regierung ist schon seit langem bemüht, in der europäischen Flüchtlingspolitik ein Musterschüler zu sein. In einigen Punkten ist man sogar über jene von den Verträgen von Schengen und Trevi erfundenen Schikanen und Abwehrmechanismen für Nicht-EU-BürgerInnen hinausgegangen.

Österreich sieht sich in einer besonders exponierten geographischen Situation, was jedoch nicht näher begründet wird. (Ist wohl auch kaum möglich.) Man wolle daher insbesondere - so im Bericht über den Beitrittsvertrag, wie er dem Parlament vorgelegt wurde - von den Möglichkeiten, wie sie im Dubliner Übereinkommen oder im Entwurf zum Übereinkommen über das Überschreiten der Außengrenzen der Union vorgesehen, gebrauch machen und bei auftretenden Schwierigkeiten bei der Grenzabsperrung die entsprechenden Organe der Union befassen, um eine gemeinsame Lösung zu erwirken.

Österreich betrachtet die Todesstrafe als gerechtfertigte Strafe für Wehrdienstverweigerer und Deserteure

Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat in einem Gutachten kürzlich erst die Asylpolitik des Musterschülers Österreich einer schweren Kritik unterzogen. Nach der in

der Europäischen Union üblichen Dr landregel dürfen Flüchtlinge, die auf i Flucht durch ein als sicheres Drittland tendes Land gereist sind, dorthin zurück wiesen werden. Sie hätten, so wird ar mentiert, bereits dort einen Asylant stellen müssen.

Österreich und Griechenland wu vom UNHCR nun dieser Status nicht n zuerkannt. Kritisiert wird in erster Li daß Österreich selbst die Todesstrafe gerechtfertigte Strafe für Wehrdienstweigerer und Deserteure betrachtet mehrfach Verfolgte in Länder abschieb denen diesen Folter und Todesstrafe d hen.

INHALT

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Achtung neue Adresse:

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Andrea Dampier, KPÖ,
Trattnerhof 2/14,
1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 200,- S; 35,- DM

Lay-out:
Michael Baiculescu

Druck:
Druckerei
Gerstmayer Ges.m.b.H.,
Schönbrunner Straße 215

Die nächste Nummer

erscheint im Juli

Themenschwerpunkt:

Ökologie

Inhalt

Nr. 2, Mai 1994, 52. Jahrgang

ITALIEN

Peter JIRAK: Italien – Salto mortale oder Salto vitale 2

THEMA: EUROPA DER REGIONEN?

Gerold ECKER: Europas Europäisierung 11
Otto KREILISHEIM: Sicherheit unter dem amerikanischen Atomschirm? 16
Günter KLODNER: Die Beziehung zwischen Lohnarbeit und Kapital – Zum EG-Weißbuch 18
Brigitte PELWECKI: Arbeitsplätze oder saubere Umwelt? – In den Salzburger Industrieregionen wird erpreßt 22
Josef BAUM: Thesen zu Gemeinden, Regionen und EG 25
Lutz HOLZINGER: Das Kamel im Nadelöhr – Aspekte einer politischen Ökonomie des Transitverkehrs 26
Josef SCHILLER: Durch EU-Beitritt ins wirtschaftspolitische Paradies? 32
Elisabeth HOLZINGER und Michael SERTL: Bildungsbankrott unter dem Lodenmäntelchen der Autonomie? 34
Helmut RIZY: Euroklops – Über die EUropäische Identität nationaler und regionaler Kulturen 39
Hans KALT: Industriestandort Europa in Gefahr? 44
Christian DONNINGER: Zurück aus der Zukunft – Ein Erlebnisbericht 49

DER REALE KAPITALISMUS

Jürgen KUCZYNSKI: Konkunktur für wen? 52

TENDENZ RECHTS

Balázs NÉMETH: Rechtsentwicklung in den Kirchen Osteuropas 54

BÜCHER ZUM THEMA TENDENZ RECHTS

Jürgen Trittin, Gefahr aus der Mitte – Die Republik rutscht nach rechts
Peter Kratz, Die Götter des New Age – Im Schnittpunkt von „Neuem Denken", Faschismus und Romantik
Antifaschistische Literaturliste – Kommentierte Auswahlbibliographie 1993/94 .. 58

BÜCHER

Hans Höller, Thomas Bernhard (Monographie)
Klaus Holzkamp, Lernen – Subjektwissenschaftliche Grundlegung 62
LeserInnenbrief 64
Titelbild: Schlachten von Vieh, 1878

Italien – Salto mortale oder Salto vitale*

Die Wahl zwischen Totalitarismus und Revolution

Peter JIRAK

Tu felix Italia! – könnte man in Analogie zum altbekannten „Tu felix Austria" ausrufen, denn auf der Halbinsel gibt es eine beachtenswerte links-liberale Koalition, die am 27. März zum ersten Mal die politische Macht im Staat erringen könnte, wenn! ja wenn...

Desgleichen formiert sich ein fürchtenswert starkes Bündnis der Rechten unter den Anführern Berlusconi, Bossi und Fini.

FORZA ITALIA! Den Wahlslogan der Berlusconi-Partei, der aus dem Fußballjargon stammt, nur mit *„Vorwärts Italien!"* zu übersetzen, greift zu kurz. Forza heißt bekanntlich Gewalt. Der Besitzer einer berühmten italienischen Fußballmannschaft und eines Medienkonzerns, Silvio Berlusconi, scheut sich – als *Colleoni Postmoderno*[1] – keineswegs, die organisierte Gewalt eines Fußballkampfes, der ja nichts als eine Kriegssimulation ist, einzusetzen, um die Staatsmacht zu erringen. Er hat seine Anhänger in ganz Italien nach den Strukturen eines Fußballclubs strukturiert, vier- bis fünftausend sollen es im ganzen Lande sein, und die Phalanx der Führer und Unterführer nach strategischen Gesichtspunkten telegener Verführbarkeit aufgebaut. Wir werden sogleich sehen, wie die telematisch manipulierte Gesellschaft dem Menetekel entspricht, das schon in den Arbeiterkämpfen in den FIAT-Werken Turins 1967 auf den Mauern von MIRAFIORI erschienen war: *Il fascismo di oggi è il risveglio della morte*[2]. Silvio Berlusconi hatte sich durch die Finanzierung von Bettino Craxi und dessen PSI ungeheure Privilegien erkauft, die zur Konstruktion seiner multimedialen Konzernmacht die noch immer unantastbaren rechtlichen Grundlagen schufen.

Weltweit polarisieren sich die bürgerlichen Gesellschaftsformationen in politische, soziale und kulturelle Oppositionen: Der Gegensatz zwischen arm und reich, zwischen dumpfer Bewußtlosigkeit der Massen und unbeschreiblicher elitärer Arroganz, zwischen Jobholding und permanenter Arbeitslosigkeit, und schließlich der Gegensatz zwischen einer formal affirmativen Nationalidentität und einer zunehmenden Marginalisierung heimatloser Neonomaden und nicht zuletzt die mafiotische „Politik" der *tangentopoli* erzeugen permanenten Wirklichkeits- und Weltverlust. Sowohl die für eine neue Weltordnung sich verantwortlich fühlenden Administratoren als auch die Vielzahl verwalteter Bürger sind in einem erschreckenden Maße unfähig – über die Weltmarktstruktur hinaus – verbindliche, demokratisch-republikanische Grundsätze und Konzepte einer zukünftigen Weltordnung zu entwerfen und zu leben.

Der sensus communis – als der *Nucleus Gemeinschaft* jeder Gesellschaftsordnung immanent – dieser Gemeinsinn, der über Jahrhunderte das verbindende Band der verschiedenen Klassen und Interessen gewesen war, die Voraussetzung der *verfaßten Gesellschaft*, dieses Band ist seit langem gerissen. Nur noch Interessens-Pluarlismus hat, unter jeweils unterschiedlichen politischen Steuermechanismen, dies Ganze, das sich Massendemokratie und demokratische Staatsordnung nannte, zusammengeschweißt. Aber jetzt hält nichts mehr und nirgends. Wohlstand, Vollbeschäftigung, technischer Komfort und unbegrenzte Konsumfreiheit, Friedenssicherung und *anything goes*[3] waren der Kleister, der die Klassendifferenzen übertüncht und zugleich die Antagonisten aneinander geleimt hatte. Dieser Kleister, *interessi* (Gewinnsucht und Gewinnanteil), dieser Leim bindet nicht mehr. Was nun?

Das Wort Interesse hat eine doppelte Signifikanz: Zum einen bedeutet es – das ist sein älterer Sinn – ein konkretes Da-Sein der Person unter freien Personen in einem politischen Verband, zum Beispiel in einer Republik; zum anderen signifiziert Interesse nichts als diese Person in ihrer tragenden Eigenschaft als Privateigentümer. Das Privateigentum, sagt bekanntlich schon Karl Marx, hat die politische Person Mensch privatisiert, dumm gemacht.

Was in Italien geschieht, ist und war immer paradigmatisch für Europa und die westliche Welt. Römisches Recht und jüdisch-christliches Weltbild sowie die Entdeckung der Antike durch die Renaissance sind die Wurzeln des Abendlandes. Es gehört nicht hierher, herauszuarbeiten, wie und wodurch diese Traditionen zum „Gesellschaftsvertrag" des modernen Staates geführt worden sind, noch welche Voraussetzungen der antiken und archaischen Welt in diese Synthese eingegangen sind. An eine Entwicklungslinie im Prozeß der Moderne sei indes erinnert.

In *Herodots Geschichte* hören wir zum ersten Mal dezidiert von den bekannten *drei Staatsformen*; der *Einherrschaft*, der *Herrschaft der Wenigen*, und der *Herrschaft der Vielen*. Dort lehnt der Sprecher für die *athenische Demokratie*, die *Isomania*, die Herrschaft, die ihm angetragen ist, mit der folgenden Begründung ab: *Ich will weder herrschen noch beherrscht werden.* Das Haus dieses Mannes, fügt Herodot hinzu, sei das einzige Haus eines freien Mannes gewesen. Diese idealtypische Freiheit, die sich auf der Unfreiheit der Noch-nicht-Personen, vor allem Frauen und Sklaven (Barbaren), gründet, geistert noch kryptisch im Ideal humboldtscher Wissenschaft herum: Forschung – sine ira et studio.[4] Kann die politische Grundhaltung der Isomania Vorbild in der desorientierten Politik von heute sein?

Politisches Handeln gründet sich auf dem Selbstbewußtsein einer Person sowie auf ihrer materialen Kultur, das ist: die Lage dieser Person in Verbindung zum Beispiel zu einer politischen Klasse, die Bildung dieser Per-

---

* Dieser Artikel wurde aus redaktionellen Gründen bereits vor den Wahlen geschrieben. Ein letzter Absatz kommentiert die Situation nach den Wahlen.

son, ihre Charaktereigenschaften, kurz, ihr gesellschaftliches Sein. Politisches Handeln basiert auf der Haltung (Hexis) von Personen je nach ihrer *Inklination*, nach Zu- und Abneigung auf der Grundlage eines *konzisen* (kurzen, gedrängten) politischen und ästhetischen Urteils. Politisches Handeln soll immer alle Mitmenschen und die Mitwelt insgesamt einbeziehen. Politisches Handeln sollte auf einer universellen Reflexion beruhen. Politisches Handeln ist ein Gradmesser für Freiheit. Heute geistert der Jargon von der Politikverdrossenheit durch die Gazetten und durch das Wahlgeraune der Berufspolitiker. Wie? Sind es doch gerade jene, welche das Volk von politischer Mitsprache und Verantwortung abgekoppelt haben oder durch Verdunkelung politischer Grundsätze permanent Verwirrung stiften und Desinteresse erzeugen. Glasnost für den Osten, aber weiterhin Geheimratspolitik im Westen!

In den westlichen Demokratien geht zwar pro forma die Gewalt vom Volke aus, aber sie geht de facto als Krieg gegen dieses, das eigene Volk, dorthin zurück: Der Atomstaat schert sich einen Dreck um die Gesundheit seiner Bürger. Und sie werden gentechnischen Manipulationen genauso wie radioaktiven Strahlungsexperimenten ausgesetzt, nicht nur in den USA. Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Wer redet von der alltäglichen Vergiftung, Analphabetisierung und Kriminalisierung, von der Auslöschung des Gedächtnisses der Massen durch das Fernsehen? Sport und Fernsehen sind Massenmord (siehe weiter unten: Pasolinis Geschichte vom Soldaten). Nirgends kommen die *Tröstungen* (Komfort) der *technischen Zivilisation* so verheerend zur Geltung. 38 Prozent der amerikanischen Bevölkerung, die meisten Wellfare-Check-Empfänger, sind nicht mehr in der Lage, einen *syntaktischen* Gedanken zu formulieren und niederzuschreiben. Die Machteliten: Parteifunktionäre, Wirtschaftskapitäne, Kriegslobbyisten und internationale Network-Manager haben ein totalitäres Regime errichtet, ein fast unsichtbares Gefängnis, in dem die Weltbevölkerung als aussaugbares Opfer eingekerkert ist. Diese Verhältnisse sind im Italien von heute nur drastischer als anderswo.

Der Grundsatz der griechischen Demokratie – gegen die telematische Dromokratie gesetzt – hat heute mehr Geltung denn je:

Mache keinen zum Vehikel deiner narzißtischen und egomanischen Interessen, wie auch du dich keinem seiner Zwecke verfügbar machen sollst.

Was ist Politik und wie kann sie sich heute artikulieren?

Der Zweck aller Politik ist die Wohlfahrt des Volkes. Die richtige Ordnung der kulturellen, sozialen, ökonomischen, kommunikativen und verkehrsspezifischen Dinge in der Kompetenz politischer Verantwortung formiert sich im Aspekt der Macht und des Glücks: als das reale Ensemble aller Interessen im Aspekt politischer Weltöffentlichkeit. Diese „richtige Ordnung der Dinge" wird einerseits als Verwaltung der Interessensvielfalt verstanden, andrerseits als die Repräsentanz des Volkswillens in allen Aspekten der Gewaltenteilung exekutiert. Was aber sind die politischen Tugenden? Mut, das Streben nach öffentlichem Glück, der Geschmack der Freiheit, das Verlangen nach öffentlicher Auszeichnung – unabhängig von Amt und Würden, ja sogar von Erfolg und Ruhm. Diese Leidenschaften des freien Menschen, wie sie natürlichen Eliten zukämen, sind selten. Heute erscheinen sie als vollkommen pervertiert: durch den Fetisch patriarchaler Herrschaft im Dschungel anonymer bürokratischer Verwaltung, durch Vernutzung der besten Kräfte im Konkurrenzkampf der Parteien und durch die Gebrochenheit aller menschlichen Verhältnisse im Taumel des gegen- und allseitigen Verzehrs. Dem topografischen Leben in der Stadt und auf dem Lande im tödlichen Klima der Dunstglocke entspricht das politische Leben im Panoptikum der Simulation aller Wünsche, Handlungen und Glaubensinhalte. Noch nie war die Not so groß – trotz technischer Reproduzierbarkeit fast aller Bedürfnisse, noch nie war die Notwendigkeit nach revolutionärer Veränderung dringlicher – in objektiver Hinsicht. Wie indes empfinden die Menschen dies in ihrer subjektiven Eigenart?

Am Ende ihrer Untersuchung über die Revolution sagt Hannah Arendt: „Es war die Polis, der eingezäunte Raum der freien Tat und des lebendigen Wortes, die ‚das Leben aufglänzen machte' ..." Sind wir am Ende der Polis und des Politischen angelangt? Hat der *Raum der freien Tat* und das *lebendige Wort* keine Zukunft mehr?

Am Anfang der Parteienbildung steht die Parteiung, wie sie sich im römischen Circus Maximus als Gruppierung der Wettenden, der damaligen Lotteriespieler, etablierte. Und heute scheint, nicht nur in Italien, die Gruppe der *androgynen Sportler* ausschließlich das politische Leben der Bürger zu manipulieren und sie selbst geben sich als *manipulares* nur allzu willfähig hin. Ist der Club der Sportsfreunde und der Club der Polit-Bonzen erst völlig telematisch gleichgeschaltet, dann: Viva la muerte!

Das Profil der politischen Landschaft Italiens – vor den Iden des Märzes

Am 27. März 1994 wird das italienische Parlament neu gewählt. Nach statistischen Kalkulationen würden die politischen Kräfteverhältnisse dieses Parlament in drei Teile teilen: Die Allianz der Progressisten würde dort 35,2 Prozent der Wähler repräsentieren; das rechte Zentrum 34,1 Prozent und schließlich das Zentrum 30,7 Prozent.

Die Allianz der Progressisten besteht aus folgenden Formationen:

- PDS, Partei des demokratischen Sozialismus unter A. Occhetto und D'Alema
- Verdi, die Grünen, geführt von Mattioli und Ripa di Meana
- Rifondatione communista, Neugründung der Kommunistischen Partei Italiens, angeführt von Cossuta und Bertinotti und schließlich die
- RETE unter L. Orlando.

Das Zentrum rekrutiert sich aus den Anhängern von Martinazzoli (Partito populare, Volkspartei, eine der beiden Nachfahren der alten Demokrazia Christiana, der von Skandalen, Korruption und Machtkämpfen zerfetzten christlichen Volkspartei) und aus dem Patto Italia des Sarden Mario Segni.

Das „rechte Zentrum" formiert sich aus den Anhängern Bossis, der Lega Nord, der FORZA ITALIA des Silvio Berlusconi und den Faschisten (MSI), der Alleanza Nazionale unter Fini.

Fragmente alter Formationen, Marco Panellas Partito Radikale, Bettino Craxis Sozialdemokraten, die Ex-PLI, die Ex-PRI und die Ex-PSI tendieren weitgehend nach rechts.

Die sich als liberale Mitte verstehende PPI, die neugegründete Partei der Democrazia Christiana, die Populari unter Martinazzoli, mit dem Patto

Italia des ehrwürdigen Herrn Segni, sind die Nachfolger der legendären und seit 1945 ununterbrochen die Staatsmacht haupttragenden Partei, im Volksmund der *„Weiße Wal"* genannt; diese Mitte ist, nachdem die große Mehrheit dieser christlichen Volkspartei ins rechte Lager gelohen ist, diese Mitte ist nichts als ein geometrischer Ort im dynamischen Geviert der politischen Kämpfe um die Macht im Staate. Hat sie eine politische Perspektive?

Geht es am 27. März wirklich um die demokratische Erringung der Staatsmacht oder ist dieses Parlament, diese *res publica italiana*, seit langem schon nichts als eine Farce, die drittklassige Inszenierung einer Schmierenkomödie?

Manche Kritiker des italienischen Polit-Szenarios vergleichen die Wahlen mit einem *Rebus* oder mit einem Lotteriespiel: JEDES LOS GEWINNT! – zu gewinnen gäbe es ohnehin nichts mehr, fügen Eingeweihte hinter vorgehaltener Hand hinzu. Ist der politische Kampf um die Machtausübung in der demokratisch verfaßten Gesellschaft nichts als ein Simulationsspiel?

Simulation oder Revolution?

Angesichts der permanenten Krise des Politischen fragt Jean Baudrillard: „Ist ein Bombenattentat in Italien die Tat von Linksextremisten oder eine Provokation der extremen Rechten, ist es eine Inszenierung des Zentrums, um alle terroristischen Extremisten in Mißkredit zu bringen oder eine wacklige Macht herunterzumachen; handelt es sich vielleicht um ein Polizei-Szenario und die Erpressung zur öffentlichen Sicherheit?

All dies ist gleichzeitig wahr und die Suche nach dem Beweis, ja nach der *Objektivität* der Fakten, setzt diesem Interpretationstaumel kein Ende.

Das große Ereignis dieser Periode, das große Trauma ist jene Agonie fester Bezüge, Agonie des Realen und Rationalen, mit der das Zeitalter der Simulation anbricht. Während so viele Generationen, und besonders die letzte, im Laufschritt der Geschichte gelebt haben, in der euphorischen oder katastrophischen Perspektive einer Revolution – hat man heute den Eindruck, daß die Geschichte sich zurückgezogen hat, einen Nebel der Indifferenz hinter sich zurücklassend, durchquert zwar von Strömen, aber all ihrer Bezüge entleert." (Jean Baudrillard, Agonie des Realen, Merve, Berlin 1978)

Erinnern wir uns an das Menetekel an der Wand von Mirafiori: *Il fascismo di oggi è il risveglio della morte.* Was hat die lichtblaue Farbe des Club-Chefs Berlusconi, das postmoderne Lichtblau Haiders, das hoffnungsstrahlende Blau der deutschen Republikaner und der russischen Nationalisten unter der Ägide Schirinovskys mit der Nekrophilie der Faschisten von einst gemein? Heißt das etwa, daß an der Stelle der Schwarzhemden von einst und an der Stelle der Braunhemden von gestern heute die Farbe blau steht?

Mit prophetischem Scharfsinn hat Pasolini *die totale Manipulation der Masse* durch den narzißtischen, phallosophischen und telematisch herrschenden Dromokraten vorausgesehen. Sein letztes, bis dato noch nicht fertiggestelltes und publiziertes Werk, ein TV-Dramolett nach Ramuz' Geschichte vom Soldaten, nimmt geradezu die Herrschaft und Herrschaftstechnik eines Silvio Berlusconi vorweg.

Am Mittwoch, den 26. Januar 1994 spricht ein distinguierter Herr im dunklen Anzug zur Nation. Er spricht in die bestellte Kamera eines bestellten Kameramanns. Er sitzt an seinem Schreibtisch, vor Büchern und vor Familienfotos. Sie zeigen Herrn Berlusconi, groß, versteht sich, mit seinen Kindern spielend. Alle Tyrannen lieben ihr Volk, und vor allem Kinder. Würdevoll spricht er von seiner Liebe zu Italien, von seinem Handwerk, dem freien Unternehmertum und schließlich von seiner Leidenschaft für die Freiheit, die jetzt durch die Kommunisten bedroht sei. Die Kassette geht an alle Tagesschauredaktionen, an sämtliche Fernsehsender Italiens und an den TV-Service der internationalen Nachrichtenagentur Reuters. Die Sender Italia 1, Rete 4 und Canale 5 sind im Besitz des Herrn Berlusconi. Natürlich zeigen alle Sender, auch die drei staatlichen der RAI, Ausschnitte seines öffentlich-privaten Auftritts; seine eigenen Sender, vor allem Rete 4, zeigen das Opus in voller Länge am Tage drei Mal.

Der *condottiere* Berlusconi besitzt auch den Großverlag Mondadori, Zeitschriften (Panorama), Werbe-, Film- und Finanzgesellschaften, Immobilien, Kaufhäuser (z. B. Standa), Supermärkte und den AC Milan. Das Leben des *Videokraten* könnte aus dem Libretto von *The Rake's Progress*[5] stammen: Reiseleiter, Fotograf,

Nachtclubsänger, Grundstücksmakler, Bauunternehmer und seit den achtziger Jahren ein mit Hilfe Bettino Craxis rasch aufgestiegener Wirtschaftskapitän. Heute ist der Herr von *Fininvest* Herrscher über 27.000 Angestellte und der *warlord* des *partito aziende*, die Partei, die ihn mit Hilfe Bossis und Finis an die Macht bringen soll. Dies hätte er bitter nötig, um nicht mehr bankrott zu sein. Jeder einzelne Angestellte des Berlusconi-Imperiums, ließ sein Erzfeind Agnelli (FIAT) errechnen, habe eine Schuldenlast von 12 Milliarden Lire zu tragen.

Würde Pier Paolo Pasolini heute noch leben, für ihn wäre diese graue Eminenz das *male assolutamente*, die Banalität des Bösen schlechthin.

Pasolini schreibt 1974 einen Film über das Fernsehen, für das Fernsehen, gegen das Fernsehen. Er versucht, die totale Simulation der Telekratie subversiv zu unterlaufen, indem er die Macht der Massenkommunikation als die Herrschaft des Bösen und Banalen thematisiert. Hier sei diese Geschichte kurz erzählt, denn nur dort, wo Geschichten noch erzählt werden, ist das Wort lebendig und die *Insel der Freiheit*[6] noch sichtbar. Nur dort, wo Bewegung (wirkliche und nicht simulierte) ist, innere Bewegung, Emotion; äußere Bewegung, Gestus, können Geschichten entstehen; nur dort, wo Gesten und Emotionen zusammentreffen, ist Rhetorik möglich, *parlare*, der Geist des Parlamentarismus. Nur dort, wo der Parlamentarismus lebt, lebt auch die Geschichte des Volkes. Hier also Pier Paolo Pasolinis Geschichte vom Soldaten:

Der kleine Soldat Ninetto Diotallevi verabschiedet sich am Bahnhof von seinen Kameraden mit einer kleinen Serenade, die er auf seiner Violine spielt. Im Zug begegnet er einem schönen taubstummen Mädchen vom Lande. Auch ihr spielt er leidenschaftlich auf. Ein vermummter Fremder folgte ihm wie ein Schatten. Die Schöne steigt in irgendeinem bergamaskischen Dorf aus, gefolgt von Ninetto, der in ihrem Haus, das sie mit drei Brüdern teilt, eine heiße Liebesnacht verbringt. Nach diesem Abstecher in die unwiederbringlichen Freuden des Landlebens findet sich der Soldat am nächsten Morgen wieder auf dem Weg zum Bahnhof, um seine Heimreise fortzusetzen. Aber er kommt nicht an. Auf seinem Fußmarsch zur Station passiert er ein Terrain, darinnen eine neoklassische Villa. Sie gehört dem geheimnisvollen Fremden. Eine Tafel ist reich gedeckt. Ninetto hat Hunger. Er produziert sich auf seiner Violine und wird zu Tisch gebeten. Der fremde Herr schlägt Ninetto vor, ihn die Kunst der Violine zu lehren, während er ihm das Lesen beibrächte. Darüberhinaus wolle er Ninetto reich machen. Der kleine Soldat willigt ein. Der Gastgeber führt Ninetto in einem Raum, der mit Fernsehschirmen tapeziert ist. Soeben läuft eine Dokumentation über den Papst Paul VI. Auf verschiedenen Schirmen laufen Interviews des Papstes über den Teufel ab. Der Fernseh-Interviewer ist ein zynischer, intelligenter, supermodisch gekleideter Kretin; der korrekte Kleinbürger schlechthin, der mit seiner überzeugenden Art die Untiefen im Gewissen des Zuschauers auszugleichen versteht, interviewt auch eine gewisse Persönlichkeit, einen Cavaliere, dessen Gesicht im Verborgenen bleibt. Auf die Frage, wer denn der Teufel heute sei, antwortet er: „Der Teufel ist euer Brötchengeber, der Chef des Fernsehens." Er fährt fort, der Teufel sei als das Böse in abstracto immer der nämliche Patron, aber er ändere seine Gestalt nach den jeweils herrschenden historischen Bedingungen; so sei er dereinst die katholische Kirche und das Papsttum gewesen und eben jetzt das Fernsehen, die Massenkommunikation. Die Taten des Teufels bestünden immer in der Auflösung des Glücksverlangens der Menschen und in der Transformation des Glücks in Konsum.

Ninetto, ein moderner Faust, kehrt in einem Mercedes in den Hort seiner Familie zurück. Die typische italienische Großfamilie! Nach einem kolossalen Festmahl, das in der Art eines kollektiven Psychodramas abläuft, nach Verlesung des Testaments von Ninettos Vater, erklären sich alle Verwandten für inexistent: „Verwandtschaft, was für eine Scheiße!" Auf der Asche traditioneller Familienkonventionen tanzt die neue, korrupte und schändliche Bande der *tangentopoli*. Schließlich erscheinen die Carabinieri, um Ninetto zu verhaften, der, durch zauberische Intervention des Fremden, nicht bemerkt hatte, daß schon ein Jahr vergangen, ein Jahr, daß er von seiner Kaserne ferngeblieben war. Ninetto wird ins Militärgefängnis gesteckt. Dank der Intervention des Fremden kommt er frei. Der Herr, diese graue Eminenz, verspricht ihm neues Glück und neuen Reichtum.

Ninetto weiß jetzt, daß der Teufel im Spiel ist, Ninetto ist jetzt ein Fernsehstar. Überall auf den Mauern der Stadt erscheint sein lachendes Gesicht.

Eines Abends wird zu seinen Ehren ein Empfang in einem Hotel am Meer gegeben. Alles strömt hin, auch Ninetto, der indes erlebt, wie das Publikum gebannt auf seine Videosimulation starrt, und ihn, den Ninetto aus Fleisch und Blut, links liegen läßt.

Ninetto ist der Protagonist auf dem Bildschirm. In einer kurzen Werbesequenz, die auf einem Friedhof spielt, wirbt er für eine Lebensversicherung. Nach der Übertragung eilt das Publikum, scharf beobachtet von Japanern, auf die Toiletten. Repräsentanten verschiedner Nationalitäten sprechen von Ninetto, dem Star, als von ihrem neuen Parsival. Das Fernsehen überträgt eine weitere Werbesendung: Delegierte gelangen durch ein Grab in die Abwässer der Stadt. Einer von ihnen mißt die Höhe von Scheiße und Pisse: „Nur fünf Zentimeter. Das ist die Norm!" Aber die Norm muß erhöht werden. Ein beispielloser Run auf die Toiletten der Stadt wird geworben und bringt ein überdurchschnittliches Scheiß-Ergebnis. Ninetto, der TV-Protagonist dieses Werbeerfolgs, wird von den Delegierten als ihr großer Held gefeiert; sein charismatisches Image wird verhundertfacht und als solches ausgestreut. Seine Strichcode-Identität ist mit der simulierten Erwartungshaltung des Publikums gleichgeschaltet worden. Ein Minister krönt Ninetto zum Ritter der Arbeit.

Was der geniale Pasolini zwischen 1974 und 1976 kunstvoll konzipierte, muß in den Achtzigern vom Duo Craxi/Berlusconi zwangsläufig simulatorisch wiederholt werden – als Politfarce. Keiner möge behaupten, die subversive Gegensimulation durch wahre Kunst sei unmöglich!

Nun zum Schluß der Geschichte: Ninetto ist das Opfer seines Reichtums und seines Erfolges, der ihm treu geblieben ist. Aber er kann sein geliebtes Instrument nicht mehr spielen, und an die Stelle seiner lachenden Augen ist grenzenlose Leere getreten. Während einer Feier am Altar des Vaterlandes flieht er im Schnellzug nach Neapel. Unter gleichgültigen und teilnahmslosen Mitreisenden schläft Ninetto ein. Er träumt sich auf der Tasse des Aborts die Violine spielend; seine

Peiniger erscheinen: Professoren, Bürokraten, Techniker, Fotografen. Gefolgt von einer Hundemeute flieht Ninetto. Er gelangt an den Ort: *Das heilige Thater seiner Majestät und Gottes*. Ninetto kommt zum König, der Vater einer wunderschönen, aber cholerakranken Tochter ist. Der theatrale Ort. Prozentium und Piazza, wird von einer Glaswand geschützt. Mit Hilfe einer magischen Speise heilt der kleine Soldat die Schöne. Während der Hochzeit mit ihrem Erretter tritt der Teufel auf, um das Fest zu verderben. Die schützende Glaswand zerbirst und unter dem Ansturm von schweren Schaufelbaggern geht der Palast aus dem 17. Jahrhundert in Trümmer. Ein Heer von Bulldozern schlägt die königliche Familie und das gaffende Volk in die Flucht. Verzweifelt spielt Ninetto auf seiner Violine, allein inmitten des Chaos. Ein riesiges Baggermaul öffnet sich, um auch ihn zu verschlingen. Mit einem Schrei erwacht Ninetto. Die Mitreisenden haben nichts von all dem wahrgenommen. Wie Tote fahren sie dahin. Seinen bedrückten Fragen begegnet leere Gleichgültigkeit.

Gedächtnis-Kunst und Ethik des Erinnerns versus Politik der Tilgung

Das Gedächtnis der Schwerzen sitzt tiefer als die Erinnerung der Freuden. Wie es keine Hoffnung ohne Trauer gibt, so auch keine Zukunft ohne kollektives Gedächtnis. Es gehört nicht in diesen Kontext, das Verhältnis von Gedächtnis und produktiver Einbildungskraft als die Begründung jeglicher Gestaltung von menschlichem Schicksal und Natur durch Kunst und Wissenschaft, Politik und alltäglichem Handeln, hier zu exponieren; soviel sei dazu gesagt: Wir leben, dank unbegrenzter Reproduzierbarkeit, in einem total verspiegelten Panoptikum. Reflexion heißt nur noch gegenseitige Ausgrenzung durch parallelgeschalteten Laserblick. Jeder ist des nächsten blinder Fleck. Die telematische und phallosophische Dromokratie, der elektronische Feldzug gegen das Gedächtnis und gegen das Bewußtsein, hat eine totalitäre Herrschaft über Natur und Mensch errichtet. Die leiblich-sinnliche Realität des Menschen existiert nur noch als *Appendix* der Megamaschine: Die mondialen Netzwerke der Macht, die ihre High-tech-Potenz gerade erst entfalten, das menschliche Raum-Zeit-Bewußtsein auf einen Ground-zero-Status zu reduzieren. Jede wirklich radikale politische Veränderung muß Wege aufzeigen, entweder dieses *Simulakrum* subversiv zu unterlaufen oder zu entmaterialisieren. Wer sich, scheinheilig naiv, des telematischen Machtapparates bedienen will, um nur umzuinstrumentieren, wird als geklonte Existenz dieser Maschine einverleibt.

Politische Programme müssen auch angeben können, wohin zurück dem Weg aus der Sackgasse zu folgen sei. Jede politisch revolutionäre Bewegung muß zugleich zwei Richtungen verfolgen: Zum einen die Rückkehr in die bestmögliche *Konkordanz* von verfaßter Gesellschaft und solidarischer Gemeinschaft; zum anderen müssen die Mittel und Wege klar definiert sein, die Wohlfahrt des Volkes, das Glück aller zu erreichen.

Was ist an den Herrschern durch mediale Schirme so gefährlich?

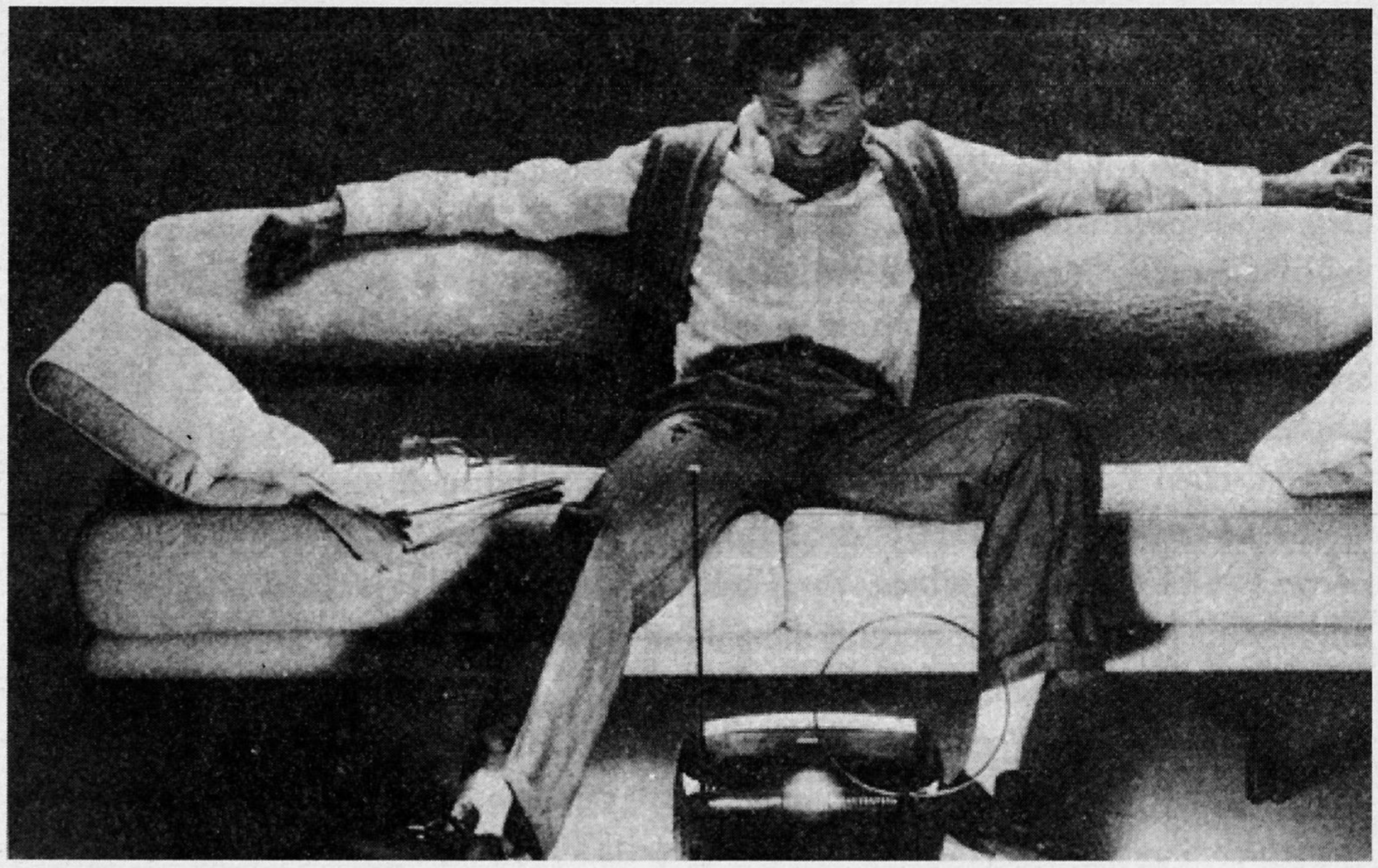
Berlusconi, eindeutig als der faschistische Führer, als der neue Mussolini von heute zu entlarven, besitzt nicht nur die oben genannten drei großen Sender, er verfügt darüberhinaus über ein gut verflochtenes regionales Informationsnetz, das ganz Italien im Griff hat. Der Schatten des *Großen Bruders* ist in jedem Haushalt präsent. Der Papst, der mit Schrecken bemerkt, daß die Tele-Schirme das Kruzifix im Herrgottswinkel verdrängt haben, ruft zum Feldzug gegen die Videokraten auf. Heute sagt der Pntifex nicht anderes, als Pasolini vor 20 Jahren: ZERSCHLAGT DIESES NETZWERK DES TEUFELS!

Im Vergleich mit Ted Turners CNN, dem französischen Konzern TV 5 und Star TV in Honkong sowie BBC ist Berlusconi relativ klein, aber als ein Teil des weltweiten BLAUEN DUNSTES läßt er einen für Italien nur noch schwarz sehen.

Was an dieser neuen Macht ist so faschistisch? Es ist die totalitäre Verfügung über den Raum und über die Zeit, das heißt, über das menschliche Gedächtnis und damit über das Bewußtsein: Wer durch Simulation und grenzenlose Reproduktion von Realität vorgibt, *wirkliche Tatsachen* zu schaffen, beherrscht manipulativ auf teuflische Weise die Menschheit – über jegliche parlamentarische Verfassung hinaus. Wer den Willen des Menschen, seine Leidenschaften und seine Bedürfnisse, seine komplexen Beziehungs- und Kommunikationsformen auf die Strichcode-Identität reduziert, handelt in der Konsequenz des faschistischen Schreibtischtäters, von dem Kafka sagt, er verwandle Menschen aus Fleisch und Blut in Aktenpapier. Die telematische Tilgung der Erinnerungsspur ist zugleich die Austilgung der Menschheitsgeschichte.

Das politische Programm der italienischen Progressisten

Die vereinigte Rechte unter Fini, Bossi und Berlusconi hat kein Programm. Es genügt ihr, die Massen mit Werbeslogans, stereotypen Nationalismen und billigen Konsumversprechungen zu lenken. Das gerade zeigt, daß diese Herrschaften weder ihre Wähler noch ihre eigenen Wahlversprechungen ernst nehmen. Sie wollen unverblümt die Macht und nichts als die Macht. Anstelle eines gemeinsamen Programms haben diese postmodernen Kriegsherrn bei ihrem Treffen Italien schon als Beute untereinander aufgeteilt.



Die linksliberale Union der Progressisten indessen legt ein umfangreiches Programm zur Sanierung des kranken Staates vor. Vor allem ging diese Linke, nach dem Zusammenbruch des *realen Sozialismus*, durch ein Fegefeuer von Kritik und Selbstkritik – und sie ist, gereinigt und neu erstarkt, aus diesem Feuer wieder aufgestiegen wie der märchenhafte Phönix aus der Asche. Diese Linke hat den Mut zurückzukehren, zurück zu den Tugenden der republikanischen Demokratie: Sie fordert das bewußte Wiederherstellen des Gemeinsinns.

„La costruzione di un blocco sociale e politico per realizzare l'alternativa, la sua gestione, il processo stesso di trasformazione in senso socialista e comunista non possono esser costruiti, fuori del consenso democratico, da un partito o anche da un singolo soggetto sociale.

I vari passaggi di questi processi, non certo lineari e privi di contrast di classe anche aspri o laceranti, saranno determinati dalla partecipazione o del consenso sociale e politico della grande maggioranza della populazione, intesa nella sua complessita sociale, nella articolazione delle espressioni ideali e culturali, in un irrinuncibile pluralismo politico." (These 1.8.d. zum 2. Kongress der PRC)

(Der Bau eines sozialen und politischen Komplexes zur Verwirklichung der Alternative, ihre Leitung, der Prozeß der Transformation im Sinne des Sozialismus und Kommunismus kann nicht außerhalb eines demokratischen Konsenses von einer Partei oder einem einzelnen sozialen Subjekt geschehen.

Die verschiedenen Schritte dieses Prozesses, gewiß nicht linear und frei von harten und zerreißenden Klassengegensätzen, werden von der Teilnahme oder dem sozialen und politischen Konsens der großen Mehrheit des Volkes bestimmt, von ihrer Übereinstimmung in ihrer sozialen Komplexität und in der Artikulierung ihres idealen und kulturellen Ausdrucks – unabdingbar existent in einem politischen Pluralismus.)

Die Progressisten verstehen sich als die einzige Alternative zur abgewirtschafteten und abgehalfterten Politik der bürgerlichen Parteien, die den Staat wie einen Selbstbedienungsladen für ihre privaten Interessen benutzen.

In einem Klima der totalen Korruption, der moralischen Relativierungen, der Bestechungen und der Schmiergeldaffären müssen die Exponenten der alternativen Politik mit sauberen Westen und mit reinen Händen dastehen. Um so schlimmer die Verleumdungen Bettino Craxis, der Fiat-Konzern habe große Summen an die Partei der Eiche bezahlt. Aber der ehemalige Parteivorsitzende der PSI und langjährige Staatschef steht mit seinen Anschuldigungen allein da. Jedenfalls befindet sich Italien fünf Wochen vor einer entscheidenden Wahl in einem barbarischen Kriegszustand, wenigstens was die mediale Hetzkampagne der Rechten gegen die Linke betrifft. Moderate und liberale Kritiker klagen: *Wir sind kein Volk mehr, wir sind ein fanatisierter Mob*.

Die Rechte scheut sich nicht, mit allen Mitteln der Gewalt die MACHT IM STAATE gegen die demokratisch verfaßte Gesellschaft zu ergreifen, während die Linke der Revolution zugunsten einer grundlegenden und umfassenden Reform ade gesagt hat. Zweihundert Experten verschiedener Disziplinen haben für die PDS und ihre Verbündeten ein Sechzig-Seiten-Programm entwickelt:

Massenarbeitslosigkeit und ihre schrittweise Beseitigung, in Anlehung an den Delors-Plan, bis zum Ende des Jahrtausends 15 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, stellt das Hauptproblem dar.

Die Politik des Fiat-Konzerns, einer der Schlüssel der italienischen Prosperität, versucht, in Übereinstimmung mit der Belegschaft, mit den Gewerkschaften, mit dem Staat und mit den Linksparteien ein Modell des Krisenmanagements zu entwikkeln. Hat Agnelli seine Betriebe noch vor wenigen Jahren unbarmherzig rationalisiert, schlimmer noch als die Japaner, die menschlichen Arbeitskräfte durch technische Intelligenzen ersetzt, so kann er sich heute die bevorstehende Entlassung von fünfzehntausend Arbeitern nicht mehr leisten. Dem stehen die geschlossene solidarische Front aller Arbeiter, Angestellten und Fachleute entgegen. Aber Agnelli muß auch die Pseudoproduktivität der Fininvest und die drohende rechtsradikale Politik der Konsorten Berlusconi/Bossi/Fini

fürchten. Vieles wird darauf ankommen, wie der „Qualitätssprung" bei Fiat gelingt. Fiat kann längst ökologische Autos produzieren. Fiat könnte ein Modell des Kapitalismus mit menschlichem Gesicht demonstrieren: Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten an der Form der Arbeit, an der Qualität und an der Qualifizierung der Arbeitskraft; Mitbeteiligung am Gewinn. Weniger Arbeitszeit bei weniger Lohn, doch Arbeit für fast alle; Preissenkung wichtiger Konsumgüter bei einer neuen Qualifizierung der Lebensform im Sinne einer Kulturrevolution, die dem Konsumismus den Krieg erklärt; bessere soziale Versorgung, vor allem im Gesundheitswesen; dies alles könnte die *azienda italia* retten, wäre, ja wäre Italien ein Betrieb, eine Firma, die nur ein anderes Management bräuchte. So sehen es die Reformisten, auch die Reformer im Schatten der grünen Eiche. Aber ein Staat ist kein Betrieb, den man nur gut ausgebildeten und moralisch gutgesinnten Betriebswirten überlassen müßte. Die sozialdemokratischen Reformer klammern sich an ein Identitätsmodell vergangener Tage, an das Modell des großen Kompromisses und des Sozialpaktes, der unbedingt eingehen sei, denn die langwirkende Krisis sei nun an ihrem unumkehrbaren Höhepunkt angelangt. Was früher der industriell zubereitete Wohlstand, die Tröstungen der Zivilisation, an Antagonisten und Protagonisten zusammengeleimt hat, soll jetzt im Grunde die Furcht leisten, die Furcht vor nationaler Verelendung und die Angst vor einer faschistischen Machtergreifung. Der alte Genosse Reichlin spricht dies so aus: „Wir müssen, wenn wir das Wohlergehen des Volkes wollen, dafür Sorge tragen, daß unsere Industrie produziert und gesund ist. Dies ist paradox, aber so ist es." (Während der Proklamation des Wahlprogramms der PDS)

Was für die Schlüsselindustrien gilt, soll auch für den Staatsapparat seine Richtigkeit haben. Was indes passiert mit der Gesellschaft? Wie sie wählt, so könnte entschieden sein, ob eine neue Ordnung aus den Ruinen aufblüht. Diese Wahlen werden beweisen, ob die Italiener mündig sind, die politischen Kategorien Autorität, Macht und Gewalt klar voneinander zu unterscheiden oder alles auf ein eindimensionales Verhältnis von Befehlenden und Gehorchenden zu reduzieren.

Während die rosaroten Pragmatiker und Sozialingenieure zurückblicken auf vergangene Identitäten, haben die schwarzen Anarchiker im blauen Gewand keine Identitätsprobleme.

Nach den Wahlen

Alea iacta est – Der Würfel ist gefallen: Die linke Allianz ist geschlagen, die Rechtsbündler haben eine knappe Mehrheit erreicht. Für die Camera Uninominale vereinigen die Rechten, Forza Italia, Lega Nord, Aleanza Nationale und andere, fast die Hälfte der gesamten Wählerstimmen auf sich. Die Progressisten erhielten 32,3 Prozent. Im Senat werden die blau Konföderierten, Berlusconi, Fini, Bossi und Co. voraussichtlich 174 Sitze besetzen, die Progressisten hingegen nur 127. Silvio Berlusconi trat kurz nach ein Uhr morgens vor die Kamera. TG 5, eigenes Haus, einer der drei großen Kanäle des Schwarz-Magiers, der sich bereits völlig sicher als der neue Leader des Landes gibt. Sein Gegenspieler, Achille Orchetto, indes ist ein gebrochener Mann. Armendola Cossuta, der große alte Kämpfer und Begründer der Rifondazione Communista, sagt den Genossen als einziger, was jetzt zu tun sei: Krieg dem Rechtskartell auf allen Ebenen des legalen, demokratischen Kampfes.

Alea iacta est – wie es die Senatoren in ihren blutbefleckten Tagen gern hinausschreien möchten. Dereinst wurde im antiken Griechenland um die Neuverteilung des bebaubaren Bodens gewürfelt, heute würfelten die Wahlbürger mit dem Stimmzettel. Wissen sie denn, was ihnen zufallen wird? Nach einer glasklaren und bestechenden Analyse der medienabhängigen Massen kommt Noam Chomsky zu dem eindeutigen Schluß: Ronald Reagan, der miese Hollywood-Schauspieler, hatte bereits als Gouverneur Kaliforniens die videokratische Macht erprobt, die er schließlich als Präsident der USA so glänzend zu benutzen verstand. Silvio Berlusconi, in einer drittklassigen Goldoni-Inszenierung in einer oberitalienischen Kleinstadt nur ein tölpelhafter Komödiant, vermag via magischem Kanal die Massen zu usurpieren, indem er sie zur klammheimlichen Identifikation mit seiner Figur bringt. Dieser Mann und sonst keiner ist für Italien der postmoderne Führer. Die Zweite Republik hat begonnen – als schwarze Diktatur, die sich frisch blau gibt. Gewiß, neben dem Herrn Berlusconi stehen Bossi, der ekstatisch-hysterische Populist und Fini, ja Baby-Face Fini, der Alt-/Neu-Nazi in Rom.

Zwischenbemerkung: Der deutsche Siemens-Konzern hat ITALTEL „geheiratet".

Liebe Genossin, lieber Genosse! Nicht, wie es in einem alten traurigen Lied der Südslawen lautet, WAS FÜR EIN SCHWARZER FRÜHLING werden wir singen, nein! ROTE FAHNEN SIEHT MAN BESSER!

Vor einigen Wochen haben wir, liebe Leserin und lieber Leser, hier und jetzt unsere Betrachtungen der politischen Landschaft Italiens begonnen. Wenngleich sich bekanntlich alle weltgeschichtlichen Ereignisse zweimal ereignen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce, ist uns der Ausweg Kassandras in den Wahnsinn der Verstellungsqual erspart und auch verwehrt geblieben. Was tun?

Der geordnete Rückzug ist sowohl in der alten wie in der neuen Strategie die richtige Taktik.

BRUTUS: THE GAMES ARE DONE, AND CAESAR IS RETURNING.

(Shakespeare, Julius Caesar, 2. Szene, 178) ■

Dr. Peter JIRAK ist Philosoph und Schriftsteller in München.

Anmerkungen

1 Im Übergang vom Mittelalter zur Moderne herrschten Kriegsherrn, condottieri, wie zum Beispiel Bartolomeo Colleoni, dessen Reiterstandbild von Verocchio modelliert, auf dem campo vor der Kirche San Giovanni e Paolo in Venedig steht.

2 Der Faschismus von heute ist das Wiedererwachen des Todes.

3 Formel des österreichischen Philosophen Paul Feyerabend für ein wildes Denken jenseits von systematischem Erkenntniszwang.

4 Kants doppelte Negation des Interesses, wie sie sich im ästhetischen und politischen Urteil ausspricht, ist als eine der Grundlagen der menschlichen Freiheit im Schönen präsent: Das zweckfreie Wohlgefallen negiert sowohl den narzißtischen Egoismus wie auch die Kohärenz der Warenästhetik.

5 Oper von Igor Strawinsky, 1951 in Venedig uraufgeführt.

6 Synonym für das Paradies und für den legendären Ort der mythischen Geburt der Freiheit; aber auch konkret: der Inbegriff der Grundfreiheit, der Freiheit von autochthoner und autonomer Bewegung.

Weg und Ziel

Jahresabo 5 Hefte: 200 Schilling, 35 DM

Diese und viele andere Postkarten erhältlich bei: Edition Lawine, Leuschnerdamm 39, 10999 Berlin

Das „Ende der Geschichte", der „Sieg des Kapitalismus" werden verkündet. Die Kluft zwischen arm und reich wächst – national und international. Rechtsradikalität wurde Normalität. Wir wollen zu widerständiger Kritik beitragen, Themen kontroversiell diskutieren und gangbare Wege aus der menschenverachtenden Vorherrschaft des reichen Nordens aufzeigen.

Schwerpunkte 1992
Amerika, Amerika!
Menschenbilder
Werner Kofler
Die Rückkehr des Politischen
Das österreichische Wesen
Fortschritt

Schwerpunkte 1993
Nation(alismus)
Ästhetik
Dritte Welt im Abseits
Tendenz rechts
Menschenrechte
Der reale Kapitalismus

Schwerpunkte 1994
Klasse und Geschlecht
Europa der Regionen?
Ökologie

Jede/r neue AbonnetIn erhält ein Gratis-Buch: Liste mit 65 Büchern des Verlags für Gesellschaftskritik wird zur Auswahl zugeschickt.

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement von »Weg und Ziel«
5 Hefte 200 Schilling (Ausland 35 DM)

_____

_____

_____
Unterschrift

An das
»Weg und Ziel«
Andrea Dampier
Trattnerhof 2/14
A-1010 Wien

Europa der Regionen?

KommunalpolitikerInnen-Symposium zum Thema

Gemeinden und Regionen – Stiefkinder der EU

Sa./So. 28./29. Mai 1994 in Hallein
Gasthaus Löwenbräu Scheicher
5400 Hallein, Schöndorferplatz 3 (gegenüber dem Rathaus)

Podiumsdiskussion

Samstag, 28. Mai 1994, 20.00 Uhr
„Gemeinden und Regionen – Stiefkinder der EU"
Gasthaus Löwenbräu Scheicher

Nähere Informationen beim
Verband kommunistischer und fortschrittlicher Gemeindebediensteter in NÖ, 1010 Wien, Zelinkag.2/6, Tel. 533 85 15

Europas Europäisierung

Gerold ECKER

Hie vertiefte und erweiterte Integration, verstärkte Zusammenarbeit und Stabilität, und dort Desintegration, Nationalismus und wirtschaftliche Depression. So, oder ähnlich, wird Europas wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung skizziert. Kommentierte Verwunderung wird dabei über die Gleichzeitigkeit dieser Prozesse laut. Gedanklich in der traditionellen Zweiteilung Europas verharrend, wird dem Westen zunehmende Vereinheitlichung und dem Osten des Kontinents Zerfall zugeschrieben.

Die Komplexität der realen Entwicklung provoziert offensichtlich einfache, verkürzende Antworten. Hinter denen ebensogut politische Absicht, Strategie vermutet werden darf.

Auf ehemals jugoslawischem Territorium toben nach wie vor blutige Sezessionskriege, die CSFR spaltete sich mehr oder weniger friedlich, und in Italien – einem der Kernländer der Europäischen Union – erheben siegreiche Nationalisten territorialen Anspruch auf das benachbarte Istrien. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und der Wahlsieg des mit faschistischen, nationalistischen und separatistischen Versatzstücken angetretenen Rechtswahlbündnisses in Italien sind nur der manifeste Ausdruck einer wahrhaft gesamteuropäischen Entwicklung.

Als eine realpolitisch taugliche Alternative wird quer zu ideologischen Lagern, im Westen wie im Osten, Regionalisierung gefordert. Wobei hinter diesen Absichten so unterschiedliche Motive stehen, wie demokratische Emanzipation und ethnisch, chauvinistische Abgrenzung.

Solidarität oder Ausgrenzung

„Die Linke Westeuropas", zitiert Lothar Baier einen Aufsatz von Jean Améry aus dem Jahre 1977 als Besprechung eines Buches zum Thema „Regionalismus", „hat seit Jahrzehnten lauter Ersatzrevolutionen gesucht: die sowjetische, die chinesische, die kubanische, die kambodschanische, die palästinensische – und so manche noch. Es wäre historischer Zeit- und Energieverlust, wollte sie sich jetzt die regionalistische vornehmen. Deren Chancen sind gering bis an die Nullgrenze: die Gefahren sind dennoch erheblich."[1]

Bis zum heutigen Tag setzen fortschrittliche Menschen auf die angenommene demokratisierende und emanzipierende Kraft der Regionalisierung. Mit dem Blick auf die gegenwärtigen europäischen Verhältnisse gibt Lothar Baier dem Skeptiker Améry im nachhinein recht: „Auf der einen Seite hat man die hohle Formel vom ‚Europa der Regionen' erfunden, um nostalgisch gestimmten Zauderern das Aufgehen im Ecu-gewürzten Euro-Eintopf schmackhaft zu machen. Auf der anderen Seite aber wird die regionale Fahne von Kräften hochgehalten, die mit der Idee von Gleichberechtigung und Solidarität, Motiv der regionalistischen Protestbewegungen der siebziger Jahre, auf Kriegsfuß stehen. Der Vormarsch der Lega Lombarda und anderer Ligen in Norditalien annonciert den Triumph des nackten ökonomischen Egoismus; man will den Reichtum, der in einer produktiven Region akkumuliert wurde, mit niemandem mehr teilen. (Das trifft vor allem auch auf Kroatien und Slowenien zu; Anm. des Autors.) Regionale Farben und bestimmte kulturhistorische Würden sind nun willkommen, weil sich mit ihnen die häßliche Blöße der ökonomischen Raffgier verdecken läßt. Der hochgestimmte emanzipatorische Regionalismus der siebziger Jahre hat einem real existierenden Regionalismus Platz gemacht, der nur ein anderer Name für Egoismus und Ausgrenzung ist."[2]

Damit ist unser Bezugsgeflecht angesprochen: die politisch-gesellschaftliche Entwicklung – ihr wirtschaftlicher und sozialer Nährboden – zwischen europäischer Integration, Regionalisierung und Nationalisierung. Dies soll nicht als ein sich ausschließendes Alternativenpaar, sondern als ein sich gegenseitig ergänzendes und tragendes Paar einer zu bestimmenden „Europäisierung" beschrieben werden.

Europa der Regionen – zum Begriff „Regionalismus"

„Die europäische Integration erscheint keineswegs als theoretischer Widerspruch zum Autonomieverlangen kleinerer Gemeinschaften und zum wachsenden Bewußtsein ihrer Identität. Die beiden Tendenzen konvergieren insofern, als sie von verschiedenen Seiten her den Anspruch des Nationalstaates, als alleiniger oder doch allein maßgebender Bezugspunkt politischen Handelns zu erscheinen, in Frage stellen."[3]

Der nunmehr – seit seiner Instrumentalisierung durch EU-Politiker – diskreditierte Begriff des „Europas der Regionen" führt zur oben angerissenen Entwicklung. Als machbare Alternative zur ökonomisch fixierten, zentralistischen Integrationspolitik á la Europäischer Gemeinschaft oder Europäischer Union, stand dieser Begriff für ein kleinräumigeres, solidarisches, ökonomisches und ökologisches Miteinander, das den Bürgerinnen und Bürgern größtmögliche Mitsprache und Entscheidungsfreiheit bei der Gestaltung ihrer umweltlichen Lebensbedingungen sichern sollte.

1988 fand dieser Begriff Eingang in die Gemeinschaftscharta des Europäischen Parlaments. Die Charta des EP versteht unter einer Region „ein Gebiet, das aus geographischer Sicht eine deutliche Einheit bildet, oder aber ein gleichartiger Komplex von Gebieten, die ein in sich geschlossenes Gefüge darstellen und deren Bevölkerung durch bestimmte gemeinsame Elemente gekennzeichnet sind, die die daraus resultierenden Eigenheiten bewahren und weiterentwickeln möchte, um den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben".

Mit einer derartigen Definition können sich transnationale Zweckge-

meinschaften sowie chauvinistische Bewegungen über den Regionenbegriff begründen. Einmal wird der Begriff emanzipatorisch/solidarisch und ein andermal völkisch aufgeladen – je nach strategischer Absicht. „Je politischer – politisch im ursprünglichen Sinn des Wortes – und beweglicher eine kollektive Identität ist, desto konfliktfähiger, friedlicher und solidarischer ist die betreffende Gemeinschaft", analysiert der Schweizer Historiker und „Radikaldemokrat" Josef Lang, „je objektivistischer, ethnizistischer und damit unveränderlicher eine kollektive Identität ist, desto vermauerter und egozentrischer ist die betreffende Gemeinschaft". In diesem „politischen", emanzipatorisch/solidarischen, Sinn von Regionalismus ist die Unterstützung von nationalen, regionalen, ethnischen Emanzipationsbewegungen für Josef Lang kein Widerspruch zu aktiver Friedensarbeit.

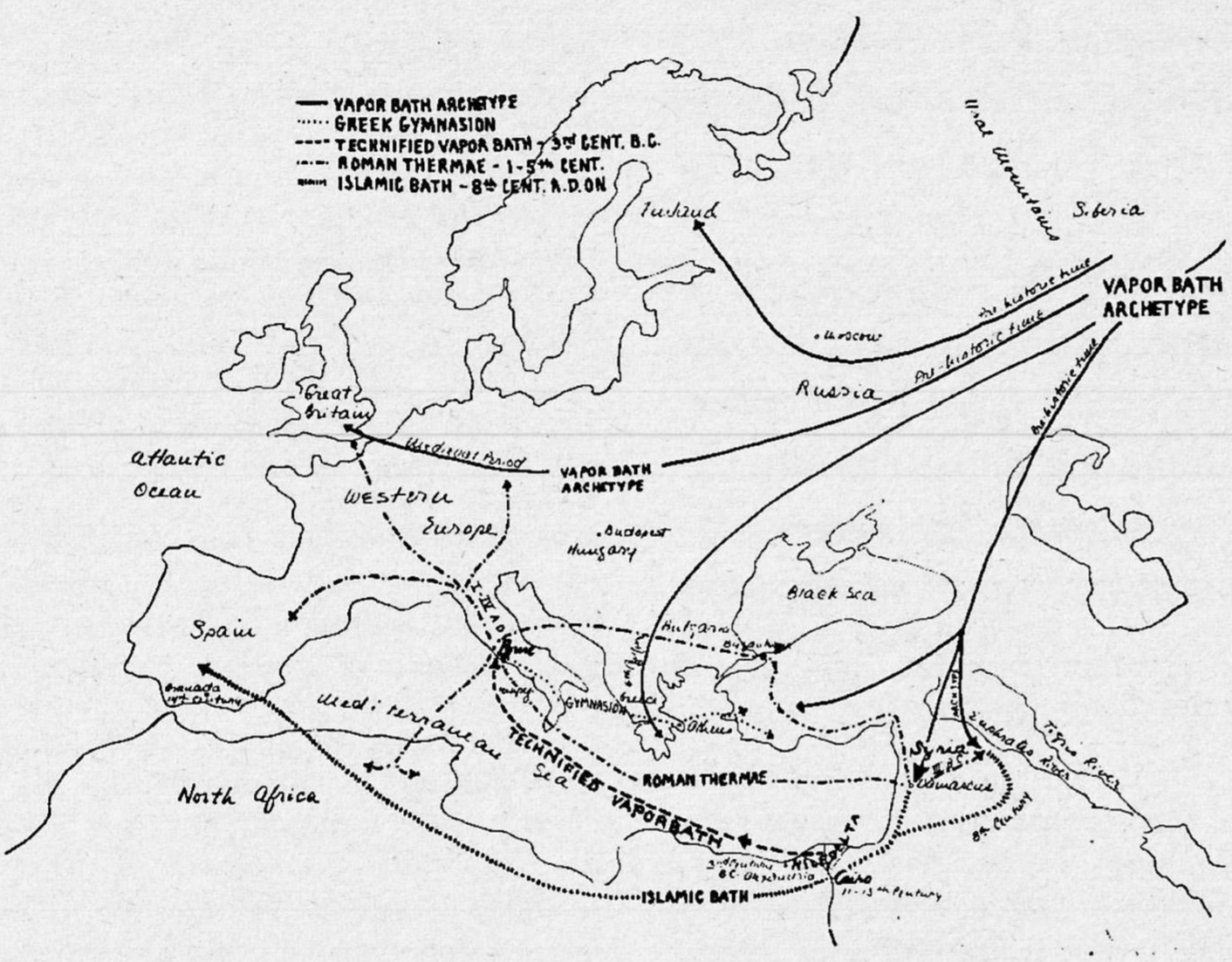
Mit dem Plädoyer für Selbstbestimmung und Anerkennung von Minderheitenrechten geht die Forderung nach Demokratisierung der europäischen Integration einher. Dabei wird eingeräumt, daß Selbstbestimmung das Recht auf Sezession beinhaltet, „aber in vielen Fällen das beste Argument gegen eine solche Loslösung ist". Als realistisches Forum zur Durchsetzung dieser Absichten gilt den Radikaldemokraten eine europäische Verfassungsdebatte, über die auf europäischer Ebene ein Zweikammernsystem eingerichtet werden soll.

Im Rahmen eines Positionspapiers mit Vorschlägen für eine direktdemokratische und föderalistische Verfassung stellt eurotopia – eine transnationale BürgerInnenbewegung – fest: „Wer glaubt, notwendige transnationale Kooperation und die Delegation von Souveränitätsrechten an eine suprastaatliche Struktur mit einem Abbau von demokratischen Mitwirkungsrechten erkaufen zu können, fördert nationalistische Tendenzen."[4] Für die BürgerInnenbewegung soll Europa als ganzes handlungsfähig werden, „ohne die vielfältigen und eigenständigen Handlungsfähigkeiten der Staaten, Regionen, Kommunen zu schmälern".

Realutopien

Die Europäische Union, als über einen „bürgerInnen- und volksgruppennahen Prozeß konstituiert, auf einer demokratischen und föderalen Verfassung gebaut" gedacht, wird als Hoffnungsträger verschiedener Minderheiten betrachtet. Neben starken direktdemokratischen Elementen fordert zum Beispiel eurotopia ein Zweikammernsystem für das Europäische Parlament – die erste Kammer ist die Vertretung der EU-BürgerInnen über Abgeordnete, die zweite Kammer repräsentiert die Mitgliedstaaten der Union.

Danach ist die europäische Integration für die staatenlosen Volksgruppen eine große Chance, „weil sie ihren historischen Gegner und oft auch Spalter, den Nationalstaat, schwächt und alle Nationen, Regionen, Kulturen und Sprachen zu minderheitlichen macht".



Verbreitung der verschiedenen Arten der Regeneration, der Badeformen: Urform – Dampf- oder Heißluftbad, römische Thermen, griechisches Gymnasion, islamisches Bad

Die Verknüpfung von Nation und Demokratie wird historisch als „Zwillingspaar der Moderne" begründet. Der europäische Einigungsprozeß als realutopisches Ziel, „der den nationalstaatlichen Exekutiven und den EG-Kommissaren den Protagonismus entreißt und diesen aufteilt, unter anderem an das ‚Europa der Regionen'".[5]

Jenseits einer derart gewünschten Integration wird in der existierenden Europäischen Union eher eine Stärkung des Nationalstaates gesehen. So hat auf der iberischen Halbinsel der EG-Beitritt den Zentralstaat gegenüber den „comunidades autonomas" gestärkt. Als wesentlicher Grund für den Widerspruch zwischen regionaler Selbstbestimmung und EU-Politik sieht der Historiker Lang, daß „die meisten Regionen und staatenlosen Nationen sich über nichtwirtschaftliche Gemeinsamkeiten und Interessen definieren". Diese Regionen verfügen über unterentwickelte ökonomische Institutionen „und sind deshalb für die EG-Kommissare von untergeordnetem Interesse".

Außerdem wird die Integration von nationalstaatlichen Exekutiven vorangetrieben, die dadurch eine Aufwertung gegenüber den „minderheitlichen Volksgruppen, aber auch gegenüber der Nation im ursprünglichen Sinne des Wortes, dem souveränen Volk, den Citoyennes und Citoyens" erfahren.

Kritiker, die die Verlagerung von Kompetenzen der Europäischen Union in Richtung Regionen fürchten, führen an, daß die kleineren Unionsstaaten ohnehin als Regionen gelten würden, wie Luxemburg, Irland, Dänemark, die Niederlande, Portugal, Griechenland und die Beitrittskandidaten. Die angesprochenen Staaten würden sich als relativ homogene Wirtschafts- und Sozialsysteme auszeichnen. Die Regionalisierung von Kompetenzen würde daher vor allem die großen westeuropäischen Flächenstaaten treffen. Die Großen müß-

ten den deutschen Bundesländern vergleichbare Regionen bilden, um mit „den nationalstaatlich verfaßten Regionen" kompatibel zu sein. Diese Kritik sieht im Konzept des „Europas der Regionen" daher ein Programm zur Devolution der großen Flächenstaaten. „Ein ‚Europa der Regionen' als Substitut der traditionellen Nationalstaaten würde bedeuten, daß alle derartigen ‚Regionen' eine Eigenstaatlichkeit erhalten müßten, die ihnen hinreichend große Kompetenzen, eigenständige Einnahmen und ein auf sie zentriertes System der Interessensformierung, Konfliktvermittlung und Legitimationsabgabe verleihen."[6]

Neue Grenzen

Das vage, nach allen Seiten offene, definierte „Europa der Regionen" könnte als Kampfbegriff für neue westeuropäische Grenzziehungen dienen. Die erst kürzlich erhobenen Gebietsansprüche der siegreichen Rechtsallianz in Italien auf Istrien deuten in diese Richtung.

Derartiger Regionalismus kann sich legitimatorisch auf die Europäische Union beziehen. Andererseits findet die Integrationspolitik der Europäischen Union in der Regionalisierung – als vorgestelltes „Europa der Regionen" – eine Möglichkeit, durch verbale Zugeständnisse ohne gröberen Kompetenzverlust von ökonomischen und sozialen Mißständen abzulenken, die ihren Ausdruck auch in diesem Regionalismus finden können.

Damit ist „die Möglichkeit einer politisch wenig strukturierten Regionalisierung" angesprochen, wie sie Peter Wegscheider nennt[7], „die latenten oder schon manifesten separatistischen Bewegungen Spielraum und politische Attraktivität gewinnen läßt".

„Was als gutgemeinter Versuch zur Überwindung (nationalstaatlicher) Grenzen konzipiert ist", dabei können wir auf die Absichten der Radikaldemokraten verweisen, „mag in der Errichtung neuer, nun ethnisch/sprachlich/kulturell definierter Grenzen münden".[8] Dem wird der geforderte offene, bewegliche Charakter einer kollektiven Identität entgegengehalten, die sich eben nicht völkisch definiert. „Je stärker der Aspekt einer historisch oder ethnisch begründeten Regionalisierung zum Tragen kommt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß auf diesem Weg Gebilde entstehen, die unter dem Dach gesamteuropäischer Institutionen „viel mit Kleinstaaten zu tun haben".[9]

Trotz dieser möglichen kleinstaatlichen Zukunft Europas, scheint im Moment der klassische europäische Nationalstaat in der Zange zwischen europäischer Integration und Regionalisierung eingezwickt. Die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklungen und konzeptlose Reaktionen der politischen Eliten lassen die Offenheit dieser Prozesse zur Gefahr werden.

Re-Nationalisierung als Europäisierung

Auf unterschiedlichen Ebenen artikuliert sich „Nationales" als konzeptlose bis blinde Reaktion auf vermeintliche Bedrohungen. Einzelstaatlich re-nationalisiert sich Westeuropa in Form von Antisemitismus, Fremdenhaß, Rechtsradikalismus und Rassismus. Zunehmende Widersprüche zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union – wie unlängst an der Auseinandersetzung über die Sperrminorität wieder ersichtlich – markieren diese Entwicklung ebenso wie Bemühungen um eine „europäi-sche Identität", die über Ab- und Ausgrenzung erreicht werden soll.

Osteuropas Re-Nationalisierung wird als Reaktion auf die gescheiterte „Supranationalität" der Vergangenheit und als notwendige Voraussetzung für Identitäts- und Legitimitätsbildung gesehen. Eigenstaatlichkeit gilt somit als Voraussetzung für binnenökonomische Entwicklung und weltwirtschaftliche Integration. Ein derart über Sachzwänge begründeter Nationalismus als Staatspatriotismus droht jedoch in ethnischen Chauvinismus umzuschlagen. 1989 steht nur für den Beginn europäischer Umbrüche. Die Entwicklungen in Osteuropa, die Kriege in Ex-Jugoslawien, die separatistischen Strömungen und Interessenswidersprüche in Westeuropa deuten die Anfangsphasen der großen Umwälzungen an.

„In Europa verschiebt sich die Tektonik der Macht", argumentiert August Pradetto, neue Bündniskonstellationen entstehen. Viel stärker als je zuvor in den vergangenen vierzig Jahren treten nationale Interessen und Strategien gerade dort in den Vordergrund, wo die Geschichte und – militärisch gesprochen – „der Raum" wieder offen sind.[10] Eine derartige Differenzierung wirkt auch innerhalb des westlichen Bündnisses.

Chauvinistische Identität

„Aber wenn man prüft, welches eigentlich die allgemeine Funktion des Begriffs ‚Zivilisation' ist, und um welcher Gemeinsamkeit willen man alle diese verschiedenen menschlichen Haltungen und Leistungen gerade als ‚zivilisiert' bezeichnet, findet man zunächst etwas sehr Einfaches: Dieser Begriff bringt das Selbstbewußtsein des Abendlandes zum Ausdruck. Man könnte auch sagen: das Nationalbewußtsein." (Norbert Elias)

Identitätsstiftung durch Abgrenzung folgt einem bewährten Muster. „Es bedurfte bereits bei der Entstehung des ersten europäischen Wirtschaftsraumes im ausgehenden Mittelalter der Definition des Anderen zum Zwecke seiner Ausgrenzung."[11] Die Wendung gegen das Andere ließ jenen Komplex entstehen, der als „europäische Zivilisation" bezeichnet wird. „Der ‚Zivilisationsprozeß' ging einher mit äußerer wie auch innerer Kolonisierung, besonders im Auftreten rassistischer Denkmuster."[12]

Ein Blick auf die in Österreich in weiß-blau gehaltene EU-Beitrittspropaganda macht den manifesten Charakter dieses ideologischen Rüstzeuges offenkundig. Das volle Mitmachen im Rahmen der Verteidigungskomponente der Europäischen Union – der Westeuropäischen Union – wird als Entscheidung für die europäische Wertegemeinschaft vermarktet. Mit der bangen Frage nach „Sicherheit ohne Europa" zeichnen die Werbefachleute im Auftrag der politischen Klasse das Bild des Abseits- und Alleinestehens. Im schlimmsten Fall auf der Ebene der Opfer, eben jener europäischen Abgrenzungspolitik. Das Drohgespenst der „Albanisierung Österreichs" wendet sich ganz bewußt an den angesprochenen Identitäten- und Wertekatalog. Bevor all das verlassen wird, wofür Zivilisation stehen kann, soll doch viel eher mitzivilisiert werden. „Das christliche Abendland hat den Ansturm von Mongolen, Muselmanen und Bolschewiken abgewehrt, im dritten Jahrtausend muß sich der Alte Kontinent den ‚Flüchtlingsströmen' (zumeist aus den ehemaligen Kolonien) und dem ‚Internationalen Verbrechen' entgegenstemmen."[13]

Regierungsverantwortliche und der Bundespräsident stehen auch hierzulande an der Spitze der Identitätsstifter und Abgrenzungsbeschwö-

rer. Anläßlich eines vom ORF veranstalteten Symposiums zeichneten die Spitzenpolitiker die unabwendbaren Gefahren der „neuen europäischen Völkerwanderungen". Präsident Klestil sieht Europa gar „auf einem Vulkan permanenter Migrationsbereitschaft". Völkische Repräsentanten des Wissenschaftsbetriebes – bekannt und geschätzt durch die Gunst der Massenmedien – untermauern die Bedrohungen. Die hegemoniale Schmutzargumentation reicht von der durch Migration ins Haus stehenden „Kolonialisierung Europas" (Philosoph Ernst Topitsch) bis zur „Verdrängung des eigenen biologischen Erbes" („Humanethnologe" Eibl-Eibesfeldt).

Verteidigte Identität

Der derart bedrohten Identität, der westlichen Wertegemeinschaft und der europäischen Zivilisation an sich, wollen darüberhinaus auch noch die „organisierte Kriminalität" und der internationale Terrorismus ans Leder. All dies bei unionsweit hochgezogenen Grenzbalken aufgrund der freiheitlichen Verfaßtheit des europäischen Einigungsprozesses. Obwohl diese propagandistische Freiheit der Privilegierten Westeuopas noch keineswegs Realität ist, da das korrespondierende Kontrollsystem per Computertechnologie noch nicht ausreichend einsatzfähig ist, wird seit Jahren an der polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit und an der Vereinheitlichung des Ausländer- und Asylrechts gearbeitet. Unkontrollierte internationale Institutionen, deren Vielfalt und abgekürzte Bezeichnungen selbst Eingeweihten zu schaffen machen, schießen aus Europas Sicherheitsboden.

Europäische Asyl-, Migrations- und Terrorismusbekämpfungspolitik wird von weitgehend unkontrollierbaren Institutionen entworfen, die im Graubereich zwischen intergouvermentalen und supranationalen Gremien angesiedelt wurden. Die gleichzeitige Behandlung dieser Politiken kann als Indikator für den repressiven Charakter der EU-Flüchtlingspolitik gelesen werden. Mit der „Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren" wird eine klassische nationalstaatliche Kompetenz in den oben angedeuteten Graubereich verschoben.

Für das weite Feld der harmonisierten Flüchtlingsabwehrpolitik gilt Österreich als im besonderen Maße

Kupferstich von Guilielmo Blaeuw

EU-reif. Unlängst erklärte die Bundesregierung, „bei auftretenden Schwierigkeiten bei der Grenzabsperrung die entsprechenden Organe der Union befassen zu wollen, um eine gemeinsame Lösung zu erwirken".[14]

In einem Gutachten des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) wurde Österreichs europäische Vorreiterrolle in bezug auf die harmonisierte Flüchtlingspolitik heftig kritisiert. Die sogenannte „Drittlandregel" gehört bereits zum üblichen Repertoire der Abschottungspolitik. Danach werden Asylsuchende in ein als „sicher" eingestuftes Transitland abgeschoben, da die Flüchtenden ja dort bereits ihren Antrag stellen könnten. Das UN-Hochkommissariat hat nunmehr dieses repressive Element europäischer Flüchtlingspolitik auf Österreich und Griechenland angewandt und diesen beiden Staaten den Status des „sicheren Drittlandes" nicht mehr zuerkannt. In der Begründung des UNHCR wird vor allem kritisiert, daß Österreich selbst die Todesstrafe als gerechtfertigte Strafe für Wehrdienstverweigerer und Deserteure betrachtet und mehrfach Verfolgte in Länder abschiebt, in denen diesen Folter und Todesstrafe drohen.

Unionsweit wird die transnationale Abschottung gegen all jene realisiert, auf deren Kosten das quasi-neutrale Wachstumsmodell „Europäische Union" baut – Abschiebepolitik wird so nach dem Muster der Schengener Abkommen als „transnationale Lösung" des „Flüchtlingsproblems durchgeführt".

Nationalismus und Integration – ein Widerspruch?

„Es sei stets ein Übel, mehrere Städte in einen einzigen Stadtstaat zu vereinigen. Will man diese Vereinigung herstellen, so darf man sich nicht schmeicheln, man könne deren natürliche Nachteile vermeiden."

(J.-J. Rousseau)

Vor allem drei Gründe nennt Pradetto für die Eindämmung des westeuropäischen Nationalismus nach 1945: „Eine für große Bevölkerungskreise auf dem westlichen Teil des Kontinents kontinuierliche Prosperität, einen gemeinsamen äußeren Feind Kommunismus, der nationalstaatliche Ambitionen in den Hintergrund treten ließ und den Westen einte, sowie eine in-

stitutionelle An- und Einbindung der westeuropäischen Länder in quasi-supranationale Strukturen bei eindeutiger Dominanz einer Führungsmacht, der USA."[15] Veränderungen dieser Konstellationen riefen ab 1985 verstärkt nationale Differenzen hervor. Es könnte in diesem Sinne von einer Resouveränisierung Europas gesprochen werden, die wiederum die traditionellen Nationalismen, Konfliktlinien und Auseinandersetzungen hervorbringt.

Unter dem Dach der Europäischen Union etabliert sich eine eigenständige europäische Verteidigungspolitik. Über die Revitalisierung der Westeuropäischen Union – als einziger rein europäischen Verteidigungsorganisation – und ihrer Integration in das Institutionengefüge der Europäischen Union wird die sogenannte Europäisierung der Sicherheitspolitik vollzogen. Die militärische Absicherung der weltpolitischen Einflußsphären, militärische Grenzsicherung und die Gewährleistung des Zusammenhalts der Europäischen Föderation stehen auf dem Zielkatalog der Unionsverteidigungspolitik. Die seit dem Maastrichter Unionsvertrag fixierten Kompetenzen der EU für Äußere und Innere Sicherheit und die beschlossene Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion (inklusive Europäischer Zentralbank und gemeinsamer EU-Währung) stehen für die oben beschriebene Resouveränisierung Westeuropas.

Mit EU-Kompetenz für militärische Sicherheitspolitik ist der letzte Hort und Inbegriff nationaler Souveränität sozusagen europäisch „neu-nationalisiert".

Militär repräsentiert nationale Identität und Souveränität, gemeinsame (mit Gewalt zu verteidigende) Werte, Normen und Zielvorstellungen, die eine Abgrenzung gegenüber Alternativen zur eigenen Gesellschaft (die sich von innen zeigen) ermöglichen.

Eine „partielle Staatswerdung" der Europäischen Union läßt sich über die gemeinsame Verteidigungspolitik, die gemeinsame Wirtschafts- und vor allem Außenwirtschaftspolitik, die gemeinsame Aufrechterhaltung der „Inneren Sicherheit" durch die Migrations-, Drogen- und Terrorismusbekämpfungspolitik, die gemeinsame Sozialpolitk und den europäischen Imperialismus begründen.

Damit wird die staatliche Strukturierung der EU-Mitglieder auf der höheren „Brüsseler-Ebene" ergänzt. Diese höhere Ebene ist eine Folge dieser Organisation und auch ein Motiv für die Organisierung. Denn heute läßt sich bereits trefflich mit dem Hinweis auf die Entscheidungen in Brüssel, oder schlichter auf die Zentralbürokratie, auf nationaler Ebene so manche problematische Entscheidung legitimieren.

Auch daraus wird kein Hehl gemacht, denn „es geht hier nicht nur um eine einmalige Deregulierung, sondern um eine Übertragung von Interventionskompetenzen, die jederzeit gebraucht werden können, um neue politische Ziele zu erreichen oder Korrekturen vorzunehmen". (John Fitzmaurice: Die EG auf dem Weg ins nächste Jahrhundert. In: Handbuch zur Europäischen Integration, Wien 1991)

Die Kompetenzanhäufung seitens der Brüsseler Behörden kann teilweise mit Sachzwängen erklärt werden. Die Verwirklichung des Binnenmarktkonzeptes, unter dem Kriterium der Gleichartigkeit von Wettbewerbsbedingungen, ließ eine Fülle von Politikbereichen als für Brüssel regulierungsbedürftig erscheinen. Daneben kommt eine Integrationsdynamik zum Tragen, die nicht mit objektiven Indikatoren meßbar ist, sondern am ehesten einer Elitenlogik folgt.

Die scheinbare Widersprüchlichkeit der aktuellen Entwicklungen – zwischen erweiterter europäischer Integration, ost- und westeuropäischer Re-Nationalisierung und regionalisitischen sowie separatistischen Bestrebungen – ist am ehesten durch das Kriterium der Funktionalität des jeweils gewählten Weges zu entschlüsseln. Dabei kann die Gleichzeitigkeit dieser Trends im Sinne einer an Machterhaltung und -erweiterung orientierten Elite durchaus funktional sein. Mit der Resouveränisierung Europas – im Vergleich zu den ersten Nachkriegsjahrzehnten – wird jene Europäisierung Realität, die die traditionellen Konfliktlinien wieder zum Vorschein bringt. „Diese Art Europäisierung widerspricht derjenigen, die als politisches Ziel formuliert wird: Demokratie, Offenheit, Verflechtung, Integration, friedlicher Ausgleich von Interessen."[16]

Im Vorwort zu „Neutralität oder Euromilitarismus" schreibt der norwegische Friedensforscher Johan Galtung: „Manche Leute suchen den Weg aus dem Nationalismus im Regionalismus, wobei eine Region die Europäische Gemeinschaft ist. Daß dies in der Praxis Supernationalimus bedeutet, den Nationalismus des Superstaates, wird allzu leicht vergessen."[17] ■

Gerold ECKER ist Redakteur der Wochenzeitung »Euro Watch – Report (EWA-Report)« und Mitherausgeber des Buches „Neutralität oder Euromilitarismus", Promedia-Verlag 1993.

Anmerkungen

1 Baier, Lothar: Die verleugnete Utopie. Zeitkritische Texte, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1993, S. 223.
2 Ebd., S. 224f.
3 Allemann, Fritz René: Aufstand der Regionen. In: Regierbarkeit, Stuttgart 1979.
4 Eurotopia: Europäische Verfassung. In: »EWA-Report« 11/März 1994.
5 Lang, Josef: Referat zu „Europa der Regionen" 4. 11. 1992, Bresche-Dossier.
6 Lepsius, Rainer M.: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. In: Staatswerdung Europas? Wildenmann, Rudolf (Hrsg.), Nomos, Baden-Baden 1991, S. 32.
7 Wegscheider, Peter: Biedermänner und Brandstifter. In: »Juridikum« 1/94.
8 Ebd.
9 Häberle, P.: Föderalismus, Regionalismus, Kleinstaaten in Europa. In: Die Verwaltung 1/92. (Zitiert nach Wegscheider, »Juridikum« 1/94).
10 Pradetto, August: Europäisierung oder Re-Nationalisierung – Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: »SWS-Rundschau« 1/1993.
11 Sachs, Herby: Europäischer Kulturchauvinismus. In: Verlassen wir dieses Europa! – Texte zur Kritik der EG und zur Internationalismusarbeit, Anti-EG-Gruppe Köln (Hrsg.), Eigenverlag, Köln 1994.
12 Ebd.
13 Gössner, Rolf; Behune, Norman: Europas Sicherheitsbehörden machen mobil. In: Die Bullen greifen nach den Sternen, Bremen/Berlin/Hamburg Mai/1990
14 Gmeiner, Manfred: Besonderes Interesse an gemeinsamer Justiz. In: »Euro Watch – EWA-Report« 12/April 1994.
15 Pradetto, August: Europäisierung oder Re-Nationalisierung – Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: »SWS-Rundschau« 1/1993.
16 Ebd.
17 Galtung, Johan: Euromilitarismus und Neutralität. In: Neutralität oder Euromilitarismus – Das Exempel Österreich, Ecker,Gerold/ Neugebauer, Christian (Hrsg.), Promedia, Wien 1993.

Sicherheit unter dem amerikanischen Atomschirm?

Bemerkungen zu einem Artikel von Dr. Erich Reiter in der »Österreichischen Militärischen Zeitschrift« (Heft 2/1993)

Otto KREILISHEIM

Der der FPÖ angehörende Dr. Erich Reiter ist Sektionschef im Ministerium für Landesverteidigung. Darüber hinaus ist er seit einigen Jahren so etwas wie eine Art Vordenker in militärisch-politischen Fragen geworden, sodaß seine Auffassungen mehr darstellen als einen Ausdruck seiner persönlichen Meinung. Es kann nämlich keinen Zweifel darüber geben, daß seine Vorstellungen schon dank seiner hohen Stellung im Ministerium auch von anderen Mitarbeitern des Ministeriums geteilt werden. Der Artikel von Erich Reiter berührt so viele Bereiche, daß hier nur auf das Problem der militärischen Sicherung Europas vor Angriffen des „Feindes" eingegangen werden soll.

Sicherheitssystem kann nicht funktionieren

Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Krisen- und Gefahrenherde warnt Reiter vor der Vorstellung, daß der „Friedensbrecher", der ein Mitglied der europäischen Gemeinschaft überfällt, durch ein gemeinsames Vorgehen der anderen Mitgliedsländer am Friedensbruch behindert oder für diesen bestraft werden soll. Reiter hält dieses Projekt für „unrealistisch". Es werde, sagt er, „Aussteiger" geben, die das Projekt zu Fall bringen werden. Reiter wörtlich: „Wie wollte in jedem Fall ein Konsens (womöglich einhellig) zustandekommen, ob eine Aggression vorliegt, wer der Aggressor ist, ob der Angegriffene beistandswürdig ist, welche Machtmittel eingesetzt werden bzw. welche angemessen sind, wer wieviele Truppen zur Verfügung stellt, wer welche Kosten trägt. Werden die einen sich an den Maßnahmen beteiligen, obwohl der andere Teil ‚aussteigt', und werden die einen dann die Kosten der anderen übernehmen...?" Das kollektive Sicherheitssystem, meint er, würde auch den Kleinen, zu denen auch Österreich zu zählen ist, keine wirkliche Sicherheitsgaratie bieten. Reiter ventiliert dann eine Ersatzlösung, „die NATO zu einem System kollektiver Sicherheit umzufunktionieren", aber auch diese Idee hält er nicht für zielführend, da die NATO in „innere Konflikte" verwikkelt werden könnte. Allerdings läßt er sich an dieser Stelle eine Hintertür offen. Er möchte Österreichs Anschluß an irgendein Sicherheitssystem nicht völlig ausschließen und meint deshalb, kaum ein Jahr später, daß Österreich sich alle Möglichkeiten offen lassen müsse, auch eine „partnership for peace" (»Standard«, 19./20. 2. 1994).

Europa braucht einen Atomschirm

Aber nun zum Kernpunkt von Reiters Aussage: Aus den Mängeln, die seiner Meinung nach die kollektiven Sicherheitssysteme haben, ergibt sich für ihn, daß es ohne amerikanische Atombomben nicht gehe. Reiter wörtlich: *„Die europäische Sicherheitspolitik wird des amerikanischen Bündnisses bedürfen, um im globalen Kontext auch atomar abschreckend zu sein."* Natürlich müsse Europa sich dieses Schutzes auch würdig erweisen und deshalb bereit sein, *„grundlegende Interessen der Amerikaner zu unterstützen, um umgekehrt dafür in den Schutz der amerikanischen Atommacht zu gelangen"*. Sektionschef Reiter setzt also fest auf amerikanische Atombomben. Darüber, daß es auch andere, nichtmilitärische Methoden zur Sicherung des Friedens geben könnte, liest man bei ihm wenig.

Europäer müssen umdenken

In einem polemischen Rundumschlag bedauert Reiter, daß die Europäer noch immer nicht verstehen, daß es eine nationale Souveränität, im alten Sinne des Wortes, nicht mehr geben kann. Auch sind die „Scheuklappen von der NATO" noch immer nicht gefallen. Dazu kommt die „Neutralitätsmystik" bei uns und eine große Schwäche bei der „Feindbildaufarbeitung". Reiter meint dazu, daß diese ja nicht notwendigerweise ein „objektives Bild" hergeben müsse. Sie müsse nur „Akzeptanz in Politik und Bevölkerung haben" und eine „ausreichende Basis und Begründung für politisches Handeln abgeben". Die „Verteidigungsbereitschaft" könnte auf diese Weise gehoben werden. Es gebe auch, meint Reiter, zu wenig „Krisenbewußtsein" und eine zu starke Fiktion der „Nichtbedrohtheit". Der gleiche Reiter also, der an anderer Stelle von den großen Werten spricht, die es mit Hilfe des amrikanischen Atomschirmes zu retten gilt, scheut sich also nicht, erfundene Feindbilder der Bevölkerung vorzulegen, um diese zum „Handeln" zu bewegen. (Die Lust am Abendlande könnte einem bei so viel Unaufrichtigkeit vergehen.)

Die „Feinde"

Welche Länder sind es also, die Europas Frieden bedrohen? Erich Reiter nennt sie beim Namen. Er denkt an ein wieder „imperialistisch und aggressiv werdendes Rußland" und „vielleicht" auch an eine „sich integrierende arabische Welt", so einfach ist das. Nun befindet sich Ruß-

land, wie jedermann weiß, in einer so tiefen Krise, daß gültige Prognosen über Rußlands zukünftige Politik völlig unmöglich sind. Solche Situationen hat es in der Geschichte schon gegeben. Ob es aber richtig ist, unter diesen Umständen, das aus der Zeit des Kalten Krieges stammende Feindbild Rußland wieder aufleben zu lassen, sei dahingestellt. Das mag der Rechtfertigung weiterer Aufrüstung dienen, das ist aber auch alles.

Was die angebliche Bedrohung Europas durch die „integrierte arabische Welt" anbelangt, so versieht Reiter die eigene Darstellung mit einem vorsichtigen „Vielleicht". Er tut gut daran, da es in Wirklichkeit die arabischen Länder sind, die vor dem Westen zu bangen haben und nicht umgekehrt. Es sind die westlichen Industrieländer, die, wie die Welt weiß, stets ein besonderes Interesse an arabischen Rohstoffen und arabischen Märkten gehabt haben. Dieses Interesse besteht heute noch. Wobei sich die Großmächte nicht nur auf ihre modernisierten Waffen verlassen, sondern auch auf die Massenmedien, denen gegebenenfalls die Aufgabe zufällt, den Aggressionskrieg als legitime Verteidigung der eigenen Bevölkerung schmackhaft zu machen.

Der andere Weg

In den Überlegungen von Sektionschef Reiter findet sich kein Ausweg aus der Sicherheitskrise, in der sich die Welt, „insbesondere Europa", heute befindet. Das fängt schon bei seiner Abwertung unserer Neutralität als „Neutralitätsmythos" an und endet mit einem verwirrenden Ja-Nein-Spiel zwischen einem halb empfohlenen, halb in Frage gestellten Eintritt Österreichs in ein Sicherheitssystem, das ja gleichzeitig auch eine Militärallianz ist – und einer direkten Flucht unter den amerikanischen Atomschirm. Vielleicht sind das alles nur unverbindliche Planspiele und nichts weiter. Derartige Spiele sind aber nicht ungefährlich, da sie unter gegebenen Bedingungen in Wirklichkeit umschlagen können. Daß Reiter von den weltweiten Friedensbemühungen demokratischer Kräfte, die es in jedem Volk gibt, so gut wie gar nichts schreibt, wurde bereits angeführt.

Und doch sind es gerade die demokratischen Kräfte, die, wenn sie nur wahrheitsgetreu informiert sind, imstande wären, allen denjenigen in den Arm zu fallen, die sich die Lösung zwischenstaatlicher Konflikte nur in militärischen Formen vorstellen können.

Sektionschef Reiter müßte zur Kenntnis nehmen, was die Meinungsforscher unseres Landes immer wieder festgestellt haben: daß sich die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher weder durch unglaubwürdige Feindbilder noch durch die Verlockungen der im Aufbau befindlichen Großmacht Europa davon abbringen lassen, an der Neutralität als der besten Garantie der österreichischen Unabhängigkeit festzuhalten. ■

Dr. Otto KREILISHEIM ist
Germanist und ehemaliger Sekretär
von Viktor Matejka.

Die Beziehung zwischen Lohnarbeit und Kapital

Auswirkungen der Forderungen im EG-Weißbuch

Günter KLODNER

Nach dem Selbstverständnis seiner Verfasser liegt der Hauptgrund weshalb überhaupt das Weißbuch – herausgegeben von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft – geschrieben wurde, in dem bisher nicht gelösten Problem der Arbeitslosigkeit. Im Rahmen der Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird eine grundsätzliche Änderung des Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital gefordert, wobei die angestrebten Änderungen elementare Rechte und Errungenschaften der Arbeiternehmer betreffen.

Für die seitens des Weißbuches angestrebten Änderungen werden vor allem folgenden Ursachen angeführt.

1. Die Notwendigkeit zur Bekämpfung der ökonomischen Krise:

Die internationale kapitalistische Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Lage. Eine der Ursachen für die anhaltende Krise ist darin gelegen, daß das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung sich auch im Jahre 1993 auf niedrigem Niveau bewegte und entgegen den Erwartungen, die noch zu Beginn des Jahres herrschten, die negativen Tendenzen sich 1993 zum dritten Mal hintereinander fortsetzten.

Wie aus den vorliegenden Wirtschaftsdaten feststellbar gibt es zunächst bedeutende Unterschiede im Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den USA, der EU und Japan. Daneben aber ist eine allgemeine Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung feststellbar. Wie die erste Spalte zeigt, ist in den USA das Bruttonationalprodukt (BNP) von jährlich 3,8 Prozent in den sechziger Jahren auf 2,9 Prozent in den achtziger Jahren zurückgegangen. Aus einem negativen Wachstum von 0,7 Prozent im Jahre 1991 wurde eine Vergrößerung des BNP von 2,8 Prozent im Jahre 1993, für 1994 wird eine Erhöhung des BNP um 3 Prozent erwartet... Die entsprechenden Werte für die EU zeigt die zweite Spalte, die Werte für Japan die dritte.

Die Entwicklung des BNP in %

	1961-1970	1971-1980	1981-1990	1991	1993	1994
USA	3,8	2,7	2,9	-0,7	2,8	3,0
EU	4,8	3,0	2,3	1,2	-0,5	1,4
JAPAN	10,5	4,6	4,3	4,0	0,0	1,9

Die Arbeitslosigkeit, der Alptraum aller Lohnabhängigen, befindet sich nicht nur auf einem sehr hohen Niveau, sondern es zeichnet sich vielmehr eine Tendenz zur weiteren Erhöhung ab. Offiziell gibt es in der EU insgesamt etwa 19 Millionen Arbeitslose, bis Ende 1994 wird eine Erhöhung auf insgesamt 22 Millionen erwartet.

2. Die Forderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der neuen Technologien:

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat als ihren wichtigsten Inhalt die radikale Umgestaltung der Produktivkräfte auf Basis der Nutzung der neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Mit der weitreichenden Anwendung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und im speziellen der neuen Technologien entstehen wesentliche Veränderungen bei den Produktionsmitteln, in der Produktionsstruktur und in der Verteilung der Arbeit. Es ergibt sich für einen immer größer werdenden Teil der Arbeitskräfte die Notwendigkeit zu permanenter Berufsaus- bzw. -weiterbildung sowie zu Umschulung, bedingt durch die Anwendung der neuen Technologien.

Die neuen Technologien erhöhen die Arbeitsproduktivität und senken das notwendige Maß an Arbeit, das für die Erhaltung der Arbeitskraft nötig ist. Die Verwandlung der Wissenschaft zu einer direkten Produktivkraft bedingt die wesentliche Umgestaltung im Arbeitsprozeß Anstelle der monotonen und strengen Arbeitsteilung nehmen die verschiedenen Formen gemeinschaftlicher Arbeit eine immer bedeutendere Stellung ein. Die Bedeutung des „Gesamtarbeiters" wird immer größer, im gleichen Ausmaß erhöht sich auch die Notwendigkeit zur Beteiligung der Arbeitnehmer an der Lenkung und Kontrolle des Produktionsprozesses.

3. Die Notwendigkeit zur Kapitalakkumulation:

Eine Reihe von Faktoren sind gegeben, die die Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital in eine für die Arbeitnehmer negative Richtung drängen. Es handelt sich vor allem um den Zwang zur Kapitalakkumulation, die das kapitalistische System als einen Ausweg aus der anhaltenden ökonomischen Krise durch die vermehrte Ausbeutung der Arbeiterklasse bei Anwendung neuer Methoden benötigt. Die Kapitalakkumulation hat vor allem folgende Ursachen:

- Die Notwendigkeit der Entwicklung neuer Technologien (Kommunikation, Mikroelektronik, Biotechnologie etc.) sowie der technologischen Modernisierung traditioneller Zweige der Wirtschaft, die sich derzeit in einer Krise befinden, wie etwa die Textilindustrie, die Metallindustrie, die Autoindustrie etc.
- Die ungeheuren Militärausgaben, die den imperialistischen Staaten aus ihrer aggressiven Politik der Festschreibung der „neuen Ordnung der Dinge" erwachsen.
- Die verschärften ökonomischen und sozialen Probleme des Kapitalismus, die sich in der ökonomischen Krise verdeutlichen.

- Die Verschärfung des Wettbewerbes zwischen den drei imperialistischen Zentren USA, Japan und der EU sowie auch zwischen den kapitalistischen Staaten, vor allem infolge der Bestrebung, die Lasten der ökonomischen Krise auf die Schultern der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder zu laden.

All das geschieht mit dem Vorwand der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowie auch der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital.

4. Der tendenzielle Fall des durchschnittlichen Gewinnes:

Die Entwicklung der Wissenschaft und Technik ist ein Phänomen, untrennbar verbunden mit der modernen Wirtschaft. Die kapitalistische Wirtschaft, in ihrem Bestreben die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu nutzen, ist jedoch von einem immer schärferen Konkurrenzkampf gekennzeichnet, bei dem diejenigen, die überleben wollen, zur Entwicklung immer neuerer Produktivkräfte gezwungen sind. Unmittelbare Konsequenz ist, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals, also das Verhältnis zwischen fixem Kapital und variablem Kapital, wächst. Dies ist vor allem das Ergebnis einerseits des Bestrebens nach Verminderung der notwendigen Arbeitszeit und der eingesetzten Arbeitskräfte sowie anderseits der Erhöhung des Wertes der Produktionsmittel in Relation zu der benötigten menschlichen Arbeitskraft gesehen. Die Anwendung der neuen Techniken bringt somit auch den nicht erwünschten Effekt des tendenziellen Falles der Gewinne.

Seitens der kapitalistischen Wirtschaft wird nun auf verschiedene Art dieser Tendenz entgegengesteuert. Vor allem aber mit der noch intensiveren Nutzung des fixen Kapitals. Auch die eingesetzten Arbeitskräfte werden während ihrer Arbeitszeit in zunehmendem Ausmaße ausgebeutet. Immer mehr setzt sich die Tendenz durch, den Umlauf des insgesamt eingesetzten „Sozialkapitals“ zu beschleunigen, mit der Absicht, nicht nur die Arbeitsproduktivität, sondern auch die Intensität der Arbeit zu erhöhen.

Durch die sich aus dem Vertrag von Maastricht ergebende Verpflichtung zur freien Beweglichkeit der Arbeitskräfte werden die gegebenen Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital bedeutenden Veränderungen unterliegen. Und zwar sowohl infolge der bedeutenden technologischen Erkenntnisse, als auch der Änderungen in der Nachfrage bzw. infolge der zunehmenden Wichtigkeit des tertiären Sektors.

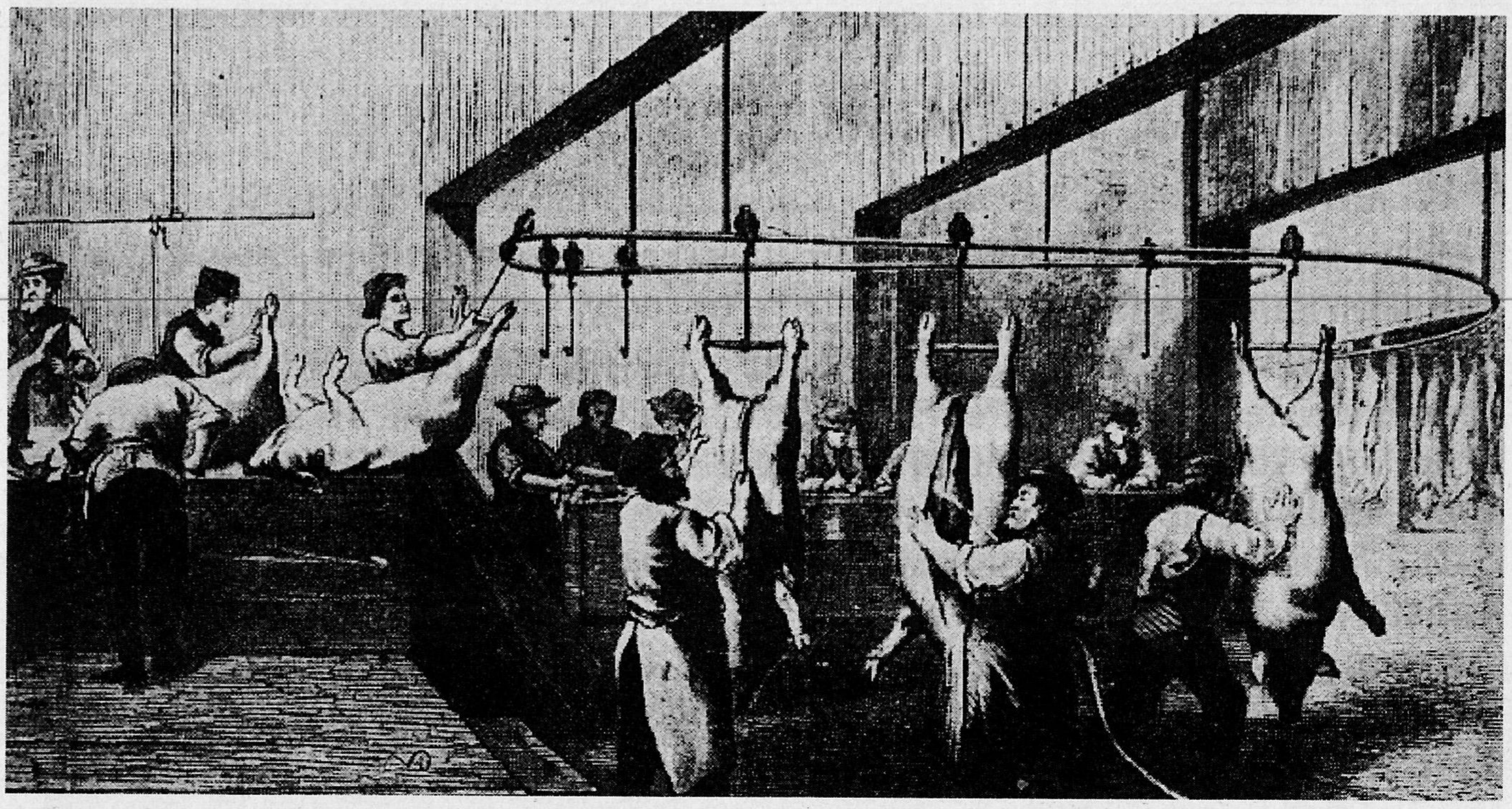
5. Die Beschleunigung der europäischen Einigung:

Die EU ist gezwungen, die Handlungen ihrer Mitglieder vor allem auf folgenden Gebieten zu koordinieren:

- In der inhaltlichen Gestaltung der Arbeitsverträge,
- in der beruflichen Ausbildung der eingesetzten Arbeitskräfte,
- in der Anpassung hinsichtlich der Arbeitszeit,
- in der Gestaltung der verschiedenen Kollektivverträge,
- in der Regelung des Arbeitslohnes und der Neugestaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich Aufnahme, Kündigung bzw. Entlassung von Arbeitskräften.

Im Bestreben, die Beweglichkeit der Arbeitskräfte entsprechend den Erfordernissen des Kapitals zu gestalten, wird etwa folgendes im Weißbuch angeführt: Notwendig sei eine Spezialisierung der Ausbildung von Arbeitskräften und die Institutionalisierung eines Fonds für Berufsausbildung. Es sollten allgemeine und flexible Systeme von Krediten für die Berufsausbildung (sogenannte Berufsausbildungsschecks) geschaffen werden. Die Hindernisse für die Beweglichkeit der Arbeitskräfte müßten beseitigt werden, seien diese branchenmäßig oder geografisch bedingt oder durch die mangelnde Beweglichkeit innerhalb des Unternehmens.

In Übereinstimmung mit dem Vertrag von Maastricht und dem Weißbuch solle die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital durch einen sogenannten Gesellschaftsvertrag abgesichert wer-



Entstehung des modernen Fließbandes, Cincinnati, um 1870

den, und dort, wo dieser nicht „greift", ist eine Offensive des Kapitals zu erwarten, die den von ihm gewünschten Zustand notfalls mit anderen Mitteln erreichen wird. Die Frage, die sich unwillkürlich stellt, ist die, ob die negativen Konsequenzen, die sich aus dem Weißbuch für die Arbeitnehmer der EU-Mitgliedsländer ergeben, ob dieser soziale Rückschritt, der den Arbeitnehmern droht, überhaupt noch verhindert werden kann. Was notwendig wäre, ist eine breite, europaweite Organisation des Widerstandes gegen solche Pläne.

Die arbeitnehmerfeindliche Orientierung in Gestalt des Weißbuches

Zuerst wurde das Weißbuch veröffentlicht, bald danach das Grünbuch. Bücher in allen Farben werden noch von den verschiedenen Ökonomischen Spezialisten der EU im Rahmen der Bestrebung, der ökonomischen Krise Herr zu werden, in nächster Zeit herausgegeben werden. Die Krise ist jedoch nicht nur ein europaweites, sondern vielmehr ein weltweites Problem. So warnte etwa auch Roland Leonchel, der Verantwortliche für die Investitionsstrategie des belgischen Bankhauses Banque Bruxelles Lambert, in einem Interview mit dem Nachrichtenbüro Reuter davor, daß die Gefahr eines Weltwirtschaftskrise á la 1929 niemals ernster war als gerade jetzt. Unmittelbare Auswirkung dieser Krise ist die Arbeitslosigkeit, von der annähernd 20 Millionen Menschen betroffen sind, oder anders ausgedrückt, etwa 55 Millionen Menschen in der EU leben an der Armutsgrenze. Als bewegend könnte man die Bestrebungen der EU, für die Arbeitnehmer eine bessere Zukunft zu gestalten, jedoch nur bei einem gehörigem Maß an Naivität bezeichnen.

Dichtung und Wahrheit

Ohne daß dazu besondere Fähigkeiten nötig wären, ist leicht erkennbar, was die wirklichen Absichten und Sorgen sind, die die Brüsseler Zentrale quälen und die sich hinter der Phrase „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" verbergen. Primär ist dies vor allem der Kampf um die entscheidende wirtschaftliche Position zwischen der EU und den nach Gründung der Nordatlantischen Freihandelszone bedeutend erstarkten USA. Und die Opfer der internationalen Wirtschaftskrise, die Arbeitnehmer, werden im Rahmen des angeblichen und so hehren Zieles des Weißbuches, nämlich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, in Wirklichkeit zur Bekämpfung der amerikanischen Drohung, die wirtschaftliche Weltherrschaft zu erobern, gezielt eingesetzt.

Es gibt jedoch auch noch eine andere Dimension, die in Zusammenhang mit der Verfassung des Weißbuches von Bedeutung ist. Wie schon erwähnt, bringt die Wirtschaftskrise vor allem Arbeitslosigkeit und Elend für einen immer größeren Prozentsatz der Arbeitnehmer in der EU. Die Folge davon ist jedoch auch, daß ein immer größerer Prozentsatz der Betroffenen in eine Haltung des Widerstandes gegen ein System, das solche Verhältnisse produziert, gerät. Und das gerade wollen die Verfasser des Weißbuches verhindern, daß nämlich Arbeitslosigkeit und Armut zu einer gesellschaftlichen Explosion führt, die die Grundfeste des kapitalistischen Systemes gefährden könnte.

Wie etwa auch das Grünbuch feststellt, enthält das Problem der Arbeitslosigkeit eine sozial und politisch gefährliche Dimension, vor allem auch deshalb, da sich eine weitere Verschärfung infolge der Kriterien, die der Vertrag von Maastricht für die wirtschaftliche Annäherung vorsieht, abzeichnet. Die Deutsche Bank fordert unumwunden eine radikale Revision der europäischen Sozialpolitik, da sonst die Gefahr besteht, daß das ganze ökonomische und politische System einstürzen könnte.

Das Problem der Hegemonie

Das Weißbuch beschäftigt sich übrigens auch mit den weiteren Aufgaben, die in Zukunft dem Allgemeinen Zoll und Handelsabkommen (GATT) obliegen sollten. In diesem Zusammenhang wird eine Umwandlung des GATT zu einer internationalen Organisation mit ständigem Wirkungsbereich vorgeschlagen, da dies, wie betont wird, eine wirksame Garantie für die harmonische Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen wäre. Gerade diese geänderten Funktionen des GATT wären das geeignete Mittel, um die Durchsetzungskraft des GATT gegen jede Art hegemonistischer Bestrebungen zu garantieren. Von französischer Seite wurde wiederholt auf die offensichtliche Tendenz der USA, das GATT für die Ausweitung der amerikanischen Einflußzone zu mißbrauchen, hingewiesen. Gegen diese Amerikanisierung der Europäer, die letztendlich zur Aufgabe der eigenen nationalen Identität führt, sind rechte und linke Politiker der „Grande nation" mit Vehemenz aufgetreten und haben die Gefahren klar ausgesprochen, die im Weißbuch eher verschämt dargestellt werden.

Worum es geht hat in einem kürzlich erschienen Artikel die »Financial Times« klar ausgesprochen: Die Aufwertung des GATT zu einer internationalen Organisation mit ständigem Wirkungsbereich bedeutet zugleich auch die Einrichtung einer dritten In-

Vollautomatisches Fließband zum Stapeln von Automobilrahmen, um 1920

stitution, die die praktische Weltregierung neben den beiden anderen Institutionen, der Weltbank und dem Internationalem Währungsfonds, ausübt. Und für die EU wäre dies eine Stärkung gegenüber den beiden Weltkonkurrenten USA und Japan. In diesem Dschungel des internationalen Weltherrschaftskampfes sprechen die Apologeten der „freien Wirtschaft" in einigen Sätzen treffend das aus, wofür das Weißbuch Dutzende Seiten benötigt, ohne freilich die wirklichen Ängste und Befürchtungen verbergen zu können.

Die Vorteile des Wettbewerbs

Eine zentrale Stelle im Weißbuch nehmen auch die sogenannten Vorteile des Wettbewerbes ein. Die Bewahrung der Gesetze des Wettbewerbes wird mit der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in Verbindung gebracht. Offensichtlich ist auch die Absicht des Weißbuches den gesetzlichen Rahmen, was etwa auch das Gesellschaftsrecht betrifft, neu zu gestalten. Es handelt sich hiebei wieder einmal um eine Überschreitung der EU-Gesetzgebung zu Lasten der nationalen Gesetzgebung und mit der bewußten Konsequenz, daß das nationale Gesellschaftsrecht der einzelnen Mitgliedstaaten durch ein restriktiveres EU-Gesellschaftsrecht ersetzt wird.

Unter den Voraussetzungen die für die Bewahrung der Gesetze des Wettbewerbes als wesentlich angesehen werden, wird vor allem auch die Stärkung des Einflusses der mittelständischen Unternehmen angeführt. Dieses Interesse für die mittelständischen Unternehmen ist vor allem daraus zu erklären, daß die mittelständischen Unternehmen direkt in Verbindung mit der Tätigkeit der großen Unternehmen gesehen werden, nach deren Initiative sie überhaupt erst tätig werden. Mit dem Begriff „große Unternehmen" sind jedoch vor allem die großen multinationalen Konzerne gemeint, deren Einfluß gestärkt werden soll und in deren Handlungskonzept sich die mittelständischen Unternehmen einfügen sollen. In Rahmen eines unerbittlichen Wettbewerbes, der in den nächsten Jahren droht, läßt sich übrigens auch die Forderung der Verringerung der Kosten für die Sozialfürsorge einordnen. Für die Autoren des Weißbuches stellt sich diese Forderung als eine Frage der gesellschaftlichen Solidarität dar. Überhaupt wird der Begriff Solidarität sehr strapaziert: So liest man etwa von Solidarität zwischen jenen, die eine Arbeit haben und jenen, die keine haben, Solidarität zwischen Frauen und Männern, zwischen den Geschlechtern etc.

Das Problem der Flexibilität

Der nach den Vorstellungen des Weißbuches solidarische Arbeitnehmer erkennt auch glasklar, was der wesentliche Grund für die strukturelle Arbeitslosigkeit in Europa ist: der Mangel an Flexibilität des Arbeitsmarktes. Wie man sieht, kennt die Heuchelei des Weißbuches fast keine Grenzen. Denn wenn von Solidarität bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Rede ist, wird stillschweigend vorausgesetzt, daß die Arbeitnehmer diese „Solidarität" in Gestalt der Verringerung der Kosten für die Sozialfürsorge finanzieren. Kein Zweifel kann jedoch darin bestehen, was diese so vehement geforderte Flexibilität des Arbeitsmarktes wirklich bedeutet: eine fundamentale Änderung der Arbeitsgesetzgebung, die insbesondere was Entlassungen oder Kündigungen betrifft, wesentlich lockerer werden soll, weshalb dann für die Unternehmer die Kosten für die Arbeitskraft billiger werden.

Hinsichtlich der Forderung nach Einführung einer ständigen Aus- und Berufsbildung, die bei den Vorschlägen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwähnt wird, wird auch die Bildung eines Ausbildungsfonds gefordert, der durch Umschichtung verschiedener öffentlicher Mittel gespeist werden soll. Also schlußendlich werden die Arbeitnehmer nochmals zur Kassa gebeten.

Alles für das Kapital

Es soll nun durchaus nicht verkannt werden, daß jedes Rezept, das eine tatsächliche und radikale Verringerung der Arbeitslosigkeit mit sich bringt, zugleich auch mit Opfern und Einschränkungen für die breite Masse der Beschäftigten verbunden ist. Etwas anderes ist es jedoch, daß im Weißbuch diese „vorübergehenden Opfer und Einschränkungen" im Sinne zukünftiger positiver Ergebnisse gefordert werden. Wie sehen nun aber diese positiven Ergebnisse der Zukunft aus? Nach den Vorstellungen der Autoren des Weißbuches sollten die Unternehmen imstande sein, in Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen ihre Umstrukturierung durchzuführen, die Bildung von monopolistischen Gruppierungen, die die allgemeine Wirtschaftspolitik kontrollieren und bestimmen, gehört zu den klar formulierten Zielen des Weißbuches.

Als langfristiges Ziel für die Zeit nach 1997 ist beabsichtigt, die Haushaltsdefizite auf etwa ein Prozent des BNP herunterzudrücken. Also noch wesentlich unter die oberste Grenze von drei Prozent, die der Vertrag von Maastricht vorsieht. Das Spiel der einseitigen Mäßigung auf Kosten der Arbeitnehmer nimmt also neue Ausmaße an, die Disziplin der öffentlichen Haushalte richtet sich an eine ganz bestimmte Adresse: nämlich an die Arbeitnehmer.

Die Forderung nach Herabsetzung der Zinsen wird direkt in Verbindung gebracht mit der weiteren Entwicklung der Löhne und Gehälter. Als erste Voraussetzung müßten geeignete Bedingungen für wesentliche Senkungen bei den kurzfristigen Zinsen geschaffen werden. Was nun nur dann möglich sei, wenn sowohl bei den öffentlichen Haushalten als auch bei den Löhnen jene Grenzen nicht überschritten werden, die die wirtschaftliche Stabilität gebiete. Die Erleichterung von weiteren Investitionen durch Senkung der Zinsen sei nun vor allem davon abhängig, ob sich die Arbeitnehmer ihrer „Pflicht" besinnen, keine überhöhten Lohnforderungen zu stellen. Abgesegnet soll nun alles durch einen dreiseitigen Vertrag der Sozialpartner, nämlich Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierung werden.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Begriff der Sozialpartnerschaft mit all seinen negativen Auswirkungen den Österreichern leider sehr vertraut ist und das Weißbuch hier offensichtlich aus der österreichischen Realität die Lehre gezogen hat, bleibt einem bei genauem Durchlesen einzelner Stellen des Weißbuches vor dessen Unverfrorenheit fast der Atem weg. Dennoch ist Skepsis angebracht, was die Möglichkeit zur Aufklärung breiter Massen gerade auch in Österreich hinsichtlich des riesigen Rückschrittes, den die Verwirklichung der Ziele des Weißbuches bedeuten würde, anlangt. ■

Dr. Günter KLODNER ist Jurist.

Der Autor dankt Babis Angurakis und Makis Mailis vom ZK der KPG für das zur Verfügung gestellte zahlreiche Informationsmaterial.

Arbeitsplätze oder saubere Umwelt?

In den Salzburger Industrieregionen wird erpreßt

Brigitte PELWECKI

Das, was viele schon längst vermutet hatten, ist in den letzten Wochen ausgesprochen worden. Die Hallein Papier Ges.m.b.H. (PWA) kündigt die Schließung des Zellstoffwerkes in der zweitgrößten Salzburger Gemeinde, Hallein, an.

Ein Jahr nach der Insolvenz des deutschen Konzerns, bei dem die Gläubiger einem 60-prozentigen Schuldenerlaß zustimmten, erklärt PWA-Konzernchef Willi Klein-Gunnewyk: Bei neuen Umweltauflagen zum Bau einer vollbiologischen Kläranlage sperrt die Zellstoffabrik mit rund 250 MitarbeiterInnen zu. Konkret heißt das, wenn das Land Salzburg nicht bereit ist, weiterhin täglich zehn Tonnen Sauerstoff in die Salzach zu bringen um die eingeleiteten Abwässer zu reinigen, dann gilt das Aus für die Zellstoffproduktion spätestens 1999.

Bereits 1994 hätte die Kläranlage in Betrieb gehen müssen. Die veranschlagten 700 Millionen Schilling, die die Kläranlage gekostet hätte, wurde im Rahmen des Insolvenzausgleichverfahrens um drei Jahre verschoben. Jetzt möchte die PWA überhaupt nicht mehr investieren. Grund: Der Konzern schreibt erstmals seit zehn Jahren rote Zahlen. Auf dem Weltmarkt seien „bessere Qualitäten" zu haben, das könnte auf längere Sicht auch die Papierfabrik (650 MitarbeiterInnen) gefährden.

Industrie-Hochburg Hallein

Der Tennengau mit seiner Bezirkshauptstadt Hallein war und ist eine der Industrie-Hochburgen des Salzburger Landes. Allein in Hallein finden 11.000 ArbeiterInnen und Angestellte in 750 Betrieben eine Beschäftigung. Vier Großbetriebe sichern derzeit noch die Existenz von jeweils mehr als 5000 Beschäftigten. Aufgrund der Schwierigkeiten der papier- und metallverarbeitenden Industrie bemühte sich Hallein weitere Betriebe in der Stadt anzusiedeln. 250 weitere Klein- und Mittelbetriebe sind das Ergebnis der Bemühungen in den letzten sechs Jahren.

Im vergangenen Jahr war allerdings ein deutlicher Arbeitsplätze-Abbau bemerkbar geworden. Die gesamte Wirtschaftsregion im Salzburger Tennengau befindet sich in Turbulenzen. Bewußt wird nicht von einer „Krise" gesprochen. Arbeitslosenzahlen, noch nicht erschlossene Gewerbegebiete, eine große Anzahl „sicherer" und flexibler Klein- und Mittelbetriebe in der Region, die Stimmung bei den Arbeitenden, welche umschulungswillig und pendlerfreundlich sind, sprechen dagegen.

Ende des vergangenen Jahres haben sich endlich einmal alle Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft zusammengesetzt. VertreterInnen der Kammer der Wirtschaft, des Arbeitsamtes und der Gemeindevorstehung der Stadt Hallein sind der Einladung des Halleiner Bürgermeisters gefolgt. Die wirtschaftlichen Probleme in der Region Tennengau und im speziellen in Hallein sollten durchleuchtet und diskutiert werden. Es blieb bei einem „Wirtschaftsgespräch" – Lösungen zu finden oder gar umzusetzen scheiterte an der Ohnmacht gegenüber den ausländischen Konzernen.

Krise PWA

Zwei Großbetriebe sind es, welche mit der Existenz der ArbeiterInnen und Angestellten ihr Kapitalismus-Spiel spielen. Im Frühjahr 1993 meldete die damalige Hallein Papier AG, Tochter der deutschen Papierwerke Waldhof Aschaffenburg AG, den Ausgleich an. Zwei Auffanggesellschaften führen nun den Betrieb weiter. Aus der AG wurde eine Ges.m.b.H. 150 ArbeiterInnen erhielten keine neue Anstellung – aber dafür hohe Abfertigungsgelder als Trostpflaster oder als Schweigegeld. Die verbliebene Belegschaft stimmte einer 20-prozentigen Kürzung der Gehälter zu. Keine große Aufregung in der Belegschaft – Betriebsräte und Gewerkschaften hielten als Beruhigungsmittel Sozialpläne in der Hand.

Ende des vergangenen Jahres suchte die PWA in Hallein wieder Arbeitskräfte. Gleichzeitig waren Gerüchte aus der Arbeiterschaft zu hören, daß trotz allem bald eine Schließung des Betriebes geplant ist. Bürgermeister Kurz kommentiert die Suche nach ArbeiterInnen: Trotz der derzeitigen guten Auftragslage sei dies keine Sicherheit für den Weiterbestand des Halleiner Werkes. Der ist vom Willen des deutschen Mutterkonzerns abhängig. Diese wird nach ihren Profitraten entscheiden und nicht nach der sozialen Verantwortung über 1000 Arbeitsplätze.

Chlor und PVC

Am anderen Ende der Stadt steht die Solvay-Halvic, Chemie Multi-Tochter eines belgischen Großkonzerns. Seit Jahren wird die Solvay wegen ihrer Chlor und PVC-Produktion von Umweltorganisationen angegriffen. Der PVC-Zweig Halvic wurde Anfang 1994 geschlossen und damit standen wieder 136 ArbeiterInnen auf der Straße. Einen schleichenden Arbeitsplätze-Abbau hat es in diesem Werk, wie übrigens in fast allen Halleiner Industriebetrieben, in den vergangenen Monaten immer wieder gegeben.

Wie es mit der Solvay weitergehen wird, traut sich derzeit niemand zu sagen. Mit keiner rosigen Zukunft rechnen aber Politiker und auch die verbleibenden 185 ArbeiterInnen. Werksdirektor Helmuth Leitner versichert derzeit, daß die Kochsalz-Elektrolyse zur Chlorgewinnung im Solvay-Werk Hallein verbleibt. Dennoch sind 16 der 136 Entlassenen aus diesem Produktionsbereich betroffen.

Die Stimmung unter den Halvic Arbeitern ist aber auch hier überraschend ruhig. Arbeiterkammer-Präsident Suko hätte ihnen neue Arbeitsplätze auf die Hand versprochen. Und der Bürgermeister hätte doch auch schon einen Betrieb, welcher sich im ehemaligen Halvic-Gelände ansiedeln möchte.

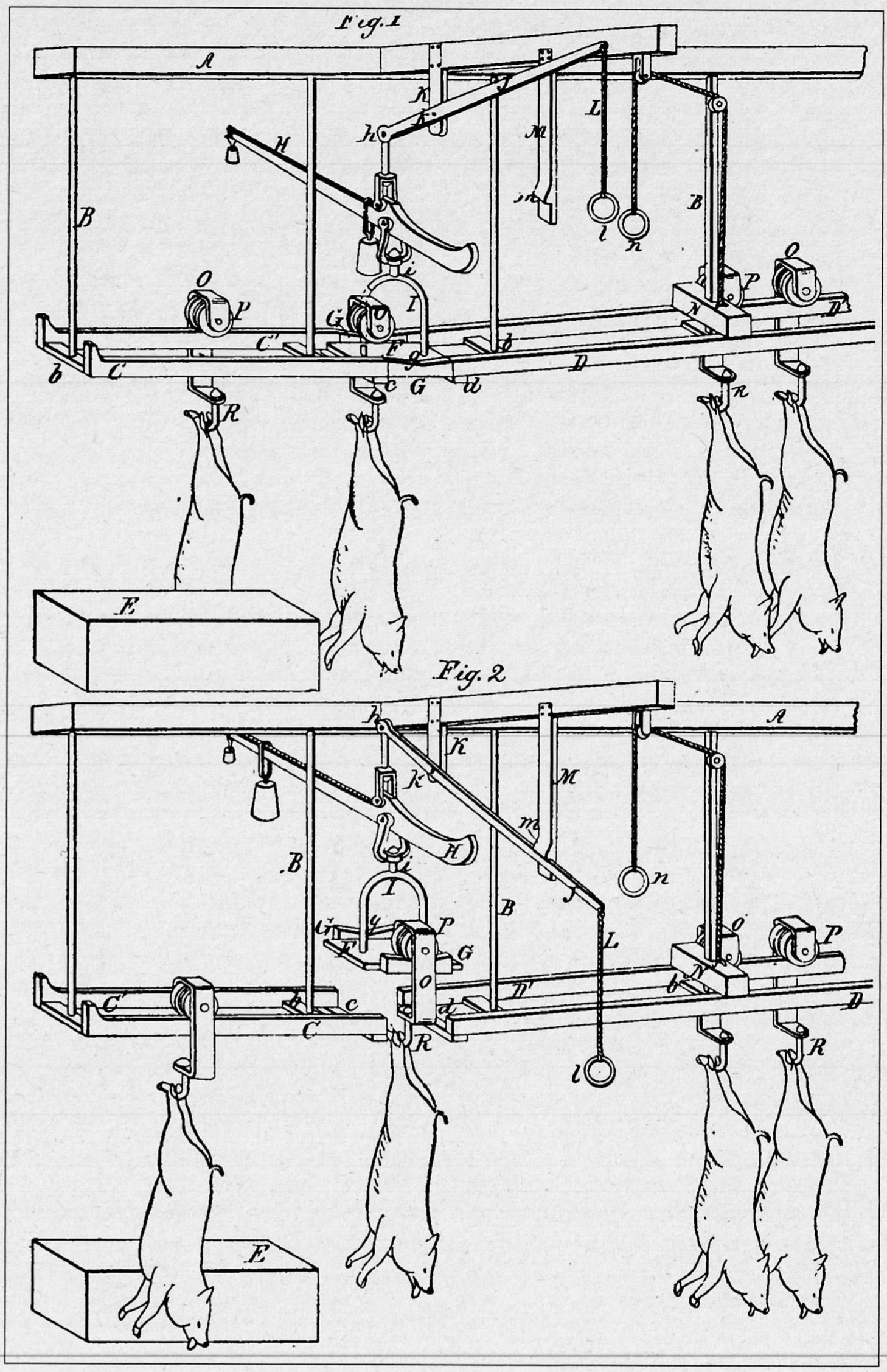
Flugblätter von Seiten des GLB werden als Panikmache und Schwarzmalerei abgelehnt. Dabei stehen die Gerüchte um einen neuen Betrieb, welcher die verlorenen Arbeitsplätze auffangen könnte, auf recht wackligen Beinen. Wer hat schon gern einen Nachbarn, welcher hochexplosives Chlor produziert und transportiert?

Ein böses Jahr

Papier und Chemie sind aber nur die großen Arbeitsplatzvernichtungsbetriebe in Hallein. Das Jahr 1993 war für viele ArbeiterInnen und Angestellte in Hallein ein böses Jahr.

- 25 Arbeiter wurden beim Konkurs der Maschinenfabrik Buchegger entlassen.
- EMCO – Salzburger Vorzeigebetrieb – weil noch zur Gänze in österreichischer Hand – baut seit 1992 regelmäßig Arbeitsplätze ab. Erst in den letzten Wochen macht sich hier ein leichter Aufschwung bemerkbar.
- Das Brötje-Radiatorenwerk wandert nach Salzburg ab und mit ihm 32 Beschäftigte, welche nun pendeln müssen.
- Procter & Gamble, die ehemalige Blendax, schloß Ende des Jahres ihre Pforten. 45 vorwiegend weibliche Arbeiterinnen und Angestellte verlieren ihren Job.
- Milupa erpreßt die Gemeinde mit 210 Arbeitsplätzen. Der Konzern möchte eine Baugenehmigung im erweiterten Wohngebiet. Gleichzeitig liebäugelt der Betrieb bereits mit Ungarn oder Tschechien als neue und billigere Produktionsstätte.
- Ein Salzburger Autohaus meldet den Konkurs an. 26 Halleiner Angestellte erhalten die Kündigung.
- Das Gollinger Zementwerk Bernhofer stellt die Produktion ein; 35 Arbeitsplätze gehen dabei verloren.
- Die Grödiger Süßwarenfabrik Mirabell will in Zukunft ihre Mozartkugeln nur noch mit 2000 statt bisher 3000 MitarbeiterInnen erzeugen.

Natürlich sind das alles Hiobsbotschaften für die Betroffenen. Aber weit und breit ist dies alles kein Anzeichen dafür, daß sich der Kapitalismus in einer Krise befände. Hier wird selektiert, umstrukturiert, (ein)gespart, geplant.



Vorrichtung zum automatischen Wiegen von Schweinen in Schlachthäusern, Cincinnati, 1869

Umstrukturierungen

- Ein Tennengauer Elektronik-Unternehmen übernimmt einen Großteil der Frauen aus dem geschlossenen Procter & Gamble Werk.
- Johnson und Johnson, einer der derzeit sichersten Großbetriebe in Hallein, will das Werk auf die zweifache Größe ausbauen.
- Die Robert Bosch AG, seit 1986 in Hallein, hat ihren Standort mit einem Investitionsvolumen von bisher 728 Millionen Schilling zum Zentrum für die Entwicklung, Fertigung und Vertrieb von Einspritzausrüstungen für Großdieselmotoren des gesamten Konzerns ausgebaut. 550 MitarbeiterInnen haben hier einen sicheren Arbeitsplatz.
- In Hallein sind 750 Betriebe angesiedelt. 5000 Menschen pendeln täglich in die Stadt. Im März 1994 waren in der zweitgrößten Stadt Salzburg 1186 Personen arbeitslos gemeldet. Der gesamte Tennengau

hat trotz allem nur eine Arbeitslosenrate von 6 Prozent.

- Mit großen Bauvorhaben versucht die Gemeinde, die Wirtschaft ein bißchen anzukurbeln. Wenn es möglich ist, werden Aufträge an Halleiner Firmen vergeben. (Die ÖVP im Gemeinderat schreit jedesmal, wenn der Billigstbieter ein Betrieb außerhalb der Region ist. Und die wollen in die EU!)
- Für die gekündigten ArbeiterInnen und Angestellten der Firmen Buchegger, PWA und Halvic wurde eine Arbeitsstiftung eingerichtet. Mit den Geldern von Land, Gemeinde und Betrieben können die Arbeitslosen umgeschult werden. Der Tennengau lebt auch vom Fremdenverkehr. Hier werden dringend qualifizierte Arbeitskräfte benötigt. Nur, welcher Papier- oder Chemiearbeiter möchte als Küchenhilfe oder Kellner arbeiten? Trotzdem gelang es bisher, einen Großteil der Betroffenen nach der Umschulung in anderen Betrieben unterzubringen.

„Attraktivere" Produktionsstandorte

- Der PWA-Konzern errichtete im deutschen Stockstadt dieselbe Papierproduktion wie in Hallein. Derzeit kann dieses Werk noch nicht allein die hochwertigen Papiere für den Konzern erzeugen und verkaufen. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis wann das Werk in Hallein nicht mehr gebraucht wird.
- Wenn Solvay oder Milupa billigere Produktionsstätten im Osten gefunden hat, wird diese Betriebe nichts aufhalten, aus dem Tennengau abzusiedeln.

Mitreden in der EU?

Was bleibt, sind die Klein- und Mittelbetriebe. Stolz verweist der Halleiner Bürgermeister auf 250 Unternehmen, welche sich in den letzten sechs Jahren im Raum Hallein angesiedelt haben. Hallein setzt auf heimische, kleinere Produzenten – Großbetriebe seien zu sensibel und exportabhängig. Regelmäßig läßt der Bürgermeister verlauten, daß Hallein schon längst eine Art EU-Raum ist. Daß Hallein abhängig ist von den ausländischen Konzernen, und daß es deshalb so wichtig sei, der EU beizutreten um wenigsten mitreden zu können.

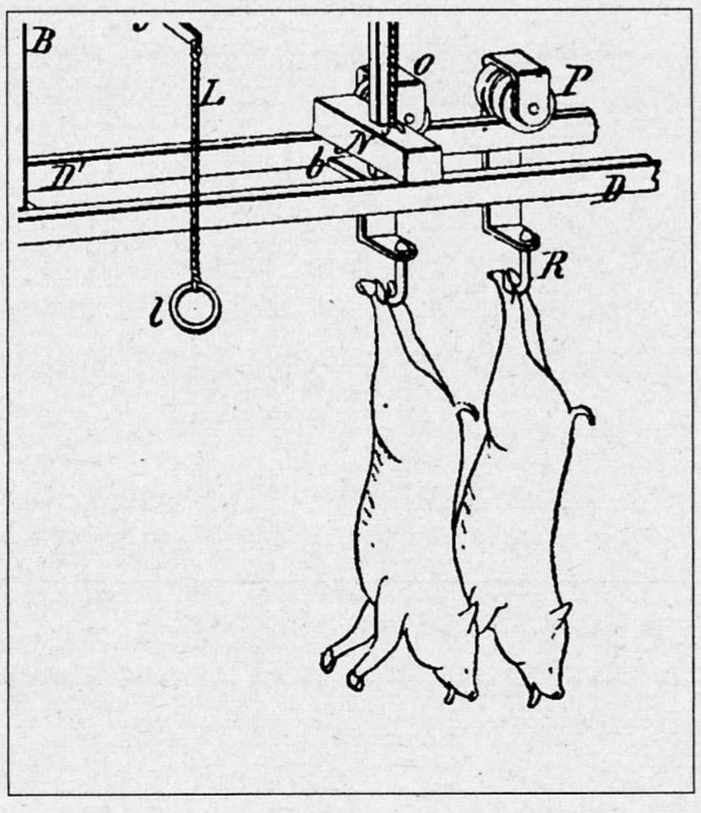
Mitreden kann Hallein auch heute. Mitreden verändert allerdings nichts, wie auch das jüngste Wirtschaftsgespräch gezeigt hat. Lösungsvorschläge von seiten der Wirtschaftsvertretung sind das Ausbauen der bestehenden Betriebe, das Umwandeln in Qualität der Produkte, aus der Holzindustrie Möbelindustrie machen, aus der Holzfachschule eine Holzfach-Hochschule zu machen, Bildung als Exportartikel zu kreieren. Darüber können PolitikerInnen und Wirtschaftsfachleute reden. Durchführen werden es trotzdem nur die Unternehmer, wenn sie darin eine Profitquelle entdecken.

Machtspiele

Die Unternehmer und deren Manager sind sich ihrer Machtposition sehr bewußt. Erpressung um billigeres Salz für die Chlorproduktion, günstigere Stromtarife oder Bahn-Transfertarife von den großen Industriegebieten sind an der Tagesordnung. Selbst AK-Vizepräsident Siegfried Pichler spricht bei der PWA Forderung um Streichung der Umweltauflagen von Erpressung. Ein Wort, das die AK selten in den Mund nimmt.

ArbeiterInnen werden behandelt, als wären sie nur noch aus Gnade beschäftigt. Im Wirtshaus wird geschimpft. Ausländerfeindlichkeit oder „Frauen zurück an den Herd"-Parolen werden lauter. In irgendeiner Form Gegenwehr zu entwickeln scheint ausgeschlossen. Die im Betrieb verbleibenden Arbeiter drängen sich dicht um ihre Betriebsräte, hoffen auf Besserung oder sind davon überzeugt, daß irgendjemand das alles schon richten wird.

Eine andere Art von Krisenstimmung macht sich in den Einzelhandelsgeschäften breit. Hallein – als Einkaufsstadt ohne Einkaufszentrum beworben – verliert zunehmend an finanziell potenten Kunden. Die Umsatzrückgänge werden aber nicht damit erklärt, daß viele Familien, die in irgendeiner Form abhängig von den heimischen Großbetrieben sind, und daher vorsichtig mit dem Geld umgehen. Nein, Schuld sind die türkischen Geschäfte, welche in Hallein immer zahlreicher werden, oder die Verkehrsberuhigung im Stadtkern. Und die ausländischen Clublokale, welche den Halleiner Gastwirten das Geschäft wegnehmen.



Es mangelt an Solidarität

„Die Papierarbeiter sind Schuld an der Krise der PWA. Schließlich haben die jahrzehntelang extrem hohe Löhne kassiert..." – Stimmen aus der arbeitenden Bevölkerung.

Solidarität ist für viele Menschen ein Begriff geworden, der sich mit Spenden an die Armen umschreiben läßt.

Kaum ein Kind lernt heute in der Schule, was Solidarität ist. Kritische und mündige BürgerInnen sind in unserem System nicht gefragt. Flublätter und Zeitungen von den Linken werden abgelehnt. Die Lösungen, welche wir anbieten, können erscheinen der heutigen Arbeiterschaft utopisch. Kaum jemand möchte sich mit den Ursachen der Krise und den wirtschaftlichen Zusammenhänge in unserem Gesellschaftssystem auseinandersetzen. Selbst über die Frage eines Betritts zur EU und dessen Folgen für Österreich, macht sich selten ein/e ArbeiterIn Gedanken.

Das Hemd ist scheinbar näher als der Rock. Wer nicht begreifen kann, daß die eigenen Probleme eng mit denen eines Staates zusammenhängen, wird sich auch wenig um die Politik kümmern.

Die verantwortlichen PolitikerInnen werden sich weiter an die Notwendigkeiten des Kapitalismus anpassen. Das Kapital ist sich dessen sehr bewußt. So ist den Konzernherren auch klar, daß ein bißchen Zukkerbrot zur Peitsche gehört. Ganz so schlecht wird es den Arbeitenden nie gehen. So lange noch ein wenig Hoffnung besteht, wird es keinen Aufstand geben. Und die Ruhe im Betrieb ist noch immer Garantie für gute Profitraten. ■

Brigitte PELWECKI ist Gemeinderätin der KPÖ in Hallein.

Thesen zu Gemeinden, Regionen und EG

Josef BAUM

1. Der zentrale Effekt des EG-Beitritts auf Gemeinden und Regionen ist, daß die Möglichkeit der wirtschaftlichen Sicherung durch Bund, Länder und Gemeinden über Instrumente der Währungs-, Förderungs- und Steuerpolitik wesentlich verringert wird. Diese Tendenz ist schon in den letzten Jahren verstärkt zu beobachten gewesen, der EWR war eine neue Stufe, allerdings wurde dabei prinzipielle Steuerungsmöglichkeit noch behalten.

2. Notwendige, ökologisch vorbildhafte Lösungen werden durch einen EG-Beitritt dem (von Großkonzernen verzerrten) „Wettbewerb" weitgehend schutzlos ausgesetzt. (Dieser „Wettbewerb" ist in Wirklichkeit meist ein gnadenloses Machtspiel, siehe Autoindustrie.)

3. Die einzelnen Veränderungen werden Verlierer, aber auch Gewinner sehen. Dies hängt von der Größe der Gemeinde, von der Wirtschaftsstruktur, der Lage (zum Beispiel Attraktivität für Ausländer) und anderem ab.

4. Die möglicherweise bevorstehenden seit 1945 wesentlichsten Änderungen für die Gemeinden und Regionen in Österreich, die unterm Strich Nachteile bringen, können zum Teil auch insofern für positive Änderungen genützt werden, als Sachen in Bewegung kommen, die jahrzehntelang praktisch nicht zu verändern waren.

5. Das „Europa der Regionen" welches ein Alibi und Schlagwort ist, sollte auch mit konkretem positiven Inhalt besetzt und benutzt werden.

6. Im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich könnte eine breitere Bewegung initiiert werden. Alte Demokratisierungsvorschläge zum Beispiel bezüglich Bezirkshauptmannschaften, die etwa im Umweltbereich eine größere Bedeutung haben, könnten jetzt durchgesetzt werden.

7. Die bevorstehende Verfassungsänderung, die den Ländern mehr Rechte bringen soll, bringt keine wirkliche Dezentralisierung, sondern dient vor allem der Selbstherrlichkeit der „Landesfürsten".

Regionalpolitik

1. Die Regionalförderung durch die EG für österreichische Regionen wird voraussichtlich in der Größenordnung von 2 bis 3 Milliarden Schilling jährlich liegen. Gleichzeitig würde Österreich jährlich Nettozahler (schon unter Einrechnung der Regionalförderung) in der Größenordnung von 15 Milliarden sein. Von Geschenken der EG an die Regionen kann somit nur bei einseitiger Betrachtung die Rede sein.

2. Alle Prognosen deuten darauf hin, daß das Binnenmarktkonzept der EG zu einer Auseinanderentwicklung von starken und schwachen bzw. zentralen und peripheren Regionen führt. Die Regionalpolitik der EG ist daher hauptsächlich auf die politische Ruhigstellung von in Zukunft noch stärker benachteiligten Regionen ausgerichtet (der Begriff „Kohäsionsfond" deutet darauf hin). Bei den Bewohnern von Problemregionen werden somit oft falsche Hoffnungen erweckt und positive Anstrengungen mißbraucht.

3. Für eine nachhaltige positive Entwicklung benachteiligter Regionen fehlen in Österreich und in der EU entsprechende demokratiepolitische Einrichtungen, die die Mitbestimmung der Bevölkerung sichern und die Willensbildung gegenüber den Zentralen verkörpern. (Der EU-Regionalrat hat praktisch keine Kompetenzen.) Die Regionalgeldtöpfe (der EG) sind Objekte des Begehrens mancher Politiker und hoher Beamter, die sich dadurch mehr Macht in der Verfügung ihrer Geldmittel sichern wollen.

4. Positiv ist zu erwarten, daß durch den stärkeren Kontakt mit anderen europäischen Regionen das Augenmerk auch auf günstigere Regelungen gelenkt wird (zum Beispiel günstigere Finanzausgleichsregelungen in nordischen Staaten). Dies kann als gewichtiges Argument für demokratische Lösungen in Österreich benutzt werden.

5. Einige Regionen (insbesondere wahrscheinlich das Burgenland) könnten bei einigem Geschick tatsächlich wesentliche Finanzmittel anzapfen. Umgekehrt besteht die Gefahr, daß gigantische Fehlinvestitionen getroffen werden.

Kommunalpolitik

1. Aushöhlung der Kompetenzen (reale, nicht unbedingt formale Verluste, siehe Allgemeines). Es könnte sogar sein, daß die formalen Kompetenzen ausgeweitet werden, machtmäßig dies bei einem Verlust an Steuerungsmöglichkeiten in der Wirtschaft aber nichts bringt.

2. Bei den Einnahmen sind wesentliche Ausfälle durch Anpassung des Steuersystems an die EG durch Nivellierung nach unten anzusehen. Dafür sind auch schon „Vorleistungen" erfolgt: Abschaffung der Gewerbesteuer (ohne daß Interessensvertretungen von Gemeinden und Städten auch nur gehört worden sind). Für größere Gemeinden würden auf der Ausgabenseite Ausschreibungsverpflichtungen auf internationaler Ebene verstärkt Bedeutung erlangen.

3. Schwächere Gemeinden werden von negativen Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung wie zum Beispiel von den durch die EU bewirkten Mietkostenerhöhungen und von höheren Arzt- und Krankenhausleistungen wahrscheinlich über sozialpolitische Ausgaben besonders betroffen sein.

4. Beim Ausländer-Grundverkehr und beim Transit hat die Bundesregierung weitgehend österreichische Interessen geopfert. Betroffene Gemeinden haben geringeren Spielraum für Gegenmaßnahmen.

5. Im Umweltschutz (Müll, Abwasser, Abgase, Lärm, Wasser) sind die Gemeinden insgesamt mit einer Aufweichung der Regelungen und mit noch mehr Unsicherheiten im Vollzug konfrontiert. ■

Mag. Josef BAUM ist grüner Gemeinderat in Purkersdorf und arbeitet im Institut für Raumplanung.

Das Kamel im Nadelöhr

Aspekte einer politischen Ökonomie des Transitverkehrs

Lutz HOLZINGER

„Die Grundlage aller entwickelten und durch Warentausch vermittelten Teilung der Arbeit ist die Scheidung von Stadt und Land." Karl Marx (Das Kapital, 1. Band, MEW 23, S. 373)

Die Teilung der Arbeit in einem nie gekannten und nie geahnten Ausmaß ist die tiefere Ursache auch für das Menschen und Natur vernichtende Anschwellen des – vor allem auf der Straße abgewickelten – Transports von Menschen und Gütern. Daß mit dem Transit unter allen Verkehrsformen diejenige am meisten geächtet wird, bei der die betroffenen Länder gewissermaßen als Durchhaus benützt werden, kann nicht weiter überraschen. Dennoch dürfte es mit der Reduzierung lediglich dieses einen Verkehrstypus allein nicht getan sein. Wie bei den meisten sozialen, ökologischen und ökonomischen Problemen ist auch beim Verkehr eine rationale Lösung – wie sie etwa die Verlagerung des Regionen und Länder übergreifenden Gütertransports auf die Schiene zum Teil darstellt – überfällig. Doch auch in diesem Fall stehen diesem naheliegenden Ausweg Profitinteressen entgegen. Es kann also nicht schaden, sich etwas genauer anzuschauen, welche Mechanismen, welche Logik hinter der Verkehrsproblematik im allgemeinen und dem Transit im besonderen steckt.

Es wäre verfehlt, davon auszugehen, daß alle Antworten auf die brennende Fragen der Gegenwart in Marxens „Kapital" zu finden sind. Es ist aber der speziellen Methode von Marx zuzuschreiben, die er vor allem in diesem Werk mustergültig demonstriert, daß man seiner Art der Entfaltung eines Problems folgend leichter einen Begriff von einer Sache bekommt, als wenn man sich einsam und auf sich allein gestellt an einer Fragestellung zu schaffen macht.

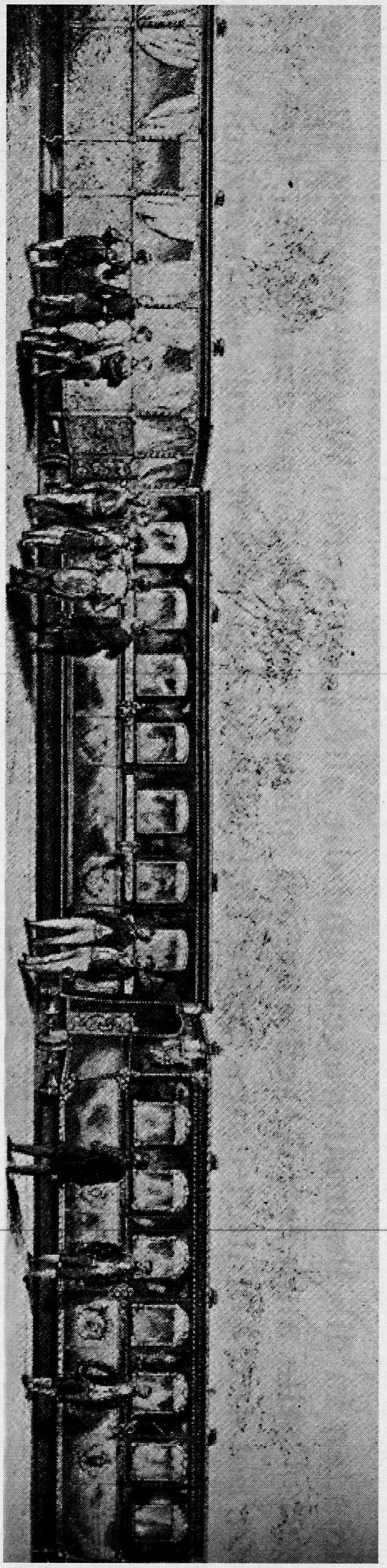
Marx setzt nach dem als Motto dieses Artikels zitierten Satz folgendermaßen fort: „Man kann sagen, daß die ganze ökonomische Geschichte der Gesellschaft sich in der Bewegung dieses Gegensatzes resümiert, auf den wir jedoch hier nicht weiter eingehn." Schade, wo wir offenbar drauf und dran sind, im Zuge des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union Zeugen einer Ausmerzung der agrarischen Bevölkerung zu werden. Offensichtlich eine Perspektive, die diese Bewegung dadurch zu einem Ende bringt, daß der sie konstituierende Gegensatz zwischen Stadt und Land durch die Plattwalzung des letzteren einfach gewaltsam aufgehoben wird.

An dieser Stelle schreibt Marx weiter: „Wie für die Teilung der Arbeit innerhalb der Manufaktur eine gewisse Anzahl gleichzeitig angewandter Arbeiter die materielle Voraussetzung bildet, so für die Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft die Größe der Gesellschaft und ihre Dichtigkeit, die hier an die Stelle der Agglomeration innerhalb derselben Werkstatt tritt. Indes ist diese Dichtigkeit etwas Relatives. Ein relativ spärlich bevölkertes Land mit entwickelten Kommunikationsmitteln besitzt eine dichtere Bevölkerung als ein mehr bevölkertes Land mit unentwickelten Kommunikationsmitteln, und in dieser Art sind z. B. die nördlichen Staaten der amerikanischen Union dichter bevölkert als Indien." (MEW 23, S. 373)

Verselbständigung von Tätigkeiten

Marx entwickelte den Prozeß zunehmender Arbeitsteilung historisch. Und zwar hatte er dabei zunächst weniger die Industrie, als vielmehr die Manufaktur vor Augen. Umso bemerkenswerter ist sein klarer Blick auf das – bis heute hinsichtlich der Arbeitsteilung – Wesentliche: „Da Warenproduktion und Warenzirkulation die allgemeine Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, erheischt manufakturmäßige Teilung der Arbeit eine schon bis zu einem gewissen Entwicklungsgrad gereifte Teilung der Arbeit im Inneren der Gesellschaft. Umgekehrt entwickelt und vervielfältigt die manufakturmäßige Teilung der Arbeit rückwirkend jene gesellschaftliche Teilung der Arbeit. Mit der Differenzierung der Arbeitsinstrumente differenzieren sich mehr und mehr die Gewerbe, welche diese Instrumente produzieren. Ergreift der manufakturmäßige Betrieb ein Gewerb, das bisher als Haupt- oder Nebengewerb mit anderen zusammenhing und von demselben Produzenten ausgeführt wurde, so findet sofort Scheidung und gegenseitige Verselbständigung statt. Ergreift er eine besondere Produktionsstufe einer Ware, so verwandeln sich die verschiedenen Produktionsstufen in verschiedene unabhängige Gewerbe. Es ward bereits angedeutet, daß, wo das Machwerk ein bloß mechanisch zusammengesetzes Ganzes von Teilprodukten, die Teilarbeiten sich selbst wieder zu eigenen Handwerken verselbständigen können. Um die Teilung der Arbeit vollkommener innerhalb einer Manufaktur auszuführen, wird derselbe Produktionszweig, je nach der Verschiedenheit seiner Rohstoffe oder der verschiedenen Formen, die derselbe Rohstoff erhalten kann, in verschiedene, zum Teil ganz neue Manufakturen gespaltet. ... Die territoriale Teilung der Arbeit, welche besondere Produktionszweige an besondere Distrikte eines Landes bannt, erhält neuen Anstoß durch den manufakturmäßigen Betrieb, der alle Besonderheiten ausbeutet. Reiches Material zur Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft liefert der Manufakturperiode die Erweiterung des Weltmarkts und das Kolonialsystem, die zum Umkreis ihrer allgemeinen Existenzbedingungen gehören." (MEW 23, S. 374 f.)

Marx betätigt sich in dieser Darstellung gewissermaßen als Archäologe auf dem Gebiet der politischen Ökonomie: Er gräbt für uns längst in „grauer Vorzeit" verschwimmende vorindustrielle Produktionsverhältnisse aus, die freilich für die Durchsetzung der Werkzeugmaschine unerläßlich waren. Über die weitere Entwicklung in diesem Bereich schrieb er: „Die Revolution in der Produk-



„Train Impérial", der Napoleon III. von der Compagnie de Chemin de Fer de l'Est 1857 geschenkt wurde

tionsweise der Industrie und Agrikultur ernötigte namentlich aber auch eine Revolution in den allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, das heißt den Kommunikations- und Transportmitteln. Wie die Kommunikations- und Transportmittel einer Gesellschaft, deren Pivot, um mich eines Ausdrucks Fouriers zu bedienen, die kleine Agrikultur mit ihrer häuslichen Nebenindustrie und das städtische Handwerk waren, den Produktionsbedürfnissen der Manufakturperiode mit ihrer erweiterten Teilung der gesellschaftlichen Arbeit, ihrer Konzentration von Arbeitsmitteln und Arbeitern und ihren Kolonialmärkten durchaus nicht mehr genügen konnten, daher auch in der Tat umgewälzt wurden, so verwandelten sich die von der Manufakturperiode überlieferten Transport- und Kommunikationsmittel bald in unerträgliche Hemmschuhe für die große Industrie mit ihrer fieberhaften Geschwindigkeit der Produktion, ihrer massenhaften Stufenleiter, ihrem beständigen Werfen von Kapital- und Arbeitermassen aus einer Produktionssphäre in die andere und ihren neugeschaffenen weltmarktlichen Zusammenhängen. Abgesehen von ganz umgewälztem Segelschiffbau, wurde das Kommunikations- und Transportwesen daher allmählich durch ein System von Flußdampfschiffen, Eisenbahnen, ozeanischen Dampfschiffen und Telegraphen der Produktionsweise der großen Industrie angepaßt. Die furchtbaren Eisenmassen aber, die jetzt zu schmieden, zu schweißen, zu schneiden, zu bohren und zu formen waren, erforderten ihrerseits zyklopische Maschinen, deren Schöpfung der manufakturmäßige Maschinenbau versagte."

Gewaltige Ausdehnung

Weiter heißt es bei Marx: „Die große Industrie mußte sich also ihres charakteristischen Produktionsmittels, der Maschine selbst, bemächtigen und Maschinen durch Maschinen produzieren. So erst schuf sie ihre adäquate technische Unterlage und stellte sich auf ihre eigenen Füße. Mit dem wachsenden Maschinenbetrieb in den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts bemächtigte sich die Maschinerie in der Tat allmählich der Fabrikation der Werkzeugmaschinen. Jedoch erst währen der letzverflossenen Dezennien riefen ungeheurer Eisenbahnbau und ozeanische Dampfschiffahrt die zur Konstruktion von ersten Motoren angewandten zyklopischen Maschinen ins Leben." (MEW 23, S. 404 f.)

Öffnet man sich Marx gewissermaßen als Erzähler, so wird man mitgerissen von seinem Engagement bei der Entdeckung des dialektischen Zusammenhangs zwischen systematischen Arbeitszusammenhängen, Anwendung technischer Neuerungen und gesellschaftlichem Wandel. Den Schöpfer des „Kapitals", das die bisher nachhaltigste Kritik des Kapitalismus darstellt, begeisterte offensichtlich die Lebendigkeit, welche die stürmische Entwicklung der Industrie zum Zeitpunkt seiner Untersuchungen noch ausgestrahlt hat. Heute wissen wir, daß die „adäquate technische Unterlage" der „großen Industrie" ebenfalls einem beinahe permanenten, jedenfalls aber dramatischen Veränderungsprozeß unterworfen war und ist. Er birgt mittlerweile allerdings die Fähigkeit und damit die Gefahr in sich, die Grundlagen der gesellschaftlichen Existenz der Menschheit überhaupt zu vernichten. Es kann daher zu nichts führen, wenn heutzutage – etwa unter der Losung des „freien" Markts – die ungezügelte Entfaltung der Produktivkräfte propagiert wird. Abgesehen davon setzt die private Kapitalverwertung trotz aller Versuche, diese Tatsache zu vernebeln, längst die Unterstützung des viel gescholtenen, aber ohnehin bürgerlichen Staates voraus. Das ist an den Praktiken der Forschungsförderung ebenso wie der Transportsubvention zu überprüfen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Bei allem Weitblick dürfte Marx es sich nicht einmal träumen haben lassen, bis auf welche Spitze die Arbeitsteilung eines Tages getrieben würde und welchen Umfang und welche Gestalt die Transport- und Kommunikationssysteme einmal annehmen würden. Versucht man die Entwicklung der Produktion auf der Stufenleiter der „großen Industrie" an Hand von charakteristischen Veränderungen der Herstellungsweise zu periodisieren, lassen sich folgende drei Etappen erkennen:

1. Eine Periode, in der die Durchdringung der materiellen Produktion durch Maschinen und Maschinensysteme im Mittelpunkt stand. Sie war zwar für Marx' Lebzeiten typisch, ist aber – wie die fortgesetzte weitere Durchdringung von Produktionsprozessen mit immer komplexeren Anlagen und Automaten beweist – noch

immer nicht abgeschlossen.

2. Es folgte ein Abschnitt, in dem in- und außerhalb der Betriebe die Durchsetzung der Zeitökonomie und damit die Optimierung der (inner- und außerbetrieblichen) Transportsysteme im Mittelpunkt stand. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet einerseits im betrieblichen Maßstab von Taylorismus/Fordismus, die in der Massenproduktion von Komsumgütern nach dem Zweiten Weltkrieg „zu sich" kommen, und andererseits im überbetrieblichen Rahmen vom Ausbau der Verkehrssysteme – also speziell von Eisenbahnbau und Motorisierung.

3. Schließlich wurde die gegenwärtig aktuelle Phase erreicht, in der die volle Entfaltung von Datenverarbeitung und Kommunikationstechnologien den Ton angibt und die zur Formalisierung auch der geistigen Arbeit – beginnend bei einfacher Bürotätigkeit – beiträgt. Zwar hat in dieser Entwicklung die jeweils jüngste Etappe das meiste Gewicht.

Die Gegenwart ist allerdings sowohl von einer Überlagerung, als auch einer Verbindung aller drei Momente gekennzeichnet. Das wird unter anderem dadurch unterstrichen, daß etwa das „Just-in-Time"-System in der materiellen Produktion zwar der Logik des Transports gehorcht, aber ohne Einsatz der Datenverarbeitung in der Arbeitsvorbereitung undurchführbar wäre.

Verkehrsverdoppelung durch den Binnenmarkt

Ergebnis dieser – bloß knapp skizzierten – Entwicklung ist unter anderem die heute zwar fast selbstverständliche, aber dennoch äußerst extreme Arbeitsteiligkeit der materiellen Produktion in den westlichen Industriestaaten. Sie wird dadurch verschärft, daß die Folgekosten sowohl des innerstädtischen als auch des zwischenstaatlichen – vorwiegend auf der Straße abgewickelten – Verkehrs von den Unternehmen nicht getragen werden müssen und daher auch nicht in die Preiskalkulationen einfließen. Insofern haben wir es – anders als mittlerweile bei der Energie – mit einer fast totalen Abkoppelung des Verkehrs- vom Wirtschaftswachstum zu tun; und zwar übertrifft jenes dieses bei weitem. Als besonders „befruchtend" erweist sich in dieser Hinsicht die Europäische Gemeinschaft: „Laut ‚Environmental Task Force Report' der EU bewirkt allein die Einführung des Binnenmarkts ‚eine Zunahme des grenzüberschreitenden Straßenverkehrs um 30 bis 50 Prozent'. Nicht nur im aktuellen EU-Weißbuch zur Verkehrspolitik wird bei Fortsetzung des bisherigen Trends von einer generellen Verdoppelung des Personen- und Güterverkehrs auf der Straße ausgegangen. Auch das renommierte Basler Prognos-Institut sagt bei unveränderten Rahmenbedingungen für die Zentralregionen Europas (zu denen Österreich seit der Ostöffnung zählt) eine ‚Verdoppelung bis Verdreifachung des Transportaufkommens' voraus – und das schon bis zum Jahr 2000." (»profil« Nr. 7/14. Februar 1994, S. 14)

Bezeichnend für kapitalistische Produktionsverhältnisse ist, daß jede Sachlogik, wenn es darauf ankommt, von – übergeordneten – Profitinteressen außer Gefecht gesetzt wird. Das heißt konkret, daß etwa die Ökonomie der Zeit immer dann über Bord geworfen wird, wenn Verstöße gegen sie höhere Gewinne versprechen. Erst aus diesem Widerspruche sind die folgenden absurden Tatsachen zu erklären, die speziell bei einer genaueren Betrachtung des Alpentransits auffallen und in einer „Greenpeace"-Broschüre angeführt sind:

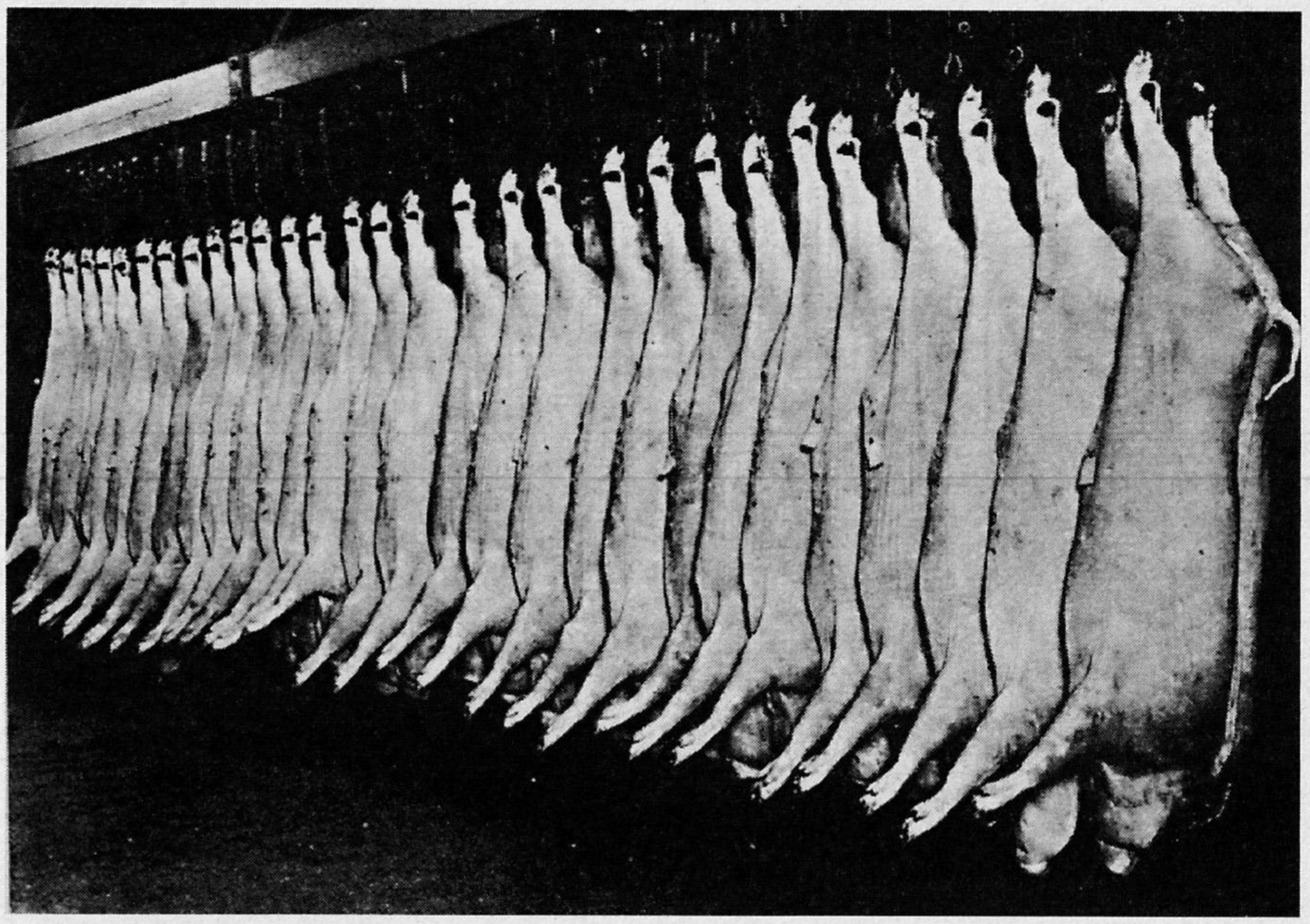
„Einer der Gründe für das Wachstum der Transitverkehrslawine ist der hohe Grad der Arbeitsteiligkeit in der EG. Die Produkte werden dort produziert, wo es für die Firma am billigsten ist – wo es wenig Umweltauflagen, billige Arbeitskräfte und hohe Subventionen gibt. Die Folge ist die Aufsplitterung der Produktion auf verschiedene Standorte und die Bildung großer Produktionseinheiten. So werden die Wege, die die stinkenden Laster zwischen den einzelnen Standorten zurücklegen, immer länger und immer mehr. Ein neues Produktions- und Lagersystem, das ‚Just in Time' bezeichnet wird, treibt diese Entwicklung auf die Spitze. Die Fertigung eines Produkts wird auf verschiedene Produktionsstätten verteilt. Um die Kosten für Zwischenlager zu sparen, werden die Halbfertigwaren sofort nach Fertigstellung auf LKW verladen und müssen pünktlich nach ‚Fahrplan' im Weiterverarbeitungsbetrieb ankommen. Es ist für die Zulieferbetriebe billiger, halbleere LKW auf die Fahrt zu schicken oder sie Umwege fahren zu lassen, als Zwischenlager anzulegen oder es zu Verzögerungen kommen zu lassen (für die hohe Strafgelder geleistet werden müssen). Immer mehr Laster werden so auf die Straße getrieben." („Mit Vollgas in die Katastrophe", Greenpeace-Hintergründe, Broschüre ohne Ort und Jahr, Seite 10 f.)

Der Blick des Greenpeace-Autors ist wegen des Zorns über die Tricks der Unternehmer etwas getrübt. Deshalb fällt die Schilderung der „Just-in-Time"-Produktion etwas dürftig bzw. einseitig aus. Einen genaueren Blick auf dieses System erlaubt das BMW-Motorenwerk in Steyr. Dieser Betrieb arbeitet bereits geraume Zeit nach diesem System. Seine Logik besteht darin, daß in dem Werk die Metallteile der Motoren (vom Motorblock bis zum Zylinderkopf) auf riesigen Aggregaten gefertigt und die Motoren unter Zukauf von allen weiteren Komponenten wie Elektro- und Elektronikelementen zusammengebaut werden. Die vorher bestimmte Tagesproduktion wird prompt in Waggons verladen und an die BMW-Werke in Süddeutschland geliefert. So wie das Endprodukt postwendend der weiteren Nutzung zugeführt wird, so pünktlich müssen auch die einzelnen Zulieferer den jeweiligen Tagesbedarf an Zündaggreagten, Kabelsystemen usw. liefern. Statt – sagen wir – den Monatsbedarf eines Bestandteils in einer Lieferung per Bahn zu verfrachten, muß der tägliche Verbrauch mit Hilfe eines Lieferwagens bereitgestellt werden. Es liegt auf der Hand, daß der tonangebende Produzent – also BMW – sich dabei einiges spart: Die Kosten für die Errichtung und das Betreiben der Lagerungsmöglichkeiten ebenso wie den Aufwand für die Einlagerung einer Vielzahl von Vormaterialien.

Waren bis vor gar nicht langer Zeit metallverarbeitende Betriebe oder zumindest ihre Mitarbeiter auf ihre große Fertigungstiefe stolz, so hat es sich unterdessen als äußerst unzeitgemäß herausgestellt, auf großbetrieblicher Ebene in Eigenregie mehr als unbedingt notwendig herzustellen. Als zweckmäßiger hat es sich vielmehr erweisen, die Herstellung aller nicht im unmittelbaren Kernbereich eines Produkts angesiedelten Teile an Produzenten zu vergeben, die die dafür erforderlichen Anlagen auch für andere Zwecke und Auftraggeber nutzen. Das führt zu Lösungen, die für alle Beteiligten bessere ökonomische Resultate ergeben.

Auch diesen „Zug der Zeit" illustriert das BMW-Motorenwerk per-

fekt: In ihm werden lediglich die unmittelbaren Motorenteile gefertigt; alle anderen Bestandteile wie Leitungen, Elektrik usw. kommen von außen, sind also zugekauft. Das bietet den Vorteil, daß die Anlagen für die Herstellung jedes Elements – durch die Zuarbeit auch für andere Auftraggeber – voll ausgenützt werden können und nicht bloß für den betriebseigenen Bedarf eingesetzt werden und damit unterausgelastet bleiben. Derartige Vorteile, die die Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Fertigern



Karkasse in einem Chicagoer Schlachthaus, um 1920

bietet, müssen in der Praxis dem Aufwand gegenübergestellt werden, den die jeweils zeitgerechte Lieferung der an verschiedenen Orten produzierten Güter erfordert.

Kapriolen des Transitverkehrs

Durchaus denkbare rationale Lösungen ohne zwangsläufig höheres Transportaufkommen stehen absurden Varianten mit einer enormen Steigerung des zwischenbetrieblichen und grenzüberschreitendenden Verkehrs gegenüber. Worum es dabei geht, ist in der Broschüre „EG-Transitterror" von Greenpeace zum Teil dokumentiert worden. Hier drei Kostproben:

1. „‚Prosciutto crudo, feinster Rohschinken aus Italien', steht auf dem Plastikbeutel. ‚Qualität seit 100 Jahren.' Da weiß man, was man hat! Oder doch nicht? Die Geschichte von der echt italienischen Schinkenspezialität fängt zum Beispiel in Belgien an: Dieses kleine Land exportierte allein 1989 381.700 Schweine zur Schlachtung nach Italien. Zweihundert Tiere aufs Mal, eingepfercht in zweistöckige Lastwagen, werden in unzähligen Fahrten in die Po-Ebene verfrachtet.

Am Beispiel der Firma Traveirne NV in Oostkamp sind dies bis zu 16 Lastwagen die Woche. Die Viehtransporter fahren dann meist leer zurück in den Norden. Viele können auf der Gotthardautobahn beobachtet werden.

In der Po-Ebene angelangt, mutieren die Schweine aus Belgien über Nacht zu den berühmten Parmaschweinen. Damit sie schnell Schlachtgewicht erreichen, müssen sie kräftig gemästet werden – unter anderem mit Milch. Davon gibt es für die Hunderttausenden von Schweinen in der Po-Ebene längst nicht mehr genug. Also muß auch die Milch herangeschafft werden.

(...) Die Brühe wird täglich mit bis zu vier Lastwagen (vom Agrosserta-Trockenmilchwerk in Hartberg) 200 Kilometer westwärts zur Molkerei Lienz gefahren. Sie gibt Wasser zum eingedickten Brei. Schließlich wird die ‚Milch' mit 20 bis 25 schweren Lastwagen pro Tag nach Casalbuttano in die Po-Ebene gefahren, wo sie einmal mehr getrocknet wird.

Jetzt endlich dürfen die Schweine ran. Nach deren Schlachtung wird ihr Fleisch zu ‚echt' italienischem Rohschinken getrocknet und nach Norden exportiert: 1990 waren es mehrere tausend Tonnen, die in Lastwagen nach Norden exportiert wurden. Der Schinken gelangt auch nach Belgien, wo sich der Rohschinken-Kreis wieder schließt. Aber auch hierzulande (gemeint ist in diesem Fall die Schweiz – L. H.) ist die Spezialität aus dem Süden beliebt: 470 Tonnen pro Jahr werden importiert, um mit Bergen von inländischem Rohschinken zu konkurrieren. Man nennt das ‚vielfältiges Angebot'." (Greenpeace, „EG-Transitterror", Zürich o. J. S. 12 f.)

2. „‚Das Kadett Cabrio macht Sie offen für die Schönheiten um Sie herum. Steigen Sie ein, lassen Sie den Wind Haut und Haare streicheln und genießen Sie die Möglichkeit, kein Dach über dem Kopf zu haben.' Das schreibt der Hersteller in seinem Katalog, obwohl der Wind, der dem Opel-Kadett-Fahrer um die Nase weht, auch nicht mehr der frischeste ist. Opel will sich den Handel mit ‚Oben-ohne-Autos' nicht entgehen lassen. Daß die Bandproduktion in Rüsselsheim bei Frankfurt nicht auf solche Sonderwünsche umzustellen ist, stellt für den deutschen Automulti (der zum US-amerikanischen General-Motors-Konzern gehört – L. H.) keinen Hinderungsgrund dar. Das Kadett Cabrio wird als ganz gewöhnliches Auto mit Blechdach gebaut. Für den Transport extra dick eingewachst, treten die Limousinen dann eine längere Reise in den Süden an. Zu acht werden sie auf dem Lastwagen über den Gotthard ins Billiglohnland Italien gefahren, über Mailand nach Grugliasco, einem Vorort von Turin. Dort wird das Blech weggeschweißt, das Stoffdach montiert – und aus der Limousine wird ein Cabrio.

Dann geht es auf der Straße per LKW wieder heimwärts – zurück ins Zentrallager nach Stuttgart. Bis sie vom freiluft-hungrigen Automobilisten in Empfang genommen werden, haben die rund 7000 Opel Cabriolets, die jedes Jahr gefertigt werden, zwei Alpentransversen hinter sich; das macht 2000 Kilometer mit entsprechendem Dieselverbrauch." (loc. cit., S. 6 f.)

3. „Das Unternehmen, das dem Trend der EG-Wirtschaft ‚Wachstum, Kostensenkung, höhere Produktivität und Rentabilität, internationale Arbeitsteilung' nicht folgt, wird auf die Dauer von der Bildfläche verschwinden. Diese Prophezeihung bescherte den Geschäftsleitern der solid schweizerischen Unterwäschefabrik Calida

so viel Zukunftsangst, daß sie loszogen, um sich im armen EG-Süden nach günstigen Nähfabriken umzusehen. In Amares, im Norden Portugals, wurden sie fündig und kauften sich günstig das marode Unternehmen Rigotextil. Die Lohnkosten im neuen Besitz sind traumhaft tief: Eine Näherin verdient etwa sechs Franken (rund 50 Schilling) pro Stunde. Im Geschäftsbericht 1989 hält die Geschäftsführung aufatmend fest: ‚Dieser Schritt stärkt unsere Marktstellung in Europa.'

Nun braucht die Näherin in Portugal aber auch Ware, um zu arbeiten. Einmal die Woche bringt der LKW fertig zugeschnittene Stoffteile aus der Schweiz 2000 Kilometer zu den billigen Arbeitskräften. Nur fürs Fertigen der Nähte. Qualitätskontrolle, Verpackung und vor allem Vermarktung werden dann wieder in der Schweiz gemacht, das heißt die Ware kommt wieder 2000 Kilometer zurück nach Sursee zum Hauptsitz. Schließlich ist Calida ein ‚Schweizer Qualitätsprodukt'.

Und die Bilanz der EG-konformen Arbeitsteilung: 1500 Liter verbrauchter Diesel = 68 kg Stickoxid, 1 kg krebserregender Ruß, 10 kg ozonbildende Kohlenwasserstoffe, alles fein verteilt entlang dem Transportweg. In der Calida-Kalkulation schlagen sich diese Faktoren nicht nieder. ... Müßte Calida auch die Umweltschäden, verursacht durch die unzähligen Lastwagenfahrten nach Portugal, bezahlen, würde die Firma ihre Nähte sofort wieder in der Schweiz schließen lassen. Pikantes Detail: Die EG unterstützt diese unsinnige Arbeitsteilung massiv. Die Calida-Manager rechnen damit, von der EG bis zur Hälfte ihrer Investitionen in Amares geschenkt zu erhalten." (loc. cit., S. 8 f.)

Diesen Beispielen ist zu entnehmen, daß die Entwicklung des Kapitalismus und seiner Produktivkräfte schon längst nicht nur an die Grenzen der Vernunft gestoßen ist, sondern sie zum Teil längst überschritten hat und ihre Existenzgrundlage untergräbt. Diese Tatsache materialisiert sich in den globalen Gefahren, die diese Produktionsweise für das Überleben der Menschheit darstellt. In diesem Rahmen hat das von der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die auch eine Art negativer Dialektik zwischen Arbeits- und Urlaubsregionen einschließt, verursachte Verkehrsaufkommen sich als schwere Belastung erwiesen. Die Grenzen des Erträglichen längst überschritten hat sie jedoch aufgrund der spezifischen Gegebenheiten in den Alpenregionen Frankreichs, der Schweiz und Österreichs. Der Druck der Bevölkerung in den besonders belasteten Regionen Westösterreichs und der Schweiz zur Lösung dieser Problematik hat die politischen Eliten veranlaßt, mehr oder weniger wirkungsvolle Schritte zur Eindämmung der Verkehrslawine zu setzen.

Die Tendenz zum Kampf gegen die übermäßige Transit- und Verkehrsbelastung leitet sich nicht bloß von den oben angeführten Kapriolen der Arbeitsteilung im EU-Maßstab ab. Es genügt der ganz normale „Wahnsinn" kapitalistischer Entwicklung, in deren Rahmen es schon längst keinen Vorteil ohne mindest ebenso großen Nachteil zu geben scheint. Darauf verweisen zwei „banale" Mechanismen der Produktion von Verkehrsaufkommen:

1. Der Ausbau von Transport- und Lagerkapazitäten einerseits und die Fortschritte bei Lagerhaltung und Kühlung oder Konservierung andererseits führen dazu, daß zumindest in allen Zentren des Europäischen Wirtschaftsraums immer mehr lokale und regionale Spezialitäten wie Käse, Schinken, Weine usw. usf. verfügbar sind. Daß diese Überfülle nicht nur eine Abstumpfung der Sinne, sondern durch das gesteigerte Verkehrsaufkommen auch eine Vernichtung der Umwelt nach sich zieht, kommt kaum jemand in den Sinn, der in einer Feinkostabteilung vorm überquellenden Angebot steht.

2. Ein weiterer Motor für die Steigerung der Verkehrsfrequenzen ist die negative Dialektik zwischen Zentralräumen und Randregionen. Die immer stärkere Konzentration der Arbeit im sekundären und tertiären Sektor auf ökonomische Kernzonen führt dazu, daß erstens immer mehr Menschen zum Arbeitsplatz pendeln, zweitens Rohstoffe, Halbfertigwaren und Vorprodukte aus Randregionen bzw. Niedriglohngebieten in die Zentralräume geschafft und drittens Fertigprodukte in die Randzonen transportiert werden.

Transitvertrag nutzlos?

Es braucht hier nicht eigens ausgeführt zu werden, welche Faktoren dazu beitragen, daß die negativen Begleiterscheinungen speziell des Straßenverkehrs in den Alpenregionen besonders wirksam werden. Allerdings ist es bezeichnend, daß die Maßnahmen zur Eindämmung der Verkehrsbelastung sich in schlechter fremdenfeindlicher Tradition in erster Linie gegen den sogenannten Transit richten, also den Durchzugsverkehr aus Drittländern in Drittländer. Anders als in der wegen der direkten Demokratie unter weit größerem Zugzwang stehende Schweiz haben die mit der Europäischen Gemeinschaft ausgehandelten und im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen in wesentlichen Punkten aufgegebenen Bestimmungen des Transitvertrags vor allem die Funktion der Augenauswischerei. Dies geht aus einem Bericht der, in dieser Frage ziemlich „unverdächtigen", Tageszeitung »Die Presse« hervor. (Der Zeitpunkt der Veröffentlichung läßt allerdings die Vermutung zu, das Blatt habe das Abkommen den ÖsterreicherInnen im Auftrag der Bundeswirtschaftskammer im Vorfeld der EU-Beitrittsverhandlungen madig machen wollen.) Wörtlich schrieb das Blatt unter dem Titel „Transitvertrag nutzlos?":

„Ein Lokalaugenschein der »Presse« am Brenner hat überraschende Ergebnisse gebracht: Die Transitvertrags-Verhandlungen in Brüssel sind ein Streit um des Kaisers Bart. Im Gegensatz zum offiziellen Jubel über ein Absinken der Transitbelastung steigt die LKW-Frequenz drastisch an. Nach Angaben des Zollamtsleiters wurden bei der Einreise nach Österreich im Dezeeber 1993 um 15 Prozent mehr beladene LKW registriert, im heurigen Jänner betrug die Zuwachsrate gar 20 Prozent.

Wie sich diese Steigerung auf die Umweltbelastung ausgewirkt hat, kann niemand sagen. Die Kontrolle der Abgaswerte erfolgt wegen des drastischen Personalmangels nur auf dem Papier. Außerdem ist die Ökopunkteberechnung, die auf den Durchfahrtszahlen des Jahres 1991 basiert, von völlig falschen, weil viel zu hohen Werten ausgegangen. Derzeit wird nicht einmal das gesamte Ökopunkte-Kontingent ausgenützt." (»Die Presse«, 12./13. Februar 1994, S. 1)

Vor diesem Hintergrund ist es jedoch ein Wunder, daß es der österreichischen Delegation in der Endphase der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union nicht gelungen ist, die Aufrechterhaltung des Transitvertrags in allen Punkten durchzusetzen. Anders als in der in dieser Frage weit

radikaleren Schweiz, wo schon jetzt ein totales Nachtfahrverbot und ein Gewichtlimit von 28 Tonnen für LKW herrscht und der Transit per 2004 zur Gänze auf die Schiene verbannt wird, verfügt Österreich transitvertragsmäßig über einen Emmentaler. Das Vertragswerk garantiert keineswegs, wie es der Laie erwartet, eine sofortige Reduktion des Verkehrsaufkommens, sondern lediglich – und das nur nach der Papierform – dessen „Ökologisierung" durch geringere Lärm- und Schadstoffbelastung.

»Die Presse« erklärt sich den Tatbestand, daß „von einer Verringerung des LKW-Verkehrs aufgrund des Transitvertrags keine Rede sein kann", folgendermaßen: „Und Reiter glaubt auch den Grund für diese Entwicklung zu kennen: ‚Die Werte, von denen man bei der Berechnung der Ökopunkte ausgegangen ist, sind einfach falsch. Grundlage sind eine Million LKW-Fahrten aus dem Jahre 1991. Weil man nicht wußte, wieviele dieser LKW schon schadstoffarm unterwegs waren, hat man einfach den schlechtestmöglichen Fall angenommen und einen Abgaswert von 15,9 Gramm pro Kilowattstunde für einen LKW angenommen. Ergibt in Summe aufgerundet 16 Millionen Öko-Punkte. Dieser Wert war jedoch schon 1991 weit von der Realität entfernt.'

Reiter: ‚Schon damals gab es eine Menge von LKW mit Schadstoffwerten um 10.' Deshalb seien alle Jubelmeldungen, die über die Senkung der Schadstoffbelastung verbreitet worden sind, Makulatur. Gehen sie doch von einer völlig falschen Grundlage aus.

Und Reiters Stellvertreter Franz Winkler sekundiert: ‚Wenn beispielsweise der italienische Großspediteur Arcese für 500 seiner LKW Ökopunkte auf der Basis von 1991 bekommt, kann er heute damit fast doppelt soviel Fernlaster auf die Reise durch Österreich schicken.' Ganz abgesehen davon, daß sich die Kontrolle der Ökopunkte auf Dokumente beschränkt." (»Die Presse«, 12./13. Februar 1994, Seite 3)

Zur Kontrollfrage führt das Blatt weiter aus: „Und so müssen sich die Grenzbeamten an den Schaltern darauf verlassen, daß die Angaben auf den Dokumenten stimmen. Es wären aber auch die notwendigen Instrumente für eine Kontrolle gar nicht vorhanden. Nicht einmal der Bundesprüfzug mißt die Abgase der LKW. Dessen Techniker konzentrieren sich auf die Jagd nach ‚Rostlauben', wenn sie gelegentlich vorbeikommen."

Insofern ist folgende Beobachtung der »Presse« kein Wunder: „Trotz des bürokratischen Mehraufwandes erfreut sich der Brenner bei den LKW-Fahrern stets steigender Beliebtheit. So mancher nimmt mehrere hundert Kilometer Umweg in Kauf, um sich den Brenner zu ‚gönnen'. Abfertigungsleiter Manfred Eder weiß aus Gesprächen mit den Fahrern: ‚Obwohl Frankreich ein EG-Land ist, kommt die Durchfahrt dort viel teurer als bei uns. Und an den französischen Grenzen müssen die Fahrer stundenlang warten. Bei uns kommt so etwas kaum vor.' EG-LKW umfahren also trotz gültigem Transitvertrag ein EG-Land und ‚beglücken' Österreich."

Kamel und Nadelöhr

Das biblische Bild von Kamel und Nadelöhr paßt ausgezeichnet zur Beschreibung des Dilemmas, in dem Österreich transitmäßig steckt. Bekanntlich darf man unter Nadelöhr in dem biblischen Gleichnis keineswegs die Fadenöse einer Nadel verstehen; vielmehr ist damit eine Art „Hintertürl" gemeint, durch das verspätete Reisende nach Schließung der Stadttore in antike kleinasiatische Städte eingelassen wurden. Ein Nadelöhr dieser Prägung war also für Menschen und nicht für Lasttiere gedacht, weshalb Kamele diesen Noteingang nur liegend und unter gewaltigem Gezerre passieren konnten. Was nun den Straßengütertransport betrifft, so befindet Österreich sich langsam aber sicher in einer Lage, wo das sprichwörtliche Kamel im Nadelöhr steckengeblieben ist. Das Vieh läßt sich weder vorwärts noch rückwärts bewegen. Zur enormen Steigerung des Verkehrsaufkommens durch die Bildung des Binnenmarkts kommen zwei weitere Faktoren, die eine zusätzliche Zuspitzung der Lage aus österreichischer Sicht bewirken:

Erstens werden die Möglichkeiten Österreichs sich gegen den EG- bzw. EU-dominierten Transit zu wehren durch die Bemühungen der Bundesregierung zum Beitritt in die Europäische Union weiter geschmälert.

Zweitens bilden die ehemaligen sozialistischen Staaten mittlerweile eine Niedriglohnregion unmittelbar vor der Haustür der westeuropäischen Wachstumszentren und Entwicklungsachsen. Eine dieser Zonen erstreckt sich von Stuttgart und München bis nach Mailand. Wie es der Zufall will, wird die Arbeitsteilung und der dadurch verursachte zusätzliche Transitverkehr zwischen diesen beiden Bereichen verkehrsmäßig über Österreich abgewickelt und entprechende zusätzliche Belastungen mit sich bringen.

Bedrohlich sind derartige Perspektiven deshalb, weil die Europäische Union noch weit davon entfernt ist, die in der Schweiz und Österreich längst selbstverständliche Sensibilität für die spezifische Verkehrsproblematik der Alpenregionen aufzubringen. In Brüssel dominiert nach wie vor die Vorstellung, sämtliche Verkehrsprobleme mittels Straße lösen zu können. Daher denkt auch niemand in der EU-Spitze ernsthaft an massive Investitionen in Alternativen – beispielsweise um die Bahn konkurrenzfähig zu machen. Statt dessen basteln Konzerne wie Mercedes oder MAN an Verkehrsleitsystemen, um dringend benötigte Güter rasch durch verstopfte Euro-Transversalen schleusen zu können.

»profil« resümierte in diesem Zusammenhang und bezogen auf derartige Leitsysteme nüchtern: „Das ist die einzige Art von Maßnahmen zur Steigerung der Transporteffizienz, die im Zeitalter nahender Totalverstopfung noch partielle Entlastung bringt. Die Konzerne würden nicht Milliarden und Abermilliarden dafür aufwenden, solche Systeme für die Straße zu erfinden, wenn dieser Zustand nicht bevorstünde. In der Bahntechnik sind derartige Systeme zum Teil längst vorhanden, bloß ist die Bahn im Wettbewerb viel zu teuer, und die Staaten investieren nur einen Bruchteil des Notwendigen, um sie konkurrenzfähiger zu machen. ‚Es ist ein Aberwitz', sagte der deutsche Verkehrsminister auf der vorwöchigen Pressekonferenz, ‚daß die EU noch nicht einmal einen gemeinsamen Schienennetzplan zusammengebracht hat.'" (»profil«, Nummer 7/14. Ferbruar 1994, Seite 14)

Von diesem verkehrspolitischen Umfeld werden in Fall eines EU-Beitritts die Möglichkeiten Österreichs abhängen, längst fällige Maßnahmen zur Eindämmung des gesamten Straßenverkehrs auf seinem Hoheitsgebiet zu ergreifen. Eine Perspektive, die einem ein gequältes „Na, servus G'schäft!" abnötigt. ■

Lutz HOLZINGER ist Journalist.

Durch EU-Beitritt ins wirtschaftspolitische Paradies?

Politische Gestaltung statt Unterordnung!

Josef SCHILLER

In der Diskussion um einen möglichen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union dominieren zur Zeit, kurz vor der Volksabstimmung, Themen wie Transit, Landwirtschaft und Neutralität. Indem der eigentliche Brennpunkt des EU-Beitritts, nämlich die unmittelbaren ökonomischen Vor- und Nachteile, von vielen EU-Kritikern wenig bis gar nicht diskutiert werden, scheint man in diesem Punkt den Euphorikern das Feld zu überlassen.

Die vielzitierten ökonomischen Vorteile liegen jedoch alles andere als auf der Hand.

Dreißig- bis fünfzigtausend neue Arbeitsplätze würden in Folge eines Beitritts Österreichs zur EU neu entstehen, schier paradiesische Zustände werden den ÖsterreicherInnen prognostiziert. Ökonomischer Stillstand und geistige Verengung heißt die Alternative. Abgesehen davon, daß ernstzunehmende ÖkonomInnen Prognosen in dieser Dimension als äußerst zweifelhaft und unseriös bezeichnen, herrscht nicht einmal unter den ExpertInnen des WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut) Einigkeit über die allerorts zu hörende Grundthese vom Beschäftigungseffekt des Beitritts. Um eine solche, gegen den Mainstream der politisch herrschenden Meinung liegende Ansicht zu finden, muß man jedoch schon tief in den gleichgeschalteten Blätterwald hineinschauen.[1] Obwohl die Gegenargumente auf der Hand liegen und plausibel argumentiert werden, trommelt die großkoalitionäre Propagandamaschinerie diese höchst zweifelhaften ökonomischen Annahmen weiter in die Öffentlichkeit. Daß der "Hurrah-Optimismus" in Sachen EU bei der AK und dem ÖGB fast noch einfältiger propagiert wird als beim anderen Teil der Sozialpartner, tut besonders weh. Aber erinnern wir uns: Schon in den achtziger Jahren wurden uns die wunderbaren Effekte der Herausbildung des Binnenmarktes auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Checcinibericht als ideologische Untermauerung der EG-Integration verkauft. Aber wo sind sie geblieben, diese Effekte? Im Jahr zwei nach dem Binnenmarkt ist Europa mit der größten Wirtschafts- und Beschäftigungskrise seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert.

Die Kosten des Beitritts

Zweifellos werden im Falle eines Nichtbeitritts zur EU wesentliche Bereiche der österreichischen Wirtschaft, besonders die schon jetzt stark auf den westeuropäischen Wirtschaftsraum ausgerichteten, in Schwierigkeiten geraten. Die einseitig auf die EG ausgerichtete Außenhandelspolitik Österreichs kann man leider nicht über Nacht korrigieren. Eine Politik, die ernst genommen werden will, muß für die in diesen Branchen Beschäftigten realistische Auswege aufzeigen. Eine wesentliche Argumentationslinie muß meiner Ansicht nach über den durch einen Nichtbeitritt größeren Handlungsspielraum einer nationalen Wirtschaftspolitik führen. Insbesondere die Auswirkungen des EU-Beitritts auf das Budget zeigen, wie sehr der Spielraum eingeschränkt werden wird. Bekanntlich wird Österreich in der EU Nettozahler sein, es zahlt also mehr in die EU-Kassen ein, als es wieder herausbekommt. Formal hat die EU zwar nicht vor, die Steuersysteme zu harmonisieren, dennoch wird es aus Wettbewerbsgründen zu einer weitgehenden Angleichung kommen. Bei der Umsatzsteuer wird Österreich den Steuersatz um wahrscheinlich zwei Prozent absenken. Das allein kostete dem Staat an die zwanzig Milliarden Schilling. Aus der Sicht der Konsumenten ist zwar eine niedrigere Mehrwertsteuer zu begrüßen, es ist aber kaum zu erwarten, daß die Absenkung auf die Preise weitergegegeben wird. Einige Steuerbegünstigungen werden in der EU nicht mehr möglich sein. So wird die Sozialversicherung durch den Verlust des Vorsteuerabzugs allein etwa acht Milliarden Schilling verlieren. Ausgeglichen muß dieser Entfall durch das Budget werden. Den Bauern wurden Ausgleichszahlungen versprochen, auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie meldet Bedarf an öffentlicher Unterstützung an. Die Gesamthöhe Mehrbelastung des Budgets, die sich durch den EU-Beitritt ergeben ist schwer zu schätzen. Auf jeden Fall erreicht sie eine Größenordnung, die für eine Konzeption einer alternativen wirtschaftlichen Orientierung zweifellos interessant ist. In diesem Zusammenhang muß auch bedacht werden, daß die Konvergenzkriterien der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion den Spielraum einer nationalen Fiskal- und Geldpolitik rigide einschränken. Weitere Budgetsanierung bleibt für die Erfüllung der Kriterien eine unabdingbare Voraussetzung. Und das ganze Szenario spielt sich in einer Situation ab, wo der Staatshaushalt durch die hohe Arbeitslosigkeit und die Überalterung der Bevölkerung ohnehin unter großem Druck steht. Da es schon jetzt als sicher gilt, daß es im Bereich der Unternehmenssteuern eher zu weiteren Entlastungen kommen wird (Lacina spricht von einer Steuerpolitik als Standortpolitik), ist abzusehen, wer die finanziellen Folgen des Beitritts zur EU zahlen wird, nämlich die große Masse der unselbständig Beschäftigten. So präsentiert sich diese Integration als riesengroße Umverteilungsaktion in Richtung Kapital, auf Kosten der Sozialpolitik. Daß ein Einkommensentfall für die unteren

Österreichische Maschine zur Verarbeitung von Wolle

Schichten sich äußerst negativ auf die Konjunktur auswirkt, wird sich die Wirtschaftskrise weiter verschärfen.

EU-Befürworter werden die positiven Effekte der Integration entgegenhalten. Wirtschaftswachstum und höhere Beschäftigung würde wieder mehr Steuereinnahmen bringen und die Kosten des Beitritts bei weitem aufwiegen. Wo wir aber wieder bei der Seriosität der Prognosen wären. Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen große Skepsis angebracht erscheinen. Vor allem können die Prognosen in keiner Weise die politische Instabilität der Strukturen berücksichtigen, die sehr massiv und fundamental auf die ökonomischen Grundlagen einwirken.

Den nationalen Spielraum für politische Gestaltung erhalten

Wirtschaft ist heutzutage international organisiert, gegen eine Kooperation und internationale Zusammenarbeit kann aus fortschrittlicher Position nichts eingewendet werden. Es ist aber ein Unterschied, ob man sich einem politischen Herrschaftsapparat, in dem allein die großen transnationalen Konzerne bestimmen, wo es langgeht, total ausliefert, oder ob man die noch vorhandenen Spielräume für alternative Ansätze nützt. Die durch einen Nichtbeitritt ersparten Milliardenbeträge könnten für eine Förderung zukunftsträchtiger Wirtschaftssektoren verwendet werden. Die Gelder für Forschung und Entwicklung könnten in Richtung Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Produktion investiert werden. Für eine wirklich aktive Arbeitsmarktpolitik stünden mehr Mittel zur Verfügung.

Ein größerer währungspolitischer Spielraum würde auch den Weg für eine Abwertung frei lassen. Einkommens- und Sozialpolitik gerieten dadurch weniger unter Druck. Österreich könnte dem mörderischen Standortwettbewerb durch "Sozialdumping"[2] eher entgehen. Die Landwirtschaft könnte, anstatt das EU-Agrarsystem aufgezwungen zu bekommen, in Richtung schonenden und ökologischen Landbau umgewandelt werden. Es soll jetzt nicht die Illusion erweckt werden, Österreich könne sozusagen als "Insel der Seligen" in einem von Krise und Arbeitslosigkeit betroffenen Europa existieren. Die entscheidende Frage ist jedoch: ordnet man sich bedingungslos den politökonomischen Zwängen der Europäischen Union aus, oder versucht man in Ansätzen so etwas wie eine politische Gestaltungskraft zurückzugewinnen. Für die verantwortlichen Politiker ist es freilich leichter, die Verantwortung für Sozialabbau und Arbeitslosigkeit übergeordneten Sachzwängen und Institutionen zuzuschieben, als selbst Phantasie und Gestaltungskraft zu entwicklen.

Zweifellos bleibt das Problem bestehen, wie politische und wirtschaftliche Regulation auf transnationaler Ebene funktionieren kann. Die Internationalisierung der Wirtschaft lassen solche Regulierungszusammenhänge notwendig erscheinen. Da jedoch die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für eine Regulierung, insbesondere in Richtung Ökologisierung und Sozialisierung, auf überstaatlicher Ebene praktisch nicht vorhanden sind, bleibt der nationale Rahmen die wichtigste Ebene für solche Ansätze. Ich bin davon überzeugt, daß positive, kreative Impulse eines Nicht-EU-Staates mehr zur Veränderung des herrschenden Integrationszusammenhanges beitragen werden, als eine inferiore Mitbestimmungsrolle in den Institutionen einer EU, die sich ohnehin in einer schweren Legitimationskrise befindet. Der Aufbau neuer, alternativer Integrationsszenarien bleibt die entscheidende Aufgabe. Um das von der Bundesregierung gezeichnete Bild zu bemühen: Anstatt in einem Zug mitzufahren, der von vom freien Markt besoffenen Führern schnurgerade einem Abgrund zugesteuert wird, gilt es die Notbremse zu ziehen, auszusteigen und nach alternativen Streckenführungen, die Zukunft haben, zu suchen. ■

Josef SCHILLER ist freier Journalist.

Anmerkungen

1 Norbert Roszenich: Tendenz: Arbeitsplatzvernichtend, »Standard« 10. 3. 1994

2 Vgl. Gerda Falkner: „Sozialdumping“ im EG-Binnenmarkt – Betrachtungen aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: »Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft« 22/1993

Bildungsbankrott unter dem Lodenmäntelchen der Autonomie?

Elisabeth HOLZINGER
und Michael SERTL

Frei war die Marktwirtschft nie. Auf inner- wie zwischenbetrieblicher Ebene wie auf der Ebene der politischen Rahmenbedingungen schränkten Planungs- und Regulierungsmechanismen aller Art die Freiheit des ökonomischen Handelns ein. „Märkte brauchen die politische Regulation, ohne die sie nur destruktiv und katastrophisch wirken würden. Märkte sind Modi der Vergesellschaftung nur in Verbindung mit einem komplexen System von sozialen Institutionen." [1]

Im Eigeninteresse, um das Funktionieren langfristig und ressourcenerhaltend zu sichern, wurden Bereiche wie Gesundheit oder Bildung aus der Ware-Geld-Beziehung herausgenommen, Ausgleichsmechanismen für Schwächere geschaffen und Schutzzonen eingezogen. Der „ideelle Gesamtkapitalist" Staat mußte auch Sozialstaat sein, die Marktwirtschaft auch eine soziale. Welche Schutzzonen es gibt, wer hineinkommt oder herausfällt, nach welchen Regeln Ansprüche erworben werden, wer wieviel kriegt, steht aber immer zur Disposition. Zwischen Thatcherismus und schwedischem Modell ist eben ein großer Unterschied. Man kann, will und muß sich einmal mehr und einmal weniger für sozialen Ausgleich leisten.

Aus sozialer Sicht ist der Ruf nach Freiheit in einer Gesellschaft, die im Prinzip auf dem Recht des Stärkeren aufgebaut ist, immer mit Vorsicht zu genießen. Rufen die „Starken", weil sie nicht mehr zahlen wollen, oder die „Schwachen", weil sie genug Gängelung haben? Ist der Zeitpunkt gekommen, wo nichts mehr geht? Die Etiketten „Selbst", „Autonomie" oder „regionseigene Kräfte" müssen zuerst einmal den Verdacht erregen, daß was ganz anderes drin ist als draufsteht. Die „guten" Selbst-Varianten Selbsterkenntnis, Selbstbewußtsein, Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Selbständigkeit haben immer auch eine „schlechte" Seite – Selbstfinanzierung.

Beispiel Regionalpolitik
Der Abschied von den großen Worten

Angesichts anhaltender Probleme, die durch die traditionelle Regionalpolitik und ihrer Instrumente Betriebsansiedelung und anlagebezogene Infrastrukturversorgung (technische Einrichtungen wie Verkehrsanlagen, Energie- und Wasserversorgung) nicht beseitigt werden konnten, erfolgte seit Anfang der achtziger Jahre eine Umorientierung in Richtung Aktivierung regionaler Ressourcen und „offensive Bestandssicherung". Für entwicklungsschwache Agrargebiete und strukturschwache ländliche industrialisierte Gebiete kam die Strategie der eigenständigen Regionalentwicklung zum Einsatz, die Strategie der endogenen Erneuerung ergänzte auch die Politik in strukturschwachen Industriegebieten und die innovationsorientierte Regionalpolitik gilt als Entwicklungsvoraussetzung für alle Problemgebietstypen.

Hand in Hand damit geht eine Umorientierung des Mitteleinsatzes von der Sachkapital- zur „Humankapital"-Förderung und der Einsatz neuer Instrumente. Betreuung und Beratung, Informationsdiffusion und Qualifikation der Arbeitskräfte wie Unternehmer stehen im Vordergrund.

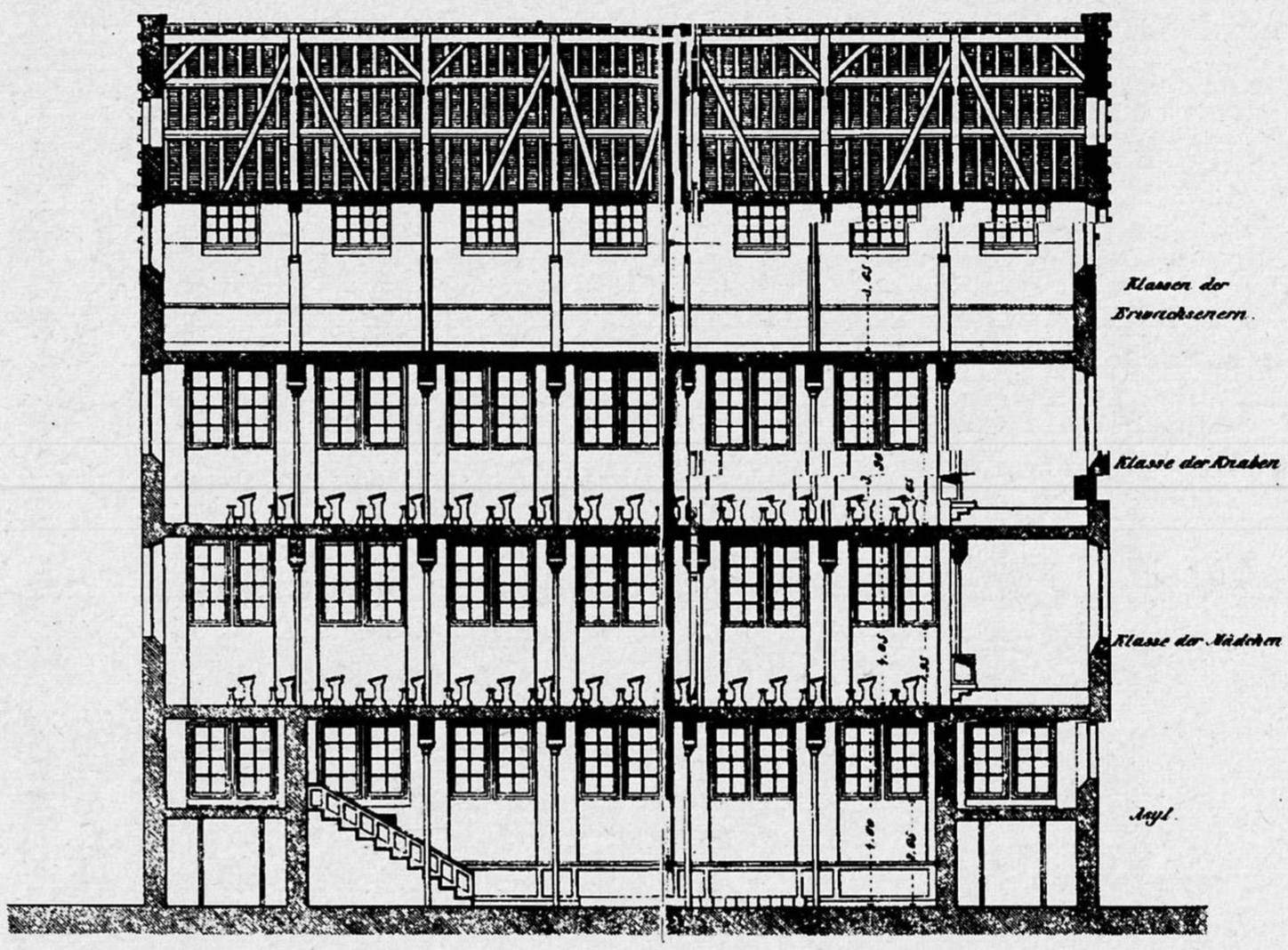
Diese Schwerpunktverlagerung signalisiert einen eindeutigen Schwenk von exogenen zu endogenen Strategien: Mobilisierung von regionseigenen Kräften. Lobenswerter Realismus oder Kapitulation? Eine Strategie, die auf die eigenen Kräfte verweist, braucht auch die „regionale Identität", wodurch sich die Frage erhebt, ob nicht auch das „Mia-sein-mia"-Gefühl die Unfähigkeit zu sozialem Ausgleich folkloristisch überdecken soll. Darüber hinaus bergen „regionalistische Betonungen" die Gefahr der Überschätzung, ja Verabsolutierung regionaler Grenzen als Zäsuren in der modernen Industriegesellschaft.[2] Andererseits schließt die Abkehr von außengesteuerten Entwicklungsimpulsen die Erkenntnis ein, daß die bisher eingesetzten Instrumente relativ unwirksam und so hehre Ziele, wie die Beseitigung regionaler Ungleichheit, nur in Ansätzen erreichbar sind. Der Problemdruck, der ausschlaggebend für die Kreation neuer Ziele und Strategien war, wird sich verschärfen. Die regionale Wirtschaft in den neunziger Jahren wird geprägt sein von der schrittweisen Realisierung des Binnenmarktes, der Umwälzung – mit offenem Ausgang – in den osteuropäischen Ländern, der Liberalisierung der Agrarmärkte und einer enormen Ressourcenverknappung. Es ist damit zu rechnen, daß sich traditionelle regionalwirtschaftliche Problemmuster (Ost-West-Gefälle, Zentrum-Peripherie-Gefälle) eher verschärfen werden. Regionalwirtschaftliche Zielsetzungen beschränken sich nunmehr angesichts der komplexen Probleme und der Verminderung der Steuerungsmöglichkeiten auf die „tendenzielle Verbesserung des Ist-Zustands" durch „offensive Bestandssicherung". Ziel ist nunmehr die Sicherung von „Mindeststandards".

Beispiel Bildungspolitik
Schulautonomie als Anstatt-Reform?

Auch in der Bildungspolitik ist die Kluft zwischen hehren Zielen und rauher Wirklichkeit offensichtlich. Eingewickelt in das „Wahre, Gute und Schöne" ging nichts wirklich weiter. Im „Bericht zur Lage der Jugend" wurde das Bildungssystem zuletzt wieder hart beurteilt: unreformierbar. Die Tatsache, daß das Bildungsniveau aufgrund der erhöhten Bildungsbeteiligung breiter Schichten der Bevölkerung stark gestiegen ist, kann nicht darüber hinwegtrö-

sten, daß viele wichtige Fragen seit Jahren offen sind. Ist das der Grund, warum das Thema Autonomie mit seinen Varianten Privatisierung, Schulmarketing, Dezentralisierung, Entbürokratisierung die schulpolitische Diskussion so stark bestimmt?

Minister Scholten bzw. seine Berater haben es sehr gut verstanden, dieses Thema sozusagen zum Angelpunkt allfälliger, dringend nötiger Veränderungen im österreichischen Schulwesen, egal, ob man dabei an



Asyl, Schule der jungen Mädchen, Knaben und der Erwachsenen. Aus: T. Vacquer, A. W. Hertel, Entwürfe von Schulhäusern für Stadt und Land, Weimar 1863. Eine Schularchitektur, die vollständig auf den Frontalunterricht abgestellt ist. Auffällig ist besonders noch die Anlage der Fenster, die erst 1,90 Meter über dem Fußboden in die Wand eingelassen sind. Besser noch als Milchglasscheiben verhindert diese Einrichtung, daß der Blick eines Schülers einmal nach draußen abgelenkt wird.

die immer größer werdende Misere in den „ausgezehrten" Stadt-Hauptschulen denkt oder an die bürokratische Gängelung, die jene LehrerInnengeneration, die die Schulreform der siebziger Jahre (mit)getragen hat und heute den Kern der LehrerInnenschaft ausmacht, sich einfach nicht mehr gefallen lassen will.

Ein kurzer Blick zeigt deutlich, daß mit dem Thema Autonomie eine bis dato neue markt- und betriebswirtschaftliche Orientierung in die Bildungsdiskussion Einzug gehalten hat.

Konkreten Ausdruck fand diese neue Orientierung zuerst in Papieren der ÖVP, beispielsweise in einem programmatischen Papier „Autonome Schule" im Rahmen der Aktion 2000 vom Juni 1988. Darin wurde einer strikten Kunden- und Wettbewerbsorientierung „Profilbildung", weiters wurden Subjektförderung (z. B. durch Bildungsgutscheine) und Leistungsorientierung gefordert. Dabei beherrschten damals noch ganz andere Probleme die bildungspolitische Auseinandersetzung: Sparmaßnahmen, LehrerInnenarbeitslosigkeit, „Hauptschulkrise"; damals lief gerade ein Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahlen, und um den Ausbau der Nachmittagsbetreuung wurde gekämpft. Größtenteils erfolglos, wie wir heute wissen. Daß die ÖVP mit ihrem neuen Zauberwort Erfolg hatte, beweist das Regierungsabkommen vom Dezember 1990, wo die Autonomie-Forderung einen prominenten Platz im Kapitel Unterricht einnimmt.

Natürlich greift die Autonomie-Diskussion reale Probleme auf:

1. Die Schule ist „verparteipolitisiert": Bildungspolitische Grundsatzentscheidungen sind, gemäß Verfassung durch die Zweidrittel-Hürde im Parlament, praktisch an den Proporz der beiden Großparteien gebunden. Dieser Proporz wird auch auf Länderebene in Form der Kollegien der Landesschulräte, die im Verhältnis der Landtagswahlen besetzt werden, fortgesetzt.

2. Nicht nur den LehrerInnen ist die bürokratische Gängelung, die hohe Regelungsdichte ein pädagogisches Ärgernis. SchülerInnen, Eltern und besonders LeiterInnen haben in letzter Zeit auf geradezu abstruse Formen der Überbürokratisierung hingewiesen. Als typisches Beispiel sei das allgemeine Verbot des Ruderbootfahrens bei Wandertagen usw. genannt, das von der Behörde ausgesprochen wurde, nachdem „irgendwann, irgendwo" ein Unfall passiert war. Die dahinter stehende Administrationsstrategie, für alles und jedes eine allgemeingültige Regelung zu schaffen, ist offensichtlich an Grenzen gestoßen. Diverse Formulare und kleinliche Meldungen (Wandertage, Exkursionen usw.) wurden und werden neu überdacht. Daß es dabei nicht nur um Rücknahme allzu rigider Verwaltungsjuristik geht, sondern auch um Macht, Einfluß, Privilegien, beweist das folgende Beispiel, übrigens eine Anregung der überparteilichen Arbeitsgruppe „Autonome Schule": Ab dem Schuljahr 1990/91 haben auch die DirektorInnen der Wiener Pflichtschulen einen Schlüssel ihrer Schule; ein Privileg, das bisher nur den Schulwarten zugestanden ist.

Außerdem spielen aber Überlegungen, die eindeutig dem neokonservativen bzw. neoliberalen Braintrust entstammen, eine große Rolle. Die Apologeten der schulischen Autonomie, die oft den radikal-liberalen Wirtschaftstheoretiker und Nobelpreisträger F. A. Hayek zitieren, malen ein Bild von Schule als Betrieb, der nicht effizient genug arbeitet. Hier soll mit „Schulmanagement" im Rahmen kleiner dezentraler Einheiten für mehr Effizienz und ein höheres Maß an Flexibilität gesorgt werden. Eckpfeiler dieser „Schulma-nagementstrategie" ist der Leiter/die Leiterin der einzelnen Schule.

Diese Bestrebungen sind gleichzeitig Teil einer Politik, die den gesamten Staat, und damit auch das Bildungswesen, als ineffizient und zu teuer einstufen. Neben ineffizienten Verwaltungsmethoden gerät die Funktion des Staatsbeamten als solche bzw. die Pragmatisierung ins Schußfeld der Kritik. Zentrales Anliegen der vorgeschlagenen Modelle zur „Verwaltungsreform" ist die Einsparung, Leitspruch ist: „Mehr Effizienz mit weniger Geld."

Pädagogische Marktwirtschaft

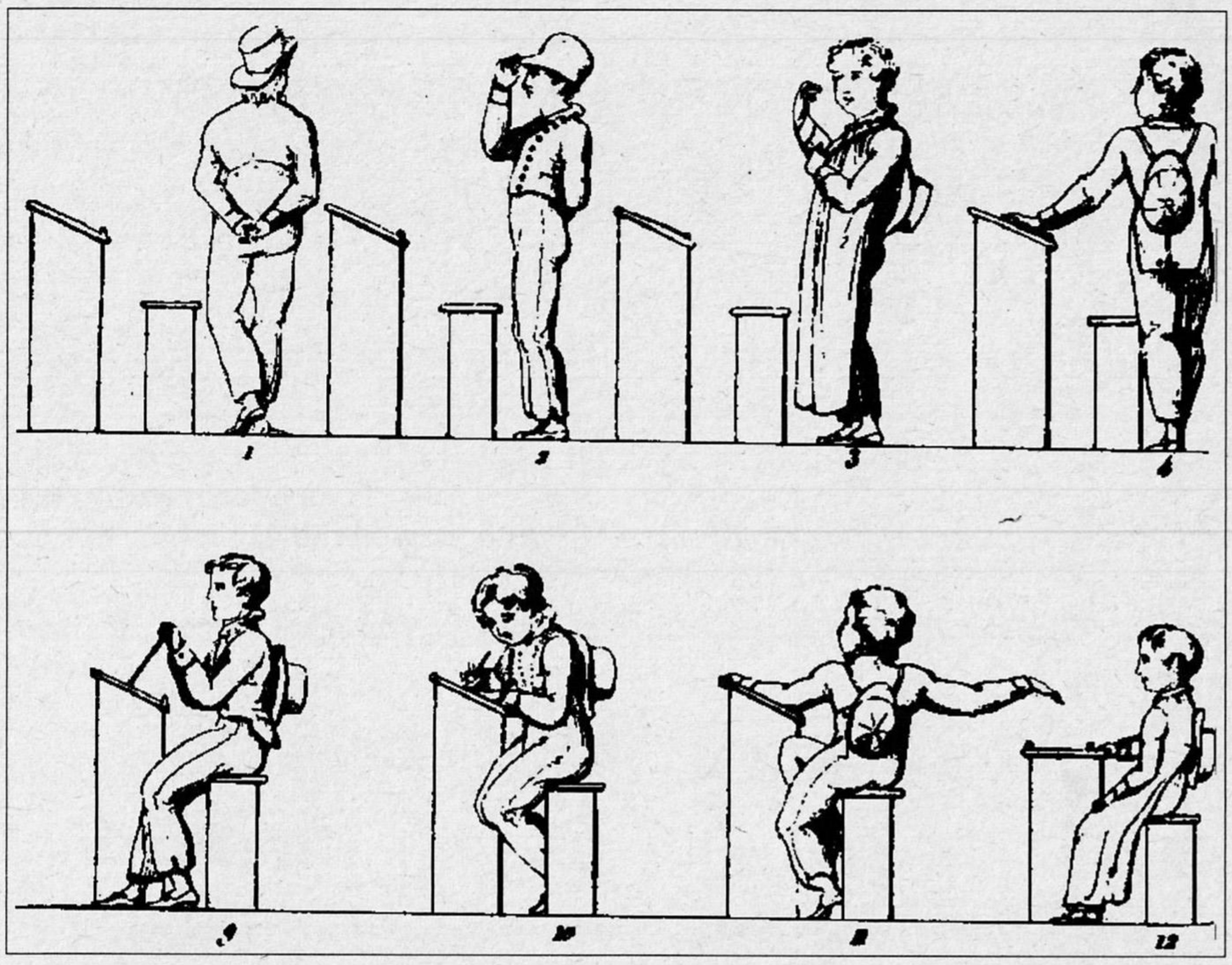
Wettbewerbsorientierung auf die Schule übertragen heißt in der Sprache des Schulmanagements „Profilbildung" oder noch radikaler ausgedrückt „pädagogische Marktwirtschaft". Das heißt, die einzelne Schule tritt mit den anderen vergleichbaren Schulstandorten in Konkurrenz um die Schülerjahrgänge. Durch Erarbeitung und Vermarktung eines spezifischen, von den anderen unterscheidbaren „Schulprofils" soll die einzelne Schule sich ein entsprechendes Segment des Schülerjahrgangs erkämpfen.

Voraussetzung für die pädagogische Marktwirtschaft ist die konsequente Subjektförderung in Form von Schulschecks oder Bildungsgutscheinen, die jede/n einzelne/n SchülerIn bzw. die Eltern in die Lage versetzen, die darin enthaltenen Steuergelder einer Schule ihrer Wahl zur Verfügung zu stellen. Es soll zu einer Gleichstellung von privaten und öffentlichen Schulen kommen.

Bildung ist nicht mehr „Bürgerrecht", sie wird zum „Konsumgut". Die Schule wird zum Dienstleistungsbetrieb. Darin gibt es eine/n geschäftsführende/n DirektorIn mit pädagogischen MitarbeiterInnen, über die eine Art Aufsichtsrat, bestehend aus Eltern und möglicherweise auch Repräsentanten von (lokaler) Wirtschaft, Kultur und Politik, die Kontrolle ausübt. Natürlich gelten auch für DirektorInnen neue Bestellungsmodi. Idealmodell ist die „Bestellung durch den Aufsichtsrat" mit verlängerbarem Zeitvertrag. Der Staat zieht sich aus der konkreten pädagogischen Administration vollkommen zurück und beschränkt sich auf die Vorgabe von gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit von Abschlüssen und Übergängen. Diese Funktion wird durch externe Prüfungen (Evaluationen) sichergestellt.

Das zentrale Mittel zur Verwirklichung des „Schulprofils" ist die Motivation und konkrete Tätigkeit der LehrerInnen. Um ein bestimmtes pädagogisches Profil durchsetzen zu können, müssen den geschäftsführenden DirektorInnen auch die klassischen Methoden des Managements eingeräumt werden, also das „hire und fire", das Entlassen von ungeeigneten Arbeitskräften und die Anwerbung von besonders geeigneten LehrerInnen durch überdurchschnittliche Entlohnung. Ein Splitting des Gehalts in Basislohn und besondere Leistungsprämien gehört ebenfalls dazu.

Nichts wird so heiß gegessen wie gekocht. Die unterschiedlichen Interessen und Widersprüche, die die ÖVP als Partei zu zerreißen drohen, lassen diesem Autonomie-Konzept, zumindest für die nächsten Jahre, keine Chance auf Verwirklichung. Zum Beispiel kollidiert die zentrale Forderung, daß sich die LeiterInnen bzw. „die Schule" ihre LehrerInnen selbst aussuchen können muß, heftigst mit der derzeitigen Praxis der Anstellung durch den Bund bzw. durch die Länder. Pragmatisierung bzw. „schulfeste Stellen" dokumentieren das genaue Gegenteil der hier geforderten Mobilität und Leistungsorientierung. Als Kompromiß wird teilweise die Beibehaltung der Pragmatisierung auf einem möglichst niedrig anzusiedelnden Grundlohnniveau diskutiert, während die Bereitschaft zu Mobilität (=Schulwechsel) und Engagement durch entsprechend hoch zu dotierende Zeitverträge abgegolten werden soll.



Stellungen Nr. 1 bis 15, die die Schüler in einer nach Bell und Lancaster organisierten Schule des „wechselseitigen Unterrichts" auf Kommandos oder Zeichen hin einnehmen mußten.

Konkret sieht die 14. SchOG-Novelle vor, daß 20 Prozent des Angebots in einzelnen Fächern autonomer gestaltet werden können. In Summe dürfen die autonom gestalteten Fächer allerdings an Hauptschulen 16 Stunden und an AHS-Unterstufen 8 Stunden nicht übersteigen. Diese Spielräume können für Schwerpunktbildungen (z. B. Informatik), neue Fächer und ähnliches genützt werden. Natürlich nur unter gewissen Bedingungen: Die Bildungsaufgabe der betreffenden Schulart bzw. der Fächer muß erfüllt werden; die Gesamtzahl der Stunden für die SchülerInnen muß gleich bleiben. Entscheiden über diese autonomen Sonderformen tut das Schulforum bzw. der Schulgemeinschaftsausschuß.

Mit diesen Möglichkeiten ist Minister Scholten zweifellos für einige allzu behäbige Lehrkörper unbequem geworden. Sie müssen sich jetzt rechtfertigen, daß sie eigentlich keine Absicht haben, irgendetwas zu ändern. Manchen KritikerInnen, die sich bisher auf (real existierende) bürokratische Hindernisse und Schwerfälligkeiten berufen haben, nimmt er ein bißchen den Wind aus den Segeln. Wirkliche schulpolitische Verbesserungen sind von dieser SchOG-Novelle nicht zu erwarten. Im Kern stellt sie bloß einen Appell an die LehrerInnen dar, sich doch ein bißchen selber am Schopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Und damit haben wir ein anderes Lieblingsspielzeug der „school-quality"-Forscher an die Schulen bekommen, nämlich die „accountability", die Rechenschaftspflicht oder Verantwortlichkeit der einzelnen LehrerIn-

nen und der einzelnen Schulen der Öffentlichkeit gegenüber. War es in unserem staatlichen Schulsystem bisher eigentlich so, daß – streng zentralistisch – die Behörde für alles zuständig und verantwortlich war und allfällige Kritik von Vorgesetzten an die Untergebenen (LehrerInnen), notfalls mittels Weisungsrecht, weitergegeben wurde, so eröffnet diese Autonomie-Novelle die Diskussion über neue Verantwortlichkeitsregelungen, die dem neuen Paradigma vom „Dienstleistungsbetrieb" Schule abgeschaut sind. Daß die LehrerInnen sich damit eher schwer tun, verwundert nicht.

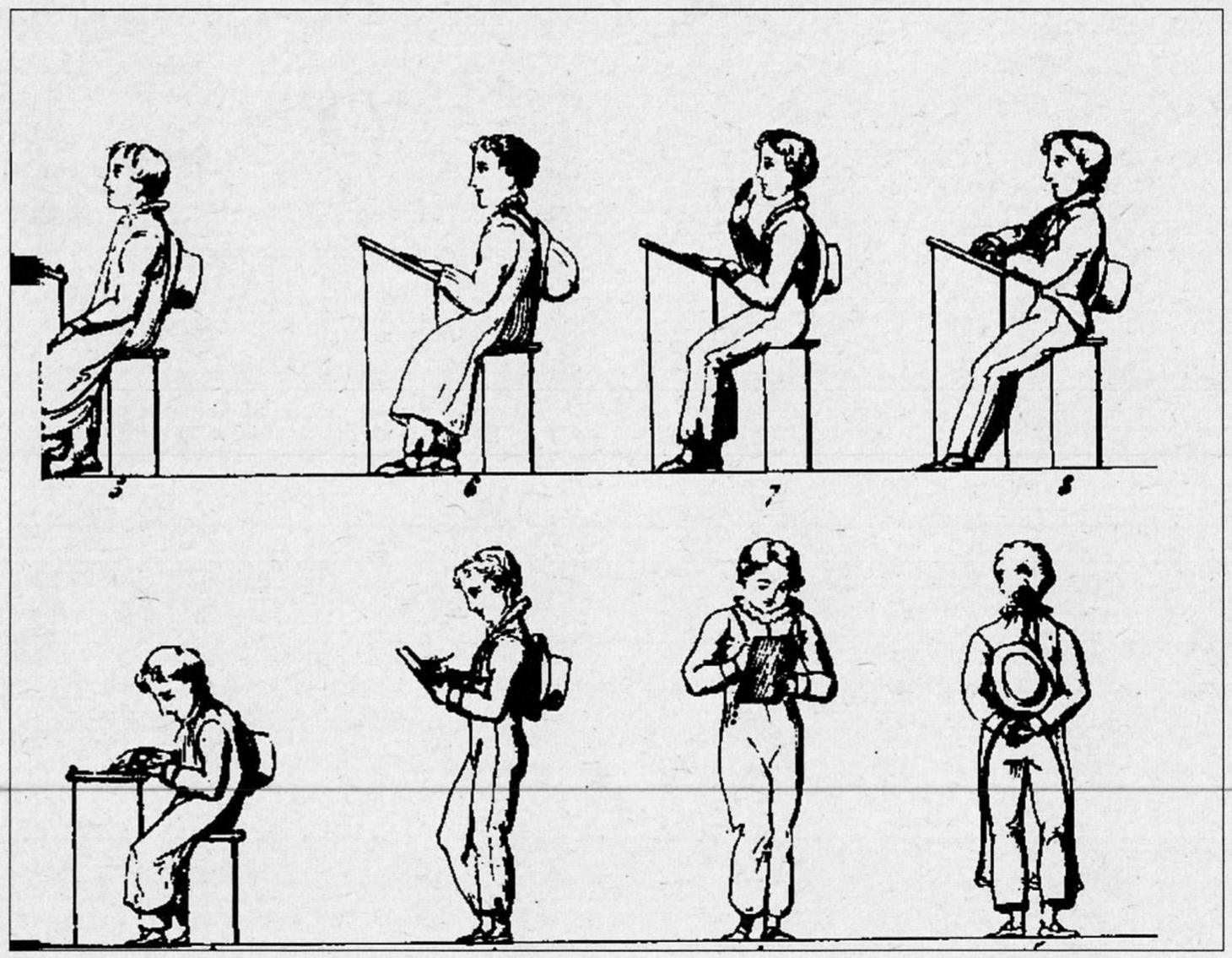
Was hat Bildungspolitik mit Regionalpolitik zu tun?

Eine ganze Menge. Zuerst einmal die Tatsache, daß Bildungsinfrastruktur ein wesentliches Element der Regionalentwicklung ist. Anzahl und räumliche Verteilung, Qualität und räumliche wie soziale Zugänglichkeit entscheiden darüber, ob die benötigten Qualifikationen in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Investitionen in Humankapital haben eine Reihe von ökonomischen wie sozialen Effekten, deren Bedeutung von neueren regionalpolitischen Entwicklungsstrategien in Rechnung gestellt wird: Sie fördern die Bildungsbeteiligung und tragen zur Mobilisierung der regionalen Potentiale an Wissen und Können bei, sie erhöhen die Attraktivität und Identifikation mit der Region, sie beeinflussen das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung wie die Attraktions- und Fluchtbewegungen des Investitionskapitals, um nur einige Effekte zu nennen.

Vieles spricht daher für eine Abstimmung bildungs- und regionalpolitischer Ziele und Strategien und mehr Entscheidungsautonomie für die Regionen, die ja ihre Bedürfnisse am besten kennen. Doch sind zwei Probleme zu lösen. Zu finden ist ein Weg zwischen Anpassung ohne Konservierung und ein Weg zwischen regionaler Entscheidungsautonomie ohne Verstärkung von regionalen Disparitäten.

Anpassungsfähigkeit statt Anpassung

Wirkt Bildung an sich schon mobilitätsfördernd, wird dies dann noch verstärkt, wenn die Ausbildungseinrichtungen Qualifikationen hervorbringen, die für die regionale Wirtschaft nicht brauchbar/nutzbar sind und die Region die Absolventen nicht in das Beschäftigungssystem integrieren kann. Insbesondere in entwicklungs- und strukturschwachen Regionen müssen sich Absolventen, die in der Region keine ausbildungsgemäßen Arbeitsplätze finden, auf Arbeitsmärkte außerhalb der Region orientieren. Sie werden sozusagen „hinaus"gebildet. Um „Überqualifikation" und Abwanderung zu verhindern, wird daher die Forderung erhoben, das Ausbildungsangebot müsse sich an der Nachfrage nach Qualifikationen orientieren – zum Beispiel die Fremdenverkehrsschule in die Fremdenverkehrsregion. Dem sind zwei Argumente entgegenzuhalten: Erstens kann die Aufgabe der Strukturentwicklung und des Strukturausgleichs nicht der Bildungspolitik überantwortet werden, sie kann nur als Ensemble ökonomischer und sozio-kultureller Maßnahmen erfolgreich sein. Zweitens kann es auch keine einseitige Unterordnung bildungspolitischer unter regionalökonomische Interessen geben. Tatsache ist auch, daß jede Abstimmung ein erhebliches und nicht vorhandenes Maß an Planungsdaten und Planungsrationalität erfordert und durch die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen und -geschwindigkeiten von Ausbildung und Berufen in der Realität immer wieder Mangel (Facharbeitermangel) und Überfluß (Akademikerschwemme) gleichzeitig produziert werden. Schwerer noch als die Nicht-Handhabbarkeit wiegen aber die regionalpolitischen Konsequenzen einer Koppelungsstrategie. Sie kann – vor allem auf der Ebene der Sekundarstufe II angewandt – eine strukturkonservierende und -reproduzierende Wirkung haben. Das Ungleichgewicht von Ausbildung und Beschäftigung stellt sich zwar auf regionaler Ebene in aller Schärfe, ist aber nicht durch einseitige Anpassung zu lösen, sondern durch Flexibilisierung des Ausbildungssystems, das heißt Aufhebung der Polarisierung von Allgemeinbildung und Berufsausbildung, Entspezialisierung und Ausstattung der AbsolventInnen mit flexibel einsetzbaren Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten.



Gute Region – gute Schule

Das erste Beispiel stammt aus dem Ausland, aus den USA. Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst berichtet über einen Lokalaugenschein in einer High-School in Pittsburg im Rahmen eines Schüleraustauschs. Der Bericht über die extrem autonom verwaltete Schule ist gleichzeitig ein „keineswegs unbeabsichtigter Beitrag" zur österreichischen Autonomiediskussion.[3]

„KOHS ist weder eine Down-Town-Schule, noch ein Eliteinstitut. Es ist eine durchschnittliche Schule in einem durchschnittlichen Bezirk. Der wesentliche Teil des Schulbudgets

wird durch einen Grundsteueranteil im Bezirk erbracht. Das hat verschiedenste Folgeerscheinungen. So liefern ‚gute Bezirke' mit hohen Grundstückpreisen natürlich mehr Steuern ab und erhalten entsprechend ‚gute Schulen'. Auch in diesen Schulen ist jedoch der Schulbesuch selbst kostenlos. Nur wer sich eine Schule aus einem anderen Bezirk wählt, wird mit etwa 2000 Dollar zur Kasse gebeten. Die Konsequenzen dieses Systems führen zu einer ‚klassenspezifischen' Komprimierung in einzelnen Bezirken. Die Eltern übersiedeln in ‚gute Gegenden', um den Kindern gute öffentliche Schulen anbieten zu können. Überregional gesehen, sind Südstaatenschulen mit Nordstaatenschulen qualitativ kaum mehr vergleichbar. Die Behörde versucht durch Distriktgrenzenverschiebungen diese Konzentrationsbewegungen zu unterlaufen. So liegt KOHS in einem neuen Distrikt, der im Norden Arbeiter-, im Süden Angestellteneinzugsgebiete hat."

Seine Einschätzung:

„Eine generelle staatliche Verantwortlichkeit gibt es offensichtlich nicht. Finanziell gefördert werden nur wünschenswerte Projekte und Programme. Das Absurde daran ist, daß der Staat gewisse Strukturen und Schwerpunkte sehr wohl verlangt, die Finanzierung jedoch nur den local districts überlassen bleibt. In Österreich heißt es zwar, ‚wer zahlt, schafft an', jedoch ebenso, ‚wer nichts zahlt, hat auch nichts zu melden'. Diesbezüglich scheinen wir von mehr föderalistischem Selbstbewußtsein geprägt zu sein. Eine Regierung, die die budgetäre Verantwortung für das Schulsystem abschiebt, könnte bei uns sehr bald auch keine Ansprüche mehr daran stellen. Am verhängnisvollsten erscheint jedoch die mangelnde Bereitschaft, in sozialen Ausgleich und Chancengerechtigkeit zu investieren. Die Reichen werden reicher, die Armen bleiben arm – im Wohlstand, im Geiste und in ihren Chancen."

Das zweite Beispiel für die Möglichkeiten und Grenzen von Autonomie – vorerst durch die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür – ist das Fachhochschulgesetz. Es stellt einen bedeutenden Schritt in Richtung Deregulierung, Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen und nach Meinung ihrer Unterstützer (z. B. Sektionschef Sigurd Höllinger) Entbürokratisierung dar. Anbieter von Fachhochschulen bzw. Studiengängen können alle Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sowie Joint-ventures zwischen beiden sein. Die Akkreditierung erfolgt durch ein unabhängiges Expertengremium, der Bund geht mit diesem Gesetz keine rechtlich festgelegte Verpflichtung zur Finanzierung ein.

Angesichts der Notwendigkeit, regionale Bildungsplanung und –versorgung in einem angemessenen Ver-

Diese Schreibfeder sollte es den Kindern ermöglichen, eine vorschriftsmäßige, lotrechte Sitzhaltung (mittels Kinnstütze) beim Schreiben beizubehalten, auch wenn weiterhin die rechtsschiefe Kurrentschrift gelernt werden mußte.

hältnis zum Beschäftigungssystem und regionalpolitischen Strategien zu betreiben, entspricht ein solcher Modus den neuen regionalpolitischen Strategien und der Notwendigkeit, den Qualifikationsbedarf in der Region durch Zusammenwirken aller bedarfsbestimmenden Akteure/Faktoren zu ermitteln. Damit sich aus der Region heraus etwas entwickeln kann, bedarf es der Selbsteinschätzung und -entscheidung über die eigenen Ressourcen und Potentiale und deren Einsatz. Soweit so gut.

Doch wer kann das bezahlen? In welchen Region(en) findet sich eine genügend große, mächtige und finanzkräftige Lobby, die in ein solches Akkreditierungsverfahren einsteigen kann? Dazu kommt, daß sich Fachhochschulplanung, die in enger Beziehung zu den regionalen Erfordernissen entwickelt wird, sich nicht auf die Anpassung an aktuelle Strukturerfordernisse beschränken kann, sondern sich als Teil des Berufsausbildungs- und Wissenschaftssystems verstehen und Qualifikationen auf Vorrat für zukünftige Entwicklungen bereitstellen muß. Eine solche weitblickende Selbstlosigkeit ist von privaten Betreibern, die betriebswirtschaftlich denken, kaum zu erwarten. Ohne Ordnungspolitik wird es nicht gehen, sollen nicht vorhandene Ungleichheiten im freien Spiel der Marktkräfte durch „Autonomie" noch verstärkt werden.

Soziale, demokratische Autonomiekonzepte – gibt's die?

Autonomie, ernst genommen, verlangt geradezu nach einheitlichen Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen. Standortkonzepte, die die Versorgung entwicklungsschwacher Regionen mit Bildungsinfrastruktur sicherstellen, positive Diskriminierung sozial und regional benachteiligter Standorte. Es darf doch wohl nicht sein, daß die „autonome" Hauptschule im städtischen Raum sich mit niedrigem Budget und hohem AusländerInnenanteil herumschlagen darf, während die „autonome" AHS dank eines potenten Elternvereins und anderer Sponsoren darangeht, einen eigenen Tennisplatz zu errichten. Ein Vorschlag wird schon länger diskutiert: SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache sollten „mehr" zählen als Schüler mit deutscher Muttersprache. Dadurch bekämen Standorte mit hohem AusländerInnenanteil automatisch mehr Dienstposten zugeteilt.

Die autonomen Taten der Bildungspolitik wird man sich noch genau anschauen müssen, um beurteilen zu können, ob sie nicht ein Feigenblatt anstatt längst fälliger Strukturreformen sind. ■

Dr. Elisabeth HOLZINGER ist Politologin und Mitarbeiterin des Instituts für Raumplanung.

Dr. Michael SERTL ist Soziologe und Professor an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien.

Anmerkungen

1 Elmar Altvater, zit. nach: Gorz, André: Und jetzt wohin?, Nördlingen 1991
2 H.-P. Meier-Dallach, Räumliche Identität – Regionalistische Bewegung und Politik, in: »Informationen zur Raumentwicklung«, Heft 5/1980
3 AHS-Organ der Sektion Höhere Schule, 42. Jahrgang 1993, Nr. 9, S. 258 und S. 263

Euroklops

Über die EUropäische Identität nationaler und regionaler Kulturen

Helmut RIZY

29 Kapitel, sprich Themenbereiche, wurden im Hinblick auf einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union in Brüssel mit mehr oder weniger Aufwand und Nachdruck verhandelt, wobei nur wenige Fragen – wie Landwirtschaft, Transit und Zweitwohnsitze – der Öffentlichkeit als „sensibel" präsentiert wurden. Ein Themenbereich wurde bei den Verhandlungen überhaupt ausgeklammert: Kunst und Kultur. Dabei hatte noch Ende November vergangenen Jahres die Generalversammlung der IG Autoren die Bundesregierung dringend aufgefordert, dieses Kapitel in die EU-Verhandlungen in Brüssel einzubeziehen.

Kunstminister Rudolf Scholten sah allerdings keinen „Handlungsbedarf". Auch nicht, als, gewissermaßen im letzten Abdruck, der Österreichische Kulturrat in einer Resolution an die Bundesregierung verlangte, diese möge wenigstens beim Abschluß der Verhandlungen eine offizielle Protokollerklärung zum Thema *Kunstförderung* abgeben. – Dem Artikel 92 des Maastrichter Vertrags zufolge sind nämlich alle staatlichen Subventionen, die den zum obersten EU-Gebot erhobenen *Wettbewerb* verfälschen könnten, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar. Das gilt nicht nur für alle Bereiche der Wirtschaft, sondern auch für die Kunst, die nicht minder als ökonomischer Faktor gesehen wird.

Das heißt, daß jede Subvention, sobald sie eine Größenordnung von 50.000 ECU in drei Jahren, das sind etwa 225.000 Schilling pro Jahr, übersteigt, erst von einer Kommission in Brüssel geprüft werden muß. Sollte diese dann aus dem einen oder anderen Grund zur Erkenntnis kommen, daß damit eine *Wettbewerbsverzerrung* gegeben sei, müßte die Förderung wieder rückgängig gemacht werden. Und man geht davon aus, daß österreichischerseits jährlich rund 10.000 „Fälle" der Brüsseler „Notifizierungspflicht" unterliegen. Damit würden die Bedingungen der Kulturentwicklung in Österreich maßgeblich von einer EU-Kommission bestimmt werden.

Scholten meint, daß die Suppe nicht so heiß gegessen werde, wie sie gekocht ist, und will dagegen einen anderen Passus des Maastrichter Vertrags geltend machen, wonach die Förderung der Kultur und Subventionen zur Erhaltung des kulturellen Erbes gestattet seien, soweit die Handels- und Wettbewerbsbedingungen in der Europäischen Union nicht beeinträchtigt würden. „Unser bestehendes Fördersystem kann – und dies bestätigen vom Verfassungsdienst angefangen sämtliche Gutachten – in vollem Umfang aufrechterhalten werden", erklärt er. „Daß die kulturellen Interessen und nicht die wirtschaftlichen im Vordergrund stehen, ist abgesichert."

Allerdings mußte er im gleichen Atemzug einräumen, daß es „schwierig wird, wenn es sich um Förderungen im Zwischenfeld von Kunst und Wirtschaft handelt. Bei der Verlagsförderung zum Beispiel ist dann die entscheidende Frage, ob man klar argumentieren kann, daß das primäre Argument jenes der kulturellen Identität ist."

Die Kultur ist europareif

Dennoch, man muß sich keine Sorgen machen. Schließlich wird unserer Kultur – bei passender Gelegenheit – ohnehin „Europareife" bescheinigt. Was immer das auch heißen mag. Die EUphorie im Zuge der Verhandlungen hat, wohl aus Mangel an schlagkräftigen Argumenten, eine ganze Reihe von Schlagworten hervorgebracht, in denen man besser gar nicht versucht, einen Sinn zu finden. Wenn allerdings das europäische Kapital um Positionen ringt, dann wird eben auch die Kunst eingebunden. Und dazu wird eine *europäische Kultur* bemüht.

Seit einigen Jahren gibt es die Einrichtung der jährlich wechselnden „Kulturhauptstadt Europas". Dieses Europa endet selbstverständlich an den Grenzen der EU; schließlich werden die für das jeweilige Spektakel benötigten Mittel von Brüssel bereitgestellt. – Nun, im Grunde berührte uns Österreicherinnen und Österreicher das herzlich wenig. Wenn nötig päppeln wir unser Selbstbewußtsein damit auf, Wien zur Welthauptstadt der Musik zu erklären; und das ist allemal mehr. – Und damit wären wir schon bei einem ersten Paradoxon: In unserem Sprachgebrauch kennen wir zwar international bekannte oder auch anerkannte Künstlerinnen und Künstler, das *europaweit bekannte* Pendant aber muß erst kreiert werden.

Es sei denn, man denkt dabei an die jeweiligen Darsteller der „Eurocops". Immerhin dürfen im europäischen Serien-Verbrechen auch Österreicher und selbst Schweizer mitermitteln. Dafür fehlen die EU-Kollegen aus Griechenland und Großbritannien, womit das Europa der Cops wiederum eigene Grenzen hat.

Unser Land machte sich im Bereich der Kunst auch schon vor dem Bittgang nach Brüssel für den Europa-Gedanken stark. So gibt es schon seit vielen Jahren einen Österreichischen Staatspreis für *Europäische Literatur*. Etwas verspätet konnte man heuer erfahren, daß 1992 Salman Rushdie damit ausgezeichnet wurde. – Welches literarische oder kulturpolitische Verdienst damit auf welche Weise gewürdigt werden sollte oder vielleicht noch wird, ist an dieser Stelle nicht von Bedeutung. Anders steht es um die Frage nach dem Europa im Namen des Preises. Nun, Rushdie ist britischer und somit europäischer Staatsbürger; sein kulturellerer und auch künstlerischer Hinter-

grund liegt aber ganz explizit im Mittleren Osten.

Man könnte gewiß geltend machen, daß sich Rushdie in gewisser Weise auch mit Problemen des außereuropäischen Immigranten in einem Land dieses Kontinents auseinandersetzt. Wenn mit dem Österreichischen Staatspreis dieser Aspekt seines Werks oder auch Wirkens – die kulturelle Ausgrenzung von Migranten in Europa – gewürdigt werden sollte, dann wäre hier gewiß ein wichtiger Bezug hergestellt. Womit sich die Frage erhebt, wie sich eine solche staatliche Würdigung auf der einen Seite mit der Abschottung gegenüber Immigranten als Staatsraison auf der anderen verträgt.

Für das Jahr 1993 erhielt nun den Preis Tschingis Aitmatow, seiner Herkunft und seinem kulturellen Selbstverständnis nach ein Kirgise und somit wohl kaum ein Europäer zu nennen. Zu Zeiten der UdSSR wäre er als Sowjetbürger vielleicht noch im kontinentalen Rahmen zu fassen gewesen, unter heutigen Voraussetzungen stellt sich vielmehr die Frage, ob nicht durch die einengende Preisbezeichnung – es geht ja um *europäische* Literatur – auf unzulässige Weise hier ein kultureller Raum subsumiert wird. Wobei ja alles dafür spricht, daß Tschingis Aitmatow – 1963 mit dem Leninpreis bedacht – auch mit einem österreichischen Staatspreis ausgezeichnet wird.

Die Grenzen Europas

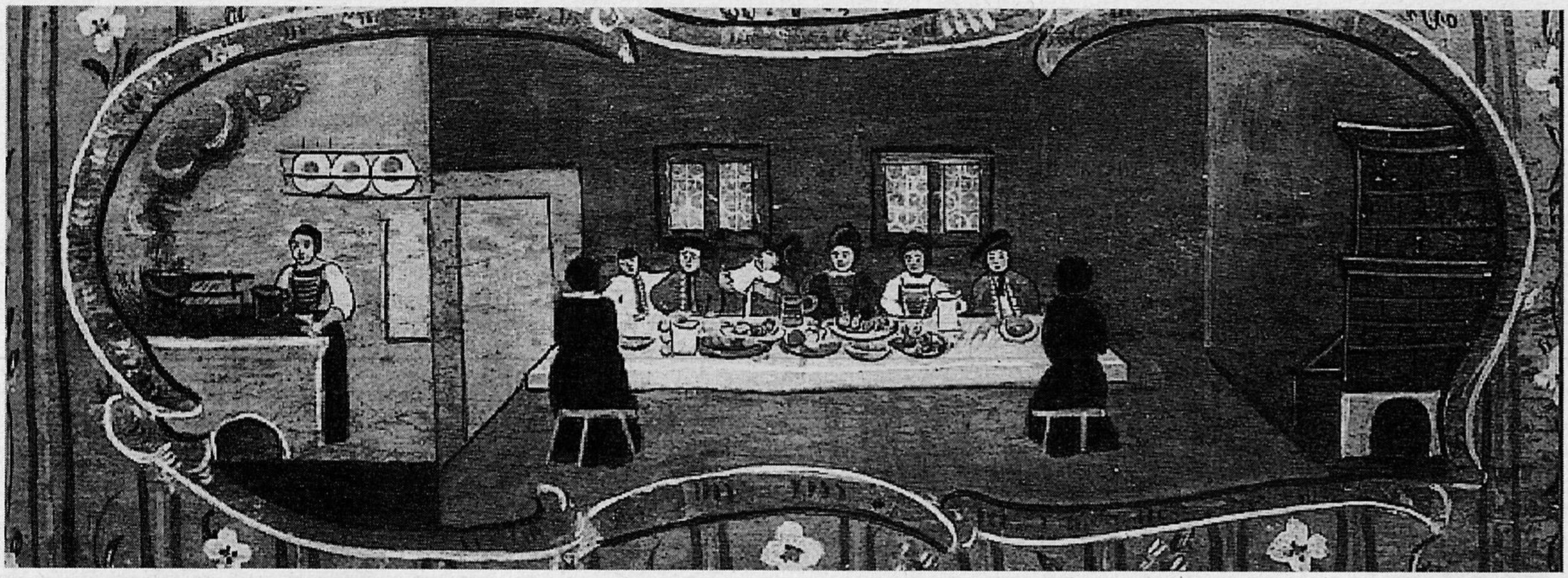
Wenn man allerdings sein Augenmerk in so besonderem Maß, ja geradezu penetrant auf diesen Kontinent richtet, dann müßte man doch einmal der Frage nachgehen, wo denn die Grenzen dieses Europa verlaufen. Für die Brüsseler Bürokraten mag die Antwort einfach sein, und sie werden kaum die Geographie dazu bemühen. Für sie endet Europa an den Grenzen der Zwölfergemeinschaft; vorläufig zumindest.

Daß Mitteleuropa damit außerhalb Europas liegt, mag aus dieser Sicht höchstens jene altgedienten Verfechter und Ideologen des *Mitteleuropa*-Gedankens stören, um die es jedoch seit dem Zusammenbruch des Sozialismus in den dafür reklamierten Ländern ohnehin still geworden ist. Auch Erhard Busek fühlt sich inzwischen Bonn und Brüssel näher als Prag, Preßburg, Budapest und Laibach.

Um aber auf Kunst und Kultur zurückzukommen: Wo wären da Europas Grenzen zu erkennen? Gab es je einen kulturellen Unterschied zwischen einem russischen Schriftsteller in Gorki und einem in Swerdlowsk, nur weil der Ural dazwischenliegt, oder gibt es ihn zwischen einem Komponisten in Nishni Nowgorod und einem in Jekaterinburg? Welche Welten liegen zwischen einem Maler, der im Istanbuler Stadtteil Beshiktash, und einem, der im Stadtteil Üsküdar lebt? Dazwischen liegt aber der Bosporus, der, wie man aus der Schule weiß, die Grenze zwischen Europa und Asien bildet.

Solche Fragen mögen weniger absurd klingen, wenn man schon einmal einen österreichischen Urlauber den türkischen Fremdenführer fragen gehört hat, ob er denn einen Reisepaß brauche, wenn er vom europäischen in den asiatischen Teil seines Landes fahre. – Darin spiegelt sich nämlich jener Europagedanke wieder, der den Kontinent als geschlossenen Raum sehen will, mit Grenzwachen – und womöglich auch mit Wehrtürmen geschützt – gegenüber allem, das sich ihm von *außen* nähert.

Wie europäisch ist Zypern? Geographisch liegt es vor der Küste Kleinasiens, zumindest die Hälfte der Insel wird allerdings von griechischstämmigen Zyprioten bewohnt. Und die alten Griechen waren immerhin die Urheber der ersten Hochkultur auf europäischem Boden. In der anderen Hälfte der gewaltsam geteilten Insel haben dagegen die türkischen Invasoren großteils anatolische Bauern angesiedelt, Kleinasiaten. – Nun, man könnte sich in diesem Fall vielleicht mit der Feststellung behelfen, daß Zypern am Eurovisions-Songcontest teilnimmt und damit dessen Eingeborene wohl zu den Europäern zu rechnen sind. Allerdings nimmt auch Israel am alleuropäischen Schnaderhüpfeln teil und dessen Staatsgebiet ist wohl eindeutig dem Nahen Osten zuzurechnen.



Volkstümliche Malerei auf einem Himmelbett: Ausschnitte aus einem Hochzeitsmahl ...

Sprache als Merkmal

Als kulturelles Identitätsmerkmal wird vielfach die Sprache angeführt. Jacques Toubon, der konservative französische Minister für „Kultur und Frankophonie", hat soeben seine Absicht geäußert, dem Französischen im öffentlichen Leben wieder zu Rang und Ansehen zu verhelfen. Dem „Franglais", der Überfremdung der *grande langue* durch Anglizismen hat er den Kampf angesagt. Wenn das Parlament zustimmt, will er diesen sogar mittels Sanktionen führen. Mit Geldbußen und Subventionsentzug soll im täglichen Sprachgebrauch

frankophonen Gegenstücken zum Sieg über Wörter wie Computer, Hitparade, Mountainbike oder Walkman verholfen werden. – Solche Ansinnen sind vor allem der älteren Generation hierzulande nicht fremd. So sollte einst sogar die vergleichsweise harmlose, allerdings dem Latein entstammende „Nase" einem teutschen *Gesichtserker* weichen.

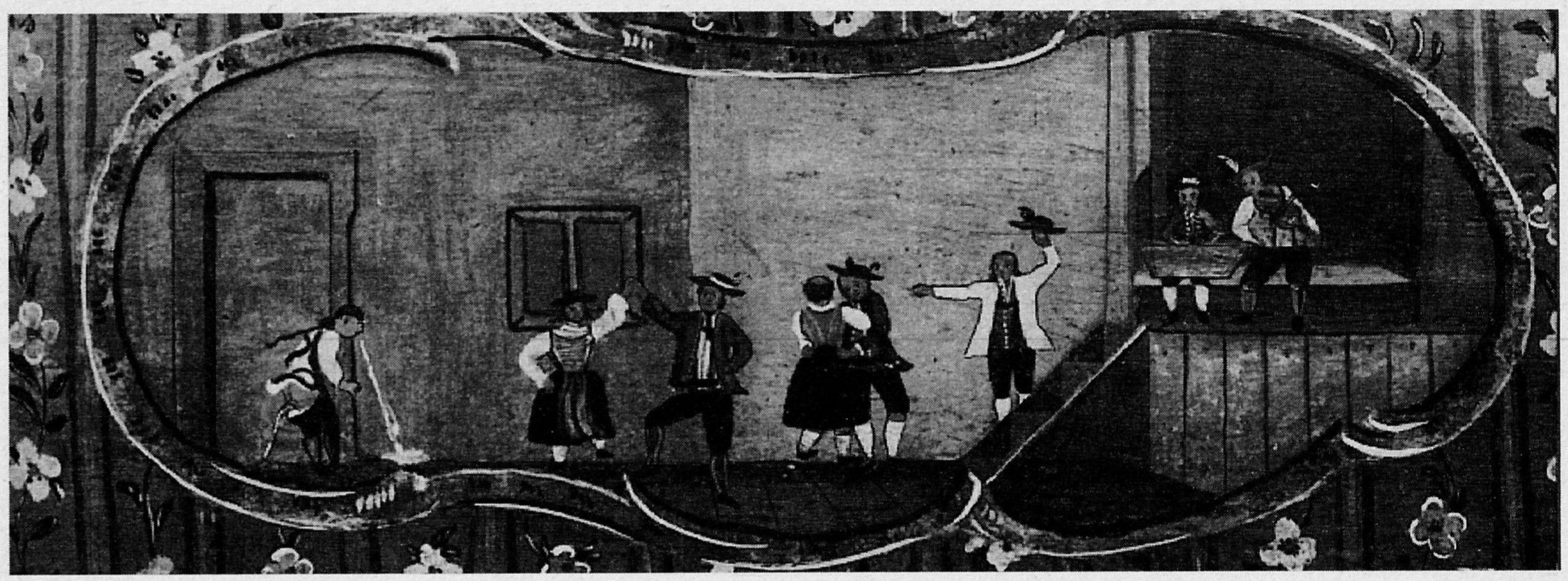
Die Sprachpolizisten, die mit Gewalt neudeutsche Ausdrücke für Begriffe finden wollen, die sich in ihrer fremdsprachigen Form längst eingebürgert haben, sind auch heute noch unterwegs. Auch jene, die in jedem Fremdwort einen Angriff auf ihr Selbstwertgefühl sehen. Die Bedrohung für eine lebendige Sprache liegt aber wohl kaum darin, daß ihr immer wieder neue, wenn auch fremdsprachige Worte hinzugefügt werden, sondern daß ihr gleichzeitig in viel größerem Umfang Worte abhanden kommen, daß sie verarmt und damit ihren Charakter verliert.

Natürlich kann man das „Österreichische Wörterbuch" belächeln. Einst wurde der darin gesammelte Wortschatz – nach Unterrichtsminister Hurdes, auf dessen Initiative es zurückgeht – sogar als „Hurdestanisch" abqualifiziert, sollte es doch die Eigenarten der österreichischen Sprache gegenüber dem Deutsch der unseligen Ostmark hervorheben. In diesem Sinn diente es aber keiner Sprachsäuberung, sondern der Erhaltung eines tradierten Sprachschatzes, einschließlich der längst eingebürgerten Fremdwörter. Hierzulande gibt es eben auch ein Trottoir und ein Lavoir. Und der Österreicher ißt eben Knödel und weder Klöße noch Klopse.

Wie lange noch, das ist allerdings die Frage. In einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem das Lesen von Belletristik zum Luxus weniger geworden ist, wird der tägliche Sprachgebrauch weitgehend durch die Massenmedien bestimmt. Sie sind maßgebend dafür verantwortlich, daß etwa die Terminologie des Sports heute durch eine des Kriegs und die Terminologie der Politik durch die des Sports überlagert ist. Ansätze für den nächsten Schritt – das Eindringen der Kriegsterminologie in die der Politik – sind bereits gegeben.

Nicht nur für das Kaufverhalten, sondern auch für den Sprachgebrauch richtungweisend ist die ständige Berieselung durch Werbung. Wer glaubt heute nicht, daß die Steigerung von sauber nicht sauberer, sondern rein ist. So mutiert möglicherweise ein besonders *sauberes Dirndl* schließlich gar zur *reinen Magd*. – Vor wenigen Jahren noch fanden es Werbestrategen deutscher Produkte durchaus angebracht, Fernseh-Werbespots für Österreich zu synchronisieren, den hiesigen Hörgewohnheiten entsprechend zu präsentieren. Das ist vorbei, aber es fällt kaum auf im Wust piefkinesisch synchronisierter Filme. So kann auch ein Auto mit dem Begriff „lax" beworben werden, obwohl dieser hierzulande *schlaff* bedeutet, zumindest kürzlich noch bedeutete.

Vielleicht wäre es angebracht, nicht nur bedrohte wildlebende Tiere und Pflanzen gesetzlich zu schützen, sondern auch urwüchsige heimische Wörter; gewissermaßen ein Artenschutzgesetz der Sprache zu erlassen. Sprachpfadfinder würden damit verpflichtet, täglich ein bedrohtes Wort wie Feim oder Pfeid (Foam und Pfoad auszusprechen) in den Mund zu nehmen. Sofern damit nicht der Wettbewerb verzerrt wird. – Den Jagatee hat uns ja die EU schon zugestanden. Und da die österreichische Sprachfärbung nördlich des Weißwurschtäquators ohnehin als drollig oder putzig eingestuft wird, könnte man im Rahmen des Gemeinsamen Marktes möglicherweise ein betreffendes Projekt sogar von Brüssel subventionieren lassen. Es wäre auch zu überlegen, ob man nicht Bauern, die durch den Landschaftsschutz nicht ausgelastet sind, zusätzlich als Dialektpfleger einsetzt, damit sie – wenn die EU voll zuschlägt – ein besseres Auslangen finden.



... und einem Hochzeitstanz, 1778

Kommen wir aber noch einmal auf das Französisch und die europäische Identität zurück. Die französische Sprache ist ja nicht nur den Nachfahren von Balzac und Zola eigen. Wie europäisch ist aber jener – keineswegs geringe – Teil der maghrebinischen Literatur, der in dieser Sprache verfaßt wird? Wo verlaufen da die kontinentalen Grenzen? Ist die Affinität eines Claude Simon oder Michel Tournier zu Handke und Grass größer als die zu Tahar Ben Jelloun oder Mehdi Charef, zwei Autoren, deren Werk französisch geschrieben ist und die in Paris leben? Und: Wem fühlen sich die beiden letztgenannten mehr verbunden, ihren französischen Kollegen oder denen jener Länder, in welchen sie geboren wurden, und dort wieder den französisch Schreibenden mehr als den arabisch Schreibenden?

Kolonialistisch besetzt

In welchem Zusammenhang finden wir den Begriff der *europäischen Kultur* bevor er eine Facette des „ge-

einten Europa“ wurde? Von Bedeutung war er nie, um Gemeinsamkeiten innerhalb des Kontinents zu formulieren, sondern es ging immer nur um das Selbstverständnis nach außen. Man hat den Wilden in anderen Erdteilen die europäische Kultur gebracht! Treffender sprach man in diesem Zusammenhang auch von *europäischer Zivilisation*, was keineswegs gleichbedeutend mit Kultur ist. – Im neokolonialen Sprachgebrauch findet man dann auch, daß außereuropäische Nobelpreisträger für Literatur *unter dem Einfluß europäischer Kultur* zu ihrer nicht mehr zu leugnenden Größe gefunden haben. Insofern gibt es dieses europäische Selbstverständnis im Bereich der Kunst und Kultur. Da passen dann selbst Kafka, Tolstoi, Sartre, Garcia Lorca, Strindberg und Pirandello in einen Topf.

In der bildenden Kunst wird dieser europäische Anspruch noch deutlicher. So hat Europa offenbar von jeher Kunst hervorgebracht, in anderen Erdteilen entstand bestenfalls Kunstgewerbe. Der in Stein gehauene Portraitkopf eines alten Griechen, und sei er auch nur eine römische Kopie, wird unter der Obhut der Kunsthistoriker aufbewahrt; der Bronzekopf aus Benin dagegen von den Völkerkundlern. – Ausnahme ist lediglich das Pharaonenreich der Ägypter. Zu jener Zeit hatte allerdings Europa noch nicht viel zu bieten. Ab dem Zeitpunkt jedoch, da Europa die Kultur für sich gepachtet hatte, gestand man dem künstlerischen Schaffen jener Völker, die ja überhaupt erst entdeckt werden mußten, nur mehr den Wert des Kuriosums zu, sofern es nicht überhaupt auf dem Altar der allerchristlichsten Zivilisation in Stücke gehauen oder verbrannt wurde.

Bayrischer Hiesel, Hinterglasbild

Der Begriff von der *europäischen Kultur* funktioniert selbstverständlich auch in der Gegenrichtung. So wie hierorts undifferenziert von lateinamerikanischer oder afrikanischer Kultur gesprochen wird, als ob es einen Leisten gäbe, über den sie zu schlagen wären, existiert dort die europäische Kultur als umfassendes Symbol; längst nicht mehr (nur) als dem des nachzueifernden Vorbilds, sondern als dem jahrhundertelanger Unterdrückung, von der es sich zu emanzipieren gilt.

„Ich bin kein Theoretiker. Ich bin ein schöpferischer Mensch. Und als solcher sehe ich Europa, von der anderen Seite des Atlantik betrachtet, als eine Großmutter, die in ihrer Verkalkung alte Geschichten wiederholt. Geschichten, die wir von Kindheit an gehört haben, die wir schon auswendig kennen. Geschichten, die uns eine Moral lehrten zu einer Zeit, als wir noch an Märchen glaubten“, schreibt der Brasilianer Ignácio de Loyola Brandao in seinem Essay „Europa hat uns nichts mehr zu sagen“. Und: „Wir sind auf der Suche nach unseren eigenen Einflüssen, wir sind dabei, unsere Kultur nach unseren Wurzeln auszurichten. Und diese Wurzeln liegen in Amerika, in Brasilien. Einige Verästelungen reichen nach Afrika, die eine oder andere nach Portugal.“

Das mit den Märchenerzählern mag wohl auf die ehemaligen Kolonialmächte und ihre neokolonialen Adepten zutreffen, denkt man als gelernter Mitteleuropäer. Wir Österreicher hatten doch nie Kolonien! Zumindest nicht außerhalb Europas. Aber schließlich wartet das Verhältnis zu unseren Nachbarländern in der einstigen Vielvölker-Monarchie der Habsburger immer noch auf eine klare Definition. Ein Ansinnen, das vielleicht angesichts der neuen Kolonisation des Ostens nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ in diesen Ländern umso dringlicher wird. – Abgesehen davon hat es die von Brandao angesprochenen Märchenonkel auch als österreichische Missionare in großer Zahl gegeben. Es wäre also glatter Betrug, wollten wir uns aus dem Europa, das im Austausch für seine Zivilisation durch Kolonialwaren groß geworden ist, als Unbeteiligte davonstehlen. Wir sind mit Fug und Recht echte Europäer.

Kann man aber deshalb schon von einer gemeinsamen europäischen Kultur ausgehen? Sind nicht die kulturellen Trennlinien zwischen den Nationen und Regionen viel tiefer als die gemeinsame ökonomische Grenze nach außen? Nach wie vor ist die eige-

ne Fahnenstange der Maßstab aller Dinge. So ist es wohl symptomatisch, wenn Jean Sibelius im ORF als „der Bruckner des Nordens“ angekündigt wird, auch wenn das durchaus positiv gemeint ist. Hätte man doch den Finnen gar nicht zugetraut, daß sie auch eine Koryphäe wie den Bruckner haben?

Vielleicht ließe sich auch ein portugiesischer Thomas Bernhard und ein luxemburgischer Hrdlicka finden. Allerdings käme wohl niemand auf die Idee, nach einem französischen Brandauer zu suchen. Und das macht Diskrepanzen deutlich, die allein schon in der nationalen Wahrnehmung des übrigen europäischen Kunstschaffens bestehen. Hätte Michael Cacoyannis nicht Kazantzakis' Roman „Alexis Sorbas“ mit Anthony Quinn verfilmt, wüßte man ja kaum, daß es eine griechische Musik gibt. Und daß mit Giorgios Seferis und Odysseas Elytis auch zwei Griechen den Nobelpreis für Literatur erhalten haben, ist schon längst in Vergessenheit geraten. Wenn beim Trivial Pursuit (Ausgabe Ederer/Scholten) die Frage nach schwedischen Schriftsteller/innen erhoben wird, steckt man wohl nach Strindberg und Selma Lagerlöf auf. Nur Krimi-Leser können noch mit Sjöwall/Wahlöö aufwarten.

Daß man – und das gilt keineswegs allein für den deutschsprachigen Raum, sondern beruht durchaus auf Gegenseitigkeit – so wenig mit Anderssprachigem vertraut ist, liegt nicht an der mangelnden Qualität der jeweils anderen oder an den fehlenden Übersetzern, sondern an den nationalen Scheuklappen – und damit verbunden am fehlenden Markt. Denn es trifft nicht nur die Literatur, sondern auch die nichtverbalen Sparten der Kunst.

Tausch-Markt

Das Vertragswerk von Maastricht erhebt nebenbei auch die Forderung nach einem verstärkten Kulturaustausch innerhalb der Europäischen Union, wobei hier wohl mehr von einer Absichtserklärung als einem realen Vorhaben gesprochen werden muß, denn es ist keine Rede davon aus welchem Topf dieser Austausch gespeist werden soll. Es erscheint unwahrscheinlich, daß über die Einrichtung der jährlichen „Kulturhauptstadt“ hinaus Brüssel größere Mittel für kulturelle Belange bereitstellen wird. Es liegt also bei den einzelnen Mitgliedstaaten, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Will man den entsprechenden Passus im Maastrichter Vertrag nicht überhaupt nur als Alibi-Deklaration sehen – *Schaut her, wir haben sogar an die Kultur gedacht* –, dann könnte man immerhin davon ausgehen, daß der geforderte Kulturaustausch über die Wirtschaftsgemeinschaft hinaus einer Identitätsfindung dienen könnte. Was aber soll dabei überhaupt ausgetauscht werden?

EU-Kulturhauptstadt 1994 ist Lissabon. Dazu werden zwölf weltberühmte Orchester an den Tejo geflogen. Allein 19 Opern kommen zur Aufführung, abgesehen von allen anderen Sparten der Kunst, die ebenfalls aus dem Budget von 560 Millionen Schilling bedacht werden. Portugals Künstler sind dennoch nicht zufrieden. So meinte der Filmemacher Manuel Cintra: „Mit diesem Programm will Lissabon zeigen, was es nicht ist. Gerade das, was uns von anderen europäischen Kulturhauptstädten unterscheidet, die Misch- und Multikultur, wird 1994 in Lissabon nicht herausgestellt.“

Austauschbar ist unter den gegebenen Voraussetzungen eben nur die herrschende Kultur als Kultur der Herrschenden. Denn sie hat einen Marktwert. Deshalb bedarf es hier auch kaum noch eines Anstoßes zur Internationalisierung. Diese wird ohnehin von den übergeordneten Industriezweigen betrieben. – Oder man mißt Exponenten dieser Kunst einen gesonderten Wert im Vereinheitlichungsprozeß zu; dann werden Mittel und Wege gefunden, einen entsprechenden Markt zu bereiten.

Volkstümliche Wandfliesenmalerei, 18. Jahrhundert

Die *andere*, die 2. Kultur, die Kultur des Widerstands, hat in diesem Getriebe selbstverständlich keinen Platz. Sofern sie überhaupt mit einem Scherflein aus dem Klingelbeutel der Subventionen bedacht wird, geschieht dies lediglich unter der Voraussetzung, daß sie sich regional beschränkt. Es werden bestenfalls Refugien geschaffen, Reservate, in denen sie unter Beobachtung gehalten werden kann.

Und es ist nicht anzunehmen, daß sich die Vertreter des jüngst eingerichteten EU-„Ausschusses der Regionen“ deshalb dafür zuständig fühlen, obwohl diesem in Bezug auf Kultur Kompetenz übertragen wurde; oder besser Nicht-Kompetenz, denn er hat zwar Anhörungsrecht, darf also seine Meinung äußern, aber nichts entscheiden. Wie es heißt, sollte mit dem Ausschuß dem weitverbreiteten Unmut gegenüber der Brüsseler Selbstherrlichkeit Rechnung getragen werden. Offenbar meint man, daß mit volkstümelnder Regionalkultur dem beizukommen ist. Musikantenstadln in der Eurovisions-Hitparade – in Frankreich natürlich Eurovisionspalmarès.

Einer Kunstsparte wurde allerdings zuletzt überregionale Bedeutung beigemessen: dem Film. Im Rahmen des GATT wollen die USA nämlich durchsetzen, daß die Europäer ihre Filmindustrie nicht mehr subventionierendürfen, denn der Film sei eine Ware wie jede andere; Hollywoods Wettbewerbschancen könnten damit geschmälert werden. Dagegen laufen die Franzosen Sturm, machen sich im Namen aller EUropäer stark.

Und flugs wird das Engagement Frankreichs hierorts zu einem Argument für einen EU-Beitritt Österreichs umgemünzt. In einer starken EU würden wir davon profitieren, wird uns weisgemacht. Als ob mit den in unserem Land für den Film bereitgestellten Mitteln irgendein Wettbewerb verzerrt werden könnte und mit einem Mal von dieser Seite her „Handlungsbedarf“ vonnöten sei. ■

Helmut RIZY ist Schriftsteller und Journalist.

Industriestandort Europa in Gefahr?

Hans KALT

Das Schlagwort macht die Runde: In der verschärften Konkurrenz der gegenwärtigen Krise drohe Deutschland seine Qualifikation als Industriestandort zu verlieren. Die Arbeitskosten seien zu hoch. Das Kapital investiere lieber in Billiglohnländern. Die im Jänner 1994 gezählten schon 7,8 Mill. Arbeitslosen (einschließlich Arbeitssuchenden ohne Unterstützung, Kurzarbeitern, Pensionsanwärtern, Umstellungshilfe-Beziehern usw.) seien Ausdruck einer Strukturkrise des zentraleuropäischen Industriestandorts überhaupt.

Das unübersehbare Gespenst langdauernder Arbeitslosigkeit wird so als Folge zu hoher Löhne, zu großer sozialer Errungenschaften der Arbeiterklasse, eines „Über-die-Verhältnisse-Lebens" erklärt. Hauptmoderator dieser neuen Gespenster-Serie ist BRD-Kanzler Kohl. Andere stimmen ein. Darunter auch Österreichs Bundeskanzler Vranitzky. Allen gemeinsam ist – trotz weltanschaulicher Unterschiede –, daß von den standortbestimmenden Faktoren (auf die noch einzugehen sein wird) einzig die Frage der Arbeitskosten herausgegriffen bzw. ihre Bedeutung maßlos gegenüber den anderen Faktoren überbewertet wird. Dabei wird in der öffentlichen Argumentation nicht einmal das Verhältnis zwischen Kosten und Wertschöpfungsfähigkeit der jeweiligen Arbeitskraft beachtet. Dieser Faktor ist dem Kapital gut bekannt. So zeigt die Erfahrung zum Beispiel in der Automobilindustrie, daß die Zulieferung komplexer Bestandteile (z. B. Motoren, Getriebe, Bauelemente mit elektrischer und elektronischer Ausrüstung) an die Montagebetriebe nur aus Ländern mit hochqualifizierter Arbeitskraft verläßlich, zeitgerecht und in der jeweils für die einzelnen Typenvarianten erforderlichen Zahl und Qualität angeliefert werden. Verlagerung solcher anspruchsvoller Zulieferungen in Länder mit niedriger Qualifikation und Arbeitskultur führt zu immer wieder auftretenden Stockungen, Qualitätsverlust und dadurch zu Mehrkosten, die die Kostenersparnis durch niedrigere Löhne oft aufwiegen. Die Veränderung von Standortbedingungen ist tatsächlich ein wesentlicher Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen, Ländern, ja ganzen Kontinenten. Das ist aber ein Prozeß, der von vielen Faktoren abhängt: Naturbedingungen, Rohstoff- und Energievorkommen, Verkehrsmöglichkeiten, Zugang zu und Umfang von erreichbaren Märkten, Veränderungen als Folge der technologischen Entwicklung und vielen anderen. Gesellschaftliche Bedingungen spielten schon frühzeitig ebenfalls ihre Rolle. Im Kapitalismus kommt dazu die Verfügbarkeit von akkumuliertem Kapital und „freier" Arbeitskraft. Mit dessen Entwicklung mehr und mehr auch die „Infrastruktur", das heißt das Geflecht von Kommunikation von Wissen, materiellen Produktions- und Verkehrsbedingungen, dessen Entwicklungsstand die gesellschaftliche Produktivität heute stärker beeinflussen kann, als die Qualifikation und die Arbeitsintensität der einzelnen Arbeitskraft. Seit der Kapitalismus nur mehr durch staatliche Eingriffe funktionsfähig erhalten wird, gewinnt schließlich die staatliche Wirtschaftspolitik immer größere Bedeutung auch für die Eignung von Regionen und Ländern als Industriestandort. Die Entwicklung schon des frühen Kapitalismus in Europa zeigt deutlich die Vielfalt dieser Faktoren: Der Schwerpunkt der industriellen Entwicklung verlagerte sich innerhalb von vier Jahrhunderten kapitalistischen Wirtschaftens von den Städten Norditaliens und Süddeutschlands in die Niederlande, sodann nach England und von dort ausgehend sowohl zurück in die west- und mitteleuropäischen Staaten als auch über die Ozeane, vor allem nach Nordamerika. Bei aller Verschiedenartigkeit der Ursachen für diese jeweiligen Verschiebungen, die die historische Entwicklung dieser Periode bestimmten, wird es den „europäischen" Standort-Pessimisten der Gegenwart schwer fallen, auch nur in einem Fall „zu hohen" Lebensstandard der Arbeiterklasse der „verlierenden" Standorte als Ursache auszumachen. Im Gegenteil: Bei der Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzenden zeitweise stürmischen Entwicklung des Industriestandorts USA war (neben anderen Faktoren) der dortige, im Vergleich zu Europa besonders *hohe* Lebensstandard auch der Arbeiterklasse von bestimmender Bedeutung.

Das gilt auch heute noch. Im Oktober-Monatsbericht des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts vom vorigen Jahr wird ausdrücklich am Beispiel der USA und Mexikos vor einer Überschätzung des Lohnkostenniveaus bei der Beurteilung der Standortbedingungen für die Industrie gewarnt: Die Lohnkosten in Mexiko betrugen 1992 je Stunde 2,35 Dollar, die in den USA 16,17 Dollar. Die Lohnkosten im nördlichen Nachbarn der USA, in Kanada machen dagegen 17,02 Dollar aus. Wären die Lohnkosten wirklich so ausschlaggebend für die Wettbewerbsfähigkeit, dann müßten die USA mit Waren aus dem Billiglohnland Mexiko überschwemmmt sein, während es Kanada, schwer haben müßte, mit seinen höheren Lohnkosten auf den US-Markt zu dringen. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt: Der Wert der Einfuhr pro Kopf aus Kanada ist *zehnmal* so hoch wie der aus Mexiko!

Die Bedeutung der Märkte

Das führt zu einem auch heute noch wirkenden Kernproblem für die Eignung einer Region als Industriestandort, dem Problem des Marktes. Es ist eine Binsenwahrheit, daß sich Industrie nur entwickeln kann, wenn ihre Produkte auch Absatz finden. Das setzt voraus, daß Käufer in genügender Zahl und mit genügender Kaufkraft in erreichbarer Nähe vorhanden sind. Mit dem raschen Zurückgehen vorkapitalistischer Produktionsformen wurde die Kaufkraft der lohnabhängig (im weitesten Sinn) im kapitalistischen Reproduktionsprozeß Tätigen bestimmend für die

Kaufkraft überhaupt. Als im ersten Viertel dieses Jahrhunderts auch für durchschnittliche Angestellten-, ja sogar für besser verdienende amerikanische Arbeiterfamilien das eigene Auto vom Luxus zur Selbstverständlichkeit wurde, war der Industriestandort USA zum stärksten der Welt geworden.

Arbeit am Webstuhl

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch viele Faktoren: Die Länge der Verkehrswege aus anderen Industriestandorten, die Rückschläge solcher Standorte durch zwei Weltkriege, die als Ergebnis dieser Weltkriege erreichte Dominanz des US-Finanzkapitals, administrative Maßnahmen und andere mehr – aber entscheidend blieb die durch das hohe Lohnniveau erreichte Allokation von Kaufkraft auf dem auch heute noch größten Binnenmarkt der Welt.

Industriestandort Europa

Wie steht es nun gegenwärtig mit den standortbestimmenden Faktoren im zentraleuropäischen Wirtschaftsraum? Daß Rohstoffe und Energieressourcen nach vielen Generationen industrieller Tätigkeit nur immer weniger wirtschaftlich an Ort und Stelle nutzbar gemacht werden können, ist nicht zu bestreiten. Das führt notwendig zur Verlagerung der *Erst*verarbeitung solcher Stoffe zu ihren Fundregionen: Rohstahl, Zellulose, Massenprodukte der Chemie und andere werden immer weniger in industriellen Ballungsräumen produziert. Dieser Prozeß geht ständig weiter. Nicht nur in Europa. Aber die viel differenziertere Weiterverarbeitung gleicht den so eintretenden Verlust an Beschäftigung mit einfachen Arbeitsvorgängen vielfach aus. Und zwar durch Arbeitsplätze mit einem viel höheren Anforderungsprofil an Qualifikation, Arbeitskultur und auch Motivation. Dieser Prozeß ist schon seit Jahrzehnten in Gang und hat nirgends zu dramatisch unlösbaren gesellschaftlichen Krisen geführt. Er ist sicher auch im heutigen Europa zu bewältigen.

Ausgesprochen günstig ist die verkehrsgeographische Lage für den zentraleuropäischen Wirtschaftsstandort. Ein Kreis mit dem historischen Burgund als Mitte würde nur einen Radius von 600 bis 700 Kilometern erfordern, um alle jetzt relevanten Industrieballungsräume Europas zu überdecken. Den Rhein-Maas-Raum ebenso wie Nordwestitalien, Nord- und Zentralfrankreich sowie Süd- und Mittelengland. Die in diesem Raum lebenden etwa 200 Millionen Menschen haben im Verlauf von vielen Generationen eine Infrastruktur für industrielle Entwicklung geschaffen, wie sie kaum anderswo gegeben ist. Das betrifft den Stand der Wissenschaft und den Entwicklungsstand der durchschnittlichen Arbeitskultur, den Grad der Kommunikation auf allen Gebieten bis zum Transport materieller Produkte. Nur die Barriere der Alpen liegt im Weg. Das wiegt umso schwerer als die Differenzierung der Wirtschaft zu weiter wachsenden Warenströmen zwischen den produzierenden Einheiten und zu den Konsumenten führt. Daß die ökologisch sensiblen alpinen Lebensräume durch die immer noch anschwellende Nord-Süd- (und die jetzt drohende)

West-Ost-Verkehrslawine extrem gefährdet werden, birgt Konfliktstoff, ist aber ein überwindbares Hindernis. Schließlich hat man zur besseren Anbindung Südenglands an diesen Raum sogar das Jahrtausendwerk des Kanaltunnels – trotz Verzögerungen und Finanzskandalen – errichtet.

Die Bildung der EWG und ihre Entwicklung zu EG und EU hat diese Bedingungen weniger beeinflußt als die objektiv wirkenden Tendenz zu immer stärkerer Differenzierung und Arbeitsteilung der modernen Wirtschaft. Synergieeffekte sind eingetreten. Aber diese wären auch ohne EWG oder durch andere – bilaterale oder multilaterale – Verträge erreicht worden. Dabei konnten die peripher gelegenen Teile der der EU angehörenden Länder ihre Standortbedingungen kaum den der zentral gelegenen Regionen annähern. Nicht der EU angehörende Länder, wie die Schweiz und jene Teile Österreichs, die geographisch zum zentralen europäischen Industrieraum gehören, erlebten dagegen eine eher noch bessere Standortentwicklung als dieser Raum innerhalb der EG. Bevor ich mich der wichtigsten Frage, nämlich der der menschlichen Arbeitskraft zuwende – das Problem von verfügbarem Kapital: Wie die – in Billionen Dollar gehenden – spekulativen Finanztransaktionen der verflossenen zwei Jahre gezeigt haben, ist solches in Überfülle vorhanden. Da die geringen Entwicklungschancen der traditionell armen Länder und die immer noch zunehmende politische und Rechtsunsicherheit der früher sozialistischen Staaten Europas für reale Investitionen wenig sicheren Gewinn versprechen, nimmt diese Überakkumulation von Finanzkapital sogar weiter zu. Unter Kapitalmangel leidet der Industriestandort Europa sicher nicht.

Hauptfaktor: Arbeitskraft

Hinsichtlich einer geeigneten Arbeiterschaft ist dieser Raum auch jetzt noch sicher besser versorgt als irgendeine andere Industriezone der Erde. Die Betriebe können sich auf Belegschaften stützen, die zum Teil seit vielen Generationen in der gleichen oder ähnlicher industrieller Tätigkeit beschäftigt sind. Wissenschaftliche Kader, insbesondere auch im Bereich technologisch innovativer Sparten wachsen weiter in großer Zahl heran. Die Möglichkeit, aus dem Überangebot abwanderungswilliger Kader aus den immer stärker verarmenden Ländern Osteuropas bestgeeignete auszuwählen, ist umso vorteilhafter, da deren Qualität nur wenig hinter der westeuropäischen liegt, die Arbeitsbereitschaft aber schon bei Kosten beginnt, die weit unter dem bisher Üblichen liegen.

Das ist letzten Endes auch der ökonomische Hintergrund dieser neuen Welle von „europäischem" Standortpessimismus. Denn da aus politischen Gründen eine noch stärkere Zuwanderung billiger und zugleich annähernd gleichwertiger Arbeitskraft in das vorher erwähnte Ballungszentrum europäischer Industrie kaum durchsetzbar ist, versucht das Kapital in immer größerem Maß, ganze Produktionen in solche neue Billiglohnländer zu verlagern. Die neue Standortdiskussion soll den Anschein „objektiver Unvermeidlichkeit" dieser Entwicklung erwecken.

Mit ihr wird die gleich nach den Änderungen in Mittel- und Osteuropa begonnene Offensive gegen die soziale Lage der Arbeiterklasse in der europäischen Industriezone zu einer neuen Intensität gesteigert.

Angriffe auf Reallöhne, Krankenversicherung, Realwert der Pensionen, Arbeitszeit usw. verstärken sich. Selbst bisher lammfromme deutsche Gewerkschafter beginnen von „Horror"-Programmen zu sprechen.

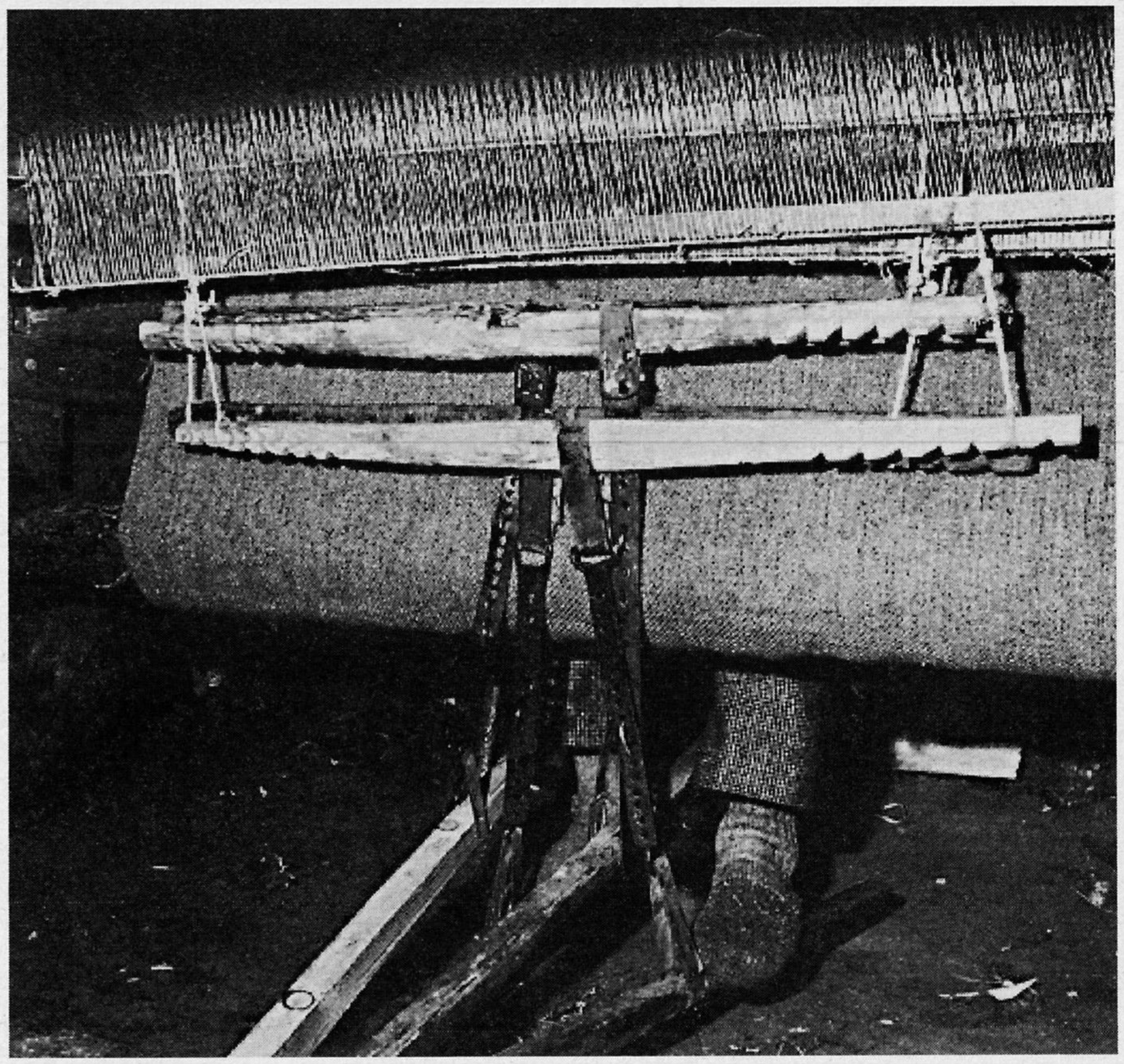
Dabei wäre die Erhaltung und weitere Festigung der Massenkaufkraft wesentlicher Hintergrund zur Erhaltung und Festigung des Industriestandorts Europa. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind unbedingt notwendig, aber sie müßten auf positive Förderung vor allem „intelligenter" Produktionen in diesem Raum gerichtet sein, auf weitere Verbesserung der infrastrukturellen Bedingungen dieses Raums. Das schließt besondere Förderung von Wissenschaft und Forschung, von Qualifizierung der Arbeitskraft auf allen Ebenen mit ein. Daß das von allen Staaten in diesem Raum nur ungenügend geschieht, kann kaum von jemand bestritten werden. Je mehr Erfolg das Kapital mit seiner Art der Strukturpolitik hat, desto größer werden aber die Schwierigkeiten des europäischen Industrieraumes. Die Einkommen der Lohnabhängigen sind immer wichtigerer Teil der auf dem Markt auftretenden Kaufkraft. Werden die ersteren gedrückt, muß auch die letztere sinken. Das bedeutet eine Verlängerung der Absatzkrise und noch stärkeren Druck auf den Industriestandort europäische Zentralregion. Wo es um die eigenen Profitinteressen geht, ist das Kapital bei aller Begeisterung für Prinzipien der Marktwirtschaft nicht dogmatisch. In Österreich, wo die Zahl der Industriearbeitsplätze seit 1980 von 620.000 auf 480.000 zurückgegangen ist und 1994 ein weiterer Rückgang von 15.000 erwartet wird, schlug die Bundeswirtschaftskammer (die zentrale Interessenvertretung des Kapitals) am 29. Dezember 1993 ein neues „Schwerpunktprogramm" vor: Dort verlangt sie allen Ernstes, minderqualifizierte Arbeitskräfte zu tief unter den jetzigen Mindestlöhnen liegenden Sätzen zu beschäftigen, wobei der Staat die Differenz auf die Mindestlohnsätze zuschießen solle ... Es lebe die Deregulierung! Dem Kapital soll die Ausbeutungsrate gesichert bleiben, das Kaufkraftdefizit soll der Staat dazuzahlen. Da bei der zunehmenden Übergewichtung der Massensteuern dies erst wieder nur auf Kosten der Massenkaufkraft möglich wäre, „beißt sich dabei allerdings die Katze in den eigenen Schwanz". Wie groß dieser Fehlbetrag an Kaufkraft im industriellen Schwerpunktbereich Europas bereits ist, läßt sich – grob – aus der Zunahme der Arbeitslosenzahlen abschätzen. Wenn zum Beispiel allein in der BRD in den verflossenen drei Jahren die Zahl der durch Arbeitslosigkeit (einschließlich Kurzarbeit, Überbrückungshilfen usw.) nicht mehr voll Verdienenden um etwa drei Millionen Einkommensbezieher zugenommen hat und der Einkommensverlust im Einzelfall durchschnittlich nur 400 DM monatlich ausmacht, dann sind das etwa fünfzehn Mrd. DM Kaufkraftrückgang im Jahr. Das ist weit mehr als die BRD jährlich an beeindruckendem Außenhandelsüberschuß zum Beispiel mit Österreich erzielt.

Sonderfall Deutschland

Dabei ist die Lage in der Bundesrepublik keineswegs schlechter als die in den anderen Teilen dieses zentraleuropäischen Industriebereichs. Sie ist nur deutlich schlechter gegenüber der Position, die die BRD noch vor vier bis fünf Jahren innerhalb dieses Raumes eingenommen hat, als sie zu Recht als weltweit wirkende Konjunkturlokomotive galt. Wieso das? Nach allen Erwartungen der Katheder-Ökonomen hätte doch die Rück-

kehr von etwa 300 Millionen Menschen im Osten Europas zu kapitalistischen Marktverhältnissen vor allem für die an der Grenze zu diesem Raum ansässigen Kapitale große Entwicklungschancen bringen müssen. Jetzt scheint das Gegenteil einzutreten. In Großbritannien, das weitab von der „Ostöffnung" liegt, ist seit zwei Jahren ein leichter Wirtschaftsaufschwung festzustellen, in der BRD dagegen können selbst optimistischeste Wirtschaftsauguren nur eine weitionalen Finanzkapitals zu den Veränderungen, die sich in den damals sozialistischen Ländern abzuzeichnen begannen. Zweitens und für die Lage Deutschlands bestimmend ist die auf diesem Hintergrund 1991 vorgenommene strategische Neuorientierung des deutschen Finanzkapitals.

Beides ist gescheitert. Die Haltung des internationalen Finanzkapitals war vom Bestreben gekennzeichnet, in den früher sozialistischen Ländern – unabhängig von der möglichen ge-



tere Zunahme der Arbeitslosigkeit prognostizieren. Sie gehen zwar von einer allmählichen Zunahme der Gesamtwirtschaftsleistung aus, aber der Personalabbau gerade in den größten Industrieeinheiten, den Betrieben vieler transnationaler Konzerne, geht weiter.

Da sich die objektiven Bedingungen nicht verschlechtert haben, ja als Folge eben der „Ostöffnung" sogar verbessert haben müßten, kann die Ursache nur bei subjektiven, von Menschen getroffenen Entscheidungen, nämlich bei Maßnahmen der Wirtschaftspolitik gefunden werden.

Diese die heutige Lage bestimmenden Maßnahmen sind nicht schwer auszumachen: Es ist erstens die Ende der achtziger Jahre eingenommene Grundhaltung des internasellschaftspolitischen Weiterentwicklung – die dort vorhandenen Wirtschaftsstrukturen regionaler, nationaler, ja globaler Arbeitsteilung möglichst weitgehend zu zerschlagen. Gorbatschow, aber auch Jelzin und alle anderen auf kapitalistischen Restaurationskurs befindlichen Nachfolgeregimes in diesem Raum warteten und warten bis heute vergeblich auf eine auch nur annähernd ausreichende Hilfe zur Bewältigung der Übergangsprobleme. Überlegungen hinsichtlich einer Neuauflage einer Art Super-Marshall-Plan erwiesen sich als propagandistische Seifenblasen. Die Zerschlagung der alten Strukturen ohne Schaffung neuer, die Abwertung ihrer Währungen bis weit unter den durch die damalige Binnenkaufkraft möglichen Kurs zerrütteten die wichtigsten, die Reproduktion bestimmenden ökonomischen Proportionen in diesen Ländern. Das führte zu einer vorher unvorstellbaren Senkung des Massen-Lebensstandards und damit zur Senkung auch der Kaufkraft in diesen Ländern und aus diesem Raum auf dem Weltmarkt.

Der Warenexport in diesen Raum ging insgesamt gegenüber den achtziger Jahren zurück. Selbst Kapitalexport für Realinvestitionen war nur an solche Standorte interessant, die in verkehrsgünstiger Lage zum zentraleuropäischen Ballungszentrum liegen (vor allem in Tschechien, Polen, Ungarn, der Slowakei und Slowenien). Das Absinken dieses Raums zum armen Hinterhof des europäischen Kapitalismus hat auch die Standortbedingungen des letzteren verschlechtert.

Die neue deutsche Finanzstrategie

In der Euphorie, die der „Übernahme" der früheren DDR folgte, hat das deutsche Finanzkapital ein neues strategisches Konzept entwickelt. Wirtschaftlich hatte dieses Konzept zwei Schwerpunkte. Erstens sollte die ehemalige DDR – wegen des Fehlens jeder eigenen Regierungsinstanz noch rascher als die anderen früheren RGW-Länder – der Gesetzmäßigkeit ungleicher kapitalistischer Entwicklung bei Dominanz des deutschen Finanzkapitals unterworfen werden. Im Ergebnis erfolgte hier tatsächlich die Vernichtung von Industriestandorten, die teilweise jahrhundertealte Tradition hatten. Mit „deutscher Gründlichkeit" wurde durch die Treuhandanstalt das Absahnen schneller Finanzprofite (z. B. durch die begünstigte Einschaltung von Spekulanten bei der Realisierung der rasch steigenden Grundstückpreise in den Städten) organisiert. Da diese Grundstücke vielfach als wichtigste „Aktiva" in den Bilanzen früherer DDR-Kombinate aufgeschienen waren, mußten die dafür von Spekulanten eingestreiften Gewinne dort natürlich ersetzt werden: Sie nahmen die Form von Schulden der „Treuhand"-Anstalt an. Bei Beendigung von deren Tätigkeiten werden diese Schulden insgesamt nahe an 300 Mrd. DM liegen – wahrhaftig der bisher größte Finanzskandal der BRD-Geschichte. Wie Schwärme von Heuschrecken schlossen sich den Großspekulanten – zum Teil als deren Handlanger – jene Hunderte von beamteten und politi-

schen Helfern an, deren Sucht nach rascher Bereicherung nur zum kleinen Teil in lokalen Skandalen bis zu Regierungskrisen in einzelnen Bundesländern sichtbar wurde. Aber dieser Riesenbetrag, der da insgesamt ins Rollen kam, wirkte nicht belebend – weder im Bereich der früheren DDR noch in den „alten Bundesländern".

Zusammen mit dem Industriestandort DDR wurde innerhalb von zwei Jahren auch der Markt DDR zerschlagen. Das schlug besonders stark auf den Industriestandort BRD durch. Zwischen 1988 und 1990 stieg die Auslastung der westdeutschen Industrie zwar von 88,7 auf 90,0 Prozent, aber schon bis 1992 war diese Auslastung auf nur mehr 80,4 Prozent zurückgegangen.

Die zweite wirtschaftspolitische Maßnahme war die Ende 1991 eingeleitete extreme Hochzinspolitik der deutschen Bundesbank. Das deutsche Finanzkapital wollte – gestützt auf die damals in Deutschland noch herrschende Hochkonjunktur und die neuen Möglichkeiten im Osten – möglichst viel verfügbares Finanzkapital auch aus anderen Währungsräumen für die Durchdringung „des Ostens" mobilisieren. Es machte dadurch aber Geld für reale Investitionen zu teuer, gerade zu einer Zeit, als die kippende Hochkonjunktur unbedingt „billiges" Geld erfordert hätte. Da in den USA zu gleicher Zeit die Wende zur Niedrigzinspolitik erfolgte und sich dort besonders seit der Wahl Clintons und der Rückkehr zu Keynesschen Grundsätzen eine Belebung abzuzeichnen beginnt, blieb die Auswirkung auf den Dollar-Raum eher bescheiden. Diese Finanzstrategie wirkte aber destruktiv auf die Partnerländer der BRD, führte schließlich zum Ausscheiden Großbritanniens und Italiens aus dem EG-Währungssystem. Dennoch blieb die BRD das dominierende Exportland Europas, das allein mehr exportiert als die beiden nächsten europäischen Industriestaaten (Großbritannien und Frankreich) zusammen. Der deutsche Außenhandelsüberschuß machte 1992 32,8 Mrd. DM aus. Auf die politischen Folgen dieses Scheiterns der neuen Oststrategie soll hier nicht eingegangen werden. Fest steht: Die 1991 von Kohl als Ziel erklärten „Vereinigten Staaten von Europa" sind heute weiter entfernt als damals. Unbestreitbar ist jedenfalls: Hauptgrund für die jetzigen Schwierigkeiten sind die angeführten *wirtschaftspolitischen* Maßnahmen des deutschen Finanzkapitals. Die Verantwortung für die Folgen trifft zur Gänze jene, die diese Maßnahmen gesetzt haben. Die jetzt eingeleitete „Standort"-Diskussion soll bei den Hauptleidtragenden an diesen Folgen das falsche Bewußtsein erwecken, daß sie Opfer einer objektiv notwendigen, also unbeeinflußbaren Entwicklung seien.

Perspektiven

Dabei wäre die Akzeptanz dieser Auffassungen nicht nur für die Arbeiterklasse sondern wirklich für die Standortbedingungen im europäischen Industrieraum existenzgefährdend. Sie könnte nur den Hauptfaktor der Kaufkraft weiter einschränken und die Bedingungen zur Überakkumulation von weiter unproduktiv bleibenden Finanzprofiten verbessern.

Daß – selbst unter kapitalistischen Bedingungen – zumindest regional begrenzt auch andere Entwicklungsvarianten noch Erfolg haben können, zeigt sich gegenwärtig nicht nur in den USA sondern als besonders interessante Variante in mehreren Ländern Südostasiens. Dies nicht mehr nur beschränkt auf die sogenannten „kleinen Tiger", deren schon zwei Jahrzehnte dauernder wirtschaftlicher Aufschwung wegen der geringen davon betroffenen Bevölkerungszahl bisher eher als nicht nachvollziehbare Ausnahme peripherer kapitalistischer Entwicklung angesehen werden konnte. Jetzt geht es um Staaten wie Malaysia, die Philippinen, Teile Indonesiens, Vietnams, Thailands und anderer Gebiete im Raum um das südchinesische Meer – zusammen über 300 Millionen Menschen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Entwicklung im weiter sozialistischen China zu: Nach Überwindung der Folgen der Kulturrevolution greift dort mehr und mehr das Konzept des Nachziehens einer autochthonen kapitalistischen Entwicklung unter Kontrolle einer vom eigenen Anspruch her weiter sozialistischen Staatsmacht. Hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung hat Vietnam zu ähnlichen Grundsätzen gegriffen und selbst in Nordkorea gibt es Anzeichen für eine bevorstehende Wende in diese Richtung. In deutlichem Gegensatz zum Wirtschaftsverfall in Ost- und Ostmitteleuropa weist China dadurch seit Jahren Wachstumsraten von etwa 10 Prozent auf. Bei über 1,1 Mrd. Menschen entsteht hier ein Potential dynamischer Wirtschaftsentwicklung, das bei der wirtschaftlichen Öffnung des Landes (seit Anfang 1994 ist auch die Währung grundsätzlich international konvertierbar) bedeutende Auswirkung auch auf die benachbarten kapitalistischen Länder hat.

Das hohe schon in der vorkapitalistischen Entwicklung erreichte Kulturniveau, die günstigen Kommunikationsbedingungen dieser Länder ermöglichen in Teilen von ihnen, daß die durch die Auflösung der vorkapitalistischen Subsistenzstrukturen freiwerdenden Menschen zum Teil als Proletariat einer autochthonen kapitalistischen Entwicklung gebraucht werden. Das schafft – zum Unterschied von anderen unterentwickelten Regionen – rasch an Bedeutung gewinnende Binnenmärkte in diesen Ländern. Daß sowohl China als auch dieser neue südostasiatischen Markt vom deutschen (und auch dem österreichischen) Kapital inzwischen „entdeckt" und von hochrangigen Delegationen besucht wurde, ist bekannt. Man kann schließlich diesen Raum nicht Japan überlassen, das größte Anstrengungen unternimmt, um diese „vor seiner Haustür" erfolgende Entwicklung zur Überwindung seiner eigenen Krise auszunützen, die bisher trotz innerhalb von eineinhalb Jahren aufgewandten (umgerechnet) rund 250 Milliarden Dollar für drei Konjunkturspritzen immer noch anhält. Es wäre natürlich eine Illusion, zu erwarten, daß das deutsche Finanzkapital daraus Schlüsse ziehen würde, was es „vor *seiner* Haustür" falsch gemacht hat. Aber für die Arbeiterbewegung Europas wird von größter Bedeutung sein, gleichzeitig mit der Abwehr des in Gang befindlichen „Horror"-Angriffs auf ihre Errungenschaften ein positives Alternativkonzept zu entwickeln. Grundlage für ein solches Konzept kann nur die Erkenntnis sein, daß die Abwehr der angelaufenen ökonomischen und sozialen Revanche-Offensive des Kapitals gleichzeitig wichtiger Faktor für die Erhaltung des Industriestandorts Europa ist, ferner aber, daß bei der heute erreichten Interdependenz im Wirtschaftsleben eine Lösung des Standortproblems der entwickelten Industrieregion nur bei gleichzeitiger Lösung der wirtschaftlichen Probleme ganz Europas möglich ist. ■

Hans KALT ist Ökonom und Journalist.

Zurück aus der Zukunft

Ein Erlebnisbericht

Christian DONNINGER

„Die Zukunft gehört Europa" lese ich voller Verwunderung auf den Plakatflächen. Ich habe das Vereinte Europa schon erlebt, deshalb gehört es bereits zu meiner Vergangenheit.

Wie so viele nicht »Kronen-Zeitung« lesende Zeitgenossen hatte ich das Bedürfnis, einmal dem österreichischen Sumpf für eine Zeitlang zu entkommen. Also ließ ich mich in meiner (damaligen) Firma (Siemens) auf die Liste der an einem Auslandsaufenthalt Interessierten setzen. Bereits nach wenigen Monaten, im Mai 1989, war es dann soweit. Das European Space Technology Centre (ESTEC) in Noordwijk/Holland suchte einen mathematisch gebildeten Computerfachmann mit Spanischkenntnissen.

ESTEC ist die zentrale Schaltstelle für alle Technologieprojekte der europäischen Raumfahrt. Laut Prospekt des Noordwijker Tourismus-Büros ein „think tank" mit 2000 hochqualifizierten Experten aus 13 europäischen Ländern. Ich selbst wurde von SIEMENS als „Consultant", quasi als Expertenberater, an die ESTEC verliehen.

Die schöne neue Welt

Zu Beginn war ich von der schönen neuen großen Welt begeistert.

Die erste Überraschung: mein Englisch ist gar nicht so schlecht, wie es meine Englischlehrerin immer behauptet hatte. Jedenfalls kann ich mich mit fast allen ESTEC Mitarbeitern vom ersten Tag an problemlos verständigen. Nur Leute, die in ihrer ursprünglichen Heimat auf der falschen Straßenseite fahren, sind manchmal etwas unverständlich. Sie sprechen offensichtlich eine andere Sprache.

Ein zunächst komisch wirkendes Völkchen sind die Österreicher. Zum Beispiel hat Peter, ein ansonsten sympathischer Mensch, die österreichische Fahne auf seinem Schreibtisch stehen. Natürlich darf auch ein Österreicher-Stammtisch, sowie aus Österreich privat importierter Wein, nicht fehlen.

Das Freizeitangebot auf dem großzügigen ESTEC-Areal ist umwerfend. Tennis, Schwimmbad, interne Fußballmeisterschaft in der eigenen Halle, Tanzkurs, Bibliothek mit Schallplatten-/CD-Sammlung, Golfplatz, Kunstklub, Sprachkurse, eigener Segelhafen ...

Nachdem mein Aufenthalt etwa drei Jahre dauern sollte, wollte ich auch Holland näher kennenlernen. Es war daher für mich selbstverständlich, die Landessprache zu lernen. Als ich meinen französischen Bürokollegen fragte, wo man dies am besten tut, meinte er: „Ich spreche kein Wort Holländisch, it's a waste of time" (reine Zeitverschwendung). Ich war baff, schließlich wohnte er bereits seit sieben Jahren mit seiner Familie hier. Falls seine Frau ein Kleid brauche, fahren sie nach Brüssel und sonst gehe er in den Supermarkt einkaufen. Die Kinder besuchen die internationale Schule, schließlich wolle er nicht warten, bis ihn das Rheuma in diesem kalt-verregneten Land hinweggerafft hat. Neugierig geworden, stellte ich fest, daß sich in meiner Abteilung nur ein einziger Ausländer in der Landessprache verständigen konnte (er war mit einer Holländerin verheiratet). „It's a waste of time" klingt mir noch heute in den Ohren.

Ich beschloß, trotzdem meine Zeit mit Holländisch zu verschwenden und erlebte in der Folge durch diese Luxusqualifikation so manche skurrile Situation. Eines Tages wurde ich von einem Kollegen zu Hilfe gerufen. „Chrilly, diese blöde holländische Kuh von Putzfrau versteht kein Wort Englisch. Sag ihr doch bitte, daß sie beim Abstauben nicht ständig meine auf der Fensterbank gestapelten Papierstöße durcheinanderbringen soll." Nach Protesten bei der Reinigungsfirma wurde sie schließlich durch eine englischsprachige Kraft ersetzt.

Kurz darauf wurde ich von der Obfrau des Tennisklubs gefragt, ob ich nicht bei Vergleichskämpfen für die Betriebsmannschaft spielen wolle. An und für sich bin ich auf Tennisturniere nicht sehr heiß. Die Hauptbeschäftigung eines Tennisturnieres besteht aus Warten. Trotzdem oder gerade deswegen sagte ich diesmal erfreut zu. Erhoffte ich mir doch, auf diese Weise mit Land und Leuten (besonders „Leutinnen") in Kontakt zu kommen. In der ersten Runde spielten wir gegen Petten, einem kleinen Dorf im Nordwesten Hollands. Statt gegen die Dorfelite ging es aber gegen die Auswahl des in Petten ansässigen internationalen Reaktor-Forschungsinstitutes – selbstverständlich auf deren eigenem, exterritorialen Tennisplatz. Das vorsorglich mitgenommene Holländisch-Wörterbuch erwies sich als ziemlich überflüssig.

Ursprünglich wollte die holländische Regierung auch die ESTEC in die relativ schwach entwickelte Region um Petten ansiedeln. Dies scheiterte aber am Njet der Raumfahrtbehörde. Nur Gebiete mit ausgezeichneter Infrastruktur kämen in Frage. Noordwijk erfüllte diese Bedingung. Es liegt in der sogenannten Randstadt, die sich von Amsterdam über Utrecht, Den Haag und Rotterdam zieht. Nach dem Pariser Großraum ist die Randstadt das zweitgrößte wirtschaftliche Ballungszentrum Europas.

Die zweite Runde der Tennismeisterschaft lautete ESTEC gegen Internationales Patentamt in Den Haag. Nachdem ich dem gemeinsamen Warten mit Patentamtbeamten aus aller Herren Länder keinen übermäßigen Reiz abgewinnen konnte, fand meine kurze Tenniskarriere ein abruptes Ende.

Es war sehr schön, Sisyphos

Nicht zuletzt durch meinen zweiten, aus England stammenden Bürokollegen, verbesserte sich auch mein Englisch. Ich verlor jedenfalls die Scheu, in einer fremden Sprache zu sprechen. Ich versuchte daher manchmal, mit den Kollegen ins Gespräch zu kommen. Doch je mehr ich sprach,

umso mehr hatte ich das Gefühl, schweigend ins Gespräch vertieft zu sein. Es waren nicht die fehlenden Worte, sondern die fehlenden gemeinsamen Vorstellungen und Bilder.

So wollte ich einmal in einer Besprechung eine Aufgabe mit dem Hinweis „das ist eine Sisyphos-Arbeit" ablehnen. Zu meiner Verwunderung stellte ich fest, daß ich nicht verstanden wurde. Die Verwunderung war umso größer, als die meisten Anwesenden Franzosen waren. Die sollten doch zumindest vom „Mythos des Sisyphos" von A. Camus gehört haben? Vielleicht habe ich es nur falsch ausgesprochen? Ich schrieb es auf, doch die Herkunft und die Tätigkeit von Mr. Sisyphos blieb weiter ein Rätsel. Es wurde beschlossen, daß weitere Nachforschungen „a waste of time" darstellen. Offensichtlich hatten die (französischen) Ingenieurschulen beschlossen, daß griechische Mythologie und Literatur „a waste of time" seien, und so konnte man darüber und damit nicht sprechen.

Eines schönen Samstag abends wurde ich von einer schwedischen Kollegin zu ihrem Geburtstagsfest eingeladen. Vor Verlassen der noblen, aber nicht sehr lustigen Stätte wurde ich von ihr gebeten, mich ins Gästebuch einzutragen. Die Vorhergehenden hatten bereits alle von einer „great party" geschrieben. Nun war guter Rat teuer. Eigentlich hatte ich es ziemlich zum Kotzen gefunden, andererseits fand ich die Frau ganz nett und wollte sie auch nicht vor den Kopf stoßen. Also schrieb ich auf deutsch „Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut." Nachdem sie etwas Deutsch konnte, hat sie die Wörter auch verstanden. Sie war ganz glücklich. „Weißt du Chrilly, wenn die anderen ‚great party' schreiben, weiß man nie, ob es ihnen wirklich gefallen hat. Aber du sagst immer ehrlich deine Meinung."

Das große schwarze „A"

Vor 1989 hatte der Nationalfeiertag für mich nur eine einzige Bedeutung, nämlich nicht arbeiten zu müssen. Doch am 25. Oktober 1989 packte mich plötzlich der Rappel. Von meinen vorhergehenden Streifzügen in Amsterdam kannte ich ein Geschäft mit Autopickerln aus allen Ländern der Welt. Also stieg ich in den Zug und erwarb ein großes schwarzes „A". Am nächsten Tag wurde es feierlich und weithin sichtbar in meinem Büro angebracht. „Na servas, bei dir geht das aber schnell", kommentierte Peter, der Mann mit der rot-weiß-roten Fahne, diesen Vorgang.

Noch war der Widerstand gegen den nationalistischen Virus aber nicht ganz gebrochen. Der Einladung der österreichischen Botschaft zur Feier des Nationalfeiertages folgte ich aber erst im darauffolgenden Jahr. Am 26. Oktober 1990 waren wir (meine Frau war inzwischen nachgekommen) aber bereits unrettbar verseucht. Auf einmal unterhielten wir uns mit Vergnügen mit Landsleuten, die ich in der Heimat als „hush puppies – reintreten und wohlfühlen" bezeichnet hätte. Voller Inbrunst sangen wir die bisher als scheußlich empfundene Bundeshymne.

Offiziell gibt es in der ESTEC keine Nationen, sondern nur die europäische Raumfahrt. Ganz offiziell inoffiziell wird aber zur Wahrung des nationalen Gleichgewichtes und zur Schaffung von jeweils nationalen Raumfahrtlobbies das Prinzip der „national distribution" genau eingehalten. Das heißt, das Verhältnis der ESTEC-Angestellten, das Auftragsvolumen an die jeweiligen nationalen Betriebe, richtet sich nach dem prozentuellen Beitrag des jeweiligen Landes am europäischen Raumfahrtbudget. Der österreichische Anteil ist etwa ein Prozent, also gab es erwartungsgemäß unter den 2000 Angestellten etwa 20 Österreicher. Entsprechend diesem Schlüssel erhalten österreichische Betriebe Aufträge in der Höhe von 300 Millionen Schilling jährlich. Diese revanchieren sich dafür und rennen dem Busek die Tür ein, damit er den österreichischen Beitrag weiter erhöhe. Dasselbe Karussell dreht sich in jedem Land und wenn man von ESTEC-Seite mangels einer geeigneten Industrie nicht weiß, was man um das viele Geld eigentlich kaufen soll, so nimmt man halt von Österreich sehr schöne und teure Thonet-Sessel für das Restaurant oder errichtet das Prüflabor mit spanischem Zement.

Frankreich buttert mit Abstand das meiste Geld in die Raumfahrt. Dementsprechend sind etwa 40 Prozent der ESTEC-Belegschaft Franzosen, der Posten des ESTEC-Generaldirektors ist de facto mit dem Besitz eines französischen Passes verbunden.

Interessanterweise trifft man die nationalen Symbole aber nur bei Angehörigen kleiner Nationen. So feierte die kleine schwedische Kolonie jedes Jahr sehr lautstark und sehr betrunken ihre Nationalheilige Lucia, während selbst der zweihundertste Jahrestag des Sturmes auf die Bastille spurlos vorbeiging. Für jeden Schotten dürfte ein Celtic Glasgow Poster zu den minimalen nationalen Pflichten gehören. Die zweitstärkste Gruppe, die Deutschen, haben selbst von ihrer nationalen Behörde die Anweisung, auf die Empfindlichkeit der anderen Rücksicht zu nehmen. „Deutschland, Deutschland über alles" würde in der Tat einige Irritationen hervorrufen.

Nationalismus ist in der Regel die Reaktion auf den Verlust der eigenen Identität oder die Begründung einer nicht vorhandenen bzw. bedrohten Herrschaft. Auch wenn – ein komisches – Englisch gesprochen wurde, so war das gesamte Klima französisch orientiert, die Dominanz Frankreichs innerhalb der europäischen Raumfahrt wird von niemandem angezweifelt. Innerhalb der abgeschlossenen ESTEC-Welt war somit jeder Franzose daheim. Mit dem feindlichen Holland jenseits des Sicherheitszaunes versuchte man den Kontakt zu minimieren. Holland und die Holländer waren eigentlich nur der Gegenstand endloser Schimpf- und Jammertiraden auf den ESTEC-Parties.

Diese nationale Dominanz fand aber nie offen, aggressiv statt, sondern bestand einfach darin, daß sich Franzosen eben so benahmen, wie sich ein Franzose benimmt. Auf eine subtile, schwer beschreibbare, aber auf die Dauer deutlich fühlbare Weise ist das doch wesentlich anders als die österreichische Art.

Zum Beispiel ist die Konversation in Frankreich eine eigene Kunst für sich. Der überwiegende Rest der ESTEC-Menschheit hatte dafür nur den Ausdruck „Quatschköpfe" übrig. Bei mir steigerte sich diese Abneigung im Laufe der drei Jahre beinahe ins Pathologische. Ich brachte das Mittagessen nicht mehr hinunter, wenn sich eine Gruppe von Franzosen an denselben Tisch setzte und diese in ihrem unverwechselbaren Akzent versuchten, möglichst schnell englische Worte hervorzubringen. Noch heute zucke ich zusammen, wenn ich in Wien in der Linie „U 1" unterwegs bin und einen französischstämmigen UNO-Beamten vernehme (interessanterweise störte mich eine in Französisch abgehaltene Konversation überhaupt nicht).

Auf die Frage meiner Frau, was mir die Franzosen eigentlich getan hätten, wußte ich nie ein vernünftige Antwort. Das Argument, daß sie halt Franzosen seien, überzeugte sie nicht übermäßig.

„Shit" und „Scheiße" sind nicht dasselbe

Zumindest innerhalb des ESTEC-Territoriums spricht man nicht nur, sondern denkt auch in englisch. In gewisser Weise verändert man damit auch sein Bewußtsein und seine Persönlichkeit.

Eines der gesellschaftlich wichtigsten Ereignisse war die interne ESTEC-Tennismeisterschaft. Den (emotionellen) Stand einer Partie konnte man dabei immer an der verwendeten Sprache ablesen. Zu Beginn herrschte das gewohnte ESTEC-Englisch, man verfluchte einen verschlagenen Ball mit „shit" oder die eigene Unfähigkeit mit „bloody bastard". Wurde es aber richtig heißumkämpft und spannend, wechselten plötzlich alle in ihre Muttersprache und es schallte ein vielstimmiges „Scheiße", „Merde" über den Platz. Selbst die Flüche der Engländer wechselten deutlich den Tonfall und wurden immer unverständlicher. Euro-Englisch ist nicht die Sprache des Herzens und der Gefühle, auf der anderen Seite hätte zumindest jeder Tennisspieler ohne ein Wort zu verstehen, sehr gut verstanden, was in einem vorgeht, wenn der entscheidende Ball um fünf Zentimeter außerhalb des Feldes landet.

Die Krümmung der europäischen Gurke

Einem guten Euro-Bürokraten ist auch die Biegung der Gurke nicht egal und so ist – meines Wissens – nur eine um fünf Grad gebogene Gurke eine gute Euro-Gurke. Auch ein Euro-Penis gehört natürlich in AIDS-Zeiten, wie diesen, genormt. Es erhebt sich die Frage, haben die denn nichts Besseres zu tun? Die Antwort ist einfach: Nein.

Obwohl die ESTEC rein formal keine europäische Behörde ist, so besteht doch die wesentliche Aufgabe der 2000 Denk-Tanker darin, Ausschreibungen zu verfassen, die Offerte von Firmen zu bewerten und die Ergebnisse dieser Arbeiten zu überprüfen. Das heißt, im wesentlichen handelt es sich um die bürokratische Ar-

beit einer zentralen Verwaltungsstelle mit bis zu 15 Jahre langen Plänen.

Laut einer ESTEC-internen Studie entstehen durch Überspezifikation seitens der ESTEC mindestens zehn Prozent (das sind drei Milliarden Schilling pro Jahr) Mehrkosten. Wie ihre Brüsseler Kollegen hatten auch die ESTEC-Angestellten die Tendenz, alles bis ins kleinste Detail vorzuschreiben. Eine beliebte ESTEC-Karikatur zeigt einen verzweifelten ESTEC-Techniker vor einem total verbogenen, qualmenden, offensichtlich nicht funktionierenden Apparat. Darunter der Kommentar: „Oh nein, die haben genau das gemacht, was ich Ihnen angeschafft habe."

Tatsächlich saßen viele bis in die Nacht in ihren Büros, reisten zwei bis drei Mal pro Woche kreuz und quer durch Europa. Eine gewöhnliche Dienstreise hieß „mission". Auch hier kann die Frage, ob sie nichts Besseres zu tun gehabt haben, mit einem klaren Nein beantwortet werden. Außerhalb des ESTEC-Zaunes war nur ein unbekanntes, nicht sehr schönes und überbevölkertes Land, dessen Sprache sie nicht sprachen, dessen Menschen einen klobigen und geizigen Eindruck machten (beliebter ESTEC-Witz: Wie entstand der Grand Canyon? Ein holländischer Tourist hat eine Zehn-Cent-Münze verloren und nicht gleich wieder gefunden), dessen feucht-kaltes Klima sie haßten (ESTEC Witz: Heuer haben wir es gut. Der Sommer fällt auf einen Samstag).

Nur innerhalb des Zaunes war ihre Welt.

Obwohl ich gut Holländisch sprach und an Land und Leuten sehr interessiert war, hatte ich ebenfalls beträchtliche Mühe, mit eben diesen in Kontakt zu kommen. Man ist fremd, verbringt den größten Teil seines Tages im in jeder Hinsicht exterritorialen Gelände. Es ist ziemlich anstrengend und verwirrend, innerhalb kürzester Zeit zwischen drei Sprachen, drei Kulturen und Umgangsformen hin und her zu wechseln. Die wenigen holländischen Kollegen sind froh, wenn sie am Abend wieder im eigenen Land daheim sind.

Statt irgendwelche mehr oder weniger wichtigen Dokumente zu verfassen und mehr oder minder wichtige „meetings" zu organisieren oder Europa zu missionieren, erschlug ich die Zeit im goldenen Käfig, im Exildorado, mit der Abfassung eines Computer-Schachprogrammes. Genauso sinnlos, aber zumindest machte es mir Spaß. Interessanterweise war dieses Programm, diese Abkehr von der Welt, der Schlüssel, der mir letztendlich das Tor zur holländischen Gesellschaft etwas öffnete.

Es ist wärmer

Wieder in Österreich lebend, weilte ich im Mai 1993 auf Einladung einer holländischen Versicherung bei einem großen Schachturnier in Den Haag. Auf den Spuren der vergangenen Zukunft besuchte ich auch die ESTEC und traf dort meinen alten französischen Bürokollegen. Er hat sich in der Tat nicht vom Rheuma fressen lassen und ist nach Frascati bei Rom zum italienischen Ableger ESRIN übersiedelt. Eine kurze Mission führte ihn an diesem Tag nach Noordwijk. Auf meine Frage, welchen Eindruck er von Italien habe, ob es besser als Holland sei, meinte er, „es ist wärmer dort". ■

Dr. Christian DONNINGER ist Mathematiker und Experte für Schachprogramme.

Konjunktur für wen?

Jürgen KUCZYNSKI

Zunächst ein Irrtum der Marxisten, eine Selbstkritik betreffend einen Fehler, den auch ich lange Zeit hindurch gemacht habe. Marxisten reden und schreiben von Monopolen im Kapitalismus und vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, gedankenlos Lenin nachplappernd.

Beseitigung einiger Irrtümer

Selbstverständlich war der Kapitalismus zu Lenins Zeiten und auch noch einige Zeit nach seinem Tode durch Monopole charakterisiert, und selbstverständlich sollte man damals vom staatsmonopolistischen Kapitalismus sprechen. Aber heute? Aber seit dem Zweiten Weltkrieg? Das Monopol von Ford in den USA ist seit langem durch die Beherrschung des Marktes seitens dreier Großkonzerne ersetzt. Und genau das gleiche gilt etwa für das Monopol von IG-Farben zur Weimarer Zeit heute in Deutschland. Gegenwärtig herrscht nicht das Monopol, sondern das Oligopol, denn das Kapital hat längst die schon von Lenin dargelegten Nachteile des Monopols auch für den Kapitalismus selbst begriffen und wacht sehr sorgfältig darüber, daß sich keine Monopole herausbilden.

Sodann zu dem albernen Begriff des von bürgerlichen Wissenschaftern erfundenen Bruttosozialprodukts, dessen Steigen oder Sinken die Besserung oder Verschlechterung der Konjunktur anzeigen soll. Bekanntlich steigt und sinkt das Bruttosozialprodukt, wenn etwa die Ausgaben der Sozialversicherung steigen oder sinken. Eine Grippewelle läßt zum Beispiel die Ausgaben der Krankenversicherung, also das Bruttosozialprodukt, steigen und zeigt so eine Verbesserung der Konjunktur an. Ein amerikanischer Wirtschaftswissenschafter hat errechnet, daß die Hälfte der Steigerung des Bruttosozialprodukts der USA im Jahre 1991 auf gestiegene Krankenkosten zurückzuführen ist. Umgekehrt muß ein sich bessernder Gesundheitszustand der Bevölkerung eine Verschlechterung der Konjunktur anzeigen.

Schließlich ein marxistischen wie bürgerlichen Wissenschaftern gemeinsamer Unsinn. Sie alle sprechen heute von den führenden Industriestaaten in der Welt und meinen damit entweder die „großen Sieben", also die USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und Kanada, oder die 24 in der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD) zusammengeschlossenen Staaten.

Zweifellos produzieren die USA mehr Industriegüter als irgendein anderer Staat. Aber sind sie deshalb ein Industriestaat? Keineswegs! Sind dort doch nur 17 Prozent aller Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe tätig, weniger als ein Fünftel aller Beschäftigten! Und im zweitgrößten Industriestaat der Welt, in Japan? Dort sind es 24 Prozent, weniger als ein Viertel. Die sogenannten Industriestaaten sind in Wirklichkeit Dienstleistungsstaaten geworden.

Das wäre an sich kein Unglück, wenn die Dritte Welt über genügend Industriegüter, über genügend Nahrungsmittel, Bekleidung und Wohnungen verfügen würde. Aber davon kann natürlich nicht die Rede sein. Und so verwandelt sich die Erste Welt in eine parasitäre Welt, in der es „natürlich", da es sich um eine kapitalistische Welt handelt, auch noch Arme gibt, die aber ihrem ganzen Charakter nach parasitär geworden ist.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß Marx im vollendeten Kommunismus eine Welt ohne Industriearbeiter vorausgesehen hat, eine Welt vollautomatischer Fabriken, in denen nur noch Wächter und Reparaturarbeiter, jeder für vielleicht zwei Jahre, beschäftigt sind – der Rest des Lebens ist vernünftig und arbeitsam verlebte „Freizeit", sei es als Kunsttischler oder Wissenschafter, als Kunstgärtner oder Schriftsteller, in der aber allen ein ausreichender Lebensstandard garantiert ist.

Seit der ersten zyklischen Krise im Jahre 1825 ist die Arbeitslosigkeit stets in der Krise, oft ganz steil, angestiegen und in den Jahren der nachfolgenden Konjunktur wieder abgesunken.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Jedoch können wir zwei Perioden der Entwicklung unterscheiden. Die erste reicht von 1825 bis zum Ersten Weltkrieg. In dieser Periode fiel die Arbeitslosigkeit in der Phase der Hochkonjunktur oft so weit ab, daß es Arbeitermangel gab. In der zweiten Periode, die vom Ende des Ersten Weltkrieges bis 1993/94 reicht, fiel die Arbeitslosigkeit im allgemeinen in den Zeiten der ansteigenden Konjunktur, aber lange nicht so stark wie zuvor, und Arbeitermangel in Zeiten der Hochkonjunktur wurde zu einer Seltenheit.

Wenn der bedeutende Wirtschaftswissenschafter John Maynard Keynes 1936 seine „Demand Theory" veröffentlichte, seine Theorie, daß man in schlechten Konjunkturzeiten den Verbrauch durch eine niedrige Zinspolitik und durch Verschuldung des Staates infolge steigender Sozialausgaben stärken müsse, dann ist das auf das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit in Zeiten relativ guter Konjunktur und zugleich auf die nach dem ersten Weltkrieg in so vielen Ländern herrschenden Depression besonderer Art, das heißt, auf die recht ungenügende, aber natürlich doch gegenüber der Krise deutlich bemerkbare Besserung der Konjunktur zurückzuführen.

Die Entwicklung der Reallöhne und Realgehälter

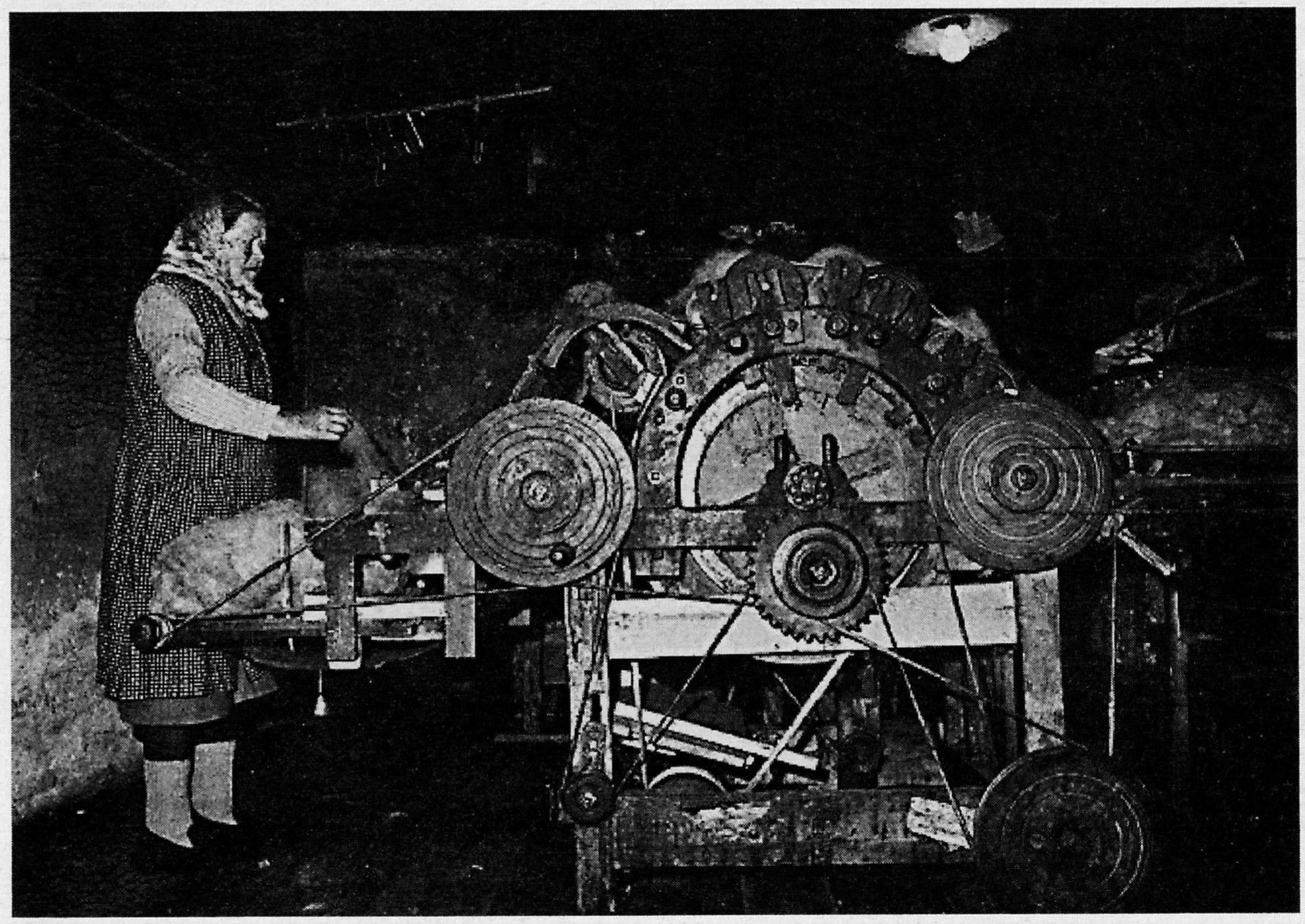
Selbstverständlich sank die Kaufkraft der Bevölkerung, wenn die Arbeitslosigkeit stieg, und selbstverständlich stieg sie, wenn die Arbeitslosigkeit zurückging.

Die Senkung wie auch die Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung wurde aber nicht nur durch die Bewegung der Arbeitslosigkeit, sondern auch durch die Bewegung der Reallöhne und Realgehälter beeinflußt. Zwar stiegen bei sich bessernder Konjunktur Reallöhne und Realgehälter oft nur wenig, stets viel weniger als die Profite des Kapitals, stets auch viel weniger als die nominellen

Löhne und Gehälter, da auch die Einzelhandelspreise stiegen, aber sie gingen doch mehr oder weniger herauf, und waren so eine weitere Stütze der Konjunktur.

Das Sozialsystem

In der Blüte der Feudalzeit war die Existenz der großen Masse der Bevölkerung im großen und ganzen gesichert. Selbst die Bettler waren oft ausgezeichnet organisiert, und wenn die katholische Kirche auch Bettelrorden umfaßte, so bedeutete das keineswegs, daß diese Mönche besonders arm waren und nicht ausreichend zu essen oder zu kleiden oder zu wohnen hatten.



Diese Maschine zum Kämmen der Wolle besteht ganz aus Holz und wurde bis vor wenigen Jahren mit Wasserkraft angetrieben.

Die Zeiten änderten sich mit dem Verfall der feudalen und dem Aufkommen der kapitalistischen Gesellschaft. Es begann ein grausamer Verfall der Lebenssicherheit der Menschen, und ein zunehmender Teil der Bevölkerung mußte oft hungern, sich in Lumpen kleiden und in jämmerlichen Verhältnissen Unterkunft suchen.

Die erste Wandlung der Situation beobachten wir in dem fortgeschrittensten kapitalistischen Lande, in England, als es den Arbeitern gelang, für einen Teil von ihnen 1847 den gesetzlichen Zehnstundentag durchzusetzen. Seitdem, also in den letzten rund 150 Jahren, haben im Kampf die Arbeiter, und in unserem Jahrhundert mehr und mehr auch die Angestellten, eine stete Verbesserung ihrer sozialen Lage durchgesetzt.

Nicht daß die Armut in den führenden kapitalistischen Ländern abgeschafft wurde. Aber die soziale Unterstützung in Zeiten der Not, sei es der Arbeitslosigkeit oder Krankheit oder der zunehmenden Anstrengung der Arbeit durch die Länge der Arbeitszeit, wurde ausgeweitet, und ebenso wurde durch ein Rentensystem die Not des Alters etwas gemildert. Ein Musterbeispiel in den achtziger Jahren unserer Jahrhunderts waren Schweden und Neuseeland; auch die Situation in der Bundesrepublik Deutschland war relativ(!) erträglich.

Eine völlig neue Situation: Eine gespaltene Konjunktur

Gegenwärtig geht eine grundlegende Wandlung der Situation vor sich. Sie sei zunächst an einem Beispiel illustriert. Am 20. Dezember 1993 veröffentlichte die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) folgende Perspektive für die Gestaltung der Verhältnisse in Europa (unter Ausschluß der Länder Osteuropas):

Jahr	Sozialprodukt/ Prozent	Arbeitslosigkeit/ Prozent
1993	- 0,2	10,7
1994	+ 1,5	11,4
1995	+ 2,6	11,5

Natürlich sind die einzelnen Zahlen bedeutungslos. Aber von größter Bedeutung ist die Richtung, in der sie sich bewegen. 1994 und 1995 eine Verbesserung der Konjunktur für das Kapital und eine Verschlechterung der Konjunktur für die große Masse der Bevölkerung durch Steigerung der Arbeitslosigkeit. Dazu kommt eine fortlaufende Senkung der Reallöhne und Realgehälter, wie sie das Kapital nicht nur plant, sondern auch in Ländern, in denen der Tiefpunkt der Krise seit längerem erreicht und der Aufschwung der Wirtschaft eingesetzt hat, wie in Großbritannien, auch durchgeführt wird. Dazu kommt, wie er dort, ebenso wie in Deutschland oder Frankreich, in Schweden und anderswo durchgeführt wird, ein rapider Abbau des Systems der sozialen Sicherung der Lage der Werktätigen.

1994 oder 1995 wird in den führenden Ländern des Kapitals die zyklische Krise ihr Ende finden und eine sich bessernde Konjunktur für das Kapital einsetzen. Für die große Masse der Bevölkerung aber wird sich die Lage mit steigender Arbeitslosigkeit, sinkendem Realeinkommen und zerfallendem Sozialsystem verschlechtern. Wir werden eine gespaltene Konjunktur haben, eine sich verbessernde für das Kapital und eine sich verschlechternde für die große Masse der Bevölkerung.

Marx würde sagen, wir erleben die ersten Schritte auf dem Wege in die Barbarei. Wie weit wir diesen Weg gehen werden, hängt einzig und allein vom Kampf der Werktätigen gegen das Kapital ab. ■

Prof. Dr. Jürgen KUCZYNSKI ist Historiker und Ökonom in der ehemaligen DDR (Berlin).

Rechtsentwicklung in den evangelischen Kirchen Osteuropas

Balázs NÉMETH

Ich konzentriere mich in meinen Ausführungen auf die osteuropäischen evangelischen Kirchen in der Zeit des Postkommunismus. Damit ist keineswegs gesagt, daß in den westeuropäischen Kirchen keine Rechtsentwicklung anzutreffen sei, aber während solche Tendenzen sich im Osten unverblümt und ungeschminkt artikulieren, werden sie im Westen geschickter kaschiert, verharmlost oder heruntergespielt.

Es muß allerdings vorausgeschickt werden, daß die spezielle Lage der evangelischen Kirchen in Osteuropa unterschiedliche Ausformungen der Rechtstendenzen bewirkt, wenngleich diese auch in den anderen Kirchen anzutreffen sind. Diese Unterschiede sind zuerst die Minderheitssituation der evangelischen Kirchen in Osteuropa. Auch in Ungarn, wo ihr Anteil am höchsten liegt, machen sie nur 25 Prozent der Bevölkerung aus, wogegen ihr Anteil sich in den meisten anderen Ländern unter der 10-Prozent-Marke bewegt. Der zweite Unterschied ist dadurch gegeben, daß die evangelischen Kirchen Nationalkirchen sind, die weder ein internationales Zentrum noch ein Oberhaupt außerhalb ihres Landes kennen; aber dafür ist bei ihnen ein starker Regionalismus anzutreffen.

Die Rechtsentwicklung in den evangelischen Kirchen Osteuropas artikuliert sich an verschiedenen Punkten, von denen die folgenden die bedeutendsten sind.

Restauration

1. Der erste Punkt ist eine allgemeine Tendenz zur Restauration.

Freilich wird sie nicht als solche genannt, aber es läuft darauf hinaus, wenn Kirchen ihre erste Aufgabe in der Wiedergewinnung all jener Besitztümer sehen, die sie vor 1945 besessen haben. In dieser Restituierung wird ein Akt der Gerechtigkeit gesehen. In vielen Ländern ist die neue staatliche Gesetzgebung diesen kirchlichen Bestrebungen gegenüber sehr großzügig (besonders da, wo die Evangelischen eine starke Minderheit bilden), um die Wählerschaft im kirchlichen Bereich für sich gewinnen zu können. In vielen Ländern beschleunigen die evangelischen Kirchen das Tempo der Rückgewinnung ihrer früheren Besitztümer aus Angst vor den nächsten Wahlen, die vielleicht die Ablöse einer rechtskonservativen Regierung durch eine liberale, womöglich durch eine sozialistische bewirken könnten. Diese Ungeduld hat auch bei vielen Christen, ja sogar in konservativen Kreisen, erheblichen Unmut ausgelöst. Dieser Unmut entzündete sich meistens an der Schulfrage.

Diese restaurative Tendenz, die das Rad der Geschichte auf die Zeit vor 1945 zurückdrehen und dort ansetzen möchte, wo die Kirchen ihre Positionen aufgeben mußten, spielt sich auf verschiedenen Ebenen ab.

Die erste ist die Forderung nach der Rückgabe der kirchlichen Schulen, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen und zum Teil auch landwirtschaftlicher Nutzflächen. Diese Rückgabe ist nicht nur mit äußeren Problemen verbunden – wie das vorhin erwähnte beschleunigte Tempo –, sondern auch mit ungeklärten kircheninternen Schwierigkeiten, wie die langfristige Finanzierung zum Beispiel der Schulen – und eine der Quantität entsprechende Qualität der Einrichtungen. In vielen Fällen geht der Wunsch der Kirchen über die Rückgabe der früheren Einrichtungen hinaus. Zum Beispiel in Ungarn wurde vor kurzem eine Universität der Reformierten Kirche mit drei Fakultäten eröffnet, obwohl sie eine solche Einrichtung früher nie besessen hatte.

Die zweite Ebene der Restauration äußert sich in der Wiederentdeckung von kirchlichen Persönlichkeiten der Zwischenkriegszeit als neue Leitfiguren. Konservative Kirchenmänner werden nur deshalb kritiklos präsentiert und geehrt, weil sie alte Werte verkörperten und antikommunistisch waren. Dabei wird nicht darauf geschaut, daß sie oft daneben nationalistische und rassistische Ansichten vertreten haben. Diese Personalisierung hat dazu beigetragen, daß die Lage der Zwischenkriegszeit verherrlicht wird, ohne auf die triste soziale Lage einzugehen. In diesen Rahmen paßt auch die starke kirchliche Präsenz bei der halboffiziellen Beerdigung des ungarischen Reichsverwesers Horthy, der der reformierten Kirche angehörte.

Die dritte Ebene der Restauration zielt auf die Rückgewinnung der gesellschaftlichen Positionen der Kirchen, die sie in der spätfeudalistischen Zeit gehabt haben. Wenn auch in den evangelischen Kirchen vom christlichen Abendland weniger gesprochen wird, dennoch inhaltlich sind sie der Ansicht, daß Politik, Kultur und Gesellschaft nach sogenannten christlichen Standpunkten ausgerichtet und die Kirche an den Schalt- und Repräsentationsstellen der Gesellschaft respektvoll und maßgeblich präsent sein muß.

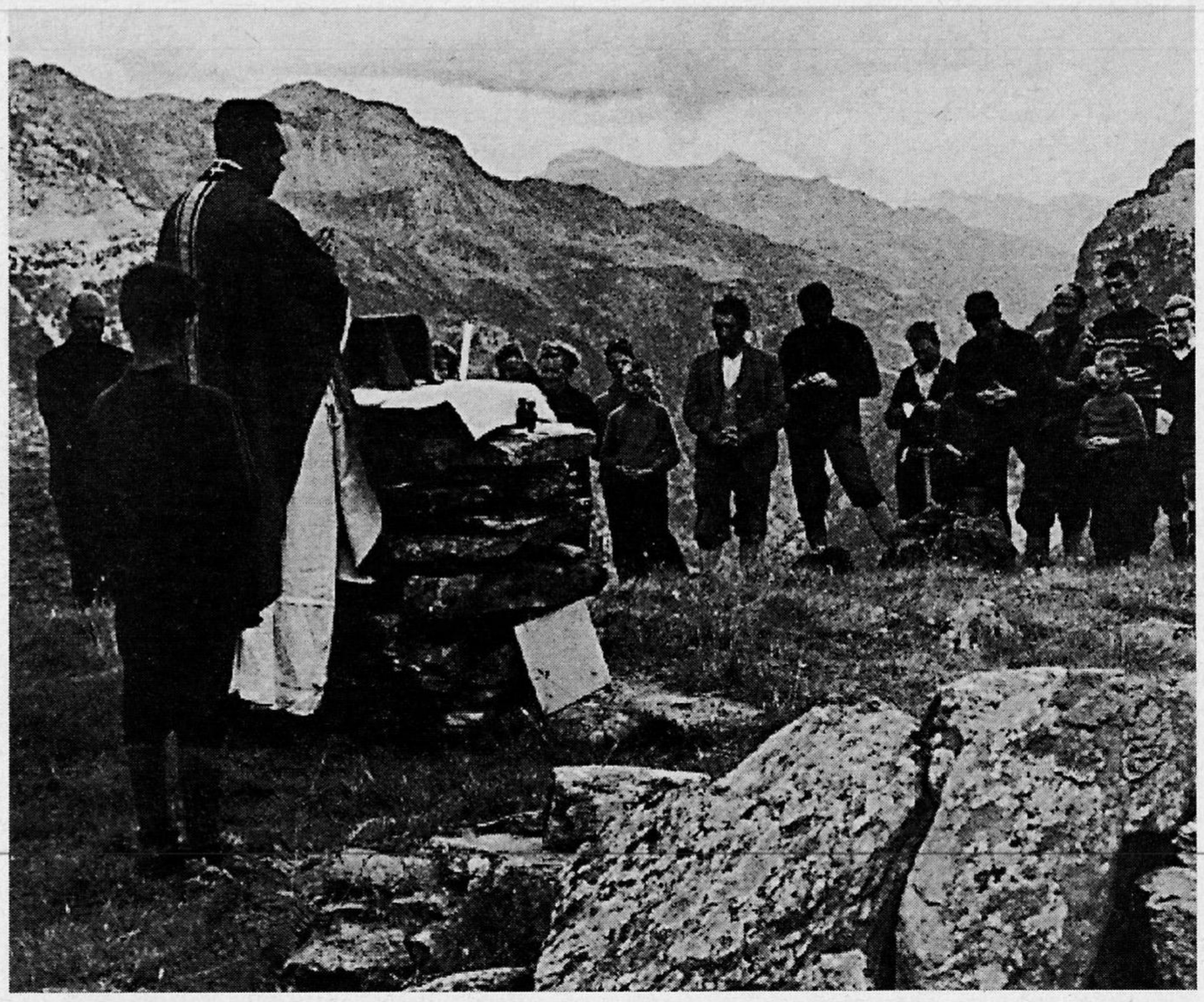
Da merkt man, daß Restauration ein rückwärts gewandtes Gesicht bedeutet, um Machtpositionen heute historisch legitimieren und die Lücke in einem ideologischen Vakuum ausfüllen zu können. Es wird dabei freilich mit dem früher Gewesenen selektiv umgegangen und aus der Geschichte nur das herausgeholt, was den Kirchen heute Vorteile bringt. Allerdings wird auch so die Diskrepanz zwischen Ideal und Realität sichtbar, da frühere Konstellationen nicht nahtlos auf eine veränderte Gesellschaft übertragbar sind.

Nationalismus

2. Nationalismus ist der zweite Punkt, wo Rechtsentwicklung in den evangelischen Kirchen sich äußert. Nach der Rückgewinnung früherer Positionen bezeichnen alle evangelischen Kirchen in Osteuropa den Dienst am eigenen Volk und die Pflege des nationalen Bewußtseins als ihre zweitwichtigste Aufgabe. Der nationale Gedanke – und überhaupt der Nationalismus – hat im evangelischen Bereich eine spezielle Affinität dadurch, daß seit der Reformation Bibel und Verkündigung mit der nationalen

Sprache und Kultur verbunden waren, im Unterschied zur „lateinischen" katholischen Kirche.

Freilich, das jetzige nationale Bewußtsein der evangelischen Kirchen geht über die nationale Kultur hinaus, weil in der kirchlichen Verkündigung wird sehr häufig zwischen Volk Gottes und dem eigenen Volk eine Identität geschaffen. Demzufolge wird die Pflege des nationalen Bewußtseins zu einer wichtigen, eigentlichen, kirchlichen Aufgabe. Es ist keine Seltenheit, daß Pfarrer ihre Zuhörer als Blutsbrüder und -schwestern ansprechen, um nur dieses eine Beispiel hervorzuheben, was eine fatale Ähnlichkeit mit der sogenannten Blut- und Bodenideologie der NS-hörigen deutschen Christen aufweist. Viele evangelische Kirchen gehören einer nationalen Minderheit an, und somit fallen oft kirchenleitende Aufgaben mit der Führung einer Minderheit zusammen.



In vielen kirchlichen Äußerungen schwingt unterschwellig die Zielsetzung mit, die Landesgrenzen nach der Fülle des nationalen Bewußtseins zu gestalten, auch wenn damit Grenzen und Friedensverträge verändert und bestehende Staaten aufgestückelt würden. Triebfeder von kirchlichen Einigungsbestrebungen sind oft weniger theologische als nationale Überlegungen nach dem Motto „Was einmal zusammengehörte, muß wieder eines werden."

Es ist ebenfalls symptomatisch, daß alle evangelischen Kirchen in Osteuropa für eine Rücknahme der sogenannten Fristenlösung eintreten; die Motive dafür sind allerdings nicht moral-theologischer sondern völkisch-nationalpolitischer Art, damit das eigene Volk nicht zu einem sterbenden Volk werde.

Überhaupt stachelt Angst den Nationalismus an. So betonen viele evangelische Predigten, daß das eigene Volk von Feinden umgeben sei, die es verschlingen möchten, und daß das eigene Volk in der Vergangenheit schon viel erlitten habe. Damit wird auf ein beliebtes Motiv hingewiesen, das „Golgatha" der eigenen Nation. Genauso erzeugt die Angst vor dem Verlust der völkischen Sauberkeit gewisse Feindbilder. Das Ergebnis davon ist: nur sehr weiche Stellungnahmen der Kirchen zur stärker werdenden Zigeuner-Diskriminierung und zur Problematik des Antisemitismus.

Im Schatten der antikommunistischen und angstmachenden Katze können Nationalismus und Rassismus gut gedeihen! Freilich, der kirchlich legitimierte und auch oft abgesegnete Nationalismus hat in Wirklichkeit eine ganz andere Funktion. Er lenkt von den brennenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen ab, er legitimiert das Ausblenden der sozialen Frage – die besonders deshalb obsolet geworden ist, da das Wort allein an den Sozialismus erinnert – und schließlich kittet er das nach der Wende eingetretene Auseinanderdriften der verschiedenen Strömungen in den evangelischen Kirchen. Es ist nicht schwer zu erraten, wie – langfristig gesehen – die nationalistische Botschaft der Kirchen als Ersatz für die Klärung der sozialen Fragen in einer Gesellschaft wirken kann, die unter den Folgen von Neoliberalismus, Arbeitslosigkeit und Verarmung zu leiden hat.

Antidemokratische Strömung

3. Die dritte Ebene der Rechtsentwicklung der evangelischen Kirchen im Osten kann als eine antidemokratische Strömung bezeichnet werden. In den evangelischen Kirchen ist das deshalb besonders schwerwiegend, weil sie in der Vergangenheit der katholischen Kirche gegenüber ihre demokratischen Strukturen hervorgekehrt haben, das heißt, daß die Kirchenorganisation von unten nach oben aufgebaut ist.

Diese neue antidemokratische Tendenz fängt bei den Strukturen selbst an, indem kirchenleitende Persönlichkeiten sich gegen jegliche Öffnung nach unten, gemäß einem westeuropäischen evangelischen Modell, sperren mit der Begründung, daß dadurch Chaos und Unordnung in die Kirchen einziehen würden.

Bereits der Liberalismus wird stark attackiert als bloße Tarnkappe des Kommunismus. Jegliche emanzipatorische Regungen, wie zum Beispiel Frauenemanzipation, werden ebenfalls mit derselben Argumentation diskreditiert, da sie nur kommunistische Erfindungen seien. Es gibt zum Beispiel bereits Bestrebungen in den baltischen evangelischen Kirchen, die bestehende Zulassung von Frauen zum Pfarramt rückgängig zu machen.

In der Vorstellungswelt der Kirchen besteht die Tendenz, die Rollenfixierung der Geschlechter, die Familienvorstellungen, bzw. die ethischen und sexuellen Normen der zwanziger Jahre zu übernehmen und zu heutigen Richtlinien zu erheben. Schriften in dieser Richtung finden großen Anklang, und bei der Anstellung von kirchlichen Angestellten finden diese Normen Anwendung. Die Hervorkehrung der „alten guten Sitten", im Gegensatz zur säkularen Welt heute, in Predigten, in Medien und auch in „Gartenlaube"-anmutenden Illustrationen in kirchlichen Druckwerken

weisen in diese Richtung.

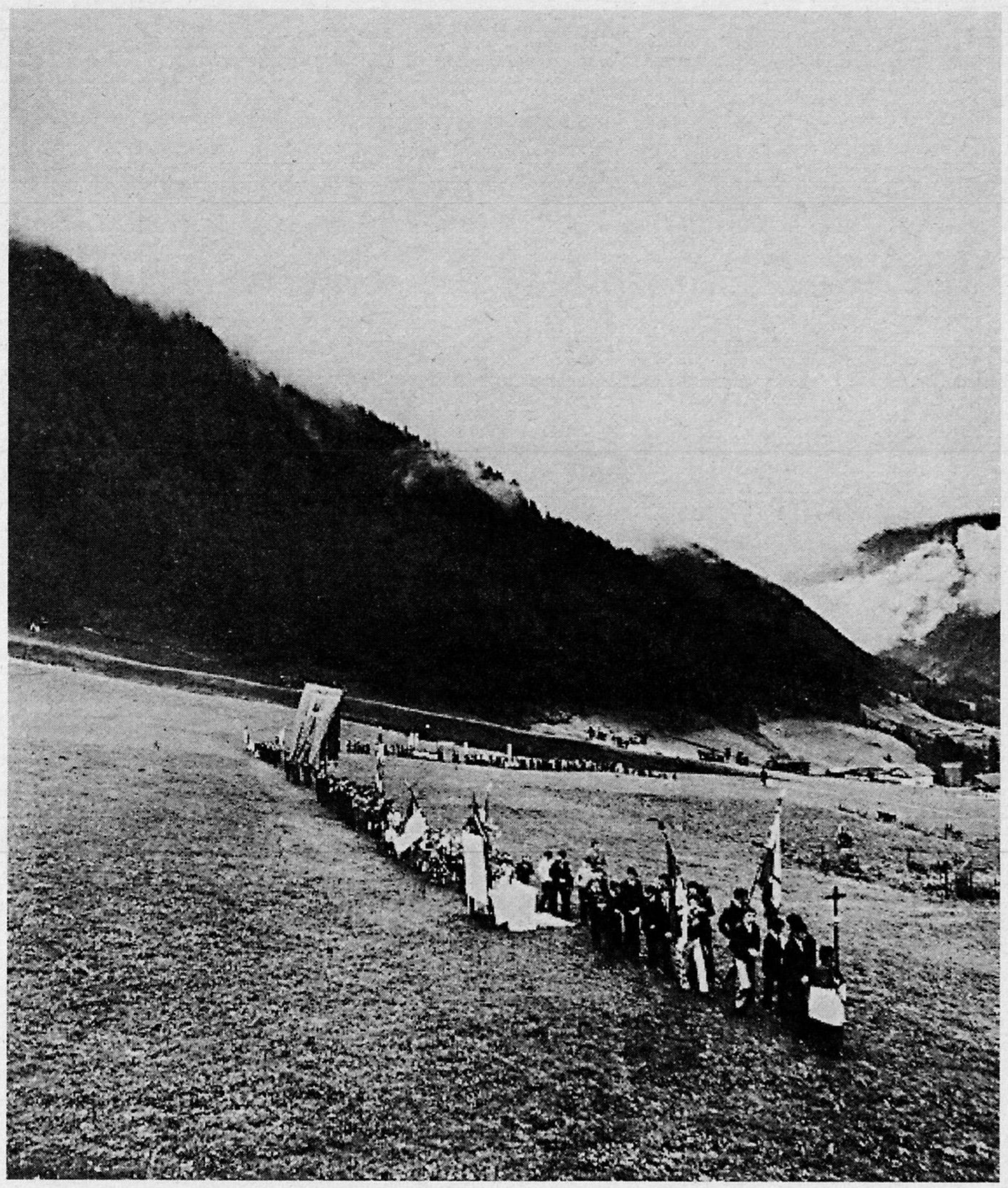
Hinter dieser antidemokratischen Tendenz verbirgt sich eine Sehnsucht nach patriarchalen Vorstellungen, als der Landadel tonangebend war, als noch „klare Verhältnisse“ geherrscht haben zwischen Himmel und Erde und somit auch zwischen oben und unten, zwischen Mann und Frau und zwischen Alt und Jung, und ganz besonders als die Kirchenbänke noch gesteckt voll waren und die Kirchen geachtet wurden. Dieser patriarchalische Zug, der von präsäkularen Zuständen träumt und bereits im Säkularismus den Vorboten des Kommunismus vermutet, kann mit der Zeit verhängnisvoll werden, ähnlich jenem Mann, der einen Sportwagen mit einem Fiaker-Zulassungsschein auf den Straßen Wiens in der Stoßzeit lenken will.

Fundamentalismus

4. Die vierte Ebene der Rechtsentwicklung in den osteuropäischen evangelischen Kirchen ist der sich breitmachende Fundamentalismus. Er hat im evangelischen Bereich nicht direkt mit irgendeiner personenbezogenen Autoritätshörigkeit zu tun, sondern mit der wortwörtlichen Inspiration der Bibel, der gegenüber man vorbehaltlos gehorsam sein muß. Gehorsam gegenüber kirchenleitenden Personen geschieht indirekt über dieses Bibelverständnis.

Diese Art von Fundamentalismus artikuliert sich als eine Absage an die historisch-kritische Methode der Bibelauslegung, und sie erobert langsam alle kirchlichen Ausbildungsstätten. Daneben wirkt sie intolerant jeglichem Pluralismus gegenüber. Diese Kritikfeindlichkeit wird popularisiert durch die Behauptung, daß kritischer Geist dem Kommunismus den Weg ebnet. Freilich, die Kritikfeindlichkeit springt auch auf gesellschaftliche Fragen über und diskriminiert jegliche Kritik an der jetzigen vorherrschenden Politik der Länder. Diese Kritikfeindlichkeit amputiert weitgehend das Bildungsengagement der Kirche, das jahrhundertelang die evangelischen Kirchen in diesem Raum ausgezeichnet hat.

Der Fundamentalismus macht aus Religion und Kirchlichkeit eine absolut subjektive und individuelle Sache, so daß gesellschaftliche Fragen als „sündhafte Weltlichkeit“ ausgeblendet werden. Das fördert einerseits den Irrationalismus und andererseit das



Entstehen von sektenartigen Gruppierungen auch innerhalb der Kirchen, die ihrerseits eine Bedrohung den Großkirchen gegenüber darstellen.

Die größeren evangelischen Kirchen können sich dennoch den fundamentalistischen Strömungen nicht entziehen, da besonders fundamentalistische Kirchen aus dem Westen den osteuropäischen Kirchen großzügige Subventionen gewähren als Nachklänge der früheren destabilisierenden und antikommunistischen Maßnahmen in Verbindung mit der CIA. Selbstverständlich kommt mit dem fundamentalistischen Geld auch der fundamentalistische Geist in die Kirchen des Ostens.

Keine Befreiungstheologie in Osteuropa

Freilich, diese Subventionen, aber damit auch die gesamten Rechtsentwicklungen in diesen Kirchen, dienen schließlich und endlich der Stabilisierung und Beruhigung der Bürger dieser Länder, in denen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Man denkt hier sofort an eine Lateinamerikanisierung Osteuropas, wobei den Kirchen die Rolle der Beruhiger zufällt. An einem Punkt gibt es allerdings einen gewaltigen Unterschied zu Lateinamerika: In Osteuropa gibt es keine Befreiungstheologie. Kirchenmänner und -frauen, die in diese Richtung denken, würden sofort als Kryptokommunisten stigmatisiert. Jene protestierende und kritische Haltung, die evangelische Kirchen früher in Osteuropa gekennzeichnet hat, ist verstummt. Oder sie spielt sich nur hinter den „vier Wänden“ ab. Eine evangelische Kirche allerdings, die diesen für sie so genuinen Geist begraben hat, ist nahe daran, ihr eigenes Grab auszuheben. ■

Balázs NÉMETH ist evangelischer Pfarrer.

Christof Parnreiter
Migration und Arbeitsteilung

AusländerInnenbeschäftigung
in der Weltwirtschaftskrise

Promedia-Verlag, Wien 1994,
224 Seiten, 240 Schilling

Migration ist das zentrale Thema der neunziger Jahre. Ihre Entstehung, ihre Funktion und ihr konkretes Erscheinungsbild stehen im Mittelpunkt dieses Buches. Migration wird als strukturell notwendiges Phänomen der Weltwirtschaft und nicht als millionenfach getroffene Einzelentscheidung analysiert. Dabei wird vor allem der Zusammenhang von Migrationsmustern und Umbrüchen in der internationalen Arbeitsteilung beleuchtet. Die vorliegende Studie zeigt – konkretisiert am Beispiel Österreich –, daß die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft überall zum Entstehen neuer Wanderungen führte beziehungsweise traditionelle Migrationen verändert hat. Damit sind neoklassische Interpretationen, die ein quasi naturgesetzliches Wanderungsverhalten von „arm" zu „reich" postulieren, widerlegt.

isw **sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V**
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Analysen des isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-reports
(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 25,- DM)
Der Gipfel, diese Weltwirtschaft? (März '92)
Mit Energie ins Treibhaus (Juni 1992)
EG - Vom Supermarkt zur Supermacht? (Oktober '92)
Friedensdividende oder neue Rüstungsrenditen? (Januar '93)
Isw-forum: Wirtschafts- und Militärmacht EG (April 1993)

isw-spezial
Kapitalmacht in Deutschland (August 1991), DM 7,- + Porto
Billigstrom für die Großindustrie (Oktober '92), DM 5,- + Porto
Siemens Bilanz- und Konzernanalyse, (Mai '93), DM 5,–+ Porto
Reiche Industriestaaten - Arme "Dritte Welt" (April '93), 5,- + P.

isw-wirtschaftsinfo
Gegen die Asyllügen, DM 2,- + Porto
Solidarpakt, Sozialabbau, Standortdebatte DM 3,- + Porto

isw e.V., Georg-Wopfner-Straße 46, 80939 München
Konto Sparda Bank München Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Austauschinserat

Gefahr aus der Mitte

Jürgen Trittin, Gefahr aus der Mitte - Die Republik rutscht nach rechts, Verlag die Werkstatt, Göttingen 1993, 200 Seiten, 187 Schilling.

Wenn Asylwerberheime brennen oder türkische „Gastarbeiter" ermordet werden, dann waren es immer Skinheads, wirre Einzeltäter, jugendliche Modernisierungsverlierer. Die politische Klasse der BRD bedauert, verurteilt oder zündet schon mal ein Kerzerl an in einer Lichterkette, um dann zur Tagesordnung überzugehen. Die heißt dann: Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, Aushandeln eines Sozialpakts, Verabschieden des Asylwerberleistungsgesetzes, Maßnahmen setzen zur Sicherung Deutschlands als Industriestandort oder Warnen vor den verheerenden Folgen der organisierten Kriminalität.
Trittin zeigt, woher der Rechtsruck kommt, „nicht von verwirrten Glatzköpfen oder reaktionären Greisen am Rechten Rand der Gesellschaft. Vielmehr ist er im Zentrum der politischen Klasse entwickelt und umgesetzt worden." Drei Pfeiler dieser rechten Politik aus der Mitte der Gesellschaft macht Trittin aus: ökonomische und soziale Deregulierung, Rassismus und Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik. Die Ideologie, mit der das alles durchgesetzt wird, bezeichnet er als „Wohlstandschauvinismus". Zentraler Punkt dieser, nicht nur auf die BRD beschränkten, Ideologie: der „nachdrücklich vertretene Anspruch auf Teilhabe am Reichtum", eine aggressive Verteidigung des eigenen Wohlstandes, der als quasi naturgegeben angenommen wird, gegenüber schwächeren Menschen und schwächeren Kulturen. Ein neuer Rassismus ist ebenso Bestandteil dieser Ideologie wie das Hinnehmen von Gewalt als Mittel der Konfliktlösung. Sie ist eine „Radikalisierung des Leistungsprinzips, wonach den Benachteiligten (...) die Schuld für ihre Lebenslage selbst zuzuschreiben ist, und die Wohlhabenden ihren Besitz aggressiv gegen ‚fremde' Ansprüche verteidigen."
Trittin zeichnet in den genannten Bereichen die Entwicklungen der Jahre seit der Wiedervereinigung Deutschlands nach. Die Sozialpolitik im einig Vaterland ist charakterisiert von der Umverteilung von unten nach oben, von einem „Solidarpakt", der die Lasten der Wiedervereinigung auf die Schultern jener lädt, die ohnehin schon unter den Folgen der Krise leiden und schließlich von der Ausgrenzung aller jener „die im politischen System bereits am schwächsten oder überhaupt nicht repräsentiert sind: Frauen, Alte, AusländerInnen und Menschen mit wenig ‚kulturellem Kapital'."
Ausgegrenzt wird entlang ethnischer Linien, bestehende Benachteiligungen der nichtdeutschen Bevölkerung (wie das Vorenthalten demokratischer Mitbestimmung), werden neue hinzugefügt.
Der mit der Asyldebatte von der CDU/CSU planmäßig wieder hoffähig gemachte Rassismus schafft auch neue Feindbilder. Die plötzliche Feindlosigkeit nach dem Ende der realsozialistischen Staaten rief den Bedarf nach neuen Feindbildern hervor. Die armen Fremden, Flüchtlinge, Asylwerber boten die ideale Zielscheibe für die, vor einer Umverteilung der globalen Reichtümer zitternden, reichen Deutschen. Trittin resümiert: „Am Anfang stand die Asyldebatte, (...) am Ende die (...) fest etablierte, nun nicht mehr latent, sondern offen rassistische Ideologie."

„Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese auswei-ten", wird Kanzler Kohl am Beginn des Teils über die neuen Weltmachtgelüste der BRD zitiert. Was braucht man mehr, um die Gefahr eines von ihren friedensstaatlichen Fesseln befreiten Deutschland zu erkennen.
Wie in den vorhergehenden Abschnitten zeigt Trittin, wie die SPD auf die Linie der rechten Regierung einschwenkt anstatt ihr entgegenzusteuern. In der Frage von Außen- und Friedenspolitik geht er auch mit seiner eigenen Partei, den Grünen ins Gericht. Nicht nur, daß sie die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die Bundesregierung mitgetragen haben, fordern die deutschen Grünen auch eine militärisch-humanitäre Intervention am Balkan. Ein Beispiel unter vielen, daß klare Antworten von Seiten einer (linken) Opposition fehlen. Die finden sich nur bei den Rechten.
Angesichts einer nach dem Wahljahr 1994 drohenden großen Koalition kann man, so Trittin, nur versuchen, das Schlimmste zu verhindern. Dazu müssen die Grünen versuchen, eine „Sperrminorität gegen die Ellbogengesellschaft" zu organisieren. Dazu gehört erstens das im politischen Diskurs inzwischen zentrale Thema der sozialen Gerechtigkeit zu besetzen, zweitens sich mit klaren Alternativen zu profilieren und drittens in den Länderparlamenten rotgrüne Koalitionen anzustreben. Letzteres sei, meint Trittin, das wirksamste Mittel, verschiedene Entwicklungen auf Bundesebene (über die Länderkammer) zu verhindern.
Viele Dinge, die Trittin zur Untermauerung seiner These von der Gefahr aus der Mitte vorbringt, sind selbst für einen österreichischen Beobachter keine Neuigkeit.
Auch dürfte schon mancher/m angesichts des „Asylkompromisses" oder der deutschen Soldaten in Somalia, gedämmert sein, daß die wahre Gefahr nicht von ein paar Neonazis, sondern von Herren wie Kohl, Schäuble oder Kanther ausgeht. Die Antwort auf die Frage, wie die politische Hegemonie der Rechten tatsächlich zustande kommt, und was man/frau, außer die Grünen wählen, auf daß sie „das Schlimmste verhindern", noch tun könnte, damit sich daran etwas ändert, bleibt Trittin schuldig (womit er allerdings nicht allein steht).
Interessant sind natürlich die vielen Parallelen zur Situation in Österreich, wenngleich hierzulande die Rechtsentwicklung wesentlich weiter fortgeschritten zu sein scheint als beim großen Bruder im Norden. Daß ein Beharren auf klaren Positionen und ein aktives Herangehen an sozialpolitische Themen die einzigen Möglichkeiten sind, einer politischen Marginalisierung zu entgehen, sollten sich die österreichischen Grünen zu Herzen nehmen. Es könnte nämlich leicht sein, daß sie heuer dieselbe schmerzliche Erfahrung wie ihre deutschen KollegInnen 1990 machen – nämlich aus dem Parlament zu fliegen.

Herbert Langthaler

Richtigstellung

Sorry, beim Abtippen des Leserbriefes von Franz Kain in »Weg und Ziel« 1/1994 wurde etwas vergessen...
Im zweiten Absatz steht:
„Durch die Besinnung auf die eigene Nation und nicht nur für weise linke Edelknaben..."

Es muß stattdessen heißen:

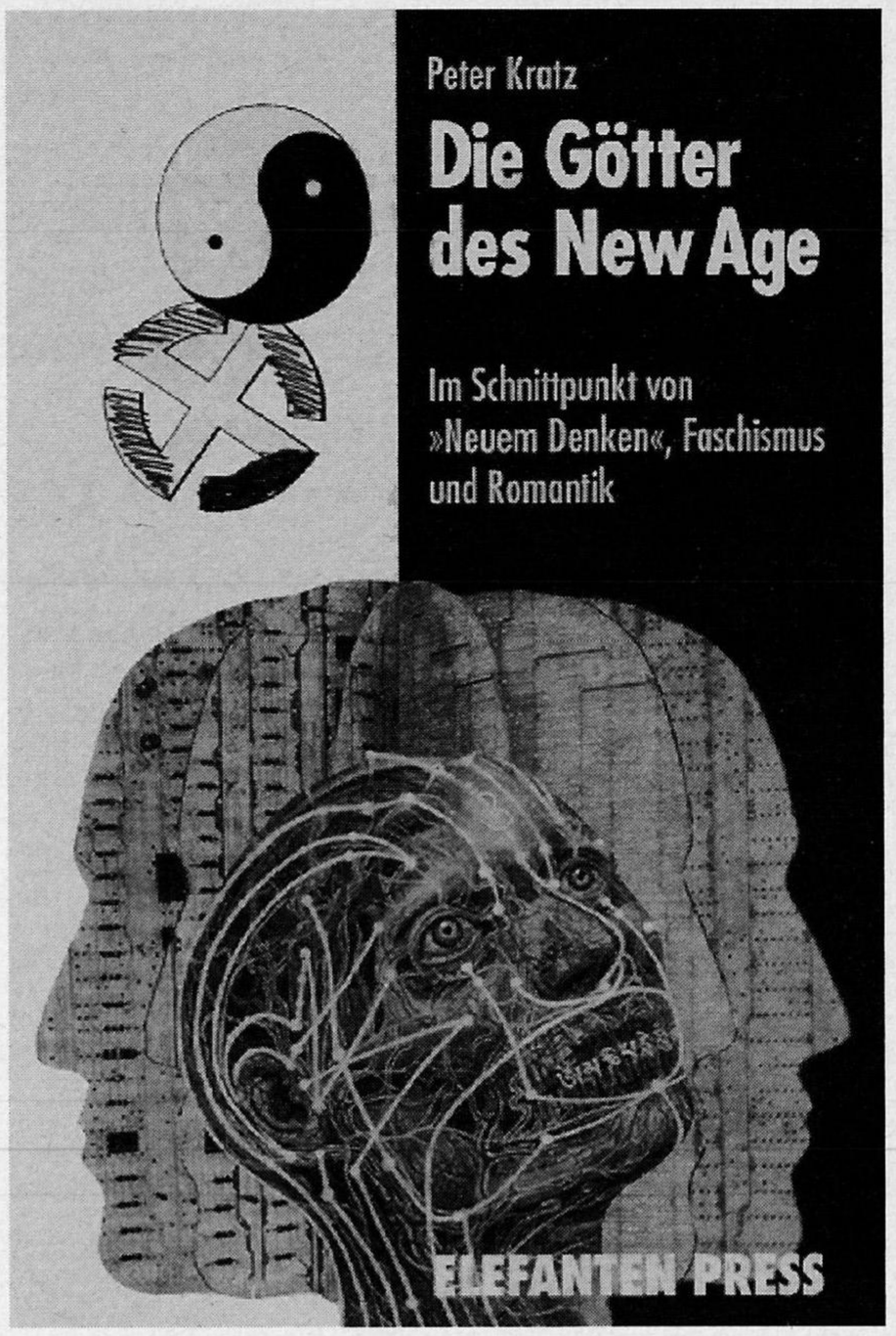
„Durch die Besinnung auf die eigene Nation und deren Kraftquellen. Die Argumente müssen zu gebrauchen sein, nicht nur für weise linke Edelknaben..."

Antifaschistische Literaturliste

Antifaschistische Literaturliste: Kommentierte Auswahlbibliographie 1993/94. Aus dem Inhalt:

- Grundlagenliteratur und Einführungen,
- Faschismus 1933–1945: Herrschaftsstrukturen, Alltag und Kultur im NS-System, Konzentrationslager, Auslese und Ausmerze durch Zwangsarbeit und Konzentrationslager, Geschichte der Juden – Judenverfolgung – Judenvernichtung, Juden im Ghetto – Juden im Widerstand, Opposition und Widerstand, Emigration und Exil,
- Kontinuitäten,
- Antisemitismus – Rassismus – Sexismus,
- Neofaschismus – Neue Rechte,
- Flucht und Migration,
- Weitergehende Diskussionen,
- Romane und Erzählungen,
- Kinder- und Jugendliteratur,
- Zeitschriften – Archive – Videos

Herausgegeben vom Buchvertrieb Anares Nord, Unrast-Verlag, Münster 1993, 71 Seiten, 39 Schilling
ISBN 3-928300-17-2
Erhältlich im Buchhandel oder bei ANARES NORD: Postfach 2011, D-3135 Sehnde-Ilten.



Der Autor
Peter Kratz, geboren 1953, Diplom-Psychologe, Leiter des Bonner Instituts für Faschismus-Forschung und Antifaschistische Aktion, langjähriger Publizist in Sachen Neofaschismus, u.a. Mitherausgeber von „In bester Gesellschaft. Konservativismus und Neo-Faschismus", Verlag die Werkstatt, Göttingen 1991.

Peter Kratz, Die Götter des New Age. Im Schnittpunkt von „Neuem Denken", Faschismus und Romantik, Elefanten Press, Berlin 1994, 360 Seiten, 312 Schilling.

Die Hinwendung zum New Age, zum Spirituellen, zur religiösen Bewegung hat nach wie vor Konjunktur. Bereits zwölf Prozent des bundesdeutschen Buchhandelsumsatzes wird mit esoterischen Schriften erzielt. Das „neue Denken" ist aber oft genug ein altbekanntes. Zahlreiche autoritär strukturierte Sekten und rechtsextremistische Zirkel haben dort ihren Einfluß gesucht und gefunden. Diese spirituellen Gruppen und Sekten werden nach Meinung von Peter Kratz meist falsch eingeschätzt: als romantisch, aufs Jenseits bezogen, am Materiellen desinteressiert, als sanft, naturliebend und menschenfreundlich. Er unterzieht daher das „ganzheitliche Weltbild" seit der Romantik einer kritischen Betrachtung und zeigt, wie im New Age heute das Potential für eine autoritäre Gesellschaft erwächst.
Seine These: Das „ganzheitliche", naturreligös orientierte Weltbild vieler New-Age-Strömungen weist wesentliche Parallelen zur (neo)faschistischen und völkischen Ideologie auf. Selbst New-Age-Denker wie Rudolf Bahro und Hubertus Mynarek, die sich selbst vom Faschismus abgrenzen, verfolgen dennoch elitäre gesellschaftliche Utopien, in denen gegen emanzipatorische Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität verstoßen wird.
Seine Schlußfolgerung: Das „neue Denken" bietet die tatsächlich oder quasi religiösen Rechtfertigungen für ein antiemanzipatorisches Modernisierungsprogramm, in dem sich die Großkonzerne – vor allem in der Atom-, Gen- und Weltraumtech-nologie – zu „Göttern des Diesseits" aufschwingen. Dies liefert auch eine Erklärung für die Beliebtheit des „neuen Denkens" bei Managern und auf „Superlearning"-Seminaren der Industrie: Wesentliche Elemente des New Age lassen sich hervorragend zur militanten Durchsetzung ökonomischer Interessen des Kapitals benutzen.

Vorwort

Am 11. und 12. März 1994 fand in den Räumlichkeiten der Volkshochschule Favoriten in Wien das Symposium „Österreichische Integrationspolitik nach Maastricht - Perspektiven, Alternativen" statt.
Die Veranstaltung wurde somit vor dem Hintergrund aktuellster Entwicklungen abgehalten: Unmittelbar die Tage zuvor wurden in Brüssel die Ministerverhandlungen über die Bedingungen und Auflagen für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union geführt und am 10. März die - im eigentlichen Wortsinn - fragwürdigen Verhandlungsergebnisse präsentiert.
Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, wird Österreich Mitglied der Europäischen Union. Grundelemente der österreichischen Staatlichkeit werden dabei zum Nichtthema erklärt. Der international und völkerrechtlich anerkannte Status der Neutralität, der sich in der zukunfts- und nicht bloß gegenwartsorientierten Konzeption einer dynamischen, aktiven Neutralitätspolitik versteht, wurde aus den EU-Verhandlungen schlicht wegdekretiert. Geflissentlich übernahmen die österreichischen Medien diese Gangart. Eine grundsätzliche Diskussion der EU-Integration, eine Auseinandersetzung mit den Perspektiven und möglichen Alternativen findet in der „Informations"kampagne der Bundesregierung nicht statt.
Dem entgegenzutreten, Impulse gegen die Defizite in der öffentlichen Debatte um die europäische Integration zu setzen - das war die Zielsetzung des Symposiums vom 11./12. März. Eine bemerkenswerte Zahl von Persönlichkeiten, überwiegend aus der Wissenschaft, haben sich an diesem Symposium unhonoriert als ReferentInnen und ArbeitskreisleiterInnen beteiligt und traten als VeranstalterInnen des Symposiums für eine eigenständige Stellung Österreichs in der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft ein.
Die Volksabstimmung über das verfassungsrechtliche Ermächtigungsgesetz ist - nach heutigem Stand - für den 12. Juni 1994 terminisiert. Selbst das Erfordernis dieser Volksabstimmung als notwendige Folge der Gesamtänderung der Bundesverfassung durch einen EU-Beitritt war nicht von vornherein unstrittig und wurde die inzwischen "offizielle" Rechtsansicht erst über massive Informationsarbeit EU-kritischer Stimmen bewirkt.
Mit der Volksabstimmung wird nur über zwei grundsätzliche Alternativen entschieden: Während ein Nein Handlungsspielräume offen läßt, auch für die Zukunft eine demokratisch legitimierte Gestaltbarkeit der globalen Integration Österreichs schafft, ist ein Beitritt zur Europäischen Union nach geltendem Unionsrecht ein irreversibler Schritt.
Im Namen des VeranstalterInnenkreises sei nochmals allen Beteiligten herzlich für ihre Mühe gedankt.

Wien, am 15. April 1994 Dr. Ingo Riß

Die Dokumentation dieses Symposiums erscheint demnächst mit bisher eingelangten Beiträgen von:

Mag. Josef Baum, DDr. Nikolaus Dimmel, Mag. Dr. Gerda Falkner,
Univ.-Prof. Dr. Johann J. Hagen, Mag. Gerhard Hovorka,
Bundesminister a. D. Dir. Erwin Lanc, RA Dr. Alfred Noll, Univ.Prof. Dr. Kurt Rothschild,
Univ.Prof. Dr. Thomas Schönfeld.

Zu beziehen über: RA Dr. Ingo Riß, 1070 Wien, Neubaug.71

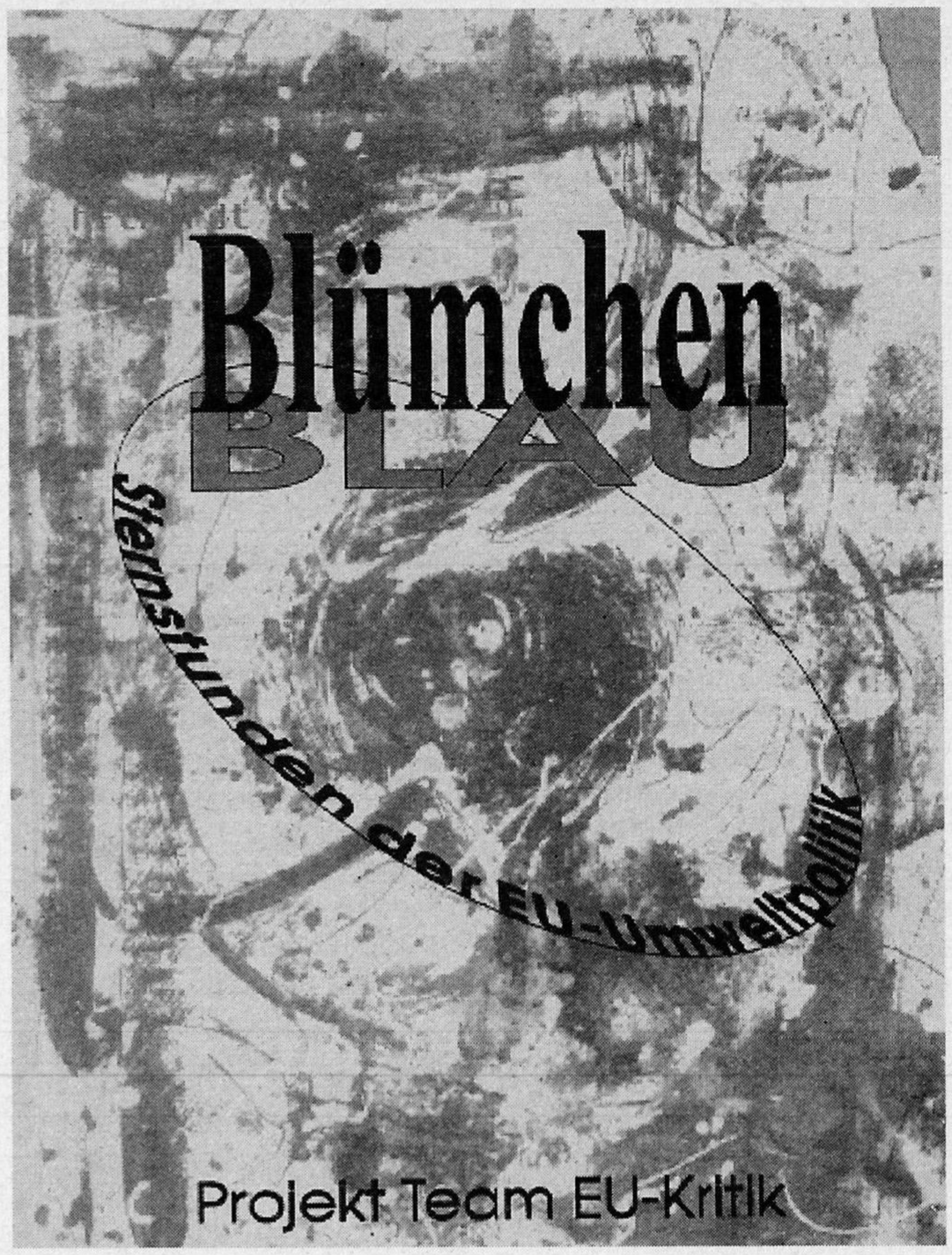
Dokumentation des Symposiums vom 11./12. März 1994 Volkshochschule Favoriten

Österreichische Integrationspolitik nach Maastricht – Perspektiven, Alternativen

Einleitung der Broschüre Blümchen Blau

Die Diskussion um das Thema „EU* und Umwelt" wird derzeit in Österreich sehr verkürzt geführt.
Einerseits wird von Regierungsseite das Thema auf vorhandene oder schon gelöste Anpassungsprobleme Österreichs für einen eventuellen EU-Beitritt reduziert.
Andererseits wird die EU meist nur an ihren Aktionsprogrammen und Umwelt-Richtlinien bewertet, ohne die Umsetzung der Richtlinien sowie die strukturellen Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Umwelt zu beleuchten.
Die vorliegende Broschüre erhebt den Anspruch, diese Informationsdefizite zu beheben. Das erste Mal soll der Bevölkerung eine umfassende und kritische Information zum Thema EU und Umwelt zur Verfügung gestellt werden.
Diese Information reicht von den rechtlichen Grundlagen und der Geschichte der EU – Umweltpolitik bis zu den verkehrserregenden extrem arbeitsteiligen Strukturen des Binnenmarktes. Es finden sich sowohl Beispiele zur Judikatur der Umweltrichtlinien, zu verschiedenen „Mitterndorfer Senken" der EU, als auch die Inhalte und Aussagen verschiedener, teilweise lange geheimgehaltener EU-interner Studien zum Thema.
Blümchenblau bietet keine Aufzählung aller gesetzlichen Richtlinien in der EU.
Sie möchte, über die rein juristische Sicht hinaus, die Themenkreise zur Umweltpolitik in der Erkenntnis erweitern, daß Umweltschutz nicht beim Artenschutz beginnt und bei Pfandflaschen endet, sondern daß vielmehr alles Wirtschaften unsere Um- und Mitwelt beeinflußt.
Da die Auswirkungen dieses Wirtschaftens nicht an den Grenzen Österreichs Halt machen und darüberhinaus die Bundesregierung seit Jahren eine konsequente EU-Annäherungspolitik betreibt, soll der Horizont der Broschüre über die Beitrittsverhandlungen und die Volksabstimmung hinausreichen.
Dennoch erscheint es unabdingbar, zu einigen „Highlights" der staatlichen „Information" Stellung zu nehmen. Als Beispiel sei hier die Diskussion um die Geltungsdauer des Transitvertrages angeführt. Nach Ansicht des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes, sowie der EG-Kommission, erst kürzlich durch den EU-Botschafter in Österreich, Pirzio Biroli verlautbart, ist eine „Haltbarkeit" des Vertrages über einen eventuellen EU-Beitritt Österreichs nicht möglich, da er dazu in das EU-Primärrecht aufgenommen werden müßte.
Nur die Bundesregierung und ihre EU-Staatssekretärin Ederer ist anderer Ansicht. Ihre Argumentationslinie verläuft folgendermaßen: Österreich tritt der EU nur bei, wenn der Transitvertrag aufrecht bleibt. Die EU braucht Österreich, ergo wird sie einer Aufnahme des Vertrages in das EU-Primärrecht (z. B.: Römer Verträge, Verträge von Maastricht) zustimmen.
Zu zeigen, daß die Welt auch im Umweltbereich nicht so einfach funktioniert, ist ebenfalls ein Ziel dieser Broschüre.
Ob die EU und der Binnenmarkt die Instrumente für die Lösung dieser globalen Probleme bieten, soll mit dieser Broschüre geklärt werden.

* Durch das Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht wurde aus der Europäischen Gemeinschaft die Europäische Union. Wir verwenden, der besseren Lesbarkeit wegen, durchgängig den Begriff EU. Ausgenommen davon sind lediglich Zitate.



Blümchen Blau

Sternstunden der EU-Umweltpolitik

Herausgegeben vom Projekt-Team-EU-Kritik
Wien, Februar 1994

Erhältlich bei: Kritische Europa Information,
Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien,
Tel: 0222/535 11 06
87 Seiten, 50 Schilling

Verletzende Staatsgewalt

Hans Höller: Thomas Bernhard, Rowohlt-Verlag, Hamburg 1993 (rororo Monographie rm 504), 85 Schilling.

Um auf den Spuren Thomas Bernhards wandeln zu können, ist das Ehepaar extra aus Tirol ins oberösterreichische Ohlsdorf gereist. Bereitwillig führt der Ohlsdorfer Kirchenwirt die beiden Tiroler durch die Fotoausstellung über die Landschaften in Thomas Bernhards Romanen, die im Kellergewölbe des Gasthauses aufgebaut ist. Beim Kirchenwirt allerdings habe Bernhard nur höchst selten verkehrt, muß er zugeben. Zu seinen Lebzeiten haben die Ohlsdorfer den umstrittenen Dichter auch nicht so besonders gern gesehen, doch fünf Jahre nach seinem Tod steht für einige Tage ganz Ohlsdorf im Zeichen Thomas Bernhards. Der Kirchenwirt ist plötzlich ein profunder Bernhard-Kenner und die Gemeinde hat sogar Wegweiser aufgestellt, um den Literaturtouristen die Fahrt zum Bauernhof Bernhards im nahen Obernathal zu erleichtern. Daß mehr als 1500 Menschen während dieser Bernhard-Tage im März nach Ohlsdorf gepilgert sind, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Verhältnis des Dichters zu diesem Ort in der Nähe von Gmunden ein gespaltenes gewesen ist. Wer heute in Ohlsdorf und Umgebung auf den Spuren Berhards wandelt, erlebt vom freundlichen Kirchenwirt bis Obernathal eine Idylle. Liest man jedoch in der kürzlich im Rowohlt-Verlag erschienenen Bernhard-Monographie von Hans Höller nach, so muß man bald feststellen, daß hier etwas in Österreich sehr Typisches passiert ist. Als er noch lebte, haßte man den international anerkannten Künstler, nach seinem Tod stellt man ihn auf einen Sokkel und verehrt ihn andächtig. Sicherlich nicht zuletzt deswegen, weil er plötzlich überregionale Aufmerksamkeit auf das verschlafene Ohlsdorf lenkt und damit auch – und wahrscheinlich gar nicht so wenig – Geld bringt.

Hans Höller, im zehn Kilometer von Ohlsdorf entfernten Vöcklabruck geboren und aufgewachsen, hat sich bereits in seiner Dissertation mit Thomas Bernhard beschäftigt. Der Rowohlt-Verlag selbst trat dann vor rund zwei Jahren an den Dozenten des Germanistischen Instituts der Salzburger Universität heran und beauftragte ihn mit der Erstellung einer Monographie über Bernhard. Unter schwierigsten Bedingungen, was die Einsicht in den Bernhard-Nachlaß anbelangt, gelang es Hans Höller, eine Monographie vorzulegen, die sich von jeder Verklärung fernhält und das Phänomen Thomas Bernhard sehr sachlich zu entschlüsseln versucht. „Wie aber konnte es kommen, daß der österreichische Staat für Thomas Bernhard zu einem Gegenüber wurde, das seinen ganzen Haß und Abscheu immer aufs neue auf sich ziehen konnte?", fragt Hans Höller in seinem Einleitungskapitel und weist damit auf das zentrale Thema seiner Monographie hin. Nicht in den Kränkungen des Schriftstellers in seinen letzten Lebensjahren sieht Hans Höller die Ursache für Bernhards Staatsekel und Geschichtshaß, sondern in der Kindheit. „Man muß sich vergegenwärtigen, daß der junge Thomas Bernhard zunächst die staatlichen Bildungs- und Erziehungsinstitutionen in der Zeit des autoritären österreichischen Ständestaats und ... in Heimen und Schulen des NS-Staats durchläuft... Worauf es ihm ankommt, vermittelt die literarische Sprache indirekt über die Bilder: die tiefgehende Verletzung eines Ich durch die staatlichen Institutionen", schreibt Höller. Der durch seine uneheliche Geburt geprägte Thomas Bernhard habe einen lebensgeschichtlichen Staatskomplex davongetragen. Vor allem auch deshalb, weil schon der Schüler im Jahr 1945 erkennen habe müssen, daß nichts Neues begonnen habe. „1945 war keine Zäsur, höchstens an den autoritären katholischen Ständestaat war angeschlossen worden." Wie ein roter Faden zieht sich die als verletztend erlebte Staatsgewalt durch das Leben Thomas Bernhards. Das so besonders heftig bekämpfte und umstrittene Stück „Heldenplatz" erscheint somit nur als Endpunkt einer langen Entwicklung, eines „jahrzehntelang geführten literarischen Diskurses". Dieser psychoanalytische aber zugleich auch hochpolitische Ansatz ist es, der Hans Höllers Monographie abhebt von bisherigen Auseinandersetzungen mit dem Dichter und den Menschen Thomas Bernhard begreifbar macht.

Judith Gruber

„Lernen" – „eine Spur verfolgen"

Klaus Holzkamp: Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung, Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1993, 592 Seiten, gebunden, 765 Schilling.

Der nächste Schulschluß kommt bestimmt. Ein Buch, gerade recht zur Vorbereitung darauf, könnte man meinen, wenn man sich jährlich wiederholten Warnungen vor Familientragödien schlechter Zeugnisse wegen in Erinnerung ruft. Das ist die Zeit, in der Ratschläge von Schulpsychologen im Radio zu hören sind. Die Noten sollten nicht überbewertet werden. Das Kind müsse wissen, daß es den Eltern als Mensch wichtig ist, unabhängig von seiner „Leistung". Die „Leistung" dürfe aber ja nicht zu gering geachtet werden, weil damit dem Kind Desinteresse signalisiert würde. Was kann nun noch schiefgehen?

Daß die Noten (oder nach den Reformvorschlägen soll'n's für die Volksschüler/innen verbale Beurteilungen sein) die Bewertung der Leistungen eines Jahres wären, darin scheinen sich ziemlich alle einig zu sein. Feri Thierry, Obmann der VP-nahen Union höherer Schüler, ist für die Beibehaltung der Schulnoten, weil er findet, „daß ein Schüler ein Recht hat zu wissen, wie der Lehrer seine Leistungen beurteilt". (»Die Presse«, 13. 7. 1993) Gegen eine verbale Beurteilung ist Herr Thierry, „weil man damit der Willkür des Lehrers die Tür **noch** weiter öffnet". Nicht nur das Eingeständnis der Willkür der Benotung ist in dieser Äußerung enthalten, es fehlt auch die Andeutung einer Begründung, warum die eine Beurteilungsform mehr oder weniger willkürlich wäre als die andere. Nicht nur der UHS-Obmann könnte bei Holzkamp lernen, daß er jener Mystifikation aufsitzt, die eine Zahl per se mit rationalem Urteil identifizieren. Holzkamp zeigt, daß die behauptete quantifizierte Rückmeldungsfunktion schon aus elementaren meßtheoretischen Gründen scheitern muß, weil „die hier eingeführten Zahlenwerte keineswegs (nach Art einer Ratioskala) auf einen Nullpunkt beziehbare Leistungsquanten repräsentieren: Es ist durch nichts begründbar, daß die 3 des einen Schülers in der einen Klasse und die 3 des anderen Schülers in einer anderen Klasse tatsächlich für die gleiche Leistungshöhe stehen. Darüber hinaus ist (da die Noten ja nicht nach test- bzw. meßtheoretischen Kriterien ‚geeicht' sind) nicht einmal garantiert, daß der Abstand zwischen den Noten ... gleiche Leistungsdifferenzen abbildet (Intervallskala)" (S. 367-368). Im weiteren führt Holzkamp aus, wie die machtökonomische Funktion der Notengebung erwächst aus der Verteilungsfunktion bei behaupteter Einheitlichkeit der Notengebung unter der schulischen Bedingung der Totalität des Bewertens, die von allen Beteiligten mitgetragen und reproduziert wird. Dies ist wichtig für die Legitimation der Schule als Garant formeller Gerechtigkeit von Lebenschancen. Der innere Widerspruch zwischen vorgeblich für alle gleichen Lernbedingungen und geforderter Unterschiedlichkeit der Leistungsbeurteilung wird durch Rückgriff auf

das Konstrukt der „natürlichen Begabungsunterschiede“ gelöst. Damit kommt aus dem nach Holzkamp „vielleicht zentralen Dilemma der Schule, im Namen der Gleichheit von Bildungschancen gesellschaftliche Ungleichheiten reproduzieren zu müssen“, eines der wirkungsmächtigsten Ideologeme zur Befestigung von Herrschaft unter formell gleichen Bürgern.

Daß, wenn es um Lernen geht, so viel von der Schule geredet wird, hat seinen „guten“ Grund darin, daß Lernen schlechthin identifiziert wird mit fremdkontrolliertem, abprüfbarem Lernen, und zwar gleichermaßen in den traditionellen psychologischen Lerntheorien wie im Alltagsdenken.

In der Vorbemerkung schreibt Holzkamp, daß es nahegelegen wäre, „hier als Hinführung auf das folgende eine zusammenfassende Darstellung des Verfahrens und der Resultate kritisch-psychologischer Kategorienanalyse voranzustellen. Indessen: Meine entsprechenden Versuche waren nicht sehr erfolgreich. Ein entsprechender Entwurf erwies sich bei seiner Erprobung als für Leser, denen die Kritische Psychologie neu war, weitgehend unverständlich und für diejenigen, die sie schon kannten, unbefriedigend“ (S. 19). So hat er es eingangs bei sehr knappen Erläuterungen belassen, „wie der ... ‚Subjektstandpunkt‘, von dem aus wir das Lernproblem neu aufarbeiten wollen, genauer zu verstehen ist, inwiefern von da aus eine Reinterpretation der traditionellen Lerntheorien möglich und nötig ist, und in welchem Verhältnis die von uns zu erarbeitende subjektwissenschaftliche Lerntheorie zur vorfindlichen Psychologie des Lernens steht“. (S. 20)

Ohne die unterschiedliche Erklärungskraft der von Holzkamp behandelten traditionellen lerntheoretischen Grundsätze vom klassischen Konditionieren der SR-Psychologie über dessen kognitive Erweiterung, das verdinglichte Gedächtnis-Konzept als Kern der kognitivistischen Fassung des Lernproblems bis zu dessen handlungsorientisch-kybernetischer Fassung zu nivellieren, so trifft doch auf alle genannten zu: Lernen als Problem vom wissenschaftlichen Standpunkt des Lernsubjekts kommt darin nicht vor. Das heißt: „Ich“ komme darin ebensowenig vor wie „die Welt“, die ich (verallgemeinert ein „Intentionalitätszentrum“ wie jeder andere Mensch) für mich in mir zugänglichen An- und Ausschnitten lernend zu erschließen vermag. Die genannten Theorien geben gewisse Auskünfte darüber, *wie* vorgegebene Stoffe in vorgegebenen Anordnungen besser oder schlechter bewältigt werden. Dabei ist das Lernziel vorausgesetzt, so als stünde außer Frage, *ob* und *warum* jemand gerade dieses erreichen wollen sollte. Plausibilität beziehen solche „Theorien“ nicht zuletzt aus der „stilunreinen“ Verknüpfung mit „Lerntechniken“, wie sie unter anderen in meist teuren Management-Seminaren zur Steigerung der Merkfähigkeit, zur Erhöhung der Konzentrationsleistung, oder in Schnell-Lese-Kursen, etc. etc. angeboten werden.

Das nahegelegte Mißverständnis von Lernen als Merktechnik wird etwa in den gedächtnisakrobatischen Aufführungen von Quizsendungen popularisiert – es ist ja auch erstaunlich, wenn einer die Wette gewinnt, daß er 15 von 20 Telefonnummern einer Kleinstadt den Namen richtig zuzuordnen vermag. Solche Art „Leistung“ zur Schau stellen trägt Züge von Selbstdressur, die auf Belohnung durch Applaus des staunenden Publikums angewiesen ist. Es geht um den Effekt – das exakte Gegenteil von Emöglichung sachlichen Mitvollzugs, ein wesentliches Moment kooperativer Lernverhältnisse. Zur Verdeutlichung sei dem Holzkamps Lernbeispiel entgegengestellt. Darin beschreibt er, wie er sich Schönbergs Musik über die Orchestervariationen op. 31 erschlossen hat. (Da Neugier das stärkste Lernmotiv ist, wird hier nichts darüber verraten.) Der Unterschied zur „Gehirnakrobatik“ ist nicht ein höherer kultureller Wert oder sonst eine von außen gesetzte Vorgabe. Der Unterschied besteht darin, daß hier nicht das Ziel ist, je-manden zu „beeindrucken“, daß der Lernerfolg in diesem Fall im Zugang zu einer bis dahin verschlossenen „Sache“ bzw. deren künstlerischer Gestalt besteht, wobei der Lernfortschritt mit erhöhter Genußfähigkeit einhergeht.

Manchmal ist es erhellend, die Bedeutung des Wortstamms nachzuschlagen. Die von „lernen“ ist dieselbe wie die von „leisten“, nämlich: „eine Spur verfolgen“. Dies verweist auf die Bedeutung des Wortstammes von „Sache“, ein mit „suchen“ verwandtes Wort, und beider verweist auf Ursache und Grund, kommt von „(witternd) nachspüren“. Die Erwähnung soll nicht nur als sprachgeschichtliche Bestätigung dafür herhalten, daß es beim Lernen um Weltbezug geht, sondern darüber hinaus einen Hinweis auf den Prozeßcharakter von Handlungen jeder Art geben, die auf einen Zugewinn an Weltaufschluß gerichtet sind; und weiters darauf, daß entgegen der statisch-dinglichen Vorstellungswelt Erkenntnis generell nur im Akt des Erkennens möglich ist, nicht aber als toter Reichtum sich ins Bücherregal stellen läßt.

Gegen das immer wieder anzutreffene Mißverständnis, die Kritische Psychologie enthalte letztlich ja doch eine Art Regelwerk für „richtiges“ (politisches) Handeln und für „richtiges“ Denken, sei nur noch in Stichworten angedeutet, wie Holzkamp die „Grundbegrifflichkeit einer subjektwissenschaftlichen Theorie des lernenden Weltaufschlusses“ entfaltet: In Lerntheorien aus dem entwicklungspsychologischen Kontext ließe sich Lernen aufgrund der notwendigen Verflochtenheit kindlicher Lernfortschritte mit Unterstützungsaktivitäten Erwachsener prinzipiell nicht anders fassen als in Termini des Lehrens. Deshalb nimmt Holzkamp „typische Lernproblematiken“ zum Ausgangspunkt. Diese lassen sich nicht begreifen, wenn Lernen nicht zunächst spezifiziert wird als beabsichtigte, intentionale Lernhandlung. Über die standortspezifische Bestimmung bei eigener Behandlung der „körperlichen Situiertheit“ vollzieht Holzkamp zwei Annäherungen an die subjektwissenschaftliche Grundlegung des Lernens über das Bewegungslernen und das mental-verbale Lernen (Behalten/Erinnern). Der eingehenden Kritik der Schule als „Disziplinaranlage“ folgen Überlegungen über Möglichkeiten und Grenzen *expansiven Lernens* über die Schuldisziplin hinaus.

Klaus Holzkamp kommt zu einem optimistischen Schluß, was die Zukunft des Lernens betrifft: „Dabei hoffe ich auf eine allmähliche Verbreitung der Einsicht, daß wir uns eine disziplinäre Schule systematischer Behinderungen expansiven Lernens heute und in Zukunft immer weniger leisten können: Wenn die ökologischen, ökonomischen, technologischen, biologischen Bedrohungen der Menschheit bewältigt werden sollen, ist in immer höherem Maß die Urteilsfähigkeit der Bevölkerung als Korrektiv für die offizielle Politik gefordert... Wird man nicht über den eigenen Schatten springen und anerkennen müssen, daß es gesellschaftlich unverantwortbar ist, die schulischen Lernprozesse planend und bewertend ‚im Griff‘ behalten zu wollen, wenn auf diese Weise gleichzeitig die Grundlagen für sinnvolles, engagiertes Lernen zerstört werden und nur Vortäuschung, Überdruß und Disengagement übrigbleiben könnten.“ (S. 561-562) So gesehen stünde es im bildungspolitisch rückständigen Österreich nicht schlecht, da jüngst der vom Familienministerium präsentierte Bericht große Aufmerksamkeit und Zustimmung des Unterrichtsministeriums erfahren hat. Diese Untersuchung kommt zum Ergebnis, daß die Schule schwere Schädigungen bei den Jugendlichen anrichtet. Ob das für einen optimistischen Ausblick reicht?

Georg Fischer

Dr. Alfred Klahr Gesellschaft gegründet

Dr. Alfred Klahr war eine herausragende Persönlichkeit der österreichischen Arbeiterbewegung. 1937 legte er mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten den Grundstein für eine marxistische Theorie der österreichischen Nation. Er beteiligte sich an der Organisierung des Kampfes der KPÖ gegen die nationalsozialistische Diktatur.
Er fiel 1944, nach seiner Flucht aus dem KZ Auschwitz, in Warschau im Kampf mit der SS.
Zweck der Gesellschaft ist die Verwahrung, Verwaltung und wissenschaftliche Erschließung der Archiv- und Bibliotheksbestände der Kommunistischen Partei Österreichs mit dem Ziel, sie als ein nationales Kulturgut zu sichern und zu einem möglichst umfassenden Bestand der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und des marxistischen Denkens in Österreich auszubauen.
Die Alfred Klahr Gesellschaft strebt die Zusammenarbeit mit Institutionen und Personen im Inland und Ausland an.
Als Mitglieder will sie Personen innerhalb und außerhalb der KPÖ gewinnen, denen Erhaltung und Ausbau der Sammlungen ein Anliegen sind.
Sie appelliert auch an alle, die Fotos, Schriften, Flugblätter, Plakate, Abzeichen usw. haben, diese Materialien zur Verfügung zu stellen.
Sie bittet alle, an diesem sinnvollen Projekt Interessierte, Mitglieder zu werben und auch um finanzielle Unterstützung.

Dr. Alfred Klahr Gesellschaft
1220 Wien,
Wurmbrandgasse 17
Telefon und Fax: 22 21 84
PSK-Konto: 92023930

Mann und Frau

Leserinbrief zu »Weg und Ziel« 1/1994: Schwerpunkt „Klasse und Geschlecht"

Sehr geehrte Redaktion,
in der Ausgabe 1/1994 von »Weg und Ziel« räumen Sie den Problemen der FRAU breiten Raum ein, wozu ich aus der Version einer Frau, die sich schon seit Jahrzehnten Gedanken über die horrenden Mißstände in dieser Welt macht wie folgt Stellung nehmen möchte.
Und Sie können mir glauben, das beste Studium ist das Leben selbst. Man muß nur mit offenen Augen, Herz und Verstand gebrauchend, hindurchgehen. Selbst durch die Hölle des Krieges gezwungen, muß ich mich noch immer wundern, wie viele Menschen diesen noch für unabwendbar halten; junge Männer, die eine Ausbildung zur Anwendung von Waffengewalt ablehnen und lieber an den Betten kranker Menschen Zivildienst leisten, unabdingbar von Klasse oder Geschlecht, als Feiglinge und Vaterlandsverräter hingestellt – wobei ich mich frage, wo bleibt eigentlich der Mütter Land? Sind (waren) es nicht immer MÜTTER, die die volle Wucht der Männer Torheit auszubaden hatten? Wenn Männer in den Krieg zogen (ziehen) um zu vernichten, mußten die Frauen in der Heimat dafür sorgen, daß Kinder, Alte und Kranke nicht verhungerten. In der Landwirtschaft, Rüstungsindustrie und in den Büros zwangsbeschäftigt, versorgten sie nebenbei noch den Haushalt – und trotzdem, in meinen vielen Gesprächen, die ich mit Frauen und Männern gleichermaßen führte, um ihre Einstellung zum öffentlichen Leben zu ergründen, war und bin ich frustriert darüber wie *wenig* Menschen die Hintergründe ihres von „oben" erzwungenen Elends durchschauen, sich ihren Egos hingebend nur der Ellbogentechnik bedienen – was geht mich das an? Unter der Devise „Schaffe, schaffe, Häusle bauen, und auf Gott vertrauen" schreiten sie pflichtgemäß zur Wahlurne und wählen auf „demokratische Weise" immer wieder ihre Peiniger...
Von meinem ersten Buch, das mir die Augen öffnete, „Die Frau und der Sozialismus" von August Bebel, blieb mir folgender Absatz besonders in Erinnerung: „Die Menschen müssen als denkende und erkennende Wesen ihre Lebensbedingungen, das heißt ihre sozialen Zustände und alles, was damit zusammenhängt, zielbewußt ändern und vervollkommnen, und zwar dergestalt, daß für alle günstige Daseinsbedingungen vorhanden sind. Jeder einzelne soll seine Anlagen und Fähigkeiten zu seinem eigenen wie zum Wohle der Gesamtheit entwickeln können, er darf aber nicht die Macht haben, anderen oder der Gesamtheit zu schaden. Sein eigener Vorteil und derjenige aller soll sich decken. Die Interessenharmonie muß an Stelle der Interessengegensätze treten, die heute die Gesellschaft beherrschen."
Dies geschrieben im Jahre 1870! Ist es nicht traurig, daß wir heute, nach 124 Jahren, diesen Idealzustand nicht erreichten, ja, keinen Schritt näher kamen – trotz allgemeiner „besserer" Schulbildung und trotz enormen Fortschritts in Wissenschaft und Technik? Die Wirtschaft versorgt noch immer ihre „Streitkräfte" anstatt „Schlichtungskräfte", die sich um gewaltfreie Konfliktlösungen bemühen! Speziell Frauen könnten hier eine dominierende Rolle spielen. Im großen und ganzen ist der Artikel „Frauenarbeit als doppeltes Zwangsverhältnis" von Doris Scheer zu bejahen – doch in einem stimme ich nicht überein, die Schuld nur bei Männern zu suchen. Es ist eine soziale Frage, verursacht durch einen Wirtschaftsegoismus jeweiliger Machthaber. So zum Beispiel schreibt Lily Braun, Schriftstellerin und Frauenrechtlerin (1865-1916) in ihren „Memoiren einer Sozialistin", daß ihr Versuch, Gemeinschaftsküchen zu errichten, um die Frauen von ihren Alltagspflichten zu entlasten, unter der Begründung, „daß sie die Männer dann nicht einmal mehr zum Kochen bräuchten", einfach abgelehnt wurde.
Und solange von Staats wegen „Leben-Vernichter" höher dotiert werden als „Leben-Erhalter", bleiben auch Frauen Gefangene im traditionellen Denken von Männern aufgezwungen. Daher sehe ich die Befreiung der Frau nicht in der Gleichstellung darin, was auch Männer schlecht machen, sondern nur wenn wir uns verantwortungsbewußter verhalten, indem wir uns Wissen um die weltweiten Zusammenhänge aneignen! Gerade der Zusammenbruch in Ostdeutschland zeigt uns wie wenig wir von den dortigen Zuständen wußten. Speziell was die Sicherheit in finanzieller Unabhängigkeit der Frau betraf. Aber auch umgekehrt – verlockt von den Werbesendungen des Westens – kamen sie erst jetzt darauf, wie sehr diese einem „Märchen" ähneln.
Am Ende möchte ich noch eine „große" Frau, die ihr halbes Leben in den Dienst des „Kampfes um Frieden und soziale Gerechtigkeit durch Aufklärung" stellte, und mit ihrem Roman „DIE WAFFEN NIEDER" weltweit bekannt wurde, Bertha von Suttner erwähnen. Sie verstarb am 21. Juni 1914, einige Wochen vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Enttäuscht darüber, mit welcher Begeisterung sich die männliche Jugend wieder auf die Schlachtfelder treiben ließ, vertraute sie ihrem Tagebuch an: Noch haben die Friedensbewegungen versagt; es ist auch kein Wunder bei der Schlappheit bürgerlicher Kräfte und dem Versagen der Sozialdemokraten, die mit fliegender Fahne zu den Nationalisten zogen und Internationalisten ausschlossen.
Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für eine lebenswerte Zukunft für Mann und Frau verbleibe ich Eure

Berta Wagner, Salzburg

»Weg-und-Ziel«-Forum
Marxistisches Zentrum

„Die Lage der Frauenbewegung in Europa"

Podiumsdiskussion mit
Dr. Marianne FRIESE
(siehe Artikel in
»Weg und Ziel« 1/1994),
einer Vertreterin der österreichischen
Frauenbewegung,
einer/em VertreterIn des ÖGB.

Dienstag, 31. Mai 1994, 20 Uhr

Universität Wien, Hauptgebäude
1010 Wien, Dr. Karl Lueger Ring 1

Weil eh schon alles egal ist, in die EU?
Weil alle Nachteile auch Vorteile haben?
Weil Dr. Amok sonst ausrastet ...?

Vorher jedoch das Kabarettprogramm:

Die EUPHORIKER.
Eine Entscheidungshilfe.

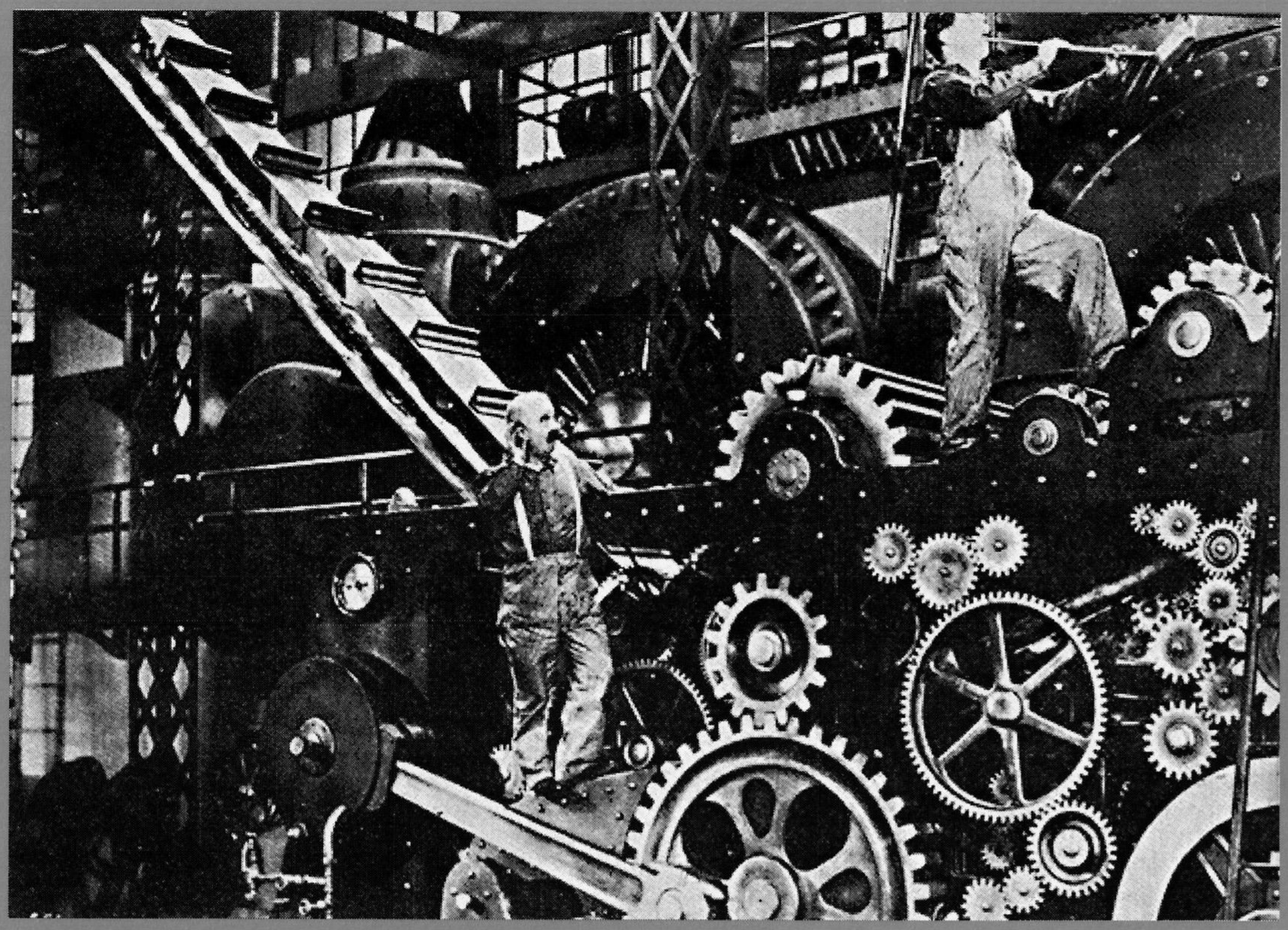
Von und mit Franz Hütterer (Kabarett Fiasko)

3./4. und 10./11. Juni:
Die Euphoriker. Eine Entscheidungshilfe.

Am Abstimmungstag:
Die Euphoriker. Livekabarettkommentar, zeitgleich.

Am Wochenende drauf:
Die Euphoriker. Eine Nachlese

Ort: Bürogemeinschaft.
Wien 1, Schottengasse 3a/1/59, jeweils 20 Uhr



Charlie Chaplin in »Moderne Zeiten«, 1936

»Weg-und-Ziel«-Seminar

Ambivalenz neuer Technologien

Neue Datennetzwerke, Gentechnologie, u.a.

Freitag, 27. Mai 1994, 15 - 22 Uhr

im MARXISTISCHEN ZENTRUM, 1010 Wien, Trattnerhof 2/1/14

ReferentInnen:
Prof. Dr. Peter FLEISSNER
(Inst. f. Gestaltungs- und Wirkungsforschung, TU-Wien)
Dr. Margit POHL
(Inst. f. Gestaltungs- und Wirkungsforschung, TU-Wien)

Weiters werden eingeladen:
Dr. Lisbeth N. TRALLORI
(Sozialwissenschafterin)
Dr. Martin POTSCHKA (Biochemiker)
Dr. Peter MOESCHL
(Arzt, Mitherausgeber von »der streit«)
Dr. Franz OFNER (Ökonom, Univ. für Bildungswissenschaften)
Dr. Rudolf KARAZMAN
(Facharzt für Psychiatrie)
Dr. Irmi VOGLMAYR
(Sozialwissenschafterin)

Teilnehmerbeitrag:
Anmeldeschluß:
Montag, 16. Mai 1994
Anmeldungen schriftlich oder telefonisch bei:
Andrea DAMPIER
Marxistisches Zentrum
1010 Wien, Trattnerhof 2/1/14
Tel. 0222/533 60 23
(Do.: 0222/21 7 42/600)
Fax: 21 742/499 od. 599

Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

_____

_____
Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

_____
Postleitzahl Ort

Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien